

Cam. 178 kg

Lehr- und Handbuch
der
politischen Oekonomie.

In einzelnen selbständigen Abtheilungen.

In Verbindung mit

Dr. A. Buchenberger

K. Bücher

H. Dietzel

Präsident des bad. Finanz-
ministeriums in Karlsruhe

Professor der Statistik und
Nationalökonomie in Leipzig

Professor der Staatswissen-
schaften in Bonn

und Anderen bearbeitet und herausgegeben

von

Adolph Wagner

Professor der Staatswissenschaften in Berlin.

Vierte Hauptabtheilung:

Lehrbuch der Finanzwissenschaft

von

A. Wagner.

Vierter Theil. Specielle Steuerlehre.

Die deutsche Besteuerung des 19. Jahrhunderts.

(Staats- und Communalbesteuerung.)

Erster Halbband.

Preussen. Sachsen. Baiern. Württemberg.

Leipzig.

C. F. Winter'sche Verlagshandlung.

1899.

IV

Finanzwissenschaft

4112

3702

Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie.

In einzelnen selbständigen Abtheilungen.

In Verbindung mit

A. Buchenberger

grossh. bad. Finanzminister
in Karlsruhe

K. Bücher

Professor der Statistik und
Nationalökonomie in Leipzig

H. Dietzel

Professor der Staatswissen-
schaften in Bonn

und Anderen bearbeitet und herausgegeben

von

Adolph Wagner

Professor der Staatswissenschaften in Berlin.

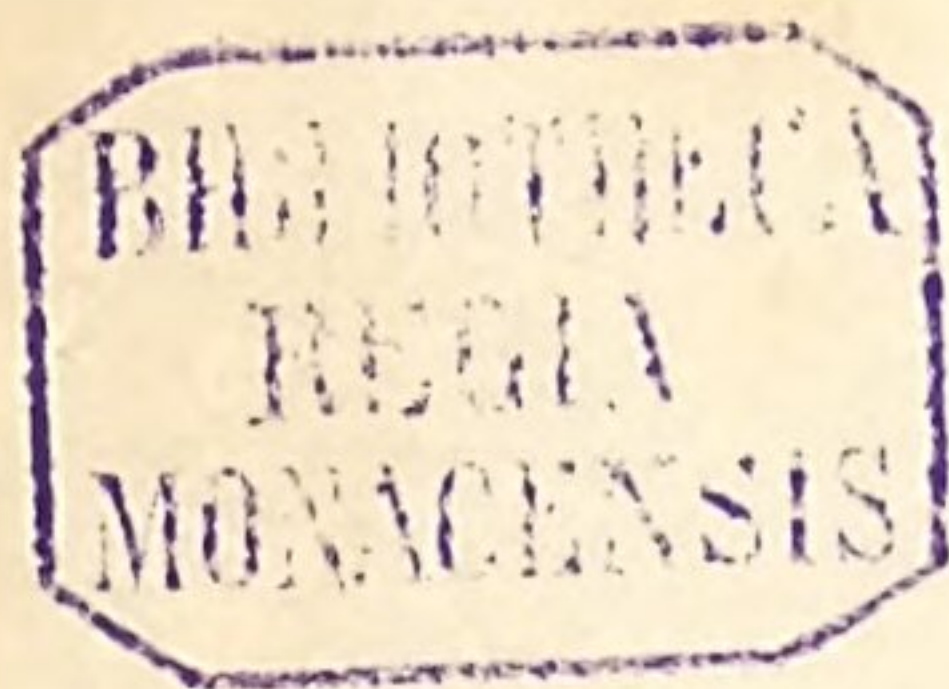
LIOTH
REGI
ONACI

Vierte Hauptabtheilung:
Finanzwissenschaft.

Vierter Theil:

Specielle Steuerlehre. Deutsche Besteuerung des 19. Jahrhunderts

von **A. Wagner.**



Erster Halbband.

Leipzig.

C. F. Winter'sche Verlagshandlung.

1899.

Finanzwissenschaft.

Von

Adolph Wagner.

Vierter Theil.

Specielle Steuerlehre.

(Praxis der Besteuerung.)

Die deutsche Besteuerung des 19. Jahrhunderts.

(Staats- und Communalbesteuerung.)

Erster Halbband.

Preussen. Sachsen. Baiern. Württemberg.

Leipzig.

C. F. Winter'sche Verlagshandlung.

1899.



Vorwort.

In diesem vierten Theile der Finanzwissenschaft fahre ich nun doch noch mit weiteren „Uebersichten der Besteuerung des 19. Jahrhunderts“ fort, wiederum in historisch-statistischer, descriptiver, aber auch zugleich in systematischer und kritisirender Behandlungsweise. Nur sind diese Uebersichten absichtlich erheblich kürzer gehalten, als die eingehendere Darstellung der britischen und besonders der französischen Besteuerung im dritten Theile. Namentlich wird auf legislative, administrative und steuertechnische Einzelheiten bei den einzelnen Steuern nicht so speciell wie im dritten Theil eingegangen. Ich verweise für die jetzt eingeschlagene Behandlungsweise auf die Vorbemerkungen S. 2 und auf den §. 2, S. 6.

Trotz alles Strebens nach Kürze ist es mir aber gleichwohl nicht gelungen, den Stoff noch mehr zusammenzuziehen, als in diesem Bande geschehen ist. Obgleich ich den Gesichtspunct immer festgehalten habe, nicht eigentlich concrete moderne Steuer-geschichte als solche zu geben, die nicht nur noch viel eingehender, sondern auch sachlich und formell mehrfach anders gehalten werden müsste, vielmehr das concrete Material wesentlich nur als Stoff zum Zwecke finanzwissenschaftlicher Verwerthung vorzuführen, nöthigte auch hierbei das Erforderniss der Verständlichkeit und einer gewissen Vollständigkeit des zu Bietenden doch dazu, die Darstellung umfänglicher werden zu lassen, als ich gewünscht hätte. Ich strebte zwar auch mit danach, die Besteuerung der einzelnen Staaten je nach der allgemeinen Bedeutung eines jeden etwas eingehender oder kürzer zu behandeln. Aber genau lässt sich das nicht durchführen, auch, wie ich mich bei der Arbeit selbst überzeugte, nicht für die Zwecke dieses Werks, da sich auch die finanzwissenschaftliche Bedeutung concreter Verhältnisse nicht nach der Grösse des Staats, auf den sie sich beziehen, richtet. Grade in Deutschland tritt das deutlich hervor.

So hat sich die Darstellung doch auch in dieser Fortsetzung der „Uebersichten der Besteuerung“ weiter ausgedehnt, dadurch aber hat sie vielleicht auch einigen Werth über meinen unmittelbaren finanzwissenschaftlichen Zweck hinaus als Versuch einer knappen neueren Steuergeschichte und übersichtlichen Darstellung der Hauptpunkte der Besteuerung der einzelnen Länder in vergleichender Behandlungsweise erlangt.

Bei der für uns doch immer voranstehenden Wichtigkeit der deutschen Besteuerung habe ich mich dazu entschlossen, dieser einen eigenen Band, den gegenwärtigen, als den vierten Theil oder Band der ganzen finanzwissenschaftlichen Abtheilung des Gesamtwerks der politischen Oekonomie, zu widmen. Er bildet auch als solcher etwas einigermaassen Selbständiges und Abgeschlossenes.

Einstweilen erscheint hier die fertige Partie, deren Druck schon im October vorigen Jahres begonnen hat, mit der Darstellung der Besteuerung Preussens, Sachsens, Baierns, Württembergs, als erster Halbband dieses vierten Theils der Finanzwissenschaft.

Der zweite Halbband, den ich unter der Feder habe, wird in ähnlicher Behandlungsweise die Besteuerung Badens, Hessens, Elsass-Lothringens, kürzer, zum Theil ganz kurz, und nur zur Orientirung diejenige der übrigen deutschen Staaten, etwas eingehender dagegen wieder die Besteuerung des Zollvereins, des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches darstellen.

In mehreren deutschen Staaten schweben gerade jetzt grössere Steuerreformen. Diese sind im vorliegenden Halbband soweit mit berücksichtigt worden, als sie zu der Zeit standen, wo die betreffenden Abschnitte für den Druck abgeschlossen wurden, so z. B. in Sachsen, Baiern, Württemberg. Am Schluss des zweiten Halbbandes werden die erforderlichen Nachträge dazu kommen.

Berlin, März 1899.

Dr. Adolph Wagner.

Inhaltsübersicht.

	Seite
Specielle Steuerlehre. Praxis der Besteuerung	1
Sechstes Buch (Schluss), siebentes und achtes Buch.	
(Theil IV der Finanzwissenschaft, Theil II der speciellen Steuerlehre).	
Vorbemerkungen über den Plan des Theils IV und Uebersicht des ganzen Werks	1
Sechstes Buch. Schluss	4
Uebersichten der Besteuerung verschiedener Länder im	
19. Jahrhundert	4
§. 1. Quellen und Litteratur	4
§. 2. Werth von Uebersichten der Steuerentwicklung und der Gestaltung	
der Besteuerung ganzer Länder speciell für die Finanzwissenschaft	6
Erster Hauptabschnitt	7
Die deutsche Besteuerung im 19. Jahrhundert	7
§. 3. Charakteristik der allgemeinen Entwicklung	7
§. 4. Einflüsse auf die Entwicklung	8
§. 5. Günstige Gestaltung der deutschen Besteuerung	10
§. 6. Was erreicht worden ist	12
1. Abschnitt	14
Preussen	14
1. Die Staatsbesteuerung	14
§. 7. Erste oder Periode der grundlegenden Reformen (1810—1822) . .	14
§. 8. Einzelnes. Periode von 1810—11	16
§. 9. Zeit nach 1815, bis 1822. Gesetz von 1820. Grundsteuer. Ge-	
werbesteuer	19
§. 10. Classensteuer. Mahl- und Schlachtsteuer	20
§. 11. Uebrige Steuern. Zölle. Allgemeine innere Verbrauchssteuern.	
Salzregal. Stempelsteuer	22
§. 12. Zweite Reformperiode. Die Fortbildung der Besteuerung seit dem	
Uebergang zur constitutionellen Staatsform (1851—90). Insbesondere	
Personalsteuerreform (Classen- und classificirte Einkommensteuer) .	25
§. 13. Grundsteuerreform	29
§. 14. Die übrigen Maassregeln (Gewerbe-, Eisenbahn-, Bergwerks-, Stempel-,	
Erbschaftssteuer)	31
§. 15. Die Besteuerung in den neuen (1866er) Landestheilen	34
§. 16. Jüngste (dritte) Reformperiode, 1891 ff. Uebersicht.	37
§. 17. Einzelnes. Reform von 1891. Einkommensteuer. Gewerbesteuer .	40
§. 18. Reform von 1893. Sonstiges	41

	Seite
§. 19. Rückblick auf die preussische Staatsbesteuerung im 19. Jahrhundert	43
§. 20. Fortsetzung	44
§. 21. Fortsetzung	47
Staatssteuer-Statistik	49
§. 22. Schwierigkeiten	49
§. 23. Periode von 1821—67 (alter Staat)	49
§. 24. Periode von 1868—98 (neuer Staat)	55
2. Die preussische Communalbesteuerung	64
§. 25. Allgemeine Entwicklung und Gestaltung	64
§. 26. Einzelnes. Periode bis 1893. Altes (vor-1866er) Gebiet. Städte	68
§. 27. Landgemeinden der alten Provinzen	73
§. 28. Kreis- und Provinzialsteuerverfassung	75
§. 29. Die Communalsteuerreform von 1893. Allgemeines	78
§. 30. Einzelheiten der Communalsteuerreform	81
Communalsteuer-Statistik	84
§. 31. Material	84
§. 32. Verhältnisse vor der Reform von 1893	85
§. 33. Verhältnisse nach der Reform von 1893	91
2. Abschnitt	97
Andere deutsche Staaten	97
1. Sachsen	97
a. Staatsbesteuerung	97
§. 34. Erste Periode. Die ältere Steuerverfassung (bis zum Erlass der Verfassung von 1831)	97
§. 35. Zweite Periode, von der Einführung der Verfassung bis zur Ein- führung der Einkommensteuer (1830er bis 1870er Jahre)	100
§. 36. Dritte Periode (1870er Jahre, seit der Einführung der Einkommen- steuer, bis zur Gegenwart, 1898)	106
§. 37. Hauptpuncte der Einkommensteuer	110
§. 38. Sonstige Maassregeln	113
§. 39. Der Steuerreformplan von 1897/98	114
Staatssteuer-Statistik	118
§. 40. Entwicklungsergebnisse, besonders seit 1872	118
b. Die sächsische Communalbesteuerung	123
§. 41. Allgemeines. Die communale Autonomie in der Besteuerung . .	123
§. 42. Specialcassen mit besonderen Zwecksteuern neben der (allgemeinen) Gemeindekasse	127
§. 43. Die eigentliche Communalbesteuerung und ihre Hauptarten . .	129
Communalsteuer-Statistik	133
§. 44. Einige Hauptergebnisse, besonders in neuester Zeit	133
3. Abschnitt	138
2. Baiern	138
a. Staatsbesteuerung	138
§. 45. Erste oder Periode der grundlegenden Reformen nach der Er- richtung des Königreichs (1807 ff.)	138
§. 46. Einzelnes. Reform der directen Besteuerung	141
§. 47. Die übrigen Steuern. Verbrauchssteuern, Zölle, Taxen, Stempel .	144

	Seite
§. 48. Zweite Periode, vom Erlass der Verfassung (1818) bis 1848 . . .	146
§. 49. Dritte Periode, von 1848 bis zur Gegenwart	150
§. 50. Einzelnes. Directe Besteuerung	152
§. 51. Zur Kritik. Revisionsplan von 1897/98	160
§. 52. Die übrige Besteuerung in der dritten Periode, besonders der Malz- aufschlag (Biersteuer)	167
§. 53. Rückblick auf die baierische Staatsbesteuerung im 19. Jahrhundert	171
Staatssteuer-Statistik	174
§. 54. Das Material	174
§. 55. Ertragsentwicklung der baierischen Staatssteuern und anderen Ein- nahmen, 1820—98	175
b. Die baierische Communalbesteuerung	184
§. 56. Allgemeine Gestaltung des Communalwesens (Gemeinden und Ver- bände)	184
§. 57. Communalsteuerwesen. Politische- oder Ortsgemeindesteuern . .	186
§. 58. Districts- und Kreissteuern	191
Communalsteuer-Statistik	193
§. 59. Allgemeiner Zustand, besonders die Umlagen	193
§. 60. Vertheilung der Communalsteuern auf die einzelnen Arten. Ver- brauchsbesteuerung insbesondere	198
4. Abschnitt	203
3. Württemberg	203
a. Staatsbesteuerung	203
§. 61. Erste Periode. Zeit der Errichtung des Königreichs und des Ab- solutismus (1805—1819)	203
§. 62. Zweite Periode, vom Erlass der Verfassung, 1819, bis zur Steuer- reform von 1873	206
§. 63. Einzelnes. Die directe Besteuerung bis 1873	208
§. 64. Die übrigen Steuern	211
§. 65. Dritte Periode, von der Steuerreform von 1873 bis zur Gegenwart (1899)	217
§. 66. Einzelnes	219
§. 67. Der Reformplan von 1895 ff für die directe Besteuerung . . .	222
Staatssteuer-Statistik	227
§. 68. Ertragsentwicklung der Staatssteuern und anderer ordentlicher Staatseinnahmen	227
b. Communalbesteuerung	234
§. 69. Die Communkörper	234
§. 70. Die Gemeindebesteuerung	235
§. 71. Gemeindesteuerreform. Plan von 1896	239
§. 72. Die Besteuerung der Amtskörperschaften	241
Communalsteuer-Statistik	242
§. 73. Einige Ergebnisse	242

Druckfehler und Berichtigungen.

- S. 19, letzte Zeile des Petitsatzes in der Mitte lies boten statt bot.
S. 36, Z. 11 v. o. (Petitsatz) ist „und im baierischen“ zu streichen (staatliche Hundesteuer bestand 1866 in Baiern noch nicht).
S. 50, Tab. 1 unter Nr. 4 (Eisenbahnabgabe) lies in letzter Colonne 1.645 statt 1.145.
S. 59, Tab. 7 in letzter Colonne bei den Jahreszahlen lies 1897/98 statt 1877/98.
S. 70, Z. 3 v. u. lies 1822 statt 1821.
S. 72, Petitabsatz Z. 4 v. o. lies in besonderen statt von besonderen.
S. 76, Z. 11 v. o. lies zur Selbstverwaltung statt der Selbstverwaltung.
S. 84, Z. 5 v. o. lies Realsteuern statt Staatssteuern.
S. 86, Kopf der Tabelle lies 1876 (1875) statt 1866 (1875).
S. 118, Z. 3 v. o. hinter „mit 20 %“ ist einzuschalten: Zuschlag zum Steuersatz.
S. 123, Zusatz zu Z. 10 v. u. Ausser diesen hier erwähnten Kreisen, die trotz des bei ihnen bestehenden Kreisausschusses nur Verwaltungsbezirke ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind, bestehen in Sachsen noch die alten historischen Kreise für einige Aufgaben. S. Leuthold, Art. Kreis in Sachsen im Wörterbuch der Verwaltung, I, 863, v. d. Mosel, Handbuch, Art. Kreisstände, Kreisausschuss, Kreishauptmannschaften.
S. 157, Z. 18 v. u. lies davon mit statt davon.
S. 205, Tab. 41, zweite (linke) Colonne, Z. 6 v. o. lies Impost statt Import.
-

Specielle Steuerlehre.

Praxis der Besteuerung.

Sechstes Buch (Schluss), siebentes und achtes Buch.

(Theil IV der Finanzwissenschaft,
Theil II der speciellen Steuerlehre).

Vorbemerkungen

über den Plan dieses Theils (Bands) IV und Uebersicht
des ganzen Werks.

Die Umänderungen und Erweiterungen, welche dieses finanzwissenschaftliche Werk im Laufe der Zeit in seinem Plan und seiner Ausführung erfahren hat¹⁾, machen es nothwendig, zur Orientirung über den Plan dieser Fortsetzung einige Worte vorzuschicken.

Die „specielle Steuerlehre“ („Praxis der Besteuerung“) schliesst sich an die „Theorie der Besteuerung“ („Gebührenlehre und allgemeine Steuerlehre“), den zweiten Theil (Band) der Finanzwissenschaft, unmittelbar an und ist deren weitere Ausführung. In der zweiten Auflage (1890) ist der Stoff dieses zweiten Theils in die zwei „Bücher“ 4 und 5 eingetheilt worden, im Anschluss an die drei ersten „Bücher“, in welche in der dritten Auflage (1883) der Stoff des ersten Theils (Bands) der Finanzwissenschaft gegliedert worden war²⁾.

Im dritten Theil (Band) (in Gesamtausgabe 1889 vollendet und erschienen), war als sechstes „Buch“ eine wesentlich descriptiv gehaltene, wenn auch zugleich systematisch geordnete „specielle Steuerlehre“, eine Darstellung der Geschichte, Gesetzgebung, Statistik der Besteuerung einzelner Länder begonnen und dann in diesem Bande III eine „Uebersicht der Steuergeschichte wichtigerer Staaten und Zeitalter bis Ende des 18. Jahrhunderts“ gegeben worden. Daran hat sich aus der „Besteuerung des 19. Jahrhunderts“, nach einer kurzen Einleitung, eine genauere Darstellung der Entwicklung und Gestaltung der britischen (bis 1887) und eine noch viel eingehendere der französischen Besteuerung (bis 1889) angeschlossen. Ein „Ergänzungsheft zum dritten Theil“ hat darauf „die britische und französische

¹⁾ S. Vorwort zur Gesamtausgabe des B. III der Finanzwissenschaft (1889), diesen Band III selbst S. 1, 2, 9–11, B. II, 2. Aufl. (1890) ebenfalls Vorwort und S. 1, auch meine Grundlegung der Politischen Oekonomie, 3. Aufl., I, S. 1–3.

²⁾ Die formellen Aenderungen (Stoffeintheilung u. s. w.) in den drei Auflagen des B. 1 und den zwei des B. 3 der Finanzwissenschaft sind in der Note auf S. 1, 2 in B. 3 übersichtlich gemacht worden.

Besteuerung in ihrer neuesten Entwicklung und Gestaltung (1886—96)“ zur Darstellung gebracht (erschienen 1896). Die ursprünglich geplante ähnliche Behandlung der Besteuerung anderer deutscher und ausserdeutscher Länder war indessen mit dem Abschluss dieses Theils III aus inneren und äusseren Gründen, worüber ich mich in dem Vorwort zur Gesamtausgabe dieses dritten Theils ausgesprochen habe¹⁾, zunächst aufgegeben worden, um einem „System“ der speciellen Steuerlehre für das 19. Jahrhundert im Theil IV mit einem siebenten und achten „Buche“, Platz zu machen. Der wesentlich descriptive Theil III nimmt darnach die Stellung eines Fundaments für diesen Theil IV ein. Dazu eignet er sich nach der Bedeutung des in ihm enthaltenen Stoffs, der britischen und französischen Besteuerung im 19. Jahrhundert, und nach der eingehenden Behandlung dieses Stoffs, auch besonders, wenn er dafür auch noch Ergänzungen aus den Thatsachen der Besteuerung anderer Länder, namentlich deutscher, bedarf.

Diese Ergänzungen ähnlich ausführlich, wie die Darstellung der britischen und französischen Besteuerung zu halten, habe ich als unausführbar erkannt und deshalb darauf verzichtet. Aber sie wenigstens in, freilich bei den meisten Ländern nur und absichtlich möglichst nur, knapp übersichtlicher Weise zu bringen, habe ich mich, nach manchen Erwägungen des Für und Wider²⁾, doch noch entschlossen. Die Darstellung des Steuerwesens der einzelnen Länder ist dabei absichtlich nicht ganz gleichmässig gehalten: das für uns Deutsche Wichtigste ist immerhin etwas eingehender, als Anderes, wenn auch wesentlich kürzer als die britische und vollends die französische Besteuerung im 3. Bande, behandelt worden, so besonders die preussische Besteuerung. Der Character einer Uebersicht wurde indessen auch dabei innegehalten, deshalb in die Einzelheiten nicht näher eingegangen. Diese Ergänzungen bilden demnach eine Einleitung zu der in Buch 7 und 8 folgenden systematischen speciellen Steuerlehre und in formeller Hinsicht den Schluss des Buchs 6 in Band III, wie ich sie im Folgenden auch bezeichne.

Demnach gliedert sich der Stoff des ganzen finanzwissenschaftlichen Werks und speciell dieses und des folgenden Theils also:

1. Theil (Band). (3. Auflage 1883.)

Einleitung.

1. Buch. Ordnung der Finanzwirthschaft.

2. Buch. Finanzbedarf.

3. Buch. Die ordentlichen Einnahmen der Finanzwirthschaft im Allgemeinen, insbesondere der Privaterwerb.

2. Theil (Band). (2. Auflage 1890.) Theorie der Besteuerung.

4. Buch. Gebührenlehre.

5. Buch. Allgemeine Steuerlehre.

3. Theil (Band). (1886—89, Gesamtausgabe 1889 erschienen), nebst Ergänzungsheft (1896). Specielle Steuerlehre. Geschichte, Gesetzgebung, Statistik der Besteuerung einzelner Länder.

6. Buch. Steuergeschichte (bis c. 1800). Besteuerung des 19. Jahrhunderts, besonders Grossbritannien und Frankreich³⁾.

4. und 5. Theil (Band). System der speciellen Steuerlehre und Lehre vom öffentlichen Credit (Schulden).

6. Buch. Schluss. Uebersichten der Besteuerung verschiedener Länder im 19. Jahrhundert.

¹⁾ S. daselbst bes. S. IV—XIV.

²⁾ S. Vorwort zu Theil III, S. XII, Ergänzungsheft, S. 3 Note 1.

³⁾ Die im Theil III und dortigen 6. Buch begonnene Eintheilung des Stoffs, besonders im 2. Kapitel (S. 209, §. 103—105, S. 226, S. 367), ist wegen der Abänderung des Plans für diese descriptive Partie des Werks im jetzigen folgenden Schlussabschnitt des 6. Buchs in diesem Theil IV nicht fortgeführt worden.

- 7. Buch. System. Die vornemlich sogen. directe Besteuerung¹⁾.
- 8. Buch. System. Die vornemlich sogen. indirecte Besteuerung (incl. Verkehrs-, Erbschafts-, Ge- und Verbrauchs-Besteuerung).
- 9. Buch. Oeffentlicher Credit (besonders Staatsschulden).

Für dieses finanzwissenschaftliche System ist übrigens immer Folgendes zu beachten. Dieses dem Plane wie der Ausführung nach so umfangreiche Werk über Finanzwissenschaft bildet nach wie vor die vierte Hauptabtheilung des von mir in Verbindung mit anderen Autoren unternommenen grossen Lehr- und Handbuchs der Politischen Oekonomie. Das allgemeine socialökonomische Fundament für dieses Gesamtwerk habe ich in der von mir verfassten ersten Hauptabtheilung, der „Grundlegung der Politischen Oekonomie“, zu geben gesucht²⁾. Insbesondere baut sich gerade auf diesem Fundament meine Finanzwissenschaft auf: ihre principielle Auffassung und Behandlung findet ihre tiefere Begründung in jener Grundlegung. Namentlich gilt dies vom zweiten Theil der Finanzwissenschaft, der „Theorie der Besteuerung“. Aber auch in den anderen Theilen, auch hier in Theil III und IV, in der „speciellen Steuerlehre“, beruht meine principielle Stellung und mein Urtheil durchaus auf meinen in der „Grundlegung“ entwickelten socialökonomischen Gesichtspunkten. Auf die Festhaltung der Einheitlichkeit in der principiellen Behandlung in allen von mir selbst herrührenden Theilen des ganzen Werks der Politischen Oekonomie war mein besonderes Augenmerk gerichtet³⁾.

¹⁾ S. über die streitige Terminologie in Betreff „directer“ und „indirecter“ Steuern B. II (2. Aufl.) §. 97—100, und über mein eigenes System, das ich im Ganzen auch hier in der speciellen Steuerlehre durchführe, ebendasselbst Kap. 4, S. 469 ff.

²⁾ 1. Theil (Band). Grundlagen der Volkswirtschaft (3. Aufl., in 2 Halbbänden 1892/1893), 2. Theil (Buch 1—3) Volkswirtschaft und Recht, besonders Vermögensrecht (3. Aufl. 1894).

³⁾ Uebersicht des im Jahre 1892 neugestalteten Plans des ganzen Werks in meiner Grundlegung, 3. Aufl. I, S. 2, 3.

S e c h s t e s B u c h.

Schluss.

Uebersichten der Besteuerung verschiedener Länder im 19. Jahrhundert.

§. 1. Quellen und Litteratur.

Die Quellen für das Steuerrecht sind die bezüglichen Gesetze und Verordnungen. Zur Ergänzung dienen die Gesetzentwürfe, die Vorbereitungsarbeiten in den Ministerien, Staatsräthen und ähnlichen Behörden, wovon meistens nur Einzelnes amtlich publicirt ist, dann namentlich in den Staaten mit Volksvertretungskörpern irgend einer Art, besonders in den sogen. constitutionellen, die Verhandlungen dieser Körper und ihrer Commissionen über die von den Regierungen vorgelegten Steuergesetzentwürfe. Das betreffende Material ist meistens gedruckt und veröffentlicht in den Parlaments-, Kammerdrucksachen, doch fehlt öfters dasjenige der parlamentarischen Commissionen, zumal wenn es nicht zur Erledigung der Gesetze kam. In der monographischen Litteratur (selbständigen Büchern und Zeitschriftsaufsätzen) über einzelne Steuern, Steuerreformen und über das Finanzwesen einzelner Länder ist Vieles von diesem Material verwerthet, mitunter daraus Einiges abgedruckt worden. Die allgemeinen Fachzeitschriften, namentlich aber die vornemlich oder ausschliesslich dem Finanzwesen gewidmeten, enthalten in neuerer und neuester Zeit in ihren bezüglichen Aufsätzen immer mehr derartiges Material. Unter den deutschen besonders das treffliche, reichhaltige Finanzarchiv von G. Schanz, (seit 1884, B. 15 1898), dann Hirth's Annalen des Deutschen Reichs, die Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, mehr oder weniger auch die übrigen (Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reichs u. s. w.); unter den fremden namentlich das vom französischen Finanzministerium herausgegebene Bulletin de statistique et de législation comparée (seit 1877, jährlich jetzt 2 Bände, 1898 Nr. 43 und 44).

Die Quellen für die Steuerstatistik sind die Staats- und Communalhaushaltstats, die Rechnungsabschlüsse, die sonstigen statistischen Materialien, Uebersichten u. dgl., welche ausserdem veröffentlicht werden und sich in den constitutionellen Staaten ebenfalls vielfach in den Parlamentspapieren und Drucksachen, in den Beilagen, Motiven u. s. w. der Gesetzentwürfe finden. Die Hauptdaten daraus, aus Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen, neuerdings vielfach in den amtlichen Statistischen Jahrbüchern, auch in knapper Form in bekannten Privatwerken dieser Art, besonders im Gothaer Hofkalender und Jahrbuch, in M. Block's Annuaire de l'économie politique et de statistique, im englischen Statesman's yearbook. Auch die vorgenannten Zeitschriften, besonders das Finanzarchiv und Bulletin, bringen eigens oder in den sonstigen, die Steuern behandelnden Aufsätzen, viel statistisches Material.

Aus der Litteratur kommen die Bücher und Aufsätze über das Finanz- und Steuerwesen einzelner Länder, in seiner neueren Entwicklung (19. Jahrhundert), wie in seiner jeweiligen Gestaltung, am Meisten in Betracht. S. die wichtigeren in den bibliographischen Daten der früheren Bände dieses Werks, besonders I (3. A.), S. 55 ff., II (2. A.), S. 18 ff., 23 ff., über Grossbritannien und Frankreich III, S. 226 u. S. 367 ff. und in den einzelnen Abschnitten bei den verschiedenen Steuern, sowie im Ergänzungsheft zu B. III. Weitere Ergänzungen dazu unten bei den einzelnen Ländern.

Allgemeinere Bibliographien im Finanzarchiv und in dem reichhaltigen, systematisch und nach Ländern eingerichteten Litteraturverzeichniss von Frankenstein in Schäffle's „Steuern“ in dem Frankenstein'schen Sammelwerk, im „allgemeinen“, wie namentlich im „besonderen“ Theil. Auch die Abhandlungen über Steuern im Schönberg'schen Handbuch der Politischen Oekonomie (B. 3, 4. A. 1897), die einzelnen Steuerartikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaft und den beiden Supplementbänden dazu (Nr. II 1898), desgleichen in Betreff Deutschlands die Artikel im v. Stengel'schen Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechts und den drei Ergänzungsheften dazu (Nr. 3 1898) enthalten viel bibliographische und litterarische Nachweisungen.

Die öffentlich-rechtliche Seite des neueren Steuerwesens, in der etwaigen verfassungsmässigen Begründung, der Aus- und Weiterbildung und erreichten Gestaltung, wird regelmässig mehr oder weniger eingehend in den Werken über das Staatsrecht der einzelnen Länder behandelt. S. Angaben ebenfalls in Fin. I (3. A.), S. 55 ff., II (2. A.), S. 31 und weiter unten bei den einzelnen Ländern.

Vielerlei Mittheilungen über die einzelnen Steuern verschiedener Länder, auch die Entwicklung einer bestimmten Steuer in einem Lande, enthalten regelmässig die grösseren finanzwissenschaftlichen Werke, in Deutschland von Rau, Stein, Roscher, Cohn, Schäffle, besonders das Schönberg'sche Handbuch (3. B. 4. A.) in meiner Abhandlung über directe Steuern und in den dortigen Abhandlungen der anderen Autoren (in der 4. A. Schall, Zeller, Riecke, v. Reitzenstein) über die übrigen Steuern, dann die grösseren Nachschlagewerke, die Staatswörterbücher u. s. w., jetzt namentlich die Specialartikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, in v. Stengel's Wörterbuch des Verwaltungsrechts, dem Say'schen dictionnaire de finances u. a. m. Aber nur ausnahmsweise werden in den Finanzsystemen, in den Lehrbüchern und in diesen eben genannten Sammelwerken zusammenhängende Uebersichten der Entwicklung und Gestaltung der Besteuerung der einzelnen Länder gegeben. So für Deutschland Skizzen von G. Cohn in seiner Finanzwissenschaft (1889, Buch 3), von Eheberg im Art. Steuern im H. W. B. St. (VI, 123—136), von mir über die directen Steuern in meiner Abhandlung im Schönberg'schen Handbuch (III, 4. A., S. 278—301).

Die historischen, legislativen, statistischen Materialien zu einer zusammenhängenden skizzenhaften Darstellung des bestehenden positiven Steuerrechts der verschiedenen, wenigstens der wichtigeren Staaten im 19. Jahrh. liegen übrigens in der neueren Litteratur schon zur Genüge vor. Das Hauptsächliche findet sich in den grösseren Lehrbüchern und den Nachschlagewerken, von denen hier besonders wieder das Schönberg'sche Handbuch B. 3 und das H. W. B. d. St., auch das v. Stengel'sche Wörterbuch (dies namentlich für das Steuertechnische in trefflichen Artikeln von G. v. Mayr) zu nennen sind. Für viele deutsche Staaten (Mittelstaaten) und fremde Länder (namentlich Frankreich) besitzen wir ferner zusammenfassende Darstellungen ihres ganzen neueren Finanzwesens und ihrer Besteuerung. Leider fehlen solche u. A. noch für Preussen. Eine Verwerthung der ganzen Fülle der parlamentarischen Drucksachen für die Steuergeschichte und das Steuerrecht des 19. Jahrhunderts hat in der monographischen Litteratur, u. A. in manchen Aufsätzen über Besteuerung und Steuerreformen einzelner Länder im Finanzarchiv, schon mehrfach stattgefunden, wenn auch bisher meistens nur für kleinere Zeiträume, in denen es sich um bestimmte Reformfragen und Gesetzgebungsacte handelt, selten schon ausreichend für den ganzen Zeitraum, der in Betracht kommt. Die Verwerthung des neueren Archivmaterials hat erst begonnen. Sie möchte besonders für die Zeit der Neuordnungen des Steuerwesens in der Friedensperiode nach 1815 und in kritischen politischen Perioden, so beim Uebergang zur constitutionellen Staatsform (1848, Oesterreich, Preussen) und zur Staatseinheit (Rheinbundstaaten 1808 ff., Oesterreich 1849 ff., Italien 1859 ff., Deutschland 1866 ff.) Manches zur Aufklärung über die und zum Verständniss der Entwicklungen beitragen können.

In knappster Form habe ich in meinem „Grundriss zu Vorlesungen über Finanzwissenschaft“ (Berlin 1898) bei den einzelnen Steuern Uebersichten über die wichtigsten Punkte der neueren Steuergesetzgebung des Deutschen Reichs, Preussens, der deutschen Mittelstaaten, Frankreichs, Oesterreichs, Grossbritanniens, zum Theil auch noch anderer Länder gegeben. Diese Uebersichten und die Skizze in meiner Abh. directe Steuern im Schönberg'schen Handbuch sind im Folgenden mit benutzt worden.

§. 2. Werth von Uebersichten der Steuerentwicklung und der Gestaltung der Besteuerung ganzer Länder speciell für die Finanzwissenschaft. Erwünscht und zweckmässig sind mindestens Skizzen — mehr verbietet der Raum und die specielle Aufgabe der finanzwissenschaftlichen Werke — über die gesammte Besteuerung eines Landes und über deren Entwicklung gewiss auch in den theoretischen und systematischen Werken der Finanzwissenschaft und der Steuerlehre. Vielfach ergibt sich erst aus dem geschichtlichen und rechtlichen Zusammenhang mit der übrigen Besteuerung und mit dem ganzen Finanzwesen, auch mit den anderen Einnahmequellen, das richtige Verständniss für die Stellung und Einrichtung, welche eine einzelne Steuer oder Steuergattung in einem Lande erhalten hat. Das descriptiv zu legende Fundament der speciellen Steuerlehre, als eines Theils der Finanzwissenschaft, wird so sicherer gewonnen. Die finanzwissenschaftlichen Werke reihen Daten über das Steuerrecht verschiedener Länder meistens in die betreffenden Abschnitte ein, worin sie die einzelnen Steuergattungen und Steuern darstellen und erörtern, wie es in der systematischen Behandlung der speciellen Steuerlehre unten in Buch 8 und 9 ebenfalls geschieht. Aber weder solche Zusammenstellungen, so werthvoll und nothwendig sie für den unmittelbaren Zweck sind, um die Verhältnisse der einzelnen Steuern klar zu legen, noch selbst die an sich richtige Fortführung und Erhebung solcher Zusammenstellungen zu einer „vergleichenden Behandlung“ der einzelnen Steuerrechtssysteme, wie namentlich bei L. v. Stein, reichen doch für sich allein nicht immer aus. Es werden dabei die verschiedenen Steuerarten und Steuern eines Landes zu sehr aus dem Zusammenhang gerissen und isolirt, worunter das Bild des Ganzen und des Einzelnen leidet und wobei das Urtheil leicht irreführt wird. Gerade Stein's wie immer geistvolle Behandlungsweise (so in der 5. Aufl. 2. Th. 2. Abth. u. d. T. „die einzelnen Steuern und ihre Systeme“) möchte dafür den Beweis liefern, auch wenn viele Mängel hier nicht nur auf diesen Punct, sondern auf die ungenügenden Vorstudien und Kenntnisse, die flüchtige Arbeitsweise und die constructive Methode des genialen Verfassers zurückzuführen sind.

So erklärt sich z. B. in einem concreten Steuersystem eines Landes nicht selten die Einführung wie die Beseitigung, die Ausdehnung wie die Einschränkung, die ganze Einrichtung und namentlich auch die Höhe des Steuerfusses einer bestimmten Steuergattung und Steuer mit aus der Stellung, welche diese im historischen und actuellen Steuersystem hier einmal einnehmen, also aus Umständen, welche die übrigen Steuern betreffen. Das bleibt ganz oder vielfach unbeachtet, wenn jede Gattung und einzelne Steuer für sich allein oder in Vergleichung mit den nemlichen Steuern anderer Länder betrachtet wird, wie es die rein systematische Behandlungsweise mit sich bringt.

Die folgenden Skizzen gehen regelmässig von der Friedensperiode nach 1815 aus, wo meistens die Besteuerung eine für längere Zeit geltende Ordnung nach den Wirren der langen Kriegsperiode erhalten hat. Auf die vorausgehende Zeit noch in letzterer Periode selbst wird nur so weit zurückgegangen, als es der Zusammenhang mit dem Späteren nothwendig macht. Die mancherlei vorübergehenden Besteuerungsexperimente in der Kriegsperiode selbst (z. B. in Preussen) brauchen im Einzelnen hier nicht verfolgt zu werden. Die Verhältnisse der „alten Besteuerung“ bis um 1800 sind in dem ersten historischen Abschnitt des Theils III dieses Werks skizzirt worden, besonders für Preussen (§. 48, 49), Oesterreich (§. 43, 44), Frankreich (§. 58—67), England (§. 80—89). An diese Verhältnisse knüpft die Fortentwicklung im 19. Jahrhundert natürlich an, auch in Frankreich mehr, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die Technik der einzelnen Steuern wird hier jetzt von mir im Folgenden übrigens nicht genauer dargestellt. Was davon finanzwissenschaftlich besonders beachtenswerth ist, wird besser später im systematischen Theil bei der Behandlung der Steuergattungen zum Zweck der Vergleichung der verschiedenen Steuerrechte eingefügt, weil es dann instructiver ist. Es würde sonst zu Vieles wiederholt werden müssen.

Erster Hauptabschnitt.

Die deutsche Besteuerung im 19. Jahrhundert.

Preussen, andere deutsche Staaten, Zollverein, Deutsches Reich.

Für die Litteratur ist wieder auf die oben S. 4 citirten Angaben in den früheren Bänden zu verweisen. Das Wichtigste davon, mit Ergänzungen bis zur Gegenwart, wird unten an den betreffenden Stellen genannt. S. sonst auch hier die Litteraturnachweise im Schönberg'schen Handbuch (so in meiner Abh. directe Steuern, 4. A. III, S. 280 ff. für die einzelnen Länder) und in den Artikeln über Steuern im H. W. B. d. St. Die wichtigsten Gesetze werden im Folgenden angeführt. Im Allgemeinen ist auf die Repertorien, Commentare und dergleichen dem praktischen Verwaltungsbedürfniss dienenden Schriften über Gruppen von Steuern und einzelne Steuern in jedem einzelnen Lande zu verweisen, wie sie fast für jedes, in grösseren meistens mehrfach, sich finden und in neuen Auflagen sich auf dem Laufenden halten. In Preussen, wo zusammenfassende Finanzwerke fehlen, sind für die ältere Zeit des 19. Jahrhunderts Schimmelfennig's Steuerwerke stoffreich und die Commentare zu den Gesetzen sind hier noch wichtiger zur Uebersicht des Materials. v. Rönne's ausserordentlich stoffreiches preussisches Staatsrecht liefert einigermaassen auch einen Ersatz für ein fehlendes eigentliches Finanzwerk über die preussischen Steuern. Aehnliches gilt von seinem Staatsrecht des Deutschen Reichs. In Kürze giebt auch Georg Meyer's deutsches Verwaltungsrecht gute Uebersichten mit für die Mittel- und Kleinstaaten. Auf letztere gehe ich nicht näher ein.

§. 3. Charakteristik der allgemeinen Entwicklung der deutschen Besteuerung im 19. Jahrhundert. Die Entwicklung der wirthschaftspolitischen und der politischen Verhältnisse in Deutschland im 19. Jahrhundert, seit dem Abschluss der französischen Kriegszeit (1815), hat es mit sich gebracht, dass die preussische Besteuerung in nahe Beziehung zu derjenigen zuerst im Zollverein (Zölle, Rübenzuckersteuer, Bier- und Branntweinsteuer), dann im Norddeutschen Bund und Deutschen Reich getreten ist (ausser den genannten noch Salz-, Tabak-, Stempel- und Verkehrssteuern). Diese Beziehung war eine solche der Wechselwirkung, doch mit vorwaltendem Einfluss der preussischen Besteuerung auf diejenige des Zollvereins und Reichs (Zölle, innere indirecte Steuern). Auch zwischen den anderen Einzelstaaten und dem Zollverein und Reich fehlen solche Beziehungen der Besteuerung nicht, doch waren diese Staaten hier mehr die beeinflussten als die beeinflussenden. Die preussische Besteuerung hat so durch die Vermittlung der Verbindung aller deutschen Länder erst grossentheils im Zollverein und dann vollständig im Reich auch auf die Besteuerung der anderen deutschen Staaten eingewirkt. Dies gilt namentlich für die Zölle und die innere indirecte Verbrauchsbesteuerung, mit der Ausnahme, dass die drei süddeutschen Staaten

Baiern, Württemberg und Baden und zum Theil auch Hessen und Elsass-Lothringen in der Getränkebesteuerung eine Sonderstellung behalten haben, in der Bierbesteuerung (die drei ersteren und das Reichsland), sowie in der inneren Weinbesteuerung (alle, mit Ausnahme von Baiern, das keine innere Weinststeuer hat), auch gegenwärtig noch eine solche einnehmen. Unmittelbar hat auch die preussische directe, besonders die Personalbesteuerung auf andere deutsche Staaten einen Einfluss ausgeübt, indem sie öfters zur Nachahmung führte, so in der Angliederung einer allgemeinen Einkommensteuer an die Ertragsbesteuerung. Doch hat es auch an dem umgekehrten Einfluss nicht gefehlt, so von Sachsen auf Preussen in der Einkommenbesteuerung.

Der Einfluss des ausländischen Steuerrechts auf dasjenige der deutschen Länder ist unmittelbar in den zeitweise zum französischen Staatsgebiet gehörenden Landestheilen (directe Steuern, besonders Grundsteuer im Westen, elsass-lothringische Besteuerung allgemein, in Hauptpunkten noch heute) hervorgetreten. Mittelbar hat sich ein solcher Einfluss in den ehemaligen Rheinbundstaaten besonders in der directen Besteuerung (Grund-, Gewerbesteuer) aber auch in anderen Staaten gezeigt, namentlich in der früheren Zeit des Jahrhunderts, in der Epoche der vorherrschenden Ertragsbesteuerung, wo das französische Vorbild öfters zum Muster gedient hat, so für die Umbildung der älteren directen Besteuerung in moderne Formen. In der Personalbesteuerung, die in Frankreich unausgebildet geblieben ist, hat man von vornherein mehr eigene Wege eingeschlagen (Preussen). Auch die indirecte Verbrauchs- und die Verkehrsbesteuerung, sowie die Zölle sind trotz des vielfach Mustergiltigen, das hier in steuertechnischer und fiscalischer Hinsicht, in Bezug auf hohe Erträge, die fremde Gesetzgebung, besonders wieder die französische, auch die britische bot, im Ganzen doch selbständig ausgebildet worden. Fremde beachtenswerthe Vorbilder (Monopole, bei Tabak, Branntwein, Fabrikatsteuer bei Tabak, Werthsteuer bei Wein, Würzesteuer bei Bier, Erbschaftsteuern) sind bei Reformen in der Theorie und in Gesetzentwürfen der Praxis wohl aufgetaucht, aber das Steuerrecht hat sich bisher nicht in diese Bahnen hinüber führen lassen.

§. 4. Einflüsse auf die Entwicklung. Die grossen Umgestaltungen der älteren preussischen und der sonstigen deutschen Besteuerung zum Theil noch in und dann nach Abschluss der

französischen Kriegszeit und die Fortbildungen seitdem sind, wie überall, bedingt gewesen und bewirkt worden durch die Aenderungen des Finanz- und Steuerbedarfs, durch die neuen politischen Ideen, Grundsätze und Rechtsnormen, durch die grossen Veränderungen der Productions- und Verkehrstechnik und des gesammten Wirthschaftslebens, durch die Fortschritte der nationalökonomischen und finanzwissenschaftlichen Theorie und durch die Aenderungen der socialen Anschauungen sowie des diesen entsprechenden socialpolitischen Standpunctes in den Steuerfragen (Fin. III, §. 97 ff.) Diese gleichartigen Einflüsse in den Culturstaaten, besonders in West- und Mitteleuropa, erklären die vielfache Uebereinstimmung der Steuerentwicklung in diesen Ländern, ohne dass directe Uebertragungen und Nachahmungen des Steuerrechts stattzufinden brauchten oder immer stattgefunden hätten.

Allgemeinere und bleibende Verschiedenheiten der deutschen Einzelstaats- wie der späteren Reichsbesteuerung gegenüber der Besteuerung in den anderen europäischen, besonders in den Grossstaaten, Grossbritannien, Frankreich, Oesterreich, Italien, sind auf die dauernd geringeren Finanzbedürfnisse, diese namentlich wieder auf das Fehlen oder die Kleinheit unproductiver Schulden zurückzuführen. Gleichen Einfluss hat der relativ reichere Besitz alter privatwirthschaftlicher Einnahmequellen (Domänen, Forsten u. s. w.), neuerdings der Staatseisenbahnbesitz mit seiner Deckung des Eisenbahnschulderfordernisses in den Einzelstaaten durch die Reinerträge der Bahnen und seiner Ueberschusswirthschaft (Preussen, Sachsen) ausgeübt. Die erst späte bedeutendere Entwicklung der Zölle und inneren indirecten Verbrauchssteuern in den Erträgen und in der Veranlagungstechnik ist ausser auf die beiden genannten Umstände, auch auf das lange Fehlen der volkswirthschaftlichen und politischen Einheit mit zurückzuführen. Erst im Zollverein und vornehmlich erst im Deutschen Reich sind die volkswirthschaftlichen, politischen, staatsrechtlichen Voraussetzungen der grösseren Entwicklung dieser Steuerarten erfüllt worden. Die stark wachsende Bevölkerung, der riesige Aufschwung der Volkswirthschaft, der vergrösserte Volkswohlstand haben diese Steuern im Ertrage ergiebiger gemacht. Dieselben konnten aber in ihrer fiscalischen Ausbeutung, ihrer ganzen Einrichtung und Ausbildung, in der Höhe ihrer Steuersätze, wie auch die directen, die Verkehrs- (Stempel- u. s. w.) und Erbschaftssteuern, im Vergleich mit den gleichen Steuern der wichtigsten Staaten des übrigen West-, Mittel-

und Südeuropa, immer noch verhältnissmässig leicht bleiben, auch noch in der Periode des Deutschen Reichs, trotz der steigenden Militärlasten und der ungemeinen Vermehrung der Culturausgaben aller Art. Denn auch der grosse Neubildungsprocess der politischen Einheit, die ihn einleitenden politischen Bewegungen (1848 ff.) und die ihn begleitenden Kriege (1864, 1866, 1870/71) haben nicht zu erheblichen neuen unproductiven Schulden geführt; so fehlte eine der Hauptursachen der starken Anspannung der Besteuerung in anderen Ländern, welche unter dem Einfluss bekannter geschichtlicher Ereignisse früher in Grossbritannien und auch seit 1815 in Frankreich, Oesterreich, Italien, Russland, Nordamerika, Spanien u. a. L. m. auf die Steigerung der Steuerlasten zur Verzinsung der Staatsschulden hingewirkt hat. Der Superfiscalismus, theils in der ganzen Besteuerung, theils in einigen Hauptzweigen derselben, am Meisten in Frankreich (Fin. III., §. 165 ff., 172 ff., 177, 332—334, Erg.-Heft §. 11, 24), aber auch in Oesterreich und Italien, und immerhin auch in einzelnen exorbitant hohen Steuersätzen in England (einige Zölle, Bier-, Branntweinsteuer, Fin. III, §. 106—109, Erg.-Heft §. 3), konnte so Dank einer glücklicheren inneren und äusseren politischen Entwicklung in Deutschland vermieden werden. (Erg.-Heft §. 28).

§. 5. Günstige Gestaltung der deutschen Besteuerung. Auch dieser Umstand hat mit dazu beigetragen, dass Deutschland den jahrhundertlang dauernden, immer wieder, noch zuletzt so furchtbar durch die französischen Kriege Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts unterbrochenen Erholungsprocess seit dem dreissigjährigen Kriege endgiltig vollenden und einen ungeahnten wirthschaftlichen, politischen und Cultur-Aufschwung besonders in den letzten zwei Menschenaltern nehmen konnte, wie verhältnissmässig kein anderes grosses europäisches Land.

Dank der Geringfügigkeit alter wie neuerer unproductiver Schulden, dem reichen Besitz privatwirthschaftlicher Einnahmequellen, dem gestiegenen Volkswohlstand, der gewachsenen Bevölkerung, war es denn auch für Deutschland, Reich und Einzelstaaten, nicht schwer, die nothwendigen neuen finanziellen Opfer und Steuerlasten zu tragen, als die Ereignisse von 1864 ff. eintraten: als endlich mit der Wiedererrichtung des Deutschen Reichs der in diesem nunmehr vereinte Hauptheil des deutschen Volks die seit langen Jahrhunderten vernachlässigten — oder wesentlich nur von einem kleinen Theile Deutschlands, dem brandenburgisch-

preussischen Staate, unter übermässiger Anspannung von dessen Kräften, übernommenen — grossen Aufgaben der politischen Machtstellung seinerseits, des Heer- und Flottenaufwands dafür übernahm. Diese segensreiche politische Entwicklung, die Voraussetzung auch für die deutsche wirthschaftliche Machtstellung in der heutigen Phase der Weltwirthschaft, konnte nach ihren finanziellen Bedingungen nicht anders vor sich gehen, als dass man nach der Erfahrung aller anderen modernen Länder die Steuerkraft der Menge der Bevölkerung in der für letztere passendsten Weise durch nunmehrige Ausbildung der Zölle und inneren Verbrauchssteuern in Anspruch nahm. Aber Dank den angeführten Umständen geschah das nicht nur immer noch in weit geringerem Maasse und in schonenderen Formen als in den übrigen Hauptstaaten der Welt; es hat zugleich die deutsche Besteuerung durch passende Ausbildung und Einrichtung der directen Steuern diesen letzteren mehr als anderswo die Stellung gegeben, worin sie eine nothwendige Ausgleichungsfunktion gegenüber der indirecten Verbrauchsbesteuerung ausüben können. So liess sich der Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit überhaupt und speciell auf dem Gebiete der directen Steuern steuerpolitisch vollkommener und steuertechnisch besser durchführen als in irgend einem anderen Staate, vollends als in Frankreich, aber auch als in England. Am Ausgang des 19. Jahrhunderts möchte in Folge dieser günstigen Verhältnisse die deutsche Staatsbesteuerung (Reich und Einzelstaaten) und auch die Communalbesteuerung relativ grössere Verbesserungen als diejenige der meisten übrigen Länder zeigen, auch den Vergleich mit der britischen nicht zu scheuen brauchen. Im Ganzen stellt sie wohl das relativ Beste dar, was die Besteuerung der Culturwelt im 19. Jahrhundert erreicht hat. Vieles bleibt auch an ihr noch zu verbessern, aber auch das noch zu Erstrebende möchte, wie politisch und socialpolitisch, so auch finanziell leichter als fast überall sonst zu erreichen und auszuführen sein. Namentlich dem Staate mit der grossartigsten, interessantesten und lehrreichsten neueren Steuer-geschichte, Frankreich, sind wir am Ende des 19. Jahrhunderts ebenso sehr auf diesem Gebiete überlegen geworden, wie wir hinter ihm im Anfang des Jahrhunderts zurückgeblieben waren. Die finanzielle und die Besteuerungsbilanz schliesst also wie die politische und wirthschaftliche Bilanz überhaupt und zumal Frank-

reich gegenüber zu unseren Gunsten ab. Das alte Wort: macht mir gute Politik, so will ich Euch gute Finanzen machen, hat sich wieder einmal bewährt.

§. 6. Was in der deutschen Besteuerung erreicht worden ist. Die deutsche Besteuerung des 19. Jahrhunderts (Erg.-Heft §. 28) bietet trotz ihrer der politischen Zersplitterung zuzuschreibenden immer noch vorhandenen grösseren Mannigfaltigkeit für die Steuerlehre kaum so viel interessantes steuertechnisches Material, als die französische Besteuerung, welcher eben durch die politische Entwicklung ihres Landes noch grössere und verschiedenartigere Aufgaben gestellt waren. Das Eigenartigste und Beste, auch in steuertechnischer wie steuerpolitischer Hinsicht, möchte in unserer deutschen Besteuerung die Ausbildung der modernen directen Personalbesteuerung sein. Darin ist, vollends seit der sächsischen und nunmehr auch der preussischen Steuerreform (1891), die deutsche Besteuerung wohl das Bedeutendste und relativ Gelungenste, was bisher auf diesem Felde, zumal für ein grösseres Staatsgebiet, erreicht worden ist; auch der britischen sogen. Einkommensteuer ist sie technisch überlegen. Die directe Ertragsbesteuerung ist vielfach auch in ihrer Weise, besonders in Süddeutschland, technisch meisterhaft ausgebildet worden, aber die französische bezügliche Besteuerung möchte hier doch origineller und technisch noch vollkommener sein. In der technischen Seite des Zollwesens, in dem Ausbau des Zollltarifs, besonders der Finanzzölle und wichtiger agrarischer und industrieller Schutzzölle, dann in der Ausbildung innerer indirecter Verbrauchssteuern wie der Salzsteuer und der neuen Zucker- und Branntweinsteuer, steht Deutschland kaum mehr hinter einem andern Lande zurück. Von der Bierbesteuerung gilt dies, trotz seiner technisch weniger vollkommenen Methode, wenigstens von Süddeutschland, besonders von Baiern, dagegen allerdings noch nicht von Norddeutschland. Auch im Ertrage sind die Zölle und die genannten inneren Steuern, in Norddeutschland wieder abgesehen von der Biersteuer, zu befriedigender Entwicklung gebracht. Das Problem der Tabakbesteuerung haben wir anderseits noch immer nicht entfernt genügend zu lösen verstanden, mit dem der inneren Weinbesteuerung sind wir noch nicht einmal so weit im Reiche und in dem grössten Theil der Einzelstaaten gekommen. In der Verkehrs-, Stempel- u. dgl. Besteuerung haben wir die französische Superfiscalität und

verkehrsstörende Wirkung vermieden, neuerdings dies Gebiet zwar mehr ausgebaut und technisch das Einzelne vervollkommnet (Reich, Börsensteuer, Einzelstaaten, Preussen, Mittelstaaten). Aber diese Besteuerung hat noch nicht die ihr im Zeitalter des Credits und der Speculation gebührende Stellung und Entwicklung im Steuersystem, ihr Ertrag noch nicht die erforderliche Höhe im Gesamtsteuerertrag erreicht. In jeder Beziehung unverhältnissmässig zurückgeblieben ist die Entwicklung der Erbschaftsteuer, welcher die von ihr im Ausland erlangte Stellung (Grossbritannien, Frankreich, auch Italien, Oesterreich u. a.) im Steuersystem und Steuerertrag fast noch durchaus fehlt. Doch wird dieser Mangel durch die bessere Ausbildung unserer Einkommensteuer und in Preussen durch die jüngst hinzugetretene Vermögenssteuer immerhin einigermaassen ausgeglichen. Manches Hemmniss liegt für die Entwicklung der Steuergesetzgebung in der wünschenswerthen Richtung in der Complication der politischen Organisation, im Bundesstaatscharacter des Reichs.

In der Communalbesteuerung ist die directe fast überall in Deutschland und seit der neuesten Reform besonders in Preussen in ihrer zweckmässigen Combination von Ertrags- und Personal- (Einkommen-) Steuer im Ganzen befriedigend ausgebildet worden. Mindestens hält sie hier den Vergleich mit derjenigen anderer Länder, auch England, aus, ja, möchte ihr eher vorzuziehen sein. Aehnliches gilt von der directen Besteuerung der Verbände (Kreise, Provinzen u. s. w.). Aber die indirecte Verbrauchsbesteuerung der Communen ist wenigstens im grössten Theil des Reichs zu sehr unterbunden und in ihrer früheren höheren Entwicklung (in den älteren Accisesystemen) wohl zu stark zurückgedrängt worden, wesentlich mit aus doctrinären Gründen. Erst neuerdings macht sich eine, immer noch schwache Bewegung in Gesetzgebung und Praxis wieder mehr zu Gunsten einer Ausdehnung dieser Besteuerung geltend.

Die folgende Darstellung der Entwicklung der deutschen Gesetzgebung soll sich unserem Plane gemäss auf eine blosse Skizze in grösseren Grundzügen beschränken. Sie liefert auch in dieser Form die Belege für die vorausgehende allgemeine Characteristik, ohne dass sie sich auf die Construction und Technik der einzelnen Steuern genauer einlässt, was nach unserem Plan (S. 6) der systematischen Darstellung vorbehalten bleibt. Der Bedeutung des preussischen Staats und seines Steuersystems gemäss wird nur die Darstellung des letzteren auch in dieser Uebersicht immerhin eingehender sein müssen und dürfen, als diejenige der Besteuerung der anderen deutschen Staaten. Auch deren, besonders der grösseren Mittelstaaten Verhältnisse sind indessen so eigenthümlich und finanzwissenschaftlich lehrreich, dass sie doch nicht mit wenigen Strichen genügend geschildert werden können.

1. Abschnitt.

Preussen.

1. Die Staatsbesteuerung.

§. 7. Erste oder Periode der grundlegenden Reformen (1810—1822). Der preussische Staat in dem Umfang, auf welchem er durch den Frieden von Tilsit vorübergehend verkleinert worden war, sah sich schon in der Kriegszeit genöthigt, an den Grundlagen seiner bisherigen Steuerverfassung Aenderungen vorzunehmen und andere anzubahnen. Zum Theil waren diese Aenderungen nur Experimente von vorübergehender kürzerer Dauer. Doch ist durch Einzelnes davon der Grund gelegt worden, auf dem sich dann die neue Steuerverfassung des Staats in den Jahren 1818—1822 endgiltig aufgebaut hat.

Die ältere Staats-Steuerverfassung, wie sie namentlich vom Grossen Kurfürsten an sich gebildet hatte und im 18. Jahrhundert ausgebaut worden war, hatte aus zwei Haupttheilen, der directen Contribution, namentlich einer Grundbesteuerung auf dem Lande, und der Accise, einem System einer wesentlich indirecten Verbrauchssteuer, in den Städten bestanden, woran sich dann verschiedene kleinere Steuern, auch in Regalform (besonders die Salzsteuer) anschlossen (Fin. III, §§. 48, 49). Jene Hauptgliederung beruhte auf der wirthschaftsrechtlichen Abtrennung von Stadt und Land, stand daher namentlich auch in Verbindung mit der Gewerbeverfassung. Die allgemeine ländliche directe, besonders die Grundbesteuerung wurde aber durch die Steuerfreiheiten und Privilegien des Adels und ritterschaftlichen Grundbesitzes, namentlich in den östlichen Gebieten, provinzenweise übrigens in verschiedenem Maasse, durchlöchert.

Die schwierige Finanzlage nach dem Tilsiter Frieden einerseits, andererseits die nun auch in Preussen eindringenden, in der öffentlichen Meinung, in den Regierungsinstanzen sich durchringenden neuen politischen Ideen von der Nothwendigkeit richtiger allgemeiner und gleichmässiger Besteuerung und die neuen wirthschaftlichen Ideen von der Nothwendigkeit freier wirthschaftlicher Organisation, freier Bewegung der Wirthschaftskräfte, vor Allem freier Gewerbeverfassung, führten zu Reformbestrebungen auch auf dem Gebiete der Steuerverfassung. Namentlich die scharfe

wirthschaftliche Trennung von Stadt und Land, städtischer und ländlicher Berufe und Erwerbsarten, liess sich mit der Einführung der Gewerbefreiheit nicht mehr ordentlich aufrecht erhalten. Damit aber war die bisherige Doppelgliederung der Staatsbesteuerung in ihrem Grundprincip erschüttert. Die verkehrsstörende Wirkung der Acciseverfassung war ein weiterer Grund, der zu Reformen dieser Steuer drängte. Die ungleichmässige Belastung des platten Landes, die Steuerbefreiungen standen ferner jetzt in Widerspruch mit der für richtig erkannten, allgemeinen und gleichartigen staatsbürgerlichen Steuerpflicht und sollten nunmehr die erstere verbessert werden, die letzteren fallen. Darauf ging die Reformtendenz der Gesetzgebung hinaus.

Diese Tendenz ist freilich nicht völlig durchgedrungen, theils wegen der Schwierigkeiten in der Gesamtlage und in den legislativen und administrativen Aufgaben des Staats in den Jahren von 1807 — 1815, theils wegen unerwartet eintretender steuertechnischer und finanzieller Schwierigkeiten, theils, auch noch später und in der Abschlusszeit um 1820, weil man aus mancherlei, auch aus politischen Gründen, an das technisch-administrativ und politisch schwierigste Problem, die Ausgleichung der Grundsteuerverfassung, nicht ernstlich heranzugehen wagte. Immerhin ist durch die grundlegenden Gesetze von 1810 und 1811 und, nach verschiedenen Experimenten, durch die auf- und ausbauenden Gesetze von 1818 — 1822, welche die Staatsbesteuerung des 1814 — 1815 neugestalteten Staats reformirten und grossentheils unificirten, die preussische Besteuerung in sehr erheblicher und im Ganzen den Zeitverhältnissen sich angemessen anpassender Weise umgeändert und modernisirt worden. Die Aufhebung der älteren Acciseverfassung, die Einrichtung eines allgemeinen Grenzzollsystems mit mässigen Tarifsätzen, die Begründung allgemeiner innerer, auf wenige passende Artikel beschränkter Verbrauchsbesteuerung und einer umfassenden Personalbesteuerung (Classensteuer) sind die principiell und practisch wichtigsten Punkte, aber auch das Uebrige ist nicht ohne Bedeutung gewesen. Die Möglichkeit der Uebernahme preussischer Steuereinrichtungen im Zollverein (Zollwesen, Bier-, Branntweinsteuer), der ein Menschenalter und länger (bis 1851, bzw. 1861) dauernde, wenig veränderte Bestand der um 1820 neu begründeten Steuerverfassung zeigen, dass das in der Zeit nach dem Kriege Geschaffene doch eine tüchtige legis-

lative und administrative, auch steuerpolitische und steuertechnische Leistung war, — soviel es vom Standpunct der Kritik, vollends einer späteren Epoche, zu wünschen übrig liess. Als der steuerpolitisch bedeutendste Mangel möchte neben der Verschiebung der Grundsteuerregulirung die absolut wie relativ viel zu niedrige directe Besteuerung der wohlhabenden und vollends der reicheren Classen, auf dem Lande, wo dieser Mangel durch die Grundsteuerfreiheiten noch gesteigert wurde, und in den Städten, daher auch des mobilen, industriellen, mercantilen Kapitals und Einkommens, bis zur Einführung der classificirten Einkommensteuer von 1851 und zur Grundsteuerreform von 1861, zu bezeichnen sein. Mit der wünschenswerthen „Schonung des Kapitals“ in dem armen, vom Kriege sich langsam erholenden Lande wird man diesen Mangel nicht beschönigen, jedenfalls nicht rechtfertigen können. Er erklärt sich aus ungenügendem Verständniss des Grundsatzes der Gleichmässigkeit (Fin. II, §. 176 ff.) und der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit (eb. §. 183 ff.), sowie aus fehlender oder unrichtiger Einsicht in die socialpolitische Seite der Besteuerung (Fin. II, §. 160).

§. 8. Einzelnes. S. für die Zeit von 1806—16 bes. Mamroth, Geschichte der preuss. Staatsbesteuerung, 1806—16 (1893), namentlich auch für die hier übergangenen Steuerexperimente jener Zeit; dann für die Zeit bis 1820 C. Dieterici's Schrift, Geschichte der Steuerreform in Preussen v. 1810—20 (1875); zum Verständniss der bei den Reformen um 1820 leitenden Gedanken J. G. Hoffmann's Lehre von den Steuern (1840), G. Schmoller, Epochen der preuss. Finanzpolitik (Jahrb. f. Gesetzgebung u. s. w., 1874, S. 31 ff.), auch dessen Rectoratsrede 1898 über das preussische Handels- und Zollgesetz von 1818. Specielleres in Schimmelfenig's directen (3. A. 1859) und indirecten Steuern (2. A. 1855) bes. betreffs der Steuerfassung vor 1851 und 1861. Uebersichten in den staats- und verwaltungsrechtlichen Werken: v. Rönne, preuss. Staatsrecht, 4. A. IV, §§. 430 ff., Georg Meyer, Deutsches Verwaltungsrecht 2. A. II., S. 212 ff.) Bibliographie der preussischen Besteuerung von Kletke, Litt. über d. Fin. Preussens, 3. A. (1876).

Die wichtigsten gesetzgeberischen Vorgänge waren die folgenden, zunächst in der Zeit von 1810—1811. Die Grundzüge der Steuerreform stellt das Finanzedict vom 27. Oct. 1810 „über die Finanzen des Staats und die neuen Einrichtungen wegen der Abgaben u. s. w.“ fest. Zur Ausführung dient das Edict vom 28. Oct. 1810 über Consumptions- und Luxussteuern, das Edict vom 2. Nov. 1810 über die Gewerbesteuer, dasjenige über Stempel vom 20. Nov. 1810. Eine wesentliche Modification erlitt die neue Gesetzgebung über Consumptionssteuern aber schon durch das Edict vom 7. Sept. 1811 über Finanzen und Abgabesystem.

Das Finanzedict von 1810 verkündete die neuen leitenden Rechtsnormen des Steuersystems: Tragung der Abgaben nach gleichen Grundsätzen von Jedermann im Staate, Vereinfachung der Abgaben und ihrer Erhebung, wozu namentlich eine gleiche und verhältnissmässige Vertheilung der Grundsteuer auf alle Pflichtigen mittelst eines neuen Katasters dienen sollte, ohne Absicht auf Steigerung des Steuerertrags, aber unter Wegfall aller Exemptionen, „die weder mit der natürlichen Gerechtigkeit, noch mit dem Geiste der Verwaltung in benachbarten Staaten länger vereinbar seien.“ Diese Ziele, die dann freilich noch über ein halbes Jahrhundert unerreicht bleiben sollten, wurden damals noch weiter damit begründet, dass die Neubelasteten dann „nicht mehr der Vorwurf treffen könne, sich auf Kosten ihrer Mitunterthanen öffentlichen Lasten zu entziehen“, sowie damit, dass die neue Grundsteuer geringer sei, als die Belastung mit den ursprünglichen Ritterdienstplichten sein würde.

In der Accise traten durch Aufhebung einiger specieller Arten derselben, durch Ermässigungen von Steuersätzen Erleichterungen ein, grössere Reformen, besonders die Beschränkung der Accise auf eine geringe Anzahl Hauptartikel statt der bisherigen Universalaccise, waren in Aussicht genommen. Die Finanzbedürfnisse nöthigten aber gleichzeitig, theils zur Erhöhung von Abgaben der alten Accise, bezw. des Zolls, besonders auf Schlachtvieh, Brotgetreide, Material- und Colonialwaaren, Wein, theils zu neuen, jetzt auch auf dem Lande ausserhalb der Städte zu entrichtenden Steuern auf Fleisch, Gemahl, Bier, Branntwein, theils zu (1814 wieder beseitigten) Luxussteuern auf Dienstbotenhalt, Wagen, Pferde, Hunde. Die bisherigen Befreiungen von der Accise für Rittergüter und gewisse Personen fielen jetzt ebenfalls ganz fort. Die Accisesätze in den verschiedenen Landestheilen wurden gleich gestellt.

Das Wichtigste war der Versuch, die genannten neuen Steuern auf das platte Land als Landconsumptionssteuern auszudehnen und Stadt und Land so in dieser Besteuerung mehr gleich zu stellen. Dieser Versuch begegnete aber grossen steuertechnischen Schwierigkeiten, besonders in der Besteuerung des Brotgetreides (Roggens), mit dem lästigen und odiosen Verbot des Gebrauchs von Handmühlen, (der „Quirndel“), des Fleisches, des Branntweins (nach der Methode der Steuer vom Blasenins).

Diese Schwierigkeiten und die heftige Opposition der Landbevölkerung nöthigten bald zur Suspension und Modification der gesetzlichen Bestimmungen in einigen Puncten und schliesslich, schon im Edict vom 7. Sept. 1811, zu einer grundsätzlichen Abänderung der geplanten neuen, auf möglichste Gleichstellung von Stadt und Land abzielenden Steuerverfassung, wie sie der neuen Wirthschaftsordnung, besonders der Gewerbeverfassung, doch zu entsprechen geschienen hatte: man kehrte zu einer principiellen Trennung von Stadt und Land in der Staatsbesteuerung mit der Modification zurück, dass allein die grösseren Städte mit bedeutenderem Gewerbe- und Handelsverkehr die bestehen

bleibenden älteren (Accise) und neueren Consumtionsabgaben zu entrichten haben sollten, auch die Form der Thoraccise hier, vereinfacht, verblieb, insbesondere für den Verkehr vom Land in die Stadt auf ländliche Erzeugnisse. Das platte Land und die kleineren Städte dagegen wurden von der verhassten Mahlsteuer ganz befreit, in der Schlacht-(Fleisch-)Steuer, der Bier- und Branntweinsteuer erleichtert, wobei zwar der Absicht nach der Blasen- und Zins die Steuerform der Branntweinsteuer blieb, aber aus steuertechnischen Gründen statt dieser Form die der Besteuerung des Schrots durchgeführt wurde.

Zum Ersatz des Ertragsausfalls sollte jedoch das platte Land mit den kleinen Städten einer directen fixirten Personalsteuer, der Sache nach einer gleichen Kopfsteuer von $\frac{1}{2}$ Thlr. jährlich von jeder über 16 jährigen Person ohne Ausnahme, unterworfen werden.

Dadurch ist das dann bis 1851, bzw. 1873 für das preussische Staatssteuersystem besonders charakteristische Moment der verschiedenen formellen Behandlung von (grösseren) Städten und Land (nebst kleineren Städten), die Verbrauchsbesteuerung dort, die directe Personalbesteuerung hier begründet, aber damit auch die Einbürgerung letzterer im Steuersystem angebahnt worden: zwei besonders wichtige Punkte der neueren preussischen Steuer-geschichte und Steuerverfassung. Andere vom platten Lande zu erhebende Steuern, um dessen Erleichterung in der Verbrauchsbesteuerung auszugleichen, nemlich die Erhebung eines ausserordentlichen Grundsteuerzuschlags und höherer Gewerbesteuersätze zur Deckung eines Ausfalls, sind nicht zur Ausführung gekommen. In einer Hinsicht blieb also noch eine Aehnlichkeit mit der alten Steuerverfassung: die indirecte Verbrauchsbesteuerung in den (grösseren) Städten, die directe auf dem Lande. Eine richtige Verhältnissmässigkeit der durch beide Steuergruppen dargestellten Belastung wurde freilich jetzt so wenig als früher bewirkt und nicht einmal besonders nach einer solchen gestrebt.

Die neue Gewerbesteuer von 1810 war eine Consequenz der neuen auf dem Princip der Gewerbefreiheit beruhenden Gewerbe-verfassung.

Sie trat an die Stelle der bisherigen bezüglichlichen Steuern (Concessionsgelder u. s. w.), welche mit dem neuen Gewerberecht nicht mehr vereinbar waren, lehnte sich an die formellen Bestimmungen des neuen Gewerberechts (Pflicht zur Lösung von Gewerbescheinen) an und war eine rohe Form der Gewerbe-Classensteuer nach äusseren Merkmalen (Gattungen und Betriebsumfang der Gewerbe) mit 6 Classen und Steuersätzen

von 1 Thlr. bis 200 Thlr. Der Fortschritt lag in der Allgemeinheit und Gleichmässigkeit der Steuer im ganzen Staate.

Die neue Stempelsteuer von 1810 trat ebenfalls an Stelle älterer Abgaben, galt für das ganze Staatsgebiet, dehnte die Steuerpflicht auf Geschäftsurkunden weiter aus, erhöhte die Sätze, so auch für den Erbschaftsstempel, den sie mit enthielt, und gestaltete Anderes um (Processstempel).

Das Salzregal, als Handelsmonopol, war bestehen geblieben, die Lotterie wurde wenigstens durch Beseitigung ihrer schlimmsten Form, der Zahlenlotterie, auf die Classenlotterie und eine neue „Quinenlotterie“ beschränkt (Edict v. 28. Mai 1810).

§. 9. Zeit nach 1815, bis 1822. Gesetz von 1820. Grundsteuer, Gewerbesteuer. Diese ganze neue Steuerfassung hatte unter dem raschen Wechsel der politischen Verhältnisse und nach der Wiederherstellung und Erweiterung des Staatsgebiets 1814—15 nicht Zeit und Ruhe, sich genügend einzuleben, und wurde zudem durch Experimente mit Einkommen- und Vermögenssteuern noch gestört. Nach endgiltig eingetretenem Frieden drängte die Finanzlage und deren nothwendige Ordnung, sowie die Verschiedenheit der Steuerverfassungen in den alten wiedererworbenen und den neu erworbenen Gebieten auf weitere Reformen in der Richtung der Unification der Staatsbesteuerung hin. Die bezüglichlichen Maassregeln sind im Wesentlichen in der Zeit von 1816, besonders 1818—1822 durchgeführt worden.

Die Steuerverfassungen der einzelnen Gebietstheile blieben zunächst meistens im Zustande zur Zeit des Uebergangs der Länder an Preussen bestehen und wurden nur in einigen Puncten einstweilen abgeändert. Die Unification der Staatsbesteuerung war dann 1822 im Ganzen erreicht, — bis auf die immer wieder und auch jetzt wieder verschobene Ausgleichung der Grundsteuern, welche letztere in ihrer ungeheuren Mannigfaltigkeit und bei der mitspielenden Frage der Beseitigung der Steuerfreiheiten für eine solche Maassregel grosse politische, wirthschaftliche und technische Schwierigkeiten bot, freilich bei ernstlichem Willen nicht unüberwindliche.

Ueber den Abschluss der Steuerreform erging das allgemeine Gesetz vom 30. Mai 1820 über die Einrichtung des Abgabewesens.

Die Grundsteuer sollte danach wegen der Berührung von Provincialinteressen der Berathung mit den Ständen vorbehalten bleiben. Sie wurde bis dahin in jeder Provinz in der bisherigen Weise erhoben, doch sollte der Steuersatz da, wo die Steuer seit 1789 neu eingeführt oder erhöht worden, den fünften Theil des Reinertrags nicht übersteigen, so dass der betreffende Besitzer, der die Ueberschreitung dieser Höhe nachwies, auf Ermässigung Anspruch hatte. Eine allgemeine Untersuchung von Amtswegen in dieser Richtung fand nicht statt.

Auch die Domänen und Forsten wurden für steuerpflichtig erklärt und sollten bei Veräusserung mit der landüblichen Grundsteuer belegt werden. Der sogen. Servis der Städte, der vornemlich als „Realservis“ eine Art Gebäudesteuer für die Deckung der Kosten der den Städten obliegenden militärischen Quartierlasten bildete und im Preussen des Tilsiter Friedens durch ein Regulativ v. 17. März 1810 neu geregelt worden war, blieb auch bestehen und wurde zur Grundsteuer gestellt. Nur in den beiden westlichen Provinzen Rheinland und Westphalen ist die dort in der französischen Zeit begonnene Grundsteuerkatastrirung wesentlich nach den französischen Grundsätzen fortgesetzt und vollendet worden (K.-O. v. 26. Juli 1820, 7. April 1828, Ges. v. 21. Jan. 1839). Dadurch wurde aber gerade vollends ein Missverhältniss in dieser Besteuerung zwischen den westlichen und östlichen Provinzen herbeigeführt, die westlichen auf Grund der neuen Katastrirung wohl relativ höher belastet. Die Ausgleichung erfolgte erst durch die allgemeine Grundsteuerreform von 1861. Die Grund- und Gebäudesteuer waren so in Preussen bis 1861 auch noch nicht scharf getrennt. Die Grundsteuer, soweit sie überhaupt bestand, umfasste rechtlich und thatsächlich die Gebäudebesteuerung mit, auch in den westlichen Provinzen, wo die französische Thür- und Fenster- und Personal- und Mobiliarsteuer, die als „persönliche“ Steuern galten, durch das allgemeine Gesetz vom 30. Mai 1820 aufgehoben worden waren. Die in diesen Provinzen in der Grundsteuer mit enthaltene Gebäudebesteuerung wurde erst 1861 bei der Einführung einer eigenen allgemeinen Gebäudesteuer beseitigt.

Die Gewerbesteuer von 1810 ist durch ein neues Gesetz vom 30. Mai 1820 ersetzt und für den ganzen Staat einheitlich gestaltet worden. Dies Gesetz blieb, mit manchen späteren Novellen, die es abänderten, die Grundlage der preussischen Gewerbesteuer bis zum Gesetz von 1891. Es enthält, wie das frühere von 1810, eine Gewerbe-Classen-Steuer nach der Methode der Merkmale, aber nunmehr mit etwas feineren, doch bei Weitem nicht an den Classenschematismus und die detaillirte Casuistik der französischen und süddeutschen Gewerbesteuer Gesetze heranreichenden Classification der Gewerbe nach Gattungen, Betriebsumfang, Orten des Domicils.

Eine Singularität, welche sich bewährt hat und der preussischen Gewerbesteuer fast allein eigenthümlich geblieben ist (partiell kam Aehnliches in Sachsen vor), auch noch in der 1891er Reform, ist die Bildung von Steuergesellschaften aus Gruppen von Gewerbetreibenden, mit Mittelsätzen und Steuercontingenten dieser Gesellschaften, wo die Contingente dann auf die Mitglieder der Gesellschaft nach Minimal- und höheren Stufensätzen zu vertheilen sind. Dem damaligen Stand der Gewerbeteknik und Oekonomie entsprach diese Steuer leidlich, später kam sie in ihren Grundlagen mit der gewerblichen Entwicklung immer mehr in Widerspruch, was durch die Flickarbeit der Novellen anerkannt, aber dadurch nicht genügend behoben wurde. Zur Würdigung ihrer Stellung und Function in der preussischen directen Staatsbesteuerung ist zu beachten, dass die Gewerbesteuer eigentlich nur in den wirtschaftlich bedeutenderen Städten eine merkliche Belastung des Gewerbebetriebs bilden sollte, in den anderen und auf dem Lande mehr nur als ein mässiger Zuschlag zur Classensteuer fungirte.

§. 10. Classensteuer, Mahl- und Schlachtsteuer. Das Wichtigste in der Steuerreform von 1820, besonders auf dem Gebiete der directen Besteuerung und in Bezug auf die bisherige Combination dieser Besteuerung mit der indirecten Verbrauchssteuer in den grossen Städten, war die Hinüberbildung der Personalsteuer

in eine abgestufte Classensteuer in den kleinen Städten und auf dem Lande, die völlige Beseitigung der Universalaccise, auch in den grösseren Städten, statt deren die Durchführung einer blossen Mahl- und Schlachtsteuer in diesen (damals 132) und die Entwicklung einer allgemeinen Getränke-(Bier-, Branntwein-, Wein-) Besteuerung, nebst einer Tabaksteuer, wobei besonders die Wein- und Tabaksteuer ihre Ergänzung durch den Einfuhrzoll von ausländischem Product fanden.

Durch die bis 1873 dauernde Combination der Classen- mit der Mahl- und Schlachtsteuer ist das im Edict vom 7. Sept. 1811 wieder angenommene Princip festgehalten worden, damit ein letzter Rest der alten Contributions- und Acciseverfassung in umgestalteter Form. Die Verschiedenheit der Steuerform für die grösseren Städte und die übrigen Orte wurde mit der Verschiedenheit der Lebensverhältnisse, der grösseren Beweglichkeit der Bevölkerung in den grösseren Städten, der Schwierigkeit der Veranlagung der directen Personalsteuer in diesen begründet, wonach hier die indirecte Verbrauchs-, dort die directe Personalsteuer die technisch passendere sei. Die neue Classensteuer sollte aber den Bedenken gegen die bisherige gleiche kopfsteuerartige Personalsteuer Rechnung tragen, daher classenweise abgestuft werden.

Doch sollte sie ausdrücklich nicht den technischen Character einer wirklichen formellen Einkommensteuer erhalten, d. h. weder nach dem wirklichen, genau ermittelten, noch nach dem muthmaasslichen Einkommen aufgelegt werden, was man aus principiellen (schon damals nicht mehr ganz zutreffenden, mehr doctrinären) Gründen und mit Rücksicht auf die nichts Genügendes in der Sache beweisenden ungünstigen Erfahrungen mit dem Experiment der Einkommensteuer in der Kriegszeit glaubte ablehnen zu müssen, eine Auffassung, die u. A. namentlich J. G. Hoffmann lebhaft vertrat. Vielmehr sollte, mit des letzteren Worten, „die Stellung im äusseren Leben“ die Grundlage der Steuer bilden, wobei man dann nach äusseren Merkmalen, der socialen Stellung, des Berufs, der allgemeinen Erwerbs- und Besitzverhältnisse, dem notorischen ungefähren Grad des Wohlstands, der Lebensweise u. s. w., Classen mit verhältnissmässig weitem Spielraum bildete. In diese wurde die Bevölkerung nach Haushaltungen eingetheilt und dann mit festen Steuersätzen belegt. Für die Höhe der letzteren war der Gesammtvertrag, den die Steuer nach dem damaligen Finanzbedürfniss (c. 6 Mill. Thlr.) decken sollte, mit maassgebend. Die Bestimmungen des Classensteuergesetzes vom 30. Mai 1820 stellten so 6 Classen und Steuersätze auf, was sich indessen sofort bei der Durchführung doch als eine gar zu wenig specialisirende Unterscheidung erwies. Schon durch K. O. v. 5. Sept. 1821 wurde daher von 1822 an eine neue, dann dauernd gewordene Eintheilung der Bevölkerung in 4 Hauptclassen, immer noch nach jenen allgemeinen äusseren Merkmalen, mit drei Stufen in jeder, eingeführt. Der höchste Satz im Jahre war 144, der niedrigste $\frac{1}{2}$ Thlr. Die Steuerpflicht war mit wenigen bestimmten Ausnahmen eine allgemeine, begann nach vollendetem 14. (seit 1828 dem 16.) Lebensjahre, endete seit 1827 mit dem vollendeten 60. Jahre in der untersten Classe. Eine noch etwas weitere Abstufung der Sätze trat 1828 in der Rheinprovinz ein.

Der Grundzug dieser Classensteuer beruhte noch auf dem Gedanken einer festeren socialen und wirthschaftlichen Gliederung

der Bevölkerung. Schon damals nicht mehr völlig mit Recht, später hat die Entwicklung des Wirthschaftslebens diese Gliederung vollends zersetzt, was dann auch den Uebergang zur formellen Einkommensteuer, zuerst in der Verwaltungspraxis, schliesslich im Gesetz selbst bedingt hat. Aber das Grosse des Classensteuer-gesetzes war die Verwirklichung einer fast allgemeinen directen personalen Staatssteuer für den grössten Theil der Bevölkerung, eine Steuer, die sich doch in ihren Classen und Stufen wenigstens dem Gedanken der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit anpasste. Nicht mit Unrecht ist mitunter diese allgemeine Personalsteuerpflicht als ein Analogon der allgemeinen Wehrpflicht im preussischen Staat angesehen worden, daher auch als ein Moment von kerniger politischer Bedeutung. Die Schwäche der Steuer lag neben vielem Anderen in der ausserordentlichen Mässigkeit der Steuersätze für die reicheren Classen: 144 Thlr. der höchste Steuersatz und auch dieser nur ausserhalb der grösseren Städte und im Osten auf dem Lande neben den Steuerfreiheiten des Grossgrundbesitzes und neben der auch nur mässigen Gewerbesteuer!

Die Mahl- und Schlachtsteuer des Gesetzes vom 30. Mai 1820 war in den von ihr betroffenen Städten (132) der Ersatz der Classensteuer im übrigen Staatsgebiet. Zu ihrer Durchführung musste eine Verkehrscontrole an den Thoren verbleiben.

Sie war übrigens für die Städte nicht unbedingt obligatorisch. Mit Zustimmung der Regierung konnte eine Stadtgemeinde statt ihrer die Classensteuer wählen, wovon bis 1851 eine ganze Anzahl Städte Gebrauch gemacht haben (Zahl der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen hier nur noch 83). Auch umgekehrt konnte eine Stadt, welche die Classensteuer hatte, diese durch die Mahl- und Schlachtsteuer ersetzen.

§. 11. Uebrige Steuern. Zölle. Allgemeine innere Verbrauchssteuern. Salzregal. Stempelsteuer. Neben den genannten drei grossen directen Steuern (Grund-, Gewerbe-, Classensteuer) und der Mahl- und Schlachtsteuer standen in der damaligen Reform nur noch die indirecten Steuern, die Zölle und Verbrauchssteuern von ausländischen Waaren nach dem neuen Gesetz vom 26. Mai 1818, die Salzsteuer nach dem Gesetz vom 17. Jan. 1820, die neu geregelte innere Steuer vom inländischen Branntwein, Braumalz, Weinmost und Tabaksblättern nach dem Gesetz vom 8. Febr. 1819 und die Stempelsteuer, für welche ein neues Gesetz erst am 7. März 1822 erlassen worden ist. Eine Sonderstellung nahmen die älteren Bergwerksabgaben, die zum Theil nicht als eigentliche Steuern galten, ein. Die anderen in den alten wie neuen Provinzen noch

vorhanden gebliebenen Steuern waren theils schon vorher, theils jetzt im Gesetz über das Abgabewesen vom 30. Mai 1820 (darunter auch der Octroi in den westlichen Provinzen) aufgehoben worden. Es war somit auch neben der Unification eine erhebliche Vereinfachung der Staatsbesteuerung eingetreten.

Dem Zollgesetz von 1818 war die Aufhebung der noch bestehenden Binnen- und Provinzialzölle in den alten Provinzen 1816 (V. v. 11. Juni) vorangegangen. Das neue Gesetz bezeichnet den Uebergang zu einem blossen System von Grenzzöllen an den Staatsgrenzen, mit mässigen Finanz- und Schutzzollsätzen. In letzterer Hinsicht erfolgte der principiell und practisch wichtige Bruch mit dem alten Mercantilsystem und der Uebergang zu einem, vollends in damaliger Zeit, sehr liberalen Handels- und Zollsystem, mit welchem der preussische Staat eine bedeutsame Pionierarbeit auf diesem Gebiete geleistet hat¹⁾. Durch die so erfolgte Bildung eines Grenzzollgebiets, als territorialer abgeschlossener Basis der heimischen Volkswirtschaft, war ferner ein Schritt von grösster allgemeiner principieller und practischer Bedeutung in volkswirtschaftlicher wie finanzieller Hinsicht gethan. Nach kurzer Uebergangszeit, namentlich nachdem gewisse noch verbliebene innere Verkehrsbeschränkungen nach Erlass des Gesetzes über innere Verbrauchssteuern von 1819 hatten fallen können, hatte sich die Herstellung der Zolleinheit durchführen lassen, nur mit den Modificationen, wie sie die räumliche Trennung der östlichen und westlichen Provinzen und die Verhältnisse von zahlreichen Enclaven und Exclaven an den Grenzen, besonders gegen andere deutsche Staaten, einmal bedingten.

Gerade diese Verhältnisse der von Preussen umschlossenen fremden Enclaven gaben dann den ersten Anstoss zu Verträgen Preussens mit den betreffenden Staaten über den Einschluss in das preussische Zollgebiet, welches sich so besser arrondirte. Entwicklungen, aus denen später der Zollverein hervorgegangen ist, für den insofern das preussische Zollgesetz von 1818 auch in dieser Hinsicht der Ausgangspunct geworden, daher Dinge von grösster volkswirtschaftlicher, aber doch auch von eminenter finanzwirtschaftlicher Bedeutung für ganz Deutschland. Der Zolltarif, welcher zuerst noch (bis 1821) die ältere Trennung von allgemeinem Zollsatz und speciellem Verbrauchsteuersatz festgehalten hatte, kannte im Princip keine Ein- und Ausfuhrverbote mehr, war mässig in seinen Sätzen für Finanz- (Wein, Colonialwaaren) wie Schutzzollartikel, gegenüber den damaligen Tarifen der Hauptländer in der That sehr liberal, hatte auch statt der lästigen Werthzölle specifische, meist Gewichtszölle, specialisirte aber nicht sehr, was sich für Schutzzwecke, besonders später, nachtheilig erwies.

¹⁾ Diese Seite des Gesetzes v. 1818 beleuchtet näher soeben die Rectoratsrede G. Schmoller's v. 3. Aug. 1898 über das betr. Gesetz (selbständig u. auch i. d. Beilage der Allgemeinen Zeitung v. 8., 9., 10. Aug. 1898 erschienen).

Im Ganzen war der Tarif, auch in seiner Technik, ein grosser Fortschritt gegen die früheren und auch gegen die damaligen Tarife anderer Staaten. Das fiscalische Interesse am Zoll war vielleicht schon etwas zu sehr zurückgetreten, was sich später auch im Zollverein noch und eigentlich bis 1879 geltend machte.

Das Salzverkaufsregal bestand weiter, hatte aber durch vollständige Beseitigung der früheren „Salzconscription“ (welche noch zuletzt 1816 in verschiedenen Gebietstheilen aufgehoben worden ist) und durch andere Bestimmungen seinen vexatorischen Character verloren.

Auch die Gleichstellung der Salzpreise im Inland nach dem Gesetz von 1820 war ein Fortschritt. Der im Salzpreis enthaltene Steuersatz war freilich ziemlich hoch für einen Artikel nothwendigsten Bedarfs. Der Preis ist erst 1842 um $\frac{1}{5}$ ermässigt worden, als die Finanzlage das erlaubte (von 15 auf 12 Thlr. für die Tonne).

Mit der sonstigen Beschränkung der inneren Verbrauchssteuer auf die drei Getränke und den Tabak brach die preussische Steuerreform endgiltig mit der Universalaccise wie mit einem umfangreicheren System von Particularaccisen, wie es damals noch mehrfach sonst bestand (England Fin. III, S. 279). Man besteuerte so nur noch die als Consumobjecte für innere Verbrauchssteuer geeignetsten Artikel und schuf damit für Branntwein, Bier und Tabak die Grundlage der späteren inneren Besteuerung im Zollverein und Reich, oder wenigstens im Hauptgebiete beider.

Die zunächst gewählten Steuerformen waren freilich unvollkommen. Der Blasen- zins war im Gesetz von 1819 wieder zur allgemeinen Methode der Branntwein- steuer gemacht worden, wurde aber bereits 1820 im Verwaltungswege (endgiltig durch K. O. v. 20. Juni 1822) durch die Maischsteuer (Maischraum-, Maischbottig- steuer) für die wichtigste Brennerei, die von mehligten Stoffen (Getreide, Kartoffeln) ersetzt, eine Steuerform, welche die Grundlage der preussischen und späteren nord- deutschen Steuer bis in die neueste Zeit geblieben ist: eine die Fortschritte der Technik und Oekonomie sehr prämiirende, aber ungleichmässig wirkende und auch die Technik in einseitige Richtung treibende Steuermethode. Die Bier- oder Brau- malzsteuer beruhte, wie schon vordem, auf der Methode der Besteuerung des Malz- schrots. Die Weinsteuer war im Gesetz von 1819 zuerst vom Weinmost, nach vier Qualitätssätzen aufgelegt, schon 1820 (Ges. v. 25. Sept.) in eine Weinsteuer, mit grösserer Zahl der Qualitätsstufen, verwandelt worden, die vom Weinbauer zu zahlen war, seit 1834 (K. O. v. 28. Sept.) aber nur von dem verkauften, bzw. verzehrten Weine: eine so zwar verbesserte, aber doch lästige und unzweckmässige Besteuerungs- methode. Später (1865) ist die innere Weinsteuer in Preussen aufgehoben worden. Auch die innere Tabaksteuer von 1819 war zuerst eine Steuer vom Product, von den geernteten getrockneten Tabakblättern nach deren Menge, wurde aber 1828 (K. O. v. 29. März) in eine Tabakbodensteuer nach der Flächengrösse der bebauten Grundstücke mit 4 Steuerstufen nach der Ertragsfähigkeit des Bodens verwandelt: die Methode, welche dann später modificirt der allgemeinen inneren Tabaksteuer im Zollverein und Reich zu Grunde gelegt wurde (1868). Die ältere wie die neuere Form der preussischen Tabaksteuer war technisch sehr unvollkommen und nur bei niedrigen Steuersätzen haltbar.

Das neue Stempelgesetz von 1821 bildete den Abschluss der damaligen Steuerreformen.

Es räumte mit allen bestehenden Stempelabgaben im ganzen Staatsgebiete auf, auch mit denen des französischen Stempel- und Registerabgaberechts am Rhein und unificirte die ganze Materie. Die Erbschaftssteuer („Erbschaftsstempel“) blieb aber ein integrierender Bestandtheil des Stempelgesetzes. Später ging ein Theil der betreffenden Abgaben an das Reich über. Das Gesetz von 1821 hat aber in Preussen selbst, mit manchen Novellen, die Grundlage der Materie bis zu dem neuen Gesetz von 1895 gebildet. Die Spielkarten waren ein Staatsmonopol mit Anwendung des Stempels, der 1838 (V. v. 16. Juni) aufgegeben und durch eine blosse Stempelform ersetzt wurde. Auch die Bernsteinengewinnung, vornehmlich an der Ostsee, war Regal, damals und lange nachher noch von geringer finanzieller Bedeutung.

§. 12. Zweite Reformperiode. Die Fortbildung der preussischen Besteuerung seit dem Uebergang zur constitutionellen Staatsform (1851—1890). Insbesondere Personalsteuerreform (Classen- und classificirte Einkommensteuer). An der in den Jahren von 1818—1822 hergestellten Grundlage der Besteuerung ist ein Menschenalter lang, bis zur Periode der neuen Staatsverfassung (1848 ff.) nichts in wesentlichen Puncten geändert worden. Auch die Bildung des Zollvereins, dessen allmälige Erweiterung und die von diesem Verein befolgte Zoll- und Steuerpolitik (Einführung der Rübenzuckersteuer), sowie die Herstellung von Branntwein- und Biersteuergemeinschaften zwischen Preussen und anderen norddeutschen Zollvereinsstaaten hat doch die Grundlagen der preussischen Besteuerung nicht eigentlich verändert. Man baute vielmehr im Zollverein und in jenen Steuergemeinschaften auf der preussischen Grundlage fort. Darüber später mehr. Die inneren Verbrauchssteuern, auf Salz (Regal), Tabak, Wein blieben bis zur Periode des Norddeutschen Bundes Particularsteuern, die auf Branntwein und Bier wurden wenigstens nicht gemeinsame Steuern des Zollvereins. Erst nach 1866 gingen die Zölle und inneren Verbrauchssteuern (auch auf Salz) auf den Norddeutschen Bund und das Reich über.

Die wichtigste Aufgabe Preussens, die Regelung der Grundsteuer, wurde immer wieder verschoben. Bei den anderen directen wie sonstigen Steuern sind nur geringfügige technische Veränderungen ohne besondere principielle und practische Bedeutung eingetreten, was wir hier nicht genauer zu verfolgen brauchen. Im Laufe der Zeit war nur eine gewisse Reformbedürftigkeit der Classensteuer, das Bedürfniss zu deren Hinüberbildung mehr in eine Einkommensteuer und zur Einführung einer eigentlichen allgemeinen Einkommensteuer, besonders auch für die höheren Einkommen, ferner aus verkehrs- wie steuerpolitischen und steuertechnischen Gründen der Wunsch, wenigstens in manchen

Kreisen, die Mahl- und Schlachtsteuer beseitigt zu sehen, hervorgetreten. Aber in der Periode der allgemeinen politischen und legislativen Stagnation von 1820—1848 und der Gährung der 1840er Jahre kam man auch auf diesem Gebiete nicht weiter. Ein Gesetzentwurf über eine Einkommensteuer drang auch im Vereinigten Landtage 1847 noch nicht durch.

Erst mit den politischen Bewegungen von 1848 und nach dem Uebergang zur constitutionellen Staatsform kam auch die Fortbildung der Steuerverfassung in Gang, um freilich bald wieder ins Stocken zu gerathen. Auch die neue Verfassung enthielt einige allgemeine principielle Bestimmungen über das Besteuerungsrecht.

In Betracht kommen besonders Art. 99—101 und 109 der Verfassung vom 31. Jan. 1850. Darnach können Steuern und Abgaben für die Staatscasse nur erhoben werden, wenn sie in den Staatshaushalt aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind. Die bestehenden Steuern und Abgaben sind aber fortzuerheben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert sind (der politisch wichtige Art. 109). Bevorzugungen können bei Steuern nicht neu eingeführt werden. Die bestehende Steuergesetzgebung soll einer Revision unterzogen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft werden. Ob und wie mit Entschädigung, darüber äussert sich die Verfassung nicht. Ein Gesetz vom 7. Mai 1849 hat die Befreiungen bestimmter Personen und Berufszweige von der alten Classensteuer auch aufgehoben. S. über die staatsrechtliche Bedeutung dieser Verfassungsbestimmungen z. B. v. Rönne, preuss. Staatsrecht u. A. I, §. 121, 122.

Das Wichtigste, was die Steuergesetzgebung dann in der langen Periode von 1848—1890 in Preussen speciell geleistet hat, von der Bundes- und Reichsgesetzgebung abgesehen, war nach einem misslungenen Versuche in 1849, die Ersetzung des Classensteuergesetzes von 1820 durch ein neues Gesetz vom 1. Mai 1851 über Classen- und classificirte Einkommensteuer, aber noch mit Beibehaltung der Mahl- und Schlachtsteuer in einer (kleineren, 83) Anzahl grösserer Städte, welche von der Classensteuer nach wie vor freiblieben. Die letztere wurde indessen jetzt allgemein auf Censiten mit einem Einkommen von nicht über 1000 Thlr. beschränkt. Für Censiten mit höherem Einkommen trat nunmehr allgemein, auch in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten, die classificirte Einkommensteuer hinzu, eine wirkliche formelle allgemeine Einkommensteuer, nur mit einem sehr ungenügenden Veranlagungsverfahren. Dadurch wurde wenigstens im Princip, wenn auch nicht genügend thatsächlich, das höhere Einkommen in Stadt und Land, in Gewerbe, Handel, liberalen Berufen, auch aus Leihkapital, wie aus ländlichem Grundbesitz und Landwirthschaft mittelst dieser directen Steuern einigermaassen mit belastet. Die Ertragsbesteuerung fand so eine nothwendige

Ergänzung durch die allgemeine Personalbesteuerung und wesentlich besser als bisher. Formell wurde das höhere Einkommen aus Landwirthschaft, Grund- und Hausbesitz, Gewerbebetrieb nunmehr ebenso doppelt getroffen, wie bisher schon thatsächlich durch die Classensteuer alles dies Einkommen, auch das kleinere. Ein besonderer Mangel, zumal da eine eigene Kapitalrentensteuer im preussischen Ertragssteuersystem fehlte, blieb aber die unzureichende Erfassung der Kapitalrente (Leihzins) durch die directe Besteuerung. Eine Unterscheidung des fundirten und unfundirten Einkommens, etwa mittelst Anlegung eines verschiedenen Steuerfusses, wie nach dem Project von 1847, hatte das Gesetz von 1851 nicht.

Erst 1873 wurde die Gesetzgebung von 1851 etwas erheblicher weiter gebildet, namentlich durch Einführung eines steuerfreien Einkommenminimums („Existenzminimums“, 420 M.) und durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, als Staatssteuer allgemein, auch als Communalsteuer die erstere, unter nunmehriger Einführung der Classensteuer auch in den bisher mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten (zwei Gesetze vom 25. Mai 1873). Aber das ungenügende Veranlagungsverfahren verblieb nicht nur hier, sondern auch noch später, als einige kleinere Veränderungen der Steuer, u. A. Ermässigungen des Steuersatzes, erfolgten.

Das Bemerkenswerthe war aus der späteren Zeit die Aufhebung der zwei untersten Stufen der Classensteuer, wodurch das steuerfreie Einkommenminimum auf 900 M. erhöht wurde (Gesetz v. 26. März 1883), auf welchem Betrage es seitdem, auch in der Reform von 1891, geblieben ist. An Anläufen zu tiefer greifenden Reformen der Personalbesteuerung hat es nicht ganz gefehlt. Der wichtigste war 1883/84 ein Versuch eines neuen Einkommensteuergesetzes, in Verbindung mit einer eigenen Kapitalrentensteuer, diese nach süddeutschen Mustern. Aber auch dieser Versuch misslang. So ist nach dem Gesetz von 1851 nicht nur in der „Reactionsperiode“ in der zweiten Hälfte der Regierungszeit Friedrich Wilhelm's IV., sondern auch in der grossen preussisch-deutschen Geschichtsperiode Wilhelm's I. und Bismarck's, in der günstigen Finanzepoche nach dem französischen Kriege auf diesem wichtigsten Gebiete der preussischen Specialbesteuerung, der directen Personalbesteuerung leider nichts sehr Erhebliches mehr geleistet worden: ein auch politischer Unterlassungsfehler, besonders auch neben der — unvermeidlichen — Verbrauchssteuerpolitik des Reichs.

S. Grätzer, Geschichte der preuss. Einkommen- und Classensteuer (1812—51), (1884). Schimmelfennig, directe Steuern B. II. Engel in d. Ztschr. d. preuss. statist. Bureaus, Jg. 1868 S. 24 (Ergebnisse der Classensteuer u. s. w.), ders. ab. Jg. 1875 (Classen- u. Einkst. 1851—75). Die Commentare zu dem Gesetz v. 1851 und 1873, so bes. der von Meitzen (2. A. 1887), die Commentare zum Gesetz v. 1891 in den Einleitungen, so bes. der von Fuisting (2. A. 1891). Meine Abh. directe Steuern im Schönberg'schen Handb. d. polit. Oekon. III, 4. A. §. 23a, §. 105.

Die Classensteuer war nach dem Gesetz von 1851 immer noch nach der Methode der äusseren Merkmale veranlagt. Es wurden drei Hauptclassen der Censiten nach den Berufs- und wirthschaftlichen Verhältnissen unterschieden, innerhalb deren dann die Censiten, regelmässig die Haushaltungen, stufenweise mit im Ganzen 12 bezw. 13 Steuersätzen belegt wurden ($\frac{1}{2}$ —24 Thlr. jährlich). Ein genaueres Eindringen in die Einkommen- und Vermögensverhältnisse sollte auch jetzt noch bei der Veranlagung vermieden, nur nach den für die Hauptclassen gegebenen allgemeinen Unterscheidungsmerkmalen und nach Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse und der durch diese bedingten besonderen Leistungsfähigkeit eingeschätzt werden. Aber obwohl demgemäss die Ausführung auch hätte erfolgen sollen, ging man in dieser dann doch weiter und schätzte von der 2. Hauptclasse an nach einem für jede Steuerstufe angenommenen muthmaasslichen Einkommen ein (so von 200 Thlr. an). Dadurch wurde die Classensteuer thatsächlich bereits in eine formelle Einkommensteuer, wenn auch ohne streng folgerichtige Durchführung, verwandelt. (S. d. Zusammenstellung der Veranl.-Grundsätze v. 1. Mai 1867). Im Gesetz von 1873 wurde der ganzen Classensteuer dieser Character dann ausdrücklich und nunmehr offen gegeben, indem die Veranlagung jetzt nach Maassgabe der Schätzung des jährlichen Einkommens zu erfolgen hatte und die Steuer in 12 nach der Einkommenhöhe bezifferte Classen (die erste mit 140—220 Thlr., die letzte mit 900—1000 Thlr.), jede mit einem festen Steuersatze (1—24 Thlr.) eingetheilt ward. Jedoch sollten die Nachrichten über die ökonomischen und Einkommen-Verhältnisse der Steuerpflichtigen zwar möglichst vollständig, aber auch jetzt noch nur soweit dies ohne tieferes Eindringen geschehen könne, erfolgen (Instr. v. 28. Mai 1873). Verbessert gegen früher war die Veranlagung immerhin.

Die neue classificirte Einkommensteuer von 1851 war von vornherein deutlich als eine wirkliche formelle „Gesamteinkommen“-Steuer im Gesetz bezeichnet und behandelt. Das Einkommen wurde dabei in 4 Arten nach seiner Herkunft unterschieden und unterlag der Steuer, wenn es 1000 Thlr. bei dem Steuerpflichtigen überstieg, nach Abrechnung der gesetzlichen Abzugsposten, insbesondere auch der Schuldzinsen u. dgl. (Steuer vom fälschlich sogen. „Rein“-Einkommen, s. meine Grundlegung 3. A. I., S. 408). Der Hauptmangel war auch hier das ungenügende Veranlagungsverfahren, so das Fehlen jeder Declarationspflicht der Censiten. Erst in der Berufungsinstanz standen der Behörde wirksame Controlmittel zur Verfügung, was niemals ausreicht. Der im Gesetze festgelegte Steuerfuss war im Allgemeinen 3% für die Obergrenze der Stufen, in welche das Einkommen eingetheilt war und dann mit bestimmten Sätzen belegt wurde (Steuerstufensätze, nicht Quoten- und Procentsätze für den Steuerfuss). Auch bei dieser Steuer fand die Veranlagung regelmässig nach Haushaltungen (Familien) statt. Die Ergebnisse waren bei diesem Veranlagungsverfahren nicht genügend, die Einschätzungen vielfach, wohl meist, zu niedrig, besonders bei höherem und sehr hohem und bei allem nicht sicher zu ermittelnden Einkommen, daher namentlich bei gewerblichem, mercantilem, landwirthschaftlichem, Zins- und liberalem Professionseinkommen, und im Einzelnen bestanden grosse Ungleichmässigkeiten der Veranlagung. —

Die Befreiung des Einkommens bis 420 M. (1873) und 900 M. (1883) hatte den Vortheil auch für die Veranlagung, Millionen Censiten aus dieser ausscheiden zu lassen, daher die Arbeit zu vereinfachen. — Die Classensteuer war im Gesetz von 1873 eine sogen. „contingentirte“ (auf 42 Mill. M. incl. Steuerertrag in den bisher steuerfreien Städten) geworden, einer doctrinären Forderung der „constitutionellen Theorie“ zu Liebe, ohne reellen Zweck. Im Gesetz vom 26. März 1883 ist diese Einrichtung wieder gefallen. Die Einkommensteuer hatte 1851 ein absolutes Steuermaximum (7200 Thlr. für Einkommen von 240.000 Thlr. und darüber) gehabt, indem sie mit der betreffenden Stufe (N. 30) abschloss. Im Gesetz von 1873 ist das beseitigt worden, so dass die Einkommen nun auch über jene Ziffer hinaus und weiter (in Maximo

mit 3⁰/₀) belegt wurden. Kleinere Abänderungen, besonders der Veranlagung, erfolgten durch Gesetz v. 2. Jan. 1874, 16. Jan. 1875, 12. März 1877. Die im Ges. v. 10. März 1881 gewährten Ermässigungen der Classen und der 5 untersten Stufen der Einkommensteuer um $\frac{1}{4}$ (3 Monatsraten), in Consequenz gesetzlicher Bestimmungen v. 16. Juli 1880, und die etwas knapperen Ermässigungen nach dem Ges. v. 26. März 1883 ($\frac{1}{4}$ für den bestehen bleibenden Theil der Classensteuer, $\frac{1}{6}$ für die 1., $\frac{1}{12}$ für die 2. Stufe der Einkommensteuer) standen, wie die Befreiung des Einkommens bis 900 M. von der Steuer, in Verbindung mit der Reichssteuerepolitik und der allgemeinen Bismarck'schen Steuerepolitik, welche eine Erleichterung der directen Steuern, besonders für die Leute mit kleinem und mittlerem Einkommen, erstrebte.

Die Mahl- und Schlachtsteuer hatte in der Bewegung von 1848 besondere Opposition gefunden. Durch Ges. v. 4. April 1848 war ihre Beseitigung und Ersetzung durch directe Steuern erleichtert, auch der dritte Theil des Rohertrags der Mahlsteuer da, wo sie blieb, der betreffenden Gemeinde überwiesen worden. Letztere Bestimmung blieb im Gesetz von 1851, welches die Verordnung von 1848 im Uebrigen wieder aufhob, bestehen. Das Gesetz von 1873 hat die Schlachtsteuer als Communalsteuer bedingt für zulässig erklärt, wovon aber nur wenige Städte Gebrauch gemacht haben. Auch im Communalsteuergesetz vom 14. Juli 1893 ist die Fortdauer der Schlachtsteuer gestattet worden.

§. 13. Grundsteuerreform (1861). Die zweite bedeutende Reformmaassregel der hier besprochenen Periode fällt auch erst unter Wilhelm I: nemlich die endliche Erledigung der Grundsteuerausgleichung und Herbeiführung einer einheitlichen Grundsteuerverfassung im ganzen Staatsgebiete, womit zugleich die Abtrennung der bisherigen Gebäudesteuer (in mancherlei Formen) von der Grundsteuer und die Einführung einer eigenen selbständigen Gebäudesteuer verbunden war (zwei Gesetze vom 21. Mai 1861). Dadurch hat sich die preussische Ertragsbesteuerung zu einem dreigliedrigen System, Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer, ausgebildet und wurde so eine verbesserte Hauptgruppe der directen Besteuerung, neben der Personal- (Classen- und Einkommen-)steuergruppe. Nur fehlte jener ersteren nach wie vor das Kapitalsteuerglied, weshalb sie, auch abgesehen von ihrer steuertechnischen Unvollkommenheit und Heterogenität gegenüber der Personalsteuergruppe, doch nur unzureichend neben dieser zur höheren Besteuerung des fundirten Einkommens dienen konnte. Die neue Grundsteuer war nach dem System des Parcellar-Reinertragskatasters einzurichten. Sie ist verhältnissmässig sehr rasch, auch verglichen mit anderen grossen Ländern (Frankreich, Oesterreich), freilich nach einem etwas flüchtigeren Verfahren, durchgeführt worden, in ihren Ergebnissen gleichwohl trotz ihrer geringeren technischen Vollkommenheit kaum viel mangelhafter als anderswo, wenigstens wenn man grosse Staatsgebiete vergleicht und die unüberwindlichen Schwierigkeiten der Herstellung eines befriedigenden Grundsteuer-Reinertragskatasters in einem solchen Gebiete berücksichtigt. Die neue Gebäudesteuer, deren Hauptform die „Hauszinssteuer“

(Nutzungswerth, aus dem Miethertrag abgeleitet) war, hält den Vergleich mit den Gebäudesteuersystemen andrer Länder auch aus. Beide, Grund- und Gebäudesteuer, sind in fiscalischer Hinsicht viel milder eingerichtet und viel weniger hoch als vielfach sonst, besonders im Auslande, namentlich verglichen mit Oesterreich, Frankreich, Italien.

S. über die wirre Grundsteuerverfassung in Preussen vor der Reform von 1861 bes. Schimmelfennig's Werk (3. A. 1859), dann Tab. u. aml. Nachrichten f. 1849 vom preuss. stat. Bureau, auch die Gesetzentwürfe betr. Regelung der Grundsteuer 1859. — Mascher, Regelung der Grundsteuer in Preussen, 1862. Engel, statist. Aufsätze in d. Ztschr. d. preuss. stat. Bur. 1866, 1867. Aml. Denkschrift über die Ausführung des Ges. v. 1861 (1865). v. Rönne, preuss. Staatsrecht 4. A. IV., §. 431. — Meine Abhandl. im Schönberg'schen Handb. 4. A. III, S. 325 ff., 348 ff. — v. Lesigang, Art. Grundst., H. W. St. IV. Gauss, Gebäudesteuer in Preussen nach Ges. v. 1861, 2. A. 1882.

Die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und die Einführung einer neuen allgemeinen Grundsteuer war in 1848 ff. von Neuem angeregt und zugesichert worden. Darüber bereits ein Gesetz v. 24. Febr. 1850. Zu den beiden ausführenden Gesetzen v. 21. Mai 1861 über die „anderweite Regelung der Grundsteuer und die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer“ gehört noch ein drittes vom 21. Mai 1861 betr. „die für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Bevorzugungen zu gewährende Entschädigung“. Die schwierige und strittige Frage der Entschädigung wurde in diesem Gesetze in bejahendem Sinne entschieden, (Betrag der Entschädigung bei nachweisbar lästigem Erwerbstitel der bisherigen Freiheit, bei Specialprivileg oder sonstigem privatrechtlichen Anspruch das 20-fache des Mehr an Steuer nach Maassgabe der bevorstehenden Neukatastrirung, in allen anderen Fällen das $13\frac{1}{3}$ -fache des Mehr nach Maassgabe der Belastung nach der Höhe der bisherigen Grundsteuer, wenn die Grundstücke diese zu entrichten gehabt hätten). In den westlichen Provinzen handelte es sich nur um eine Revision der früheren Veranlagung, um diese mit dem neuen Gesetz in Uebereinstimmung zu bringen. In den östlichen Provinzen wurden die zahlreichen alten verschiedenartigen Grundsteuerverfassungen (c. 20 Hauptsysteme mit über 100 Nebenarten!) unificirt. Die Kosten der Katastrirung nach dem neuen Gesetz (8.28 Mill. Thlr. in den östlichen, 1.33 Mill. Thlr. in den westlichen Provinzen) waren nicht nur wegen der Methode der Veranlagung, sondern besonders, weil man nur in geringem Maasse (15% des Bodens) neue Vermessungen machte, sonst altes Material benutzte, unverhältnissmässig gering, wie die Zeitdauer von c. 4 Jahren für die ganze Operation (1861—64) eine sehr kurze, verglichen mit ähnlichen Katastrirungen in andern grossen Ländern (Oesterreich, Frankreich). Die bisherigen Beschwerden der überlasteten Provinzen wurden so beseitigt (s. u. A. den Artikel von F. Engel, prss. stat. Ztschr. 1866 S. 21 ff.). Die Grundsteuer war als Repartitionssteuer mit einem Gesamtbetrage (Contingent) von 10 Mill. Thlr. eingerichtet, die Gesamtsumme nach dem Kataster, in welchem der Reinertrag in verhältnissmässiger Gleichheit zu ermitteln war, von oben nach unten zu vertheilen. Die sich ergebenden Contingente der Provinzen wurden als feste Summen betrachtet, welche sich nur durch Zugang steuerpflichtig werdender und Abgang steuerfrei zu stellender Grundstücke änderten. Der ganze Steuerbetrag war daher für die Staatskasse wesentlich stabil und konnte nur in dem — niemals später für eingetreten geltenden Falle — gesetzlich erhöht oder ermässigt werden, wenn die Bedürfnisse des Staats das benöthigen oder gestatten sollten. Die Folge dieses Characters der neuen Grundsteuer als Repartitionssteuer mit stabilem Contingent war, wie in andern Ländern (Oesterreich, Frankreich), dass der Ertrag der Grundsteuer zu dem wachsenden der beiden andern Ertragssteuern und der Personalsteuer im Laufe der Zeit relativ immer geringer wurde, insofern doch vielfach (nicht durchaus immer), zumal in einzelnen Orten und Gegenden, in ein Missverhältniss kam. Nach Beendigung der Katastrirung ist die Vertheilung der Grundsteuer auf die Provinzen u. s. w. durch zwei Verordnungen vom 12. Dec. 1864 für die östlichen und westlichen

Provinzen erfolgt und für jene durch Gesetz v. 8. Febr. 1867 definitiv geregelt worden. Alle älteren Grundsteuern und grundsteuerartigen Abgaben wurden mit der Durchführung der neuen Steuer v. 1. Jan. 1865 an beseitigt.

Zu gleicher Zeit trat auch die Besteuerung der Gebäude nach dem neuen Gebäudesteuergesetz ein und entfielen damit auch hier alle bisherigen mannigfaltigen bezüglichen Steuern. u. A. auch der städtische Servis des Ges. v. 30. Mai 1820 und die in den westlichen Provinzen, nach französischem Muster (Fin. III, S. 448), von den Gebäudegrundstücken u. s. w. erhobenen Grundsteuern. Die Gebäudesteuer war eine Quotitätssteuer und in 15jährigen Perioden zu revidiren, was inzwischen zweimal geschehen ist und, auch abgesehen vom Zuwachs an Gebäuden, zur Ertragssteigerung dieser Steuer an sich und im Verhältniss zur stabilen Grundsteuer stark beigetragen hat.

§. 14. Die übrigen Maassregeln der preussischen Steuergesetzgebung in der Zeit von 1848—90 betreffen die Gewerbe-, Eisenbahn-, Bergwerks-, Stempel-, Erbschaftssteuern. Diese beschränkten sich aber auf kleinere verbessernde Aenderungen an den bestehenden Steuern und auf Ergänzungen von Lücken. Eine an sich nothwendige Ergänzung der Ertragsbesteuerung durch eine Kapitalrentensteuer unterblieb, wie bemerkt. Der Anlauf dazu in dem Gesetzentwurf von 1883—84 misslang, war aber von der Regierung auch ebensowenig als die damals von ihr angegriffene Reform der Personalsteuer mit genügender Energie durchgeführt worden. Die Bismarck'sche Politik speciell war eben im Gebiet der preussischen Besteuerung nicht productiv und besonders zu tiefer greifenden Reformen der directen Besteuerung nicht sehr geneigt. Dadurch kam Preussen hier in Rückstand gegen andere deutsche Staaten, besonders gegen Sachsen, Baden und mehrere kleinere, in denen allen freilich die steuerpolitischen und steuertechnischen Aufgaben der Reformen auch viel leichter waren als in Preussen. Erst unter Miquel's Finanzministerium nach 1890 trat hier der erforderliche Wandel ein, welcher Preussen wieder an die Spitze der Reformbewegung führte.

Mehrfache Aenderungen, im Ganzen nicht unerhebliche, hat zwar die Gewerbesteuer erfahren. Sie ist dadurch verbessert, doch nicht in ihren Grundlagen abgeändert worden, behielt daher immer noch die Mängel aller Gewerbesteuern nach der „Merkmal-Methode“, wenn diese auch durch das System der Steuergesellschaften in Preussen gemildert wurden. Zwei Uebelstände, die sich immer mehr bemerkbar machten, waren, dass die Steuer sich der raschen und grossen Veränderung der gewerblichen Betriebsformen, besonders der Technik und Oekonomie der Grossbetriebe nicht genügend anpassen konnte, und dass sie die Steuerlast unverhältnissmässig auf die kleineren steuerpflichtigen Betriebe

unter Schonung der grösseren legte. Auch hier hat erst die Reform von 1891 ernstlich Wandel geschafft.

Die Novellen zu dem alten Gewerbesteuergesetz von 1820 waren doch nur Flickarbeit, die Vieles zwar verbesserte, aber doch nichts Genügendes schuf.

S. Schimmelfennig's gen. Werk, die Commentare zu dem früheren Gesetz und in den Einleitungen zu dem neuen von 1891, so von Fuisting (1893), Falkmann (2. A. 1893) v. Rönne, Staatsr. IV., §. 433. Meine Abh. in Schönberg's Handb. III, 4. A., S. 376 ff. Art. Gewerbesteuer von Burkhard im H. W. St. III, S. 1059.

Schon in der Zeit von 1820—50 sind verschiedene kleinere Veränderungen der Steuer vorgenommen worden. Aus neuerer Zeit sind von wichtigeren Gesetzen besonders zu erwähnen: das vom 19. Juli 1861 (Aenderung der Veranlagungsgrundsätze für Handelsgewerbe u. A. m.), vom 20. Oct. 1862 (in Verbindung mit Aufhebung und Aenderung von Bergwerksabgaben und Unterstellung der Hüttenwerke unter die Gewerbesteuer von Handel), vom 20. März 1872, vom 5. Juni 1874 (u. A. Aenderung der Gewerbesteuer von Bäckern, Fleischern, Beseitigung der eigenthümlichen Berechnung des Steuercontingents für sie im Gesetz v. 1820), vom 3. Juni 1876. Ein eigenthümlicher Versuch war im Gesetz v. 18. Sept. 1857 die Einrichtung der besonderen Gewerbesteuer der auf Erwerb gerichteten Actiengesellschaften, der aber durch das Gesetz v. 19. Juli 1861 bereits wieder beseitigt wurde. —

Die preuss. Gewerbesteuer bezog sich auf stehendes wie auf im Umherziehen betriebenes Gewerbe (Hausirhandel). Doch war die Steuer für letzteres schon früher durch verschiedene K. O. (21. Mai 1824 u. später) etwas apart geregelt worden. Durch das Gesetz vom 3. Juli 1876 ist die Steuer für das Gewerbe dann von der allgemeinen Gewerbesteuer abgetrennt und selbständig geworden. Auch für die Steuer des Wanderlagerbetriebs (als Communalsteuer) ist ein besonderes Gesetz vom 17. Febr. 1880 erlassen worden. Bei beiden speciellen Gesetzen spielen gewerbepolizeiliche Rücksichten etwas mit.

An die Gewerbesteuer schliesst sich in gewisser Weise die Steuer auf dem eigenen Staat nicht gehörende Eisenbahnen, besonders der sogen. Privatbahnen, an. Schon im Eisenbahngesetz vom 3. Nov. 1838 war eine solche, übrigens auch durch andre Gesichtspuncte mit unterstützte Steuer geplant. Sie ist erst durch ein Gesetz vom 30. Mai 1853, im Sinne einer (progressiven) Steuer vom Reinertrag, eingeführt worden. Seit der grossen Verstaatlichungsära, 1879 ff., ist ihre finanzielle Bedeutung natürlich geringfügig geworden.

Der Ertrag dieser Steuer war Anfangs zum Ankauf von Stammactien der betreffenden Bahnen bestimmt, Actien, deren dann vom Staat als Actionär bezogene Erträge (Dividenden) ebenfalls zu solchem Ankauf verwendet werden sollten. So würde allmählig der Staat auf diese Weise das Eigenthum an den Bahnen als Actionär vollständig haben erwerben können. Durch Gesetz v. 21. Mai 1859 ist diese Verwendung des vom Staate bezogenen Ertrags aber beseitigt worden. Der Ertrag fliesst seitdem in die Staatscasse zu den allgemeinen Zwecken der Finanzverwaltung. — Ausdehnung des Gesetzes v. 1853 auf alle nicht im Besitz des Staats oder der Actiengesellschaften befindlichen Bahnen durch Ges. v. 16. März 1867.

Wesentlich mit aus wirthschafts- neben steuerpolitischen und steuertechnischen Gründen haben die älteren Bergwerksabgaben

Veränderungen, Ermässigungen, schliesslich wesentliche Umgestaltungen und Vereinfachungen erfahren und zum Theil sind sie beseitigt worden. Gewisse Verschiedenheiten blieben im links- und rechtsrheinischen Staatsgebiete bestehen. Bis zuletzt (bei ihrer Aufhebung im J. 1893) haben sie nicht im Etat der directen Steuern, sondern in dem der Bergwerksverwaltung gestanden.

S. Arndt, Besteuerung der Bergwerke, in Jahrbüchern f. Nat.-Oek. 1881 (B. 36) S. 174, 630, ders. Art. Bergwerksabgaben im H. B. St. II, ders. Bergbau u. -Politik (1896). Meine Abh. direct. Steuern im Schönberg'schen Handbuch III, 4. A., S. 397 ff. v. Rönne, preuss. Staatsrecht IV, 4. A., §. 435. Gesetz v. 12. Mai 1851, 22. Mai 1861, bes. 20. Oct. 1862, 17. Juni 1863.

Die sogen. Stempelsteuer hat in dieser Periode zwei wichtigere Veränderungen erfahren, neben kleineren. Einmal ist die Erbschaftssteuer, der sogen. Erbschaftsstempel, von der Stempelsteuer abgetrennt und durch das Gesetz vom 30. Mai 1873 zu einer selbständigen Steuer entwickelt worden. Das ältere Hauptprincip, die Befreiung der directen Linie von der Erbschaftssteuer, ist aber auch dabei gewahrt geblieben. Damit und nach ihrer Einrichtung und ihren Steuersätzen war die Erbschaftssteuer bis zur Gegenwart auf einen geringfügigen Ertrag beschränkt geblieben, der keinen Vergleich mit dem in anderen Staaten, vollends in Grossbritannien (Fin. III, §. 125, Erg.-Heft §. 8), Frankreich (Fin. III, §. 243, Erg.-Heft §. 15), Italien erzielten u. s. w. zulässt. So war eine bedeutsame steuer- und vollends socialpolitische Function dieser Steuer im preussischen Steuersystem bisher ausgeschlossen, ebenso wie in allen anderen deutschen Staaten mit etwaiger Ausnahme von Elsass-Lothringen, wo das (jetzt modificirte) französische Erbschaftssteuerrecht verblieben ist. Die zweite bedeutsame Veränderung war die Verwandlung der Stempelsteuer auf Wechsel, Spielkarten, Werthpapiere in Reichssteuern. Technisch wie steuerpolitisch genügte das alte, bestehen gebliebene preussische Gesetz von 1822 mit seinen Novellen lange nicht mehr. Es war, wie die alte Gewerbesteuer, veraltet, aber eine Umgestaltung ist wieder erst in der folgenden Periode gelungen (1895). Der Ertrag der preussischen Stempelsteuer (auch einschliesslich der Reichssteuern) stand und steht wiederum weit zurück hinter demjenigen in den genannten fremden Staaten.

Darstellungen und Commentare der Stempelgesetze von Hoyer-Gaupp (3. A. 1881, 4. A. 1887), Kühnemann (2. A. 1885, auch über Erbschst.) u. A. v. Rönne, Staatsrecht, 4. A. IV, §. 438, 439, auch 3. A. II, 2. Abth. S. 68 ff. Schall im Schönberg'schen Handbuch 4. A. III, S. 116, 711. Art. Stempel von Lehr im H. W. B. VI. S. auch schon die Angaben bei den Rechts- und Verwaltungsgebühren in

Fin. II (2. A.) S. 72, 73. — Von Einzelheiten ist der Kalenderstempel im Ges. v. 1822 zu nennen, der später aufgehoben worden, dann der Zeitungsstempel von politischen Zeitungen nach dem Ges. v. 1822, der nach Aufhebung 1849 ff. im J. 1852, durch Ges. v. 2. Juni 1852, wieder eingeführt und neu geregelt wurde durch Gesetze v. 27. Juni 1861 u. 26. Sept. 1862. Diese Steuer ist aber nach dem Reichspressgesetz von 1874 gefallen.

In naher Beziehung zu den Stempelsteuern stehen die unter dem Namen „Gerichtssporteln“, „Gerichtskosten“ vorkommenden, vielfach reine Gebühren (s. Fin. II, §. 39 ff.), vielfach, besonders in Verbindung mit der nicht-streitigen Gerichtsbarkeit, Gebühr und Steuer vermischende oder auch reine Steuern (Verkehrssteuern, auf Rechtsgeschäfte gelegte) darstellende Abgaben. Diese werden in Preussen in der Regel direct berechnet (Fin. II, §. 71) und erhoben, nicht mittelst Benutzung von Stempeln. Ueber diese Abgaben ist das Gesetz vom 10. Mai 1851 erlassen worden, das später mehrfach Aenderungen erfuhr. Dann trat die Reichsgesetzgebung hinzu, jüngst, 1895, auch ein neues preussisches Gesetz an Stelle älterer Bestimmungen und zur Ergänzung (s. u.).

§. 15. Die Besteuerung in den neuen Landestheilen. Nach der Territorialregelung von 1814 und 1815 hat das preussische Staatsgebiet nur ganz geringfügige Veränderungen erfahren, bis 1849 die Hohenzollernschen Lande und 1866 die neuen Provinzen Hannover, Kurhessen, Nassau, Hessen-Homburg, Stadt Frankfurt, Schleswig-Holstein nebst kleinen Gebietstheilen von Hessen-Darmstadt und Baiern erworben wurden.

In den Hohenzollernschen Landen ist bis zur Gegenwart die ältere Steuerverfassung, besonders für die directen Steuern und gewisse innere Verbrauchssteuern (die sogen. „Wirthschaftsabgaben“) verblieben und hat unter preussischer Herrschaft sachlich nur kleine Veränderungen erfahren, vornemlich nur durch Einführung der Sigmaringen'schen Verfassung der directen Steuern im hechinger Gebiet. Daher gelten hier nur die Gesetze über Zollvereins- bzw. Reichssteuern, diese ausser der Biersteuer, dagegen von neueren speciell preussischen Steuergesetzen nur einzelne (Gewerbsteuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen, vom Wanderlager, Erbschaftsteuer). Auch die grossen Reformgesetze von 1891 und 1893 beziehen sich nicht auf Hohenzollern mit. Diese Lücke in der Unification der Staatsbesteuerung erklärt sich aus der territorialen Abgetrenntheit und Abgelegenheit dieser Lande vom preussischen Staatsgebiet.

Auf das Nähere ist hier nicht einzugehen. S. die Uebersicht der Hohenzollernschen Steuerverfassung und ihrer neueren Aenderungen bei v. Rönne, Staatsrecht, IV, §. 441.

In den 1866 annectirten Ländern ist deren alte Steuerverfassung im Betreff der directen Steuern grösstentheils im Verordnungswege während der Dictaturperiode im Jahre 1867 aufgehoben und durch die preussische der alten Provinzen ersetzt,

insofern also rasch diese Besteuerung im ganzen alten und neuen Gebiete unificirt worden. Politische, wirthschafts- und verkehrspolitische, auch steuerpolitische und finanztechnische Gründe sind dafür maassgebend gewesen. Nur die Gleichstellung dieser Länder in der Grundsteuer setzte längere Vorbereitungen voraus. Sie ist daher erst durch ein besondres, die Katastrirung nach den Normen in Altpreußen im Gebiete der neuen Provinzen anordnendes Gesetz vom 12. Febr. 1870 herbeigeführt worden. Auch die preussischen allgemeinen indirecten Steuern (auf Bier- bzw. Braumalz, Branntwein, Salz) wurden in den neuen Provinzen an Stelle der bestehenden eingeführt. Es traten nur alsbald die neuen Zollvereins- und Bundessteuern ein (1867). Auch die preussische Erbschaftssteuer erhielten die neuen Provinzen. In den Stempelsteuern und Gerichtskosten sind die älteren Landesgesetze nicht sofort vollständig durch die preussischen ersetzt, aber im Wesentlichen ist auch hier durch Verordnungen in 1867 und Gesetze der nächsten Jahre eine Gleichstellung mit den Bestimmungen für die alten Landestheile eingetreten, mit Verschiedenheiten in den einzelnen neuen Gebieten. Schleswig-Holstein (ohne Altona) wurde in den Zollverein aufgenommen. Die Veränderungen der preussischen Steuergesetzgebung nach 1867 haben sich dann regelmässig ohne Unterschied auf das ganze nunmehrige Staatsgebiet bezogen.

Auch hier soll auf das Einzelne nicht eingegangen werden. Die wichtigsten Verordnungen sind folgende. Eine v. 28. April 1867 betr. die Einführung der preuss. Gesetzgebung über directe Steuern im vormaligen K. Hannover: Einführung der damals bestehenden preuss. Gebäude-, Gewerbe-, Classen- und classificirten Einkommensteuer, Verbleiben der hannov. Grundsteuer zu $\frac{11}{12}$ ihres Betrags, bis die Grundsteuerregelung nach dem preuss. Gesetz v. 1861 erfolgt sein werde. Die übrigen directen hannov. Steuern, nämlich die bisherige Häuser-, Personen-, Besoldungs-, Erwerbs-, Gewerbe-, Einkommensteuer, die mit der Grundsteuer das hannoversche directe Steuersystem gebildet hatten, wurden vom 1. Juli 1867 an durch die preussischen genannten drei Steuern ersetzt. Die Verordnung giebt die allgemeinen Grundsätze zur Durchführung dieser Bestimmungen an. — Eine andere V. vom 28. April 1867 trifft die analogen Bestimmungen für das ehemalige Kurhessen, wo die dortige Grundsteuer von Gebäuden, die Gewerbe- und die Classensteuer aufgehoben wurden. Die kurhess. sonstige Grundsteuer wurde bis zu ihrer Ersetzung durch die preussische auf $\frac{3}{4}$ ihrer Höhe vermindert. Wesentlich ebenso verfuhr eine dritte V. v. 28. April 1867 für Schleswig-Holstein, wo die verwickelte ältere directe Besteuerung (nemlich Magazin-, Korn- und Fouragegelder, Haussteuer, Gewerbe-Recognitions gelder, Nahrungs-, Rangsteuer, derjenige Theil der den Namen „Contribution“ führenden Pflanzahlsabgabe, der von den Städten und Flecken zu entrichten war, sowie gewisse weitere Theile dieser Contribution und der Landsteuer) nebst den näher bezeichneten steuerartigen Theilen der sogen. „Gefälle“ aufgehoben wird. Auch hier wurde die bestehen bleibende Grundsteuer (Contribution und Landsteuer) bis zu ihrer Ersetzung durch die preuss. Grundsteuer auf $\frac{3}{4}$ vermindert. Eine V. v. 11. Mai 1867 traf ähnliche Vorschriften für Nassau, wo die dortige Gebäude- und Gewerbesteuer, für das Frankfurter Gebiet (nicht die Stadt), wo die bisherige Gebäude- und Classensteuer, für das erworbene grossherzoglich hessische Gebiet, wo die Gebäude-, Personal-, Gewerbesteuer, für das landgräflich hessen-

homb. Amt Homburg, wo die Gebäude-, Gewerbe- und Viehsteuer durch die genannten drei preuss. directen Steuern ersetzt und die bisherigen Grundsteuern bis zu ihrer Beseitigung ebenfalls etwas vermindert werden, in verschiedenem Maasse in den verschiedenen Gebietstheilen. Die Stadt Frankfurt a. M. selbst wurde der Mahl- und Schlachtsteuer, nicht der Classensteuer unterworfen, wogegen die eine Staatssteuer darstellende Accise hier beseitigt wurde. Ferner trat die Einkommen- und Gebäudesteuer ein. (V. v. 29. Juni 1867). Aehnliche V. v. 4. Juni 1867 für Meisenheim, v. 24. Juni 1867 für die ehemals baierischen Gebietstheile. Auch die einzeln in den neuen Landestheilen bisher bestehenden besonderen indirecten Steuern (hessen-darmst. u. hessen-homb. Wein- und Obstwein-, Tranksteuer und Zapfgebühr, hess. Nachtigallensteuer, hier und im baierischen Gebiet auch die staatliche Hundesteuer) sind 1867 aufgehoben worden.

Durch diese hie und da wohl etwas rauh eingreifende Einführung der preussischen directen Steuern an Stelle der, mehrfach ein sehr veraltetes System darstellenden bisherigen Staatssteuern in den neuen Provinzen ist doch der grosse Vortheil einer gleichartigen directen Besteuerung alsbald erreicht worden, wie ihn das Gebiet des Deutschen Reichs bei seiner Particulargesetzgebung ausserhalb Preussens noch heute entbehrt: eine immer mehr mit misslichen Folgen hervortretende Gestaltung der Dinge im Reiche. Zugleich sind die Verordnungen von 1867 ein Beispiel, wie man mittelst der Dictatur und im Einheitsstaate in solchen Dingen rascher und erspriesslicher einmal nothwendige Uebergänge in neue politische Verhältnisse bewirkt, als in parlamentarischen Formen und im Bundesstaate. Die noch immer nicht gelösten Besteuerungsaufgaben im Deutschen Reich zeigen dies von der anderen Seite.

Bei der Einführung der preussischen Grundsteuerverfassung in den neuen Landestheilen durch Gesetz v. 11. Febr. 1870 (mit Abänderung durch Gesetz vom 3. Jan. 1874) wurde das Contingent für alle zusammen auf 3.2 Mill. Thlr. festgestellt, die ganze Grundsteuer des Staats daher auf 13.2 Mill. Thlr. (39.6 Mill. M.). Auch hier traten Entschädigungen für die Grundstücke ein, welche bisher befreit oder bevorzugt gewesen (§. 15—17 des gen. Ges.). Nach Beendigung der Katasterarbeiten verfügte die V. v. 13. Dec. 1875, wie das erwähnte Contingent auf die drei neuen Provinzen und den Kreis Meisenheim zu vertheilen sei. Von 1876, in Schleswig-Holstein von 1878 an trat dann die neue Grundsteuerverfassung in diesen Provinzen in Wirksamkeit. — Auch die preussischen Bergwerksabgaben sind in diesen Provinzen (meist schon 1867) eingeführt worden.

In ähnlicher Weise wurde s. Z. die Einziehung des Jadegebiets, des Herzogthums Lauenburg in die preussische Besteuerung durchgeführt. Helgoland steht noch apart da. — Weiteres über die Einführung der preussischen Steuern in den neuen Provinzen, auch in Betreff der hier nicht genauer verfolgten Einführung der indirecten und der Stempelsteuer bei v. Rönne, preuss. Staatsrecht 4. A. IV, 788 ff., 800, 835, 839, 846 ff., wo die einzelnen bezüglichen Gesetze und Verordnungen angegeben sind. — Die frühere Verfassung der directen Steuern der neuen Provinzen findet sich in amtlichen Denkschriften zu den Verordnungen v. 28. April u. 11. Mai 1867 dargestellt. Ueber die Gründe für die rasche Einführung der preuss. Steuerverfassung ist ein Immediatbericht des Staatsministeriums v. 27. April 1864 veröffentlicht worden. Ueber die frühere hannoversche Steuerverfassung s. Lehzen, Hs. Staatshaushalt (1853) I, 330—400, ferner v. Reden, vergleichende Finanzstatistik I, 2. Abth. (1851), woselbst und in Abth. 1 auch über Kurhessen, Nassau, Schleswig-Holstein, Frankfurt a. M.

§. 16. Die jüngste (dritte) Reformperiode 1891 ff. Uebersicht. Die preussische Steuergesetzgebung war, wie dargelegt, in den letzten Jahrzehnten nur wenig weiter gebildet worden. Die Gewerbesteuer musste seit lange als veraltet und sehr reformbedürftig gelten. Die Classen- und classificirte Einkommensteuer hatte sich in ihrer Veranlagung immer ungenügender erwiesen. Ihre grosse Ungleichmässigkeit war um so bedenklicher, da die Steigerung der Communalfinanzbedürfnisse in der bestehenden Communalsteuerverfassung (§. 26 ff., 32) immer höhere Zuschläge, besonders in den westlichen Provinzen und in Gegenden raschen und grossen wirthschaftlichen Aufschwungs mit sich gebracht und so den Druck der ungleichmässig veranlagten Steuer immer empfindlicher gemacht hatte. Hier lag daher auch ein enger Zusammenhang zwischen Staats- und Communalsteuerverfassung und thatsächlicher Besteuerung in Staat und Gemeinden vor, welcher Reformen um so nothwendiger, freilich auch um so schwieriger machte. Die Stempelsteuer war nicht weniger veraltet als die Gewerbesteuer, auch durch Novellen und Verordnungen bis zur Verwirrung verwickelt und durch die Ausbildung der Reichsstempelsteuer noch weiter durchlöchert worden. Ein allgemeines Bedürfniss nach tiefgreifender Steuerreform, in einer der neueren Entwicklung des Wirthschaftslebens und Verkehrs, auch den neueren socialen Ideen in der Besteuerung angemessenen Richtung, wurde mehr und mehr im Publikum, Parlament, Verwaltung, Regierung empfunden. Ein entsprechendes Vorgehen war auch durch die grosse Entwicklung der indirecten Besteuerung im Reiche nur noch dringender geworden. Aber es ist lange nichts Ordentliches zur Abhilfe geschehen, bis erst nach Fürst Bismarck's Entlassung und mit der Uebernahme des Finanzministeriums durch Miquel ein neuer Geist in die Finanzverwaltung einzog und nunmehr bald eine neue grosse, in ihrer Weise grossartige, eine dritte Reformepoche in der Geschichte der preussischen Besteuerung in diesem Jahrhundert, anbrach.

Sie zerfällt in drei Stadien, von denen die beiden ersten eng zusammenhängen. Im Jahre 1891 gelang eine tiefgreifende Reform der Personalbesteuerung, mittelst einer Umbildung der Classen- und classificirten Einkommensteuer in eine einzige, steuerpolitisch und steuertechnisch wesentlich verbesserte Einkommensteuer (Gesetz vom 24. Juni 1891) und zugleich eine völlige Umgestaltung der Gewerbesteuer (anderes Gesetz vom 24. Juni 1891).

Die nunmehr bedeutend ertragsreichere staatliche Einkommensteuer ermöglichte es dann, den Schwerpunkt der directen Staatsbesteuerung wesentlich in diese Steuer zu legen und, in Verbindung mit einigen anderen Maassregeln, den Staat auf die Erträge seiner drei grossen Ertragssteuern, der Grund-, Gebäude- und der reformirten Gewerbesteuer zu Gunsten der Gemeinden verzichten zu lassen (erstes Gesetz vom 14. Juli 1893). Zur Deckung des Ausfalls an Einnahmen diente dem Staate ausser der Ertragssteigerung aus der reformirten Einkommensteuer einmal die Aufhebung eines früheren wenig zweckmässigen Gesetzes, welches den Haupttheil der dem preussischen Staate zufallenden Antheile aus den Reichszöllen auf Getreide und Vieh den Kreisen überwiesen und so der preussischen Staatscasse diese Einnahme grossentheils (bis auf einen ihr verbleibenden Betrag von 15 Mill. M.) entzogen hatte (Gesetz vom 14. Mai 1885, sogen. „Lex Huene“); sodann die Einführung einer zweiten directen staatlichen Personalsteuer, einer eigenen ganz neuen Vermögenssteuer unter dem Namen Ergänzungssteuer (zweites Gesetz vom 14. Juli 1893). In Verbindung hiermit stand dann ein drittes grosses Steuergesetz, dasjenige über die Communalabgaben (ebenfalls vom 14. Juli 1893 datirt), das wiederum lange ein dringendes Bedürfniss gewesen, dessen Herstellung wiederholt geplant und versucht, aber nicht gelungen war (§. 29, 31).

Durch diese organische Steuerreform ist ein Dreifaches von grosser allgemeiner, auch finanzwissenschaftlicher Bedeutung erreicht worden: einmal die fast völlige Hinüberführung der directen Staatsbesteuerung aus der Ertrags(Object-)besteuerung und aus der, bisher wenig organischen, Combination dieser mit der Personalbesteuerung (Classen- und classificirte Einkommensteuer) wesentlich in die reine Personal- (Subject-)besteuerung; sodann die technische Vervollkommnung der Einkommensteuer, welche nun auch steuerpolitisch den Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit viel mehr zur Geltung bringen kann, und die Verbindung dieser Steuer mit der Vermögenssteuer, welche steuertechnisch und als Subjectsteuer, u. A. weil sie die Schulden steuerfrei lassen kann, ebenfalls der Ertragssteuer überlegen ist und deren Angliederung an die Einkommensteuer es möglich macht, das Renteneinkommen aus Besitz (fundirtes) höher als das unfundirte zu besteuern, wodurch eine wichtige und

schwierige Aufgabe der Steuerpolitik, auch ein bedeutsames modernes Postulat socialer Steuerpolitik, in zweckmässiger Form gelöst wurde; endlich drittens die Herstellung einer Communalsteuer- (und Gebühren-)Verfassung, welche im Wesentlichen richtigen theoretischen und practischen Anschauungen und Forderungen entspricht, namentlich es ermöglicht, besser als bisher die Steuerlast zu vertheilen, sie mehr dem Realbesitz zuzuschieben, die Ueberbürdung der Staats-Einkommensteuer mit Zuschlägen für Communalzwecke zu vermindern, so dem Grundsatz der Besteuerung nach Leistung und Gegenleistung, soweit er gerade in der Communalbesteuerung eine gewisse Berechtigung hat (Fin. II, §. 180—182), mehr Rechnung zu tragen und Conflict zwischen Staats- und Communalfinanzinteressen zu vermindern.

Durch diese wesentlich die directe Besteuerung betreffenden Reformen ist Preussen, welches auf diesem Gebiete hinter anderen deutschen und einzelnen fremden Staaten in Folge seiner stagnirenden Steuergesetzgebung sehr ins Hintertreffen gekommen war, wieder an die Spitze getreten und der Pionier im Besteuerungsfortschritt geworden, wie die Nachahmung zeigt, welche sein Vorgehen mittlerweile in wie ausserhalb Deutschlands gefunden hat. Auf diesem wichtigsten Gebiete moderner directer Besteuerung, eben dem der Personalsteuer, ist diese preussische Reform in der That wohl (§. 6) das bedeutsamste Vorkommniss in der ganzen neueren Steuergeschichte. Auch die Rückkehr zur sonst fast verschwundenen Vermögenssteuer im modernen Staatssteuersystem, vollends eines grossen Staats, ist ein steuergeschichtlich sehr beachtenswerthes Ereigniss. Dasselbe gilt vom Siege der Personalsteuer in der directen Staatsbesteuerung, unter fast völligem Aufgeben staatlicher Ertragsbesteuerung. Beides wird vermuthlich von Einfluss auf die Weiterentwicklung moderner Besteuerung überhaupt sein. Durch die Reform von 1891 und 1893 hat sich so die preussische Staatsbesteuerung in wichtigen Puncten zugleich von der continentalen mehr getrennt und der britischen genähert.

Im Jahre 1895 ist man dann auch in das dritte Stadium der jüngsten Reformen getreten, hat die Neugestaltung der Stempelsteuer (Gesetz vom 31. Juli 1895) und gleichzeitig der Gerichtskosten (Gesetz vom 25. Juni 1895), soweit Preussen hierin nicht durch die Reichsgesetzgebung gebunden war, vorgenommen. Damit wurde auch hier eine wesentliche Verbesserung des Steuerrechts, namentlich in formeller Hinsicht, erreicht. Kleinere legislative

Maassregeln, in der Erbschaftssteuer, die Aufhebung der Personalsteuerfreiheiten der ehemaligen reichsunmittelbaren Familien, schliessen sich an die grösseren Reformen, im letzten Fall als deren Consequenz, an.

§. 17. Einzelnes. Die legislativen Materialien (Gesetzentwürfe, Motive, Gesetze) ausser in den Landtagspapieren aus 1890—93, 1895 im Finanzarchiv, B. 7—12. Genauere Darstellung der Reform und der Gesetze von 1891 in meinen zwei Aufsätzen eb. B. 8 und 11, Uebersicht in meiner Abh. directe Steuern in Schönberg's Handb. III, 4, A. §. 23 b und Einzelnes aus den Gesetzen eb. im Abschnitt von der Einkommensteuer S. 410 ff. und von der Vermögenssteuer S. 441 ff. — G. Cohn, Jahrb. f. Nat.ök. 3. Folge B. 1. Ders. Jahrb. f. Gesetzgebung eb. Jg. 16 N. F. Gerlach preuss. St. ref. in Staat und Gemeinde 1893. Ders. im H. W. B. St. III (Eink.st.) Strauss St.ref. 1893. Enneccerus dgl. 1892. Ders. Vermögensst. u. s. w. 1893. Jastrow im Archiv f. soc. Ges.geb. V. Ders. im Jahrb. f. Nat.ök. B. 58, 59. Strutz in Hirth's Annalen 1894, die Specialartikel Einkommenst., Vermögensst., preuss. St.reform im H. W. B. St. und in dessen Supplementen von Tröltzsch, Elster, v. Heckel, dgl. im Stengel'schen Wörterb. d. Verwaltg. und dessen Ergänzungsbänden v. G. v. Mayr, Keil, Bornhak. Die Commentare zu den neuen Gesetzen von Meitzen (E. St.), Fuisting (E. St., Gew.st.), Falkmann (Gew.st.), Gauss, Strutz (Verm.st.), Schwarz, Adickes, Strutz (Commun.st.) u. a. m. Die grossen amtlichen Ausführungsanweisungen zu den Gesetzen (in amtlicher Ausgabe), regelmässig mit in den Commentaren herangezogen. Werthvolle Statistik der Veranlagungsergebnisse der Einkommen- und jetzt auch der Vermögenssteuer, jährlich (bisher 1892/93 bis 1897/98), amtliche Publication des preuss. statist. Bureaus.

Die, hier allein anzugebenden, Hauptpuncte der neuen Steuergesetze sind die folgenden.

1. Reform von 1891. a. Einkommensteuer. Vereinigung der bisherigen Classen- und Einkommensteuer, doch bleibt die alte Grenze der Trennung (3000 M. Einkommen) noch in der Veranlagungstechnik, u. A. auch in Beginn der Declarationspflicht bei dieser Ziffer, spürbar. Beginn der subjectiven Steuerpflicht wie seit 1883 bei 900 M. Einkommen. Obligatorische Declaration von 3000 M. Einkommen an, facultative bei niedrigerem Einkommen. Ausdehnung der Steuerpflicht über physische Personen hinaus, jetzt auch auf gewisse privatrechtliche, juristische, namentlich Actien- und ähnliche Gesellschaften, gewisse Genossenschaften. Partielle, formelle und materielle Doppelbesteuerung (der Gesellschaften und der Actionäre u. s. w.), doch dadurch eingeschränkt, dass die Gesellschaften u. s. w. erst von einem Einkommen (Rente) von über $3\frac{1}{2}\%$ für ihr Kapital hinaus selbst einkommensteuerpflichtig werden. Genauere Bestimmungen über gewisse Ausdehnungen der objectiven Steuerpflicht, über Abzugsposten. Aenderung des bisherigen Steuerfusses, Ermässigungen bei Einkommen bis c. 30 000 M., Steigerung von da an über das bisherige Maximum von 3% hinaus, welches früher der Normalsatz für die ganze Einkommensteuer (bei Einkommen von 3000 M. und darüber) war, bis auf 4% bei Einkommen über 100 000 M. Beibehaltung von Steuerstufen (nicht Procenten) und gesetzlich festen, nicht im Etat zu bestimmenden Steuersätzen. Günstigere Bedingungen für Ermässigung des gesetzlichen Steuerfusses bei die Leistungsfähigkeit der Censiten nachtheilig beeinflussenden Umständen. Wesentliche Verbesserung des Veranlagungsverfahrens, auch abgesehen von der Declarationspflicht. Wirksamere Controlmittel der Verwaltung dabei. Strafbestimmungen bei wissentlich falschen und unvollständigen Declarationen. Schärfere, die Interessen, bezw. Rechte des Censiten schützende Einrichtung des Berufungswesens. Das Oberverwaltungsgericht als unabhängige letzte Berufungsinstanz. — Zu dem Gesetz vom 24. Juni 1891 über die Einkommensteuer eine kleine Novelle ohne weitere Bedeutung vom 22. April 1892 und das Gesetz vom 18. Juli 1892, betr. Aufhebung der Personalsteuerfreiheiten (ehemals Reichsunmittelbarer u. s. w.) gegen Entschädigung.

Der fiscalisch günstige Erfolg der Reform zeigte sich in einer sofortigen Steigerung der Einschätzungsergebnisse schon bei der ersten Veranlagung nach dem neuen Gesetz von 79 559 000 auf 114 786 000 M. Steuerertrag von 1891/92 auf 1892/93 (nur bei den physischen Personen). Ein Mehr von 35.54 Mil. M., wovon

4.04 Mill. M. auf Abänderung des Steuerfusses für die höheren Einkommen, 31.05 Mill. fast durchaus auf die bessere Veranlagung (namentlich der Censiten mit höherem Einkommen) kommen. Der beste Beweis für die Nothwendigkeit der Reform, deren lange Verschiebung vornemlich den steuerfähigeren Kreisen der Bevölkerung zu Gute gekommen war. Die Besteuerung der juristischen Personen gab ausserdem noch 10.06 Mill. M. Ertrag (s. Statistik der Veranlagung v. J. 1892/93, S. 318 ff., daraus Auszüge von meiner Abh. im Schönb. Handb. III, S. 420 ff.). Die Steuer war zuerst auf 80 Mill. M. mit 4 % jährlichem Zuwachs contingentirt, was bei der Reform von 1893 beseitigt wurde, so dass seitdem die Staatscasse über den wirklichen Ertrag ganz verfügt.

b. Die neue Gewerbesteuer von 1891 hat eine noch stärkere Umänderung der älteren gebracht, indem die Veranlagungsmethode selbst geändert wurde. Statt nach äusseren Merkmalen und Ortsclassen wurden jetzt alle im Princip für steuerpflichtig erklärten stehenden Gewerbe nach der Höhe des Jahresertrages, bezw. des Anlage- und Betriebskapitals, unter Freilassung aller Kleingewerbe bis 1500 M. Ertrag und 3000 M. Kapital, in 4 Classen gebracht, ohne Anwendung eigentlicher Declarationspflicht, aber, was zur finanzwissenschaftlichen Würdigung der Methode nicht zu übersehen ist, unter Mitbenutzung der genaueren, meist mit Hilfe des Declarationszwangs gewonnenen Daten der Einkommensteuerveranlagung. In die 1. Classe kommen Grossgewerbe (über 50 000 M. Ertrag, über 1 Mill. M. Kapital) mit einem in Stufen angeordneten Steuersatz von 1 %, bei den 3 anderen Classen blieb die Bildung von Steuergesellschaften mit Mittelsätzen und Contingenten bestehen, mit einem degressiven Steuerfuss unter 1 % herab. Veranlagungsbezirke sind grössere Gebietstheile, für Cl. 1 die Provinzen und Berlin, für Cl. 2 die Regierungsbezirke, für Cl. 3 und 4 die Kreise. Veranlagungsverfahren und Berufungswesen wurde zweckmässig neu geordnet, Oberverwaltungsgericht ebenfalls oberste Berufungsinstanz. Für Gast- und Schankwirthschaft und Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus kommt eine besondere sogen. „Betriebssteuer“ mit Zuschlagsätzen zu den normalen Gewerbesteuersätzen hinzu. Die auch bei dieser neuen Steuer zuerst bestehende Contingentirung (19.81 Mill. M.) hatte nach dem Uebergang dieser Steuer an die Gemeinden, 1893, keine Bedeutung mehr und wurde hier aufgehoben.

§. 18. — 2. Reform von 1893. Erst nach den unerwartet günstigen Ergebnissen der neuen Einkommensteuer-Veranlagung, wodurch ein Haupttheil der finanziellen Schwierigkeiten für noch weitere Reformen beseitigt war, ging man an diese heran. Das schon länger vorschwebende und im Einkommensteuergesetz von 1891 auch bereits im Allgemeinen in Aussicht genommene Ziel war die Beseitigung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer oder deren Ueberweisung an communale Verbände. Letzteres, um die Communalasten zu erleichtern, die Steuern hier besser zu vertheilen und die Einkommensteuer des Staats mehr von Zuschlägen der Gemeinden zu entlasten. Wie weit man dies durchführen könne, hing mit von der Staatsfinanzlage und von den Ersatzmitteln für die vom Staate aufzugebenden Steuern ab. Es kam nun Dank dem günstigen Ergebniss der neuen Einkommensteuer und unter Benutzung zweier anderer Hilfsmittel nicht bloss zur Aufhebung, bezw. „Ausserhebungsetzung“ der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer, sondern auch der neuen Gewerbesteuer von den stehenden Gewerben und der Betriebssteuer, woran man früher kaum gedacht hatte, sowie der Bergwerksabgaben. Jene drei erstgenannten Steuern (also nicht nur die Grund- und Gebäudesteuer) wurden vollständig den Communen überlassen, welche auch die Bergwerke von nun an im Rahmen ihrer Gewerbebesteuerung, nicht in den bisherigen Formen der Bergwerksabgaben, mit besteuern konnten. Die beiden Hilfsmittel waren die schon genannten, nemlich die Aufhebung des Gesetzes vom 14. Mai 1885, welches der Staatscasse den preussischen Antheil an den Getreide- und Viehzöllen bis auf 15 Mill. M. entzogen hatte, und die Einführung der Ergänzungssteuer, der neuen Vermögenssteuer (1. Gesetz vom 14. Juli 1893 betr. Aufhebung directer Staatssteuern, 2. Gesetz von demselben Tage betr. Einführung der Ergänzungssteuer, 3. Gesetz von diesem Tage betr. die Communalabgaben). Bei der Ausserhebungsetzung der Grundsteuer für den Staat wurde eine theoretisch und practisch strittige schwierige Frage, nemlich die Behandlung der Entschädigungen, welche bei Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten den bisher privilegierten Besitzern gewährt worden war (s. o. S. 30), dahin entschieden, dass den Entschädigten bedingt die Rückzahlung

der empfangenen Beträge, unter Gewährung eines diese Zahlung sehr erleichternden Verfahrens, auferlegt wurde: nämlich in den Fällen, wo der betreffende Besitz nicht mittlerweile durch lästiges (entgeltliches) Rechtsgeschäft veräußert worden war (1. Gesetz vom 14. Juli 1893, §. 19, überhaupt §. 17—27).

Die Vermögensteuer trifft nur physische Personen, nicht auch, wie die neue Einkommensteuer, gewisse juristische, bloss rentefähiges Vermögen, also nicht auch Nutzvermögen, daher Grund- und Hausbesitz, wirthschaftliches Anlage- und Betriebskapital, Leihkapital u. s. w., doch beim einzelnen Besitzer nur bei einem Werth von über 6000 M. im Normalfall, kleinerer ist steuerfrei. Der in Stufen geformte, für alle Arten und Beträge des Vermögens gleich hohe Steuersatz ist als Norm auf $\frac{1}{2}\%$ im Gesetz festgestellt. Das Veranlagungsverfahren lehnt sich an dasjenige der Einkommensteuer an, benutzt deren Daten, wie die Gewerbesteuer es thut, es ist aber keine eigene Declarationspflicht in's Gesetz gekommen. Die Vermögenssteuer darf nicht mit Communalzuschlägen belegt werden. Die Steuer ist, dem damaligen Steuerbedarfsanschlag gemäss, auf 35 Mill. M. contingentirt, der Steuerfuss kann jedoch, wenn dieser Betrag durch die Veranlagung nicht erreicht oder überschritten wird, bedingt, nach Combinationen mit den Einkommensteuerergebnissen, erhöht oder vermindert werden. Die Veranlagung hat nicht 35 Mill. M. ergeben, die erste für 1895/96 nur 31.06 Mill. Eine kleine Erhöhung des Fusses, um 5.2% , ist verfügt worden, reicht aber nach den bisherigen Einschätzungen nicht aus, um jenen Betrag von 35 Mill. M. erreichen zu lassen. Isteinnahme 1895/96 und 1896/97 30.302 und 31.069 Mill. M., Anschlag für 1897/98 31, für 1898/99 31.5 Mill. M. In Folge dieser einschneidenden Reform von 1891 und 1893 enthält der preussische Staatshaushalt nur noch die beiden directen Personalsteuern, die Einkommen- und die Ergänzungssteuer, von Ertragssteuern nur noch die Staatssteuer gebliebene Gewerbesteuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen und die Eisenbahnabgaben, dann die abgesondert gebliebenen directen Steuern in Hohenzollern. S. u. Statistisches in §. 24 und den dortigen Tabellen).

Die Stempelsteuer-Gesetzgebung von 1895 ist eine codificirende Neuregelung der ganzen schwierigen Materie des Urkundenstempels, für Urkunden über Rechtsgeschäfte und verschiedenes Andre, ohne directe fiscalische Tendenz der Ertragssteigerung. Das Gesetz stellt eine wesentliche Verbesserung und Klärung des bisherigen verwirrt gewordenen Zustands dieses Steuergebiets dar, hat richtige steuerpolitische Zwecke verfolgt, verwandte Rechtsgeschäfte in der Besteuerung mehr als bisher gleichgestellt, Fixstempel öfters durch progressive Werthstempel ersetzt, gewisse Befreiungen der arbeitenden Classen angeordnet, gebührenartige Stempel als Zahlungen für behördliche Thätigkeiten in Privatangelegenheiten eingeführt (s. Neisser u.) S. Gesetzentwurf mit Motiven und Gesetz selbst auch im Finanzarchiv B. XII. Commentare von Gaupp und Loeck, Kühnemann, Labus, Hainitz u. A. m. Art. Stempelsteuer von Neisser im Supplb. II d. H. W. d. St. Jacob im Wörterb. d. Verwalt. Erg.-B. 3.

Das Gerichtskostengesetz v. 1895 betrifft wie das Stempelgesetz neben Gebühren Verkehrssteuern, bes. in seinen Bestimmungen über Fälle von nicht streitiger Gerichtsbarkeit. Es ist ebenfalls condicirenden Characters und enthält Ergänzungsbestimmungen, wo die Reichsgesetzgebung nicht die Materie der Gerichtskosten, so der streitigen, allein geregelt hat.

Die Erbschaftssteuer (Ges. v. 1873) hat durch Novelle vom 19. Juni 1891 und 31. Juli 1895 einige kleine Aenderungen erfahren, nicht von principieller Bedeutung. Die 1891 geplante Ausdehnung der Steuerpflicht auf die directe Linie ist nicht durchgedrungen.

Die Steuerreform der 1890er Jahre — man kann sie mit Recht die Miquel'sche nennen — hat natürlich mancherlei private Interessen berührt und einige, so solche der bisher nicht oder zu niedrig besteuerten Classen und Personen verletzt, daher auch schon bei ihrer Entwerfung und parlamentarischen Durchführung Opposition gefunden. Aber im Ganzen war sie doch auch politisch

durch die öffentliche Meinung und das Billigkeits- und sociale Gefühl der bisher begünstigten Kreise unterstützt werden. Auch das Urtheil über die Wirkung dieser Reform ist nicht völlig übereinstimmend, im Landtage sind über einzelne Punkte der Gesetze und mehr noch ihrer administrativen Durchführung wohl Klagen ertönt und hie und da Abänderungen von Einzelheiten angeregt worden, am Meisten in Betreff des Communalabgabegesetzes (§. 29/30). Doch ist der Tadel auch hier vereinzelt und im Ganzen wird die Wirkung der Reform, namentlich auf dem Gebiete der Staatsbesteuerung, weit überwiegend als befriedigend angesehen. Wenn man an die Vorgänge in andren Ländern, z. B. an das stete Misslingen der Einkommensteuer-Bewegung in Frankreich¹⁾ denkt, so darf man bei uns eine gewisse Genugthuung über die jüngste Steuerreform empfinden.

§. 19. Rückblick auf die preussische Staatsbesteuerung im 19. Jahrhundert. Bei dem eng und immer enger gewordenen Zusammenhang der speciell preussischen mit der Besteuerung im Zollverein, Norddeutschen Bund und namentlich im Deutschen Reich, bekommt man von der Lage der preussischen Finanzen und Steuern allein kein ordentliches Bild, ohne Berücksichtigung dieses Zusammenhangs. Daher ist auch zur Ergänzung auf die Darstellung der Entwicklung der indirecten Besteuerung im Reich unten zu verweisen. Diese Verhältnisse werden, auch wo sie in die Zeit vor 1867 (Zollvereinsperiode und früher) zurückreichen, besser später im historischen Zusammenhang behandelt. Schon hier mögen aber zur Vervollständigung eines Rückblicks auf die preussische Steuerentwicklung im 19. Jahrhundert einige Punkte aus der Zollvereins- und Reichssteuerentwicklung mit hereingezogen werden.

In den drei grossen Reformepochen der preussischen Besteuerung hat die directe wie die übrige Besteuerung eine wesentliche Um- und Ausbildung und technische Vervollkommnung erfahren, wie sie durch die wirthschaftsrechtlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse des Zeitalters, durch die Technik der Production und des Verkehrs, durch politische und sociale Anschauungen der Periode bedingt waren.

In der ersten Epoche zog man bereits für die Gestaltung der Besteuerung die Consequenzen aus dem Uebergang von der

¹⁾ Wo auch das im Erg.-Heft zu B. III in §. 27 dargelegte tüchtige Doumer-sche Project von 1895/96 wieder gescheitert ist.

älteren „gebundenen“ Wirthschaftsordnung zu der neueren „liberalen“ der Freiheit des Verkehrs, des Eigenthums, der wirthschaftsrechtlichen Gleichstellung von Stadt und Land, der freien Concurrenz, aber auch die Consequenzen aus dem Grundsatz, das Staatsgebiet als einheitliches, nationalwirthschaftliches Gebiet zu behandeln, so in der Aufhebung der Universalaccise, der Beseitigung der Binnenzölle, der Herstellung des Grenzzollsystems mit liberalem Tarife, der möglichst Unification der sonstigen, auch der directen Staatsbesteuerung, der Einrichtung allgemeiner gleicher indirecter Verbrauchssteuern. Doch blieben Ausnahmen bestehen, wie die Abtrennung der grösseren Städte durch die specielle Mahl- und Schlachtsteuer. Die politischen, nationalökonomischen, ethischen Grundsätze und Forderungen und in den Edicten von 1810 und 1811 auch als öffentlich-rechtliche Normen anerkannten Principien der Allgemeinheit und Gleichmässigkeit der Besteuerung wurden in das positive Steuerrecht einzuführen gesucht. Aber das Hauptproblem, die Ausgleichung der Grundsteuer, blieb aus politischen und technischen Gründen doch noch ungelöst und von einer wirklich ernsten, daher „socialpolitischen“ Durchführung des Grundsatzes der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit (Fin. II, §. 159, 160, 183 ff., 187) war nicht nur noch keine Rede, man beschäftigte sich auch noch kaum mit einem solchen Gedanken. Das beweist am Besten die Einrichtung der Classensteuer von 1820, trotz des in ihr liegenden Fortschritts gegen die blosse Kopfsteuer, die sie ersetzte. Die Ausgestaltung aber der directen Steuer (Classen-, Gewerbesteuer), der inneren indirecten Verbrauchs- und der Verkehrssteuern (Bier-, Branntwein-, Wein-, Tabak-, Stempelsteuer) sowie auch des Zolltarifs entsprach noch dem vorwiegend agrarischen, kleingewerblichen, kleinstädtischen Character einer noch wenig entwickelten, in der Productionstechnik, im Communicationswesen noch rückständigen Volkswirthschaft eines armen Landes und Volks, das soeben erst schwere Zeiten durchgemacht hatte, von denen es sich nur langsam erholen konnte. Die zunächst unverändert bleibende Grundsteuer-Verfassung mit ihren Verschiedenheiten und ihren alten, veralteten Katastern im grössten Theil des Staats (Osten) fügt sich in diese Verhältnisse noch ganz wohl ein.

§. 20. Darin traten nun in der folgenden langen Friedenszeit bedeutende Veränderungen ein. Land und Volk erholten sich, die Volkswirthschaft entwickelte sich, die Bevölkerung nahm stark zu. Das Zollgesetz von 1818, dann der Zollverein (1834 ff.) schuf ein

grösseres einheitliches nationales Wirthschaftsgebiet, die Dampftechnik begann sich in Production und Verkehr einzubürgern, die ersten Eisenbahnen entstanden, die Industrie, der Handel, die Städte wuchsen, die Betriebssysteme in der Landwirthschaft, die Betriebsformen im Gewerbe begannen sich umzuändern und zu vervollkommen, der Grossbetrieb wurde bedeutender, die städtischen, industriellen, mercantilen Interessen traten vor den ländlichen, agrarischen mehr hervor, die Volkswirthschaft ging von der Agrar-, der kleingewerblichen, der Manufacturstufe mehr in die Industrie-, grossgewerbliche, Fabrik- und Handelstufe über und betheiligte sich in Import und Export mehr am Weltverkehr, der Wohlstand, die Consumfähigkeit auch der Massen wuchs. Immer nahm zwar bei beschränkt bleibender öffentlicher Thätigkeit auf Wirthschafts- und Culturgebiet und bei Festhalten an traditioneller Sparsamkeit der Finanzbedarf noch wenig zu. Aber soweit er es that, genügten die steigenden Erträge der Einnahmequellen, auch der Steuern, von denen die indirecten von selbst ergiebiger wurden und auch die directen, soweit sie nicht, wie bei der Grundsteuer, grundsätzlich stabil waren, etwas mehr Einnahmen ergaben. Weniger der steigende Steuerbedarf, als die innere Einrichtung der bestehenden Steuern drängte aber nun allmähig zu Reformen, wie sie die höhere und andersartige Entwicklung der Volkswirthschaft, dann aber auch immer mehr die politischen Anschauungen der Zeit und die beginnenden socialpolitischen nothwendig erscheinen liessen. In den 1840er Jahren und besonders von 1848 an, selbst in die Reactionszeit hinein, wurde dies Drängen immer stärker.

So kam es nach und nach, freilich erst nach mehr als einem Menschenalter des Stillstands der preussischen und Zollvereinsbesteuerung, zu den Reformen, welche von 1851 an die zweite Epoche der preussischen Steuergeschichte im 19. Jahrhundert bezeichnen: die Einführung der classificirten Einkommensteuer, die Reform der Grundsteuer, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, die Ausdehnung der Classensteuer auf die grösseren der Städte, die kleineren Verbesserungen an dieser Steuer und den sonstigen preussischen Steuern, die Befreiung der unteren Bevölkerungskreise von der directen Personalsteuer. Und im Zollverein, Bund und Reich kam es zur stärkeren Entwicklung der Finanzzölle und inneren Verbrauchs-, dann auch der Verkehrssteuern (Stempel) sowie späterhin auch der Schutzzölle.

Damit aber bereiteten sich wirthschaftliche, politische und sociale Umänderungen und Weiterentwicklungen vor, die auf dem Besteuerungsgebiet zu einer dritten Epoche hinüberführten. Nach einem Wechsel zwischen mehr freihändlerischer und schutzzöllnerischer Handels- und Zollpolitik in den Schutzzöllen in den 40er Jahren, nach einem Siege der Freihandelspolitik in den 60er und 70er Jahren kam es zu einem nationalwirthschaftlichen Umschwung der Handels- und Zollpolitik seit 1879 in industrie- und nunmehr auch agrarschutzzöllnerischer Richtung, eine der grossen wirthschaftspolitischen Thaten Bismarck's, ersteres in Folge der erworbenen grösseren wirthschaftlichen Machtstellung, aber auch der weit grösser gewordenen practischen Bedeutung der Industrie für die deutsche Volkswirthschaft und für die Beschäftigung, daher die Ernährung der Bevölkerung; letzteres in Folge der beginnenden Erschütterung der Landwirthschaft und des ländlichen Besitzes durch die Concurrenz fremder, ferner Productionsgebiete unter dem Einfluss der Dampftechnik des Verkehrs. Preussen, wie ganz Deutschland gelangte so mehr und mehr in die industriestaatliche Entwicklung und zu immer stärkerer Betheiligung im und Abhängigkeit vom Welthandel, vom Fernbezug von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, vom Fernabsatz von Fabrikaten. Seine stark gestiegene, viel mehr städtisch concentrirte, allgemein wenigstens in den bedeutenden Städten, Industrie- und Montanbezirken und Handelsplätzen wohlhabender gewordene Bevölkerung war viel consumfähiger und nunmehr durch Zölle, Finanz- wie Schutzzölle (Kornzoll!) und innere Verbrauchssteuern, besser zu besteuern, wie es der rasch und stark wachsende Finanz- und Steuerbedarf in Reich, Staat, Verbänden und Communen nothwendig machte. Dabei ist noch zweierlei Weiteres zum Verständniss und zur Characteristik der Entwicklung hervorzuheben: nemlich einmal, dass die Dotationen und Finanzhilfen, welche der Staat den Verbänden und Communen zu leisten hatte (Schullasten!), mit auf die Entwicklung der Staatssteuern, und zweitens dass die Nothwendigkeit, für die steigenden Reichsfinanzbedürfnisse nicht gar zu sehr auf die Matricularbeiträge der Einzelstaaten angewiesen zu sein, neben den eigenen wachsenden Finanzbedürfnissen dieser Staaten, namentlich für Wirthschafts- und Culturzwecke, wieder auf die Entwicklung der Einnahmen aus Zöllen und inneren Verbrauchssteuern im Reich hindrängte. Eine Entwicklung, in welcher Deutschland gegenüber anderen Staaten ja ohnehin aus politischen

und sonstigen Gründen zurückgeblieben und wo nun eben Vieles einfach nachzuholen nothwendig, dank der erfolgten Bevölkerungs-, wirthschaftlichen und Consumentwicklung aber auch möglich geworden war.

§. 21. Gerade diese Umstände hatten indessen auch den Privatreichthum, den Privatkapitalismus, die grossen Privateinkünfte in den leitenden Kreisen des Wirthschaftslebens zu stärkerer Entwicklung gebracht und so, wenn nicht den wirklichen, so den vermeintlichen und in den Empfindungen des Volks eine Rolle spielenden Gegensatz von Kapital und Arbeit, Besitz- und Arbeitseinkommen, grossem, mittlerem und kleinem Einkommen, „leichtem“ (Speculations-, Conjunctionengewinn) und „schwerem“ Erwerb von Reich und Arm gesteigert. Die bestehende preussische directe und Verkehrssteuerverfassung, welche schon bisher solchen Gegensätzen nicht genug Rechnung getragen und auch durch die Reformen von 1851, 1861, 1873, 1883 das genügend zu thun nicht erreicht hatte, kam mit diesen Gegensätzen immer mehr in Widerspruch. Dieser wurde aber jetzt zugleich oben und unten auch immer mehr als ein solcher empfunden, zumal bei den unteren, durch die socialistische Steuertheorie (so die nicht durchaus falsche, aber einseitige und übertreibende Polemik gegen indirecte Verbrauchssteuern) beeinflussten Classen, aber auch im „socialen Gewissen“ wenigstens der besseren Elemente von „Intelligenz und Kapital“. Auch die im Reich eingetretene — unvermeidliche und heilsame, aber doch auch als neue ungewohnte Last empfundene — starke Entwicklung der Zölle und Verbrauchssteuern liess die Mängel der directen Steuern noch fühlbarer werden.

Zugleich versagte die unvollkommene Technik der Einrichtung und Veranlagung der directen Steuern (Gewerbe-, Classen-, Einkommen-, Stempelsteuern) immer mehr den Dienst und fungirte vielfach gar nicht mehr: begreiflich bei den eingetretenen Entwicklungen der Productions- und Verkehrstechnik und Oekonomik, bei der örtlichen Beweglichkeit und den Empfindungen der unteren Classen, bei den Erwerbsarten und Einkommenshöhen der die sachlichen Productionsmittel vornemlich besitzenden, die Wirthschaftsbetriebe führenden, speculirenden, Conjunctionen ausbeutenden höheren Classen, bei der Entwicklung der Grossbetriebe u. s. w. u. s. w. In der Steuertheorie wurde die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit immer mehr als die wenn

nicht allein richtige, so doch weit überwiegend berechnete anerkannt und wurden die Consequenzen aus dieser Hinsicht jetzt schärfer gezogen und auch agitatorisch energischer vertreten. Die Praxis schloss sich dieser Auffassung an. Die Ausdehnung der Verbrauchssteuern, auch wenn letztere meist auf Artikel eines relativen Massenluxus beschränkt worden waren, liess die Nothwendigkeit einer Compensation der Wirkungen dieser Steuern auf die Vertheilung der Steuerlast durch directe und gewisse Verkehrssteuern nur noch dringender erscheinen, um so mehr, solange eine Salzsteuer mit zur Deckung allgemeiner Ausgaben bestand und erst recht wieder, seitdem die erhöhten Getreidezölle, die Zölle auf Vieh, Fettwaaren, Petroleum bei den vorhandenen Einfuhrverhältnissen eine wichtigere Einnahmequelle geworden waren und immer mehr wurden.

Erwägungen dieser Art hatten schon in der zweiten Epoche zur Einführung der classificirten Einkommensteuer (1851), zur Reform der Classensteuer (1873, 1883), zur Aufhebung der unteren Stufen dieser Steuer, wobei freilich speciell Rücksichten der Veranlagungstechnik mitspielten, mit geführt. Bei den grossen Reformen der directen Steuern 1891 und 1893 und ähnlich in der Reichsgesetzgebung kamen solche Erwägungen aber erst entscheidend mit zur Geltung. Die wohlhabenderen, reicheren, mehr Rente, Speculations-, Conjunctionengewinn, höheres Gesamteinkommen beziehenden Classen sollten ihrer grösseren Steuerfähigkeit gemäss nun auch angemessener als bisher mit belastet werden. Die Steuerreformen der letzten Epoche haben insofern einen deutlichen socialen Character und entsprechen zugleich dem nunmehr hochkapitalistisch, hochindustriell gewordenen Character der preussischen und deutschen Volkswirtschaft, sind auch eine richtige Signatur der creditwirtschaftlichen Phase in der privatwirtschaftlichen Organisation der modernen Volkswirtschaft überhaupt. Stehenbleiben wird die Steuergesetzgebung auch jetzt nicht. Was in „socialer Steuerpolitik“ in Preussen geschehen, sind erfreuliche Anfänge. Die eingeschlagene Richtung wird beibehalten werden. Wie weit und in welcher Weise man darin vorwärts gehen wird, wird von mancherlei Umständen abhängen, endgiltig voraussichtlich zumeist bestimmt werden durch die Fortentwicklung der Volkswirtschaft selbst. Die neue preussische Einkommensteuer, Vermögenssteuer, analoge Reformen in vielen anderen deutschen Einzelstaaten, die Reichsstempel- und Börsensteuer bieten jetzt gute Anhaltspunkte,

um weitere Forderungen socialer, mit der Verwirklichung des Grundsatzes der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit wirklich Ernst machender Steuerpolitik mit der Zeit durchführen zu lassen.

Vgl. hierzu die principiellen Erörterungen über die sociale Phase der Finanz- und Steuerpolitik in Fin. I (3. A.) §. 27, 29, II (2. A.) §. 156—160, 170 ff., 183 ff., in meinem Aufs. Fin.wiss. u. Staatssocialismus, Ztschr. f. Staatswiss. 1887, bes. S. 116, 720 u. in meinem Aufsatz über diese Seite der Sache im Arch. f. soc. Ges.-Geb. 1891, Bd. IV, bes. S. 19 ff. Die neueren Entwicklungen, wie in Preussen, sind Belege für die an den genannten Stellen vertretene und dort näher begründete principielle Auffassung.

Staatssteuerstatistik.

§. 22. Schwierigkeiten. Die statistische Vergleichung der Steuer- und der ganzen Finanzentwicklung in Preussen für die Periode von 1815 bis zur Gegenwart findet Schwierigkeiten, welche sich nicht gänzlich überwinden lassen, durch die grosse Erweiterung des Staatsgebiets im Jahre 1866 und durch den Eintritt Preussens als einzelstaatliches Hauptglied in den Norddeutschen Bund und das Deutsche Reich. Durch letztere Ereignisse sind die Finanzen Preussens in Ausgaben und Einnahmen, bei diesen namentlich in den Steuern, mit denen des Bundes und Reichs so eng verquickt worden, dass bei einer statistischen Ausscheidung der preussischen Finanzen, unter Einrechnung der von den Ausgaben, Einnahmen und auch Steuern des Reichs auf Preussen fallenden Quoten, immer Rechnungsoperationen vorgenommen werden müssen, für welche es keine völlig correcte Methode giebt; vielfach beruhen sie auf Fictionen und ergeben so jedenfalls nur Näherungswerthe. Das ist denn namentlich auch für alle Schlüsse aus den Daten und bei Vergleichen mit den Finanzen und Steuern von Einheitsstaaten zu beachten. Indessen sind die unterlaufenden Fehler bei solchen Berechnungen doch nicht so störend und sicher nicht so gross, um den Berechnungen und den Schlüssen daraus ihren Werth zu nehmen, sobald man mit Vorsicht verfährt und gewisse Vorbehalte nicht vergisst. Dasselbe gilt dann von Vergleichen mit anderen Ländern, wo hier besonders auf die statistischen Daten über Grossbritannien und Frankreich in Fin. III (S. 228, 233 und S. 372—374, 395, 406—410) und auf die unten für andre Länder gegebenen Daten verwiesen wird.

Auch Aenderungen in der Etatisirung (Brutto-, Nettoziffern, letztere für früher öfters allein zuverlässiger und bekannt) sind hie und da erfolgt, namentlich sind die Etats auch erst im Laufe der Zeit immer vollständiger geworden, was wieder weitere Schwierigkeiten für die Vergleichung verschiedener Zeiträume bewirkt. Von 1821 an sind bis in die 40er Jahre in Preussen in der Gesetzsammlung Uebersichten des Allgemeinen Etats der Einnahmen und Ausgaben für den gewöhnlichen Staatsbedarf gegeben, mit Nettoziffern, aber nicht in genauer Specialisirung (namentlich nicht bei den indirecten Steuern). So z. B. f. 1821 Gesetzsamml. 1821 S. 50, für 1838 eb. 1838 S. 198, genauere Specialisirung des Etats für 1847 eb. 1847 S. 135 ff. Die Daten für die frühere Zeit lassen sich aber aus anderen Quellen ergänzen, was in der folgenden Tabelle 1 geschehen ist. Seit der constitutionellen Aera liegen dann jährliche genauere Etats vor, die in ihrer Aufstellung bis zur Gegenwart nur kleinere, die Vergleichung nicht besonders störende Aenderungen erfahren haben, namentlich in der Richtung grösserer Vollständigkeit, Aufnahme von Brutto- statt blosser Nettoziffern (so noch jüngst bei der Lotterie). Daraus ziemlich eingehende Uebersichten in den amtl. statist. Jahr- u. Handbüchern. S. für die frühere Zeit (1821—50) Hoffmann's Lehre von den Steuern, mit Statistik der einzelnen Steuern meist von 1821—38, v. Reden, vergleichende Finanzstatistik II, 2 (1856) S. 140 ff. (1841—52), Tabellen u. amtl. Nachrichten f. d. preuss. Staat f. 1849 (B. IV, 1853), die älteren Jahrgänge des Gothaer Hofkalenders; für die neuere Zeit das Jahrbuch für amtl. Statistik III, 1863, V, 1883, das Statist. Handbuch für den preuss. Staat I, 1888, II, 1893.

§. 23. Periode von 1821—67 (alter Staat). Wegen der eingetretenen Territorialausdehnung des Staats in 1866 empfiehlt es sich, die Uebersichten zu

theilen, einmal bis 1867, das letzte Jahr, wo der Etat sich nur auf das frühere Staatsgebiet bezog, dann von 1868 bis zur Gegenwart, wo der Etat für das ganze neue Staatsgebiet gilt (mit theilweiser Ausnahme für Hohenzollern in der ganzen Periode, s. o. S. 34). Die amtlichen Daten des Etats für 1821 und 1838 in der 1. Tabelle unten sind zum Zweck der Vergleichbarkeit unter einander und mit den späteren aus den angegebenen Quellen mit Daten der wirklichen Erträge ergänzt und für einige Posten bei den indirecten Steuern, wo die Daten des speciellen Jahrs anomal waren oder nicht einzeln vorlagen, sind Daten normaler Nachbarjahre oder Durchschnitte von solchen eingesetzt worden, daher in der Tabelle die Bezeichnung „um 1821“ u. s. w. Auch sonst mussten einige Umrechnungen und in einzelnen Fällen Schätzungen für diese Jahre (auch bei den mit „c.“ [circa] bezeichneten Daten für 1847) stattfinden, um leidlich richtige und vergleichbare Zahlen zu erhalten. Das Nähere darüber in den Noten zu Tab. I. Die Zahlen dieser Tabelle können nach diesen Bearbeitungen des Materials aber nunmehr als hinlänglich correct gelten.

Tab. 1. Uebersicht der Entwicklung der preussischen Steuern und sonstigen Staatseinnahmen 1821—1867 (in absoluten Zahlen [1000 Thlr.], altes Staatsgebiet).

Einnahmeart ¹⁾ :	Um 1821 ²⁾		Um 1838 ³⁾		Um 1847 ⁴⁾		1867 ⁵⁾	
	roh	rein	roh	rein	roh	rein	roh	rein
1. Grundsteuer	9.879	9.326	10.164	9.847	10.374	9.791	{ 10.104	c. 10.022
2. Gebädesteuer								
3. Gewerbesteuer								
4. Eisenbahnabgabe	—	—	—	—	—	—	1.645	c. 1.145
5. Bergwerksabgaben	Unter Nr. VI				c. 760	c. 740	556	c. 556
A. Ertragst.	11.585	10.926	12.460	11.901	13.723	13.016	19.771	[19.464]
6. Classensteuer	6.723	6.322	7.163	6.500	7.349	7.045	9.755	c. 9.365
7. Classific. Einkst.	—	—	—	—	—	—	3.694	c. 3.645
B. Personalst.	6.723	6.322	7.163	6.500	7.349	7.045	13.449	[13.010]
8. Andres	?	?	?	?	?	?	65	65
I. Summe 1—8, directe St.	c. 18.308	c. 17.248	19.623	18.401	21.072	20.061	33.285	31.867
9. Mahlsteuer	?	incl. Zölle, Schiff.- und Commun.-Abg. 15.280	1.584	incl. Zölle, und Schiff.- und Commun.-Abg. 16.740	1.735	incl. Zölle 19.982	1.570	—
10. Schlachtsteuer	?		1.176		1.371		1.946	—
11. Branntweinsteuer	?		5.273		c. 5.000		7.480	—
12. Biersteuer	?		1.284		1.257		1.830	—
13. Weinsteuer	?		144		91		—	—
14. Tabaksteuer	?		144		144		181	—
15. Rübenzuckerst.	—	—	—	—	126	—	5.350	—
16. Salzregal	rein 3.779	3.779	rein 5.620	5.620	rein 4.992	4.992	rein 6.539	6.539
C. Innere indir. Steuern 9—16	[c. 14.271?]	?	15.325	?	14.716	?	24.896	?
D. Zolleinnahm.	8.829	?	11.883	?	14.016	?	11.210	?
II. Summe C u. D indirecte Strn.	[c. 23.100?]	19.059	27.108	c. 22.360	28.732	c. 24.974	36.106	c. 31.853
17. Stempelsteuer	2.756	2.910	3.445	c. 3.390	4.251	4.195	5.530	5.504
18. Gerichtsk. u. dgl.	?	?	c. 3.500	[c. 3.000]	4.194	[c. 3.700]	11.092	[10.000]
III. Verkehrs- u. s. w. Steuern 17 u. 18	2.756	2.910	c. 6.945	c. 6.390	8.445	c. 7.895	16.622	c. 15.504
IV. Lotterie	rein 508	508	rein 929	929	rein 875	875	rein 1.315	1.315
V. Post-, Telegr., Comm.-Abg., Versch.	?	3.078	?	1.600	c. 10.840	c. 4.100	c. 21.227	c. 6.200
VI. Dom., Forst. u. s. w.	?	8.750	?	7.573	c. 14.744	7.245	34.788	15.885
VII. Eisenbahnen	—	—	—	—	—	—	19.767	8.367
Summe: ord. Einn.	?	c. 51.553	?	c. 57.253	c. 84.708	c. 65.150	c. 163.110	c. 110.991
Davon:								
Steuern I—IV.	[c. 44.672?]	39.725	c. 54.605	c. 48.080	c. 59.124	c. 53.805	87.328	c. 80.539
Andres V—VII	?	11.828	?	9.173	c. 25.584	c. 11.345	c. 75.782	c. 30.452

Bemerkungen 1—5 hierzu auf Seite 51.

¹⁾ Bemerkungen zu den Einnahmearten. Salzregal (16) und Lotterie (IV) ist in der Tabelle auch in den Rubriken des Rohertrags mit dem Reinertrag eingesetzt, weil der Rohertrag bei selbstverwalteten Regalen nicht mit dem anderen Rohertrage von Steuern zu vergleichen ist. — Die Kategorie Gerichtsgebühren u. dgl. (19) enthält die Gesamteinnahmen der Justizverwaltung, worunter im Hauptposten „Gerichtskosten“ aber Steuern und Gebühren untrennbar gemischt sind. — Die Kat. V enthält ausser Post und Telegraphie auch, soweit ausscheidbar, Wege-, Chausseegelder und Verschiedenes, das unter keiner andern Kategorie steht. — Kat. VI umfasst bei Domänen und Forsten auch im Reinertrag die auf diese Ertragsquelle radicirte Kronfideicommissrente (2.573.000 Thlr.), die im Etat der Einnahmen immer, auch jetzt noch, vom Rohertrag abgezogen wird; in der ganzen Tabelle ist aber der, keine „ordentliche“ Einnahme bildende, Erlös aus Domänenverkäufen und Amortisation von Domänenrenten weggelassen; ferner stehen bei VI die Einnahmen des Berg-, Hütten-, Salinenwesens, auch der Porcellanmanufactur, 1867 auch der Münze, Staatsdruckerei, sowie netto der Ertrag der Seehandlung und der Preussischen Bank.

²⁾ Bemerkungen zu den Rubriken für 1821 („um 1821“). Die Daten „rein“ nach dem Etat, „roh“ nach dem wirklichen Ertrage. So steht hier die Classensteuer mit wirklichem Rohertrag aus 1822, Zoll mit wirklichem Rohertrag aus Durchschnitt von 1822—28, desgleichen Stempelsteuer mit Durchschnitt roh von 1823—28; Reinertrag von Classensteuer und Stempel dagegen mit Ertragsanschlag aus dem amtlichen Etat für 1821. Die Summenziffer für Zölle u. s. w. im Reinertrag umfasst nach dem Etat für 1821 mit die Verzehrungssteuer von in- und ausländischen Waaren, auch Schiffahrts- und andere Communicationsabgaben, letztere z. Th. Gebühren und eigentlich in Rubrik V gehörend. Die Ziffer für den Rohertrag der inneren und der indirecten Steuern für 1821 beruht unter II. auf Schätzung nach Maassgabe des Verhältnisses zwischen Roh- und Reinertrag in 1838. Der Posten V enthält: 0.8 Mill. Thlr. für Post, 0.42 Mill. für Wege- u. s. w. Gelder, 1.858 Mill. für Verschiedenes. Rubrik VI enthält im Reinertrag 5.605.000 Thlr. aus Domänen und Forsten (abzüglich Kronrente), 572.000 aus Berg-, Hütten-, Salinenwesen, Porcellanmanufactur. Die Kronrente ist in der Ziffer VI der Tabelle auch hier eingerechnet.

³⁾ Bemerkungen zu den Rubriken für „um 1838“. Die Daten „rein“ sind wieder nach Etat, „roh“ nach wirklichem Ertrag eingesetzt. So sind die Steuern unter 9—14 wieder im wirklichen Rohertrage nach dem Durchschnitt von 1833/38, Salzregal nach wirklichem Reinertrag von 1836, Zolleinnahmen nach wirklichem Rohertrag des Durchschnitts von 1829—37, Stempel nach wirklichem Rohertrag von 1835—38, Gerichtsgebühren nach Etat für 1841, Rubrik V nach Etat für 1838 angegeben (nach den Daten bei Hoffmann, von Reden, in der Gesetzsammlung). In dieser Rubrik V Post im Etat für 1838 1.2 Mill. Thlr. rein, Verschiedenes 0.4 Mill. Thlr. — Zu Rubrik VI Domänen und Forsten excl. Kronrente 4.083.000, Berg-, Hütten-, Salinenwesen, Porcellanmanufactur 917.000. Die Summenrubrik II „rein“ umfasst hier Zölle, inländische Verzehrungssteuern, Schiffahrtsabgaben, Wegegelder.

⁴⁾ Bemerkungen zu den Rubriken für „um 1847“. Die Daten „roh“ und „rein“ sind hier beide nach Etat angegeben. Für die Bergwerksabgaben die Zahlen für 1848. Für die Branntweinsteuer die runde Anschlagssumme von 5 Mill. Thlr., weil die Etatziffer 1847 (4.625.000) und 1848 (3.846.000) anomal niedrig war (1844 5.915.000, 1849 5.080.000). — In Rubrik V hier Post (incl. Zeitungs-, Gesetzsammlungs-Verwaltung) 7.438.000 Thlr. roh, 1 Mill. rein, Niederlage-, Krahn- u. s. w. Gelder bezw. 46.000 und c. 30.000, Flussschiffahrtsabgaben 620.000 und 508.000, Chausseegelder 1.330.000 und 1.204.000, Brücken-, Fähr-, Hafen-, Canalgelder 686.000 und 665.000, aus verschiedenen Einnahmen roh und rein 100.000, aus Seehandlungssocietät roh und rein 100.000, aus Anderem in mehreren Posten 520.000 und 300.000 Thlr. — In der Rubrik VI in 1000 Thlr. Domänen roh 5925, rein 4845, Forsten 4526 und 2023, Berg-, Hütten-, Salinenwesen, excl. Bergwerksabgaben, 4.276 und 360.000, Porcellanmanufactur 17.000 und 17.000 Thlr..

⁵⁾ Bemerkungen zu den Rubriken für 1867. Alle Angaben hier nach dem Etat, bei 1—3, 6, 7 die Zahlen für „rein“ bloss mit Abzug der speciellen Ver-

Bei der Unvollständigkeit und z. Th. fehlenden Congruenz des älteren Materials ist eine Vergleichung der älteren mit den neueren Daten immer nur unter gewissen Vorbehalten zulässig, wie sie sich aus den Notizen in den Noten zu Tab. 1 ergeben. Und Näherungswerthe sind manche Ziffern bes. für 1821, 1838 und auch noch einzelne für 1847 immer nur. Aber sie stimmen mit anderen Berechnungen zur Genüge. v. Reden (a. a. O. S. 152) kommt z. B. für 1847 unter Ansatz des Salzregals und der Lotterie mit dem Rothertrag (statt mit dem Reinertrag auch in der Rothertragsrubrik wie in unserer Tab. 1), was ein Plus von 2.917.000 Thlr. ergibt und Einrechnung von 1 Mill. Thlr. für Domänenverkäufe im Jahre 1847 auf eine Roheinnahme von 88.251.000 gegen 84.708.000 Thlr. in der Tab. 1 — eine Differenz von Minus 374.000 Thlr. gegen die Zahl der Tab. 1. Als Reinertrag berechnet er 66.607.000 Thlr. für 1847, incl. 1 Mill. aus Domänenverkäufen, was gegen unsere Ziffer eine Differenz von Plus 457.000 Thlr. bei ihm ergibt. — Die Berechnungen der Relativzahlen in den folgenden Uebersichten der Tab. 2 gestatten natürlich auch nur Schlüsse gemäss der gemachten Vorbehalte.

Werthvoller als die absoluten sind für finanzstatistische Vergleichen Relativzahlen wie in folgender Tab. 2.

Tab. 2. Uebersicht der Entwicklung der preussischen Steuern und sonstigen Staatseinnahmen 1821—67 in relativen Zahlen
(altes Staatsgebiet).

	1821	1838	1847	1867
I. In % vom Reinertrag	100.0	100.0	100.0	100.0
1. Directe Steuern	33.5	32.1	30.8	28.7
2. Alle anderen Steuern ¹⁾	43.5	51.8	51.8	43.9
A. Summe	77.0	83.9	82.6	72.6
3. Post u. s. w. (Tab. 1, Rubr. V)	5.9	2.9	6.3	5.6
4. Dom. u. s. w. (Tab. 1, Rubr. VI)	17.1	13.2	11.1	14.3
5. Eisenbahnen	—	—	—	7.5
B. Summe 3—5	23.0	16.1	17.4	27.4
II. Progression				
6. Ertragssteuern roh	100.0	107.6	118.5	176.6
7. Personalsteuern roh	100.0	106.6	109.3	200.0
C. Directe Steuern roh	100.0	107.2	115.1	181.8
D. Indir. u. s. w. St. roh (Nr. I. 2)	100.0	132.7	144.3	205.3
E. „ „ rein	100.0	132.0	150.1	216.5
F. alle Steuern roh	100.0	122.0	132.3	195.5
G. „ „ rein	100.0	121.3	135.4	227.4
8. Post u. s. w. rein	100.0	52.0	133.2	201.4
9. Domänen u. s. w. rein	100.0	86.5	82.8	181.5
H. 8 u. 9 zus. nebst Eisenbahnen in 1867, rein	100.0	77.6	95.9	257.4
J. Reineinnahmen im Ganzen	100.0	111.1	127.0	215.3

anlagungs- und Erhebungskosten jeder einzelnen Steuer, in Rubrik A und B die eingeklammerten Zahlen die Summe dieser Nettozahlen, unter I dagegen die Nettozahl nach Abzug auch der sonstigen Verwaltungskosten der directen Steuern, weshalb die Summe von A, B und 8 grösser als die Ziffer in I. Die Zolleinnahmen im Rothertrag incl. Uebergangssteuer von ausländischem Wein, Most und Tabak. Die Ziffern bei 18 für „rein“ (wie auch in 1847 und 1838) schätzungsweise. — Rubrik V umfasst hier in Tausend Thlr.: Post roh 13.966, rein 1519, Telegraph 1418 und 202, Brücken-, Fähr-, Hafengelder, Strom- und Canalgefälle 800 und c. 700, Niederlage-, Krahngelder u. s. w. 52 und c. 22, Chausseegelder 1317 und c. 1100, Verschiedenes in einer Anzahl Posten 3674 und c. 3059. — Die Rubrik VI umfasst: Domänen roh 5.598, rein 4.832, Forsten 9.358 und 5.448, Bergwerke u. s. w. (ohne Bergwerksabgaben) 17.307 und 5.448, Münze 72 und 72, Staatsdruckerei 199 und 43, Porcellanmanufactur 150 und — 43, Seehandlung 600 und 600, Preussische Bank 1.504 und 1504.

¹⁾ Ausser den eigentlichen indirecten (Tab. 2 unter II) hier auch die Verkehrs- u. s. w. Steuern (Tab. 1 unter III) und der Lotterie hergerechnet („indirecte“ im weiteren Sinne).

Trotzdem auch die Relativzahlen der Tab. 2 nur Näherungswerthe enthalten und die Zahlen der Abtheilung II darin wegen der Unsicherheit einzelner Posten (so des Rohertrags der indirecten Steuern in 1821 aus Tab. 1), welche keinen ganz sicheren Ausgangspunct darstellen, vollends nur mit Vorbehalt zu benutzen sind, bietet die Tabelle doch einen guten Einblick in die practische Entwicklung.

Nach Abth. I der Tab. 2 ist die Steuerquote von der Gesam-Reineinnahme etwas gefallen, aber vornemlich nur, weil 1867 der Reinertrag der Eisenbahnen schon ins Gewicht fiel, dem freilich anderseits — hier nicht abgerechnete — Zinsen der Eisenbahnschulden gegenüberstanden. Im Ganzen hat sich vielmehr der steuerwirthschaftliche Character des preussischen Staatshaushalts mit ca. $\frac{3}{4}$ der Einnahmen aus Steuern mit kleinen Schwankungen nach oben und unten erhalten.

Ja, die Steuern (Tab. 2, Abth. II, unter F und G, verglichen mit 8, 9) haben sich sogar ein Weniges mehr im Ertrag als die anderen älteren Einnahmen entwickelt, doch enthält die Ausgangsziffer im Jahre 1821 (unter 1 bei V) wohl Einiges, was später in anderen Rubriken mit erscheint, so dass der Zahlenunterschied in Tab. 2 in diesem Puncte nicht strict beweisend ist.

Das Verhältniss zwischen directen und allen übrigen Steuern (hierzu ausser den indirecten in Tab. 1 unter II auch die Verkehrs- u. s. w. Steuern, eb. unter III, und die Lotterie gerechnet) hat sich etwas, aber nicht sehr erheblich verändert. Die indirecten Steuern in diesem weiteren Sinne sind ein wenig mehr als die directen (Tab. 2, Abth. II, unter D, E, verglichen mit C) im Roh- und namentlich Reinertrag, die Personalsteuern etwas stärker als die Ertragssteuern gestiegen. Die directe Besteuerung zeigt sich hiernach in Preussen, trotz der wesentlichen Stabilität der eigentlichen Grundsteuer (ohne die Gebäudesteuer), im alten Staate ziemlich ebenso entwicklungsfähig als die indirecte, und mehr als in Frankreich¹⁾, was in diesem Puncte ein nicht ungünstiges Urtheil über die Verfassung der directen Steuern (Reform von 1851, 1861) gestattet.

Näheres über das Verhältniss der Steuerarten zu einander ergiebt noch die folgende Tabelle 3 in ihren Relativzahlen, mit Beschränkung auf die directen, die eigentlichen indirecten Steuern (Tab. 1 unter II) und die Stempelsteuer, also hier mit Ausschluss der Justizeinnahmen und Lotterie, die in Tab. 2 unter I, 2 eingerechnet waren (s. Note zu Tab. 2). Es tritt hier die relativ stärkere Entwicklung der directen Steuern zwischen 1847—67 besonders hervor. Unter den directen sind trotz der Reform von 1861 die Grund- (und Gebäude-)Steuern relativ hinter den übrigen zurückgeblieben, bei den indirecten besonders die Zölle (1867).

¹⁾ S. Fin. III, S. 375 die Tabelle, die einigermaassen einen Vergleich erlaubt.

Tab. 3. Vertheilung der Steuerarten in Preussen (alter Staat) 1821—67
(relative Zahlen).

Procente vom rohen Gesamt- steuerertrage	um 1821	um 1838	um 1847	1867
1. Grundsteuer	22.4	20.3	19.2	13.4
2. Gebäudesteuer				
3. Gewerbesteuer	3.8	4.6	4.8	5.4
4. Eisenbahnabgaben	—	—	—	2.2
5. Bergwerkssteuer	—	—	1.4	0.7
A. Ertragssteuern	26.2	24.9	25.4	26.3
6. Classensteuer	15.2	14.3	13.6	13.2
7. Classificirte Einkommensteuer	—	—	—	4.9
B. Personalsteuern	15.2	14.3	13.6	18.1
I. Directe Steuern	41.4	39.2	39.0	44.4
8. Innere Verbrauchssteuern	[c. 32.4 ?]	30.3	27.2	33.2
9. Zölle	20.0	23.7	26.0	15.0
II. Indirecte Steuern	[c. 52.4]	54.0	53.2	48.2
III. Stempelsteuer	6.2	6.8	7.8	7.4
Summe	100.0	100.0	100.0	100.0
„ absolut Mill. Thlr.	[c. 44.164]	50.176	54.055	74.921
Verhältniss der Ertragssteuer zur Personalsteuer wie 100 :	58 0	55.8	53.6	68.0
Verhältniss der directen Steuern zu den indirecten (Nr. II) wie 100 : [c. 126.2]		138.1	136.3	108.5

Bei der grossen Vermehrung der Bevölkerung und des Wohlstands zwischen 1821 und 1867 ist über die Höhe der Steuerbelastung und über das finanzielle Gewicht des ganzen Einnahmebetrags für die preussische Volkswirtschaft aus den Daten der obigen Tabellen, auch der ersten freilich noch nicht viel zu entnehmen, von der Aenderung des Geldwerths (der Kaufkraft des Geldes) ganz abgesehen. Erst in den Berechnungen von Kopfquoten tritt die wirkliche Bewegung der Belastung und des Einnahmegewichts immerhin besser hervor, trotz des principiellen Mangels dieser Berechnungsweise, bei welcher eben die verschiedene Zusammensetzung der Bevölkerung (Geschlecht, Alter, Beruf u. s. w.) und die durchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des „Kopfs“ unberücksichtigt bleibt. Aber man bekommt wenigstens ein ungefähres Bild der Belastung u. s. w. Die Kopfquoten für die Periode 1821—67 sind unten (S. 61) mit denen von 1868—98 in der Tabelle 8 verbunden worden. Es ergiebt sich, dass die Steuerbelastung auf den Kopf von 1821—67 nicht viel grösser, der Betrag der Gesamteinnahme, der doch im Wesentlichen den Staatsaufwand darstellt, auch nur wenig grösser geworden ist, während sich gleichzeitig die Zusammensetzung der Steuern nach einzelnen Arten und die Einrichtung der letzteren wesentlich verbessert hat, was auch auf Verringerung der wirklichen Last für den grösseren Theil des Volks hinauskommt.

§, 24. Periode von 1868—98 (neuer Staat im nach-66er Umfang). Eine finanzstatistische Vergleichung bietet in dieser Periode die angedeuteten Schwierigkeiten in besonderem Maasse. Die folgende Tab. 4, mit den absoluten Zahlen, ist das Ergebniss sehr complicirter Rechnungsoperationen, bei denen es in einzelnen Posten auch jetzt noch nicht ohne Schätzungen abging (so bei der Ziffer des Reinertrags der Gerichtsgebühren und Justizeinnahmen). Das Nähere in den Noten zu dieser Tabelle. Die Zahlen dürfen aber immerhin als Werthe gelten, welche der Wirklichkeit in den meisten Fällen genau entsprechen, auch sonst sich ihr soviel als möglich nähern. Auch hier sind die Daten aus dem Voranschlag (Etat) genommen, „Soll-Ziffern“, nicht „Ist-Ziffern“, welche ersteren für die hier vorliegenden Zwecke aber den Vorzug verdienen, weil sie mehr das normale Durchschnittsverhältniss des Jahres angeben.

Tab. 4. Uebersicht der Entwicklung der preussischen Steuern und sonstigen Staats-Einnahmen 1867—98 in absoluten Zahlen (1000 Mark) (neues Staatsgebiet), mit Antheil an den Reichseinnahmen.

Einnahmeart. ¹⁾	1868 ²⁾		1894/95 ²⁾		1897/98 ²⁾	
	roh	rein	roh	rein	roh	rein
1. Grundsteuer . .	38.918	38.419	39.845	39.786	—	—
2. Gebäudesteuer . .	12.937	12.590	40.044	39.485	—	—

¹⁾ Bemerkungen zur ganzen Tabelle, speciell zu den Einnahme-rubriken. „Andres“ (Nr. 9, 19) bei directen und indirecten Steuern umfasst die im Etat in der betreffenden Verwaltung vorkommenden Nebeneinnahmen, ausser den genannten einzelnen Steuern. — „Preussische Reste von Bundes-(Reichs-)Steuern“ (Nr. 12 bei den indirecten, Nr. 23 bei den Verkehrssteuern) sind diejenigen etatmässigen Einnahmebeträge, welche von den durch die Verwaltung des Einzelstaats vereinnahmten Reichssteuern als Abzug der gesetzlichen Beträge, mittelst deren die Einzelstaaten die Erhebungskosten u. s. w. dieser Steuern zu decken haben, der Einzelstaatscasse, hier der preussischen, definitiv verbleiben, Der Reichscasse fliessen nur die Nettoerträge der Reichssteuern zu. Jene Reste sind Reineinnahmen des Einzelstaats, soweit sie die Erhebungskosten u. s. w. übersteigen. Eine Trennung letzterer Kosten nach einzelnen Steuerarten (u. inneren Steuern und Zöllen) ist statistisch nicht genau durchführbar und erfolgt auch im Etat nicht. — Die „Antheile“ an den Bundes-(Reichs-)Steuern (Nr. 13—17, 18 bei den indirecten Steuern, 24 bei den Stempelsteuern, 25 bei Post und Telegraphie) sind nicht die im preussischen Etat (bei indirecten Steuern und Stempeln) als Einnahme ver-rechneten, mit denen dann die Zahlungen an die Reichscasse, mit dem erwähnten Abzug, zu machen sind, da diese Posten nur die zufällig von der preussischen Finanzverwaltung in ihrem Gebiete erhobenen (bezw., schätzungsweise, zu er-hebenden) Reichssteuern vorstellen. Vielmehr sind die „Antheile“ diejenigen, welche muthmaasslich als Steuern auf der preussischen Bevölkerung wirklich lasten, und zwar nach Maassgabe der Bevölkerungsquote, die je nach den ver-schiedenen „Finanzgemeinschaften“ sich bei den einzelnen Steuern (und Posteneinnahmen u. s. w.) zum Theil etwas verschieden stellt. Ein anderer Maassstab als die Be-völkerung ist leider nicht anwendbar, aber ganz richtig ist er nicht. Wahrscheinlich kommt auf die preussische Bevölkerung nach dem wirklichen Consum (so bei manchen Zollartikeln, bei Zucker, Branntwein) und nach den steuerpflichtigen Rechts-geschäften (Stempel) etwas mehr von den Steuern als im Durchschnitt des Reichs. Die Zahlen sind daher eher Minimalziffern. Da die „Antheile“ nach den Netto-beträgen der Steuern angerechnet sind, die „Reste“ aber nicht die Verwaltungs-kosten u. s. w. der von der preussischen Bevölkerung schliesslich nach den Consum-verhältnissen u. s. w. getragenen, sondern der im preussischen Gebiet erhobenen Reichssteuern darstellen, so ergibt sich wieder, dass die Summe der „Antheile“ und „Reste“ nicht genau, sondern nur annähernd den Rohertrag der betreffenden Steuern darstellt. Aber eine andere Ermittlungsweise ist nicht wohl ausführbar und ergäbe noch unsicherere Daten. — Die Reinertragsziffern bei den Steuern in Tab. 4 (unter I, II, III) ergeben sich aus dem Abzug der im Etat ersichtlichen Erhebungs-u. s. w. Kosten von den Rohertragsziffern; bei den einzelnen directen Steuern sind aber auch hier nur die speciellen etatmässigen Kosten jeder einzelnen ab-

Einnahmeart.	1868		1894—95		1897—98	
	roh	rein	roh	rein	roh	rein
3. Gewerbesteuer . .	14.710	14.206	24.991	24.390	2.661	2.518
4. Eisenbahnsteuer .	4.935	4.935	224	224	325	325
5. Bergwerkssteuern .	1.911	1.911	6.428	6.428	—	—
A. Ertragssteuer (1—5)	73.411	72.061	111.532	110.299	2.966	2.843
6. Classensteuer . .	38.395	36.860	86.528	82.359	125.000	155.073
7. Einkommensteuer .	14.599	14.273				
8. Vermögensteuer .	—	—	—	—	31.100	155.073
B. Personalst. (6—8)	52.994	51.133	86.528	82.359	156.100	
9. Anderes	333	343	2.496	2.496	2.200	2.200
I. Directe Steuern (1—9)	126.738	120.809	200.556	c. 183.690	161.286	c. 147.074
10. Mahlsteuer . . .	5.156	—	—	—	—	—
11. Schlachtssteuer .	6.852	—	—	—	—	—
12. Preuss. Reste von inner. Bundesst.	6.278	—	34.463	—	25.609	—
13. Anth.: Branntwst.	c. 23.265	—	c. 70.967	—	c. 69.586	—
14. „ Biersteuer	c. 7.265	—	c. 19.313	—	c. 20.857	—
15. „ Tabaksteuer	c. 515	—	c. 6.660	—	c. 6.787	—
16. „ Zuckersteuer	c. 18.791	—	c. 45.319	—	c. 64.681	—
17. „ Salzsteuer	c. 19.258	—	c. 25.745	—	c. 27.516	—
C. Innere Ver- brauchsteuer	87.380	—	c. 202.467	—	c. 215.036	—
18. Antheil: Zölle . .	c. 46.579	—	c. 319.711	—	c. 233.845	—
19. Anderes	954	—	1.470	—	1.488	—
II. Indirecte Steuern (10—19)	c. 134.913	c. 115.613	c. 423.648	c. 392.300	c. 450.369	c. 419.179
20. Stempelsteuer .	22.096	c. 21.490	23.700	c. 23.468	26.000	c. 25.770
21. Gerichtsgeb. u. s. w.	38.819	[c. 35.570]	61.183	[c. 46.300]	66.424	[c. 51.500]
22. Erbschaftsteuer .	bei Stempel	—	8.300	c. 8.000	8.800	c. 8.400
23. Reste von Bundesst.	—	—	313	313	592	592
24. Antheil daran . .	—	—	20.546	20.546	37.292	37.292
III. Verkehrsst. u. s. w. (20—24)	60.915	57.060	114.042	c. 98.627	139.108	c. 123.554
IV. Lotterie	rein 4.050	4.050	rein 9.753	9.753	rein 9.765	9.765
25. Antheil an Reichs- Post-, Telegraph	c. 60.894	c. 6.512	192.516	20.195	215.938	29.406
26. Preuss. Comm.-Abg.	7.653	c. 7.000	3.251	c. 3.000	4.157	c. 3.800
27. Verwaltungseinn. u. Verschiedenes	8.706	c. 8.000	36.088	[c. 30.875]	46.554	[c. 40.000]
V. Post u. s. w. (25—27)	77.253	c. 21.512	231.855	c. 54.070	266.649	73.206
VI. Domänen, Forsten u. s. w.	147.929	c. 64.286	c. 234.122	c. 80.252	c. 236.627	c. 78.723
VIIa. Eisenbahnen . .	94.674	39.882	1.001.290	381.627	1.154.196	492.693
Summe: ordentl. Einn.	646.472	423.212	3.215.266	1.200.319	2.418.000	1.344.194
„ Steuern I—IV	326.616	297.532	747.999	684.370	760.528	699.572
„ And. V—VIIa.	319.856	125.680	1.467.267	515.949	1.657.472	644.622
VIIb. Preuss. Bahn. rein, ab Schuldzins.	—	c. 20.600	—	169.429	—	301.735
Summe: ordentl. Einn. mit VIIb statt VIIa	—	403.930	—	988.121	—	1.153.236
Summe: Anderes hiernach: V—VIIb.	—	106.398	—	403.751	—	453.644

gerechnet. Daher ist die Reinertragsziffer bei I kleiner als die Summe von A, B und 9. — Unter „Gerichtsgebühren“ (Nr. 21) sind die ganzen Einnahmen der

Die Tab. 4 stellt einen in dieser Art neuen Versuch dar, die Entwicklung der preussisch-deutschen Finanzen nach der Seite der Einnahmen und besonders der Steuern im letzten Menschenalter statistisch zu fixiren. Das Ergebniss gilt mit gewissen Vorbehalten für die Verhältnisse des ganzen Reichs. Die charakteristischen, die Signatur der Entwicklung liefernden Punkte sind: Die ausserordentliche Steigerung der Einnahmen und unter diesen besonders der Roh- wie Reinerträge und Ueberschüsse (nach Abzug der Schuldzinsen) der Eisenbahnen, auch der vermischten Rubrik V

preussischen Justizverwaltung aufgeführt, die grösstentheils „Gerichtskosten“, bes. für freiwillige Gerichtsbarkeit, darstellen, daher aber wieder Gebühr u. Steuer vermischt enthalten. Die Reinertragsziffern beruhen hier auf Schätzung, für welche zwar sichere Grundlagen, aber doch nicht alle Anhaltspunkte fehlen (die Klammer [] bezeichnet dies), die Daten sind wohl eher Minima. — Die gewöhnlichen Ausgaben der Justizverwaltung können jedenfalls nicht etwa als „Erhebungskosten“ der Gerichtsabgaben gelten, sie wären ja auch ohne jede Erhebung solcher Abgaben zu tragen. Auch in dieser Rubrik 21 sind die Antheile an den Einnahmen des Reichsgerichts pro rata eingerechnet. — Nr. 24 (Antheile am Bundesstempel) umfasst den Wechsel-, Werthpapier- und Geschäfts- u. s. w. und auch den Spielkartenstempel. Die Stempel stehen im preuss. Etat in der Verwaltung u. bei den Einnahmen der indirecten Steuern. — Lotterie (IV) auch in dieser Tab. 4 wie in Tab. 5 im Reinertrag auch in der Col. des Rohertrags. — Nr. 26 preuss. Communicationsabgaben, früher (noch 1868) Chausseegelder, Flusszölle, soweit noch vorhanden, dann Brücken-, Fähr-, Hafengelder, Strom- und Canalgefälle (diese jüngst aus dem Etat der indirecten Steuern in den der Bauverwaltung, Ministerium der öffentlichen Arbeiten, gestellt), ferner Niederlage-, Krahnen-, Waagegelder, die Ziffer für den Reinertrag nur Schätzung. — Nr. 27 Verwaltungseinnahmen und Verschiedenes, die im Etat bei den Einnahmen unter den einzelnen Ministerien stehenden Beträge, wiederum mit Ratenantheil der analogen Reichseinnahmen (nach der Bevölkerungsquote). Die Reinertragsziffer Schätzung. — Nr. VI, Domänen u. s. w., umfasst auch hier, wie in Tab. 1 die Einnahmen (Roh- und Reinertrag) aus den eigentlichen Domänen (hier incl. Amortisationsrenten) u. Forsten (ohne Abzug der alten Kronfideicommissrente), dann Berg-, Hütten-, Salinenwesen (nach der Etatsumgrenzung) Porcellanmanufactur, Münze, sowie Seehandlung u. preussische, bezw. Reichsbank (einschliesslich einer Zahlung dieser Bank für Verzinsung u. Tilgung einer Staatsanleihe aus 1856 zur Papiergeldeinziehung an den preussischen Fiskus, im Betrage von 1.865.750 M., eine Zahlung, die von der Preussischen an die Reichsbank übergegangen ist); beide Anstalten nur mit den Nettoergebnissen auch in der Rohertragscolonne. Bei den Betriebs- u. s. w. Kosten sind nur die ordentlichen vom Rohertrag zur Ermittlung des Reinertrags abgerechnet, nicht die „Anlagen“ darstellenden „einmaligen u. ausserordentlichen“. In Rubrik VI aber wiederum die preussischen Antheile pro rata an den Einnahmen der Reichsdruckerei, der Reichsbank (nur roh) und des Reichsinvalidenfonds (nur Zinsen) inbegriffen, weil auch sie „privatwirthschaftlichen“ Character haben. — In Rubr. VII, Eisenbahnen, ist ebenso der Antheil an der Einnahmen der elsass-lothr. Reichsbahnen eingerechnet. Rubr. VIIa enthält beim Reinertrag die Ziffer ohne, VIIb mit Abzug der Zinsenlast der Staatsschuld für die preuss. Staatsbahnen. Ein gleicher Abzug unter VIIb wäre eigentlich auch für den Antheil an den Reichsbahnen erforderlich, was hier unterbleiben musste. Gross ist der Fehler nicht, aber immerhin ist demnach die Ziffer unter VIIb in den beiden letzten Columnen so noch etwas zu hoch. — Die Einnahmen aus den Hohenzollernschen eigenartigen Steuern (directe 1897/98 304.400 M., indirecte, sog. Wirthschaftsabgaben 31.500 M.) sind auch in dieser Tabelle nicht mit eingerechnet worden. — Alle ausserordentlichen Einnahmen, aus Anleihen, grösseren Veräusserungen (Domänen) sind in der Tab. 4 ausgeschlossen worden. Im

(Post u. s. w.); unter den Steuern die ähnliche Steigerung der Verbrauchssteuern (Zölle wie inneren), auch, wenn auch etwas schwächer, der Verkehrssteuern (preussische und Reichsstempel-, Gerichtsgebühren); anderseits die geringe Steigerung der Erträge, zumal der Reinerträge der älteren privatwirthschaftlichen Einnahmeweige (Domänen u. s. w., Rubrik VI, auch Tab. 5 in der Note) und wesentlich unter dem Einfluss der Steuerreform der 90er Jahre, die schwache Zunahme, seit der Reform von 1893 (Uebergang der drei grossen Ertragssteuern an die Gemeinden) selbst die Abnahme (wenigstens gegen die unmittelbar vorausgehenden Jahre) der directen Steuern. Deutlicher treten diese Entwicklungsmomente noch in den Relativzahlen der beiden folgenden Tabellen 6 und 7 hervor, in denen zur leichteren Vergleichung auch die Daten für den „alten Staat“ in 1867 mit angeführt sind.

Tab. 6. Entwicklung der Erträge der einzelnen Einnahmeweige, besonders der Steuergruppen in Preussen, 1867 (alter Staat), 1868 neuer Staat) bis 1898, in Relativzahlen, einschliesslich Antheil an den Reichseinnahmen.

		(Alter St.)	(Neuer St.)		
		1867	1868	1894/95	1897/98
I. In Procenten vom Reinertrag . .		100.0	100.0	100.0	100.0
1. Directe Steuern		29.8	29.9	18.6	12.7
2. Alle andern Steuern					
(Tab. 4, Rubr. II—IV)		45.5	43.8	50.7	48.0
A. Summe 1 und 2		75.3	73.7	69.3	60.7
3. Post u. s. w. (Tab. 4, Rubr. V) .		5.8	5.3	5.5	6.4
4. Domänen u. s. w. (Tab. 4, Rubr. VI).		14.8	15.9	8.1	6.8
5. Eisenb. netto (Tab. 4, Rubr. VII b)		4.1	5.1	17.1	26.1
B. Summe 3—5		24.7	26.3	31.7	39.3
II. Progression.					
6. Ertragssteuern	roh		100.0	151.9	4.1
7. Personalsteuern	roh		100.0	163.1	294.7
C. Directe Steuern	roh		100.0	158.2	127.3

Wesentlichen stellt Tab. 4 daher die ordentliche Einnahme der Epoche im finanzwissenschaftlichen Sinne dar.

²⁾ (Note zu Tab. 4, S. 55). Die Rubrik VI der Tabelle 4, Domänen u. s. w., bildet sich aus folgenden Brutto- und Nettoposten in 1000 M.

Tab. 5.	1868		1894/95		1895/96	
	roh	rein	roh	rein	roh	rein
Domänen	28.773	22.335	28.707	21.839	27.427	21.225
Forsten	41.025	21.471	63.504	29.174	63.823	27.915
Bergwesen u. s. w. .	68.798	12.897	121.761	13.270	127.194	14.144
Porcellanmanufactur	450	45	946	— 4	867	— 72
Münze	797	—	350	11	357	11
Seehandlung	700	700	1.876	1.876	2.202	2 202
Preussische Bank . .	5.292	5.292	1.866	1.866	1.866	1.866
Reichsbank-Antheil .	—	—	c. 15.106	c. 12.218	c. 12.891	c. 11.431
Reichsdruckerei . .	703	166				
Reichsinvalidenfonds	—	—				

		(Alter St.) 1867	(Neuer St.) 1868	1894/95	1897/98
D. Alle anderen Steuern	roh		100.0	273.7	299.6
E. „ „ „	rein		100.0	283.3	312.6
F. Steuern überhaupt	roh		100.0	229.2	232.9
G. „ „ „	rein		100.0	230.0	235.1
8. Post u. s. w. (oben Nr. 3)	rein		100.0	251.4	346.4
9. Domänen u. s. w. (oben Nr. 4)	rein		100.0	124.8	122.4
10. Eisenbahnen netto	rein		100.0	822.5	1467.1
H. Summe 8—10	rein		100.0	285.5	426.4
I. Reineinnahmen im Ganzen			100.0	244.6	285.5

Tab. 7. Vertheilung der Steuerarten in Preussen (neuer Staat), 1867—1898, einschliesslich Reichsantheile, in Relativzahlen.

Procen	te vom rohen Gesamt-	steuerertrage	1867	1868	1894/95	1897/98
			alter Staat	neuer Staat		
1. Grundsteuer			13.4	13.7	5.9	—
2. Gebäudesteuer			4.6	4.5	5.9	—
3. Gewerbesteuer			5.4	5.1	3.7	0.4
4. Eisenbahnabgaben			2.2	1.7	0.0	0.0
5. Bergwerkssteuern			0.7	0.6	0.9	—
A. Ertragssteuern (1—5)			26.3	25.6	16.4	0.4
6. Classensteuer			13.2	13.5	12.8	18.3
7. Einkommensteuer			4.9	5.0		
8. Vermögenssteuer			—	—	—	4.6
B. Personalsteuern (6—8)			18.1	18.5	12.8	22.9
I. Directe (+ Sonstiges) (1—8)			44.4	44.1	29.6	23.5
9. Innere Verbrauchssteuern			33.2	30.8	29.9	31.4
10. Zölle			15.0	16.3	32.5	34.2
II Indirecte (+ Sonst.) (9. u. 10)			48.2	47.1	62.6	65.9
III. Stempel (mit Erbschafts- u. Reichssteuern)			7.4	7.8	7.8	10.6
Summe (I—III)			100.0	100.0	100.0	100.0
„ absolut in Mill. M.			224.763	283.747	677.063	684.339
Verhältniss der Ertragssteuern zu den Personalsteuern wie 100 :			68.0	72.2	77.6	523.7
Verhältniss der directen zu den indirecten (II) wie 100 :			108.5	106.5	211.2	279.2

Die beiden Tabellen zeigen, dass „das Deutsche Reich etwas kostet“ und dass die deutsche Bevölkerung freilich heute eine viel grössere Last trägt, als in der früheren „kaiserlosen“ Zeit. Auch hier ist die Entwicklung der Steuerlast und des wirthschaftlichen Gewichts der Finanzen indessen nicht aus den absoluten Zahlen der Tab. 4 und auch nicht aus den relativen der Tab. 6 und 7, sondern richtiger aus Kopfquotenberechnungen, wie sie unten in Tab. 8 zusammengestellt sind, zu ersehen, Daten, welche freilich wiederum die Entwicklung der notorisch sehr gesteigerten durchschnittlichen wirthschaftlichen Leistungs- und Steuerfähigkeit der Bevölkerung und der Veränderung des Geldwerths nicht erkennen lassen.

Die Tab. 4 nebst Tab. 6 zeigt namentlich deutlich die grosse Veränderung, welche in diesem Menschenalter in der Höhe und der Vertheilung der Einnahmen eingetreten ist, vor Allem die immer

mehr beherrschende Stellung, welche für die preussischen Finanzen die Eisenbahnüberschüsse erlangt haben, ohne welche die Steuererträgnisse noch viel mehr hätten gesteigert werden oder viele Ausgaben unterbleiben, viele Staatszwecke unerfüllt bleiben müssen; sodann zeigt die Tab. 4 auch, was in der Abth. II der Tab. 6 und in der Tab. 7 dann noch schärfer hervortritt, die beherrschende Stellung, welche nunmehr auch in unserer Staatsbesteuerung die indirecten Steuern erlangt haben. Mit letzterer Thatsache, die hier in der speciellen Steuerlehre besonders hervorzuheben ist, wird aber nicht, wie mitunter wohl geschlossen worden, bewiesen, dass wir diese Art Steuern nunmehr viel zu stark entwickelt haben. Es wird durch diese Thatsache nur gezeigt, dass wir endlich auf diesem Gebiete in eine analoge Steuerentwicklung wie andere moderne Culturstaaten eingetreten sind. Dafür waren die wesentlich hierbei mitspielenden politischen und wirthschaftlichen Bedingungen erst seit 1866 gegeben. Die ungemein starke Steigerung der Progressionsprocente (Tab. 6, Abth. II) und der Verschiebungen bzw. Erhöhungen der Quotenprocente der indirecten (und Verkehrs-) steuern in Tab. 6 erklärt sich eben aus der früher bei uns sehr zurückgebliebenen Entwicklung dieser Steuern und den demgemäss kleinen absoluten Anfangszahlen im Beginn der Periode. Die im Vergleich mit anderen Ländern noch heute nicht übermässig hohe absolute Belastung mit Verbrauchssteuern ergibt sich aber aus der statistischen Vergleichung preussisch-deutscher mit ausländischen Belastungsziffern (Kopfquoten) und aus der Vergleichung der Steuer- und Zollsätze und anderer Einzelheiten in der Gestaltung und Einrichtung der heutigen deutschen und fremden Verbrauchsbesteuerung. Immerhin zeigen die Daten unserer Tabellen ein starkes Zurückbleiben der directen Besteuerung als eines anderen Hauptmittels zur Staatseinnahmebeschaffung und zur Vertheilung der Gesamtsteuerlast. Das weist auf weitere Aufgaben der Steuerpolitik und auf die nothwendige Richtung der letzteren im Reich und Preussen mit hin.

Das, was nach den Tabellen in der Vertheilung der Steuerlast auf die Hauptarten der Steuern und auf die einzelnen Steuern erreicht ist, war aber ein Ziel der neueren preussisch-deutschen Steuerpolitik: die Last der directen Steuern zu erleichtern, diese Steuern mehr und mehr als Personalsteuern aufzulegen, die Verbrauchs- (und Verkehrs-)

Steuern auszudehnen. Ausserdem darf auch hier der Zusammenhang mit der Communalbesteuerung nicht übersehen werden. Die eingetretene Entwicklung der Staatsbesteuerung diente mit zur anderweiten Regelung der Communalbesteuerung, namentlich in der Richtung von Uebernahme kommunaler Lasten auf den Staat (Schulwesen) und von alleiniger (Ertragssteuern) und Mitüberlassung (Zuschläge zu der reformirten Einkommensteuer) von directen Steuern des Staats an die Communen und Verbände (§. 29 ff.).

Auf Einzelnes soll hier nicht weiter eingegangen werden. Die Tabellen böten aber vielfach Anhaltspunkte zu speciellen Erörterungen von Interesse für steuerpolitische Fragen. In Tab. 4 mag nur auf die immer noch ausserordentliche Geringfügigkeit der deutschen inneren Tabaksteuer und der norddeutschen Biersteuer, auch nach dem absoluten Ertrage, hingewiesen werden. Auch die Branntwein-, die Zucker-, die Stempelsteuer, vollends die Erbschaftsteuer zeigen noch recht niedrige Erträge, sowohl nach den deutschen Consum-, Wohlstands- und Verkehrsverhältnissen, wie im Vergleich mit anderen Ländern. In der Vermögenssteuer haben wir den schon oben gerühmten guten Anfang einer höheren directen Besteuerung des Besitzes und seiner Rente, des „fundirten“ Einkommens, aber auch noch nicht mehr, in der Lotterie eine Singularität der preussischen Finanzen, die leider noch immer nicht verschwunden ist, und eine bedenkliche Einnahmequelle, die man jüngst sogar durch Verdoppelung der Loose noch ergiebiger gemacht hat, m. E. eine der unerfreulichsten Thatsachen der neuesten preussischen Steuergeschichte.

Zum Schluss dieser finanz- und steuerstatistischen Untersuchungen über Preussen-Deutschland dient das Material der Tab. 8, in welcher für eine Reihe von Posten Kopfquoten nach Maassgabe der jeweiligen Staatsbevölkerung, unter Zurückgreifen bis 1821 (s. o. S. 50), berechnet worden sind.

Tab. 8. Preussische Staatseinnahmen, besonders Steuern, Kopfquoten in Mark. 1821—1898 einschliesslich Reichseinnahmen.

Steuern roh, andere Einnahmen rein. 1821—67 alter Staat, 1868—98 neuer Staat.¹⁾

Einnahmeart	Um 1821	Um 1838	Um 1847	1867	1868	1894/95	1897/98
Grundsteuer	2.58	2.10	1.93	1.54	1.61	1.27	—
Gebäudesteuer				0.52	0.54	1.28	—

¹⁾ Die Kopfquoten sind nach den Daten der Tabelle 4 oben S. 55 berechnet worden.

Einnahmeart	Um 1821	Um 1838	Um 1847	1867	1868	1894/95	1897/98
Gewerbesteuer .	0.48	0.48	0.48	0.62	0.61	0.80	0.082
Eisenbahnsteuer	—	—	—	0.25	0.20	0.007	0.001
Bergwerkssteuern	Unter Nr. VI		0.15	0.08	0.08	0.205	—
A. Ertragssteuern	3.06	2.58	2.56	3.01	3.04	3.56	0.083
Classensteuer . .	1.77	1.44	1.35	1.49	1.60	{ 2.76	3.84
Einkommensteuer	—	—	—	0.56	0.61		
Vermögenssteuer	—	—	—	—	—	—	0.96
B. Personalsteuern	1.77	1.44	1.35	2.05	2.21	2.76	4.80
I. Directe . . .	4.83	4.02	3.91	5.06	5.26	6.40	4.95
Mahlsteuer . .	?	0.33	0.32	0.24	0.21	—	—
Schlachtsteuer .	?	0.24	0.26	0.30	0.28	—	—
Reste v. Reichsst.	—	—	—	—	0.26	1.10	0.79
Branntweinsteuer	?	1.08	0.93	1.14	0.97	2.27	2.13
Biersteuer . . .	?	0.27	0.21	0.28	0.30	0.62	0.64
Weinsteuer . .	—	0.03	0.017	—	—	—	—
Tabaksteuer . .	—	0.03	0.027	0.027	0.024	0.21	0.21
Zuckersteuer . .	—	—	0.023	0.813	0.78	1.45	1.98
Salzsteuer . . .	0.99	1.17	0.93	0.99	0.80	0.82	0.84
C. Innere indirecte	[? 3.72]	3.18	2.71	3.79	3.62	6.47	6.59
Zölle	2.31	2.46	2.61	1.70	1.93	7.02	7.17
II. Indirecte St. .	[? 6.03]	5.64	5.31	5.49	5.59	13.53	13.81
Stempelsteuer	} 0.72	0.72	0.78	0.84	0.92	{ 0.76	0.80
Erbschaftsteuer							
Reichsstempel .	—	—	—	—	—	0.67	1.16
Gerichtsabgaben .	?	0.72	0.78	1.68	1.61	1.95	2.04
III. Verkehrsst. .	0.72	1.44	1.56	2.52	2.53	3.65	4.27
IV. Lotterie . . .	0.12	0.19	0.16	0.20	0.17	0.31	0.30
Summe: Steuern	[? 11.70]	11.29	10.94	13.27	13.55	23.89	23.33
V. Post und andere Verwaltungseinn. rein	0.80	0.33	0.76	0.94	0.89	1.73	2.25
VI. Domänen u. s. w. rein	2.29	1.57	1.34	2.42	2.67	2.56	2.41
VII. Eisenbahn. rein	—	—	—	0.66	0.85	5.41	9.23
Summe V—VII rein	3.09	1.90	2.10	4.02	4.41	9.70	13.89
Summe I—VII	[? 14.79]	13.19	13.04	17.29	17.96	33.59	37.22

In der ersten Periode (1821—67) sind bis 1847 danach eher Verminderungen der Gesamteinnahmen und der Steuern eingetreten, auch noch bis 1867 nicht sehr starke Vermehrungen. Die Gruppen der Steuern und die einzelnen Steuern zeigen charakteristische Momente, so die directen im Ganzen eine grosse Stabilität, auch nach den Reformen von 1851 und 1861 erst wieder eine Höhe wie im Anfang. Das Gleiche gilt von den indirecten Steuern. Die Verkehrssteuern (bezw. Gerichtsabgaben) sind in der ersten Periode, bis 1867, auch im alten Staate schon mehr gewachsen. Bei der Beschaffenheit des Zahlenmaterials für 1821 sind die Daten für dieses Jahr aber nicht durchweg mit den späteren genau vergleichbar. Die nicht-steuerlichen Einnahmen haben sich, mit Schwankungen, auf der früheren Höhe gehalten.

In der zweiten Periode (1868—98) haben sich dagegen die Gesamteinnahmen (rein) mehr als verdoppelt, die Steuern im Ganzen um zwei Drittel erhöht: Zeichen des grösseren Bedarfs, der gestiegenen Leistungsfähigkeit. Sehr verschieden ist aber hier die Entwicklung der Steuergruppen und einzelnen Steuern. Seit der wesentlichen Beseitigung der Ertrags-, der Entwicklung der Personalsteuern ist die gesammte directe Besteuerung jetzt ganz anders vertheilt, aber im Ganzen etwas kleiner geworden. Die indirecte Besteuerung hat sich dagegen verzweieinhalbfacht, die Verkehrsbesteuerung fast um das Zweidrittelfache vermehrt. In beiden Fällen zeigt sich die Entwicklung der Reichsbesteuerung hier von besonderer Bedeutung. Namentlich die Zölle, die Branntwein-, die Zucker-, die Biersteuer sind viel ergiebiger geworden, die Salzsteuer fast gleich geblieben, die Tabaksteuer relativ sehr gestiegen, aber ihre wie die Erträge der Biersteuer erreichen doch immer noch sehr kleine Kopffziffern. Bei den nicht-steuerlichen Einnahmen sind die Domanial- u. s. w. (Rubrik VI) etwas zurückgegangen, die Post-einnahmen incl. der allgemeinen Verwaltungseinnahmen (Rubrik V) und vor Allem die Eisenbahnüberschüsse stark gewachsen.

In der ganzen Periode seit der Consolidation des Staats und seiner Steuer- und Finanzverfassung nach der französischen Kriegszeit, seit 1821, bis Ende des Jahrhunderts fällt vor Allem wohl zweierlei auf: die Stabilität der directen Steuereinnahmen, deren Kopfquoten nach der Reform der 1890er Jahre fast die gleichen als im Anfang sind, damit thatsächlich viel kleinere Leistungen darstellen und das mässige Wachsthum der Domanial- u. s. w. Einnahmen (wo die Ziffer für 1821, weil Andres mit enthaltend, allerdings vergleichsweise etwas zu hoch ist). Der Schwerpunkt der Finanzen ist in der Besteuerung jetzt viel mehr in die indirecte und in die Verkehrsbesteuerung gelegt, und auch unter den nicht-steuerlichen Einnahmen sind es die Eisenbahn-, zum Theil die Post-Einnahmen, die neben gewissen Verwaltungseinnahmen am meisten gestiegen sind, d. h. Einnahmen, welche auch vornemlich der Verkehr trägt. Damit erscheint das ganze staatliche Finanzsystem, soweit es auf den Einnahmen beruht, mehr, der Entwicklung der Volkswirtschaft gemäss, auf den allgemeinen Verkehr und auf den Consum der Masse der Bevölkerung gelegt. Eine sehr charakteristische Entwicklung, die in gewissem Umfang als naturgemäss erscheint. Die directe Besteuerung ist dagegen in der Entwicklung zurückgeblieben, was

wieder Fingerzeige für Reformen, in der Richtung der stärkeren Belastung besonders der reicheren Classen, ergiebt.

2. Die preussische Communalbesteuerung.

§. 25. Allgemeine Entwicklung und Gestaltung. Wie überall, so ist auch in Preussen die Verwaltungsorganisation, insbesondere das Recht der Selbstverwaltung und das Bestehen eigener Selbstverwaltungskörper mit besonderem Finanzhaushalt, von grundlegender Bedeutung wie für alle Finanzangelegenheiten, so auch für die Communalbesteuerung i. w. S. In Preussen kommen hier als unterste Verwaltungsbezirke und autonome Einheiten die (Orts-) Gemeinden, im grössten Theil des alten und neuen (1866 erworbenen) Staatsgebiets mit der Unterscheidung der Stadtgemeinden und der Landgemeinden, bei ersteren wieder für einige verwaltungsrechtliche Punkte mit der weiteren Unterscheidung von selbständigen (kreisexemten) und zum Kreise gehörigen Städten in Betracht. Aber neben diesen Gemeinden, ausserhalb ihres Verbandes, bestehen in Preussen, besonders in den alten östlichen Provinzen, noch in grosser Anzahl (ca. 16.000) die selbständigen Gutsbezirke, bei welchen freilich das gutherrlich-privatwirthschaftliche und das öffentlich-rechtliche, finanzwirthschaftliche Moment ineinander übergehen, vielfach bis zur Untrennbarkeit. Ausserdem giebt es noch gewisse Zweckverbände für Schul-, kirchliche, Pfarr-, auch bisweilen für wirthschaftliche Angelegenheiten mit einem gewissen öffentlich rechtlichen Character und eigenen Ausgaben und Einnahmen, auch Steuern und Gebühren und steuerartigen Abgaben. Als eigene Selbstverwaltungsorgane höherer Ordnung mit besonderem Finanzhaushalt bestehen dann die Kreise und die Provinzen, die (Regierungs-) Bezirke sind dagegen nur staatliche Verwaltungsabtheilungsgebiete der Provinzen. (Fin. I, §. 54 ff.) Die „Communalsteuern“ im weiteren Sinne zerfallen daher in eigentliche Communalsteuern (der Stadt- und Landgemeinden) i. e. S., in Kreis- und Provinzialsteuern.

Das Verwaltungsrecht dieser Steuern hat erst in der neuesten Zeit durch das als Glied zu der grossen Miquel'schen Steuerreform gehörige Gesetz vom 14. Juli 1893, das sogen. „Communalabgabengesetz“, eine umfassende Codification und Vereinheitlichung auf theilweise neuer principieller Grundlage erfahren,

regelt aber auch in dieser Form die ganze Materie nicht allein. Es schliesst sich an ältere und neuere sonstige Gesetze, besonders die verschiedenen Stadt- und Landgemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen, und an Gesetze über Staats- und Reichssteuern an. Die Bestimmungen dieser Ordnungen und Gesetze bilden daher mehrfach noch neben dem genannten Gesetz geltend gebliebenes Recht. Doch ist in jenem Gesetz der ganze Gegenstand zum ersten Male einheitlich und zusammenfassend für das ganze heutige Staatsgebiet (mit Ausschluss von Hohenzollern und Helgoland) geregelt worden. Bis dahin bestanden Verschiedenheiten im alten Staatsgebiet besonders zwischen den östlichen und westlichen Provinzen, mit als Folge des verschiedenen Gemeinde-Verwaltungsrechts, wieder einer Folge der verschiedenen geschichtlichen Entwicklung; und die neuen 1866er Provinzen hatten auch nach der Angliederung an Preussen im Wesentlichen ihre bestehende Communalsteuerverfassung behalten, auch nachdem die Staatsbesteuerung, namentlich die für die Gemeindebesteuerung besonders mit in Betracht kommende directe, mit derjenigen der alten Provinzen unificirt worden war (o. §. 15). Auf dieser früheren Verschiedenheit des localen Steuerrechts und auf dem rechtlichen und thatsächlichen, besonders dem natürlichen wirthschaftlichen Unterschied der Stadt- und Landgemeinden (und Gutsbezirke) beruht in einer hauptsächlichen Beziehung die Verschiedenheit auch der thatsächlichen Entwicklung der Communalbesteuerung im 19. Jahrhundert in den verschiedenen Gebietstheilen und in Stadt und Land im preussischen Staate. In andrer und ebenfalls wesentlicher Beziehung ist diese Entwicklung durch die verschiedene wirthschaftliche Entwicklung der einzelnen Landestheile, besonders in den mehr agrarisch gebliebenen und mehr industriell und städtisch gewordenen, stark beeinflusst worden. Doch auch sonstige Momente haben noch eingewirkt. So haben sich Interessengegensätze besonders in den Städten, zwischen den Realitäten (Häuser, Grundstücke, auch Gewerbebetriebe) besitzenden Classen und der Gesamtbevölkerung nach der preussischen Gemeindeverfassung geltend machen können und darauf hingewirkt, dass bis zur Communalsteuerreform von 1893 die directe Communalbesteuerung einseitig die Last auf die Einkommensteuer (und dieser verwandte Steuerreformen) unter weitgehender Schonung der Realsteuern gelegt hat. Ferner haben gewisse doctrinäre Tendenzen und Vorurtheile mehrfach die nicht-steuerrechtlichen Einnahmen, auch

die Gebühren in ihrer Entwicklung gehemmt und dazu geführt, dass der überall, wenn auch sehr ungleich gewachsene communale Finanzbedarf in immer grösserem Maasse durch Steuern gedeckt werden musste, also Steuerbedarf wurde. Endlich haben theils die wirklichen oder vermeintlichen Verkehrsinteressen und berechnete Rücksichten auf die Consumenten, besonders auf diejenigen der unteren Classen, theils aber wiederum auch doctrinäre Anschauungen hinsichtlich der indirecten Steuern überhaupt und kommunaler insbesondere diese Art Steuern in den preussischen Communen, selbst den grösseren Städten, unter dem mitwirkenden Einfluss der Staats- und Reichsgesetzgebung, nicht nur in ihrer Entwicklung gehemmt, sondern selbst zurückgedrängt (Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, fast fehlende Getränkebesteuerung). Alles dieses zusammen, das Einzelne mehr oder weniger, namentlich das Letztgenannte erklärt dann auch charakteristische Verschiedenheiten in der thatsächlichen preussischen Communalbesteuerung von derjenigen anderer deutscher Staaten, welche die indirecte Steuer der Gemeinden mehr erhalten haben, so Baiern, und vollends von derjenigen wichtiger fremder Staaten, so namentlich Frankreichs mit seinem kommunalen Octroi, dem in Preussen, auch selbst in Berlin ein Analogon völlig fehlt. [Pariser Octroi!] (Fin. III, §. 342 ff., Erg.-Heft §. 26.)

Das Communalabgabengesetz von 1893 hat hier nun in rechtlicher Hinsicht Wandel geschafft, die Gemeinden mehr auf Ausbildung von Gebühren und gebührenartigen Einnahmen, Verminderung des Steuerbedarfs, Mitbenutzung von indirecten Steuern zu dessen Deckung, Entlastung der Einkommensteuer, Mehrbelastung der Realsteuern für communale Zwecke und demgemäss entsprechende Einrichtung eigener localer Realsteuern zu diesem Behufe hingewiesen und in einigen Puncten durch geeignete Normen die Gemeinden selbst in diese Richtung direct hingedrängt. Durch umfassende finanzielle Beihilfen des Staats für Communalaufgaben und Ausgaben, Uebernahme letzterer auf das Staatsbudget, Gewährung von Dotationen und Subventionen, besonders für Volksschulwesen und durch Ueberlassung von Staatseinnahmen für allgemeine Communalausgaben, ist in Preussen auch die Finanzlage der Gemeinden in neuester Zeit erheblich erleichtert worden, was wieder die gewünschten Reformen der Communalsteuer der Gemeinden erleichtern musste. Besonders die Ueberlassung der drei grossen Staats-Realsteuern, der Grund-, Gebäude- und Gewerbe-

steuer an die Gemeinden (o. §. 16, 18) ist in dieser Hinsicht von nicht zu unterschätzender practischer Bedeutung, mehr noch als die ebenfalls sehr wichtige Erleichterung der Schullasten. Aehnlich ist schon früher durch Dotationen der Kreise und Provinzen diesen eine finanzielle Staatshilfe zu Theil geworden (Fin. I, §. 56). Die factische Gestaltung der Communalbesteuerung ist unter diesen Einflüssen seit der Durchführung des Communalabgabegesetzes von 1893 in bedeutsamer Umbildung begriffen, worin noch kein Abschluss eingetreten ist. Schon das, was bisher, gleich im ersten Jahre, erreicht worden, gestattet das Urtheil, dass die Vertheilung des Steuerbedarfs in Betreff der Wahl der Steuerarten und der individuellen Belastungen eine erheblich günstigere und die Höhe des Steuerbedarfs als Quote vom Finanzbedarf durch die Entwicklung nicht steuerrechtlicher, besonders gebührenrechtlicher Einnahmen eine geringere geworden ist (§. 33). Weiteres in beiderlei Hinsicht wird von der immer strengeren folgerichtigen Durchführung der Principien des neuen Communalabgabegesetzes abhängen. Einiges in der ersten Hinsicht auch von der Beseitigung von allzu grossen Hemmungen der indirecten Communalbesteuerung Seitens der Reichsgesetzgebung über Zölle und innere Verbrauchssteuern (Getränke!) und in dem anderen Punkte von der Ausdehnung werbenden Besitzes und der Uebernahme damit verbundener wirthschaftlicher Unternehmungen auf Rechnung der Communen in Selbstbetrieb (Verkehrs-, Beleuchtungsanlagen), oder wenigstens von einer solchen Einrichtung von Privatbetrieben bei derartigen Anlagen, dass auch die finanziellen Interessen der Gemeinden durch hinlänglich hohe Gewinnbetheiligung oder in anderer Form genügend gesichert werden. Im Uebrigen wird bei der deutlichen starken Steigerung der Communalthätigkeiten und Ausgaben Vieles in der nothwendigen Ausgestaltung der Communalbesteuerung auch von der weiteren Entwicklung der Abgrenzung der Thätigkeitsgebiete zwischen Staat und Gemeinden, der Uebernahme von Communalthätigkeiten oder wenigstens den Ausgaben dafür auf den Staat, der Ueberlassung von Staatseinnahmen oder Antheilen daran an die Gemeinden abhängen: eine Entwicklung, der wir in der Gegenwart so vielfach, auch in anderen deutschen Staaten, im Ausland, selbst in Grossbritannien (Fin. III, §. 157 ff., Erg.heft §. 10) begegnen. Aehnliches gilt von Verschiebungen der Abgrenzungen zwischen den Gemeinden und den Kreisen und Provinzen, sowie von der eintretenden, in mancher Hinsicht nöthig oder doch zweck-

mässig erscheinenden Bildung neuer grösserer, deshalb leistungsfähigerer Zweckverbände, so für Armen-, Schul-, Sanitäts-, Wege- und Verkehrswesen u. a. m.

Einzernes.

Im 1. Bande der Finanzwissenschaft (3. Aufl.) ist bereits im Abschnitt vom Finanzwesen der Selbstverwaltungskörper die preussische Communalfinanzverfassung in den Grundzügen dargestellt, Gesetzgebung, Litteratur, Statistisches angegeben worden (§. 54—56), wobei auch nebenbei über die Steuerverfassung Bemerkungen eingeflossen sind. Doch ist seitdem (1883, wo die 3. Aufl. von B. I erschienen ist) auf diesem Gebiete, besonders durch die Gesetze von 1885, 1893 und die ganze neue Reform der directen Steuern Vieles verändert worden und auch viele neue Litteratur und werthvolle Statistik hinzugekommen. Die bezügliche Litteratur ist aber überwiegend staats- und verwaltungsrechtlicher, weniger finanzwissenschaftlicher Art.

S. kürzere Uebersichten in Löning's Lehrb. d. D. Verwalt.rechts (1884) §. 39, bes. S. 187 ff., Georg Meyer, D. Staatsrecht (1884) §. 211 u. ders. bes. in seinem Deutschen Verwalt.recht, 2. Aufl. (1894) II, §. 267—269, v. Reitzenstein in v. Stengel's Wörterb. d. D. Verwalt.rechts (1890), Art. Gemeindesteuern, bes. S. 527 ff., ders. im 1. Erg.bande dazu S. 42 ff., eb. Keil im 3. Erg.bande (1897) S. 142 ff. (über d. Communalabgabegesetz v. 1893), v. Reitzenstein in der Abhandlung communales Finanzwesen im Schönberg'schen Handb. d. Polit. Oek. 3. A. (1891) III, §. 89 (S.70) und eingehender in der Revision dieser Abhandlung von Trüdinger in der 4. Aufl. d. B. III (1898), S. 86 ff. Einzelnes passim in den bezüglichen Artikeln des H. W. B. d. St., so im Art. Gemeindefinanzen von Eheberg in B. 4, S. 760, 773 ff., ders. im Suppl.b. I dazu S. 332 ff., auch S. 741 ff. (Elster über die preuss. Steuerreform). Eingehendste und vorzügliche verwaltungsrechtliche Behandlung des Gegenstands von Schön in dem Aufsatz die geschichtliche Entwicklung des Communalabgabewesens in Preussen u. s. w., in Hirth's Annalen B. 28 (1895) S. 249 ff. und bes. von dems. in „das Recht der Communalverbände in Preussen“ (Ergänz.-b. zu v. Rönne's preuss. Staatsrecht 1897), §. 55 ff., 61 ff., 68 ff. Aus der Litteratur über den früheren Zustand (vor der Reform von 1893) s. u. A. Schimmelfennig, Communalabgaben u. s. w. 1858, Grotefend, Grundsätze des Communalsteuerwesens (1874, nur die älteren Provinzen). Vielerlei Bezügliches in dem Gutachtenband XII des Ver. f. Soc.polit. über die Communalsteuerfrage, bes. in den Gutachten von Hoffmann, Bruch, E. Meier, Nasse. Dazu die Referate von mir und Wegner in B. XIV. Die Commentare bes. in den Einleitungen zu dem neuen Gesetz von 1893 (Adickes u. A. s. u.).

Für die neuesten Gesetze von 1885 und 1893 und die ihnen vorangehenden Reformversuche (1876—79) sind die Entwürfe mit Motiven in den Landtagspapieren und die Verhandlungen darüber im Landtage das Wichtigste. S. bes. über das Gesetz von 1893 die Entwürfe mit Motiven in den Drucksachen der 17. Legislaturperiode 5. Sess. Nr. 5—8 (mit Denkschrift). Daraus in Schanz Fin.arch. B. 10 (1893) S. 296 ff., 4. A., auch in Hirth's Annalen B. 27 (1894) S. 161 ff., und manches Einzelne in den Commentaren. S. von diesen bes. Nöll (2. A. 1892), Adickes (1894), Schwarz (1894) u. a. m.

Statistisches in den amtlichen Denkschriften und Motiven. Sonst bes. in einigen vortrefflichen Publicationen des preuss. stat. Bureaus, so Herrfurth, Preuss. stat. Zeitschr. 1878 S. 1—60, die 4 Ergänzungshefte Nr. 6, 7, 9 u. bes. 16 (1884) von Herrfurth u. Anderen. Hauptdaten daraus im amtlichen statist. Jahrbuch. Nach diesen Materialien die Arbeiten von Gerstfeldt, bes. dessen Städtefinanzen in Preussen, in Schmoller's Forsch. B. 4, H. 1 (1883). Ferner die aml. Denkschr. des Finanzmin. u. Min. d. Innern für den Landtag über die Ausführung des Communalabgabegesetzes von 1893 (4. April 1896). Daraus wieder Einzelnes in dem Bericht des Finanzmin. v. Miquel an den Kaiser über die preuss. Finanzen v. 1890—97 (Berlin 1897, nicht im Buchhandel), im Auszuge im Reichs- und Staatsanzeiger 1898, 3. Juni, auch in Hirth's Annalen 1898. — Statistisches, Reformörterungen betr. Preussen auch in der allgemeinen Communalsteuerlitteratur. S. Fin. I, §. 54 ff., v. Reitzenstein's Abh. im Schönberg'schen Handb., Neumann's verschiedene Schriften, bes. seine progressive Einkommensteuer (1874) und seine Gemeindesteuerreform in Deutschland (1895).

§. 26. Periode bis 1893. Altes Gebiet (vor-1866er). Städte¹⁾. Im alten preussischen Staate vor 1806 war den Städten ihre früher erlangte und vom Stadtrathe ausgeübte weitgehende Autonomie in der Besteuerung im 18. Jahrhundert unter Friedrich Wilhelm I. entzogen worden (Hauptverordnung von 1738). Die Missbräuche in der Ausübung dieses Rechts, das Herabkommen der Städte, die bevormundende Tendenz und Abneigung gegen corporative Selbstständigkeit im damaligen Zeitalter hatten hierzu geführt. Die Städte sollten möglichst aus ihrem eigenen Besitz, den Kämmerereinkünften, den ihnen zufließenden Gebühren u. dgl. die ordentlichen Ausgaben decken und nur ausnahmsweise, für ausserordentliche Fälle, zu neuen Steuern greifen, dann auch nur mit Staatsgenehmigung unter Nachweis des Bedürfnisses (sogen. „Collecten“).

Die liberale Städteordnung von 1808 ging zum anderen Extrem über, gewährte den Städten und zwar jetzt nicht mehr nach des Rathes (Magistrats), sondern nach Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlungen eine so gut wie vollständige Besteuerungsautonomie, für deren Ausübung nur wenige ganz allgemein gefasste, vieldeutige Grundsätze aufgestellt wurden, unter fast gänzlichem Wegfall einer Staatscontrole oder eines staatlichen Genehmigungsrechts. Steuerpflichtig sollten danach alle Stadteinwohner, nicht nur die Bürger, aber auch jene allein sein. Als leitendes Princip wurde dasjenige der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit („nach seinem Vermögen und mit seinen Kräften“) zur Richtschnur aufgestellt. Die Besteuerung sollte eintreten, soweit das Gemeindeeinkommen nicht ausreicht. Thatsächlich bestand, im Anschluss an die überkommenen Verhältnisse, eine Mannigfaltigkeit von Steuern, directen wie indirecten neben gebührenartigen Abgaben, theils eigenen, theils sich an die Staatsbesteuerung anlehnenden, doch wohl im Ganzen schon unter Vorwalten der directen Steuern. Ob die Städteordnung von 1808 nur letztere den Städten eigentlich gestatten wollte, ist (gegen Schön's u. A. Ansicht) doch zweifelhaft. Für eine örtliche, wenigstens annähernde Gleichmässigkeit der Communalbesteuerung, für eine genügende Berücksichtigung der wirthschaftlichen Verkehrs- und der Staatssteuerinteressen, für eine richtige Durchführung des Grundsatzes der Besteuerung nach

¹⁾ S. für die ältere Zeit G. Schmoller, preuss. Städtewesen in der Zeitschr. f. preuss. Gesch. B. X. Genauerer für die Zeit nach 1806 bei Grotefend S. 6 ff. und Schön a. a. O., Annalen S. 252 und ebenso in s. Comm.verbänden S. 225 ff. Danach Trüdinger in Schönberg's Handbuch III, 2. Halbb. S. 86 und Einzelnes danach auch in der Darstellung des Textes.

der Leistungsfähigkeit fehlten die Garantien. Nur die Communalbesteuerung seiner Beamten regelte der Staat alsbald mit (1809). In Berlin wurde u. A. in dieser Periode die eigene Miethsteuer eingeführt (1815), die bis zur Reform von 1893 als Hauptglied der städtischen Besteuerung bestanden und vielfach zu besonderen Erörterungen Anlass gegeben hat.

Diese fast völlige Besteuerungs-Autonomie der Städte wurde indessen später wieder beschränkt. Sie stand in der That auch mit dem modernen Staatsbewusstsein und Staatsrecht und mit mancherlei Interessen wirthschaftlicher, socialer, staatsfinanzieller Art, welche der moderne Staat nothwendig wahrzunehmen hat, in Widerspruch. Schon in dem grundlegenden Gesetz über die allgemeine Einrichtung des Abgabewesens vom 30. Mai 1820 §. 13, mehr noch in der revidirten Städteordnung von 1831 (§. 117 ff.) und einer danach erlassenen Instruction von 1834 wurde das Princip der Staatsgenehmigung von Communalsteuern wieder eingeführt und dann verallgemeinert. Dabei ist dann auch die Form der Zuschläge zu Staatssteuern als die regelmässige für Communalsteuern bestimmt worden. Es behielt sich der Staat auch die Entscheidung darüber vor, zu welchen Steuern und bis zu welcher Höhe alsdann die Gemeinden Zuschläge erheben dürften, verlangte weiter die Einholung seiner Zustimmung bei Ueberschreitung dieser Höhe und bei Einführung eigener Communalsteuern, welche nicht in Form von Zuschlägen zu Staatssteuern erhoben werden, und nahm so im Wesentlichen das Communalsteuerwesen wieder wirksam unter seine oberste Aufsicht.

S. Grotefend S. 7 ff., Schön, Comm.verb. S. 226 ff. hier das Nähere. Die Bestimmungen des §. 13 des gen. Gesetzes von 1820 sind unpräcis und dehnbar. Bei der hier gewährten Zulässigkeit von Communalzuschlägen zu der neuen Staats-Classen- und Mahl- und Schlachtsteuer, aber unter Vorbehalt der Genehmigung der (Bezirks-)Regierung, tritt die Hinlenkung auf das Zuschlagsystem, aber auch die Rücksicht auf das staatsfinanzielle Interesse hervor. — Die Städteordnung von 1831 ging in der Richtung, dem Staate seinen Einfluss auf die Communalsteuern, auf deren Art, Höhe, Verhältniss zu den Staatssteuern zu ermöglichen und zu sichern, erheblich weiter. Sie gelangte so, namentlich in ihrer weiteren Durchführung im Verordnungswege, wieder zum Grundsatz allgemeiner Genehmigung der Communalsteuern, was besonders bei Einführung neuer, Veränderung alter Steuern, auch bei Abweichungen der Zuschläge vom Verheilungsmodus der Staatssteuern zur Geltung kam. Die Entscheidung im concreten Fall lag theils in der Instanz der Bezirksregierung, theils in der der betheiligten Ministerien (Inneres und Finanzen).

Im staatsfinanziellen wie im Beamteninteresse erfolgte schon 1821 (Ges. v. 11. Juli) eine neue Regelung der Communalbesteuerung der Staatsdiener, wonach diese für Dienst Einkommen nur in Orten, wo Einkommensteuer als Communalsteuer bestand, steuer-

pflichtig wurden und zwar mit halbem Anschlag des Dienst Einkommens, unter Festsetzung von Maximalbelastungen nach der Gehaltshöhe: das noch bis zur Gegenwart geltende, mannigfach von den Communen angefochtene, aber auch nach der Reform von 1893 einstweilen noch bestehen gebliebene „Communalsteuer-Privileg der Beamten“. Für servisberechtigte Militärpersonen, Officiere und Beamte hat es noch eine Ausdehnung, selbst auf das nicht-dienstliche Einkommen, erfahren, was erst durch eine Gesetzgebung von 1886 beseitigt worden ist.

S. über die ganze, ziemlich complicirte Materie Grottefend, S. 93 ff. (Dienst-einkommen der Beamten), S. 73 ff. (Militärpersonen), über sonstige persönliche (S. 72) und dingliche Befreiungen (S. 79). Schön, Comm.verbände, §. 81, 90. Die Communalbesteuerung der Staatsbeamten richtet sich jetzt nach der Auslegung, welche die Bestimmungen des Gesetzes von 1822 in einer Verordnung für die neuen Provinzen v. 23. Sept. 1867 gefunden haben (Comm.abg.ges. v. 1893, §. 41). — Reichsgesetz vom 21. März 1886 betr. Communalbesteuerung der Militärs, preuss. Ausführungsgesetz dazu vom 29. Juni 1886. Schön a. a. O. S. 323 ff. Eine nicht unwichtige allgemeine Aenderung hinsichtlich des Steuerdomicils der Beamten (nicht mehr Anwendung des „nothwendigen“ Domicils der Beamten in der Communalbesteuerung) im Gesetz vom 27. Juli 1885, §. 12.

Die schwierigen, aber mit der neueren Wirthschaftsentwicklung immer wichtiger werdenden Fragen der Communalbesteuerung der Forenzen, dann der nicht-physischen, der juristischen Personen, namentlich auch der grossen Erwerbsgesellschaften (Actiengesellschaften u. s. w.), ferner des Fiscus wurden erst nach und nach genauer gesetzlich geregelt, und zwar in der Richtung, die subjective und objective Steuerpflicht dieser Personen immer mehr auszudehnen. Am Wichtigsten war in dieser Hinsicht 1853 ff. die Ausdehnung der Realsteuerpflichtigkeit der Forenzen und juristischen Personen auf deren Personal- und Einkommensteuerpflichtigkeit, indem der solchen Personen gehörige Grund- und Hausbesitz und Gewerbebetrieb nicht nur den betreffenden Realsteuern (bezw. den Zuschlägen zu den bezüglichen Staatssteuern), sondern auch für das aus diesen Quellen fliessende Einkommen den Personal- (Classen- und Einkommen-)Steuern unterworfen, auch der Kreis der subjectiv steuerpflichtigen juristischen, bezw. nicht-physischen Personen genau bestimmt und erweitert wurde. (Städteordnungen von 1853, 1856, Gesetz vom 27. Juli 1885, sogen. „Communalsteuer-Nothgesetz“).

Städteordnung f. d. östl. Provinzen v. 30. Mai 1853, §. 4. Ebenso §. 4 der St.-O. für Westfalen v. 19. März 1856 und für die Rheinprovinz v. 15. Mai 1856. Gesetz v. 27. Juli 1885, §. 1—6. Grottefend S. 61 ff., 67 ff. Schön, Communalverbände S. 227, 294 ff.

In den Städteordnungen der 1850er Jahre wird auch die Competenz der Städte auf dem Communalsteuergebiet wieder erweitert, das Erforderniss der Staatsgenehmigung eingeschränkt. Die thatsächliche Entwicklung ging auf Ausdehnung des Zuschlag-systems bei den directen Steuern, statt eigener, von den Staatssteuern mehr oder weniger abweichender, übrigens vielfach noch vorkommender Communalsteuern, auch auf stärkere Belastung der Personalsteuern als der Realsteuern, Beschränkung der communalen indirecten Verbrauchssteuern, auch in Zuschlagform, hinaus. Letzteres namentlich als mit der Aufhebung der staatlichen Mahl- und Schlachtsteuer nach dem Gesetz vom 25. Mai 1873 der seit 1848 den betreffenden Gemeinden gewährte Drittelantheil an der staatlichen Mahlsteuer und jede Communal-Mahlsteuer unbedingt, die communale Schlachtsteuer zwar nur bedingt, aber factisch in der grossen Mehrzahl der Städte, wo sie bestanden hatte, weggefallen war. Die ohnehin sehr spärliche im alten vor-1866er Staat noch vorkommende sonstige Verbrauchssteuer (z. B. Zuschläge zur Braumalzsteuer) blieb unbedeutend und wurde durch die Bestimmungen des Zollvereins und Reichs in ihrer Entwicklung noch mehr gehemmt, als durch die Rücksicht auf Verkehrsfreiheit und durch doctrinäre Abneigung gegen indirecte Steuern, wie sie in den maassgebenden Kreisen der Gemeindeverwaltung und Stadtverordnetenversammlungen einmal vorherrschten. Das hat freilich nicht gehindert, in der Form hohen Preises des Gases der städtischen Anstalten im Geheimen eine indirecte „Beleuchtungsteuer“ mit zu erheben (Berlin). Von Einzelheiten ist die Verbreitung der Communalsteuer auf Hunde zu erwähnen.

Die Hauptbestimmungen der Städteordnungen (östl. §. 53, 54, ebenso die anderen) waren folgende. Die in Ermangelung ausreichender Einnahmen aus dem städtischen Vermögen durch Beschluss der Stadtverordneten aufzulegenden Gemeindesteuern konnten in Zuschlägen zu den Staatssteuern und von besonderen (directen und indirecten) Gemeindesteuern, allenfalls auch besonderen Communaleinkommensteuern bestehen. Mit Zuschlägen durfte jedoch die Staatssteuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen nicht belegt werden. Bei Zuschlägen zur classificirten Staatseinkommensteuer von 1851 und bei eigenen Communaleinkommensteuern musste das Einkommen aus ausserhalb der Gemeinde gelegenem Grundeigenthum frei bleiben. Genehmigung der (Bezirks-)Regierung war erforderlich für alle Zuschläge zur Einkommensteuer, zu den indirecten Steuern und für besondere, neu einzuführende, zu erhöhende oder in ihren Grundsätzen zu verändernde (also nicht für unverändert fortbestehende) directe und indirecte Steuern; ferner für solche Zuschläge zu den übrigen directen Staatssteuern (also auch der Classensteuer), welche 50 % des Staatssteuersatzes überstiegen, oder nicht nach gleichen Sätzen auf diese Steuern vertheilt werden sollten, wobei aber eine Freilassung oder geringere Belastung der letzten Classenstufe der Gemeinde ohne Weiteres gestattet war. Dies Genehmigungsrecht sollte das übermässige Anwachsen der Communalsteuern, worin auch eine Verletzung des staatsfinanziellen Erfordernisses lag — wegen Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der überbürdeten

Censiten und wegen Hinwirkung hoher Besteuerung auf ungenügende Veranlagung — hindern, auch speciell die Ueberlastung der Einkommensteuer verhüten und Gleichmässigkeit der Heranziehung der einzelnen Steuern für die Gemeindebedürfnisse verbürgen. Das erwies sich aber, wie die thatsächliche Entwicklung gezeigt hat, gegenüber den steigenden communalen Finanzbedürfnissen und der starken Vertretung der Interessen des Realbesitzes in den städtischen Beschlussorganen nicht möglich. — Ueber die Erhebung von Communalsteuern waren Regulative zu erlassen, die ebenfalls der Genehmigung der Regierung bedurften. Auch zu Ausführung von Diensten (Hand- und Spanndiensten) konnte die Gemeinde durch Beschluss der Stadtverordneten verpflichtet werden. Die Dienste sollten dabei in Geld abgeschätzt und nach dem Maassstab der Gemeindeabgaben, in deren Ermangelung nach den directen Steuern, vertheilt werden. Eine abweichende Vertheilung bedurfte Regierungsgenehmigung. Die Dienste durften indessen, abgesehen von Nothfällen, durch taugliche Stellvertreter geleistet oder nach Abschätzung der Geldbetrag dafür an die Gemeindecasse gezahlt werden. S. Grotefend S. 8 ff., Schön a. a. O. S. 227. — Im Gesetz vom 27. Juli 1885 sind die Bestimmungen über Vermeidung von Doppelbesteuerungen (§. 7—11) wichtig, u. A. über die Vertheilung des aus verschiedenen Gemeinden herrührenden Einkommens einer physischen Person unter die Steuerpflicht in den Gemeinden (§. 9). — Die Hundesteuer wurde den Städten 1829 gestattet und verfolgte wie überall nicht rein finanzielle Zwecke (Grotefend S. 26 ff.). Eine eigene Wildpretsteuer wurde 1848 den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten mit ministerieller Genehmigung erlaubt. Ueber die bedingt zulässige Fortdauer städtischer Schlachtsteuern s. das Gesetz vom 25. Mai 1873, §. 2—4. Die Fortdauer verlangt von 3 zu 3 Jahren Gemeindebeschluss, der der ministeriellen Genehmigung bedarf. Voraussetzung ist, dass die Lage des Haushalts die Fortdauer der Steuer erfordert und die örtlichen Verhältnisse dafür geeignet gefunden werden. Eine Erhöhung der Steuersätze über die damals bestehenden (incl. Gemeindezuschlag) erfordert ein Gesetz. Die Beschränkungen der indirecten Verbrauchsbesteuerung der Gemeinden (wie der Einzelstaaten) durch den Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867, Art 5, unter I und II, betreffen ausländische und einheimische Erzeugnisse, unter Aufzählung der zur Besteuerung zulässigen Artikel, insbesondere die „Getränke“, Branntwein, Bier, Essig, Malz, Wein, Most, Obstwein, Mehl und andere Mühlenfabrikate, Backwaaren, Fleisch und Fleischwaaren, Fett, mit Festsetzung von (mässigen) Maximalsätzen für Branntwein, Wein, Bier und Zulässigkeit der Weinststeuer nur in den „eigentlichen Weinländern“. Bei allen ausländischen Artikeln, die mit mehr als 3 M. Zoll für 100 kg. belegt sind, waren Staats- und Communalzuschläge untersagt, eine Beschränkung, welche durch Reichsgesetz vom 27. Mai 1885, nach Einführung der neuen agrarischen Zölle, auf die oben genannten nicht flüssigen Waaren und auf Bier und Branntwein keine Anwendung mehr findet. Tabak und Salz sind noch ausdrücklich in den betreffenden Gesetzen der Besteuerung von Staaten und Communen entzogen. S. Näheres bei Grotefend S. 29 ff., Schön a. a. O. S. 286 ff. — Als obligatorische, d. h. in den betreffenden Gemeinden nothwendig einzurichtende Steuer, deren Ertrag den Gemeinden, bezw. Kreisen zufließt, ist durch Gesetz vom 27. Febr. 1880 eine Besteuerung des Wanderlagerbetriebs eingeführt worden.

§. 27. Landgemeinden der alten Provinzen. Weit weniger entwickelt als in den Städten ist bei dem abweichenden wirthschaftlichen Character die Besteuerung der Landgemeinden, im Ganzen bis zur Gegenwart, geblieben und auch die Gesetzgebung des modernen Staats war hier bis auf die neuere Zeit viel weniger thätig, weil dazu kein solches Bedürfniss vorlag. Daher sind hier insbesondere im Gebiete des Landrechts die Bestimmungen des letzteren, die selbst wieder an altes Gewohnheitsrecht anknüpften, andauernd die Grundlagen geblieben. Die steuerartigen Abgaben und Dienste schlossen sich an die sonstigen Leistungs-

verpflichtungen in der Vertheilung an. Herkommen, Gewohnheit, alte Verträge entschieden dabei. Baare Geldausgaben sollten in der Regel nach dem Verhältniss der Staatssteuern aufgebracht werden (A. L. 2. Th. II, Bd. 7 §. 43). Das Princip der Besteuerung nach Leistung und Gegenleistung fand aber in dem landrechtlichen Satze (eb. §. 44) Anerkennung, dass unangesessene Dorfeinwohner zu Gemeindelasten, welche blos den angesessenen Wirthen Vortheile gewähren, nicht beizutragen brauchten. In den östlichen Provinzen ist es bei diesen alten Normen auch noch in der Gemeindeordnung von 1856 verblieben, in welcher nur im Bedürfnissfall Aenderungen der Steuerverfassung vorbehalten und einige allgemeine leitende Grundsätze dafür als Richtschnur aufgestellt werden. Diese laufen auf eine Combination der Steuerprincipien der Leistungsfähigkeit und von Leistung und Gegenleistung hinaus (gen. G. O. §. 12, 13). In den westlichen beiden Provinzen ist die Gemeindebesteuerung auf dem Lande, insbesondere in den neueren Gemeindeordnungen (1845, 1856) wesentlich ebenso wie in den Städten geregelt worden. Nur waren in Westfalen bloss Zuschläge zu den indirecten Staatssteuern, nicht aber auch besondere indirecte Communalsteuern im Princip zulässig.

v. Reitzenstein, Art. Gemeindesteuer in v. Stengel's Wörterbuch, S. 527, Grotfend, S. 12 ff., Schön, a. a. O. S. 228. — Vom Allg. Landrecht kommen in Betracht Th. II, Tit. 7, §. 31, 38—44. Die Leistung von Naturaldiensten war dem Herkommen gemäss besonders vorgesehen und ist wichtig geblieben. Die Hundesteuer war auch den Landgemeinden gestattet (1834). — Das Ges. v. 1822 über Staatsbeamtenbesteuerung, das Nothgesetz v. 1885 fanden hier ebenfalls Anwendung, waren aber nach Lage der Dinge auf dem Lande von geringerer practischer Bedeutung.

Die Communalbesteuerung in den 1866 von Preussen erworbenen Provinzen war in jedem der bisher selbständigen Gebiete verschieden gewesen. Eine Umänderung des betreffenden Rechts erfolgte nach der Annexion nur theilweise. Auch in Hannover und Schleswig-Holstein war die Steuerverfassung von Stadt und Land verschieden, in Kurhessen und Nassau dagegen die gleiche gewesen. Für die Städte (1869) wie für die Landgemeinden (1867) Schleswig-Holsteins wurde das Besteuerungsrecht nach den neueren Normen (aus 1853, bzw. 1856) der östlichen preussischen Provinzen eingeführt, in Frankfurt a. M. ebenfalls das altpreussische städtische Steuerrecht. Die anderen neuen Gebiete behielten ihr bisheriges Communalsteuerrecht. In Hannover entsprach dies einigermaassen dem Recht im preussischen Osten, besonders in den Landgemeinden. Verbrauchsabgaben in den Städten sind aber

in grösserem Umfang vorhanden gewesen. In Kurhessen war dies noch mehr der Fall. Die Verbrauchsabgaben sollten hier sogar die nächste Steuerquelle sein, bei deren Unzureichendheit erst directe Steuern in Betracht kamen. Auch in Nassau waren indirecte Steuern mit vorgesehen, die Hauptsache aber doch directe.

Weiteres Einzelne über die Besteuerung der Forenzen, juristischen Personen, Zuschläge zu den Staatssteuern — die Regel —, Staatsgenehmigung u. A. m. s. bei Schön a. a. O. S. 230, v. Reitzenstein, im Wörterb. d. Verwaltung I, S. 329.

§. 28. Kreis- und Provinzialsteuerverfassung.

S. zur Uebersicht Art. Kreis- u. Provinzialverbände von v. Stengel in dessen Wörterbuch. Eingehend Schön, Communalverbände, Abschnitt 3 u. 4.

Diese Verfassung hängt eng mit der neueren Entwicklung und heutigen Ausgestaltung der Kreise und Provinzen als eigener Selbstverwaltungskörper höherer Ordnung zusammen. Sie ist daher in den Einzelheiten nur in Verbindung mit der Darstellung der ganzen Kreis- und Provinzialorganisation selbst voll verständlich. Hier genügt jedoch für unsere Zwecke eine kurze Orientirung über die Grundzüge der Steuerverfassung. Die bezügliche Besteuerung würde für den Umfang der Aufgaben und Thätigkeiten der Kreise und Provinzen erheblich grösser sein müssen, wenn nicht durch die Dotationsgesetze von 1873 und 1875 (zeitweise auch durch das Gesetz vom 14. Mai 1885 [„Lex Huene“], wonach den Kreisen aus dem preussischen Antheile an den Reichs-Getreide- und Viehzöllen Beiträge für ihre Zwecke zufließen), diesen Körpern anderweite Mittel aus der Staatscasse zuflössen. Das ist für diese Frage wichtig zu beachten.

Fin. I (3. A.) §. 55, 56, wo bereits das wichtigste Bezügliche mitgetheilt (bis 1882). Friedrichs, Kreisabgaben, 1882. v. Stengel's Art. a. a. O. I, S. 356, II, 322. Schön a. a. O. S. 360, 412—428, 463 ff. Ueber die „Lex Huene“ Schanz, Fin.-Arch. II, 1104, u. mehrfach bes. X, 468 (aus den amtlichen Berichten), Dotationsergebnisse in den betr. Berichten.

Die preussischen Kreise sind zwar schon früher nicht bloss Verwaltungsabtheilungen des Staats, sondern Communalverbände für gewisse gemeinsame Angelegenheiten gewesen und hatten durch die Kreisordnungen für die verschiedenen Landestheile in den Jahren 1825—28 eine entsprechende Organisation und gewisse Competenzen erhalten. Aber ein eigenes Besteuerungsrecht zur Erhebung von Kreissteuern (Abgaben), und zwar immer nur für gewisse statthafte einzelne Zwecke und Ausgaben, ist ihnen erst durch Verordnungen aus 1841—46, wiederum jedem Landestheil speciell, gewährt worden. Zu einer umfassenden Entwicklung dieses Besteuerungsrechts ist es erst mit der durchgreifenden Reform der

Organisation der höheren Selbstverwaltungskörper in den 1870er Jahren gekommen, namentlich durch die hier Epoche machende, das Fundament legende Kreisordnung vom 13. Dec. 1872 für die östlichen Provinzen (ausser Posen). An diese schlossen sich dann die ganz ähnlichen Gesetze über die Kreise in den andern Provinzen (1884—88) und, mit Modificationen, analoge Bestimmungen für die Provinz Posen (1889) an. Dadurch ist in der Hauptsache Rechtsgleichheit auf diesem Gebiete geschaffen worden. Erst durch diese wichtige Gesetzgebung sind die Kreise im vollen Sinne des Worts wirkliche eigene Selbstverwaltungskörper höherer Ordnung, eigene „Communalverbände der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten und mit den Rechten einer Corporation“ geworden (K. O. v. 1872, §. 2). Sie haben für diesen Zweck ein umfassendes Besteuerungsrecht erhalten, welches sie in die Lage gesetzt hat, in erforderlichem Maasse ihre sonstigen eigenen Einnahmen und ihre Antheile an der ihnen zur Durchführung der Kreisordnung gewährten Dotation aus Staatsmitteln (nach Gesetz v. 30. April 1873 und 8. Juli 1875) zu ergänzen.

Danach besteht eine individuelle Steuerpflicht der Kreisangehörigen für Kreis Zwecke und Kreisbedürfnisse (K. O. §. 9). Die Kreissteuern dürfen aber nur als Zuschläge zu den directen Staatssteuern (in der ersten Zeit auch zur Mahl- und Schlachtsteuer bis zu deren Aufhebung) bei den steuerpflichtigen physischen Personen und zu denjenigen fingirten Steuersätzen erfolgen, welche für die als kreissteuerpflichtig erklärten Forensen und nicht-physischen Personen (juristische, Erwerbsgesellschaften) gebildet werden (K. O. §. 10, 14, 15). Das Gesetz trifft auch einige Bestimmungen über das Verhältniss, in welchem die einzelnen directen Steuern hierbei belastet werden sollen und dürfen und darüber, wo Befreiungen und geringere Procentsatz-Zuschläge zulässig sind (K. O. §. 10). Die Gewerbesteuer vom Hausirgewerbe ist auch von Kreiszuschlägen immer frei zu lassen. Auf Grund der Feststellung des Individual-Steuersolls der Kreisangehörigen wird alsdann das Kreisabgabe-Soll für jede Gemeinde und jeden Gutsbezirk im Ganzen berechnet (K. O. §. 11). So entsteht ein „Gemeinde-Soll“ und „Gutsbezirk-Soll“ an Kreissteuern, welche diese Körper direct aufzubringen und an die Kreiscasse abzuführen haben. Dieses Soll konnte schon nach der Kreisordnung von den Städten in der ihnen passend erscheinenden Weise aufgebracht werden (gen. §. 11, Abs. 2), ein Recht, das nach dem neuen Communalabgabegesetz von 1893 (§ 91 unter Nr. 1) jetzt auch den Landgemeinden zusteht. Wird, wie öfters, das Kreisabgabesoll einfach auf die Gemeindecasse übernommen, so „übernimmt damit die Gemeinde dem Kreise gegenüber unmittelbar die Abgabepflicht, und die in ihr steuernden Kreisabgabepflichtigen entrichten überhaupt keine äusserlich erkennbaren Kreisabgaben mehr, sondern nur Gemeindesteuern, die allerdings theilweise grade behufs Deckung des Kreisabgabesolls zur Hebung gelangen“ (Schön a. a. O. S. 425, 413). Dieselbe Sachlage, wie allgemein und principiell bei den Provinzialsteuern (s. u.). Natürlich kann in solchem Fall die Gemeinde das Kreisabgabesoll auch ganz oder theilweise aus anderen Einnahmen decken.¹⁾ Dann entfällt implicite jede Kreisbesteuerung der

¹⁾ Dies konnte sein und war auch theilweise die Wirkung der Lex Huene, des Gesetzes v. 14. Mai 1885, das den Kreisen die Antheile an den von Preussen bezogenen Reichs-Getreide- und Viehzöllen zuwies (§. 2), und ausdrücklich eine Verwendung dieser Antheile für die Erfüllung solcher Aufgaben anordnete, für welche die Stadt-

Kreisangehörigen. Nur wenn die Gemeinden das Soll nicht auf ihren Etat nehmen, dann stets bei den Kreisangehörigen der Gutsbezirke erfolgt auch die Erhebung der Kreissteuer nach Individual-Steuerschuldsigkeiten. Die Grundsätze des Communal-Nothsteuergesetzes von 1885 betr. Besteuerung des Einkommens juristischer Personen, Gesellschaften u. s. w., dann der Besteuerung physischer Personen in verschiedenen Kreisen wurden auch für die Kreis- (und Provinzial-) Besteuerung zur Anwendung gebracht (gen. Ges. §. 13). Das neue Communalsteuergesetz von 1893 hat nur wenige Aenderungen des Kreissteuerrechts getroffen (s. u.), im Ganzen vielmehr ausdrücklich die bestehenden Vorschriften unberührt gelassen (gen. Ges. §. 91). Wichtig ist aber in der Steuerreform von 1893 die Aufhebung des Gesetzes vom 14. Mai 1885 („Lex Huene“), wodurch den Kreisen bedeutende Einnahmen entzogen wurden, die durch die eingetretene Zuweisung anderer Steuern nicht ersetzt worden sind (Gesetz wegen Aufhebung directer Staatssteuern v. 14. Juli 1893, §. 28)¹⁾.

Auch die preussischen Provinzen sind erst durch die grosse Gesetzgebung über Organisation der Selbstverwaltung der 1870er Jahre zu wirklichen höchsten Selbstverwaltungskörpern mit einem eigenen Besteuerungsrecht ausgebildet worden.

S. Schön a. a. O. S. 430 über die geschichtliche Entwicklung u. den ganzen 4. Abschnitt über die Provinzialgemeinde S. 430 ff., über das Finanzrecht derselben S. 463 ff., auch meine Fin. I (3. A.) §. 56. Nunmehr, insbesondere nach dem grundlegenden Hauptgesetz über die Provinzialordnung für die östlichen Provinzen (ausschliesslich Posen) vom 24. Juni 1875 (giltig in der neuen Redaction vom 22. März 1881), und nach den gleichen späteren Bestimmungen für die übrigen Provinzen besteht in und für die Provinz ein vom Provinziallandtag auszuübendes Recht der Ausschreibung von Provinzialabgaben (P. O. §. 37, 105). Diese werden aber nicht, wie die Gemeindesteuern und an sich (abgesehen von der Uebernahme auf die Gemeindecasse) auch die Kreissteuern, den einzelnen Personen unmittelbar aufgelegt, sondern den einzelnen Stadt- und Landkreisen als solchen, welche insofern die eigentlichen Steuersubjecte (Steuerpflichtigen) gegenüber den Provinzen sind. Die Vertheilung auf die Kreise erfolgt nach Maassgabe der in ihnen aufkommenden directen Staatssteuern (wieder mit Ausschluss der Gewerbesteuer vom Hausirgewerbe) (P. O. §. 106—107). Die Land- und Stadtkreise haben dann ihre Contingente wie die übrigen Kreis- und Gemeindebedürfnisse nach den Vorschriften der Kreis- und Städteordnungen aufzubringen (P. O. §. 108). Es erhöhen sich also um den Betrag des Provinzialsteuer-Contingents jedes Kreises eventuell dessen Kreis- oder Gemeindesteuern, falls der Betrag nicht auch mit aus anderen Einnahmen dieses Körpers gedeckt werden kann. Die Vorschrift, dass die Provinzialsteuern nach dem Maassstabe der directen Staatssteuern vertheilt werden, besagt also nicht, dass sie von den einzelnen Personen als Provinzialangehörigen wirklich auch nach diesem Maassstab getragen werden, noch dass Zuschläge hiernach in diesem Verhältniss wirklich zu den Staatssteuern hinzutreten. Auch für die Provinzialbesteuerung kommen die Bestimmungen des Communal-Nothsteuergesetzes von 1885 über Besteuerung juristischer Personen u. s. w. mit zur Anwendung (§. 13). Das neue Communalsteuergesetz von 1893 hat die Provinzialbesteuerung auch im Wesentlichen belassen und nur in wenigen Nebenpunkten geändert (§. 91, 92). S. Fin. I (3. A.) §. 56 einiges Weitere über Provinzialfinanzen. Verwaltungsrechtliche

und Landkreise sonst die Mittel durch Zuschläge zu den directen Staatssteuern oder durch directe Gemeindesteuern aufbringen mussten (gen. Ges. §. 4, mit weiteren Specialvorschriften, bes. für die Landgemeinden).

¹⁾ Doch hat auch hier die neue Gesetzgebung über Schullasten und die Uebernahme von solchen mit auf den Staat indirect die Wirkungen der Aufhebung der „Lex Huene“ auf die Kreisfinanzen weniger empfindlich gemacht, soweit nach den Bestimmungen dieses Gesetzes §. 4 in den Landkreisen eine Entlastung von Schullasten durch die Mittel der Lex Huene stattgefunden hatte. — Weitres Einzelne, über Genehmigungsrechte bei Kreissteuern u. A. m. bei Schön u. v. Stengel a. a. O.

Einzelheiten, auch über Genehmigungsrechte bei Ueberschreitung einer gewissen Höhe der Zuschlagssätze u. A. m. bei Schön a. a. O. S. 464 ff., v. Stengel in seinem Wörterb. Art. Provinzialverbände II, 322. — In der Provinz Hessen-Nassau bedingt die nur hier erfolgte Erhebung der Bezirke zu eigenen Selbstverwaltungskörpern (im Anschluss an die historische Entwicklung, die ehemalige Getrenntheit der Staatsgebiete, Kurhessen und Nassau) einiges Singuläre.

§. 29. Die Communalsteuerreform von 1893. Allgemeines. Diese Reform betrifft nach dem Gesagten hauptsächlich nur die Gemeindebesteuerung, nicht auch die Kreis- und Provinzialbesteuerung. Für erstere ist sie aber von tiefgreifender Bedeutung gewesen, und soweit die Kreis- und Provinzialbesteuerung indirect auf der Gemeindebesteuerung beruht, hat sie auch auf diese Besteuerung der höheren Selbstverwaltungsorgane zurückgewirkt.

Die ganze Communalsteuerreform ist, wie schon oben bemerkt, ein Glied in der grossen allgemeinen Miquel'schen Steuerreform der 1890er Jahre und kann nur in diesem Zusammenhang richtig verstanden und gewürdigt werden. Sie ging auch fast ebenso sehr aus staatlichen und staatsfinanziellen als aus den speciellen Bedürfnissen und Interessen der Gemeinden und deren Finanzen hervor. In ersterer Hinsicht war die Zersplitterung des Gemeindesteuerrechts und der auf dessen Grundlage eingetretenen thatsächlichen Entwicklung der Gemeindesteuern, die Verschiedenheit der letzteren nach Arten und Formen, die immer noch trotz des etwas auf Gleichheit hinwirkenden Einflusses der neueren Gemeindeordnungen verblieben war, auch gegen das politische und das vom Staate mit wahrzunehmende allgemeine Interesse eines einheitlichen Wirthschafts- und Verwaltungsgebiets. Das staatsfinanzielle Interesse aber wurde durch das bestehende Communalsteuerrecht und die thatsächliche Communalbesteuerung in zweifacher Weise berührt und geschädigt. Einmal brachte die communale Ueberlastung der staatlichen Einkommen- (auch der früheren Classen- und classificirten Einkommen-) Steuer mit Zuschlägen oder — was im Effect dasselbe — der Hinzutritt eigener Communal-Einkommensteuern (oder verwandter, wie z. Th. der Miethsteuer) mehr oder weniger unvermeidlich eine Steuerüberbürdung der Pflichtigen in dieser Steuerreform mit sich. Daraus ergab sich wieder ein Hindrängen auf schlechte, zu niedrige, individuell und nach Einkommenarten auch willkürlich ungleichmässige Veranlagung, wofür eine Menge Belege, in dem grossen Bochumer Process¹⁾ auch gerichtlich constatirte Thatsachen vorliegen. Sodann wurde durch die Unvoll-

¹⁾ S. Thatsachen daraus in meinem Aufs. über die preuss. Steuerreform in Schanz' Finanzarchiv 1891, VIII, S. 587.

kommenheiten der Communalbesteuerung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden selbst geschwächt, was bei der Steigerung der Bedürfnisse um so mehr ins Gewicht fiel. Das musste wieder die Ansprüche nach finanzieller Staatshilfe in der einen oder anderen Form steigern, indem der Staat communale Aufgaben übernahm oder Geldmittel dafür zuschoss (Schulwesen). Zur Vermeidung von Conflicten zwischen Staats- und Communalbesteuerung und zur Steigerung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden war daher eine Reform von Nöthen, welche beide Steuergebiete schärfer trennte, ihre den verschiedenen finanziellen Bedürfnissen und wirthschaftlichen Verhältnissen von Staat und Gemeinde entsprechende Entwicklung und die bessere Anpassung jeder der beiden Besteuerungen an principielle Verschiedenheiten leichter ermöglichte. In letzterer Hinsicht beruhte die Reform auf der neueren Theorie von den beiden Steuerprincipien, der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und derjenigen nach dem Interesse (nach Leistung und Gegenleistung) und von der verschiedenen Anwendbarkeit dieser Principien in der Staats- und Communalbesteuerung (Fin. II, §. 176—188). Zugleich schwebte dabei von fremden Mustern wohl das britische, namentlich die principielle und practische Ausgestaltung der dortigen Localbesteuerung (Fin. III, §. 157 ff.) mit vor. Aber alle Einseitigkeiten der Doctrin und der britischen Praxis wurden dabei richtig und geschickt vermieden mittelst zweckmässiger Combination von Steuern verschiedener principieller Art in der Communalbesteuerung. Die finanziellen Schwierigkeiten für den Staat, welche einer nach solchen Zielpuncten erfolgenden Regelung der Communalbesteuerung und ihres Verhältnisses zur Staatsbesteuerung entgegenstanden, wurden durch die günstigen Ergebnisse der vorausgegangenen Reform der Staats-Einkommensteuer und durch die Eröffnung neuer Steuerquellen für den Staat (Einführung der Vermögenssteuer, der sogen. Ergänzungssteuer und Aufhebung der Lex Huene) überwunden (oben §. 18). Es wurde so möglich, dass der Staat auf die Erträge seiner bisherigen drei grossen Realsteuern, der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, zu Gunsten der Gemeinden verzichtete und diesen so diejenigen Steuern zur Ausnutzung ausschliesslich überliess, welche für die Gemeinden principiell und practisch besser als für den Staat passten und sich nun von jenen weiter nach den concreten Localverhältnissen und Bedürfnissen ausbilden liessen. Damit vermochten die Gemeinden auch das Princip der Besteuerung nach dem

Interesse besser zu verwirklichen und anderseits von der bisherigen Belastung der Einkommensteuer mit gar zu hohen Zuschlägen mehr abzusehen, so dass diese Steuer ihre neue Hauptstellung im Staatssteuersystem besser behaupten konnte. Durch gesetzliche Vorschriften über die Fälle, in welchen und namentlich über das Verhältniss, in welchem in den Gemeinden die Real- und die Personalsteuern zur Anwendung gebracht werden sollten, wurde die Vertheilung der Steuerlast weiter in die principiell richtigen Wege geleitet. Die Eröffnung vermehrter nicht-steuerrechtlicher Einnahmen (gebührenartiger, auch privatwirthschaftlicher) und die Zugänglichmachung anderer Steuerarten (indirecter Verbrauchs-, Verkehrssteuern) boten durch Beschränkung des Steuerbedarfs überhaupt und des durch directe Steuern zu deckenden speciell die Hilfe, die Finanzlage der Gemeinden und die Entwicklungsfähigkeit der Gemeindefinanzen günstiger zu gestalten. Blieb endlich auch nach der Natur der Sache, nach den Verschiedenheiten alten und neuen Communalvermögens mit Renten-, Gewinn- und Gebühren-erträgen, nach dem wirthschaftlichen und socialen Character der Gemeinden und ihrer Bevölkerung, nach dem Maasse der verschiedenen Entwicklung aller Gemeindeverhältnisse und danach der Höhe des Gemeindefinanzbedarfs eine erhebliche Verschiedenheit in der quantitativen Steuerbelastung der verschiedenen Gemeinde-kategorieen (Städte, Dörfer, Gross-, Mittel-, Kleinstädte, industrielle, agrarische Gemeinden u. s. w.) und vollends der einzelnen Gemeinden bestehen — so verminderten sich doch nach der Durchführung der Communalsteuerreform die generischen, qualitativen Verschiedenheiten der Communalbesteuerung der einzelnen Gemeinden und Gemeindekategorien in wesentlichen Puncten. Auch das war vom Interessenstandpunct des einheitlichen Wirthschafts-gebiets betrachtet ein Vorthail. Die Ausbildung singulärer Steuern in einzelnen Gemeinden (Umsatz-, Bauplatz-, Lustbarkeit-, einzelne freilich ausser der Biersteuer bisher meistens nur Project gebliebene besondere indirecte Verbrauchs- und Luxussteuerartige Steuern) in Folge des neuen Gesetzes von 1893 hat diesen Vorthail einer relativ grösseren Uebereinstimmung der Gemeinden in den Hauptsteuern nicht geschmälert. Starke Verschiedenheiten der Communalsteuerarten wie freilich auch der Steuerbelastungen wirken unvermeidlich etwas hemmend auf die interlocale Bewegung, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, der wohlhabenden Bevölkerung, der Unternehmer und Rentner, der Kapitalien.

§. 30. Einzelheiten der Communalsteuerreform. S. über die leitenden Gesichtspuncte und allgemeinen Bestimmungen des Communalsteuergesetzes die nicht nur vom verwaltungsrechtlichen, sondern auch vom finanzwirthschaftlichen Standpuncte aus beurtheilt vortrefflichen Ausführungen von Schön, a. a. O. S. 239—248. Ferner die Einleitungen zu den grösseren Commentaren (o. S. 68), so Adickes, S. 165 ff. u. die Denkschrift u. Motive zur Steuerreform von 1893 sowie die o. gen. (S. 68) Denkschrift von 1896 über die Ausführung des Gesetzes. Bes. werthvoll sind die Studien von Adickes (Oberbürgermeister von Frankfurt a. M.) über die weitere Entwicklung des preuss. Gemeindesteuerswesens in d. Tüb. Ztschr. 1894, B. 50, S. 410, 583 (auch selbständig).

Die Hauptpuncte des Gesetzes sind die folgenden.

Die Grundsätze und Rechtsnormen der Communalbesteuerung und im Ganzen überhaupt des Communalfinanzwesens, besonders in Betreff der Einnahmen, werden einheitlich für das ganze Staatsgebiet (ohne Hohenzollern und Helgoland) und gleichmässig für alle Arten der Gemeinden, selbständige (kreisexemte), sogen. eigene Stadtkreise bildende Städte, sonstige Städte, Landgemeinden aufgestellt. Die historische Mannigfaltigkeit der Communalbesteuerung (o. §. 25), der Unterschied zwischen Stadt und Land fällt also, zunächst wenigstens in rechtlicher Hinsicht, fort. Alle dem neuen Gesetz entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen treten ausser Kraft. Unberührt bleiben nur die Vorschriften wegen Erhebung von Bürgerrechtsgeldern, Einkaufsgeldern und gleichartigen Abgaben (gen. Ges. §. 1, 96).

Nach den „allgemeinen Bestimmungen“ (Titel I des Gesetzes) haben alle Gemeinden das Recht, zur Deckung ihrer Ausgaben und Bedürfnisse nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes verschiedenerlei öffentlich-rechtliche Leistungen zu fordern, nemlich Gebühren und Beiträge, indirecte und directe Steuern, auch Naturaldienste (Ges. §. 1). Den Steuern wird aber die Stellung einer subsidiären Einnahme gegeben: sie dürfen überhaupt nur erhoben werden, soweit die anderweiten Einnahmen (die privatwirthschaftlichen aus dem Gemeindevermögen, die übrigen vorgenannten öffentlich-rechtlichen, auch die aus Dotationen u. dgl. des Staats und der höheren Verbände) nicht ausreichen (Ges. §. 2). Doch wird von diesem Grundsatz eine Ausnahme für Hunde-, Lustbarkeits- und „ähnliche durch besondere Rücksichten gebotene“ Steuern gemacht: diese dürfen also auch ohne Rücksicht auf einen durch ihren Ertrag erst zu deckenden Finanzbedarf erhoben werden, — worin implicite eine Anerkennung eines nicht rein finanziellen, eines socialpolitischen u. dgl. Zwecks der Besteuerung liegt (Fin. II, §. 159 ff.) (Ges. §. 2). Der directen Steuer wird ferner wieder die Stellung einer subsidiären Einnahme nach den indirecten gegeben, indem durch sie nur derjenige Bedarf aufgebracht werden darf, der nach Abzug des Aufkommens an indirecten Steuern von dem gesamten Steuerbedarf verbleibt (§. 2).

Um diese subsidiäre Stellung der Steuer überhaupt und der directen insbesondere herbeizuführen, sollen die Gemeinden nun die anderen Einnahmen und die indirecten Steuern ergiebiger machen. Zu diesem Zweck sollen die gewerblichen Unternehmungen grundsätzlich so verwaltet werden, dass die Einnahmen mindestens die Kosten, einschliesslich Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals, decken, wovon nur eine Ausnahme zulässig ist, wenn bei der Unternehmung ein sonst nicht befriedigtes öffentliches Interesse mitspielt (§. 3). Ferner wird den Gemeinden die Erhebung von Gebühren und Beiträgen in umfassendem Maasse gestattet und sie mehrfach gehalten, derartige Leistungen zu verlangen, namentlich bei Veranstaltungen und Einrichtungen, welche Einzelnen oder Classen von Gemeindeangehörigen besondere, nicht anderweit ausgeglichene Vortheile gewähren. Auch hier soll dann wie bei gewerblichen Unternehmungen auf volle Kostendeckung hingestrebt werden (§. 4—12). Das Gesetz regelt dabei verschiedenes Einzelne grundsätzlich. Es gestattet u. A. Erhebung von Gebühren bei öffentlichen Schlachthäusern bis zur Erreichung einer acht- (in Städten mit Fleischbesteuerung sechs-)procentigen Rente (§. 11).

Die Erhebung indirecter Steuern wird den Gemeinden ganz allgemein (innerhalb der reichsgesetzlichen Grenzen) gestattet. Doch sind neue Steuern oder erhöhte Sätze alter Steuern auf Hauptconsumptibilien (Getreide, Mehl, Backwerk, Kartoffeln, Fleisch, Brennstoffe) untersagt. Damit ist die Besteuerung dieser Objecte, die ohnehin von Fleisch zum Theil abgesehen, besser unterbleibt, auf die wenigen Gemeinden, wo sie noch bestehen mag, und hier auf die bisherigen Steuersätze beschränkt. Andere

Artikel, namentlich und beabsichtigtermaassen die Getränke, sind aber besteuert, nur dass die Reichsgesetze hier zu stark hemmend wirken. Wildpret- und Geflügelsteuer wird den Gemeinden jetzt allgemein gestattet, die Schlachtsteuer nach wie vor nur nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Mai 1873 (§. 14, s. o. S. 73). Die Besteuerung von Lustbarkeiten (einschliesslich musikalischer und declamatorischer Vorträge), sowie von Schaustellungen umherziehender Künstler ist ebenfalls erlaubt (§. 15), besonders häufig erfolgt, hat aber in den Interessentenkreisen (Gastwirthe u. s. w.) auch heftige Opposition gefunden. Die Hundesteuer, die in Preussen regelmässig unter die indirecten gerechnet wird, ist nach wie vor, aber unter Aufhebung der bisherigen Vorschriften, erlaubt (§. 16). Die Verwendung des Ertrags indirecter Steuern zu Specialzwecken, also die Behandlung dieser Steuern als Zwecksteuern, ist beseitigt worden (§. 17), bestand aber bisher nur ausnahmsweise (in noch früherer Zeit mehr, besonders für Armenkostendeckung). Die Einführung neuer wie die Veränderung bestehender indirecter Gemeindesteuern ist an den Erlass von, durch die Aufsichtsinstanz zu genehmigenden Steuerordnungen gebunden (§. 18). Diese Vorschriften ermöglichen wohl eine grössere Entwicklung passender indirecter Gemeindesteuern, namentlich wenn die reichsgesetzlichen Beschränkungen gemildert werden sollten, was freilich seine politischen Schwierigkeiten haben wird. Die Organisation der beschliessenden Gemeindeorgane und die Genehmigungsrechte der Aufsichtsbehörden möchten in Preussen auch in Betreff der Auswahl der Objecte, der Höhe der Sätze und der Formen der Besteuerung die Bürgschaft für eine steuerpolitisch, hinsichtlich der Belastung der Consumenten, Producenten, Händler u. s. w. und verkehrspolitisch, hinsichtlich der Erwerbungen des Verkehrs, nicht bedenkliche Richtung, Ausdehnung, Höhe und Einrichtung der indirecten Communalbesteuerung bieten. Zwischen französischem Octroi und Ueberwucherung der indirecten Verbrauchssteuern der Gemeinden dort, in Italien u. a. L. m. einer- und dem bisherigen fast völligen Fehlen der indirecten communalen Verbrauchssteuer in Preussen, selbst in den grössten Städten (Berlin, verglichen mit Paris) anderseits giebt es eine mittlere Linie, welche auch hier die richtige sein möchte.

Zu den im Princip in den Gemeinden zulässigen indirecten Steuern gehören aber nicht nur Verbrauchs-, sondern auch Verkehrssteuern auf Rechtsgeschäfte (Fin. II, §. 224 ff.), von denen die Umsatzsteuer bei Grundeigenthum aber fast die einzige, jedenfalls die wichtigste ist, schon früher hie und da (so in Frankfurt a. M. u. d. N. „Währschaftsgeld“) bestanden und neuerdings sich weiter verbreitet hat. S. Schön a. a. O. S. 240, 272, Adickes, Commentar S. 315, ders. in Tüb. Ztschr. für Staatswissensch., 1894, B. 50, S. 433 ff., mit vielen statistischen Angaben, bes. über Frankfurt a. M.

Auch „Aufwandsteuern“ der Gemeinden sind zulässig (Ges. §. 23, Abs. 2), aber es werden hierunter nicht nach dem sonstigen, auch wissenschaftlichen Sprachgebrauch die eigentlichen indirecten Verbrauchssteuern, sondern nur directe Aufwandsteuern (Fin. II, §. 256) verstanden. Durch solche kann die Einkommensteuer zum Theil ersetzt werden. Da aber die wichtigste dieser Steuern, practisch meist die einzige, die Mieth- und Wohnungssteuer nach dem Gesetz nicht neu eingeführt werden darf, bestehende solche Steuern neu geregelt und genehmigt werden müssen, hat diese Bestimmung über die Aufwandsteuern kaum eine practische Bedeutung. (S. auch Schön, bes. S. 245). Vorhandene Miethsteuern sind in der Durchführung der Steuerreform nach dem neuen Gesetz beseitigt worden, so namentlich in Berlin. Nach dem üblichen Sprachgebrauch werden auch directe Luxussteuern, auf den Besitz einzelner Gegenstände, das Halten von Bedienung, Pferden, Wagen u. s. w. „Aufwandsteuern“ genannt. Solche Steuern sind den Gemeinden in Preussen gestattet, aber werden hier zu den indirecten gerechnet. (S. Adickes, Tüb. Ztschr. 1894, S. 426.)

Auch bei, jetzt bereits nach Durchführung des Gesetzes eingetretener stärkerer Entwicklung der gewerblichen Einnahmen, Gebühren, Beiträge und der indirecten Steuern wird ein grosser sonstiger Steuerbedarf nach wie vor verbleiben, welcher durch directe Steuern zu decken ist. An diesem Sachverhalt hat das neue Gesetz nur dem Grade nach etwas verändert. Die directe Steuer bleibt die Hauptsache. In der Wahl der einzelnen directen Steuern und der durch sie bewirkten Belastung sind dagegen wichtige Aenderungen im Gesetz eingetreten. Die Realsteuern, worunter jetzt im gesetzlichen Sinne immer ausser den beiden Realsteuern i. e. S., nemlich der Grund- und Gebäudesteuer, auch die Gewerbesteuer mit verstanden wird, sind

mehr in den Vordergrund, die Einkommensteuer mehr zurückgeschoben worden, mit zum Zweck, so den Grundsatz der Besteuerung nach dem Interesse (nach Leistung und Gegenleistung) zur Verwirklichung zu bringen. Demselben Zweck dient auch die Bestimmung (§. 20), dass bei Veranstaltungen, welche in stärkerem oder schwächerem Maasse einzelnen Theilen des Gemeindebezirks oder Classen von Angehörigen zu statten kommen, sofern nicht zur Ausgleichung dafür im ersteren Fall schon Beiträge erhoben werden, entsprechende Mehr- oder Minderbelastungen von der Gemeinde beschlossen werden können (nicht: müssen).

Aus den umfangreichen Normen des Gesetzes (§. 25—67), wo sich Manches an die Bestimmungen der Gemeindeordnungen und des Communalsteuergesetzes von 1885 anschliesst, sollen hier nur einige für die Characterisirung der ganzen neuen Communalbesteuerung besonders wichtige Punkte noch hervorgehoben werden.

Die Realsteuern werden in die Steuer von Grundbesitz (in der Gemeinde gelegene bebaute und unbebaute Grundstücke) und vom Gewerbebetrieb unterschieden. In beiden Fällen ist den Gemeinden besondere Steuern einzuführen erlaubt, für die dann von der Aufsichtsinstanz zu genehmigende Steuerordnungen zu erlassen sind. Auf die Einrichtung solcher besonderen communalen Realsteuern wird sogar hingezielt, um gerade diese Steuern besser den concreten örtlichen Verhältnissen anzupassen, als dies die allgemeinen Staats-Realsteuern zu thun vermögen. Beim Grundbesitz ist dabei auch die höhere Besteuerung der Bauplätze gestattet worden, d. h. solcher Liegenschaften, welche durch die Festsetzung von Baufluchtlinien in ihrem Werth erhöht worden sind: der principiell wichtige Beginn einer „Conjuncturengewinnsteuer“ von solchem Boden (§. 27, Abs. 2). (Fin. II, §. 232, 236 ff., s. darüber auch Adickes, Tüb. Ztschr. B. 50, S. 448, bes. S. 597 ff.). Nur wenn besondere communale Realsteuern nicht bestehen, erfolgt die Besteuerung nach Maassgabe der betreffenden Staatssteuern in Procenten von diesen (§. 26, 30), im Allgemeinen nach gleichen Normen und Sätzen, abgesehen von der Bauplatzsteuer und mit etwaigen Ausnahmen bei der Gewerbesteuer, um eventuell dem verschiedenen Maasse der Vortheilsziehung und Kostenverursachung Rechnung zu tragen (§. 31, mit noch einer weiteren derartigen Eventualität). Umgekehrt soll für die den Gemeinden neben den Realsteuern erlaubte (nominelle) Einkommenbesteuerung die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer zu Grunde gelegt und jene in der Regel in der Form von (gleichmässigen) Zuschlägen dazu durchgeführt werden (§. 36). Besondere Einkommensteuern der Gemeinden sind dagegen nur aus besonderen Gründen, nach Genehmigung der Staatsbehörde, zulässig, wobei aber ebenfalls die Veranlagung der Staatseinkommensteuer für die Feststellung des Einkommens maassgebend ist, auch die Tarilstufen jener nicht abgeändert werden dürfen. Die Tarifsätze dürfen gleichermaassen abweichend vom Staatssteuertarif nicht bei den unteren Stufen höher als bei den oberen gestellt, das Steigerungsverhältniss (die Progression) aber auch nicht zu Ungunsten der oberen Stufen abgeändert werden (§. 37). Eine communale Einkommenbesteuerung der Personen mit weniger als 900 M. Einkommen, bis auf 420 M. herab eventuell, bleibt wie bisher statthaft (§. 38). Die Communalsteuerprivilegien der Beamten u. s. w. sind, bis ein besonderes Gesetz die Materie regeln wird, erhalten geblieben, nach der Verordnung vom 23. Sept. 1867 für die neuen Provinzen, wobei aber das „nothwendige“ Domicil, wie im Gesetz von 1885, unberücksichtigt bleibt (§. 41). Die Einkommenbesteuerung der nicht-physischen Personen, der Forensen, richtet sich nach diesem Gesetz, dem Gesetz über die Staatseinkommensteuer von 1891 und bei den fiscalischen Domänen, Staats- und Privatbahnen nach den Vorschriften in §. 44—46 des C. St. G. v. 1893.

Besonders wichtig, auch principiell, sind dann noch die Bestimmungen über die „Vertheilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten“ (§. 54—59). Sie gingen darauf aus, die Gemeinden mehr zur Erhebung von Realsteuern zu nöthigen, die Einkommensteuer-Belastung zu ermässigen, das Princip der Besteuerung nach dem Interesse mehr zur Anwendung zu bringen, demgemäss die freie Entscheidung der Gemeinden in Betreff der Wahl der einzelnen directen Steuern und der absoluten und relativen Höhe ihrer Belastung zu Communalzwecken zu beschränken und dem Staate auf die Regelung dieser Verhältnisse einen angemessenen Einfluss zu sichern. Hiernach wird es für zulässig erklärt, die Einkommensteuer frei zu lassen oder niedriger als nach der folgenden Regel zu belasten, solange die communalen Realsteuern 100 % des Staatssteuersatzes nicht übersteigen (§. 54, Abs. 2).

Als Regel wird nemlich aufgestellt, dass die Realsteuern (nach der staatlichen Veranlagung) mindestens mit dem gleichen, aber auch höchstens mit dem anderthalbfachen Procentsatz der Zuschläge zur Staatseinkommensteuer belegt werden sollen (§. 54, Abs. 1). Erst bei einer stärkeren Belastung der Realsteuern darf auch die Staatseinkommensteuer stärker belegt werden, nemlich wenn die Staatssteuern schon 150 % betragen und die Einkommensteuerzuschläge dieselbe Quote erreichen, alsdann können die weiteren Zuschläge zur Einkommensteuer je 2 % erreichen für je 1 % weiterer Erhöhung der Realsteuern (§. 54, Abs. 3). Als Regel soll dann wieder gelten, dass die Realsteuern nicht über 200 % steigen (§. 54, Abs. 4). Abweichungen von diesen Normen des §. 54, die nur aus besonderen Gründen statthaft sind, sowie Steigerungen der Zuschläge zur Einkommensteuer über 100 % hinaus sind an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde geknüpft (§. 55, Abs. 1). Die drei Realsteuern, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, ferner sind in der Regel gleich hoch zu belasten (§. 56, Abs. 1). Das Princip der Besteuerung nach dem Interesse soll jedoch dabei in der Weise zur Geltung kommen, dass Aufwendungen, welche in besonderem Maasse dem Grundbesitz und Gewerbebetrieb zu Gute kommen — wie nach im Gesetz angeführten Beispielen bei Bau und Unterhaltung von Strassen, Wegen, bei Ent- und Bewässerungsanlagen, einschliesslich Verzinsung und Tilgung der dafür aufgenommenen Schulden — in der Regel durch Realsteuern zu decken sind, soweit nicht durch die anderen im Gesetz angegebenen Mittel eine Ausgleichung erfolgt (§. 55, Abs. 2). Aehnlich soll in solchem Fall oder bei besonderer Kostenverursachung die Belastung der einzelnen drei Realsteuern verschieden erfolgen, doch so, dass die Grund- und Gebäudesteuer alsdann höchstens doppelt so hoch als die Gewerbesteuer oder umgekehrt diese als jene beiden belastet werden (§. 56, Abs. 2). (Weitere Einzelvorschriften in §. 57—59). Welches Gewicht das Gesetz auf die Innehaltung der Vertheilungsgrundsätze des §. 54 und auf die Beschränkung der Einkommensteuerzuschläge auf höchstens 100 % legt, ergibt sich auch daraus, dass Abweichungen hiervon (ebenso die Neueinführung und grundsätzliche Veränderung von besonderen directen und indirecten Gemeindesteuern) an die ministerielle Zustimmung (Inneres und Finanz) geknüpft ist, während die sonstigen gesetzlichen Genehmigungen dem Bezirksausschuss bei den Stadtgemeinden, dem Kreisausschuss bei den Landgemeinden zustehen (§. 77).

Ausser eigentlichen Steuern dürfen alle Gemeinden den Steuerpflichtigen (und gewissen Befreiten) auch, wie schon bisher, Naturaldienste (Hand- und Spanndienste) aufliegen, deren Vertheilung, Art der Leistung u. s. w. das Gesetz regelt (§. 68).

Auch bei den Provinzial- und Kreissteuern, die, wie schon bemerkt, sonst vom Gesetz unberührt bleiben, sind Regeln für die Vertheilung auf die einzelnen directen Steuern gegeben worden (§. 91). Danach sollen die Grund- und Gebäude- und die Gewerbesteuer I. und II. Classe in der Regel mit der gleichen Quote an Kreissteuer als die Einkommensteuer belegt werden, doch kann der Bezirksausschuss Abweichungen, nemlich Belastungen der Realsteuern mit der halben Quote bis zur anderthalbfachen der Zuschlagsquote zu der Einkommensteuer genehmigen. Ausser den Gemeinden ist jetzt auch den Kreisen die Erhebung von Hundesteuern (bis 5 M. für das Stück) gestattet (§. 93). Eine Singularität ist, dass die gewerbliche Betriebssteuer (von Schankgewerben u. s. w.) nach dem Gewerbesteuergesetz und in dessen Sätzen in den Kreisen obligatorisch ist. Ihr Ertrag fliesst in die Kreis-casse, die Erhebung erfolgt durch die Gemeinden und Gutsbezirke für die Kreise (Gesetz wegen Aufhebung von directen Staatssteuern, §. 12, 13). Diese Steuer soll eben gewerbepolizeilichen Zwecken dienen, daher ihre Erhebung nach der Abtretung Seitens des Staats nicht facultativ sein. Die Gemeinden können daneben Zuschläge zu dieser Steuer aufliegen.

Communalsteuerstatistik.

§. 31. Das reichhaltige und treffliche amtliche Material (s. o. S. 68) genügt leider immer noch nicht ganz zur vollständigen Darstellung der preussischen Communalsteuerentwicklung und gegenwärtigen Gestaltung. Einmal geht es nicht weit genug zurück und ist nicht gleichmässig genug für die verschiedenen Selbstverwaltungsorgane aufgenommen und verarbeitet. Die einzelnen periodischen Aufnahmen, besonders die älteren, beruhen z. Th. auf verschiedenen Methoden. Sodann mangelt für die Gutsbezirke, die beinahe 16.000 an der Zahl über 2 Mill. Einwohner umfassen, eine eigentliche Com-

munal-Finanzstatistik überhaupt, weil hier „die Ausgaben und Einnahmen kommunaler Natur so untrennbar mit den Einnahmen und Ausgaben der Privatwirthschaft verbunden sind, dass nicht nur deren ziffermässige Aussonderung, sondern selbst nur eine überschlägige Schätzung sich als eine Unmöglichkeit erweist“ (Preuss. stat. Ztschr., Erg.-Heft 16, S. 261.) Dennoch ist eine solche Veranschlagung, freilich auf sehr unsicherer Grundlage amtlich versucht worden (Erg.-H. 9, S. 103). Endlich fehlt immer noch eine fortlaufende jährliche Communalfinanz- und Steuerstatistik, die Aufnahmen, auch die Daten in den Gesetzentwürfen über Gemeindeverfassung, Gemeindesteuern, enthalten nur statistisches Material für einzelne weiter auseinander liegende Jahre. Erhebungen, z. Th. für etwas zurückliegende Jahre, fanden 1851, 1856, 1857, 1871, 1876, 1878, 1881, dann für 1883/84, 1889/90, 1894/95 und 1895/96 statt. Alles dies hindert auch genauere Vergleichen mit der Communalfinanz- und Steuerstatistik Frankreichs (Fin. III, §. 335 ff. passim) und Grossbritanniens (eb. §. 157 ff. passim). Am Meisten Lücken hat die Statistik der Landgemeinden, vollständiger ist diejenige der Stadtgemeinden, und hier wieder der grösseren Städte (über 10 000 Einwohner). Aber da unter „Städten“ hier nur die Städte im rechtlichen Sinne, mit Stadtverfassung, nicht im statistischen und wirthschaftlichen Sinne verstanden werden, daher Landgemeinden (auch einzelne Gutsbezirke) mit grösserer, auch agglomerirter Bevölkerung und überwiegend städtischen, industriellen u. s. w. Berufen auch in dieser Statistik nicht zu den Städten, sondern zum platten Lande gerechnet werden, geben die betreffenden Daten kein ganz richtiges Bild. (S. über die Geschichte der communalfinanzstatistischen Erhebungen Herrfurth in d. Ztschr. d. preuss. statist. Bureau 1878, S. 1 ff. u. im Erg.-Heft 16, S. 171).

Immerhin lässt sich aus dem vorhandenen Material für die gerade finanz- und steuerwissenschaftlich wichtigsten Punkte vielerlei Werthvolles entnehmen, wenn auch kein vollständiges Bild der Gesamtentwicklung und der steuerlichen Gesamtbelastung zum Vergleich mit der staatlichen Finanz- und Steuerentwicklung und Belastung geben. Bei der grossen in längeren Zeiträumen eingetretenen Entwicklung der Bevölkerung und der Wirthschaft der einzelnen Gemeinden, namentlich der Städte und hier wieder der grösseren ist eine Vergleichung der absoluten Zahlen aus verschiedenen Perioden selbst für die ganzen Gruppen der Städte und der Landgemeinden, geschweige für die einzelnen hier zu Schlussziehungen noch weniger benutzbar, als bei den Finanzen und Steuern des Staats für diesen. Relativzahlen, wie die üblichen Kopfquoten, gestatten mehr einen Einblick in die wirkliche zeitliche Entwicklung und in andere Verhältnisse, verdienen daher auch für unsere Zwecke den Vorzug. Den oben S. 68 erwähnten Quellenwerken, dem Statist. Handbuch B. 2, 1893 (S. 614 ff.), der genannten Denkschr. von 1896 über die Ausführung des Communalabgabegesetzes, dem Bericht des Finanzministers v. Miquel an den Kaiser über die Finanzverwaltung Preussens von 1890—97 (Berlin 1897, bes. S. 106 ff., 139 nebst Tabellen) und dem Auszug daraus im Reichs- und Staatsanzeiger v. 3. Juni 1898 sind die folgenden Daten entnommen. In Betreff der Gewinnung, Vervollständigung und Vergleichbarkeit der Daten für die verschiedenen Zeiträume, besonders die älteren, ist auf die genannten amtlichen Quellen, namentlich die Ergänzungs-Hefte der statist. Zeitschr. zu verweisen. Die Daten in Fin. I, S. 116 ff. finden durch die folgenden, z. Th. neueren ihre Ergänzung.

§. 32. Verhältnisse vor der Reform von 1893.

Die Entwicklung der Gemeindeabgaben im Ganzen seit 1875 (1876) und die Gestaltung vor der Reform wird aus folgender Tab. 9 ersichtlich.

Tab. 9. Preussische Communalbesteuerung 1876—1884¹⁾.

	Stadtgemeinden		Landgemeinden		Zusammen	
1876 (1875)	1000 M.	auf den Kopf M.	1000 M.	auf den Kopf M.	1000 M.	auf den Kopf M.
Staat ohne Berlin . . .	64.088	8.21	55.181	3.70	119.269	5.25
„ mit „ . . .	84.077	9.58	55.181	3.70	139.258	5.88
Berlin	19.989	20.63	—	—	19.989	20.63

¹⁾ S. Stat. Erg.-Heft 16, S. 272.

	Stadtgemeinden		Landgemeinden		Zusammen	
	1000 M.	auf den Kopf M.	1000 M.	auf den Kopf M.	1000 M.	auf den Kopf M.
1866 (1875)						
Provinziales Maximum ¹⁾ .	—	12.05	—	6.49	—	8.67
„ Minimum ²⁾ .	—	4.94	—	1.83	—	3.40
1880/81						
Staat ohne Berlin . . .	76.785	9.19	59.225	3.76	136.011	5.68
„ mit „ . . .	99.754	10.53	59.225	3.76	158.980	6.30
Berlin	22.968	20.46	—	—	22.968	20.46
Provinziales Maximum ³⁾ .	—	14.29	—	6.94	—	9.42
„ Minimum ⁴⁾ .	—	6.04	—	1.03	—	2.65
1883/84						
Staat ohne Berlin . . .	84.013	10.07	63.222	4.02	147.235	6.12
„ mit „ . . .	108.493	11.46	63.222	4.02	171.715	6.82
Berlin	24.480	21.81	—	—	24.480	21.81
Provinziales Maximum ⁵⁾ .	—	16.69	—	7.91	—	10.03
„ Minimum ⁶⁾ .	—	5.68	—	1.27	—	2.87

Die weit überwiegende Belastung der Städte, das Uebergewicht Berlins dabei, die grossen Verschiedenheiten der Belastung der einzelnen Provinzen sowohl bei den Stadt- als den Landgemeinden, mit Gemeindeabgaben aller Art, sind die hervorspringenden That- sachen dieser Tabelle 9. Auch die Steigerung der Belastung in den wenigen Jahren und wieder das sehr verschiedene Maass dieser Steigerung in den beiden Gemeindekategorien ist be- achtenswerth.

Für die Stadtgemeinden allein lässt sich die Belastung noch weiter zurück verfolgen, bis 1849, wobei aber in diesem Jahre der Staatsdurchschnitt sich nur auf das alte Staatsgebiet (vor 1866) bezieht. Er war danach:

Tab. 10. Kopfbelastung in Mk. der Stadtbevölkerung mit Gemeindesteuern⁷⁾.

	1849	1869	1876	1883—84
Staat ohne Berlin	3.35	5.65	8.21	10.07
„ mit „	3.77	6.47	9.58	11.46
Berlin	8.16	13.98	20.63	21.81
Maximum alte Provinzen Rheinland .	3.77	7.47	12.05	13.84
Minimum alte Provinzen Posen . . .	1.90	4.36	5.39	5.68
Maximum neue Provinzen Hessen-Nassau	—	8.46	11.52	16.69
Minimum neue Provinzen Hannover .	—	3.84	4.94	8.56

Diese Steigerung ist erheblich rascher und stärker als die- jenige der Staatsbesteuerung (Tab. 8, S. 61). Da es sich in den Stadtgemeinden zum bei Weitem grössten Theil um directe Steuern

¹⁾ Maximum immer ohne Einrechnung Berlins bei Brandenburg. In 1876 in allen 3 Kategorien in Rheinprovinz.

²⁾ Bei den Stadtgemeinden in Prov. Hannover, den Landgemeinden in Pommern, beiden zusammen in Posen.

³⁾ In Stadtgemeinden bei Hessen-Nassau (Rheinland 13.11), in den beiden anderen Fällen bei Rheinland.

⁴⁾ Erste Col. Pommern, zweite und dritte Posen.

⁵⁾ Erste Col. Hessen-Nassau, beide anderen Schleswig-Holstein.

⁶⁾ Alle Col. Posen.

⁷⁾ Erg.-Heft 16, S. 273.

hierbei handelt, ergibt sich auch, dass die Belastung mit diesen in den Stadtgemeinden bedeutend schwerer Seitens der Communen als Seitens des Staats war und die Steigerung dieser Belastung dort auch viel schneller wuchs. Das bestätigt die Richtigkeit früherer Ausführungen oben und, zumal bei dem Vorwalten der Personal- und Einkommenbesteuerung vor der Realbesteuerung (s. u. Tab. 14, 16 auf S. 89, 91), auch die Nothwendigkeit der Communalsteuerreform und die Richtigkeit der Zielpuncte dieser.

Für die Landgemeinden allein, und zwar nur in den 7 alten östlichen Provinzen des Staats, ergibt eine neuere amtliche Statistik folgende Belastungen für 1889¹⁾:

Tab. 11. Landgemeindebelastung in den östlichen Provinzen.

	1000 M.
1. Sollbetrag directer Staatssteuern (1889/90)	30.494
2. Gesamtbetrag baarer Gemeindeabgaben (1888/89)	20.901
3. Ungefährer Geldwerth der Naturaldienste	4.211
4. Sollbetrag der Provinzial-, Kreis-, Schulabgaben	17.951
Summa Nr. 2—4	43.062
oder in % der directen Staatssteuern (Nr. 1)	141
5. Gesamtbetrag der Einkünfte aus Gemeindevermögen	8.292

Auch hier zeigt sich eine starke Belastung für Gemeinde- und Communalverbandszwecke, und zwar wieder zum bei Weitem grössten Theil mit directen Steuern.

Von dem Betrag unter Nr. 2 zu Tab. 11 fielen auf directe Personalsteuern (eigene und Zuschläge) 38.54, auf Grund- u. Gebäudesteuern (dgl.) 47.02, Zuschläge zu der Gewerbesteuer 2.58, andere (indirecte u. s. w.) nur 11.48, sonstige 0.38 %.

Eine ähnliche Statistik liegt für dieselbe Zeit auch für die Gutsbezirke vor²⁾:

Tab. 12. Belastung der Gutsbezirke der östlichen Provinzen.

	1000 M.
1. Sollbetrag der directen Staatssteuern (1889/90)	13.152
2. Davon entfallen auf den Gutsherrn	10.840
3. Also auf andere Pflichtige	2.312
4. Sollbetrag der Provinzial- und Kreisabgaben (1888/89)	4.827
5. Ungefährer Betrag der Communal Ausgaben der Gutsbezirke (1888/89)	11.770

Diese Communal Ausgaben fallen grösstentheils auf die Gutsherrn und belasten dann eben neben den Staatssteuern steuerartig deren privatwirthschaftliches Einkommen³⁾. Daraus ist eine Belastung der directen Staatssteuern durch Zuschläge für „Communalzwecke“ mit 100 % und darüber zu entnehmen.

Speciell die höheren Communalverbände hatten 1892/93 von 56.360.000 M. ordentlicher Einnahmen neben 35.853.000 M. Dotationen, 7.339.000 M. sonstigen Einnahmen noch 13.167.000 M. Umlagen, d. h. wieder nur directe Steuern⁴⁾.

¹⁾ Preuss. Stat. Handb. II, S. 622 (aus Nr. 7 der Drucksachen d. Abgeordneten-Hauses, Session 1890/91).

²⁾ Preuss. Stat. Handb. II, S. 622.

³⁾ Ueber diese Verhältnisse Näheres im statist. Erg.-Heft 16, S. 261.

⁴⁾ Preuss. Stat. Handb. II, S. 628.

Die Kreise hatten im ganzen Staate 1885/86 (ausser Hohenzollern und Berlin) 68.555 000 M. Kreisabgaben mit Einschluss der Stadtkreise (ausser Magdeburg) erhoben, mit Ausschluss der Stadtkreise 27.745.000 M. Jenes waren 41.16, dieses 29.31 % der betreffenden Staatssteuern. Bis 1889/90 stieg erstere Summe auf 77.269.000 M. und fiel letztere auf 22.838.000 M. Das Zuschlagsprocent zu den directen Staatssteuern betrug danach 39.24 und 24.37, d. h. hat sich vermindert. Dies war die Wirkung der „Lex Huene“. Aus dem preussischen Antheil an den Reichsgetreide- und Viehzöllen hatten die Kreise nach diesem Gesetz in den vier Jahren 1886/87 bis 1889/90 49.526.000, ohne die Stadtkreise 42.499.000 M. erhalten. Davon waren verwendet worden zur thatsächlichen Verminderung regelmässiger Kreisabgaben sowie zur Vermeidung einer Abgabenerhöhung bei Erfüllung alter Aufgaben bezw. 57.54 und 54.96, zur Vermeidung von Steuererhöhungen bei Erfüllung neuer Aufgaben 26.70 und 27.77, zur Entlastung der Schulverbände 0.69 und 0.48, zu Beiträgen an Ortsverbände 0.40 und 0.46, zur Ueberweisung an Stadt- und Landgemeinden 2.37 und 2.76 %, der Rest für Andres. Hierin zeigt sich die Wirkung jenes Gesetzes, nemlich so, dass demnach die directe Kreisbesteuerung Dank der Verfügung über einen Theil indirecter Reichssteuern erleichtert werden konnte. Das war ein Vortheil, dem aber erhebliche Nachtheile gegenüber standen. Der Jahresbetrag der Dotation mit solchen Zollantheilen war nothwendig ein sehr schwankender (er war 1885/86 bis 1894/95, dem letzten Jahre, wo er den Kreisen zufluss, in 1000 M. 4.002—6.180—13.723—29.585—47.364—47.251—57.035—36.770—29.877—41.217), wodurch eine störendes Element in die Kreishaushalte kam. Die Vertheilung der Dotation auf die Kreise erfolgte nach einem willkürlichen Maassstabe (nach §. 3 des Ges. v. 14. Mai 1885 zu $\frac{2}{3}$ nach dem Aufkommen an Grund- und Gebäudesteuer, zu $\frac{1}{3}$ nach der Civilbevölkerung). Aber jeder andere Maassstab, deren bei der Berathung dieses verfehlten Gesetzes im Landtage verschiedene erwogen wurden, unterlag ähnlichen Bedenken. Und da die Dotation des einzelnen Kreises sich gar nicht nach dessen Bedarf richtete, hat das Gesetz auch zu unrichtigen, selbst verschwenderischen Verwendungen Anlass gegeben¹⁾.

Bei dem Character der Gemeindeabgaben vorwiegend als directer Steuern und als Zuschläge zu den directen Staatssteuern oder als eigener Communalabgaben ähnlicher Art und bei dem Character der Kreis-, Provinzial-, Kirchen-, Schulabgaben so gut wie ausschliesslich als directer Steuern in Zuschlagsform ist das Verhältniss der Höhe der sämmtlichen Communalabgaben i. w. S. zu den directen Staatssteuern und zu deren Hauptarten von besonderer Bedeutung für die finanzwirthschaftliche und finanzwissenschaftliche Beurtheilung der thatsächlichen Gestaltungen vor und nach der Communalsteuereform. In diese Verhältnisse geben zunächst folgende Tabellen 13 und 14 Einblick.

Tab. 13. Vergleichung der Staats-, Gemeinde- und Corporationsabgaben in Preussen 1883/84, absolute Zahlen in 1000 M.²⁾.

	Staat ohne Berlin	Staat mit Berlin
Erhobene Staats- Classen- u. Einkommensteuer	45.449	54.691
Davon Stadtgemeinden	29.792	39.034
„ Landgemeinden	15.657	15.657

¹⁾ Statistik Stat. Handb. II, S. 624, aus Drucksache 382 des Abg.-H. 1890/91 v. Miquel's Bericht v. 1897 Generaltab. unter Rubr. 11. Die gen. Drucksache im Fin.arch. 1893, X, S. 498; s. auch daselbst Herrfurth, 1885, S. 1104. — Ueber die principielle Frage der Dotationen an Communen und Verbände s. Fin. I, §. 49 u. bes. v. Reitzenstein, im Schönberg'schen Handb. III, 2. Abth. (4. A. 1898) S. 115 u. Ders. im Jahrb. f. Gesetzgeb. u. Verwalt. B. 11 u. 12, 1887, 1888).

²⁾ Erg.-H. 16 S. 166 (hier etwas anders gruppirt).

	Staat ohne Berlin	Staat mit Berlin
Erhobene sonstige directe Staatssteuern . . .	67.501	75.517
Davon Stadtgemeinden	27.738	35.753
„ Landgemeinden	39.763	39.763
Erhobene directe Staatssteuern überhaupt . .	112.951	130.208
Davon Stadtgemeinden	57.530	74.787
„ Landgemeinden	55.421	55.421
Gemeindeabgaben	147.235	171.715
Davon Stadtgemeinden	84.013	108.493
„ Landgemeinden	63.222	63.222
Schul-, Kirchen-, Kreis-, Provinzialabgaben .	36.761	37.060
Davon Stadtgemeinden	8.143	8.442
„ Landgemeinden	28.618	28.618
Alle Gemeinde- und Corporationsbgaben . . .	183.996	208.775
Davon Stadtgemeinden	92.156	116.936
„ Landgemeinden	91.839	91.839

Tab. 14. Vergleichung der Staats-, Gemeinde- und Corporationsabgaben in Preussen 1883/84, relative Zahlen, Promille der Staatssteuern ¹⁾.

	Staat ohne Berlin		Staat mit Berlin	
	‰ von d. Staats-, Classen- u. Eink.st.	‰ von allen directen Staatsst.	‰ von Classen- u. Eink.st.	‰ von allen directen Staatsst.
Gemeindeabgaben überhaupt	3233	1304	3134	1319
„ nur in den Stadtgemeinden	2820	1460	2777	1451
„ „ „ Landgemeinden	4024	1141	4024	1141
„ „ „ Berlin	2649	1419	—	—
„ „ „ provinc. Maxim. überhpt. ²⁾ . . .	4851	1859	—	—
„ „ „ i. d. Städten ³⁾	4546	2123	—	—
„ „ „ „ Landgem. ⁴⁾	6974	1903	—	—
„ „ „ Minim. überhpt. ⁵⁾	1754	758	—	—
„ „ „ i. d. Städten ⁵⁾	1969	1049	—	—
„ „ „ „ Landgem. ⁵⁾	1409	467	—	—
Gemeinde. u. Corpor.abgaben überhaupt . .	4041	1629	3811	1603
„ „ nur in den Städten	3090	1602	2993	1564
„ „ „ „ Landgem.	5850	1657	5850	1657
„ „ „ „ Berlin	2681	1436	—	—
„ „ „ „ prov. Max. überhpt. ⁶⁾ . . .	6765	2238	—	—
„ „ „ „ i. d. Städten ⁷⁾	4974	2323	—	—
„ „ „ „ „ Landgem. ⁸⁾	11177	2596	—	—
„ „ „ „ Min. überhpt. ⁹⁾	2199	950	—	—
„ „ „ „ i. d. Städten ⁹⁾	2169	1156	—	—
„ „ „ „ „ Landgem. ⁹⁾	2246	745	—	—

Es ergibt sich hier deutlich, dass die Belastung mit Gemeinde- und sonstigen Corporationsabgaben fast durchweg stärker als mit

¹⁾ Erg.Heft 16, S. 267.

²⁾ Max. in Westfalen bei der Classen- u. Eink.steuer, Rheinland bei allen.

³⁾ Max. in Schleswig-Holstein in beiden Reihen.

⁴⁾ Max. in Westpreussen in erster Reihe, Rheinland in zweiter.

⁵⁾ Min. in Sachsen beide Male in allen drei Fällen.

⁶⁾ Max. in Sachsen in erster Reihe, Westpreussen in zweiter.

⁷⁾ Max. in Schleswig-Holstein beide Male.

⁸⁾ Max. in Westpreussen beide Male.

⁹⁾ Min. in Sachsen beide Male in allen drei Fällen.

directen Staatssteuern war, selbst in den Landgemeinden, vollends in den Städten. Nur selten sinkt in jenen die erstere Belastung unter den Betrag der directen Staatssteuern hinab. Es bestätigt das die früheren Ausführungen über die Nothwendigkeit einer Steuerreform.

Die einzelnen Provinzen zeigen starke Verschiedenheiten. Das kann hier nicht genauer verfolgt werden. In der Tab. 14 sind nur Angaben über die relative Maximal- und Minimalbelastung enthalten. Auf eine in demselben Maasse absolut stärkere Belastung mit Localabgaben ist aus solchen Ziffern übrigens nicht zu schliessen. Niedrigere Veranlagungen in der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer, wie im Ganzen im Osten, unvollkommenere Einschätzungen zur Classen- und Einkommensteuer wie vor der 1891er Reform allgemein, aber wieder local und provincial in ungleichem Maasse, schlechter wohl im Westen, verschieden übrigens auch zwischen Stadt und Land, müssen nothwendig auch relativ hohe Localsteuerbelastungen der Staatssteuern mit sich bringen, selbst wenn der absolute Betrag dieser Belastungen mässig ist. Vergleichen der Kopfbelastungen mit Gemeindesteuern in den Städten s. oben in Tab. 9 und 10.

Wie in 1883/84 die Gemeindeabgaben speciell die Stadt- und Landgemeinden auf den Kopf belasteten, zeigt, in Ergänzung der Tab. 9, folgende Tab. 15, zugleich mit Unterscheidung der directen und indirecten Abgaben und zum Vergleich mit Beifügung der Erträge nutzbaren Gemeindevermögens (Erg.-Heft 16, S. 265).

Tab. 15. Gemeindeeinnahmen auf den Kopf in Mark in den preussischen Gemeinden 1883/84.

	Aus Gemeindevermögen			Aus directen Steuern			Aus indirecten Abgaben		
	Städte	Ldgem.	überh.	Städte	Ldgem.	überh.	Städte	Ldgem.	überh.
Staat ohne Berlin . . .	3.66	1.28	2.11	9.59	3.99	5.93	0.48	0.03	0.18
„ mit „ . . .	3.34	1.28	2.05	11.00	3.99	6.63	0.46	0.03	0.19
Berlin	0.96	—	0.96	21.50	—	21.50	0.03	—	0.31
Prov. Max. ¹⁾ . . .	7.44	5.48	4.96	14.28	7.91	10.03	2.41	0.29	1.07
„ Min. ²⁾ . . .	1.71	0.09	0.71	5.07	1.26	2.64	0.00	0.00	0.00

Die Kopfbelastung durch directe Gemeindesteuern war hienach in den Städten durchschnittlich 2—3 mal so hoch als in den Landgemeinden. Aber auch diese erreichten eine Belastung von durchschnittlich mehr als dem Betrage der staatlichen directen Steuern bloss mit Gemeindeabgaben (1883/84 4.02 gegen 3.52) und eine weitere Belastung zur vollen Hälfte dieser Staatssteuern mit sonstigen Corporationsabgaben (1.82 M.) auf den Kopf³⁾. Die indirecten Gemeindesteuern waren nur in Hessen-Nassau, thatsächlich nur im Bezirk Hessen von erheblicherer Bedeutung, dann in den Städten Schlesiens, Posens, Hannovers noch etwas ins Gewicht fallend. Auf dem Lande waren sie überall, ausser Hessen, unwichtig und fehlten mehrfach ganz.

¹⁾ Aus Gem.verm. Hannover Städte, Hessen-Nassau Landgem. und überhaupt (abgesehen von Hohenzollern); aus dir. St. Hessen-Nassau Städte, Schleswig-Holstein Landgem. und überhaupt; aus indir. St. Hessen-Nassau (alle 3 Fälle).

²⁾ Aus Gem.verm. Posen Städte, Ostpreussen Landgem. und überhaupt; aus dir. Steuern Posen (alle 3 Fälle); aus indir. St. Westfalen (alle 3 Fälle).

³⁾ Erg.-Heft 16, S. 251.

Aus den Berechnungen über die Belastungen mit Gemeindesteuern in den Vorlagen zu den grossen Reformen von 1893 seien hier noch folgende Daten angeführt. In 1891/92 beliefen sich¹⁾:

Tab. 16. Belastungen der Staatssteuern durch Gemeindesteuern 1891/92 in Procenten.

	205 grössere Städte über 10 000 Einw.	Ausgewählte Städte unter 10 000 Einw.	Ausgewählte Landgemeinden
Grundsteuer }	67	74	{ 85.7
Gebäudesteuer . . . }			{ 80.8
Gewerbesteuer . . .	8	27.5	43.8
Einkommensteuer . .	164	180	123
Dgl. incl. Miethsteuer	190	—	—

Die überwiegende Belastung der Einkommensteuer mit Zuschlägen tritt hier deutlich hervor. In einzelnen Fällen werden diese Procente natürlich in Stadt- und Landgemeinden, bei dieser wie bei anderen Steuern, noch stark überstiegen.

Es kamen Zuschlagprocente zu der Classen- und Einkommensteuer früher (vor der 1891er Einkommensteuerreform) von 300, 400, 500, selbst 650 % in Städten, auf dem Lande auch bis 300 und 400 % vor. Erst die besseren Einschätzungen nach dem Gesetz von 1891 haben sie ermässigen lassen. Aber auch jetzt sind öfters noch Zuschläge von 200 % und darüber verblieben. S. Daten in der Statistik der Denkschrift v. 1892, ältere im statist. Erg.-Heft IX, S. 106, für 1880/81. Damals hatten 49 Städte Zuschläge von über 300 % zur Classen- und Einkommensteuer, die meisten im Regierungs-Bez. Düsseldorf, Arnsberg, Marienwerder. Gleichzeitig hatten damals 35 Städte mehr als 200 % Zuschläge zur Staatsgebäude- und 33 zur Staatsgrundsteuer.

§. 33. Verhältnisse nach der Reform von 1893.

Die ganze schwerwiegende Bedeutung der Communalsteuerreform von 1893 hat sich schon im ersten Jahre der Durchführung des Gesetzes in der Verschiebung der Steuerlast zwischen den Steuerarten, der Herabminderung der Communalzuschläge (auch bei den Realsteuern, wenn man bei diesen an die Wirkung der Uebernahme der bisherigen Staatssteuern an die Gemeinden denkt), der stärkeren Belastung der Realsteuern, der schwächeren der Einkommensteuer, der Entwicklung anderer, indirecter Verbrauchs-, Verkehrssteuern in den Gemeinden, der Verminderung des Steuerbedarfs (wenn nicht absolut, so relativ) Dank der Entwicklung der anderen ordentlichen Einnahmen, besonders der Gebühren (Beiträge) gezeigt. Allerdings ist darauf die Ueberlassung der drei grossen Staatsrealsteuern an die Gemeinden von besonderem Einfluss gewesen. Sie eröffnete den Gemeinden, wenigstens zunächst, solange der

¹⁾ S. die Denkschrift zu den Steuergesetzentwürfen vom 2. November 1892, nebst Anlagen. Auszug bei Schanz Fin.arch. X, S. 333. — Die betreffenden selbständigen Gemeindesteuern sind den verwandten Staatssteuern zugerechnet. „Ausgewählte“ Städte: je 1, u. dgl. Landgemeinden: je 2 aus jedem Kreis.

Steuerbedarf nicht wieder absolut stark gestiegen war, die Möglichkeit einer erheblichen Herabminderung der bisherigen Communalsteuern (in Zuschlagsform wie in Form eigener Steuern), in der Doppelform der Personal- wie der Realsteuern. Das Verhältniss zwischen diesen beiden hat sich ziemlich allgemein zu Gunsten der ersteren verschoben, d. h. diese decken jetzt eine geringere Quote des Steuerbedarfs als vordem im Vergleich mit den Realsteuern. Aber die letzteren stellten sich auch ihrerseits vielfach für die damit Belasteten absolut niedriger als früher, d. h. die Censiten zahlen einstweilen oft an solchen nunmehrigen alleinigen Communalsteuern weniger als vor der Reform an Staats- und Communalsteuern zusammen, die Personalsteuer-Censiten tragen dagegen, als Ganzes betrachtet — anders steht es mit den einzelnen Abtheilungen dieser Censiten, nach Einkommenhöhe und Art gegliedert — wegen der vollständigeren Veranlagung, der theilweisen Erhöhung des Steuertarifs (bei den Einkommen über 30.000 M. hinaus), der Hinzufügung der staatlichen Ergänzungssteuer (Vermögenssteuer) und bei der doch immer noch verbliebenen Belegung der Einkommensteuer mit Communalsteuerzuschlägen auch absolut nicht immer weniger, öfters mehr als bisher. Der schwer zu brechende Einfluss des Realitätenbesitzes in den Communalorganen und Vertretungen ist daran wohl betheiligt, trotz den auf stärkere Hinschiebung der Communalsteuer auf die Realsteuer hinzielenden Bestrebungen und Bestimmungen des Communalabgabegesetzes. Diese Bestimmungen werden indessen bei der weiteren Entwicklung des Steuerbedarfs doch ihren Zweck mit der Zeit erreichen.

S. für das Alles die näheren Ausführungen in der gen. Denkschrift von 1896. Aus den Tabellen derselben sind hier die folgenden Hauptdaten zusammengestellt, um den Erfolg der Reform zum Ueberblick zu bringen. S. folgende Tab. 17, dann Tab. 19 auf S. 94 und 95.

Tab. 17. Finanzbedarf und dessen Deckung in den preussischen Städten, vor (1894/95) und nach (1895/96) der Communalsteuerreform¹⁾.

		Städte über 10.000 Einw.	davon Berlin	Städte unter 10.000 Einw.	alle Städte
		202		967	1169
		1000 M.	1000 M.	1000 M.	1000 M.
1. Finanzbedarf	1894/95	178.893	46.202	27.209	206.101
	1895/96	205.245	51.448	31.599	236.845
2. Einnahme Gebühren	1894/95	18.454	2.331	1.408	19.862
	1895/96	21.585	2.810	1.595	23.181
3. Einnahme Beiträge	1894/95	4.182	1.773	359	4.541
	1895/96	4.850	2.065	445	5.295
4. Einn. indirecte Steuern	1894/95	10.124	1.032	904	11.028
„ „ „	1895/96	17.342	3.034	1.644	18.986

¹⁾ Gen. Denkschr. S. 88. Voranschlagsziffern.

		Städte über 10.000 Einw. 202 1000 M.	davon Berlin 1000 M.	Städte unter 10.000 Einw. 967 1000 M.	alle Städte 1169 1000 M.
5. Einn. Bauplatzsteuer ¹⁾	1894/95	—	—	16	16
	1895/96	1.048	1.000	17	1.065
6. Einn. Betriebssteuer ²⁾	1894/95	125	—	60	185
	1895/96	919	195	193	1.111
7. Nr. 2—6 decken vom Finanzbedarf %	1894/95	18.4	11.1	10.1	17.3
do. do.	1895/96	22.3	17.7	12.4	21.0
8. Einn. Einkommenst. ³⁾	1894/95	123 448	34.900	19.111	142.559
	1895/96	90.028	21.652	14.687	104.716
9. D. h. Nr. 8 % vom Finanz-Bedarf	1894/95	69.0	75.9	70.3	69.2
do. do.	1895/96	43.9	42.1	46.5	44.2
10. Einn. Grundsteuer ⁴⁾	1894/95	2.649	—	1.552	4.171
	1895/96	4.531	—	2.639	7.170
11. Einn. Gebäudesteuer	1894/95	16.302	6.164	2.837	19.139
	1895/96	45.023	15.062	6.536	51.559
12. Einn. Gewerbesteuer	1894/95	3.276	—	976	4.252
	1895/96	19.493	5.630	3.804	23.396
13. Summe 10—12 Realst.	1894/95	22.441	6 164	5.335	27.776
do. do.	1895/96	69.366	20.693	12.979	82.346
14. D. i. Nr. 13 vom Finanz- Bedarf %	1894/95	12.6	13.4	19.6	13.5
do. do.	1895/96	33.8	40.2	41.1	34.8

Trotz durchweg gestiegenen Finanzbedarfs ist die Deckung desselben in den Städten durch die Dank dem Communalabgabegesetz stärker entwickelten Gebühren, Beiträge und Nebensteuern (Nr. 2—6) durchweg nach der Reform eine relativ (übrigens auch absolut) stärkere (Nr. 7), diejenige durch die grossen directen Personal- und Realsteuern eine schwächere geworden (Nr. 9 und 14). Innerhalb dieser grossen directen Steuern ermöglichte die Ueberlassung der Realsteuern des Staats an die Gemeinden und die eigene stärkere Heranziehung der Realsteuern zur Deckung der Communal-lasten eine starke absolute Entlastung der Gemeinde-Censiten von

¹⁾ Die Bauplatzsteuer in Berlin ist wieder aufgehoben und die geringen im gen. Jahre wirklich vereinnahmten Beträge sind wieder zurückgezahlt worden. S. Berl. Statist. Jahrb. 22, f. 1895, S. 543 (Berl. 1897).

²⁾ Zuschläge zur Betriebssteuer und besondere Betriebssteuer.

³⁾ Zuschläge zur Staats-Einkommensteuer, besondere Gemeinde-Einkommensteuern, Mieths-, Wohnungs- und sonstige (übrigens factisch so gut wie fehlende) Aufwandsteuern im Sinne des §. 23 Abs. 2 des Comm.-Abg.-Gesetzes. Die Ziffer in der Rubrik Berlin setzt sich 1894/95 aus 21.759.000 Einkommen- u. 13.140.000 M. Miethsteuer zusammen, 1895/96 bedeutet sie nur erstere, die Miethsteuer war aufgehoben.

⁴⁾ Die Gebäudesteuer umfasst in Berlin die Grundsteuer mit. Bei den Städten über 10.000 Einw. findet sich im J. 1894/95 ein Grund- und Gebäudesteuer ungetrennt enthaltender Betrag von 214.000, 1895/96 von 220.000 M., der in der Tabelle bei diesen beiden einzelnen Steuern nicht mit eingerechnet ist, wohl aber in der Summe der Realsteuern (Nr. 13) bei diesen Städten und in der Generalsumme bei allen Städten.

Tab. 19. Veränderungen im Steuerwesen der preussischen
 Städte über
 10.000 Einwohner
 202
 Zahl der Städte
 1894/95 1895/96

Gemeindebelastung der Einkommensteuer mit %:				0	—	—
„	„	„	„	1—100	12	60
„	„	„	„	101—150	61	82
„	„	„	„	151—200	72	38
„	„	„	„	über 200	57	22
„	„	Grundsteuer	„	%: 0	31	—
„	„	„	„	1—100	145	23
„	„	„	„	101—151	16	91
„	„	„	„	151—200	5	83
„	„	„	„	über 200	5	5
„	„	Gebäudesteuer	„	%: 0	23	—
„	„	„	„	1—100	148	23
„	„	„	„	101—150	19	90
„	„	„	„	151—200	5	83
„	„	„	„	über 200	7	6
„	„	Gewerbsteuer	„	%: 0	93	—
„	„	„	„	1—100	105	29
„	„	„	„	101—150	3	93
„	„	„	„	151—200	1	77
„	„	„	„	über 200	—	4
Es erhoben	Gebühren				151	186
„	Beiträge				78	89
„	indirecte Steuern, Biersteuern ¹⁾				50	119
„	„ andere Verbrauchssteuern				17	19
„	„ Lustbarkeitssteuern				151	184
„	„ Hundesteuern				196	201
„	„ Umsatzsteuern				7	100
„	„ andere indirecte				25	26
„	Bauplatzsteuern				—	10
„	besondere Betriebssteuern				—	—
„	„ Grundsteuern				8	6
„	„ Gebäudesteuern				7	1
„	„ Gewerbesteuern				—	1
„	„ Einkommensteuern				4	2
„	Mieths-, Wohnungs- oder andere Aufwandssteuern				4	2

communalen Einkommensteuern und verwandten (Nr. 8) und eine sehr starke absolute Steigerung der Communeinnahmen aus den ihnen jetzt allein zustehenden Realsteuern (Nr. 13, 10—12). Vollends die relative Vertheilung der Last aus den grossen directen Steuern ist in den Städten stark nach der Seite der Einkommensteuern fortgeschoben worden (Nr. 14 verglichen mit Nr. 7): das Ziel der Reform. Nur die eingetretene Verminderung der Belastung mit directen Realsteuern bewirkt, dass die Gesamtbelastung der Personal- und Realsteuer-Censiten, mit Staats- und Gemeindesteuern zusammen, sich, wie bemerkt, nicht ebenso verschoben hat.

¹⁾ Bei Berlin ist keine Biersteuer angegeben, wohl die Baumalzsteuer unter den „anderen indirecten“ aufgeführt.

Städte im Gefolge der Communalsteuereform von 1893.

Davon Berlin		Städte unter 10.000 Einwohner		Alle Städte		Landgemeinden ¹⁾	
1 Zahl		967 Zahl		1169 Zahl		ca. 35.000 Zahl	
1894/95	1895/96	1894/95	1895/96	1894/95	1895/96	1894/95	1895/96
—	—	30	30	30	30	3.058	3.178
—	1	209	410	221	470	20.148	22.637
1	—	243	302	309	384	5.256	4.537
—	—	232	146	304	189	3.286	2.490
—	—	250	78	307	100	2.888	2.492
—	—	196	11	227	11	1.953	1.046
1	—	521	267	666	290	23.002	21.458
—	1	155	352	171	443	4.891	6.288
—	—	72	297	77	380	2.835	4.200
—	—	19	38	24	43	2.185	2.519
—	—	179	12	202	12	2.303	1.046
1	—	546	267	694	290	22.658	21.373
—	1	154	356	173	446	4.844	6.348
—	—	63	293	68	376	2.807	4.205
—	—	22	38	29	44	2.126	2.409
1	—	459	11	552	11	9.824	4.240
—	—	422	275	527	304	16.529	17.990
—	1	58	369	61	461	2.838	5.424
—	—	18	285	19	362	1.604	3.743
—	—	6	25	6	29	1.231	2.273
1	1	486	559	637	745	?	?
1	1	108	118	186	207	?	?
—	—	74	301	124	420	103	574
—	—	67	71	84	90	1.058	1.031
—	—	615	821	766	1005	8.538	13.264
1	1	858	898	1054	1099	5.854	6.661
—	1	12	139	19	230	21	359
1	1	40	48	65	74	61	84
—	1	2	33	2	43	—	5
—	—	—	2	—	2	—	2
1	1	7	2	15	8	817	438
1	—	10	1	17	2	259	161
—	—	5	2	5	3	8	29
—	—	13	1	17	3	111	81
1	—	—	—	4	2	10	9

Die Veränderungen speciell in Berlin sind noch aus folgender Tabelle 18 etwas genauer zu verfolgen (Berl. Stat. Jahrb. f. 1895, S. 551 (Finalabschlüsse).

Tab. 18. Berlins Gemeindebesteuerung vor und nach der Reform, in 1000 M.

	1894/95	1895/96
Gemeindegrundsteuer	—	15.103
Haussteuer	6.164	—
Miethsteuer	13.140	19
Gewerbsteuer	—	5.638
Wanderlagersteuer	0.34	0.65
Betriebssteuer	—	245
Einkommensteuer	21.759	21.290
Bauplatzsteuer	—	318

¹⁾ Angaben für ca. 35.000 Gemeinden von ca. 37.000 im Ganzen. Auch hierbei aber manche Daten nur Schätzungszahlen. (Denkschr. v. 1896, S. 4.)

	1894/95	1895/96
Umsatzsteuer . . .	—	837
Braumalzsteuer . . .	562	644
Hundesteuer . . .	470	464
Summe Steuern . .	41.652	43.921

S. zum Vergleich Paris, Fin. III, S. 870, 871, 891.

Einen genaueren Einblick in die mit der Reform eingetretenen Verschiebungen der Steuerlast, in die Veränderungen der Steuerhöhe bei den grossen directen Steuern und die Aenderungen in den sonstigen Steuerarten, bei Gebühren und Beiträgen gewährt die Tab. 19 auf Seite 94 u. 95 nach den Daten der gen. Denkschr. S. 90 ff.

Die Zahlen dieser Tabelle 19 sind sehr lehrreich. Es zeigt sich, insbesondere bei den Städten, wie die Einkommensteuer allgemein erhebliche Ermässigungen (Zunahme in den Reihen der niedrigen Zuschläge, Abnahme in denen der hohen), die Realsteuern umgekehrt allgemein wesentliche Erhöhungen (Abnahme in den Reihen der niedrigen, Zunahme in denen der hohen Zuschläge) erfahren haben. Bei letzteren Steuern offenbart sich freilich wieder stark der Einfluss ihres Uebergangs vom Staat an die Gemeinden. Mehrfach hatten die Realsteuern in den Städten früher gar keine Zuschläge gehabt, jetzt sind überall solche erfolgt, bezw. die vom Staate erhobenen ganz oder wenigstens in Quoten beibehalten worden. Gebühren sind in erheblich mehr Städten, Beiträge wenigstens in einigen mehr eingeführt worden. Von den in der preussischen amtlichen Terminologie sogen. indirecten Steuern haben die bisher wenig verbreitete Biersteuer und Umsatzsteuer (vom Immobilienverkehr bei Rechtsgeschäften unter Lebenden) rasch viele Städte neu eingeführt, die schon stark verbreitete Lustbarkeits- und Hundesteuer noch weitere angenommen. Die wenig verbreiteten sonstigen Verbrauchssteuern und andere indirecte haben sich indessen auch jetzt noch nicht viel ausgedehnt, die Bauplatzsteuer hat begonnen, sich einzubürgern, aber ist wohl, wie in Berlin, mehrfach nur erst ein Versuch, die schon bisher nicht mehr zahlreichen „besonderen“ Gemeindesteuern (statt der Zuschlagsform) haben sich erheblich vermindert. Hier hat die Anregung des Gesetzes, die Realsteuern abweichend von den Staatssteuern nach den localen Verhältnissen und Bedürfnissen einzurichten, also noch nicht recht Erfolg gehabt. Die Mieth- u. dgl. Steuern sind zum Theil verschwunden, darunter in dem wichtigen Falle Berlins.

Für die Landgemeinden lässt sich eine ähnliche Entwicklung nachweisen. Bemerkenswerth ist die ausserordentliche Zunahme der hier schon bisher ziemlich verbreiteten Lustbarkeitssteuern. Die Hundesteuer, welche über $\frac{9}{10}$ der Städte jetzt haben,

ist in den Landgemeinden nicht so verbreitet, aber dafür dehnt sie sich als Kreissteuer mehr aus¹⁾).

Im Ganzen ist doch bereits im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes viel erreicht worden. Die Umgestaltung der grossen directen Staatssteuern verlangt mehr Zeit. Am Ehesten wird man wohl in den Städten mit der Umbildung der Gewerbesteuer vorgehen. Hier ist neuerdings auch das „socialpolitische“ Problem einer stärkeren Belastung der grossen Verkaufsmagazine (Waarenhäuser, Bazars, grosse Consumvereine) in Erörterung gezogen worden, ohne bisher zu einer practischen Lösung zu gelangen.

2. Abschnitt.

Andere deutsche Staaten. 1. Sachsen.

Nur die Besteuerung in den grösseren Mittelstaaten soll hier in ihrer Entwicklung und Gestaltung übersichtlich, aber mit Beschränkung auf das Hauptsächliche und Characteristische behandelt werden — soweit als thunlich kürzer als die preussische Besteuerung, was bei der Eigenartigkeit mancher Verhältnisse freilich nicht immer möglich ist, wenn das Verständniss nicht leiden soll. — Auf die Besteuerung der übrigen Staaten wird nur zur Orientirung ein Blick geworfen.

1. Sachsen (Königreich).

a. Staatsbesteuerung.

Das hauptsächliche allgemeine finanzwissenschaftliche Interesse der sächsischen Staatsbesteuerung dreht sich um die Einführung der Einkommensteuer 1874 ff. und die damit verbundenen Maassregeln auf dem Gebiete der directen Besteuerung (unten §. 36).

§. 34. Erste Periode. Die ältere Steuerverfassung (bis zum Erlass der Verfassung von 1831).

In diesem durch die Ereignisse von 1813—15 bekanntlich auf weniger als die Hälfte seines bisherigen Gebiets und etwa drei Fünftel seiner früheren Bevölkerung verkleinerten ehemaligen Kurstaate ist es weder während der französischen Kriegs- und Rheinbundzeit, noch im ersten halben friedlichen Menschenalter nach dem Schluss dieser Periode zu einer durchgreifenden Reform der

¹⁾ S. die gen. Denkschr. S. 10 ff. Projecte zur Einführung kommunaler Luxus- und verwandter Steuern (auf Equipagen, Reitpferde, Fahrräder, Automaten, Katzen, Tauben u. s. w.) sind hervorgetreten, aber nicht genehmigt worden. — Für die vielfach verschiedene Entwicklung in den einzelnen Provinzen muss auf die grossen Tabellen der Denkschrift selbst verwiesen werden. Einige Verschiebungen zwischen den Personal- und Realsteuerbelastungen erklären sich übrigens durch besondere Umstände, namentlich durch die in 1895/96 in Wirksamkeit getretene Revision der Gebäudesteuer.

Staatsbesteuerung gekommen. Das schwierige Problem in anderen deutschen Staaten (den meisten grösseren, besonders Süddeutschlands, und Preussen), die Steuerverfassung neu annectirter Gebiete der heimischen zu assimiliren, entfiel, nach Lage der Dinge, in Sachsen.

Die bisherige Staatsbesteuerung hatte sich in ihren noch bestehenden Formen seit dem 17. Jahrhundert eingebürgert, war in diesem und im 18. Jahrhundert etwas ausgebaut worden, für die Verhältnisse auch selbst des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts aber doch wesentlich veraltet. Sie bestand, in gewissen principiellen Hauptpuncten ähnlich wie im alten preussischen Staat, vornemlich in einer Verbindung von directen Grund-, Gewerbe- und Personalsteuern, einer vorherrschenden, sehr mangelhaften Ertragsbesteuerung, mit einem System innerer, vornemlich, aber nicht allein, Verbrauchssteuern enthaltender Accisen, woran sich mässige Zölle (Grenzzölle, sogen. Grenzaccise), Stempel und verschiedene weitere steuer- und gebührenartige Einnahmen anschlossen.

Von den directen Steuern beruhten insbesondere die Grund- und verwandten Steuern auf von vornherein (im 17. Jahrhundert, 1628, 1660) sehr ungenügend gewesenen, seitdem wenig verbesserten und immer unvollkommener gewordenen Katastern, nach denen gleichwohl unter verschiedenen Namen (Schocksteuern, Theile der sogen. Quatembersteuern, zum Theil auch Cavallerieverpflegungsgelder auf dem Lande u. A.) und in starker Erhöhung der ursprünglichen Sätze diese Steuern vertheilt wurden. Die „Schocksteuern“ waren ursprünglich nach der in „Schocken“ (zu 20, später zu 60 Groschen) erfolgten Schätzung des Grundstückwerths aufgelegt worden und führten daher ihren Namen, sie wurden auch wohl Pfennigsteuern genannt, nach ihrer Ausschreibung in so und so viel Pfennig vom „Schock“ des Grundstückwerths. Die „Quatembersteuern“ wurden nach ihrer Auflegung in den vier Jahreszeiten so genannt und hatten anfangs (17. Jahrhundert) eine Gewerbe- und Personen-(Kopf-)Steuer neben der Schocksteuer gebildet, waren aber später (18. Jahrhundert) auch auf den Grundbesitz mit ausgedehnt worden. Diese beiden hauptsächlich directen Steuern waren an sich auch von den Städten oder deren Bevölkerung dem Staate zu zahlen. Doch sind sie hier nach der Einführung der Generalconsumtionsaccise (1707) und der Mahlsteuer zum grossen Theile auf diese Abgaben angerechnet, bezw. durch diese ersetzt worden, so dass nur ein Rest directer Steuern für den Staat hier blieb und anderseits von der städtischen Accise nur der nicht gegen die directe Steuerschuldigkeit aufgerechnete Theil in den früheren Staatsrechnungen als eigentlicher Acciseertrag (sogen. Ueberschuss) galt: natürlich nur eine Sache von rechnerischer Bedeutung zwischen den verschiedenen Cassen (fiscalische Accise- und ständische Steuerkasse). Die Accise dehnte sich als „Landaccise“ mit gewissen, mehr directen Steuern auch auf das Land aus. Der ritterschaftlich stark verbreitete Besitz genoss auch in Sachsen Steuerfreiheiten. Die Ritterschaft zahlte aber doch sogen. Donativgelder.

Die alte Cassentrennung (Fin. I, §. 90) bestand auch in dem zum souveränen Königreich erhobenen ehemaligen Kurstaate noch fort (früher sogen. Rentkammerkasse und ständische Steuerkasse). Danach wurde auch bei Steuern und steuer- und gebührenartigen Abgaben zwischen „fiscalischen“ Abgaben und ständischen Steuern unterschieden. Zu den ersteren gehörten noch nach den Rechnungen der 1830er Jahre die Generalaccisen, Grenzaccisen (Zölle), Fleischsteuern, Cavallerie-Verpflegungsgelder,

zu den letzteren die Schock-, Quatember-, Personen-, Accis-Uebertragungssteuern, die Donativgelder und Aehnliches (Schönburg'scher Beitrag), aber auch die Trank-, Mahl-, Stempelsteuer (sogen. Impost).

Ein einheitliches Gebiet war der sächsische Staat ferner weder in der Rheinbundszeit, noch nach seiner neuen Abgrenzung im Jahre 1815 für die Besteuerung bereits geworden. Es verblieb die Unterscheidung von „alten Erblanden“ (seit 1815 einschliesslich einzelner kleiner Reste früher nicht zu den Erblanden gehöriger, bei der Theilung mit Preussen dem sächsischen Staate belassener Gebietstheile) und von „Oberlausitz“ (für den bei Sachsen gebliebenen Theil dieses historischen Gebiets) mit getrennter, mehrfach abweichender Steuerverfassung. Einzelne standesherrliche Gebiete, besonders die Schönburg'schen sogen. Recessherrschaften, standen ausserhalb der allgemeinen Steuerverfassung und fanden sich mit vereinbarten Leistungen ab.

So war die Finanz- und Steuerverfassung und Verwaltung, das Cassenwesen, die Behandlung mancher Abgabeerträge als Zwecksteuern für bestimmte Zwecke noch um und nach 1806 und 1815 wesentlich so wie in der früheren Zeit geblieben und sehr verwickelt. Das erschwert auch finanzstatistische Aufstellungen und Vergleichen, wobei u. A. die Verrechnungen zwischen der Generalaccise und den erbländischen Accise-Uebertragungssteuern Schwierigkeiten bieten.

S. über das ältere Steuerwesen Kur-Sachsens Fin. III, §. 36. Für Obiges v. Reden, Fin.stat. I, 2. Abth. S. 1193 ff., eb. S. 1209 ff. Statistik mit Erläuterungen. Umfassende finanzstatistische Tabellen für die Zeit vom 16. Jahrhundert bis 1833 giebt H. Wuttke in s. Tab. zu Vorträgen über sächs. Finanzgeschichte, 1897, leider ohne erläuternden Text. S. von demselben Verfasser auch „die Einführung der Landaccise und der Generalconsumtionsaccise in Sachsen“, 1890. In der ersten Schrift Wuttke's S. 30, dann bei Neumann, zur Gemeindesteuerreform (1893) S. 283 ff., weitere Litteraturnachweise über sächsisches Finanz- und Steuerwesen.

Nach amtlichen Angaben aus den Abrechnungen (bei v. Reden S. 1209) für 1824—30 war im Jahresdurchschnitt der Reinertrag der „fiscalischen Abgaben“ 1.306 Mill. Thlr. Conv.-M. (zu eigentlich $13\frac{1}{3}$, reell neuerdings 13.621 . . . Thlr. auf die M. f. S., oder der Convent.-Thlr. hiernach gleich c. 1.02783 Thlr. Courant des 14-Thalerfusses, d. h. zu 14 auf die M. f. S.), der Zuschüsse aus dem Steuerärar 1.039 (0.936 aus den Erblanden, 0.102 aus der Oberlausitz) oder zusammen 54.32 % der Gesamtreineinnahmen von 4.316 Mill. Thlr. Conv.-Münze des Staatshaushalts. Nach dem Voranschlag für 1831 fielen von der gleichen Einnahme von 4.884 Mill. Thlr. C.-M. auf die in den fiscalischen Abgaben und den ständischen Steuern enthaltenen Steuern 2.897 Mill. oder 59.32 %, davon auf die directen Steuern 1.989 Mill. oder 40.72 %, auf die indirecten (aber ohne Regalien, wie Salz, Geleits-, Elbzollgeld, s. folg. Tab. 20) 0.908 Mill. oder 18.60 %. Die ersteren betrugen daher 68.66 %, die letzteren nur 31.34 % der Gesamtsteuern (rein). Doch liegt hier die staatsrechtliche, nicht wie in Tab. 20 die finanzwissenschaftliche Eintheilung zu Grunde, welche die correctere, indessen wegen der Einschliessung einiger directer Steuern in die Accise doch auch nicht die völlig correcte ist.

Nach dem noch auf Grund der alten Steuerverfassung aufgestellten Voranschlag für die Finanzperiode 1834—36 war für 1 Jahr, bei Zusammenstellung der Etatsposten nach finanzwissenschaftlichen Grundsätzen unter entsprechender Zerlegung des amtlichen Budgets, die Besteuerung und die übrige Einnahme die folgende in Tab. 20 zur Uebersicht gebrachte (aus den Uebersichten bei v. Reden, S. 1216 zusammengestellt, womit die Reineinnahmedaten für 1833 in Wuttke's Tabellen, S. 27—28 zu vergleichen sind).

Tab. 20. K. Sächsische Staatsbesteuerung im Durchschnitt von 1834—36 und sonstige Einnahmen. In 1000 Thlr. Conv.-M.

Einnahmeart	Rechtl. Kateg.	roh	rein
1. Schocksteuer	erbl. St.	502	464
2. Quatembersteuer	„ „	700	640
3. Personensteuer	„ „	156	152
4. Schönburg'sch. Steuerconting.	„ „	4. ²	4. ¹
5. Ritterschaftl. Beiträge einschl. Donativ	„ „	45	45

Einnahmeart	Rechtl. Kateg.	roh	rein	
6. Cavall.verpfleg.gelder	fiscal. Abg.	346	337	1) Milizgelder, Beitrag zum Militär, Personalsteueräquivalent, don gratuit.
7. Strassenbaussurr.gelder	„ „	26	25	
8. Verschiedene oberlaus. Beiträge ¹⁾	oberlaus. Bewill.	76	76	
A. Directe (1—8)		1.855. ²	1.743. ¹	2) Grossentheils, doch nicht ganz ausschliesslich, indirecte Verbrauchssteuern.
9. Generalaccise ²⁾	fiscal. Abg.	698	247	
10. Accis-Uebertrag.st. ³⁾	erbl. St.	—	261	
11. Fleischsteuer	fiscal. Abg.	131	128	3) Gehört zu den indirecten Steuern und ist im Rohertrag des Postens Nr. 9 mit enthalten.
12. Tranksteuer	erbl. St.	164	123	
13. Mahlsteuer	„ „	20	19	
14. Salznutzungen	Regal ⁴⁾	322	310	4) Wie oben in den preuss. Tabellen (Tab. 1, S. 50) auch bei „roh“ wesentlich mit der Nettozahl.
15. Grenzaccise mit Leipz. Handelsabgabe	fiscal. Abg.	287	238	
16. Elbzollgelder	Regal	69	60	
17. Geleitsgelder	„	114	92	5) Zum Theil Gebühren.
B. Indirecte (9—17)		1.805	1.478	6) Auch bei „roh“ mit Nettoziffern.
18. Stempel-Impost	erbl. St.	106	100	
19. Stempelgelder	oberlaus. Bewill.	4	4	
20. Fabr.stemp.	fiscal. Abg.	1. ⁶	1. ²	7) Post, Chaussee-, Brückengelder, verschied. Verwalt.- und andere Einnahmen.
21. Justizamtsporteln ⁵⁾	Admin.eink.	186	115	
C. Verkehrsst. (18—21)		297. ⁶	220. ²	
D. Lotterie ⁶⁾	Admin.eink.	50	50	8) Domänen, Forsten, Bergwerke, Fabriken, Apotheke, Zeitung, Münze, Floss- und Holzhof-Nutzung, Zinsen von Kapitalien, verschiedene Einnahmen der Oberlausitz.
I. Steuern (A—D)		4.408	3.491	
II. Post, Communic.abg., Verschiedenes ⁷⁾		759	503	
III. Dom., Forsten u. s. w. ⁸⁾		4.288	1.200	
Summe I—III		9.055	5.194	

Der sächsische Staatshaushalt war hiernach doch in der ersten Periode nach der französischen Kriegszeit, speciell in den 1830er Jahren, auch schon überwiegend auf Steuerwirthschaft begründet, etwa zu zwei Dritteln seiner Reineinnahme. Von den Steuern waren nach dem Roh- und Reinertrag directe bezw. 46.3 und 49.9, indirecte 45.3 und 42.1, Verkehrssteuern und Lottogewinn 8.7 und 8.0 %, wobei indessen die Einsetzung einiger Posten in diese Kategorien bei dem nicht immer unzweifelhaften Character dieser Posten nicht ganz sicher ist. Dass zwischen directen und indirecten nebst Verkehrssteuern (und Lotto) aber annähernd ein Gleichgewicht nach dem Reinertrag (ein kleines Uebergewicht der indirecten und Verkehrssteuern nach dem Rohertrag) bestand, nicht das vorhin nach der staatsrechtlichen Eintheilung berechnete Verhältniss des Reinertrags von $\frac{2}{3} : \frac{1}{3}$, möchte im Ganzen richtig sein. Immerhin waren darnach damals die directen Staatssteuern im Verhältniss zu den übrigen etwas schwächer ausgebildet als in Preussen (s. o. Tab. 3, S. 54). Das Verhältniss zwischen Ertrags- und Personal-(Einkommen-)Steuern unter den directen lässt sich bei dem gemischten Character einzelner Posten unter A, besonders der Quatembersteuer, nicht beziffern. Jedenfalls waren die directen Steuern aber weit überwiegend Ertragssteuern.

§. 35. Zweite Periode, von der Einführung der Verfassung bis zur Einführung der Einkommensteuer (1830er bis 1870er Jahre). Erst mit der Verfassung von 1831 wurde Sachsen ein wirklich staatsrechtlich einheitliches Gebiet auch für die Finanzen, das Kassenwesen und die Besteuerung. Die technische Unvollkommenheit der bisherigen Besteuerung, die Ungleichmässigkeit derselben hatte zwar schon seit länger Pläne zur Reform veranlasst, besonders betreffs der Grundsteuern. Nach dem Erlass der Verfassung kamen diese Dinge aber erst ordentlich

in Fluss. Der Zutritt Sachsens zum Zollverein (1834) bedingte ohnedem wesentliche Veränderungen der Zölle und inneren Verbrauchssteuern. So begann eine Reformperiode, in welcher die alte Steuerverfassung grossentheils durch eine neue ersetzt wurde, ganz neue directe und indirecte Steuern an die Stelle der bisherigen traten, die Besteuerung modernisirt und unificirt wurde. Für mehr als ein Menschenalter lang wurde dadurch eine neue Grundlage der Besteuerung, an der dann in dieser Zeit nur Einzelnes weiter ausgebaut und verbessert ward, geschaffen.

In der neuen Verfassung (§. 37—40) fanden die modernen politischen Grundsätze der Gesetzmässigkeit, Allgemeinheit und Gleichmässigkeit der gesamten Besteuerung nunmehr ihre ausdrückliche staatsrechtliche Anerkennung. Ein „neues Abgabensystem“ sollte danach festgestellt werden, „wobei die Gegenstände der directen und indirecten Besteuerung nach möglichst richtigem Verhältniss zur Mitleidenschaft“ zu ziehen seien (§ 39). Die gesetzliche Aufhebung der bisherigen Realbefreiungen gegen angemessene Entschädigung wurde in Aussicht genommen (§. 39). Neue bleibende Befreiungen von Staatslasten sollten unzulässig sein (§. 40).

Nach diesen Grundsätzen erfolgte nun die Reform der directen Besteuerung. An Stelle des verwickelten und veralteten bisherigen Systems traten zwei grosse neue Steuern, eine die Gebäude mit umfassende Grundsteuer für die grundbesitzende und auf eigenem Besitz Landwirthschaft treibende und eine Gewerbe- und Personalsteuer für die übrige Bevölkerung: ein System, in welchem wie bisher der Ertragssteuercharacter vor dem Personal- und Einkommensteuercharacter durchaus vorherrschte, welches aber wenigstens in der Grundsteuer eine wesentliche technische Verbesserung darstellte.

Die Grundsteuer war eine reine Ertragssteuer für die ländlichen Grundstücke nach dem System des stabilen Parcellar- und Ertragskatasters auf Grund einer umfassenden Vermessung, Bonitirung und Schätzung des mittleren Ertrags, für die Gebäude, die Wohn- und gewerblichen nach dem mittleren Miethwerth-Anschlag, hier unter Rücksichtnahme auf die durch Neu- und Umbauten bewirkten Veränderungen. Die ländliche Grundsteuer war dabei feiner durchgeführt und berücksichtigte mehr die individuellen Verhältnisse, von denen der wirkliche Ertrag der Grundstücke abhängt, wie Klima, örtliche Lage zum Bewirthschaftungs- und Absatzort, Beschaffenheit der Wege, als die modernen Grundsteuersysteme, namentlich grosser Länder, dies sonst zu thun pflegen. Formell wurden sogen. „Steuereinheiten“ zu $\frac{1}{3}$ Thlr. (10 Neugroschen) gebildet, nach welchen dann der Steuersatz bestimmt wurde, zuerst regelmässig zu 9 Pfennig (9 %) Normalsatz, wozu bisweilen noch Zuschläge traten (so 1849—59 meist 1, auch 2, 1867—69 2 und 1 Pfennige, 1845 war der Satz aber nur 7, 1846—48 8 Pfennige). Die sorgfältige Katasterarbeit begann 1835 und war erst 1842/43 beendet. Von Anfang 1844 an trat die neue Grundsteuer an Stelle der bisherigen mannigfaltigen, den Boden belastenden Steuern, besonders der Schock-,

Quatember-, Accisegrundsteuern, Cavallerieverpflegungsgelder u. A. m. in den alten Erblanden und den entsprechenden Grundsteuern in der Oberlausitz (Ges. v. 9. September 1843, §. 6). Auch die Ermittlung der Entschädigungsbeträge der bisher steuerfreien Grundstücke erfolgte gleichzeitig in sorgfältiger Weise. Die ganze sächsische Grundsteuer, insbesondere für die ländlichen Grundstücke, gilt als eine der relativ gelungensten unter den modernen Grundsteuern auf diesem schwierigen Katastrirungsgebiete, zumal unter diesen Steuern in immerhin etwas grösseren Ländern.

Grundlage im Landtagsabschied v. 30. Oct. 1834, §. 19 ff., dazu Ausführungsverordnungen v. 1835, 1836, 1838, Ges. v. 8. Nov. 1838 über das steuerfreie Grundeigenthum, Ges. v. 9. Sept. 1843 betr. Einführung des neuen Grundsteuersystems (v. 1. Jan. 1844 an), mit Ausführungsverordnungen v. 26. Oct. 1843, womit die bisherigen Grundsteuern und als solche geltenden Steuern des alten Systems (s. sie in §. 6 des Ges. v. 1843) fortfielen. Dazu Ges. v. 15. Juni 1843 betr. die Gewährung der Entschädigungen.

Weit weniger genügend war die neue Gewerbe- und Personalsteuer des Gesetzes v. 22. Nov. 1834, welche schon von Anfang 1835 an an die Stelle der betreffenden Abgaben des alten Systems trat. Sie traf die Gewerbe- und Handeltreibenden aller Art, die ländlichen Pächter, öffentliche Beamte aller Art, liberale Berufe, Grund- und Kapitalrentner u. dgl. Mehr auf eine Einkommenbesteuerung hinstrebend, hat sie diese aber besonders für die Gewerbe doch noch nicht erreicht, und in ihrer Zusammensetzung aus heterogenen Elementen auch keine gleichmässige Besteuerung der ihr unterworfenen Steuerobjecte und Subjecte herbeiführen können. Daher trat schon 1845 (24. Dec.) ein neues bezügliches Gesetz an die Stelle des früheren, das dann durch spätere Gesetze noch mehrfach erläutert und ergänzt worden ist (Ges. v. 23. Apr. 1850, 31. Jan. 1852, 9. Dec. 1858, 10. März 1868, 18. Febr. 1870, 30. Nov. 1874). Aber im Princip blieb es auch im Gesetz v. 1845 und den Ergänzungen dazu bei jener Verbindung verschiedenartiger Steuern mit verschiedenen Veranlagungsgrundsätzen noch wie im Gesetz v. 1834. Die Gewerbe wurden darnach zum Theil nach der „Merkmalmethode“ und auf Grund eines detaillirten Classenschematismus von Gattungs-, Betriebsumfangs- und Ortsclassen, zum Theil unter Bildung von Steuercontingenten, die dann nach näheren Bestimmungen auf die einzelnen Betriebe zu vertheilen waren (Gast- und Schankgewerbe, Fabrikanten), zum Theil auch unter Bildung von Ortscontingenten und Steuergesellschaften behufs Repartition des Contingents auf die Einzelnen (Kaufleute in den grösseren Städten) besteuert, von sonstigen Verschiedenheiten und Einzelheiten abgesehen, wovon nur eine Nebensteuer auf Prädicate (auf Ansuchen ertheilte oder genehmigte, auch akademische Würden) erwähnt werden mag. Im Ganzen war daher diese „Gewerbsteuer“ als Glied der zweiten directen Steuer doch eine Ertragssteuer, wie die Grundsteuer. In den anderen Theilen der Steuer trat dieser Character dagegen vielfach und selbst ganz zurück, der der Personal- und Einkommensteuer mehr hervor, was sich in Abzug der Schulden, bei Renteneinkommen, in der Höhe, d. h. der Mässigkeit des Steuersatzes (nicht über $2\frac{2}{3}\%$), in der Progression dieses Satzes, besonders für Beamtengehälter, Rentner, im Erforderniss der Einkommen-Declaration u. A. m. zeigte. Dadurch kam aber vollends eine Incongruenz zwischen den beiden Gliedern in diese Steuer und auch das Verhältniss der ganzen Steuer zur Grundsteuer wurde so ein schiefes. Die Gewerbe- und Personalsteuer entsprach den in anderen Ländern (Baiern) getrennten Steuern, der Gewerbsteuer, sowie der Kapitalrenten- und der sogen. „speciellen Einkommensteuer“ für die übrigen Einkünfte und Personen, welche durch die eigentlichen Ertragssteuern (Grund-, Haus-, Gewerbsteuer) nicht oder nicht ausreichend getroffen werden. Den damaligen wirthschaftlichen Verhältnissen gemäss und entsprechend der althistorischen höheren Belastung war der Ertrag der Grundsteuer nach dem ordentlichen Satz auch erheblich höher als der der anderen directen Hauptsteuer, in den 1840er Jahren dreimal so hoch, ein Verhältniss, das sich durch die öfteren Zuschläge zu beiden Steuern im Etat, dabei erheblich höheren zur Gewerbe- und Personal- als zur Grundsteuer, zwar nicht unwesentlich änderte, aber doch verblieb (Zuschläge verschiedener Höhe 1848—57, 1867—69 zur ersteren Steuer). (S. Statistik der Grund- und der Pers.- u. Gewerbest. f. 1834—74 im sächs. statist. Jahrb. 1868, S. 56 ff.).

S. über die damalige Besteuerung u. A. Engel, in der Ztschr. d. sächs. stat. Bur. 1856, v. Reden, a. a. O. S. 1262 ff., Gensel in Hirth's Annalen B. 7, 1874,

S. 1374 ff., Conrad im Jahrb. f. Nat.-Oek. B. 16, 1871, S. 430 ff., Löbe, sächs. Staatshaushl. 1889, S. 156).

Noch grössere Veränderungen traten seit 1834, in Folge des Beitritts Sachsens zum Zollverein, bei den indirecten inneren Verbrauchssteuern und den Grenzzöllen ein. Die meisten älteren betreffenden Steuern und Zölle wurden aufgehoben und letztere durch die Zölle und Ausgleichungs-(Uebergangs-) Abgaben des Zollvereins, erstere durch besondere innere Verbrauchssteuern für inländischen Branntwein, Bier, Wein, Tabak, wesentlich nach den preussischen Normen, ersetzt.

Der Ertrag letzterer drei Steuern verblieb Sachsen, für die Branntweinsteuer und die Uebergangsabgaben bildete Sachsen mit einigen Zollvereinsstaaten eine besondere Steuergemeinschaft, mit Vertheilung des Ertrags, wie bei den Zöllen, nach der Kopfbzahl. Später (1841) trat noch die gemeinsame Rübenzuckersteuer hinzu. Das Salzmonopol (Handelsmonopol) blieb indessen auch nach 1834 bestehen, der Elbzoll ebenfalls bis 1870. Die eigene innere Weinstener wurde wie in Preussen 1865 aufgehoben.

Eine Eigenthümlichkeit der sächsischen Staatsbesteuerung bis in die Gegenwart war und ist die alte, seit dem 17. Jahrhundert bestehende Fleischsteuer, die durch die allgemeine Schlachtsteuer des Gesetzes vom 18. Oct. 1834 von Anfang 1835 an ersetzt wurde.

Sie hat später und bis in die Neuzeit mehrfach Veränderungen, Vereinfachungen und Beschränkungen, aber auch Erhöhungen der Steuersätze (nach Stückzahl und Viehart) erfahren (Ges. v. 25. Mai 1852, 15. Mai 1867, 12. Nov. 1875, 24. Febr. 1882, 22. Apr. 1892). Die frühere Besteuerung von allem Vieh (auch Kälbern und Schafen) ist jetzt auf Rindvieh (Ochsen, Kühe) und Schweine beschränkt, die frühere Verschiedenheit zwischen meist höherem Tarif für gewerbliches und niedrigerem für Hausschlachten weggefallen, der Steuersatz jetzt der gleiche, nur ist er für Ochsen in den grossen bezirksexempten Städten Leipzig, Dresden, Chemnitz höher als in den anderen Orten (hier 18, dort 21 M. das Stück, anderes Rindvieh über und unter 150 kg 12 und 6 M., Schweine 2 M.). Zur Ergänzung dient eine Uebergangsabgabe von vereinsländischem Fleischwerk und ein Zuschlag zum Zoll für ausländisches Fleisch.

Die sächsische und die badische sind gegenwärtig noch die einzigen staatlichen Fleischsteuern in Deutschland. S. für die frühere Zeit v. Reden a. a. O., S. 1286, v. Heckel, H. W. B. St. V, 574 u. bes. G. v. Mayr in v. Stengel's Wörterb. d. Verwaltung, II, 66, Zeller in Schönberg's Handb. III, 1. Abth., 4. A., S. 491. Merkel, Schlachtst. im K. Sachsen, 1892, von der Mosel, Handb. d. sächs. Verwaltungsrechts, 8. A. (1897), Art. Fleischsteuer, Martin, Fleischverbrauch in Sachsen, Ztschr. d. sächs. stat. Bur. 1895, S. 97 ff., daselbst S. 101 die verschiedenen seit 1835 bestehenden Tarife.

Die ältere Stempelgesetzgebung hat 1834 (V. v. 25. Febr.) und später Veränderungen, eine umfassende Neuregelung, mit Verselbständigung der Erbschaftssteuer aber erst 1876 (Ges. v. 13. Nov.) erfahren. Sie traf früher auch Spielkarten und Kalender.

Durch die Einnahme-Antheile, welche Sachsen aus den Zöllen und der Rübenzuckersteuer des Zollvereins sowie aus den inneren indirecten Steuern der Zollgemeinschaft für diese Abgaben innerhalb des Zollvereins zufielen, sind im Laufe der Zeit die Erträg-

nisse der alten aufgehobenen indirecten Steuern reichlich ersetzt worden, zumal Sachsen bei seiner rasch wachsenden Bevölkerung aus der Vertheilung der gemeinsamen Einnahmen nach der Kopfbzahl im Zollverein besondere Vortheile zog. Seit dem Eintritt Sachsens in den Norddeutschen Bund und das Deutsche Reich haben sich diese Verhältnisse, wie in den anderen Bundesstaaten, nur nach den Normen der Reichs-Finanz- und Steuerverfassung, daher auch nach den Bestimmungen über die Aufbringung der Matricularbeiträge und über die Gegenrechnung mit den den Einzelstaaten überwiesenen Antheilen an den Reichszöllen und gewissen inneren Steuern verändert.

Finanzstatistisch ist von besonderem Interesse zu verfolgen, wie sich die Erträgnisse der grossen Steuergruppen durch die Reformen der 1830 und 40er Jahre gegen früher verändert haben, wobei nur immer die Einflüsse der Veränderung der Bevölkerungszahl und der jeweiligen wirthschaftlichen, politischen u. s. w. Verhältnisse mit zu erwägen sind. Nur eine ins Einzelne gehende statistische Analyse, die hier nicht möglich ist, ergiebt das Genauere. Hier nur einige Daten aus den Etats und Abrechnungen, die älteren meist nach v. Reden (S. 1222) u. Löbe (S. 248), der die einzelnen directen und indirecten Steuern aber nicht besonders scheidet. Die von ihm berechneten Summendaten der Roherträge der beiden Steuergruppen und der einzelnen indirecten Steuern für die ganze ca. 50jährige Periode von 1834—84/85 haben überhaupt, vollends aber wegen der eingetretenen Verquickung der sächsischen mit den Reichssteuern wenig Werth (a. a. O. 165, 159, 248).

Die Veränderungen ergeben sich aus folgender Tabelle (s. auch o. Tab. 20, S. 99):

Tab. 21. (Voranschläge)		roh	rein
Ertragsdurchschnitt 1834/36		Thlr. C.-M.	
1. alte directe Steuern		1855	1743
2. „ indirecte „		1805	1478
3. „ Stempelsteuern		110	104
4. Lotto		50	50
zusammen		3.820	3.375
oder p. Kopf Thlr. Cour.		2.42	2.14
Ertragsdurchschnitt 1849/51			
1. neue directe Steuern		2.599	2.421
nemlich a) Grundsteuer		1.487	1.405
nebst Zuschlag		275	267
b) Gewerbe- u. Personalst.		451	400
nebst Zuschlag		386	349
2. neue indirecte Steuern		3.329.5	2.605.7
nemlich a) Schlachtsteuer		321	239
Zuschlag dazu		161	132
b) Salzmonopol		464	453
c) Biersteuer		224	166
d) Weinsteuer		20.6	15.3
e) Branntweinsteuer		405	301
Zuschlag dazu		120	98
f) Tabaksteuer		5.7	4.3
g) Rübenzuckersteuer		12.2	9.1
h) Grenz-, Elbzoll u. s. w.		1.596	1.188
3. Stempelsteuer		218	195
Zuschlag dazu		64	61
4. Lotto		148	140
zusammen		6.350.5	5.422.7
oder auf den Kopf Thlr. Cour.		3.30	2.82

Hiernach war, einschliesslich der vorübergehenden Zuschläge, die in der zweiten Periode, und zwar vornemlich, aber nicht allein, bei den directen Steuern, stattgefunden, die indirecte Besteuerung, unter dem Einfluss des Zollvereins, in der zweiten gegen die erste Periode erheblich stärker als die directe gestiegen, unter Berücksichtigung des früher um c. 2.8 % schwereren Münzfusses im Rohertrag jene um ca. 36.3, diese um ca. 79.4 %, im Reinertrag bezw. um ca. 35.1 und ca. 71.6 %. Sieht man von den Zuschlägen ab, so tritt dies noch viel mehr hervor. Hierbei ist jedoch immer zu berücksichtigen, dass die Eintheilung der alten Steuern in directe und indirecte nicht völlig correct vorgenommen werden kann, mit Rücksicht auf vermischte Steuern, wie die frühere Accise. Nach Löbe's die Abrechnungen (nicht wie in Tab. 20 u. 21 die Voranschläge) betreffenden Daten, wobei zu den indirecten auch die Stempelsteuer geschlagen ist, haben sich die Reinerträge beider Gruppen folgendermaassen bis 1876/77, bezw. 1864/66 entwickelt (später, von 1868 an, sind die Zahlen für die indirecten Steuern wegen des Uebergangs der meisten dieser Steuern an den Norddeutschen Bund und das Deutsche Reich nicht mehr mit den früheren vergleichbar). (1000 Mrk. Jahresdurchschnitt).

Tab. 22. Sächsische Steuern.

	directe	indirecte Steuern
1834/36	5.022	7.247
1840/42	4.184	8.350
1849/51	7.441	8.690
1858/60	6.704	11.562
1864/66	7.182	12.529
1872/73	9.911	(6.089)
1874/75	11.179	(4.812)
1876/77	13.002	(4.846)

Hiernach wären gerade in der Zeit von 1834/36 bis 1849/51 die directen Steuererträge stärker als die indirecten gewachsen, während erst hinterher, bis 1864/66, das Wachsthum der letzteren dasjenige der ersteren überholt hätte. Später kamen dann, auch schon vor den Reformen der 1870er Jahre, die directen, durch eigene Entwicklung und auch durch Zuschläge, in stärkere Ertragssteigerung. In der für Sachsen (nach 1866!) besonders kritischen Zeit von 1867/69 war von ihnen schon ein Jahresertrag von 10.210 Mill. Mrk. erreicht worden.

Bemerkenswerth ist noch Folgendes. Durch die wiederholt erfolgten Zuschläge zu dem normalen Steuersatz ist auch der Grundsteuer thatsächlich die Beweglichkeit des Steuerfusses und damit der Steuercharacter reiner erhalten, die Umbildung dieser Steuer zur Reallast gehemmt worden. Die Nothwendigkeit, zu dieser Steuer und zu der zweiten grossen directen solche Zuschläge aufzulegen, drängte aber auch auf die Reform dieser ganzen Besteuerung mit hin. Denn sie wurde in ihrer bisherigen Gestalt so besonders drückend und bei der Verschiedenartigkeit ihrer beiden Glieder fehlte auch ein richtiger Maassstab für die Bestimmung der Höhe dieser Zuschläge. Wenn letztere an sich auch richtig höher für die Gewerbe- und Personalsteuer bemessen wurden als für die Grundsteuer, so liess sich doch die Richtigkeit des gewählten Zuschlag-Verhältnisses bei beiden nicht beweisen. Die Censiten der zweiten Steuer fühlten sich durch ihre höheren Zuschläge gegenüber den Grundsteuer-Censiten benachtheiligt. Diese Sachlage hat den Boden für die allgemeine Einkommensteuer mit vorbereitet. Die sächsische Steuergeschichte ist so ein gutes, finanzwissenschaftlich interessantes Beispiel dafür, wie gegebene Steuern, hier die beiden directen, durch die verschiedenartige Entwicklung der durch sie getroffenen wirthschaftlichen Kreise nothwendig in ein Missverhältniss kommen, wodurch dann auf Steuerreformen in bestimmter Richtung hingedrängt wird. In Sachsen war das störende und daher das treibende Element die immer stärker industriestaatliche Entwicklung. Grundsteuerzuschlag $\frac{1}{9}$ — $\frac{2}{9}$ (1867 $\frac{2}{9}$), Zuschlag zu den anderen Steuern 100, 40, 80 % (1867 80 %). (S. u. Vgl. Gensel, Hirth's Annalen B. 7, 1874 S. 1379).

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den neuen beiden directen Hauptsteuern der Reform in den 30er Jahren bis zum Hinzutritt der Einkommensteuer in den 70er Jahren ergiebt sich aus folgender Zahlenreihe.

Tab. 23. Sächsische directe Besteuerung. (1000 Thlr., Jahresdurchschnitt, rein, nach den Ziffern des Budgets).

	Grundsteuer	Gewerbe- und Personalsteuer
1846/48	1.211	320
1849/51	1.405	400
Zuschlag	267	349
1868/69	1.580	1.032
Zuschlag	182	422
1872/73	1.678	1.298
1874/75	1.697	1.766
1876/77	1.559	2.070

In der letzten Periode war die neue Einkommensteuer (s. u.) bereits im Etat mit erschienen (0.759 Mill. Thlr.). In der Steigerung des Ertrags der Gewerbe- und Personalsteuer seit den 40er Jahren — auf das 4—5—6fache, dagegen nur um ca. 40 % bei der Grundsteuer, wo, von vorübergehenden Zuschlägen (so für 1867, nach dem Kriege, 360.000 Thlr. neben 728.000 Thlr. zur anderen directen Steuer) abgesehen, wesentlich nur die durch Zuwachs von Gebäuden bedingte Ertragssteigerung in Betracht kam, — spiegelt sich vornemlich der Einfluss der eingetretenen wirthschaftlichen Entwicklung, der stark gestiegenen Bedeutung der Industrie, des Städtewesens in dem verflossenen Menschenalter ab: was dann wieder auf die Reform der directen Besteuerung mit hindrängte.

Von den übrigen Steuern war auch der Ertrag der Stempelsteuer stark gewachsen, von 1849/51 bis 1874/75 von 195.000 auf 446.000 Thlr. (rein), mehr noch der Ueberschuss der Lotterie, von 140.000 auf 870.000 Thlr. (!), der Fleischsteuerertrag von 324.000 auf (1876) 1.224.000 Thlr.

Unter den sonstigen ordentlichen Einnahmen hatten die bedeutendsten alten, die Forsten, einen fast fortwährend von den 30er bis in die 70er Jahre steigenden Ertrag ergeben: von 636.000 waren sie auf 2.477.000 Thlr. (1871/73, 1874/75 vorübergehend selbst 2.850.000) (rein) gewachsen. Die Domänen u. s. w. hatten dagegen weniger geliefert. (Ertrag, rein, von ca. 300.000 auf ca. 167.000 gesunken). Dafür hatte das Staatsbahnsystem auch in Sachsen seine grosse finanzielle Bedeutung gewonnen und lieferte auch bereits Ueberschüsse über das Zinserforderniss der Eisenbahnschulden hinaus, deckte selbst die Tilgung der gesamten Schuld mit und ergab sogar alsdann noch einen kleinen Ueberschuss. Ganz die gleiche relativ hohe finanzielle Bedeutung für den sächsischen, wie in Preussen später für den preussischen Staatshaushalt (Tab 4, S. 56) hat indessen das Staatsbahnwesen in Sachsen weder damals noch später gewonnen, so dass die Besteuerung, und den Umständen nach die die directe, eine grössere Wichtigkeit als in Preussen für den Staatshaushalt behalten musste. Im Beginn der Staatsbahnära, Mitte der 1840er Jahre, betrug der Aufwand für Verzinsung der Staatsschuld 356.000, für Tilgung 308.000 (1843/45), 1874/75, vor der Reform der directen Steuern, 4.543.000 und 1.511.000 Thlr., während in diesem Jahre der Reinertrag der Bahnen schon 5.912.000 Thlr. ergab, also so ziemlich die ganzen Kosten der Schuld (einschliesslich der alten und der für andere Zwecke aufgenommenen) deckte. Später wurde die Lage in dieser Beziehung allerdings zeitweilig wieder ungünstiger (s. u. Tab. 24).

§. 36. Die dritte Periode (1870er Jahre, seit der Einführung der Einkommensteuer, bis zur Gegenwart, 1898). Die technische Unvollkommenheit der bisherigen Gewerbe- und Personalsteuer, welche durch Erhöhung von Steuersätzen, Aufhebung von Zuschlägen noch empfindlicher geworden; der, besonders auch durch die Ereignisse von 1866 gestiegene und weiter wachsende Finanz- und Steuerbedarf; die eingetretene immer wichtiger gewordene industrielle Entwicklung des Landes, in welchem die Fort-

bildung der Volkswirtschaft aus dem „Agrarstaat“ in den „Industrie- und Handelsstaat“ stärker als fast in jedem anderen deutschen Landesgebiet ähnlicher Grösse erfolgt war; die Bedenklichkeit, die agrarische Grundsteuer auf der Basis eines ein Menschenalter zurückliegenden Katasters für den Staat ergiebiger zu machen; die wachsenden Finanzbedürfnisse der Gemeinden u. A. m. drängten in den 70er Jahren in Sachsen immer stärker auf eine Reform in demjenigen grossen Steuergebiet hin, wo der Staat allein für sich noch vorgehen konnte: in der directen Besteuerung. Die Reform der 1830er und 1840er Jahre hatte ihren Dienst gethan und genügte den neuen Anforderungen des Wirthschafts- und Staatslebens nicht mehr. Namentlich, wie schon angedeutet, die Nothwendigkeit von Zuschlägen zu den beiden directen Steuern hatte missliche Verhältnisse geschaffen. Es war nur natürlich, dass man so in Sachsen den Schritt von der Ertragsbesteuerung weg zur umfassenderen Personal- und Einkommenbesteuerung hinüber zuerst unter den grösseren deutschen Staaten that (1874). Die allgemeine Einkommensteuer trat zunächst dem Plane nach und nach der ersten probeweisen Veranlagung auch in der Wirklichkeit nur als Ergänzungssteuer zu den bisherigen directen Steuern hinzu. Nach diesem wichtigen ersten Schritt und dem trotz aller anfänglichen Mängel doch nicht zu leugnendem Gelingen des Experiments mit der Einkommensteuer ging man aber bald mit Energie in der eingeschlagenen Richtung weiter, schob die Ertragsbesteuerung des Staats noch weiter zur Seite, belass dem Staate nur eine stark ermässigte, auf $\frac{4}{9}$ des Normalsatzes herabgesetzte, seit 1886 durch Ueberlassung der Hälfte davon an die Schulcassen noch weiter verminderte Real-(Grund-)Steuer, die dadurch ihrerseits nun an die Stelle der Ergänzungssteuer trat, liess die mangelhafte bisherige Gewerbe- und Personalsteuer ganz fallen und erhob die zweckmässig ausgebildete, namentlich mit einem guten Veranlagungsverfahren, mit dem Declarationszwang (von 1600 M. Einkommen aufwärts) und mit einem mässig progressiven (richtiger: degressiven) Steuerfusse ausgestattete allgemeine Einkommensteuer zur directen Hauptsteuer des Staatssteuersystems (1878).

Damit erwarb sich Sachsen den Ruhm des Pioniers des steuerpolitischen und steuertechnischen Fortschritts auf diesem Gebiete der directen Besteuerung in Deutschland. Die noch grossartigere

preussische Reform dieser Besteuerung ist von dem sächsischen Vorläufer mit beeinflusst gewesen und doch erst ein halbes Menschenalter später erfolgt. Die Propaganda für die Einkommensteuer, in anderen Mittelstaaten (Baden, Hessen) und einigen Kleinstaaten, ist ebenfalls mehrfach auf den Vorgang in Sachsen mit zurückzuführen. Die beiden anderen grösseren Mittelstaaten, Baiern und Württemberg, sind in ihrer Verfassung der directen Steuern weit hinter Sachsen zurückgeblieben. In Württemberg bereitet sich erst jetzt (1898) das erste Stadium der Reform, in das Sachsen schon 1874 trat, vor, in Baiern ist man noch nicht einmal so weit. Die sächsische Steuerreform der 1870er Jahre beansprucht daher ein allgemeineres finanzwissenschaftliches Interesse.

An der Verbesserung der Einkommensteuer im Verwaltungswege und durch die Gesetzgebung ist seitdem weiter gearbeitet worden. Doch wäre hier noch Manches mehr zu thun gewesen. Namentlich geht die sächsische Einkommensteuer zu weit herab (bis 300 M., seit 1894 bis 400 M. Einkommen, die erste von 1874 hatte sogar keine untere Grenze für die Steuerpflichtigkeit). Das ist, zumal neben den directen Reichssteuern, der eigenen Staats-Schlachtsteuer, steuerpolitisch und wegen der zu grossen Zahl der Censiten, welche diese weite Ausdehnung der Steuerpflicht nach unten zu bedingt, auch steuertechnisch bedenklich, da dies die Verwaltungsarbeit für eine ordentliche Einschätzung zu gross macht.

Eine erhebliche Erhöhung des „steuerfreien Minimums“, ähnlich wie in Preussen, etwa auf 800 M. (Neumann's Vorschlag) könnte neben den vielfach die „kleinen Leute“ belastenden directen Communalsteuern und neben der Fleischsteuer wohl ernstlich in Frage kommen und hätte auch bei der geringen Einträglichkeit der Einkommensteuer von den Leuten von 400—800 M. Einkommen finanziell keine erheblichen Bedenken. Mindestens dieser Betrag liesse sich durch geringe Erhöhung des Steuersatzes der Censiten mit höherem Einkommen, z. B. über 4800 M. leicht einbringen. Und das Veranlagungsgeschäft würde ungemein erleichtert. 1894 waren mit 3—400 M. Einkommen veranlagt: 179.506 Personen oder 12.04 % der Eingeschätzten, mit Steuerertrag von bloss 89.706 M., was man damals aufgab. Censiten von 400—800 M. Einkommen gab es 710.142 oder 47.65 % von allen mit bloss 1.510.280 M. Ertrag (6.68 % vom Gesamtertrag). Es würden so an 60 % Censiten fortfallen. Aehnlich urtheilt Neumann, Gemeindesteuerreform S. 28.

Die Fortbildung der directen Besteuerung in der Richtung nach stärkerer Belastung der Censiten mit höherem Einkommen ist jüngst durch Erhöhung des Steuerfusses für solches Einkommen zwar erfolgt. Aber das analoge Problem, das fundirte Einkommen stärker als das übrige zu besteuern, wird durch eine Objectsteuer ohne Schuldenberücksichtigung wie die als Rest gebliebene Grundsteuer für Grund- und Hausrenten-Einkommen nicht

genügend gelöst und das Kapitalrenten- und verwandte Einkommen wird überhaupt als solches nicht höher getroffen. Die schwierige Lage der Landwirthschaft, die starke, steigende Communalbesteuerung, der wachsende Staats-Finanzbedarf, neuere mehr socialpolitische Erwägungen für die Einrichtung der directen Steuern, der maassgebende Vorgang der preussischen Reform von 1893 haben in neuester Zeit die Weiterbildung der directen Besteuerung auch in Sachsen wieder auf die Tagesordnung gebracht, namentlich im Winter 1897/98, wo die Regierung eine wohl durchdachte umfassendere Steuerreformvorlage einbrachte (s. u. §. 39), aber mit derselben nicht durchgedrungen ist. Die in diesem Reformplane verfolgte richtige Idee, das Problem der höheren Besteuerung des Besitzeinkommens und damit eines Haupttheils des grösseren Einkommens überhaupt durch die Einführung einer Vermögensteuer, wie in Preussen, zu lösen und die Ertragsbesteuerung des Staats neben der Personalbesteuerung, d. h. den Rest der Grundsteuer ganz fallen zu lassen, wurde im Landtage noch abgelehnt. Zum Theil macht sich wohl das Interesse der wohlhabenderen Classen, die unter dem Druck des verschärften Veranlagungsverfahrens bei der Einkommensteuer stehen und vielfach, freilich mit Unrecht, darüber klagen, hierbei geltend. Sachsen hat so jetzt die Stelle an der Spitze des Fortschritts in der Reform der directen Besteuerung wieder verloren und an Preussen abgetreten. Das schmälert aber Sachsens Ruhm in den 70er Jahren nicht. Und lange wird sich eine Weiterbildung der Personalbesteuerung in der angedeuteten Richtung, daher im Sinne der Regierungsvorlage von 1897/98, doch nicht verzögern lassen.

S. die Landtagspapiere über die Vorgänge in Sachsen seit 1868, besonders bis 1878, über die mancherlei Projecte, über die Interessengegensätze der Parteien, von Stadt und Land, von verschiedenen wirthschaftlichen Berufen u. s. w., über den Widerstand der reicheren Classen, welche bei dem mangelhaften Veranlagungsverfahren der früheren Gewerbe- und Personalsteuer viel zu wenig steuerten und durch die neue Steuer schärfer herangezogen wurden, über die Schwierigkeit, im Landtage die Sache durchzuführen und die längere Zeit schwankende Haltung der Regierung die Aufsätze in Hirth's Annalen B. 7 u. 8 (1874, 1875) und Conrad's Jahrb. B. 44, N. F. 10 (1885) von Gensel, der sich um die legislative Behandlung der Sache selbst wesentliche Verdienste erworben hat; ferner Conrad's Ausführungen in s. Zeitschr. B. 16, 17 (1871), 21 (1873), 33 (1879), mit Berücksichtigung der einzelnen Phasen der Entwicklung, auch der Speciallitteratur. S. ferner die Gesetze in „K. sächs. Steuergesetze“ (öfters). v. Stengel's Wörterb. Art. Einkommensteuer von v. Mayr, B. I, auch Suppl.-B. II u. III, H. W. B. d. St. III, Art. Einkommenst. von Gerlach, auch Suppl. B. I, v. Tröltsch. A. Wagner in Schönberg's Handb. III, 1. Abtheil. (4. A.), S. 292 u. mehrfach passim, Schanz in s. Arch. B. 12 (Novelle v. 1894). Vielfach passim Neumann in s. Gemeindesteuerreform.

Gesetze: über Einkommensteuer v. 22. Dec. 1874, wonach die erste Veranlagung und die wirkliche Erhebung der Steuer in 1877 u. 1878 erfolgte. Neues Gesetz

an dessen Stelle v. 2. Juli 1878, wonach die Steuer von 1879 an veranlagt und erhoben, dazu Ausführungs-Verordn. v. 2. Juli 1878, Instruction v. 7. Dec. 1878, Novelle v. 10. März 1894. Fin. Ges. v. 15. März 1894 betr. die Ermächtigung zur Erhebung von Einkommensteuer-Zuschlägen zur eventuellen Deckung höherer Bedürfnisse für Reichsmatricularbeiträge. Commentare von Walther, Schäfer. Ferner: allgemeines Gesetz über directe Steuern v. 3. Juli 1878. Revidirtes Gesetz v. 9. Sept. 1843 über Grundsteuer v. 3. Juli 1878. Dazu Ges. v. 27. März 1886, wodurch die halbe dem Staat verbliebene Grundsteuer den Schulgemeinden (s. u. §. 40) überlassen worden. Besonderes Ges. v. 1. Juli 1878 betr. Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen (Ges. über Besteuerung des Wanderlagerbetriebs v. 23. März 1880, für die Gemeindecasse). Hauptpuncte aller Gesetze in dem v. d. Mosel'schen Handb. d. k. sächs. Verwaltungsrechts. (8. A. 1897). Werthvolle, periodisch fortgeführte Statistik der Einkommensteuer-Veranlagungen, in der Ztschr. d. sächs. stat. Bur., von V. Böhmert, so von 1875—94 im Jahrg. 1894. Daraus Auszüge in Hirth's Ann., Fin.-Arch. u. sonst (s. u. §. 38).

Nach der Steuerverfassung von 1878 wurde der durch directe Steuern zu deckende Staatsbedarf von 1879 an durch die drei directen Steuern, die Grund-, die Gewerbesteuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen und die Einkommensteuer aufgebracht. Ausser der Gewerbe- und Personalsteuer von 1845 mit ihren späteren Ergänzungen fielen damit auch die vom Regalbergbau erhobenen Steuern (Gesetz v. 10. Oct. 1864, §. 2—5, nicht die besonderen Abgaben von den Gruben- und Schurffeldern, nach §. 6 ff. dieses Gesetzes) (Art. 1 u. 6 des Ges. v. 3. Juli 1878). Die Grundsteuer des Staats wurde endgiltig auf 4 Pfennig von der Steuereinheit von $\frac{1}{3}$ Thlr., gegen bisher normal 9 Pf. (ohne die wiederholten Zuschläge, s. o.) herabgesetzt. Im Falle einer Revision der Grundsteuer sollte der auf die Steuereinheit treffende Satz zwar neu festgestellt werden, aber unter Ausschluss einer Erhöhung des zur Zeit dieser Festsetzung bestehenden Gesamtbetrags dieser Steuer (Art. 3, §. 5 des Gesetzes vom 3. Juli 1878). Wenn der durch directe Steuern aufzubringende Theil des Staatsbedarfs durch die drei genannten Steuern zu deren gesetzlichen Normalsätzen nicht gedeckt würde, sollte der Fehlbetrag von nun an (abweichend von der bisherigen Praxis, wo, neben freilich stärkeren Zuschlägen zur Gewerbe- und Personalsteuer, in solchem Fall auch Zuschläge zur Grundsteuer erfolgt waren) lediglich durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufgebracht werden. Etwaige durch die Finanzlage erlaubte Ermässigungen der directen Steuern sollten anderseits nur der Grund- und Einkommensteuer zu Gute kommen, beiden aber in gleichem Procentverhältniss, wobei Zuschläge wie Ermässigungen durch das Finanzgesetz zu bestimmen sind (Ges. v. 3. Juli 1878, Art. 5). Damit war die Grundsteuer definitiv in die Stellung einer Ergänzungssteuer der Einkommensteuer geschoben. Durch die spätere Ueberlassung der halben Grundsteuer an die Schulgemeinden (Fin.-Ges. v. 27. März 1886, s. das Nähere im Fin.arch. IV, 1887, S. 1123 ff.), womit auch Sachsen in die neueren Bahnen der Ueberlassung von Staatssteuern an die Gemeinden und ähnliche Körperschaften getreten ist, erlangte die Grundsteuer im sächsischen Staatshaushalte noch mehr eine Nebenstellung in der directen Staatsbesteuerung. Die unerhebliche Hausiergewerbsteuer hat hier, wie meistens, nur einen untergeordneten Finanzzweck, dient jedenfalls zugleich anderen gewerbepolitischen u. s. w. Aufgaben mit oder selbst vorwiegend. Der Schwerpunkt liegt also in Sachsen ganz in der Einkommensteuer, wenn auch nicht in demselben Grade fast ausschliesslich wie in Preussen. Ueber den neuesten sächsischen Steuerreformplan von 1897/98 wird unten in §. 39 Einiges mitgetheilt.

§. 37. Hauptpuncte der Einkommenbesteuerung. Auch hier soll, unserem Plane bei diesen Uebersichten gemäss (o. S. 2), nicht auf das Einzelne des Einkommensteuergesetzes eingegangen werden, wohl aber sind bei der principiellen Bedeutung dieser sächsischen Steuerreform die charakteristischen Hauptpuncte hervorzuheben.

Subjectiv einkommensteuerpflichtig sind (§. 4 des Gesetzes vom 2. Juli 1878) nicht nur physische, sondern auch in grösserem Umfange als sonst in neueren Gesetzgebungen juristische Personen, nemlich von letzteren nicht bloss sogen. juristische Personen des Privatrechts, gewisse Erwerbsgesellschaften (Actien-, Commandit-Actien-, Bergwerkschaften, Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften), sondern auch diese Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und sonstige

auch die mit Vermögenserwerbsrecht ausgestatteten Stiftungen, Anstalten, Personenvereine). Nach dem Reformplan von 1897/98 sollten indessen diese letzteren juristischen Personen, auch die Gemeinden, von der Staatseinkommensteuer befreit werden (s. u. §. 39). Die Erwerbsgesellschaften sind in Sachsen voll, d. h. ohne Abzug eines einkommensteuerfreien Betrags (wie in Baden, Preussen), steuerpflichtig, so dass die Actionaire u. s. w., da sie ihrerseits keine Steuererleichterung für Actienzinsen und Dividenden geniessen, der Einkommensteuer doppelt unterliegen. Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind bisher steuerpflichtig für den Reinertrag ihres Grundbesitzes, Gewerbebetriebs, zinsbar angelegten Vermögens (abzüglich der eigens zu zahlenden Anleihezinsen). Bei beiden Kategorien juristischer Personen findet diese weite subjective und objective staatliche Einkommensteuerpflicht ihre Erklärung und (bedingte) Rechtfertigung durch das Fehlen staatlicher Ertragsbesteuerung, ausser dem Rest von Grundsteuer, die nach wie vor Gebäude mit umfasst. Eine Singularität, gemäss dem sächsischen Erbrecht, ist die subjective Steuerpflicht von liegenden Erbschaften und anderen mit dem Recht des Vermögenserwerbs ausgestatteten Vermögensmassen für deren Reinertrag. Bei der Steuerpflicht der physischen Personen ist die wichtigste Beschränkung die der Personen mit nicht über 300 M. (seit Gesetz vom 10. März 1894 400 M.) Einkommen im Jahre, wobei übrigens auch in Betracht kommt, dass in Sachsen nicht wie in Preussen die Veranlagung nur nach Haushaltungen, sondern auch innerhalb der letzteren nach einzelnen Personen (Ehefrau, Kinder) erfolgt, diese daher für deren ihnen zur Verfügung stehenden sonstigen Erwerb besonders besteuert werden, und nur Personen unter 16 Jahren (früher 18) in der bisherigen untersten Steuerstufe (3—400 M.) steuerfrei sind (Gesetz §. 6 Nr. 9, 8, §. 3). Die erstere Bestimmung kann gegenüber dem preussischen Verfahren eine Erleichterung der Steuerlast bewirken, da in Sachsen so nicht, wie in Preussen, Einkommen, Erwerb der Familienangehörigen ohne Weiteres zu dem Einkommen des Haushaltsvorstands geschlagen und bei diesem steuerpflichtig wird, denn ganz kleine Einkommen der Angehörigen bleiben so steuerfrei oder zahlen niedrigeren Satz bei dem Degressivfuss, als sie als Quoten von höherem Einkommen des Haushaltshaupts zahlen würden. Aber andererseits ist eben jedes eigene kleine Einkommen eines Haushalts- und Familienangehörigen, z. B. der Ehefrau, der Kinder, von jetzt 400 M. an bereits steuerpflichtig, wenn auch zu einem eventuell niedrigen Satze. Mit deshalb auch im Verhältniss zu Preussen die sehr grosse Anzahl der Eingeschätzten (1894 1.490 558 von einer Bevölkerung von 3.64 Mill., also 41 %), in Preussen nur c. 8.5 %. S. auch Neumann a. a. O. S. 15.

Die objective Steuerpflicht ist nach den principiellen Anforderungen in Betreff dessen, was als steuerpflichtiges Einkommen allein aufzufassen ist (Abzug der Erwerbskosten, der Schuldzinsen u. s. w.) richtig angeordnet (§. 15—21). Danach unterliegen insbesondere „Erbschaften und ähnliche Erwerbungen“ als „ausserordentliche Einnahmen“ und „Vermehrung des Stammvermögens“ nicht der Einkommensteuer (§. 15, Nr. 2). Realisirte nicht-kaufmännische Speculations-, Conjunctionengewinne werden aber auch noch nicht getroffen. Bei der Einschätzung werden 4 Hauptquellen unterschieden (§. 17).

Der Steuerfuss war im Gesetz von 1874 noch in Form von einfachen Steuersätzen (Steuereinheiten, Simplen) von im Gesetz bestimmten Einkommenclassen festgestellt, wobei dann das Finanzgesetz zu bestimmen hatte, in dem Wievielfachen dieser Satz zu erheben sei. Im Gesetz von 1878 ist man zu festen Normalsätzen für Einkommenclassen übergegangen, die dann eventuell im Finanzgesetz vermindert oder (wie neuerdings) erhöht werden. Insofern ist der Steuerfuss ein beweglicher (wie in England), nur auf der festen Grundlage eines Normalsatzes. Der Steuerfuss war dabei bis zu 5400 M. Einkommen hinauf im Gesetz von 1878 ein mässig progressiver (von c. 0.143 % an, $\frac{1}{2}$ M. für 300—400 M. Einkommen) und erreichte bei 5400 M. 3 %, welcher Satz von da an den Normalsatz bildete (§. 12). In der Novelle vom 10. März 1894 (ebenfalls §. 12) ist der Beginn der Steuerpflicht auf 400 M. gesetzt, mit dem bisherigen Normalsatz von 1 M. für 4—500 M. Einkommen, für mittlere Einkommen (1100—8800 M.) ist der Steuerfuss etwas ermässigt worden, 3 % voll jetzt erst von dieser Höhe von 8800 M. an (Untergrenze von Cl. 27, mit 8800—9400 M. Einkommen), bleibt für die Untergrenze der Classe so hoch bis Cl. 43 (24.000—25.000), von 25.000 M. Einkommen an steigt er aber weiter, für je 1000 M. um je 40 M., bis 47.000 M. Einkommen, von da an um je 50 M. für 1000 M. bis 100.000 M.

Einkommen, und erreicht dann, ähnlich wie in Preussen im Gesetz von 1891, 4 % für die Untergrenze der Steuerstufe von 100.000 M. Einkommen an. Von da an steigen die Classen um je 2000 M. Einkommen und die Steuer beträgt 4 % desjenigen Einkommens, mit dem die vorausgehende Classe endet (Ges. v. 1894, §. 12). Verglichen mit Preussen sind diese Normalsätze bis 1200 M. Einkommen etwas höher, dann z. Th. etwas niedriger, z. Th. etwas höher, für die Einkommen von 6—8000 M. an meist gleich oder fast gleich (s. Schanz, Arch. B. 12, S. 760, überhaupt daselbst S. 751, über die Novelle von 1894).

Zu allen Sätzen konnten bis 20 % Zuschlag nach dem Finanzgesetz für 1894 und 1895 treten, wenn Sachsen mehr, als im Etat angenommen war, an das Deutsche Reich an Matricularbeiträgen, abzüglich der erhaltenen Ueberweisungen, zu zahlen haben würde. Für 1895 ist hierfür ein Zuschlag von 10 % wirklich erfolgt. Eine principiell wichtige Maassregel in den finanziellen Beziehungen eines Einzelstaats mit dem Reich und ebenso in steuerpolitischer Hinsicht, wegen der Regelung des Steuersatzes nach dem Finanzbedarf und weil hiernach ein Theil der Matricularbeiträge durch eine die Leistungsfähigkeit berücksichtigende Einkommensteuer in einem Einzelstaat gedeckt und so für letzteren wenigstens insoweit die Einkommen- und Verbrauchsbesteuerung für Reichszwecke in organischer Weise verbunden werden. Auch Ermässigung des Steuersatzes wegen verminderter Leistungsfähigkeit wird in der Weise neuerer Gesetze gewährt (§. 13), in dem Gesetz von 1894 noch in höherem Maasse und in weiteren Einkommengrenzen (früher bis 3300, jetzt bis 5800 M.).

Besonders wichtig sind die Grundsätze für die Veranlagung (Einschätzung), die Regelung des Verfahrens und dessen ganze Organisation, die Gestaltung der Rechtsmittel, die Bestimmungen über die Folgen von Zuwiderhandlungen, über Strafen, wofür hier auf das Gesetz selbst und die Verordnungen dazu verwiesen wird (§. 14—77). Bemerkt sei nur, dass in diesen Normen und Einrichtungen der Hauptwerth des Gesetzes in practischer Hinsicht und die Garantie seiner Bewährung liegt. Von einzelnen bemerkenswerthen Puncten seien erwähnt: ausnahmsweise wird statt des Einkommens einer Person, wenn dieses geringer als die Kosten der Haushaltung sind, dieser Kostenbetrag der Veranlagung zu Grunde gelegt (§. 15, Nr. 6); die Leitung und Beaufsichtigung des Einschätzungsgeschäfts in seinem Bezirk ist an ein eigenes fiscalisches Organ, den Steuerinspector (§. 23), der zugleich Vorsitzender der Einschätzungscommission des Districts, in der Regel jeder Gemeinde (§. 25), ist, übertragen (im Unterschied von Preussen, wo dies nicht erreicht ist); der Declarationszwang ist für die Censiten mit über 1600 M. Einkommen (in Preussen 3000), (§. 39 ff.) eingeführt; die (in Preussen nicht durchgedrungene) Declarationspflicht aller Arbeitgeber über das in Gehalt, Lohn u. s. w. gegebene Einkommen ihrer Arbeitnehmer. Beamten u. A. ist angeordnet (§. 36); Hinterziehungen werden mit dem 4—10fachen des Betrags bestraft, dessen Hinterziehung unternommen wurde, also Geldstrafe (§. 68), die Verfügung von Ehren- (Gefängniss-)Strafen im Falle wissentlicher Falschdeclaration zum Zweck der Hinterziehung ist im Landtag beantragt gewesen, aber nicht durchgedrungen.

Die Einkommensteuer mit ihrem schärferen Veranlagungsverfahren und ihrer höheren Belastung der wohlhabenderen Bevölkerung hat von Anfang an bis in die Gegenwart bei dieser Classe, namentlich bei Kapitalisten, Rentnern, Grossindustriellen u. dgl., wegen der Ansprüche an die Mitwirkung der Censiten bei der Veranlagung und wegen des ganzen Veranlagungsverfahrens auch sonst manche Anfechtung erfahren. Auch haben sich die Schwierigkeiten der Veranlagung bei der Masse der kleinen Censiten, welche die weitherabgehende Steuerpflicht mit sich bringt, und bei der Einschätzung mancher Einkommen (hohe, speciell Zinsrenten, Gewerbeerträge), nicht gerade vermindert. Dennoch wird im Ganzen das Urtheil günstig lauten dürfen. Das war auch das Ergebniss einer privaten Umfrage von Gensel bei den Veranlagungsbehörden (s. s. gen. Aufs. in den Jahrb. f. Nat.ök., B. 44, bes. S. 499 ff.), namentlich über den Werth des Einschätzungsverfahrens und der Declarationspflicht. Aehnlich v. Bosse (Gemeindebesteuerung in Sachsen, 1890, S. 42), der z. B. sagt: „während anfangs das Gesetz demoralisirend zu wirken schien, übt es bei längerer practischer Handhabung im Gegentheil einen sittlich-erzieherischen Einfluss aus“. Ueber jene, zum Theil wachsenden Schwierigkeiten bei der Veranlagung s. besonders Neumann, Gemeindesteuerreform, mehrfach, so S. 250 ff. —

§. 38. Sonstige Maassregeln. Von wichtigeren auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung ist namentlich noch der schon oben erwähnten, in diese dritte Periode fallenden mehrfachen Aenderungen der Fleischsteuer zu gedenken, deren Beibehaltung für den Staat an sich schon von besonderer principieller und practischer Bedeutung war; ferner neuer Gesetze über Stempel- und Erbschaftssteuer vom 13. Nov. 1876.

Ersteres mit Novellen vom 3. Juni 1879 und 28. Febr. 1880, jetzt auch 10. Juni 1898, letzteres mit Novellen vom 3. Juni 1879 und 9. März 1880. Auch die Stempelsteuer Sachsens ist natürlich durch die Reichsgesetzgebung eingeengt worden, sie umfasste auch in der neuen Gestaltung von 1876 ein engeres Gebiet, als sonst vielfach, und hat nach den Fällen ihres Eintritts bei Urkunden (Ausstellung, Vorlegung bei öffentlichen Behörden) und der mässigen Höhe ihrer Sätze noch mehr Gebühren- als Steuercharacter, demnach auch einen weniger fiscalischen Character als sonst meist. Bemerkenswerth ist z. B. die niedrige Abgabe bei Besitzwechsel von Grundeigenthum (unter Lebenden), nur $\frac{1}{10}\%$, was wohl mit der alten Verbreitung von derartigen Abgaben in den Gemeinden (s. u. §. 42) zusammenhängt. Die auch in Sachsen jetzt verselbständigte Erbschaftssteuer ist, wie fast allgemein in Deutschland, auf die Seitenlinie und Nichtverwandte beschränkt (auch Ehegatten frei). Der amtliche Reformplan von 1897/98 enthält aber eine wichtige Fortbildung dieser Steuer (s. u. §. 39). Vgl. G. v. Mayr's Art. Stempelsteuer und Erbschaftssteuer im v. Stengel'schen Wörterb. d. Verwaltung.

Die Vertheilung der Staatssteuer-Belastung in Sachsen hat sich, abgesehen von den Reichssteuern, durch die Reform der 1870er Jahre dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit mehr als vordem angepasst. Selbst das Verbleiben der Fleischsteuer, die nach der Vertheilung des Fleischconsums und der Besteuerung der Fleischarten doch auch in erheblichem Maasse die wirtschaftlich leistungsfähigeren Consumenten mit trifft, nöthigt nicht zu einer wesentlichen Einschränkung dieser Behauptung. Die Verschärfung des Veranlagungsverfahrens und die Progression des Steuerfusses bei der Einkommensteuer trafen doch vornemlich die wohlhabenderen, namentlich die reicheren Censiten (wenn auch vielleicht immer noch nicht völlig genügend nach dem Ziele des Gesetzes) und unter diesen die Zinsrentner (Leihkapitalisten) und Gewerbetreibenden (Grossindustrielle, Kaufleute, Banquiers u. s. w.) wohl im Vergleich zur früheren Zeit unter der alten Gesetzgebung am Meisten (wenngleich auch sie wieder schwerlich schon durchaus nach dem gesetzlichen Steuersatz). Auch die Vertheilung der Steuerlast auf Stadt und Land entspricht Dank der Entwicklung der Einkommensteuer jetzt mehr als ehedem der Entwicklung der Steuerfähigkeit. Wenn die Städte nunmehr den Haupttheil der Einkommensteuer tragen (1888 z. B. $\frac{2}{3}$ gegen $\frac{1}{3}$, 66.86 und 33.14 $\%$, 1894 sogar schon 72 und 28 $\%$), so erscheint das nur

angemessen. Vordem, als die directe Besteuerung weit überwiegend auf dem Grund und Boden (Grundsteuer) und in starkem Betrage auf dem platten Lande ruhte, war eben auch die Steuerkraft doch einigermaassen noch so vertheilt. Die Entwicklung der früheren Gewerbe- und Personalsteuer war wohl auch schon in richtigem Verhältniss zu der gestiegenen Leistungsfähigkeit der Censiten dieser Steuer erfolgt, und von den stärkeren Zuschlägen, welche diese Steuer wiederholt im Vergleich mit der Grundsteuer erfahren hat, gilt das Nemliche. Aber eine sichere Entscheidung über das richtige Verhältniss beider Steuern und der Steuerbelastung der Censiten beider liess sich, wie wir oben schon gesehen, nicht treffen. Daher die vielerlei Streitigkeiten zwischen den Interessenten über diesen Punct. Einer der Vorthelle der Einkommensteuer besteht nun auch darin, dass man nunmehr (freilich von der immer noch verbliebenen Verschiedenheit der Erfassbarkeit der überwiegend städtischen und ländlichen Einkommen abgesehen) auch einen wenigstens leidlich sicheren und objectiven Maassstab zur Bemessung der verschiedenen Steuerfähigkeit der Einkommenskategorien und von Stadt und Land besitzt.

§. 39. Der Steuerreformplan von 1897/98. Die steigenden staatlichen Finanzbedürfnisse, die Misslichkeit von zeitweiligen allgemeinen Zuschlägen zu dem normalen Steuerfuss aller Classen der Einkommensteuer, wie sie in 1895 erfolgt waren, die Bedenken, bei dem Steuerfuss für die höheren Einkommen die Progression noch weiter zu führen, oder höheres Einkommen von einer gewissen Höhe an allein mit zeitweiligen Zuschlägen zu versehen; ferner die Rücksicht auf die Finanzlage der Gemeinden, der Wunsch, diesen neue Staatsmittel, eventuell, wie schon seit 1886 den Schulgemeinden, in der Form der Ueberlassung von Staatssteuern zur Verfügung zu stellen; sodann auch die immer mehr sich verbreitende „sociale“ Einsicht von der Nothwendigkeit, das fundirte Einkommen stärker zu belasten, was in der Form des Hinzutritts von Ertragssteuern, wie dem Rest der Grundsteuer, zur Einkommensteuer doch nicht in angemessener Weise bewerkstelligt werden könne; endlich und wohl nicht am Wenigsten der für Sachsen bei seinen nahen nachbarlichen wirthschaftlichen Beziehungen besonders wichtige Vorgang Preussens in der grossen Reform der 1890er Jahre — alle diese Momente und andere mehr haben auch in Sachsen die Steuerreformbewegung jüngst wieder in Gang gebracht. Früheren Landtagswünschen gemäss trat die

Regierung mit einem umfassenderen Reformplan im Herbst 1897 hervor, der in mehreren Punkten sehr bemerkenswerth war und in einem, in der Reform der Erbschaftssteuer, Sachsen wieder an die Spitze der deutschen Steuerreformbewegung führen musste. In dem wichtigsten anderen folgte er dem Vorgang Preussens in der Einführung der Vermögenssteuer.

In der Erbschafts-(und Schenkungs-) Steuer sollte die Steuerpflicht auf die directe Linie, selbst auf die Kinder, und auf die Ehegatten ausgedehnt und zugleich, ähnlich wie in der principiell und practisch so wichtigen britischen Erbschaftssteuerreform von 1894 (Erg.-Heft zu B. III der Fin., §. 8), zu einer Abstufung des Steuerfusses, bezw. einer Progressivität desselben nach dem Bereicherungsbetrage des Erben u. s. w. übergegangen werden, auch eine Erhöhung des bisherigen Steuerfusses überhaupt eintreten. In der eigentlichen directen Staatsbesteuerung sollte nun auch der Rest der Grundsteuer vom Staate fahren gelassen und wie die eine, so jetzt auch die zweite Hälfte dieser Steuer den Schulgemeinden überlassen, der Ausfall aber und der sonstige steigende Steuerbedarf des Staats ausser durch die Reform der Erbschaftssteuer durch die Einführung einer Vermögenssteuer nach preussischem Muster gedeckt worden. Kleinere Abänderungen des Urkundenstempels und der Einkommensteuer, bei letzterer namentlich die Beseitigung der Steuerpflicht der Gemeinden und übrigen Personen des öffentlichen Rechts u. s. w. (s. o. S. 110), umfasste der Plan ausserdem noch mit. Er führte die Reform so recht zweckmässig weiter und hatte auch das Gute, was innerhalb des Reichs bei den Steuerreformen der Einzelstaaten auf dem Gebiete grade der Personalbesteuerung immer ein Leitstern sein sollte, das sächsische betreffende Steuerwesen demjenigen des leitenden deutschen Einzelstaats anzunähern. Ein Mangel war wohl, dass der Plan die Erhöhung des staatssteuerfreien Einkommenminimums von bloss 400 M. (s. o. S. 111) nicht zugleich mit bezielte, eine Unterlassung, welche indessen mit in der schwierigen Finanzlage ihre Erklärung findet.

S. besonders die ministerielle Denkschrift zu dem Decret Nr. 3 an die Stände v. 9. Nov. 1897 betr. die Weiterführung der Reform der directen Steuern, mit fünf Gesetzentwürfen. Die Denkschrift auch im Finanzarchiv 1898, B. XII, 1. Hälfte, S. 382 ff. Verhandlungen über die Reform in der 2. Kammer, bes. im Dec. 1897, April, Mai 1898, in der 1. Kammer Mai 1898. Bericht der Finanzdeputation A der 2. Kammer v. 27. Apr. 1898 über den Vermögenssteuerentwurf (Nr. 233), dgl. über den Erbschafts- u. Schenkungssteuerentwurf (Nr. 248). S. über den Verlauf der Sache den Aufsatz im Finanzarchiv 1898, B. 15, Abth. 2, S. 388 ff. (erst während des Drucks dieses Bogens ist dieses Heft des Archivs erschienen und mir zugegangen).

Als leitender Hauptpunct wird in dem Reformplane die höhere Besteuerung des fundirten Einkommens hingestellt. Als möglicher Weg zu diesem Ziele wird die Einführung einer Kapitalrentensteuer, die zur Grundsteuer hinzuträte, abgelehnt, auch unter dem richtigen Hinweise darauf, dass dann doch eine besondere Steuer auf das gewerblich, in Handel, Industrie u. s. w. beschäftigte eigene Kapital fehlen würde, also eingerichtet werden müsste, eine neue schwierige Aufgabe. Auch die Bewerksstellung einer solchen Höherbesteuerung im Rahmen der Einkommensteuer, in der Form einer höheren Bewerthung des fundirten Einkommens bei der Veranlagung oder in der Form eines höheren Steuerfusses dafür wird nicht befürwortet. Statt dessen soll die Vermögenssteuer neben die Einkommensteuer zur Erreichung des Zwecks treten, mit ähnlicher Begründung, wie s. Z. in Preussen. Sie sollte dieselbe Höhe wie hier haben, $\frac{1}{2}$ ‰ vom Werth als Normalsatz (im Anschluss an Vermögensstufen), sich ebenfalls auf physische Personen beschränken, aber Vermögen bis 10.000 M. (eventuell nach einem Zugeständniss in der Kammer selbst bis 20.000 M., in Preussen nur bis 6000 M.) freilassen, ähnlich wie die Einkommensteuer veranlagt werden, doch ohne Declarationszwang. Letzterer, ebenso die Progression des Steuerfusses wird nach verbreiteter Ansicht, aber mit unzulänglichen Gründen abgelehnt. Im Landtage wurde an die Eventualität einer solchen Progression mit Recht mehrfach gedacht. Auch Communalzuschläge zu dieser Steuer sollten, wie in Preussen, unstatthaft sein, was auch bemängelt worden ist. Als Ertrag wurde 5 Mill. M., also $\frac{1}{6}$ — $\frac{1}{5}$ der gegenwärtigen Einkommensteuer (in Preussen fast $\frac{1}{4}$, wo aber die Steuerfreiheit des Einkommens weiter geht) veranschlagt.

Im Einkommensteuerentwurf handelte es sich um manche einzelne Abänderungen des bisherigen Gesetzes. Von principieller Bedeutung war darunter die Freistellung der Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und andere, auch milde Stiftungen und Personenvereine zu gleichem Zweck) von der staatlichen Einkommensteuer. Die bisherige Besteuerung dieser Personen war mannfach lästig empfunden worden. Sie aufzugeben, bedeutete nur den Verzicht auf etwa $\frac{1}{2}$ Mill. M. Steuerertrag.

Die Ausscheidung der Grundsteuer aus dem Staatssteuersystem in dem Reformplan, ohne dass diese Steuer formell ganz aufgehoben werden sollte, entsprang ähnlichen Erwägungen wie in Preussen. Sie wie hier den Gemeinden unmittelbar zu überlassen, erschien bedenklich wegen der eigenthümlichen Verhältnisse der Gutsbezirke, die auch in Sachsen nicht zu den Gemeinden gehören. Die besondere Institution der diese Bezirke mit umfassenden Schulgemeinden neben den politischen Gemeinden (s. u. §. 42) und der Umstand, dass diesen Schulgemeinden schon bisher die Hälfte der Staatsgrundsteuer (s. o. S. 110) überlassen worden war — nicht eigentlich direct, sondern in der Form einer Dotation des Staatshaushalts für diese Gemeinden aus dieser im Uebrigen vom Staate erhobenen und im Staatshaushalt in bisheriger Höhe stehenden Steuer —, legte es nahe, diesen Corporationen auch den Rest dieser Steuer zu geben, sie aber dann als unmittelbare Empfangsberechtigte, nicht mehr als aus der Steuer dotirte, hinzustellen. Der Staatsfiscus gab damit 1.8 Mill. M. reelle Einnahme auf.

Die Reform der Erbschaftssteuer war in einem besonders grossen Styl nach grossen, aber sehr berechtigten „socialpolitischen“ Steuergesichtspuncten geplant. (S. Fin. II, §. 233, 241, 242, Erg.-H. zu III, §. 8 über die britische Reform von 1894 und §. 15 über die französischen Pläne.) Man wollte die Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Ergänzungssteuer der beabsichtigten Vermögenssteuer um- und ausbilden. In den Motiven werden die üblichen unzutreffenden Einwendungen bei uns in Deutschland gegen die Ausdehnung dieser Steuer auf die directe Linie gut zurückgewiesen. Ohnehin ist in der sächsischen Communalbesteuerung, in den darin sich findenden verbreiteten Besitzwechselabgaben implicite eine Erbschaftssteuer selbst für die directe Linie bei Grundbesitz schon vielfach zu finden (s. u. §. 42, 43). Damit wird practisch widerlegt, dass eine derartige Steuer der „deutschen Familienempfindung“ zu fremd und zuwider sei, um sie einführen zu können. Trotzdem ist die Steuer im Landtage wesentlich an dieser Auffassung gescheitert. Der Plan ging so erstens auf Erhöhung des Maximalsatzes der Erbschaftssteuer von 8 auf 10 ‰, zweitens auf Ausdehnung der Steuer auf die directe Linie und Ehegatten und drittens auf „progressive Ausgestaltung“ der Steuer nach dem Bereicherungsbetrage hinaus, um so eine nennenswerthe Mehreinnahme, 2.5 Mill. M. gegen bisher 1.3 bis

1.4 Mill. zu erzielen. Dabei waren auch bei dem zweiten und dritten Punkte alle Cautelen getroffen, die Steuerfüsse durchaus maassvoll gehalten, der Beginn der Steuerpflicht bei der directen Linie und Ehegatten an eine nicht eben niedrige Höhe des Werthbetrags geknüpft, um allen üblichen Bedenken gegen eine solche Neuerung auf diesem Gebiete zu begegnen. So sollte die Steuer überhaupt wesentlich nur die erheblicheren Vermögensübergänge treffen, nemlich in der directen Linie bei Abkömmlingen und Gatten nur die Werthbeträge über 10.000 M., bei Eltern die über 5000 M., das Maximum der nach Verwandtschaftsgrad und nach Werth des steuerpflichtigen Anfalls abgestuften, bezw. progressiven Steuer 10 %, bei Descendenten und Gatten 3 % der dem einzelnen Steuerpflichtigen zugeflossenen wirklichen Bereicherung nicht übersteigen. Der Tarif war für jeden Verwandtschaftsgrad so construirt, dass die eben genannten Grenzen immer innegehalten wurden und der höhere Steuersatz stets nur für den Ueberschuss des Werths des Anfalls über die oberste Werthgrenze der vorausgehenden Abstufung einzutreten hatte. Z. B. bei Abkömmlingen und Ehegatten war demnach der Betrag von 10.000 M. frei, von 10 bis 30.000 M. war 0.5 %, über 30.000 bis 50.000 M. 1, über 50.000 bis 100.000 M. 1.5, über 100.000 bis 200.000 M. 2.5, über 200.000 bis 400.000 M. 3, über 400.000 bis 600.000 M. 4 % zu entrichten, aber im Ganzen sollte die Steuer in max. 3 % nicht übersteigen. Der Steuersatz bei Erbanfällen an Eltern stieg erst bei Beträgen von 1 Mill. M. auf 10 %. Einem häufig erhobenen Bedenken gegen jede Erbschaftsteuer unter nahen Verwandten, namentlich unter Abkömmlingen und Gatten, dass nemlich bei bald wieder eintretendem Erbgang in Bezug auf dasselbe Vermögen Härten der Belastung entstanden, war durch die Bestimmung Rechnung getragen, dass, wenn ein Abkömmling oder Gatte innerhalb 10 Jahren vom Anfall der Erbschaft an stirbt, ein entsprechender Theil der von ihm entrichteten Erbschaftsteuer seinen Abkömmlingen und Gatten nach Verhältniss ihrer Betheiligung an seinem Nachlass auf die neu zu entrichtende Erbschaftsteuer angerechnet werden solle. Der Beginn der Steuer schon bei einem Werth von 100 M. war wohl zu niedrig angesetzt, 500—1000 M. möchte in diesem Falle richtiger sein. Und zur weiteren Sicherung der Steuerpflichtigen sollte diesen nunmehr gegen die Festsetzung der Erbschaftsteuer durch die Steuerbehörde der Rechtsweg offen sein.

Leider ist der Reformplan in seinen Haupttheilen im Landtage nicht durchgedrungen. Die Vermögenssteuer und die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Descendenten und Eltern ist abgelehnt worden. Den Vorschlag, den Rest der Grundsteuer den Schulgemeinden zu überlassen, hat die Regierung alsdann selbst zurückgezogen.

Die ganze Erbschaftsteuer- und die Einkommensteuervorlage sind noch nicht erledigt (October 1898). Von ersterer ist die Erhöhung der sonstigen Steuersätze in der 2. Kammer angenommen, in der 1. Kammer die Sache noch nicht entschieden. In der Einkommensteuervorlage ist die Freistellung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts nicht in der geplanten Ausdehnung in der 2. Kammer genehmigt worden, die Gemeinden sind steuerpflichtig geblieben. Auch dazu hat die 1. Kammer noch nicht Stellung genommen. Nur das Gesetz über den Urkundenstempel ist zu Stande gekommen und unter dem 10. Juni 1898, dabei zugleich das ganze Stempelgesetz in neuer Redaction erlassen worden. Den sehr charakteristischen Verlauf der Sache in den Kammerverhandlungen zu verfolgen, ist von allgemeinerem Interesse. Die Vermögenssteuer wurde aus durchaus unzulänglichen Gründen abgelehnt. Es spielte dabei eine Rolle besonders die Furcht eines Bruchs der Geheimhaltung der privaten Vermögensverhältnisse, die Schwierigkeit der Werthschätzungen besonders des Grundbesitzes und gewerblichen Betriebskapitals, die neue Belästigung der Censiten, die Ueberlastung des Grundbesitzes, wenn die Grundsteuer nicht, wie vielfach aus Interessentenkreisen verlangt wurde, ganz aufgehoben, sondern als Schulgemeindesteuer beibehalten werde. Auch eine principielle Ablehnung dieser Steuer ist hie und da vertreten gewesen. Den preussischen Vorgang wollte man nicht allgemein für Sachsen als maassgebend gelten lassen. Zum Ersatz dachte man vielfach an die höhere Besteuerung der grossen Einkommen, und ein bezüglicher Beschluss der 2. Kammer ist auch gefasst und gegen den Widerstand der ersten festgehalten, aber

so eben auch darüber keine Einigung erzielt worden. Es sollte danach das Einkommen von 30.000—100.000 M. im Fall der Nothwendigkeit der Erhebung von Zuschlägen mit 10, dasjenige über 100.000 M. mit 20 % belegt werden. Dass damit die ziemlich allgemeine auch im Landtag als richtig erkannte höhere Besteuerung des fundirten Einkommens nicht genügend herbeigeführt werde, konnten auch die Vertreter dieser Höherbesteuerung der grossen Einkommen nicht verkennen. Die That- sache der Besteuerung der untersten Classen in Sachsen mit der bis auf 400 M. Einkommen herabgehenden Einkommensteuer und mit der staatlichen Fleischsteuer wurde nicht gebührend berücksichtigt. In der Landesvertretung zeigte sich so m. E. weniger Einsicht als bei der Regierung und doch ein kaum zu bestreitendes Hervor- treten der Classeninteressen der Besitzenden. Die Ablehnung der Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf die directe Linie und die Gatten wurde nur mit den üblichen Behauptungen über die Unerträglichkeit einer solchen Steuer und deren Widerspruch mit den Volksgefühlen begründet, wobei an die Besteuerung auch solcher Erben durch die communalen Besitzwechselabgaben (s. u. §. 42, 43) gerade in Sachsen, wie schon bemerkt, nicht einmal gedacht wurde. Uebrigens ist in den Kammerdebatten das Bedürfniss einer gesetzlichen Regelung der Communalbesteuerung (s. u. §. 41) gleichzeitig mit der Reform der directen Besteuerung gelegentlich hervorgehoben worden.

Die Reformbewegung wird mit diesem zunächst in der Hauptsache negativen Ergebniss nicht zum Stillstand kommen. Ihren Fortgang nehmen auch bezüglich Beschlüsse der 2. Kammer in Aussicht. Mit der blossen Aenderung des Steuerfusses der Einkommensteuer in stärker progressiver Richtung (bis auf c. 5.80 % nach Vor- schlägen in der 2. Kammer bei Einkommen von 150.000 M. und darüber, bis auf 8 % nach einem socialdemokratischen Vorschlag bei Einkommen von über 612.000 M.), so berechtigt eine solche Aenderung gleichzeitig wäre, ist es nicht allein gethan. Die Höherbesteuerung des fundirten Einkommens in Form gerade einer Vermögens- steuer möchte immer das relativ Zweckmässigste sein und brächte auch die erfreuliche Annäherung der sächsischen an die preussische directe Staatsbesteuerung. Der Hinzutritt einer progressiven Erbschaftssteuer auch für die directe Linie war weiter ein grosser erfreulicher Fortschritt in richtiger socialpolitischer Besteuerung. Der sächsischen Re- gierung gereicht der somit hoffentlich nur einstweilen gescheiterte Reformplan zu hohen Ehren. Er zeigt eine staatsmännische Einsicht in dem socialdemokratisch durchwühlten Lande, welche die Kammern in ihrer ablehnenden Haltung nicht bewiesen haben.

Staatssteuer-Statistik.

§. 40. Unter dem Einfluss der neuen Beziehungen Sachsens zum Deutschen Reich, der dargelegten Steuerreformen und der Entwicklung des Staatsbahnwesens ist der Einnahmeetat des sächsischen Staats natürlich jetzt ein ganz anderer als in der früheren Zeit geworden. Die allgemeine grosse Entwicklung von Volk, Land, Volkswirth- schaft hat zugleich zu einer starken Steigerung der Einnahmeziffern geführt. Unter den älteren privatwirthschaftlichen Einnahmezweigen sind von grösserer finanzieller Bedeutung nur noch die Staats- forsten, unter den neueren sind auch in Sachsen die Staats- eisenbahnen immer wichtiger geworden. Ihnen stehen freilich auch hier grosse Staatsschuldenlasten gegenüber, indessen nicht nur die Zinsen, sondern auch die Tilgungssummen der Schuld werden neuerdings wieder durch die Reinerträge der Bahnen mehr als vollständig gedeckt, so dass jetzt auch hier wie in Preussen, wenngleich relativ viel geringere Ueberschüsse für andere Staatszwecke verbleiben. Eine relativ bedeutende Höhe hat leider auch in Sachsen der Reinertrag der Lotterie. Der Haupttheil

der erforderlichen Einnahmen zur Deckung des Staatsfinanzbedarfs (von diesem die Schuldlast abgerechnet) liefert aber jetzt die Besteuerung, reichlich $\frac{2}{3}$, und davon wieder fast $\frac{4}{5}$ die directe, d. h. fast ganz (über $\frac{5}{6}$) die neue Einkommensteuer. Der sächsische Staatshaushalt ist also jetzt ganz überwiegend steuerwirthschaftlich geworden und hat seinen Schwerpunkt in der Einkommensteuer gefunden. Doch ist auch hier immer daran zu denken, dass die Ausgaben für wichtigste Staatszwecke an das Reich übergegangen sind und da namentlich in den indirecten Verbrauchssteuern ihre Deckung finden.

Das Einzelne ergeben die folgenden Tabellen für die Zeit, seit Sachsen zum Norddeutschen Bund gehört und seit Einführung der Einkommensteuer, womit die Daten der früheren Tabellen Nr. 20—23 zu vergleichen sind. Ausser durch die Folgen, welche der Eintritt Sachsens in den Norddeutschen Bund für den sächsischen Staatshaushalt mit sich brachte, wonach die Etats vor 1868 mit den späteren nicht direct vergleichbar sind, werden Vergleichen der Verhältnisse in älterer oder neuerer Zeit erschwert auch noch durch sonstige Veränderungen in der Etatisirung. Noch von 1895 auf 1896 sind z. B. in dem Etat der Ueberschüsse die Erträge der Zölle und Consumsteuern von 28.82 Mill. M. auf 3.62 gesunken, nur weil die Ausgaben für Reichszwecke jetzt grösstentheils gleich davon abgezogen werden, die daher 1895 noch mit 25.53, 1896 nur mit 0.03 Mill. M. im Etat der Zuschüsse stehen. Alles das, ferner auch der Character des sächsischen Budgets als Nettoetat ist störend. Daten der wirklichen Ertragsergebnisse, wie in Tab. 25 u. 26, sind daher öfters brauchbarer. Die Zahlen der Jahre 1866—69 sind wegen der Nachwirkungen der Ereignisse von 1866 und wegen des in diese Zeit fallenden Uebergangs in die neuen Verhältnisse zu Vergleichen noch weniger geeignet, daher in Tab. 24—26 Beginn mit 1870.

Tab. 24. Entwicklung der Hauptzweige der ordentlichen Staatseinnahmen des Königreichs Sachsen. (Budgetziffern, netto in 1000 M.)¹⁾.

I. Mit Reichsausgaben-, Eisenb.- u. Schuldetat	1870	1875	1880	1890	1895	1897
A. Steuern	11.544	13.483	26.528	47.275	56.833	33.440
B. Forsten, Domänen u. s. w. ²⁾	6.432	9.056	8.376	8.595	7.631	7.463
C. Eisenbahnen	12.663	17.761	23.920	30.435	30.637	32.058
D. Andere ord. Einnahmen ³⁾	7.305	7.193	4.936	6.261	5.583	4.643
E. Summe	37.945	47.493	63.760	92.566	100.684	77.604
F. Davon für Reichszwecke bestimmt ⁴⁾	5.924	4.441	4.704	16.947	25.528	31
G. Bleibt für Landes Zwecke .	32.021	43.052	59.056	75.619	75.156	77.573
II. Ohne Reichsausg., Eisenb.- und Schuldetat						
A. Steuern, ab Reichsausgabe.	5.620	9.042	21.824	30.328	31.305	33.409

¹⁾ Die Daten meist nach dem Gothaer Jahrbuch.

²⁾ Ausser Forsten und Domänen auch die Kohlen- und sonstigen Berg- und Hüttenwerke (1897 passiv), die Porcellanmanufactur, die sogen. Intradengefälle (auch Jagdscheine). Die sächs. Domäneneinkünfte sind gering, die Ueberschüsse der Kohlen- und Berg- und Hüttenwerke schwankend, neuerdings Deficite: 1870, 1880, 1895 und 1897: 0.972, 1.106, Deficit von 0.497, desgl. von 0.975 Mill. M., die Reinerträge der Forsten waren in diesen genannten 4 Jahren: 4.806, 6.572, 7.435, 6.758, Mill. M. nach dem Etat.

³⁾ Zinsen von Kapitalien, Sporteln, verschiedene Verwaltungseinnahmen, darunter auch kleine privatwirthschaftliche, Chausseegelder; Hauptposten Lotterieuüberschuss: 1870, 1880, 1895, 1897 bezw. 2.190, 3.140, 4.640, 4.563 Mill. M.

⁴⁾ Soweit sie im sächsischen Etat stehen.

B. Eisenb., ab Schuldaufwand	1870	1875	1880	1890	1895	1897
(Zuschuss —, Uebersch. +) ¹⁾	— 2.599	+ 144	— 6.176	— 803	+ 1.307	+ 1.837
C. Alle and. Einn. (I, B u. D.)	13.737	16.249	13.312	14.956	13.214	12.106
Summe verfügbarer Einnahmen	16.758	25.435	28.960	44.381	45.826	47.352
III. Procente von Nr. II: Steuern	33.5	35.5	75.4	68.3	68.3	70.5
„ alle and. Einnahmen	66.5	64.5	24.6	31.7	31.7	29.5

In der zutreffenden Voraussetzung, dass die Reichsausgaben, welche nach Abzug der eigenen Einnahmen des Reichs noch auf Sachsen nach dessen Etat fallen, hauptsächlich aus den sächsischen Steuern gedeckt werden, und der gleichfalls zutreffenden Annahme, dass das Staatsschulderforderniss (für Zins und Tilgung) wesentlich aus dem Bau und Ankauf von Eisenbahnen herrührt, ist Abth. II der Tab. 24 so gebildet worden, dass von den (Rein-)Erträgen der Steuern die Ausgaben für Reichszwecke (A) und von den Eisenbahn-Reinerträgen die Lasten der Schuld (B) abgezogen worden sind (wo sich dann in einigen Jahren der Tabelle statt Ueberschüssen Deficite, mit Minus (—) bezeichnet, ergeben). Dann tritt der eigentliche Staatshaushalt Sachsens reiner hervor und ergibt sich, dass derselbe in der That immer mehr auf Steuern basirt ist, wie die Procentsätze unter III der Tabelle ersichtlich machen. Dies obwohl die Ueberschüsse der Bahnen früher nicht, jetzt aber mehr als vollständig das Schuld-erforderniss decken. Die absoluten Zahlen unter I und II lassen die Entwicklung noch schärfer hervortreten: die nicht steuerrechtlichen Einnahmen sind wenig gestiegen, z. Th. gefallen (I, B, D, II, C), die Steuern mussten zur Deckung des wachsenden Bedarfs um so stärker steigen. Dies schon, wenn man den sächsischen Haushalt allein betrachtet (Abth. II. A), vollends, wenn man die im Etat stehenden Reichsausgaben hinzurechnet (I, A, F) und die in der Tabelle nicht mit enthaltenen Reichsausgaben nebst den von den Reichssteuern auf Sachsen entfallenden Steuern noch im Gedanken mit berücksichtigt. Dies für Sachsen (und für die später behandelten anderen deutschen Staaten) genauer auszurechnen, wie es oben für Preussen geschehen ist (Tab. 4, S. 55), würde zu weit führen. Im Vergleich mit Preussen ist die Sachlage in Sachsen wie in den andern deutschen Staaten ungünstiger, die Besteuerung musste mehr in Anspruch genommen werden, weil die grossen Eisenbahnüberschüsse Preussens fehlen. Wäre es zum Reichseisenbahnsystem gekommen, nach den Bismarck'schen Plänen der 70er Jahre, so würde sich das für die übrigen Staaten finanziell sehr günstig, für Preussen ungünstig erwiesen haben.

Die einzelnen Steuern zeigen folgende Ertragsentwicklung:

Tab. 25. Fleischsteuer. 1000 M.²⁾.

	Schlachtst.	f. vereinsländ. Fleischwerk	v. ausländ. Fleischwerk ³⁾	Summe	auf den Kopf M.
1871	2.743	38	10	2.792	1.09
1881	3.518	65	?	3.583	1.19
1891	4.473	124	89	4.686	1.33
1897	4.681	418	131	5.231	1.35

Der Ertrag der Fleischsteuer ist hiernach in fortschreitender absoluter und relativer Steigerung begriffen, letzteres die Folge höheren Consums, daher verbesserter Lebenslage der Massen, was auch die genauere Untersuchung der Statistik des Fleischconsums bestätigt, ersteres die Folge hiervon und zugleich der stark steigenden Bevölkerung. Der jetzige Ertrag ist etwa ein Fünftel desjenigen der Einkommensteuer. Um diese Quote müsste also diese erhöht werden, wenn die Fleischsteuer aufgegeben

¹⁾ Erforderniss der ganzen Schuld, die auch in Sachsen grossentheils Eisenbahnschuld ist, 1870, 1880, 1895, 1897 bezw. 15.262, 30.096, 29.330, 30.221 Mill. M., wovon in den letzten Jahren etwa $\frac{3}{4}$ für Zins, $\frac{1}{4}$ für Tilgung (in 1880 bezw. 23.979 und 6.118, in 1895 21.146 und 8.184, in 1897 22.522 und 7.699 Mill. M.).

²⁾ Aus einer Tabelle, die ich der Güte des Königl. Sächs. Statist. Bureaus verdanke. Kopfquotenberechnung von mir. S. sonst den schon genannten Aufs. von Martin in der Sächs. Stat. Ztschr. für 1895 über Fleischconsum und die Angaben im Sächs. Statist. Jahrb., so f. 1897 im Jahrgang für 1899, S. 73, mit Angaben über die Vertheilung der Steuer nach Hauptamtsbezirken.

³⁾ Als Ziffer für 1891 ist hier die für 1892 eingesetzt.

würde: immerhin eine fragwürdige Maassregel vom finanz- wie volkswirtschafts- und social-, auch consumpolitischen Standpuncte aus, da dahin steht, ob, wie weit und wann die Aufhebung den Consumenten zu Gute käme. Bei der jetzigen Gestaltung der sächsischen Fleischsteuer entfallen auch manche der sonstigen Bedenken gegen eine derartige Verbrauchssteuer. Aber um so mehr sollte mindestens der Staat das steuerfreie Minimum bei der Einkommensteuer auch aus dieser Rücksicht auf die Fleischsteuer höher rücken (s. o. S. 108). Als eines der wenigen Beispiele einer solchen in der deutschen Staatsbesteuerung ist diese sächsische Fleischsteuer noch besonders beachtenswerth.

Die Tab. 26 giebt eine kleine Uebersicht der Ertragsentwicklung der übrigen Staatssteuern Sachsens, mit Zurückgehen auf die älteren Verhältnisse vor der Einführung der Einkommensteuer bis 1870, womit die Daten oben S. 106 in Tab. 23 (auch 22 und 21) dann weiter zu vergleichen sind¹⁾.

Tab. 26. Die sächsische Staatsbesteuerung 1870 — 97.
(Erträge²⁾ in 1000 M.).

	1870	1875	1879	1888	1894	1895	1896	Auf den Kopf Mk.		
								1870	1879	1896
1. Grundsteuer ³⁾ . . .	4.930	5.083	3.252	3.025	3.482	3.547	3.600	1.97	1.08	0.94
2. Gew.- u. Personalst. ³⁾	3.438	5.298	2.785	—	—	—	—	1.37	0.95	—
3. Einkommensteuer ⁴⁾ .	—	—	{11.901	17.563	23.721	27.108	26.052	—	4.09	6.81
			{11.891	17.917	24.501	—	—	—	—	—
4. Hausirgewerbsteuer ⁵⁾	—	—	341	272	219	225	228	—	0.12	0.06
Summe 1—4 directe ⁶⁾	8.368	10.381	18.279	20.860	27.422	30.880	29.880	3.34	6.24	7.81
5. Stempelsteuer ⁷⁾ . . }	1.278	1.345	1.274	1.323	1.519	1.779	1.984	0.51	{0.44	0.52
6. Erbschaftssteuer ⁷⁾ . }			304	1.094	1.482	1.361	1.304			
Summe 5 u. 6 . . .	1.278	1.345	1.578	2.417	3.001	3.140	3.288	0.51	0.54	0.86
7. Fleischsteuer ⁸⁾ . . .	2.792	3.705	3.429	4.766	4.373	4.499	4.949	1.09	1.18	1.30
Summe 1—7 . . .	12.438	15.431	23.286	28.043	34.796	38.519	38.117	4.94	7.96	9.97

Die Daten dieser Tab. 26 sind nicht völlig gleichwerthig, weil diejenigen für die ersten 2 Jahre wesentlich Nettoziffern (ausser bei der Fleischsteuer), die für die folgenden dagegen wesentlich Bruttoziffern bedeuten (ausser bei Grund- und Gewerbe- und Personalbesteuerung), die ersteren sind also um ein Weniges zu niedrig, daher auch die betreffenden Kopfbeträge. Doch ist der Fehler für unsere Zwecke ohne grössere Bedeutung, man muss ihn nur bei der Vergleichung und Schlüssen daraus beachten.

¹⁾ S. die Aufsätze Böhmert's über die sächs. Einkommensteuer-Statistik in der sächs. stat. Ztschr. 1889 u. 1894, wo aber die finanziellen Ergebnisse vor den social-statistischen zurücktreten. Ergänzungen in erster Hinsicht in den Daten des Statist. Jahrbuchs. Auf die social-statistische Seite ist hier nicht einzugehen. Das Material ist aber äusserst interessant und werthvoll für die Fragen der classenweisen Einkommenhöhe, Art, Entwicklung, der Verhältnisse von Stadt und Land, der Berufe u. s. w., nur dass man eben immer vor der Frage steht, was, besonders welche Aenderungen der Zahlen Folge wirklicher wirthschaftlicher Vorgänge oder nur des veränderten Veranlagungsverfahrens sind.

²⁾ Verschiedener Art, wie die folgenden Noten ergeben.

³⁾ 1870, 75, 79 Etatsziffern (netto), für die folgende Zeit bei der Grundsteuer wirkliche (Roh-)Ertragsziffern, nach Statist. Jahrb.

⁴⁾ Erste Reihe Ziffern des wirklichen (Roh-)Ertrags, nach Statist. Jahrb.; doch für 1879 statt des wirklichen Ertrags von 17.852 (netto 16.214) nur $\frac{2}{3}$ davon in Tabelle eingesetzt, da in diesem Jahre ein Extrazuschlag von 50 % erhoben wurde; zweite Reihe für 1879, 1888, 1894 Normal-Veranlagungssoll (Statist. Ztschr. 1889, S. 67, 1894, S. 208), ohne Abzüge.

⁵⁾ Wirklicher (Roh-)Ertrag nach Statist. Jahrbuch.

⁶⁾ Bei der Einkommensteuer Summirung der ersten Reihe.

⁷⁾ Etatsziffern (netto) 1870, 71, später wirkliche Ertragsziffern (roh) nach Statist. Jahrb., bei Stempelsteuer einschliesslich Tantième vom Reichs-Wechselstempel.

⁸⁾ Wirkliche Erträge (s. Tab. 25 u. Stat. Handb.), doch f. 1870 Ziffer f. 1871.

Es ergibt sich, dass die ganze sächsische Staatsbesteuerung, von den Reichsteuern abgesehen, sich in dem Zeitraum von 1870—96 mehr als verdreifacht, die Kopfbelastung aber sich nur verdoppelt hat. Die directe Besteuerung allein hat sich verdreieinhalbfacht, auf den Kopf verzweieindrittelfacht, wesentlich in Folge Einführung und Entwicklung der Einkommensteuer, während die Grundsteuer auf weniger als $\frac{3}{4}$ ihres früheren Ertrags und in der Kopfbelastung auf die Hälfte gesunken ist: in Folge der Ermässigung der Steuersätze (S. 107), trotz der starken Vermehrung der Gebäude, die sie mit trifft (S. 101). (Der höhere Ertrag der Einkommensteuer 1895 gegen 1894 und 1896 erklärt sich aus dem 10 % Zuschlag, der im ersteren Jahre zum Normalsatz hinzugekommen war). Geringer als die directe ist die Stempel- und Erbschaftssteuer, absolut etwas über das $2\frac{1}{2}$ fache, relativ nur um 70 %, geringer auch die indirecte (Fleisch-) Steuer, um etwa $\frac{3}{4}$ absolut, nur um $\frac{1}{5}$ relativ gewachsen. Daraus folgt schon, wie auch die absoluten und relativen Zahlen (Kopfbeträge) ergeben, dass — freilich immer von den Reichsteuern abgesehen — die directen Steuern und nach der Sachlage die Einkommensteuer in dieser Periode dem Ertrage nach vor den andern Steuern stärker hervorgetreten sind: 1870, 1875 betrugen sie etwa $\frac{2}{3}$, jetzt über $\frac{3}{4}$ der gesamten Staatssteuern: dies trotz Beibehaltung und Entwicklung der Fleischsteuer und Ermässigung der Grundsteuer. Die Fleischsteuer möchte übrigens auch durch diese Verschiebung der Proportion zwischen directen und übrigen Steuern eine gewisse Rechtfertigung erfahren.

Wegen der für uns gebotenen räumlichen Beschränkung kann hier nicht weiter auf die Verwerthung des interessanten sächsischen einkommensteuerstatistischen Materials eingegangen werden, obwohl dies manche Ausbeute auch für allgemeinere finanzwissenschaftliche Fragen brächte. Durch die Entwicklung dieser Steuer ist jedenfalls die Steuerlast mehr dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit gemäss auf die kräftigeren Schultern gelegt worden, ob ausreichend, namentlich unter Berücksichtigung der indirecten Reichsbesteuerung, steht freilich immer noch dahin. Zwischen Stadt und Land, Gewerbe u. s. w. und Landwirthschaft hat die Einkommensteuer jedenfalls auch die Last jetzt richtiger vertheilt, als es die frühere Besteuerung that. Ein Hauptmangel bleibt wohl, der schon früher (S. 108) hervorgehoben, dass das fundirte Einkommen (abgesehen von der hinzutretenden Grundsteuer), besonders daher das Kapitaleinkommen, nicht höher als anderes belastet wird. Die Verbesserung der Einkommenverhältnisse der Bevölkerung, die schärfere Einschätzung der Censiten, besonders derer mit höherem Einkommen, und die erfolgten Erhöhungen des Steuerfusses für grösseres Einkommen haben die mittlere Belastung des gesamten Nationaleinkommens durch die Einkommensteuer nicht unerheblich steigen lassen. Sie war 1879, 1888, 1894 1.239 — 1.339 — 1.471 % (Sächs. Stat. Ztschr. 1889, S. 67, 1894, S. 208). — Von besonderem steuertechnischen Interesse ist die Statistik der Ergebnisse des Rechtsmittelverfahrens bei der Einkommensteuer (Reclamationen gegen Ein- und Nachschätzungen in 1., 2., 3. Instanz und Berufungen gegen solche Schätzungen in 1. und 2. Instanz, z. B. für 1896 im Stat. Jahrb. f. 1899, S. 83 ff., Böhmert in d. sächs. stat. Ztschr. 1894, S. 113). Die Zahl der Reclamationen hat absolut und relativ (als Quote der Eingeschätzten) zugenommen: kein eben günstiges Symptom.

Vergleichungen mit Preussen sind principiell nach wissenschaftlicher statistischer Methodologie eigentlich nicht mit ganz Preussen, worauf sich die früheren Tabellen beziehen, sondern bei der Kleinheit des sächsischen Staats und dem eigenthümlichen wirtschaftlichen Character seiner Bevölkerung nur mit einzelnen homogenen preussischen Provinzen statthaft, etwa mit Rheinland. Die preussische Statistik lieferte dafür das erforderliche Material, besonders für die neue Einkommensteuer. Doch kann dies an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden. Preussen fehlt eine der sächsischen Fleischsteuer gleiche oder ähnliche Staatsverbrauchssteuer und nach der Reform von 1893 die staatliche Ertragssteuer, wie sie sich in dem Rest der Grundsteuer in Sachsen erhalten hat, Sachsen andererseits fehlt die Vermögenssteuer. Die Einkommensteuerbelastung des ganzen preussischen Staats ist ausserdem mit der sächsischen nicht genau zu vergleichen, weil die Steuerpflicht in Sachsen schon bei 300, bezw. jetzt 400, in Preussen erst bei 900 M. beginnt, dort ferner auch öffentlich-rechtliche juristische Personen steuerpflichtig sind, hier nicht und bei den Actiengesellschaften in Preussen $3\frac{1}{2}$ % des Einkommens steuerfrei sind, in Sachsen nichts. Daher lassen sich auch die Kopfbeträge der Einkommensteuer und der gesamten directen von ganz Preussen und Sachsen, von den obigen principiellen Bedenken abgesehen, nur sehr bedingt

vergleichen. Nach Tab. 8 (oben S. 62) fallen in Preussen jetzt auf den Kopf Einkommensteuer 3.84, directe Staatssteuer überhaupt 4.95, in Sachsen nach Tab. 26 bezw. 6.81 und 7.81 M. Für die Frage der wirklichen Steuerbelastung ist daraus nichts abzuleiten. Nur eine weitere Analyse der Einkommensteuerstatistik beider Länder, wobei man das Einkommen und seine Belastung durch die Steuer und damit diejenige der betreffenden Censiten und Landestheile classenweise zergliederte, Kopfquoten und Raumquoten (Quadratkilometer) berechnete, könnte noch einigen Aufschluss über die relative Belastung in beiden Staaten geben. Das muss Specialuntersuchungen überlassen bleiben.

b. Die sächsische Communalbesteuerung.

Das besondere finanzwissenschaftliche Interesse dieser Besteuerung liegt in deren noch verhältnissmässig stark autonom geregelten Gestaltung, was zu eigenthümlichen Folgen geführt hat.

§. 41. Allgemeines. Die communale Autonomie in der Besteuerung. In Sachsen zerfallen, wie in den meisten anderen deutschen Staaten, die althistorischen Gemeinden auch noch nach dem gegenwärtigen Verwaltungsrecht in die Städte und die Landgemeinden. Unter jenen werden die drei grossen (Dresden, Leipzig, Chemnitz), welche bezirksexemt sind, von den mittleren und kleineren unterschieden. Neben den Gemeinden als politischen Körpern wird in Sachsen in besonders scharfer rechtlicher Trennung die Gemeinde (Ortsarmenverband) als Armenbezirk, als Schulgemeinde (für die Volksschulen, nicht für die höheren) und als (evangelische und katholische) Kirchengemeinde unterschieden, die im Princip und in der Regel, doch nicht durchweg, sich räumlich mit der politischen Gemeinde und untereinander decken. Dieser drei- bezw. mit der Kirchengemeinde vierfachen Gliederung entspricht ein getrenntes Finanz- Cassen- und zum Theil auch Steuerwesen (s. u. § 42). Ausserhalb der Gemeinden stehen, wie in Preussen, noch vielfach selbständige Gutsbezirke (über 1000). Als Selbstverwaltungskörper höherer Ordnung sind in neuerer Zeit auch hier eigene Communalverbände, die Bezirke (Amtshauptmannschaften) organisirt worden (1879), sie entsprechen den preussischen Kreisen. Die sächsischen (4) „Kreise“ (früher Kreisdirectionen, jetzt Kreishauptmannschaften genannt, Dresden, Leipzig, Zwickau, Bautzen), sind nur staatliche Verwaltungsabtheilungen, nicht eigene Selbstverwaltungskörper. Eigene Finanzhaushalte und eigene Besteuerung haben daher die Stadt- und Landgemeinden und die Bezirke.

Die jetzige Grundlage für die Gemeindeverfassung bildet die revidirte Städteordnung, die St.-O. für mittlere und kleine Städte und die revidirte Landgemeindeordnung, alle drei Gesetze vom 24. April 1873, welche die frühere St.-O. von 1832 und L. G. O. von 1838 ersetzt haben. S. Leutholt, sächs. Verwaltungs-

recht (1878) §. 14, S. 148 ff., ders. Staatsrecht Sachsens (aus Marquardten's Handb. d. öffentl. Rechts, II, Halbb. 2, 1884), S. 184. v. d. Mosel, Handb. d. sächs. Verwaltungsrechts, die verschiedenen Artikel in Betr. der Gemeindeverhältnisse. Jolly, Art. Gemeinde, in v. Stengel's Wörterb. d. Verwalt. I, 496. Commentare zu den Gesetzen v. von Bosse, — Die Verfassung der Bezirke beruht auf dem Gesetz v. 21. April 1873. Den Bezirken und den 3 exemten grossen Städten ist aus der französischen Kriegsentschädigung eine als festes Stammvermögen zu behandelnde Dotation (die halb nach Fläche, halb nach Bevölkerung zu vertheilen war) von 9 Mill. M. überwiesen worden (Ges. v. 25. Juni 1874), wozu später, 1876, noch ein anderer kleiner Betrag trat. S. Leutholt, sächs. V. r. §. 16, S. 181 ff., ders., Art. Bezirk im Wörterb. d. Verwalt. I, 201. v. d. Mosel, Art. Bezirk.

Das Gemeindesteuerrecht Sachsens beruht auf wenigen, ziemlich allgemein gehaltenen grundsätzlichen Bestimmungen der genannten staatlichen Stadt- und Landgemeindeordnungen, zu denen noch Bestimmungen in anderen Gesetzen, wie besonders über Armenwesen, kommen. Ausserdem gelten natürlich auch hier die Vorschriften der Reichsgesetze über Beschränkung der (Staats- und) Communalbesteuerung in Bezug auf die den Zöllen und inneren Verbrauchssteuern des Reichs unterliegenden Objecte. Eine allgemeine staatliche Codification des Steuerrechts der Gemeinden fehlt bisher. Vielmehr besteht für die Städte, in etwas geringerem Maasse auch für die Landgemeinden eine weitgehende Autonomie im Steuerrecht, die nur durch die Normen jener Ordungen und das in diesen gegebene Aufsichtsrecht des Staats etwas eingeschränkt ist. Die Folge hiervon war, dass zwar nicht so sehr in den Grundlagen und Hauptpuncten des örtlichen Rechts und der darauf beruhenden thatsächlichen Entwicklung der Besteuerung, worin vielmehr doch im Grossen und Ganzen eine gewisse Uebereinstimmung besteht, als in den Einzelheiten des Rechts und der Entwicklung eine grosse örtliche Verschiedenheit der Gestaltung der Communalbesteuerung eingetreten ist, so was die Combination der Steuern in den Ortssteuersystemen, die Wahl einzelner besonderer Steuern, die Steuerfüsse und Sätze, die Details des Veranlagungsverfahrens u. dgl. m. anlangt. Doch führte die genauere Analyse der Thatsachen und so eingehende statistische Untersuchung, wie wir sie Neumann verdanken, immerhin zu dem Ergebniss, dass gewisse Arten und Grössen von Gemeindegruppen wieder gewisse homogenere Verhältnisse der Steuerentwicklung und Ausgestaltung auch in diesen Einzelheiten zeigen. Principielle Bedenken gegen eine solche Autonomie auf diesem Gebiete mit diesen Folgen für die Verschiedenheit der örtlichen Besteuerung und für die Regelung mancher einzelner Puncte in öfters doch fragwürdiger Weise

möchten indessen unseres Erachtens bestehen bleiben und die allerdings ebenfalls vorhandenen guten Seiten dieses Rechtszustandes überwiegen. Dies wird jedoch im Lande selbst, auch von berechtigter Maassen als Autoritäten geltenden Stimmen vielfach bestritten, man glaubt, mit diesen Verhältnissen und der durch sie bedingten Entwicklung zufrieden sein zu können. Für die Darstellung, zumal die hier für uns nur mögliche kurz zusammenfassende, macht dieser Zustand der Dinge natürlich besondere Schwierigkeiten. Erst durch das hier ausgeschlossene Eingehen auf die örtlichen Einzelheiten und Verschiedenheiten des Steuerrechts und der Steuerentwicklung bekommt man ein volles und richtiges Bild des eigenthümlichen Zustandes der sächsischen Communalbesteuerung.

Es ist um so erfreulicher, dass über diese Besteuerung ausser verschiedenen amtlichen Aufnahmen der concreten Verhältnisse eine aus der neuesten Zeit stammende ganz vorzügliche finanzwissenschaftliche Monographie aus der Feder Fr. J. Neumann's vorliegt: „Zur Gemeindesteuerreform in Deutschland, mit besonderer Beziehung auf sächsische Verhältnisse“. Tüb. 1895. Hervorgegangen aus einem 1894 gehaltenen Vortrage in der Versammlung des sächs. Gemeindetags in Meissen über Communalbesteuerung (der auch im Druck erschienen ist, Meissen 1894), beruht jene Schrift neben Benutzung aller anderen neueren amtlichen Quellen, statistischer Daten u. s. w. auf den reichen und zuverlässigen Materialien, welche die sächsischen Gemeinden, besonders die Städte in Beantwortung eines Fragebogens des Verfassers geliefert haben, und giebt neben der minutiösen Darstellung eine eingehende Kritik (auch umfassende Litteraturnachweise im Anhang).

Ich habe grade aus Neumann's überaus fleissiger und umsichtiger Arbeit aber doch vollends den Eindruck erhalten, dass in der That, wie Gegner des Systems es bezeichnet haben, die sächsische Communalbesteuerung etwas zu sehr ein „Tummelplatz der Willkühr“ und das von anderer Seite abgelehnte Streben nach einem „geordneten Rechtszustand“ doch berechtigt sei (Neumann, S. 82). Die „Willkühr“ liegt m. E. in der Verschiedenheit der Combination der Steuerarten, namentlich der ungenügenden Heranziehung des Realbesitzes zur Steuer, womit das Princip der Besteuerung nach dem Interesse zu sehr zurückgedrängt wird — von nachtheiligem Einfluss ist wohl die starke Vertretung des Grund- und Hausbesitzes in der Gemeindevertretung, wie in Preussen. Ferner sind wesentliche Mängel die so weit nach Unten gehende Ausdehnung der persönlichen Steuerpflicht bei den Einkommensteuern, die sehr verschiedene, oft recht willkührliche Normirung des Steuerfusses bei dieser Steuer, namentlich die vielfach unzureichende Steuerprogression, welche öfters zu früh (bei zu niedrigem Einkommen) endet und das grosse Einkommen zu sehr schon (Leipzig!); auch die Verhältnisse der indirecten Verbrauchssteuern, welche mitunter (Dresden!) selbst die nothwendigsten Lebensbedürfnisse treffen und zur staatlichen Fleischsteuer noch hinzutreten; die grosse locale Verschiedenheit der an sich als Communalsteuern — zumal neben niedrigem Staatssteuersatz — berechtigten Besitzwechselabgaben vom Grundeigenthum und manches Andere mehr. M. E. Alles Belege für das Bedenkliche einer so weit gehenden Autonomie. Selbst nicht dieser durchaus gegnerische Beurtheiler der letzteren, wie v. Bosse (Gemeindebesteuerung in Sachsen) machen daher doch Vorschläge, welche auf eine wirksame Beschränkung der Autonomie hinausgehen (s. von v. Bosse, S. 56). Und bei den Verhandlungen über Steuerreform im Landtage 1897/98 ist die Nothwendigkeit einer staatlichen Communalsteuergesetzgebung doch von einzelnen Seiten auch wieder hervorgehoben worden.

Der gegenwärtige Rechtszustand der sächsischen Communalbesteuerung sichert so namentlich die richtige, auch den socialen Anforderungen entsprechende Ver-

theilung der Steuerlast in der Einrichtung der Communalsteuern nicht genügend, auch nicht die erforderliche Rücksichtnahme auf die Reichs- und Staatsbesteuerung so auf das ohnehin sehr tiefe Herabgehen der Einkommensteuer des Staats auf kleines Einkommen, das Bestehen staatlicher Fleischsteuer!). Die privaten Interessen der höheren, wohlhabenderen Classen, der Grund- und Hausbesitzer können sich doch dabei in dieser Einrichtung der Besteuerung mehrfach zu sehr geltend machen, daher auch zu Ungunsten der unteren Classen mit geringerem und blossem Arbeitseinkommen, wovon man immerhin mancherlei Spuren in verschiedenen Ortssteuersystemen wahrnimmt. Auch die mit Recht von Neumann (S. 66, 176) gerügte Erzielung öfters recht beträchtlicher Ueberschüsse der communalen Sparcassen und die Verwendung dieser Ueberschüsse für die Deckung der allgemeinen Communalausgaben deutet auf ähnliche Missstände hin — man könnte in dieser „Ueberschusswirthschaft“ der Sparcasse eine Art „Kapitalrentensteuer“ speciell auf die Sparcassengelder sehen, denn darauf läuft die Niedrighaltung des Zinsfusses der Sparcassen, woraus die Ueberschüsse in letzter Linie doch namentlich entspringen, hinaus! — Auch die locale Verschiedenheit des Steuersystems, der Arten, Sätze und Füsse möchte doch in Sachsen viel zu weit gehen und wirthschafts-, verkehrs-, socialpolitisch ihre Bedenken haben. Sie ist aber nicht nur, wie überall, die Folge verschiedener Höhe des communalen Finanzbedarfs und der sonstigen Einkünfte (daher des Besitzes rentablen Gemeinde-Vermögens), sondern in der That auch zufälliger historischer Entwicklung und eben der weitgehenden Autonomie sowie des durch diese begünstigten Einflusses gewisser Classeninteressen. Das scheinen mir doch zahlreiche Einzelheiten, deren Kenntniss selbst in Sachsen wesentlich erst durch Neumann's Buch allgemeiner geworden ist, zu beweisen. Gerade in der vergleichenden Behandlung der Thatsachen des localen Steuerwesens, wie sie Neumann meisterlich vorgenommen, tritt dies erst deutlich hervor.

Diese communale Steuerautonomie hat so beinahe noch mittelalterliches Gepräge und entspricht weder der modernen Volkswirtschaft noch dem modernen Staate. Sie ist hier eine Anomalie, das andre Extrem einer fast rein staatlichen Regelung, wie sie in der französischen Communalbesteuerung (Fin. III, §. 335 ff.) besteht. Die Anpassung der concreten Communalbesteuerung an die localen Verhältnisse und Bedürfnisse, die die Anhänger der sächsischen Besteuerung nachrühmen, ist auch bei einem anderen Rechtssystem möglich, wie Preussen und andere Staaten zeigen, ohne dass hier gleiche Bedenken begegnen. Insofern möchte das sächsische Beispiel finanzwissenschaftlich allgemein lehrreich sein. Eine staatliche Codification und Neuregelung des Communalsteuerrechts dürfte daher vor dem sächsischen Zustand doch den Vorzug verdienen, Dabei kann mit Recht den Gemeinden in Wahl und Einrichtung der Steuerarten, der Sätze und Füsse, des Veranlagungsverfahrens auch ein gewisser Spielraum bleiben, um den localen Verhältnissen Rechnung zu tragen, aber es wird doch ein Rahmen für alle diese Dinge aufgestellt, in dem sich jede Gemeinde halten muss, wie im jetzigen preussischen Gesetz, das in diesen Bestimmungen in der Beschränkung der communalen Autonomie kaum zu weit gehen möchte, nicht „zu stramm“ ist. Nur so lässt sich genügende Rücksichtnahme auf die auch in der Communalbesteuerung mit unterlaufenden allgemeinen Staats- und volkswirtschaftlichen, ferner auf die collidirenden Interessen zwischen Reichs-, Staats- und Communalbesteuerung und auf die, vollends heute thatsächlich und auch im Vollbewusstsein in der Besteuerung immer mitspielenden „socialen“ Interessen verbürgen. Die weitgehende locale Autonomie versagt diese Bürgschaft.

S. ausser Neumann's für unsere finanzwissenschaftlichen Zwecke ganz voranstehender Schrift Leutholt, sächs. Verwaltungsrecht S. 158, v. Reitzenstein, Art. Gemeindesteuern im Wörterb. d. Verw. I, §. 12, S. 536, v. d. Mosel, Handb. die betr. Artikel unter den Schlagworten des Steuer- und Finanzwesens, v. Bosse, Gemeindebesteuerung in Sachsen, 1890, Fischer, Zeitschr. für Praxis u. s. w. der Verwalt. bes. Sachsens, mehrfach u. A. namentlich in I, XV, XVI, Ludwig-Wolff in d. Schriften des Ver. f. Soc.-Pol. B. XII. Statistik auch bes. bei Neumann, Fischer; dann in V. Böhmert's Aufs. in Zeitschr. d. sächs. stat. Bur. 1894, S. 202 u. Martin's Aufs. eb. Beilage zu J.g. 1897 (eingehende Vermögensstatistik der Städte, kürzere Haushalt- und Steuerstatistik, S. 40 ff., Bearbeitung einer Aufnahme v. 1893 steht noch bevor. Ältere genügende Statistik fehlt [S. 1 ff.], so dass die Entwicklung zahlenmässig für das ganze Gebiet nicht verfolgt werden kann).

In Folgenden kann hier nur das Hauptsächliche zur allgemeinen Charakteristik der sächsischen Communalbesteuerung hervorgehoben werden, was aber, wie schon bemerkt, grade hier bei der localen Verschiedenheit der thatsächlichen Verhältnisse nicht ausreicht. Dafür ist vor Allem auf Neumann zu verweisen, dessen allgemeine Charakteristik (bes. S. 31 ff., 137 ff., 199, 217 ff., 247 ff.) aber ebenfalls, als Ergebniss seiner umfassenden Untersuchung der Thatsachen, besondere Beachtung verdient.

§. 42. Specialcassen mit besonderen Zwecksteuern neben der (allgemeinen) Gemeindecasse. Eine Eigenthümlichkeit der sächsischen communalen Finanzverfassung, welche auch für die Besteuerung wichtig ist, besteht in Folge der oben (§. 41 S. 123) erwähnten Einrichtung in der scharfen rechtlichen Trennung der Gemeindecasse von der Armenkasse, der Schulcasse und der Kirchencasse (evangelischer Gemeinden insbesondere). Auf diesen Cassen lasten die ihrem Namen entsprechenden Ausgaben für die bezüglichlichen Einrichtungen (die der Schulcassen übrigens nur für die Volksschulen) zunächst und diese Cassen haben zur eigenen Deckung dieser ihrer Ausgaben eigene gesetzliche Einnahmen, welche von den übrigen Gemeindeeinnahmen getrennt gehalten werden. Diese Einnahmen fliessen aus dem eigenen Vermögen der Cassen, aus mancherlei Gebühren u. s. w., aus Ueberweisungen von Staatssteuern und Beihilfen der Staatscasse (so bei den Schulcassen) aus sonstigen verschiedenen Einnahmen, theils endlich auch, was eben das Bemerkenswerthe ist, aus besonderen Zwecksteuern zu Gunsten dieser Cassen. Diese Steuern werden daher neben den eigentlichen in die Gemeindecasse fliessenden Communalsteuern erhoben. Ausserdem kommen auch für das Feuerlöschwesen noch solche Special-Zwecksteuern vor. Die wichtigsten dieser besonderen Steuern für diese anderen Cassen sind Besitzwechsel-, Lustbarkeits- und dgl. Abgaben und Hundesteuern, bezw. Antheile an betreffenden derartigen Steuern; ausserdem kommen noch verschiedene kleinere Specialabgaben und Gebühren, auch Straf gelder vor. Ein weiterer, bei den Schulcassen der Haupttheil, bei den Armencassen nur ein kleinerer Theil des Bedarfs wird dann durch besondere sogen. „Anlagen“ daher neben den „Gemeindeanlagen“ als „Armenanlagen“, „Schulanlagen“ (und bei den Kirchencassen durch „Kirchenanlagen“) gedeckt, die in der Regel nach dem Fuss directer „Gemeindeanlagen“ angelegt werden. Nur das etwaige Deficit der Armen- und Schulcasse, wie es nach der Statistik der Stadthaushalte in Sachsen bei diesen besteht, fällt daher noch zu Lasten der Gemeindecasse.

Es mangelt demgemäss in Sachsen an der Einheitlichkeit des Finanz- und des Steuerwesens der Gemeinden: das Princip der communalen „fiscalischen Casseneinheit“ ist nicht soweit durchgedrungen, als jetzt sonst in der Regel, wo von den genannten drei Gebieten gewöhnlich nur das kirchliche Finanz- und Steuerwesen vom communalen getrennt ist. Auch diese Gestaltung der Dinge gemahnt ähnlich wie die Steuerautonomie der Gemeinden in Sachsen an ältere Zeiten. Grade dieses Zwecksteuersystem der genannten Specialcassen ist aber dieser Autonomie mehr entzogen und beruht auf besonderen gesetzlichen Bestimmungen. Doch ist auch hier den betreffenden Organen der Cassen nur eine Ermächtigung zur Erhebung der speciellen Zwecksteuern gegeben, diese sind also nicht obligatorisch.

In die Armenkasse fliessen regelmässig und zwar als sogen. „ordentliche“, aber „zufällige“ Einnahmen solche specielle Abgaben, sogen. „Besitzveränderungsabgaben“ von Besitzwechsel von Grundstücken (ausser bei nothwendigen Zwangsversteigerungen) von $\frac{1}{12}$ % des Werths, dann von öffentlichen und Vereins-Lustbarkeiten, Aufführungen, Vorträgen u. dgl. in Wirthshäusern u. s. w., z. Th. der Ertrag der Hundesteuer (Gesetz darüber vom 18. Aug. 1868), auch die Nachtigallensteuer, Anthelle von den Jagdkarten, Fischkarten, gewisse Strafgeelder und andere Steuern mehr. Nach localem Herkommen fanden sich Abgaben von Erbschaften, Vermächtnissen, die jetzt aufgehoben sind (1890). Zu diesen ordentlichen „zufälligen“ treten noch bestimmte Einnahmen, aus Beiträgen der Kirchencassen, der Gemeindecassen, Armencollecten. Der weitere laufende Bedarf der Armencassen wird durch „ausserordentliche“ Einnahmen aus „Armenanlagen“ gedeckt. Diesen unterliegen Grundbesitzer, Forensen für den im Orte gelegenen Grundbesitz und sonst im Allgemeinen alle Personen im Ort, welche Steuern zahlen. S. bes. Armenordnung v. 22. Oct. 1840, Ges. v. 5. Mai 1868, Ges. v. 30. Apr. 1890. Weiteres Detail bei Leutholt, Ver.w. a, S. 171 ff. u. Noten, v. d. Mosel, Art. Armenkasse, Armenanlagen und die gen. Steuern, Neumann, S. 86 ff. Statistik der städtischen Armencassen bei Martin, Beil. z. sächs. stat. Ztschr. 1897, S. 43. (S. u. §. 44.)

Auch die Schulcassen haben herkömmlich oder ortsstatutarisch Anthelle an Abgaben bei Besitzveränderungen von Grundstücken, hier ohne Ausschluss von Zwangsversteigerungen. Zu den hier dem Ertrage nach durchaus voranstehenden Schulanlagen sind pflichtig die Mitglieder der Schulgemeinde, auch der im Bezirk gelegene Grundbesitz. Die Vertheilung dieser Anlagen erfolgt nach dem Fuss der Gemeindeanlagen in den (grösseren) Städten mit revidirter Städteordnung, in anderen Orten in der Regel je zur Hälfte nach Verhältniss der Steuereinheiten des Grundbesitzes und der Kopfzahl der über 14 Jahre alten Gemeindeglieder. (Aeltere Gesetze, V. v. 24. Mai 1877). S. Leutholt, Ver.w. S. 174 mit Noten, v. d. Mosel, Art. Schulcasse, Schulanlagen, Neumann, S. 88. Statistik, stat. Ztschr. 1897, Beil. a. a. O. S. 44.

Auch den Feuerlöschcassen der Gemeinden, welche ebenfalls von den Gemeindecassen getrennt zu verwalten sind, stehen Anthelle an Besitzwechselabgaben bei Veräusserung von Grundstücken zu. Ferner sind in Sachsen ausser von der öffentlichen Landesversicherungsanstalt (für Immobilien) auch von den in Sachsen arbeitenden Privatfeuerversicherungsanstalten Abgaben in Form von Procenten (1) von den Prämieeneinnahmen an diese Cassen zu leisten (Ges. v. 28. Aug. 1876, 5 Mai 1892). S. Leutholt, a. a. O. S. 245, v. d. Mosel, Art. Feuerlöschcasse, Neumann, S. 89, Statistik, u. a. m. S. 43.

Endlich finden sich neben den „Kirchenanlagen“, die im Allgemeinen ebenso wie die Schulanlagen aufgebracht werden, auch bei den Kirchengemeinden noch mitunter Anthelle an Besitzwechselabgaben. S. v. d. Mosel, Art. Kirchenanlagen u. a. m., Neumann, S. 88.

Alle Anlagen für die Specialcassen, die Schul- und Kirchenanlagen auf Wunsch, werden von den Gemeinden mit eingezogen, die aber dafür eventuell Erhebungsgebühren (so bei den Kirchen) berechnen.

Die Besitzwechselabgabe, in verschiedenem Umfang und Höhe, die ausserdem dann noch als Abgabe der Gemeindecasse besteht, nimmt daher in der sächsischen Communalbesteuerung (i. w. S.) eine auffallend hervorragende Stellung ein, namentlich nach ihrer Verbreitung und Benutzung als Steuer für verschiedene Zwecke, wenn auch immerhin nur mit mässigem Gesamtertrage, freilich neben einer ungewöhnlich niedrigen bezüglichen Staatsabgabe ($\frac{1}{10}\%$). Die localen Abgaben dieser Art sind sehr verschieden hoch, sie sollen in der Regel nicht über 1 M. von 300 M., also $\frac{1}{3}\%$ zusammen bei Grundbesitz übersteigen, doch kommen höhere vor. Auch bei beweglichen Gegenständen kommen sie vor, besonders bei Versteigerungen. S. Neumann, S. 89, 232 ff. und v. d. Mosel, Art. Besitzver.abgaben. — Unten in §. 44 die statist. Daten der Erträge.

§. 43. Die eigentliche Communalbesteuerung und ihre Hauptarten. Die Gemeindeordnungen enthalten, wie bemerkt, nur einige ganz allgemein gehaltene, daher dehnbare und von der Auslegung abhängige grundsätzliche Bestimmungen über die subjective und objective Steuerpflicht, die Steuerarten und die Steuervertheilung, den Steuerfuss, sowie die Festsetzung eines staatlichen Aufsichts- bzw. Genehmigungsrechts. Darin liegen immerhin gewisse Beschränkungen der communalen Steuerautonomie, die aber die mannigfaltige Ausgestaltung der Localsteuersysteme nicht gehindert haben.

Die wichtigsten Punkte, ohne die Einzelheiten bei der Durchführung, betreffen Folgendes: Im Princip sind danach, was die subjective Steuerpflicht anlangt (rev. St. O. §. 25 ff., rev. L. G. O. §. 16 ff.), die Gemeindelasten, welche durch andere Einnahmen nicht gedeckt werden, in den Städten, im Allgemeinen auch auf dem Lande, von allen Gemeindemitgliedern, d. h. von allen selbständigen Personen, welche in der Gemeinde wesentlich wohnhaft sind oder Grundstücke besitzen oder Gewerbe betreiben, einschliesslich juristische Personen, Stiftungen und Vereine, nach Verhältniss zu tragen. Was Letzteres bedeutet, wird im Gesetz nicht näher bestimmt (s. darüber Neumann, S. 83). Auch Unselbständige können mit Staatsgenehmigung indessen mit belastet werden, soweit sie Niessbrauch an eigenem Vermögen haben, ferner Staatsangehörige auch ohne wesentlichen Wohnsitz im Lande, aber mit directer Staatssteuerzahlung, und Selbständige mit vorübergehendem Aufenthalt bei mehr als dreimonatlicher Dauer. Diese Bestimmungen haben, in Verbindung mit dem Herabgehen der Staats-Einkommensteuer auf kleines Einkommen, in den Gemeinden zu einer weiten Ausdehnung der persönlichen Steuerpflicht nach Unten zu, auf kleine Einkommen bei der Einkommensteuer, auch zu Kopfsteuern auf die untersten Classen die Handhabe geboten. Sie gelten selbst wohl als gesetzliche Hemmnisse einer sonst etwa gewünschten Befreiung dieser Classen von directen Steuern. Dies ergibt sich auch daraus, dass Befreiungen wegen kleinen Einkommens von den Gemeindeanlagen in den Regulativen für letztere nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde stattfinden dürfen. — Eine objective Beschränkung der Steuerpflicht liegt für die Bezieher von Diensteinkommen, Wartegeld, Pension darin, dass diese Einkünfte bei communaler Einkommenbesteuerung nur mit $\frac{4}{5}$ veranschlagt werden dürfen: also ein „Communalsteuerprivileg“ der Beamten u. s. w. wie in Preussen (o. S. 71), nur in geringerem Maasse. Ausser Geldabgaben können auch persönliche Dienstleistungen, die keine besondere Befähigung verlangen, auf dem Lande auch andere Naturalleistungen von den Gemeindemitgliedern verlangt, dürfen aber regelmässig durch Stellvertreter und durch Geldzahlung abgestattet werden. In Landgemeinden sollen sie in Geld abgeschätzt und nach dem Maassstabe der Gemeindeanlagen vertheilt werden. (S. das Einzelne in den angeführten §§. der Stadt- und Landgemeindeordnungen, Leutholt, Verw.r., S. 158 ff.,

v. d. Mosel Art. Gemeindeleistungen und Gemeindeanlagen, mit dem Verordnungsmaterial, Neumann, S. 83 ff.).

Die Steuerarten anlangend, so ist die Erhebung indirecter in den Gemeinden, abgesehen von den Beschränkungen des Zollvereins- und Reichsrechts, von der Staatsgenehmigung abhängig, die gesetzlich nur unter besonderen örtlichen Verhältnissen erfolgen darf. Ausdrücklich sind dabei auch Besitzwechselaufgaben bei freiwilliger Besitzveränderung für zulässig erklärt. Verbrauchssteuern, Thor- und ähnlichen Abgaben ist man zwar weniger gewogen, aber es haben sich doch nicht nur Bier-, Braumalz-, Fleischsteuern, bezw. Zuschläge zu den betreffenden Reichs- und Staatssteuern, sondern auch andere Verbrauchsabgaben, selbst auf nothwendige Lebensmittel, wie Getreide, Mehl u. s. w. hie und da, besonders in Dresden, erhalten. Für die Biersteuer besteht ein Maximum (65 Pf. für 1 hl.), ausländisches Bier darf nicht höher als inländisches Lagerbier belegt werden. Auch die Hunde- und Lustbarkeitssteuer findet sich als communale, nicht bloss für die oben besprochenen Specialzwecke. Die directe Besteuerung, besonders die Einkommensteuer, überwiegt aber im gesamten Steuerertrage überall wesentlich (s. u.). S. Leutholt, S. 159, v. d. Mosel, die obigen Artikel, auch indirecte Abgaben, Besitzveränd. abgaben. Neumann S. 84. 96, 217 ff. u. Noten, Städt. statist. Jahrb., z. B. Jg. 1897, S. 379, 388, Martin's gen. Aufs. a. a. O. S. 43. Steuerregulativ für Dresden von 1890, in Schanz' Fin.arch. VII, 801.

Der Steuerfuss für die baaren Gemeindeanlagen hängt in den Städten vom Gemeindebeschluss ab, der aber Staatsgenehmigung bedarf. Die Mannigfaltigkeit in diesem Punkte, die Verschiedenheit namentlich in Betreff der Progression, in deren Ende, die Mitbenutzung von Kopfsteuern ist durch dieses Erforderniss nicht gehindert worden (s. Neumann, S. 137—205, bes. S. 160 ff.). In den Landgemeinden soll die Vertheilung der Steuern nach der Ortsverfassung erfolgen, wobei bisher besonders belastete, aber auch besonders bevortheilte Einzelne und Classen ferner wie bisher behandelt werden können. Die neue Regelung der Lasten setzt einen zweimaligen Gemeindebeschluss und Staatsgenehmigung voraus und soll dann bei Geldanlagen das Einkommen aus Grundbesitz wie das übrige „angemessen“ belegt werden. (Leutholt, S. 159, v. d. Mosel, Art. Gem.leistungen u. Gem.anlagen. mit den Ausf.verordnungen u. Erläuterungen zu den leitenden Bestimmungen der Gem.ordnungen, Neumann, S. 85 ff.).

Auf dieser staatsgesetzlichen Grundlage hat sich nun die sächsische Communalbesteuerung, dank des den Gemeinden für ihre autonome Regelung dieser Verhältnisse belassenen weiten Spielraums, local sehr verschieden entwickelt, je in den Städten und Landgemeinden, je in den Grössenclassen beider und vollends in den einzelnen Orten. Indessen ergiebt sich doch auch wieder eine gewisse Gleichmässigkeit im Grossen und Ganzen. So liegt in den meisten Gemeinden der Schwerpunkt jetzt durchaus in der directen Besteuerung und hier, zumal in den Städten, wieder ganz überwiegend in der Einkommensteuer. Gegen diese tritt die Ertragssteuer, d. h. die Real- (Grund- und Gebäude-) Steuer ganz unverhältnissmässig in ihrer Ausdehnung und ihrem Ertrage zurück, besonders in den Städten. Noch weniger verbreitet ist die Gewerbesteuer, die sich wesentlich nur als Gast- und Schankgewerbe- und als Wandergewerbe- (und Wanderlager-) Steuer (Gesetz v. 1. Juli 1878), hier neben der Staatssteuer, vorfindet. Von den sogen. indirecten Steuern sind als Verbrauchssteuern nur die auf Bier häufiger,

andere selten; nur in sehr wenigen Orten, darunter freilich Dresden, sind sie nach dem Ertrage wichtig (Fleisch, Mehl). Lustbarkeits- und Hundesteuern kommen dagegen wieder allgemein vor, erstere allerdings überwiegend für die Armencasse. Eine relativ grosse Verbreitung haben endlich die communalen Besitzwechselabgaben.

S. über die localen Steuerverhältnisse bes. wieder Neumann, die gen. Aufsätze in Fischer's Zeitschr., sonst die Artikel unter den Schlagworten in v. d. Mosel's Handbuch für das Detail der gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften. Die communale Einkommensteuer wird theilweise besonders veranlagt, immer mehr aber seit der Einführung, Verbesserung und Eingewöhnung der Staats-Einkommensteuer, in Form von Zuschlägen zu dieser, jedoch local und nach Einkommengrössen (Steuerstufen) in mancherlei verschiedenen Sätzen, mehrfach in höheren für das kleinere, in niedrigeren für das grössere Einkommen (s. Neumann, S. 106). Grade in dieser Hinsicht scheint sich nun die „Autonomie“ der Gemeinden, auch der Städte und grösseren Städte (Leipzig), nicht immer bewährt zu haben und den Classeninteressen der in den Gemeindevertretungen gewichtigen Stimmen zu sehr zu dienen. Dasselbe gilt wohl auch in Betreff des zu starken Ueberwiegens der Personalsteuer vor der Realsteuer in den Städten: die gleiche Wahrnehmung, wie vor der Reform von 1893 in Preussen. Auch das tiefe Herabgehen der Einkommensteuer auf die kleinen Einkommen, die Anknüpfung von kopf- und classensteuerartigen Abgaben an jene Steuer, wofür sich bei den „kleinen Leuten“ allerdings steuertechnisch Einiges sagen lässt (s. Neumann, S. 193 ff.), aber wogegen doch auch Bedenken bleiben, möchte ähnlich zu beurtheilen sein. Alle Bedenken gegen die Steuerautonomie der Gemeinden, wie sie in den Thatsachen der communalen Steuerverfassungen sich kund giebt, steigern sich, weil schon die Staats-Einkommensteuer so tief herabgeht, bis 400 M. immer noch, weil der Staat eine Fleischsteuer hat, weil die Reichssteuern und Zölle doch auch den Consum der Massen belasten und von den indirecten Communalsteuern dasselbe gilt (Dresden. Das allerdings wenigstens seine communale Einkommensteuer erst bei 600 M. Einkommen beginnen lässt). Das Zurücktreten der Realsteuer bewirkt, dass der grade in der Gemeinde relativ mehr berechnigte und hier auch leichter durchführbare Grundsatz der Besteuerung nach dem Interesse, nach Leistung und Gegenleistung zu wenig zur Geltung kommt. Da der Steuerfuss für fundirtes Einkommen in den Gemeinden fast überall der gleiche wie für sonstiges ist, ebenso wie in der Staats-Einkommensteuer, so erfolgt auch durch diese Steuer keine Annäherung an jenen Grundsatz. Welche Unsummen „Conjuncturengewinne“ sind aber grade in dem industriellen Sachsen mit seiner starken Volksvermehrung und immer noch steigenden Volksdichtigkeit dem städtischen und auch in Landgemeinden dem ländlichen Grundbesitz zugewachsen! Durch die erwähnte Ueberlassung der halben Staats-Grundsteuer an die Schulcassen ist wenigstens die communale Realbesteuerung etwas ausgedehnt worden. Aber das genügt nicht. Vielmehr möchte grade der Thatbestand der sächsischen Communalsteuerentwicklung ergeben, dass Normen für die verhältnissmässig stärkere Heranziehung des Realbesitzes zur Tragung der Communalsteuern im Gesetz angeordnet werden müssen und zwar in der Art, dass eine nicht zu kleine Minimalquote des directen Steuerbedarfs durch die Realsteuer gedeckt werden muss, nicht, wie v. Bosse (ausser bei den gewöhnlichen Landgemeinden, wo auch er die oben genannte Forderung stellt), will, dass diese Quote eine bestimmte Höhe nicht überschreiten darf, aber nach dessen Vorschlag mit passender Unterscheidung von Ortskategorien bei der Bestimmung solcher Quoten¹⁾. Auch für den Steuerfuss der communalen Einkommensteuern möchten

¹⁾ v. Bosse, a. a. O. S. 56. Seine Vorschläge verwerfen Verbrauchssteuern ausser der Biersteuer, verlangen Erhebung aller directen Steuern für alle 4 Cassen nach demselben Fusse, ein aus Personal- und Realsteuern zusammengesetztes System; als erstere eine Einkommensteuer mit freiem Existenzminimum von 2—300 M., ohne Progression, höchstens mit mässiger Degression nach unten (jetzt wird hier mehrfach grade die Progression wenigstens in insofern angewandt, als die Zuschläge zur

solche Normen nothwendig sein, insbesondere bei Erhebung von Zuschlägen zur Staatsteuer, um die Begünstigung der grösseren Einkommen zu verhindern, mindestens zu beschränken. Die von v. Bosse (S. 44 ff.) u. A. erhobenen Bedenken, den doch sehr mässig progressiven Fuss der sächsischen Staatseinkommensteuer auch in den Gemeinden anzuwenden, sind nicht genügend zu begründen (s. auch Neumann, S. 107, 160 ff.).

Die thatsächliche Gestaltung der Communalsteuersysteme war nach amtlicher Aufnahme in 1890 (Statist. Ztschr. 1894, S. 300) folgende. Von 143 Städten hatten 142, seit 1891 alle eine Einkommensteuer, 75 nur eine solche, 54 eine Einkommen- und Grundsteuer, 6 diese beiden und Kopfsteuer, 5 Einkommen- u. Kopfsteuer, 1 eine Einkommen-, Grund-, Kopf- und Miethsteuer, 1 eine Einkommen- und Vermögenssteuer.

Von 142 Städten erhoben 59 (42 %) die Einkommensteuer im Anschluss an die Staatssteuer, 83 (58 %) selbständig, unter letzteren 26 aber wesentlich nach den Bestimmungen des Staatssteuergesetzes, 57 mehr oder weniger abweichend. Auch unter den 3099 Landgemeinden hatten in 1890 schon 1283 (43 %) die Einkommensteuer, davon 821 (64 %) im Anschluss an die Staatssteuer, 462 (36 %) selbständig. (Weiteres Detail bei Neumann). —

Die communale Grund- und Gebäudesteuer wird theils noch nach dem Maassstabe der Staats-Grundsteuer, die die Gebäude ja mit umfasst, so meist auf dem Lande, theils, besonders in den grösseren Städten, selbständig, dabei aber wieder mehrfach verschieden (nach Ertragswerth, Kapitalwerth, so in Leipzig u. s. w.), doch regelmässig so veranlagt, dass der wirkliche Reinertrag besser als durch die vielfach veraltete Staatssteuer getroffen wird. (S. Neumann, S. 93 ff., 130 ff. u. mehrfach passim).

Gewerbesteuer von Gast-, Schankwirthschaft, Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus ist sehr verbreitet und verbindet sich z. Th. wieder mit der Steuer auf öffentliche Lustbarkeiten u. dgl. Die grossen (doch mit wichtigen Ausnahmen, z. B. bisher Leipzig, Chemnitz) und die mittleren Städte haben sie meistens, auch in kleineren Orten und Landgemeinden findet sie sich oft. (S. Neumann, S. 32). Auch die Hausirgewerbesteuer der Gemeinden, in Form von Zuschlägen zur Staatssteuer, was in Sachsen erlaubt, in Preussen untersagt ist, kommt vor.

In örtlich sehr verschiedener Verbreitung, Art, Höhe (Steuersatz), daher auch im Ertrage sind die unter dem Namen indirecte zusammengefassten Verbrauchs-, Lustbarkeits- und Besitzwechselabgaben, auch die Hundesteuer vertreten. Als Eingangsabgaben in die Städte bestehen in Dresden und Bautzen Steuern auf Getreide, Mehl, Brot (Weizen, Roggen), auch (Bautzen) auf mineralische Kohle. Durch diese Steuern und durch den Zuschlag zur Staats-Schlachtsteuer bekommt besonders Dresdens Steuerverfassung und Steuerertrag ein von den meisten anderen Städten (auch Leipzig) abweichendes eigenthümliches Gepräge. (S. die Angaben über das Steuerrecht in den Artikeln v. d. Mosel's und, mit statistischen Daten, vielfach bei Neumann). Sehr verbreitet, aber verschieden in der Einrichtung, den Sätzen und daher im absoluten und relativen Ertrage (als Quote dieses vom gesammten „indirecten“ Steuerertrag und auf den Kopf der Bevölkerung berechnet) sind die Lustbarkeitssteuern (Neumann, S. 242 ff.), freilich überwiegend für die Armenkasse. Soweit sie nicht vom Wirth u. s. w. als eine Art Gewerbebesteuer, sondern vom betreffenden Publicum getragen werden, wie wohl vielfach, belasten sie doch nach Lage der Dinge auch wieder die „kleinen“ Leute, mindestens die unteren Mittelclassen mehr, während die „Lustbarkeiten“ der wohlhabenderen Classen in deren Wohnungen sich einer Steuer entziehen. Auch ein Punct, der progressive Sätze der Einkommensteuer für letztere Classen mit rechtfertigt. Auch die Hundesteuer ist sehr häufig. Besonders charakteristisch ist aber wieder die Verbreitung kommunaler Besitzwechselabgaben, ausser für die Armen- und Schulcasse (§. 42) auch für die Gemeinde-, besonders städtische Cassen.

Sie bestehen in allen Städten und vielen, besonders grösseren Landgemeinden, sie treffen mitunter auch bewegliches Gut, in Auctionen, sonst regelmässig nur den

Staatssteuer relativ höher bei kleinem, als bei hohem Einkommen sind, s. Neumann, S. 106). Als Realsteuer will Bosse eine Ertragssteuer vom Grundbesitz (Grundstücke, Wohnhäuser); der durch Realsteuern zu deckende Betrag soll in den grossen Städten $\frac{1}{3}$, in den andern und in Landgemeinden mehr städtischen Characters $\frac{2}{3}$ des Gesamtbedarfs nicht übersteigen dürfen, in den übrigen Landgemeinden soll mindestens $\frac{3}{4}$ des Bedarfs durch Realsteuern gedeckt werden müssen.

Immobilienverkehr und zwar gewöhnlich bloss den freiwilligen, aber auch den unentgeltlichen und selbst den von Todeswegen (Erbschaften, Vermächtnisse), wobei sogar der Uebergang von Besitz in der directen Linie öfters (wie es scheint selbst in der Regel) steuerpflichtig ist, mitunter in mässigeren Steuersätzen; ein Punct von Bedeutung für die Frage der Erbschaftssteuer in dieser Linie, wie Neumann mit Recht betont (S. 121). Die allgemeinen Steuersätze sind local sehr verschieden, öfters niedrig (Bruchtheile eines Procents), aber doch mitunter auch mehrere Procent und durch das Zusammentreffen von mehreren solchen Abgaben für die verschiedenen „Cassen“ sich immerhin erhöhend, jedenfalls öfters erheblich höher, als das normale Maximum, $\frac{1}{3}$ 0/0, das die Staatsverwaltung als Regel bestimmt hat (s. v. d. Mosel, Art. Besitzveränd.abg). Das Ganze ist eine finanzwissenschaftlich und steuerpolitisch besonders beachtenswerthe Einrichtung. Der absolute und relative Ertrag dieser Abgaben schwankt zwischen den verschiedenen Orten natürlich mit nach diesen Sätzen, sonst auch nach dem Umfang des Verkehrs u. s. w.

Für alles weitere Einzelne, noch vorkommende ältere Steuerarten (Grundgeschosse u. dgl. m.), ferner für die Steuersätze der verschiedenen Steuern, die Gestaltung des Steuerfusses der Personal-, besonders der Einkommensteuern, die Ertragsverhältnisse der Steuern in den einzelnen Gemeinden und Gemeindegruppen, worauf hier nicht näher eingegangen werden kann, bringt Neumann's Schrift eine ausserordentliche Fülle sehr lehrreich verarbeiteten Materials. Einige Daten im folgenden §. 44.

Eigene Bezirkssteuern dürfen die Bezirksversammlungen für Bezirkszwecke auflegen.

Sie sollten ursprünglich (nach dem Gesetz v. 21. April 1873, §. 20) in der Regel nach dem Verhältniss der directen Staatssteuern (ausgenommen die Gewerbesteuer) auf die Gemeinden und Gutsbezirke vertheilt werden und waren dann aus der Gemeindecasse zu bezahlen, also eventuell ohne als Individualsteuern auf die einzelnen Bezirksangehörigen hervortreten. Doch ist auch hier durch ein späteres Gesetz (v. 2. Aug. 1878) den genannten Versammlungen gestattet worden, mit Staatsgenehmigung, unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze für Gemeindeleistungen, den Steuerfuss anderweit zu bestimmen. Auch hier also eine Erweiterung der Autonomie dieser Körperschaften. (S. v. d. Mosel, Art. Bezirksvermögen, v. Bosse, S. 10).

Communalsteuer - Statistik.

§. 44. Bei der grossen localen Verschiedenheit der thatsächlichen Besteuerung in den sächsischen Städten und Landgemeinden geben die grossen Summen-Zahlen der Statistik für das ganze Gebiet wie für die beiden Gruppen der Gemeinden, Städte und Landgemeinden, und auch die Durchschnitte aus diesen Zahlen natürlich vollends kein richtiges Bild von der concreten Wirklichkeit, da sich in diesen Zahlen eben Alles ausgleicht. Dennoch liefern sie ein Gesamtbild, das zur Vergleichung der Verhältnisse in beiden Gemeindegruppen und mit denjenigen anderer Länder, so Preussens (Tab. 9 u. ff., S. 85 ff.), immerhin werthvoll ist. Daher werden hierüber hier noch einige Angaben eingefügt.

Die folgende Tab. 27 enthält die bezüglichen Daten für die directen Steuern im J. 1890.¹⁾

¹⁾ Aus der amtlichen Aufnahme f. 1890, nach den Berechnungen des statist. Bureaus. S. das Genauere in Fischer's Ztschr. f. Verwaltung, B. 15 u. 16, in dem Aufs. die Gemeindebesteuerungsverhältnisse im K. Sachsen. Die in Tab. 27 enthaltenen Hauptdaten in der Sächs. stat. Ztschr. 1894, S. 202. Procent- und Kopfquotenrechnung von mir.

Tab. 27. Sächsische directe Besteuerung in Staat, Gemeinden, Verbänden im Jahre 1890 (in 1000 M.).

	Staat 1000 M.	Gemeind. u. s. w. ¹⁾ 1000 M.	Davon Städte 1000 M.	Land- gem. 1000 M.	Procente			
					Staat	Ge- meinden	Städte	Land- gem.
1. Einkommensteuer	20.094	20.164	14.471	5.693	86.37	66.90	73.84	54.00
2. Kopfsteuer . . .	—	1.626	271	1.355	—	5.39	1.38	12.87
3. Grundsteuer . .	3.170	6.682	3.279	3.404	13.63	22.18	16.74	32.31
4. Miethsteuer . .	—	1.662	1.576	86	—	5.53	8.04	8.82
Summe . . .	23.264	30.134	19.597	10.537	100.00	100.00	100.00	100.00
Einwohnerzahl ²⁾ 1000	3.502	3.502	1.597	1.905	—	—	—	—
Zahl der Gemeinden .	3.242	3.242	143	3.094	—	—	—	—
Verhältniss d. Staatsst. zur Gemeindesteuer wie 1000: . . .	—	1.295	—	—				
Auf den Kopf Mk. directe Steuer . .	6.64	8.60	12.27	5.53				

Das übermässig starke Zurückstehen der Grundsteuer gegen die übrigen, die man, einschliesslich Miethsteuern, wesentlich als Personalsteuern zusammenfassen kann, bestätigt die früheren Bemerkungen. Selbst in den Landgemeinden nur knapp $\frac{1}{3}$ des Ertrags der directen Steuern von der Grundsteuer!

Für die Städte allein giebt die Tab. 28 eine Uebersicht der Haupteinnahmen und der einzelnen Arten der Steuern, getrennt für die Cassen, für das Jahr 1893.³⁾

Tab. 28. Einnahmen der sächsischen Städte in 1893 (in 1000 M.).

	Stadt- casse	Armen- casse	Schul- casse	
1. Gebäude-Nutzungen . . .	1.927	—	42	Zu 7: Stadtcasse. Für Jagdpacht (17), Fischerei (16), Erb- u. s. w. Zinsen (44), Obstnutz. (3), Friedhöfe (7), Fährpacht (8 Tausend M.).
2. Pachten und Grundstücke .	918	3.7	—	
3. Forsten	563	—	—	
4. Von Strassen und Plätzen .	124	—	—	
5. Brückenzoll	66	—	—	
6. Messen und Märkte . . .	302	0.2	—	Zu 8: Bei Armencasse und Schulcasse: Kapitalzinsen und Zinsen von Legaten und Stiftungen.
7. Sonstige Grundeinnahmen .	95	—	—	
I. Summe 1—7 aus Grundbesitz	3.995	4	42	Zu 10: Bei Stadtcasse: von Realschulen, Gymnasien, bei Schulcasse: v. Volksschulen etc.
8. Kapitalzinsen	2.918	239	166	
9. Jährliche Leistungen . . .	317	—	—	
10. Schulgelder	154	—	2.528	
11. Staatsbeihilfe	69	—	935	
12. Verschiedenes	382	40	110	Zu 11: Bei Stadtcasse: zu höheren Schulen.
II. Summe 8—12, aus Kapital u. s. w.	3.840	278	3.739	
13. Reingewinn Sparcassen . .	2.683	24	287	Zu 12: Bei Stadtcasse: Beiträge verschiedener Cassen (328,000), Rest sonstiges Verschiedene; bei Armencassen: Beiträge anderer Cassen. Beihilfen, Stiftungen, auch von einbezirkten Gemeinden, Ritzergütern, bei Schulcassen:
14. Gaswerke	2.985	—	—	
15. Wasserwerke u. s. w. . . .	1.014	—	—	
16. Vieh- und Schlachthof . .	142	—	—	
17. Verschiedenes	327	—	—	
III. Summe 13—17 aus Unternehmungen	7.151	24	287	
18. Geschoss	103	—	—	

¹⁾ Gemeinde-, Armen-, Schul-, Kirchenanlagen sammt Bezirkssteuern.

²⁾ Gutsbezirke und deren Bevölkerung nicht besonders ausgeschieden.

³⁾ Die Tabelle ist von mir aus den Materialien in der Beilage zur sächs. stat. Ztschr. 1897, Arbeit v. R. Martin, S. 42 ff. zusammengestellt worden.

	Stadt- casse	Armen- casse	Schul- casse	
19. Bürger- und Einwohnersteuer, Schutzgeld u. s. w.	272	—	—	Ablösungsrente (11), Bei- hilfen aus anderen Cassen
20. Grundsteuer	1.934	—	(808)	(58). Beiträge von einge- schulten Gemeinden (41 T. M.).
21. Miethsteuer	1	—	—	Zu 17: Bei Stadtcase: aus Marstall, Wirthsch.verwaltg.
22. Gast- und Schanksteuer . .	163	7	0.1	(76), Bergwerken, Steinbr. etc.
23. Wanderlagerst. u. v. Versteig.	7	—	—	(52), Vorschuss-, Leihanst.,
24. „Anlagen“	14.932	564	5.969	Banken (82), Aichamt, Stadt- waage (43), Markthalle (50),
25. Sonstige Steuern u. Abgaben	3	—	—	Brauerei (14), sonstige Unter- nehmungen (11 Tausend).
IV. Directe Steuern 18—25 .	17.405	571	6.477	Zu 20: Bei Schulcase: aus Ueberweis. von Grundsteuer.
26. Steuern vom Besitzwechsel .	571	650	282	Zu 32: Bei Armencasse: Abg. von kirchl. Handlungen,
27. Hundesteuer	270	105	—	Taufen, Hochzeiten (4.6), Jagd- und Angelkarten (13),
28. Lustbarkeitssteuern	16	242	(1.4)	Strafgelder (13 Tausend). Bei Schulcase: Strafen (2.2), Bei- träge von Erbschaften, Ge- schenken (1.7), Gebühren von Beerdigungen (0.16 Tausd. M.).
29. Braumalz- Zuschlag	111	—	—	Zu 35: Bei Stadtcase: Ein- nehmergebühren (777), Spor- teln und Strafen (673), Ver- gütung f. militär. Leistungen
30. Schlachtsteuerzuschlag . .	444	—	—	(11), Standesamtsgebühren und Unterhaltsbeiträge (4.7), Fleischbeschaugebühren (20), Fremden-, Gewerbe, Meldegebühren (0.3). Beiträge zur Arbeiterversicherung (47 Tausend M.).
31. Biersteuer	533	3.2	—	
32. Sonstige Verbrauchssteuern .	903	(30)	(4.1)	
V. Indirecte Steuern 26—32 .	2.849	1.030	287	
33. Beiträge zum Strassenbau .	1.028	—	—	
34. Staatshilfe „ „	126	—	—	
35. Verschiedenes	1.532	—	—	
VI. Vermischte Einn. 33—35 .	2.688	—	—	
VII. Für Feuerlöschwesen . .	597	—	—	
VIII. Sonstige Einnahmen . .	1.831	80	105	
Summe I—VIII	40.363	1.987	10.937	
		53.287		
Kirchenanlagen		1.451		

Zu VIII: Armencasse: darunter Nutzung von Bezirksvermögen (5), freiwillige Beiträge und Geschenke (19), Vermächtnisse (0.4 Tausend M.)

Das städtische Einkommen (der drei Cassen) aus Vermögen (wesentlich die Rubriken I, II, III der Tabelle) wird amtlich auf 15,753,000 M., der Werth des betreffenden (sogen. eigentlichen und uneigentlichen) Stadtvermögens auf 416,193,000 M. berechnet, so dass sich nicht ganz eine 4 % Verzinsung ergäbe. Von der Gesamteinnahme (einschliesslich Kirchenanlagen) von 54,738,000 M. kämen daher rund 30 % aus dieser Quelle, 70 % aus den anderen Einnahmen, d. h. namentlich aus der Besteuerung. (S. Martin's Aufs. a. a. O. S. 45, 46, und den ersten Theil dieser Abhandlung über die Vermögensverhältnisse der Städte). Der grosse Gewinn aus den Sparcassen (Nr. 13 der Tab. 28) fällt besonders auf und bestätigt das darüber oben S. 126 Gesagte.

Auf den Kopf der Bevölkerung ergibt sich eine Gesamteinnahme von im Maximum bei Leipzig mit 45.2, Zwickau 44.0, Dresden 41.2, dann folgt Riesa, Froburg und mit 36.6 M. Chemnitz. Das Minimum sinkt auf unter 10 bis 6.1 M. in einzelnen Städten (a. a. O. S. 45).

In der folgenden Tab. 29 ist die städtische Besteuerung aller drei Cassen summirt, (die Kirchenanlagen auch hier ausgeschlossen). Die steuerartigen Einnahmen der Feuerlöschcassen (Nr. VII der Tab. 28) sind aber noch mit eingezogen, nemlich 128,000 M. Besitzveränderungsabgaben, 181,000 M. Steuer von der Mobiliarversicherung, wohl wesentlich von den betr. Gesellschaften getragen (s. o. S. 128) und 223,000 M. Beitrag, d. h. doch auch eine Art Steuer von der Immobilienversicherung, insbesondere der Landesbrandversicherungsanstalt, worin auch eine Erhöhung der Prämien, insofern eine „Versicherungssteuer“ für den Specialzweck des Feuerlöschwesens liegt. Dieser Posten steht daher mit unter den „indirecten“, die Abgabe bei der Mobiliarversicherung bei der „directen“ Besteuerung.

Tab. 29. Gesamnte städtische Besteuerung (aller Cassen) in Sachsen im Jahre 1893 (in 1000 M.).

	1000 M.	Procent
1. Geschoss	103	0.35
2. Bürger- u. Einwohnersteuer, Schutzgeld u. s. w.	272	0.93
3. Grundsteuer	2.742	9.40
4. Miethsteuer	1	—
5. Gast- und Schanksteuer	170	0.58
6. Wanderlagersteuer, Auctionen	7	—
7. „Anlagen“	21.166	72.58
8. Mobiliarversicherungssteuer	181	0.62
9. Sonstige Steuern und Abgaben	3	—
I. Summe 1—7 directe Steuern ¹⁾	24.644	84.50
10. Besitzwechselabgaben	1.631	5.60
11. Hundesteuer	375	1.28
12. Lustbarkeitssteuer	259	0.89
13. Braumalz- und Biersteuer	647	2.23
14. Schlachtsteuer	444	1.52
15. Andere Verbrauchs- und indirecte Steuern	937	3.22
16. Versicherungsbeiträge (Immobilien)	223	0.76
II. Summe 8—16 indirecte Steuern	4.516	15.50
Summe I und II	29.160	100.00

Das Ueberwiegen der directen gegen die hier als „indirecte“ zusammengefassten Steuern im Verhältniss von fast 1 : 6 ist die besonders bemerkenswerthe Thatsache, welche in dieser Tab. 29 hervortritt. Und dabei fällt die eine Stadt Dresden mit ihrer stärker ausgebildeten Verbrauchsbesteuerung bei den indirecten Steuern hier nach Lage der Dinge noch besonders ins Gewicht (s. u.). Finanziell bedeuten die Gast- und Schankwirthschafts- und Lustbarkeitssteuern, wie man sieht, doch nicht viel, noch nicht $1\frac{1}{2}$ % des Steuerbedarfs wird durch sie gedeckt. Sie haben aber eben, wie die Hundesteuer, nicht rein finanzielle Zwecke. Auch die Biersteuer ist nicht gerade sehr einträglich. Mehr bedeuten auch in finanzieller Hinsicht die Besitzwechselabgaben. Wie sehr die „Anlagen“ vor den anderen Steuern in Betracht kommen, die Grundsteuer zurücksteht, ergibt auch diese Tabelle wieder. Doch sind in den „Anlagen“ nicht nur Personalsteuern enthalten.

Wie sich die Verhältnisse in den einzelnen Städtegruppen (nach Bevölkerungsgrösse), in einzelnen Städten und, soweit Material vorliegt, in den Landgemeinden gestalten, hat Neumann a. a. O. sehr eingehend untersucht. Es muss hier im Wesentlichen genügen, auf ihn zu verweisen (s. bes. S. 90 ff.). Nach seinen Berechnungen (meist für 1892) kamen in den 22 Städten von über 10,000 Einwohnern von 24.346,000 M. Steuerertrag auf die directen (hier mit Hundesteuer gerechnet) 86.21, auf die indirecten 13.79 %, was mit dem Durchschnitt aller Städte in Tab. 29 fast übereinstimmt. Die meisten dieser Städte decken von ihrem Steuerbedarf über 90 % durch directe (Leipzig 95.5), meist 75—90 % durch die Einkommensteuer allein (Leipzig 77.7 %) (Neumann S. 96).

Eine Ausnahme macht Dresden wegen seiner starken indirecten Verbrauchsbesteuerung. Es deckte um 1892 durch directe Steuern nur 69, durch die Einkommen-

¹⁾ Summe der Procente einschliesslich der Nr. 4, 6, 9.

steuer allein nur 56 % seines Steuerbedarfs (für alle Cassen). Folgende Tab. 30 zeigt die Vertheilung der Dresdener Steuern für 1896¹⁾.

Tab. 30. Dresdens Steuererträge 1896.

	1000 M.	% der Summe
1. Bürger- und Einwohnersteuer	232	2.66
2. Einkommensteuer	4.716	54.15
3. Grundsteuer	668	7.67
4. Wanderlagersteuer	3.9	0.04
I. Directe 1—4	5.620	64.52
5. Grundbesitzwechselsteuer	1.064	12.22
II. Verkehrssteuern 5	1.064	12.22
6. Abgaben von Reisepässen	0.7	0.01
7. „ „ Jagdkarten	2.1	0.02
8. „ „ Fischkarten	0.1	0.00
9. „ „ Tanzerlaubniss	58	0.67
10. „ „ Schaustellungen u. s. w.	37	0.43
11. Hundesteuer	92	1.06
12. Nachtigallensteuer	—	—
III. Summe 6—12	190	2.19
13. Verbrauchssteuern von Mehl u. Backwaaren	645	7.40
14. Von Fleischwerk	120	1.37
15. Von Vieh	553	6.35
16. Von Wildpret	59	0.69
17. Von Geflügel	42	0.48
18. Von Fischen	47	0.54
Summe 13—18	1.465	16.83
19. Von eingeführtem Bier	253	2.91
20. Von Dresdener Bier	116	1.33
IV. Verbrauchssteuern 13—20	1.835	21.07
Summe I—IV	8.708	100.00
Davon politische Gemeinde	6.199	71.2.
„ evangelische Schulgemeinde	2.401	28.8
„ katholische „	109	

In den beiden anderen grossen sächsischen Städten, Leipzig und Chemnitz, fehlen diese Verbrauchssteuern (bis auf einen kleinen Biersteuerertrag in Chemnitz). In Dresden treten sie doch sehr stark hervor. Und wenn aus der Steuer auf Mehl und Backwaaren allein fast genau so viel erzielt wird als aus der Grundsteuer, aus der gesammten Verbrauchssteuer noch etwas mehr als aus der Grundsteuer und der (1896 besonders einträglichen) Besitzwechselsteuer zusammen (21.07 gegen 19.89 %), so lassen sich Bedenken doch nicht unterdrücken, wenn auch die Einkommensteuer in Dresden nicht so weit herabgeht als sonst in Sachsen. Erfreulich ist die (bis ins 15. Jahrhundert zurückreichende) Besitzwechselabgabe, die seit 1. Jan. 1897 von $\frac{2}{3}$ auf $\frac{4}{5}$ % erhöht worden ist. Sie hat freilich nach den Conjunctionen sehr schwankende Erträge (z. B. 1870—75 in 1000 M. 54, 207, 537, 643, 280, 319 und 1886—96 207 (Min.), 371, 363, 494, 571, 462, 511, 590, 757, 903, 1.064, s. Mittheil. des Dresdn. stat. Amts a. a. O.), was für eine Gemeinde immer etwas lästig ist. Mit dem Verbrauchssteuerertrag steht Dresden ungefähr wie München (1894 5.24 dort, 5.42 M. hier auf den Kopf), wie einige andere südwestdeutsche Städte und wie preussische mit der Schlachtsteuer. Nur die elsass-lothring. grösseren Städte mit ihrem alten französischen Octroi haben noch eine erheblich stärkere Verbrauchssteuereinnahme (Strassburg 18.54, Mülhausen 17.03, Metz 16.07 M. auf den Kopf in 1894/95, s. Städt. stat. Jahrb. VI, S. 388, auch Neumann a. a. O. S. 249 ff.).

¹⁾ S. Mittheilungen des statist. Amts von Dresden, 1898, Heft 8, S. 47. Aeltere Daten im Statist. Jahrb. deutscher Städte, z. B. 1897, B. VI, S. 379, 388 (Aufs. von Würzburger).

3. Abschnitt.

2. B a i e r n.

a. Staatsbesteuerung.

Von allgemeinem finanzwissenschaftlichen Interesse ist die consequente Entwicklung eines reinen Ertragssteuersystems in der directen Besteuerung und das bisherige Festhalten an einem solchen System in Baiern. Eine allgemeine Personal-(Einkommen-)Steuer fehlt immer noch. Baiern stellt insofern in Deutschland, neben Württemberg, welches jedoch jetzt im Begriff ist, eine allgemeine Einkommensteuer einzuführen, den reinsten Typus der Ertragsbesteuerung dar und gleicht damit Frankreich und, bis zur neuesten, hier 1896 erfolgten Reform der directen Besteuerung, auch Oesterreich. Ferner ist die hohe einträgliche Bierbesteuerung für Baiern charakteristisch, in welcher sich dieser Staat eine besonders reiche Einnahmequelle zu schaffen und bisher auch für sich allein zu erhalten gewusst hat, da der Ertrag dieser Steuer nicht in die Reichscasse fliesst. Die indirecte Verbrauchsbesteuerung hat in Folge dessen in Baierns Staatsbesteuerung eine absolut und relativ grössere Bedeutung, als in Preussen und in den meisten anderen Staaten des Reichs, da Baiern im Uebrigen nach der Bevölkerungszahl an den Reichssteuern theil nimmt und sein eigener Biersteuerertrag bei Weitem stärker ist, als sein Antheil an allgemeiner deutscher Biersteuer nach der Kopfbzahl sein würde. In der directen wie indirecten Besteuerung nimmt also Baiern eine gewisse Sonderstellung ein.

§. 45. Erste oder Periode der grundlegenden Reformen nach der Errichtung des Königreichs (1807 ff.). Das baierische Staatssteuersystem des 19. Jahrhunderts hat seinen Ausgangspunct in der energisch unificirenden Steuerpolitik, welche das neugegründete Königreich gleich nach seinem Entstehen entfaltete. Die in den alten Landestheilen geschichtlich überkommene Besteuerung, besonders die directe, war völlig unzulänglich und entbehrte, wie überall, der Einheitlichkeit, nicht nur in den verschiedenen Gebietstheilen, sondern auch in jedem einzelnen¹⁾. Sie hätte an und für sich einer Umgestaltung, Modernisirung und Unificirung obnehin dringend bedurft. Zu diesen alten Gebieten kamen dann, nach dem Verluste der baierischen linksrheinischen (Pfalz) und kleineren niederrheinischen Lande, die grossen neuen Erwerbungen von 1803 und in der Rheinbundzeit, deren engere Verbindung mit dem alten Gebiete herbeizuführen ein besonderes Anliegen der baierischen Politik war. In diesen neuen Landestheilen bestanden nun überall wieder ganz verschiedene, aber wesentlich ebenso wie in Altbaiern veraltete Steuerverfassungen,

¹⁾ S. über die hier nicht weiter darzulegenden älteren Steuerverhältnisse in Alt-Baiern am Ende des 18. Jahrhunderts Fin. III, §. 34, bes. S. 79, 80. Näheres bei L. Hoffmann, Geschichte der directen Steuern in Baiern, 1883, bes. S. 158, 200, G. Schanz, Archiv I, 401, Seydel, baier. Staatsrecht I, S. 93 ff. Aus der älteren Litteratur v. Krenner, baier. Finanzzustand u. s. w., 1803 (danach die Daten bei Hoffmann a. a. O., Schanz a. a. O.). v. Rudhart, Zustand Baierns, bes. in B. III (Finanzverwaltung u. s. w., 1827), passim, ein Buch von besonderem Werth für die Zeit von 1807—1827.

die es zur Erreichung des erstrebten Einheitsstaats im neuen Königreich umzugestalten, zu modernisiren und zugleich zu vereinheitlichen galt. Eine Aufgabe, deren Bedeutung die Thatsache beleuchtet, dass in den alten rechtsrheinischen Stammlanden und den neuen zunächst erworbenen fränkischen und schwäbischen Gebieten, den sechs zusammen sogen. „älteren“ Kreisen, allein 607 verschieden benannte directe Steuern, darunter 114 verschiedene Grundsteuern vorhanden gewesen waren¹⁾. Der mehrfache Wechsel in den Bestandtheilen des neuen, zeitweise trotz der erwähnten Verluste auf den doppelten Gebietsumfang vergrösserten Königreichs trat zwar auch hier störend dazwischen²⁾. Aber der nach den neuen Gebietsregulirungen von 1815 dem baierischen Staat gebliebene Haupttheil seiner alten und neuen Ländermasse erlangte doch im Wesentlichen bereits in der Rheinbundzeit eine einheitliche Steuerverfassung. Nur die nach den definitiven Friedensschlüssen von 1815 und den ihnen noch folgenden kleinen Territorialregulirungen neu, bzw. wieder erlangten unterfränkischen (Würzburg, Aschaffenburg, nebst kleineren Stücken von Nachbarländern) und linksrheinischen Gebiete (Pfalz) behielten auch nach 1815 längere Zeit ihre mehr oder weniger abweichende Steuerverfassung, die Pfalz namentlich die französische³⁾.

Diese rücksichtslose Unificirungs- und Nivellirungspolitik characterisirt auf dem Finanz- und Steuergebiet wie auf anderen Gebieten des öffentlichen Rechts und der Verwaltung bekanntlich die Rheinbundära überhaupt. Sie kam in diesem grössten und in der erlangten Gebietserweiterung erfolgreichsten Rheinbundstaate vielleicht noch stärker und immerhin berechtigter als in den anderen kleineren zur Geltung und entsprang dem damals in Baiern besonders stark gewordenen dynastischen und Staatsbewusstsein, dem Gedanken des wittelsbachischen Einheitsstaats und eines baierischen „Reichs“, das gewissermaassen jetzt wieder auflebe⁴⁾. In den

¹⁾ v. Rudhart III, 74; öfters citirt, so auch von Hock, Baierns Finanzverwaltung I, 6. S. auch Seydel, Staatsrecht I, 285.

²⁾ Baiern umfasste 1792 861, 1812 im Maximum, als zwar verschiedene neue Erwerbungen (Würzburgsches, Landstreifen an der württembergischen Grenze u. a. m.) wieder abgetreten waren, aber Tirol, Vorarlberg, Salzburg u. s. w. dazu gehörten, 1708, und nach den Territorialregulirungen von 1815 ff. 1388 Quadratmeilen. S. das Nähere in Betreff des Gebietswechsels von 1792 an bei Viebahn, Statistik Deutschlands I, 1. B. 1. Abschn. — Meine Fin. III, S. 223.

³⁾ S. über die Steuern im Würzburg'schen, Aschaffenburg'schen Gebiete und in der Pfalz Rudhart III, S. 110, 116, 128.

⁴⁾ Proclamation des Königs vom 1. Jan. 1806: „Der baierische Staat habe sich zu seiner ursprünglichen Würde emporgehoben“. Der im baierischen Staatsrechte, in

grösseren Staaten, Oesterreich, Preussen, auch den norddeutschen Mittelstaaten, Sachsen, Hannover, ist man damals schonender vorgegangen.

Staatsrechtlich durchführbar wurde jene Politik in Baiern erst durch die gleichzeitige Hinwegsetzung der Krone über die Reste ständischer Rechte auf dem Finanz- und Besteuerungsgebiet, durch den Sieg des Absolutismus, welcher letztere bekanntlich damals fälschlich gern als Consequenz der erlangten Souveränität aufgefasst wurde¹⁾. Politisch und namentlich finanz- und steuerwirthschaftlich entsprach eine solche Politik indessen doch ohne Zweifel einem wahren Bedürfniss, des modernen Staats, der neueren Volks- und Staatswirthschaft. Mit diesem Bedürfniss waren die wirren historisch überkommenen Steuerverfassungen der Territorien, aus denen sich der neue Staat gebildet hatte, nicht mehr vereinbar. Es ist im Vergleich zu Preussen auch immer daran zu denken, dass die politische Gebietszersplitterung im heutigen baierischen Staatsgebiete, wie überhaupt im südwestlichen Deutschland (Württemberg, Baden u. s. w.) im alten Deutschen Reich, im damals fränkischen, schwäbischen, den rheinischen Kreisen, viel weiter gegangen war, als in Norddeutschland, eben deswegen auch die Zersplitterung des Rechts, der Steuerwirrwarr viel grösser und um so mehr einer Radicalcur, wie sie Baiern 1807 ff. vornahm, bedürftig gewesen ist.

Ganz ähnlich wie immerhin erst drei Jahre später in Preussen (o. S. 17) wurde jetzt in Baiern der Uebergang zu moderner Staats-, Finanz- und Steuerwirthschaft angekündigt, eingeleitet und nur mit grösserer Rücksichtslosigkeit als in Preussen durchgeführt. In dem grundlegenden Edict vom 7. Juni 1807 über die Gleichheit der Abgaben, die Steuerrectification und die Aufhebung der besonderen landschaftlichen Steuerclassen wurde nun auch in Baiern alsbald der Grundsatz der Allgemeinheit und Gleichmässigkeit der Besteuerung anerkannt, die Beseitigung der Steuerfreiheiten und Privilegien, besonders auch in der Besteuerung des Grundbesitzes, dann die Ausgleichung (Rectification) der sonstigen vorhandenen Ungleichheiten der Besteuerung und die Herbeiführung einer Besteuerung nach Maassgabe

der Verfassung von 1818 und auch heute noch mehrfach vorkommende amtliche Ausdruck „Reich“ (Reichsrath, Reichsverweser) ist ein Nachklang dieses Geistes, freilich mit Umfang und Bedeutung des Staats nach dem sonstigen deutschen Sprachgebrauch nicht recht vereinbar, vollends nicht seit der Wiedererrichtung des Deutschen Reichs.

¹⁾ S. V. v. 8. Mai 1807, Constitution v. 1. Mai 1808, Pözl, baier. Verfassungsrecht, 5. A., 1877, S. 24. Bes. Seydel, baier. Staatsrecht I, S. 235 ff.

der Kräfte des Einzelnen, also nach dem Princip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, als nächste Aufgaben hingestellt. Die Begründung ist wie in Preussen die übliche mit den damaligen politischen und rechts- und staatsphilosophischen individualistischen Gerechtigkeitsanschauungen der Aufklärungszeit.

Einzelnes. Gute knappe, aber die legislativen Daten vollständig enthaltende Uebersicht der Steuerreform von 1807 ff. in Seydel's baier. Staatsrecht, I, S. 282 ff., worauf für die im Folgenden übergangenen vielen Einzelheiten hier verwiesen wird. Ganz kurz Hock, Fin.verwalt. Baierns I, 6, v. Reden, Fin.statist. I, 1. Abth. (1851), S. 25, 50. Eingehend und besonders lehrreich Rudhart, Zustand Baierns III, S. 72 ff., wo namentlich Näheres über die technische Umgestaltung und Durchführung des Provisoriums (S. 77 ff.) und Definitivums (S. 83 ff.). Für die directen Steuern Seisser's Commentar, Gesetze über die directen Steuern, I, 1882, S. 1 ff.

§. 46. Reform der directen Besteuerung 1807 ff. Die bezüglichlichen Ausführungsmaassregeln folgten rasch. Der steuerprivilegirte Besitz wurde sofort vorläufig mit einer Steuer von $\frac{1}{2}\%$ vom Werth unter Aufhebung der etwa von ihm bisher statt der regelmässigen gewöhnlichen Steuer getragenen Abgaben und Beiträge verschiedenen Rechtstitels und Namens belegt (V. v. 20. Nov. 1807). Angesichts der Schwierigkeiten, sogleich eine ganz genügende Steuerausgleichung der Grund- und sonstigen directen Steuern durch eine neue Steuerverfassung herbeizuführen, wurde eine neue einheitliche Verfassung der directen Steuern gegeben (Verordnung vom 13. Mai 1808), welche, wie die Real-(Grund- und Haus-)besteuerung, ausdrücklich nur als provisorische gedacht war. Sie setzte an die Stelle der bisherigen bezüglichlichen Abgaben ein System von Ertragssteuern, bestehend aus einer Grund- und Dominical-, einer Haus- und Gewerbesteuer; formell, insbesondere die drei ersteren, wesentlich eine Werthbesteuerung nach dem sogen. Currentwerthe. Die Gewerbesteuer war eine Classensteuer (8 Classen, 2—30 fl.), sie wurde 1814 (Edict vom 15. April) neu geregelt (s. u.) Der Zweck jener provisorischen Verfassung war die Beseitigung der stärksten Fehler und Ungleichmässigkeiten in der bisherigen Besteuerung in möglichst kurzer Zeit, bis das definitive Steuersystem eintreten könne, welches längere Arbeit, namentlich für die Grundbesteuerung und deren Grundlage, die Bodenvermessung, erheischte. An die Vorbereitung dieses Systems ging man aber alsbald. Eine Ergänzung fand diese viergliederige provisorische Ertragsbesteuerung durch eine fünfte directe Steuer auf Zugvieh (1808), welche den Zweck hatte, als Ersatz des aufzuhebenden Wegegelds im ganzen Staate zu dienen, nach Analogie einer schon älteren ähnlichen Steuer in den alten Landestheilen

(die sogen. „Mahnatanlage“). Endlich trat als sechste directe Staatssteuer anderen Characters unter dem Namen Familienschutzgeld noch eine Abgabe hinzu, eine Art roher Classensteuer der Familienhäupter (8 Classen mit $\frac{1}{3}$ —12 fl. Steuersatz unter Berücksichtigung des Erwerbs) (Verordn. v. 25. Nov. 1808). Eine Steuer, welche später (1814) in eine Familiensteuer umgebildet wurde (s. u.) und für den der Annahme nach von den Ertragssteuern nicht getroffenen Erwerb allgemein, also insoweit auch von den Censiten der anderen directen Steuern zu zahlen war. Sie hatte somit doch einen gewissen Personalsteuercharacter und hätte bei folgerichtiger Fortbildung zu einer wirklichen Personal- und Einkommensteuer, wie in Preussen, neben der Ertragsbesteuerung führen können, hat eine solche Fortbildung aber nicht erfahren, sondern ist später verkümmert (1831) und endlich ganz aufgehoben worden (1848), um anderen directen Steuern Platz zu machen, vorübergehend einer wirklichen allgemeinen Einkommensteuer, welche dann wieder durch die heutigen baierischen Kapitalrenten- und speciellen Einkommensteuern abgelöst wurde (§. 49, 50).

In der provisorischen Verfassung für die Grund- und Hausbesteuerung schwebte der Gedanke einer (indirecten) Reinertragsbesteuerung vor, wobei die Werthkatastrirung, als leichter und rascher durchzuführen, nur die Grundlage war. Aus dem Werth wurde dann auf den Reinertrag geschlossen, bekanntlich bei Grundbesitz, zumal ländlichem, immer ein gewagter Schluss. In der definitiven Gestaltung dieser Steuern war auch das Ziel gewesen, mit der geplanten und nach und nach durchgeführten Parcellarvermessung und sich anschliessenden Operationen dann eine directe wirkliche nominelle Reinertragsbesteuerung zu bewerkstelligen, das allgemeine Streben der damaligen Grundsteuertheorie und rationellen Steuerpraxis, nach dem Muster der französischen Gesetzgebung, welches überhaupt in Baiern und sonst damals die legislativen Ziele, zumal für die directen Steuern, mit bestimmt hat. Aber die grossen Schwierigkeiten, welche sich bei der practischen probeweisen Durchführung der Reinertragskatastrirung ergeben hatten, führten zu einer wesentlichen Modification des sogen. Grundsteuerdefinitivums (für die Grund-, Dominical- und Haussteuer), d. h. zu einer Katastrirung, welche im Wesentlichen als eine Art Rohertragsermittlung, unter Anrechnung bloss einzelner bestimmter Abzugsposten, aber auch im Princip nicht der vollständigen Productionskosten, bezeichnet werden kann. Jedoch ist die umfassende

Katastrirung nach diesem ursprünglich geplanten „definitiven“ System ins Stocken gerathen, nur in einigen Gebietstheilen zur Grundlage der Besteuerung gemacht und die sonstige Arbeit wesentlich auf die Vermessung, Planlegung und Flächenberechnung beschränkt worden (1814). Immerhin ist indessen jener eigenthümliche Character einer modificirten Rothertragssteuer der eigentlichen Grundsteuer auch in deren späterer endgiltiger Gestaltung (1828, 1881) geblieben. Er bildet ein Characteristikon der baierischen Besteuerung und eine Singularität unter den modernen Grundsteuer-verfassungen überhaupt. Bis 1828 blieb es im Uebrigen bei dem Provisorium von 1808.

Eine eigenthümliche Einrichtung des baierischen Steuerrechts, die sogen. *Steuersimpla*, stammt noch aus der Zeit des Provisoriums. Es wurden die Steuerkapitalien der Grund-, Dominical- und Haussteuer für je 100 fl. Werth mit einem einfachen Steuersatz von $7\frac{1}{2}$ Kr. vom Gulden oder $\frac{1}{8}\%$ belegt und dann bestimmt, später im Finanzgesetz, wie viel solcher Simplen von jeder Steuer zu erheben waren, regelmässig eine verschiedene Zahl bei der einzelnen Steuer.

Die Grundsteuer des Provisoriums suchte auf verschiedene Weise, auch durch Zurückgehen auf die Erwerbspreise der ländlichen Güter (Besitzungen) aus den letzten 20 Jahren, einen mittleren Güterwerth der Districte zu ermitteln, der dann als sogen. *Currentwerth* Grundlage der Besteuerung wurde. Die Dominicalsteuer traf den Ertrag der Grundgefälle (Zehnten u. s. w.), den der Grundherr vom abhängigen Besitz bezog, unmittelbar beim Berechtigten, bis zur Ablösungsgesetzgebung von 1848, wo die Steuer verschwand, bezw. mit der Grundsteuer des Bodeneigenthümers verbunden wurde. Der Haussteuer unterlagen auf dem Lande nur diejenigen Wohngebäude, welche nicht schon, wie die Regel war, im Grundcomplex zur Grundsteuer mit eingeschätzt waren, in den Städten die Wohngebäude, und zwar nach dem mittleren Kaufpreise der letzten 20 Jahre, der als steuerpflichtiger *Currentwerth* galt. Die Gewerbesteuer nach dem Edict vom 15. April 1814 war der Idee und Tendenz nach wesentlich eine Steuer auf das eigentliche Gewerbeerecht und traf die concessionirten Gewerbe, stand daher mit dem eigenthümlichen baierischen Gewerbeerecht in Verbindung. Sie classificirte dann die Gewerbe nach ihrer Gattung und Bedeutung und nach dem Ort, worin sie betrieben wurden (Bevölkerungsgrösse) in 5 Hauptclassen, jede mit 5 Unterclassen, für welche bestimmte Steuersätze (Cl. 1 $\frac{1}{2}$ —3 fl., Cl. 5 120—300 fl.) bestanden, also eine rohe Art der Gewerbeclassensteuer nach der Methode der „Merkmale“, mit Gattungs- und Ortsclassen, noch ohne die spätere weitgehende Specialisirung und Casuistik.

Bei allen vier genannten Steuern bestand die Fiction, dass sie nicht den vollen Reinertrag trafen, sondern namentlich nur die eigentliche Rente aus dem landwirthschaftlichen und Gewerbebetrieb (bezw. bei letzterem den Ertrag aus dem Werth des Gewerbeerechts). Der Ueberschuss des Erwerbs darüber hinaus erschien also auch beim ländlichen Besitzer und Wirth und beim Gewerbetreibenden noch nicht direct durch die betreffende Ertragssteuer getroffen. Damit begründete man die Unterwerfung auch dieser Classen mit unter die allgemeine Familiensteuer, welche ausserdem alle übrigen selbständig erwerbenden Personen traf. Sie zerfiel nach dem Edict vom 14. Dec. 1814 in 10 Hauptclassen mit einer Reihe von Unterclassen darin, begann in Cl. 1 mit gemeinen Tagelöhnern, in Cl. 2 mit Dienstboten, Gesellen, Gewerbsgehilfen, ging in Cl. 3 auf die freien, nicht concessions-, daher nicht gewerbesteuerpflichtigen Gewerbetreibenden, in Cl. 4 und 5 auf die Betreiber liberaler Berufe, Beamte und in Cl. 6 auf Kapitalisten mit blossem Zinseinkommen über, belegte die Censiten der Cl. 1—4 und selbst 6 mit classificirten festen, durchweg sehr niedrigen Steuersätzen, die Angehörigen der 5. Classe. Beamte u. dgl., dagegen mit einer Steuer von $\frac{1}{4}\%$ des Einkommens. In den Cl. 7—10 standen die Censiten der 4 Ertragssteuern, deren Familiensteuer einfach in einer Quote des Simplums ihrer betreffenden

Steuer angesetzt war (Hauseigenthümer 10, Dominicalisten 20, Grundeigenthümer 40, Gewerbsberechtigte 20 % des Simplums). Hier war die Personalsteuer also nichts als ein Zuschlag zur Ertragssteuer und theilte die Bedenken der letzteren, welche nur durch die niedrige Höhe der Familiensteuer sich etwas verminderten. Diese eigenthümliche Combination von Ertrags- und Personalsteuer erklärt auch das spätere Geschick dieser Familiensteuer mit, namentlich ihre Aufhebung in den Classen 7—10 im Jahre 1831.

Die in der Zeit der Einführung der neuen directen Steuern vorgekommenen Klagen, dass die Last gegen früher gesteigert sei, widerlegt Rudhart mit den Zahlen der Statistik. Danach hätten die 6 „älteren“ Kreise früher 7,403,000 fl. an alten, durch die neuen Steuern ersetzten Steuern im letzten Jahre der Erhebung getragen, 1819/20 an neuen Steuern dagegen nur 6,495,000 fl., 908,000 fl. weniger (bei einer Vergleichung jeder Steuer mit denen, an deren Stelle sie getreten, bei der Grund-, Dominical- und Haussteuer ein Minus von 663.000, bei der Gewerbesteuer ein Plus 450.000, bei der Zugviehsteuer ein Plus von 39.000, bei der Familiensteuer ein Minus von 90.000 fl. und an Erträgen sonstiger aufgehobener Steuern waren ausserdem 644.000 fl. weggefallen. Rudhart, S. 76 und statist. Beilage 87, mit den betreffenden Daten auch für die einzelnen 6 Kreise). Als leitender Gesichtspunct war bei der Reform von 1807 ff. auch die Ausgleichung, nicht die Erhöhung der Steuerbelastung hingestellt worden, wie das bei Reformen namentlich der directen Steuern in Deutschland allerdings gewöhnlich geschehen ist und noch geschieht.

§. 47. Die übrigen Steuern. Verbrauchssteuern, Zölle, Taxen, Stempel.

S. wieder die einzelnen legislativen Vorgänge bei den Verbrauchssteuern bes. bei Seydel I, 289 ff., Rudhart III, 151 ff., v. Reden a. a. O. S. 65 ff., bei den Zöllen bei Seydel I, 292 ff., Rudhart II, 265—310, bei den Taxen, Stempeln u. s. w. bei Seydel I, 291, Rudhart III, 157 ff., v. Reden S. 64 ff., Hock, Baierns Fin.verwalt. II, 322 ff.

Auch die übrigen Steuern wurden zum Theil alsbald in die Reform einbezogen. Namentlich die innere indirecte Verbrauchsbesteuerung, die Getränkesteuer von Bier, Branntwein, wurde ebenfalls unificirt, die wichtigste Steuer, die auf Bier, allgemein in der Form des sogen. Malzaufschlags eingerichtet und erhöht (V. v. 28. Juli 1807, 11. Febr. 1811). Ergänzend wurde der ausländische Wein ausser dem Zoll auch noch einer inneren Verbrauchssteuer unterworfen (1811), während verschiedenartige, im Ganzen unerhebliche Weinaufschläge nur sporadisch in den älteren Kreisen vorkamen, wobei es noch einige Zeit verblieb, bis auch sie fortfielen. Das alte Umgeld ward aufgehoben. Auch die staatliche Fleischsteuer wurde im Jahre 1808 einheitlich geordnet, doch auf die Städte beschränkt und diesen die Hälfte, 1813 der volle Ertrag überlassen, womit diese Steuer aus dem baierischen Staatssteuersystem ausscheidet. In der Communalbesteuerung der Städte kommt sie noch heute vor. Der Tabak wurde 1811 regalisirt, in Form eines Handelsmonopols für inländische Fabrikate, das im Jahre 1819 wieder fortfiel. Salz war Regal (Productions- und Handels-, auch Kleinhandelsmonopol, mit Verbot der Salzeinfuhr). Ferner bestand in Baiern schon seit dem

vorigen Jahrhundert ein Lottoregal, das in der schlimmen Form des genuesischen Zahlenlottos auf das ganze Gebiet ausgedehnt wurde. Es fand in Baiern lange viel Anfechtung. Rudhart urtheilt es auf das Schärfste, aber es ist dem Drängen der Stände auf seine Beseitigung erst im Jahre 1861 zum Opfer gefallen.

Das ältere Zollwesen hatte schon in den vorausgehenden Jahren Veränderungen erfahren. Zur Vereinheitlichung der Gesetzgebung im ganzen Staate kam es dann ebenfalls bereits im Jahre 1807/8 durch die Zoll- und Mauthordnung vom 1. Dec. 1807 und 8. März 1808, durch welche, 10 Jahre vor dem ähnlichen preussischen berühmten Zollgesetz, zum Grenzzollsystem mit Ein-, Aus- und Durchfuhrzöllen für das ganze Staatsgebiet übergegangen, demgemäss die inneren bezüglichlichen Abgaben aufgehoben wurden, auch die staatlichen Wege- und Brückengelder fallen sollten. Der Einfuhrtarif war verhältnissmässig liberal in finanzieller und protectionistischer Hinsicht und einfach. Die Zollordnung hat aber, abgesehen von den durch das System der Continentsperre bedingten zeitweiligen Erhöhungen und Verkehrserschwerungen (1810—13), später, 1811, Veränderungen in mehr fiscalischer und mehr protectionistischer Richtung erfahren, namentlich wurde 1811 eine besondere Verbrauchsabgabe neben dem Einfuhrzoll für eingeführte fremde Waaren zu Zwecken der Schuldentilgung angeordnet. Die 1814 ff. neu erworbenen Lande konnten nicht gleich in das allgemeine Zollgebiet einbezogen werden, Unterfranken erst 1818. Die Zollerträge waren während der Rheinbundperiode zeitweilig nicht ungünstig, sind aber später in der Friedenszeit nach 1815 sehr gesunken und die Zollverwaltungs- und Erhebungskosten waren enorm, selbst noch später, in den 1820er Jahren (35 % nach Rudhart).

Die im baierischen Staatshaushalt schon seit Alters vorkommenden Taxen, Sporteln u. dgl., welche znm Theil als Verkehrssteuern zu characterisiren sind, sind auch in dieser Zeit der stark unificirenden Finanz- und Steuergesetzgebung dagegen noch nicht allgemein einheitlich geregelt worden. Nur für die Fälle der nicht streitigen (sogen. freiwilligen) Gerichtsbarkeit wurde eine einheitliche Taxordnung erlassen (8. Oct. 1808), welche die grössten bestehenden Verschiedenheiten der bisherigen Normen beseitigte. Für alle anderen Verhältnisse, insbesondere der streitigen Gerichtsbarkeit, blieben zahlreiche verschiedene ältere locale Taxordnungen bestehen, hie und da mehrere an einem Ort. Rudhart führt 37 an, ohne Vollständigkeit zu verbürgen. Ein sehr verwirrter Zustand,

der gleichwohl noch über ein Menschenalter dauerte (bis 1852 und zum Theil bis in die 1870er Jahre). Besser ging es mit dem Stempelwesen, das 1805 und dann durch V. v. 18. Dec. 1812 im Ganzen einheitlich geregelt worden ist. Die Pfalz behielt aber in Taxen und Stempeln ihre französische Gesetzgebung, zum grossen Theil selbst bis 1879. Auch Spielkarten und Kalender unterlagen früher dem Stempel.

Alles in Allem wird man anerkennen müssen, dass der neue baierische Königsstaat immerhin in dieser ersten Periode seines Bestehens Beachtenswerthes in der Steuerreform in der Richtung auf Unificirung und Modernisirung geleistet hat. In der nun folgenden constitutionellen Aera konnte man auf diesem Fundament weiter bauen, in Haupttheilen wurde es noch lange unverändert belassen.

§. 48. Zweite Periode, vom Erlass der Verfassung (1818) bis 1848. Auch für die Steuergesetzgebung wurde die im Jahre 1818 gegebene neue Verfassung des Staats durch die Bestimmungen, welche sie über die Besteuerung, insbesondere über das Steuerbewilligungsrecht der Stände enthielt, von entscheidender Bedeutung.

Abgesehen von verschiedenen anderen, indirect für die Besteuerung und die Steuerbewilligung wichtigen Bestimmungen der Verfassung, so besonders denjenigen über das Staatsgut (Titel III), die Budgetvorlegung (Titel VII, §. 4, 6), die Staatsschuld (eb. §. 11 ff), kommen namentlich folgende Sätze der Verfassung in Betracht. „Die Theilnahme an den Staatslasten ist für alle Einwohner des Reichs allgemein, ohne Ausnahme irgend eines Standes, und ohne Rücksicht auf vormals bestandene besondere Befreiungen“ (Titel IV, §. 13): das seit 1807 schon im öffentlichen Recht anerkannte wichtige Princip (s. o. S. 140). „Ohne den Beirath und die Zustimmung der Stände des Königreichs kann kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betrifft, erlassen, noch ein schon bestehendes abgeändert, authentisch erläutert oder aufgehoben werden“ (Titel VII, §. 2), was sich implicite auf Steuergesetze mit bezieht. „Der König erhält die Zustimmung der Stände zur Erhebung aller directen Steuern, sowie zur Erhebung neuer indirecter Auflagen, oder zur Erhöhung oder Veränderung der bestehenden“ (Titel VII, §. 3): also eine eigenthümliche Unterscheidung zwischen directen und indirecten Steuern in Bezug auf die Mitwirkung der Stände, was eine feste staatsrechtliche Begriffsbestimmung beider Arten und die Einreihung aller vorkommenden Steuern unter beide voraussetzt. Zu den indirecten im staatsrechtlichen Sinne werden in Baiern auch die Stempel, Taxen, Erbschaftssteuer, Hundesteuer ausser den inneren Verbrauchssteuern (Aufschlägen) und Zöllen gerechnet, nur die Ertrags- und Personalsteuern als directe angesehen. „Die Stände können die Bewilligung von Steuern mit keiner Bedingung verbinden“ (eb. §. 9). „Die zur Deckung der ordentlichen Staatsausgaben erforderlichen directen Steuern werden jedesmal auf 6 Jahre (die damalige Finanzperiode) bewilligt“ (eb. §. 5). S. für Weiteres auch die §. 4—8, 10 eb. Die nicht durchaus klaren und unzweideutigen Bestimmungen der Verfassung haben später zu Meinungsverschiedenheiten geführt. Darüber kam ein sogen. Verfassungsverständniss, das ständische Steuerbewilligungsrecht betr., in dem Landtagsabschiede von 1843 zu Stande (s. dasselbe z. B. in H. A. Zachariä's deutschen Verfassungsgesetzen (1855, S. 130), das nicht als Gesetz, aber als Aus-

legungsmittel gilt (Seydel). S. über die Materie Pözl, baier. Verfassungsrecht, §. 203. Seydel, Staatsrecht Baierns im Marquardsen'schen Handb. d. öffentl. Rechts, §. 77 (einem kürzeren Abriss des grossen selbständigen Werks Seydel's). Hock, Handbuch d. Fin.verw. I, 14.

Kleinere Veränderungen des zur Zeit des Erlasses der Verfassung bestehenden Rechts der directen Steuern erfolgten bald mehrfach. Zu einer eingreifenderen kam es wegen der Mängel des Steuerprovisoriums im Jahre 1828 in Betreff der Grund- und Haussteuer (Gesetz vom 15. Aug. 1828), die damit zu förmlichen Ertragssteuern in verbesserter Form ausgebildet wurden, und ihre endgiltige Gestaltung, woran später (1856, 1881) nur Weniges geringfügig modificirt wurde, bis in die Gegenwart erhalten haben. Der Versuch, damals auch die Gewerbesteuer zu reformiren, scheiterte. Etwas später, 1831, wurde der Theil der Familiensteuer, welcher in Quoten von den Simpeln der Grund-, Dominical- und Haussteuer von den betreffenden Censiten erhoben wurde (s. o. S. 143), beseitigt. Nur für die übrige Bevölkerung blieb die Familiensteuer bestehen, bis 1848, mit wenig mehr als dem halben bisherigen Ertrage. Der Ertragssteuercharacter des directen Steuersystems und die Belastung des Realbesitzes, trotz des Fortfalls der Familiensteuer dabei, trat so schärfer hervor. Die ungenügende Besteuerung des beweglichen Vermögens und der nicht Grund und Haus besitzenden Classen, wie der persönlichen Arbeit aller Art durch die unerhebliche Familiensteuer machte sich aber mit der Entwicklung des Wirthschaftslebens in den 1830er und 40er Jahren auch empfindlicher geltend. Das hat dann zu den Reformen von 1848 an geführt (§. 49).

Die Zugviehsteuer (s. o. S. 141) ist im Jahre 1822 weggefallen (Anschlag für 1819 434.000 fl.). In der Pfalz ist die Gewerbesteuer auf der Grundlage des französischen Steuerrechts durch eine Verordnung von 1820, die Thür- und Fenstersteuer schon vorher durch Verordnung von 1817 geregelt worden.

Für die Grundsteuer wurde in der Gesetzgebung von 1828 als steuerbarer Ertrag eine eigenthümliche Rechnungsgrösse construirt, welche sich bei Aeckern als Ergebniss des Rohertrags bloss des Hauptproducts mit alleinigem Abzug des Saatguts ergibt und analog dann bei Grundstücken mit anderen Bodenbenutzungen gebildet wurde. So ist die baierische Grundsteuer, wie schon bemerkt, doch eigentlich eine nur etwas modificirte Rohertragssteuer. Bei Aeckern wurde z. B. Dreifelderwirthschaft, gemeinüblicher Fleiss vorausgesetzt, mittlerer Ertrag von Winter- und Sommerkorn ermittelt, Stroh, Brachfrüchte, Weidenutzung und andere Nebennutzungen blieben unberücksichtigt, ebenso jedes bei der Katastrirung vorhandene oder später etwa eintretende andere, z. B. intensivere Wirthschaftssystem. Als allgemeine Einheit wurde der Achtel-Scheffel Roggen zu dem festen Werthanschlag von 1 fl. angesetzt, wovon 1 Kreuzer, also $\frac{1}{60}$ dann das Steuersimplum war. Auf diese Roggenwertheinheit wurden alle anderen Bodenerträge, auch bei Wiesen, selbst bei Waldungen, reducirt, wobei andere agrarische Benutzungen als zu Ackerland den Aeckern gleichgestellt und nur die Bodengüte (Bonität) berücksichtigt wurde. Auch das Werthverhältniss anderer Bodenfrüchte zu Roggen war gesetzlich fixirt. Eine genaue Bodenparcellar-

vermessung, eine Bonitirung von sogen. Mustergrundstücken, die Bildung von Kataster- und Steuerwerthclassen, die Classification der einzelnen Grundstücke mittelst Vergleichung mit den Mustergrundstücken fand zur Durchführung der Operation statt. Der „Ertrag“ wurde dann für das Tagewerk ermittelt, danach der Steuersoll im Simplum festgesetzt und im Finanzgesetz die Zahl der zu erhebenden Simplen bestimmt. Alle Aenderungen der Bodencultur, der Betriebssysteme u. s. w. blieben somit unberücksichtigt. Es war also in Wahrheit die Grundsteuer eine stabile, solange das Object bestand, für den einzelnen Besitzer nur nach der Zahl der ausgeschriebenen Simplen und nach dem etwaigen Wechsel der für Kreis-, Districts- und Gemeindeumlagen erfolgenden Zuschläge verschieden. S. die Darstellung des Systems in Kürze bei Pözl, baier. Verwalt. rect (3. A. 1871) §. 253 ff., Seydel, Staatsrecht in Marquardsen's Sammelwerk S. 196 ff., genauer im selbständigen Werk, National-ökonomische kritische Darstellung bei Helferich in der Tüb. Ztschr. für Staatswiss. B. 29, 1873, S. 312 ff., Eheberg im Jahrb. f. Ges.ggeb. u. s. w., N. F. VI, 1882, S. 66, eingehend in finanzrechtlicher Darstellung nach dem geltenden Recht (Gesetz von 1881), Hock a. a. O. II, S. 12, §. 146 ff., Seisser, directe Steuern, B. I. Zur Kritik auch zu vergleichen Vocke, Besteuerung d. Landwirthsch. mit bes. Rücksicht auf Baiern, 2 Aufsätze, Tüb. Ztschr. B. 29 u. 30. Kleinere Aenderungen des Ges. v. 1825 mehrfach, so durch Ges. v. 25. Aug. 1831, 1. Juli 1834, 28. März 1852. Durch letzteres wurde die bisherige besondere Dominicalsteuer, welche der Grundherr für die Zehnten u. s. w. eigens zu entrichten gehabt, beseitigt, in Gemässheit des Grundlastenablösungsgesetzes vom 4. Juni 1848, und der Steuerbetrag dem Grundbesitzer zugerechnet. Bei der Steuerreform von 1881 haben nur kleine Abänderungen des Gesetzes von 1828 und eine neue Redaction des ganzen Gesetzes stattgefunden (Ges. v. 19. Mai 1881, Bekanntmachung v. 10. Juni 1881). Die schweren Mängel der Grundsteuerverfassungen nach dem System des Ertrags-, Parcellar- und Classenkatasters treten bei der Stabilität des Katasters und der eigenthümlichen Art der modificirten Robertragsbesteuerung und der Werthfeststellungen trotz der sorgsamten Durchführung der Katastrirung in Baiern wohl noch mehr als in anderen Ländern dieses Systems hervor, wo man wenigstens die allerdings überall fictive Grösse des sogen. steuerbaren Ertrags dem mittleren wirklichen Reinertrag im Princip und in der practischen Durchführung mehr angenähert hat. S. meine Darstellung und Kritik der Grundsteuer in meiner Abh. directe Steuern im Schönberg'schen Handbuch 4. A. III, S. 325 ff., 344 ff.

Die Haussteuer von 1828 trifft im Princip alle Gebäude in Stadt und Land. Diese unterliegen aber daneben für ihre Grundfläche und für ihre Höfe ausserdem der Grundsteuer (nach der Classe der besten Grundstücke in der Ortsflur, Hausgärten und Banplätze werden wie die übrigen Grundstücke der Ortsflur classificirt). Daraus ergiebt sich aber nur eine ganz unerhebliche Belastung, z. B. fielen 1890/91 von der Gesamtgrundsteuer von 11.509,000 M. nur 26,317 M. auf die Steuer von der Grundfläche der Gebäude und Hofräume, neben einem Haussteuerertrag von 5,203,000 M. (baier. stat. Jahrb. 1897, S. 200, 193). Die Haussteuer selbst zerfällt, wie in anderen Gesetzgebungen (Oesterreich, Preussen) in zwei wesentlich verschiedene Steuern, über deren richtiges Verhältniss zu einander beständig, bis in die Gegenwart, discutirt wird, nemlich in eine eigentliche Miethsteuer und eine sogen. Arealsteuer. Die erstere entspricht der auch sonst üblichen Form der sogen. Hauszinssteuer (Oesterreich, Preussen, s. meine Abh. im Schönberg'schen Handb. III, S. 353), doch werden in Baiern auch hier Musterhäuser ausgesucht, deren Ertrag genau ermittelt und andere Häuser nach Vergleichung damit eingeschätzt, wo die Miethverhältnisse genügende Anhaltspunkte bieten. Wo dagegen letzteres nicht der Fall, werden die Häuser nur nach der Fläche (Area, überbauter und zu Hofraum bestimmter Boden) veranlagt und diese Fläche der höchsten Bonitätsclasse, der 30. des Tarifs, zugerechnet. Das ergab aber immer nur einen absolut und namentlich im Verhältniss zur Miethsteuer relativ niedrigen Werth und Steuersatz, weshalb das Gesetz vom 25. Juli 1850 bestimmte, dass bei den auch für diese Steuern bestehenden sogen. Simplen (ebenfalls vom Gulden des steuerbaren Betrags 1 Kr.) die Arealsteuer immer im dreifachen Simplum der Miethsteuer zu erheben sei: natürlich auch willkürlich. Die Zahl der zu erhebenden Simplen bestimmt auch bei dieser Steuer das Finanzgesetz. Kleinere Aenderungen des Gesetzes von 1828 ausser durch das Gesetz von 1850, durch Gesetze von 1831, 1846, 10. Jan. 1856, 19. Mai 1881, zugleich neue Redaction des ganzen

Gesetzes. S. Pözl, Verwalt.recht, §. 258, Seydel, in Marquardsen's Werk, S. 197, bes. Hock, II, 69 ff., Seisser I. S. 73 ff. Kurze Darstellung und Kritik in den gen. Aufs. von Helferich (S. 326 ff.) und Eheberg (S. 67, 79 ff.). S. auch meine Abh. im Schönberg'schen Handb., 4. A., III, S. 358. Die Arealsteuer hat kaum zu hebende inhärente principielle und practische Mängel, die Miethsteuer in der Veranlagung nicht nach dem, leicht zu ermittelnden individuellen Ertrag der Häuser, sondern nach Musterhäusern kaum einen Vorzug vor der üblichen Form der Hauszinssteuer (s. meine Abh. a. a. O. S. 348 ff., 353 ff.). Dass diese Steuer wesentlich Rohertragssteuer, wie auch sonst öfters (Preussen) ist, wird nur durch den mässigen Steuersatz erträglich, aber wegen der Localzuschläge für Gemeinden u. s. w. wieder um so bedenklicher.

In der inneren Verbrauchsbesteuerung ist der Malzaufschlag in dieser Periode nicht verändert worden. Das Gesetz von 1807 blieb die Grundlage.

Dieser Aufschlag behielt und gewann noch mehr seine Bedeutung für die Staatscasse, wodurch es möglich wurde, auf andere innere Verbrauchssteuern, ausser dem Salzregal, zu verzichten. Der Malzaufschlag bestand aber nur im rechtsrheinischen Baiern, die Pfalz war davon frei und zahlte als Ersatz einen sogen. Steuerbeischlag von 100,000 fl. jährlich in die Staatscasse, eine nicht der Höhe der Biersteuer im übrigen Gebiete entsprechende Summe.

Für die Zölle kam es zu einem neuen Zollgesetz schon in der constitutionellen Periode im Jahre 1819, von gleichem finanz- und schutzzollpolitischen Character, wie im Gesetz von 1811, doch mit einigen Ermässigungen für gewisse Fabrikate, besonders des höchsten Zollsatzes, auch um des Schmuggels willen. Nach Einführung einiger Eingangszölle in 1824 in Kampfzolltendenz, besonders gegen französische Waaren, erfolgte 1826 eine neue Tarifrevision und bald, 1828, eine Zollvereinigung Baierns mit Würtemberg (und Hohenzollern), im Wesentlichen auf der Grundlage des baierischen Zolltarifs, woraus für Baiern finanziell freilich keine Vorthelle hervorgingen, für Würtemberg eher. Von 1834 an galt dann für Baiern die Zollgesetzgebung des Zollvereins, später auch die über Rübenzucker (1841).

Der Zollertrag fiel in Baiern nach der Verkleinerung des Staatsgebiets, welche trotz der erheblichen Einbusse von Land nach der Flächengrösse übrigens keine Verringerung der Bevölkerungszahl mit sich gebracht hatte, in der endgiltigen Friedenszeit erheblich, stieg dann in den 1820er Jahren wieder, bis zur Zollvereinigung mit Würtemberg, um dann abermals zu sinken und erst mit dem Anschluss an den Zollverein von 1834 an erheblich zu wachsen. Der Vertheilungsmaassstab der Zollvereins-einkünfte nach der Kopfhahl war aber auch für Baiern sehr günstig und die Erhebungskosten stellten sich auch viel niedriger als in der früheren Zeit des selbständigen Zollgebiets Baierns. S. Rudhart II, S. 26—30, Viebahn, Statist. Deutschlands I, 154 ff., Weber, Deutscher Zollverein (1869), S. 48 ff., v. Reden, Finanzstatistik I, 1, S. 68.

Auf dem Gebiete der Stempelsteuern ist das Gesetz von 1822 durch ein Hypotheken- und Taxregulativ von 1824 und durch das Stempelgesetz vom 11. Sept. 1825 verändert worden.

In letzterem war die Einführung eines Erbschaftsstempels für Collateralen, $\frac{1}{4}$ —5 %, mit manchen Ausnahmen, daher von unbedeutendem Ertrage, bemerkenswerth, doch ist dieser Stempel bereits 1831 ausser Geltung gesetzt worden. S. Rudhart III, 153, Hock II, 326.

Im Ganzen war so die lange Periode von 1818—48, das erste Menschenalter der constitutionellen Aera, doch auch in Baiern in Bezug auf Steuerreformen nicht eben productiv, wenn auch die Grund- und Haussteuergesetzgebung von 1828 eine immerhin steuerpolitisch und steuertechnisch erheblichere legislative Leistung und einen Fortschritt gegen früher darstellt. Das System der directen Besteuerung blieb aber auch mit letzterer Reform mangelhaft genug und entsprach dem Princip der Allgemeinheit und Gleichmässigkeit noch wenig. Es wurde auch im Laufe der Zeit durch die Fortentwicklung der Volkswirthschaft, wenngleich Baiern in viel höherem Maasse als Sachsen und auch als Preussen vollends in dieser Periode noch „Agrarstaat“ blieb, bei dem einseitigen Ertragssteuercharacter und der mangelhaften Familiensteuer von selbst unvermeidlich noch immer unvollkommener. Die geringe Steigerung des Finanzbedarfs in dieser Periode, die Erträgnisse des Malzzuschlags und der Antheile an den Zollvereinseinnahmen ermöglichten indessen einigermaassen, finanziell ohne grössere sonstige Steuerreformen auszukommen.

§. 49. Dritte Periode, von 1848 bis zur Gegenwart. Uebersicht. In diesem halben Jahrhundert ist es in Baiern, trotz eines practischen Versuchs im Jahre 1848 (1850) und eines Antrags der Regierung im Jahre 1879, eine allgemeine Einkommensteuer in das System der directen Besteuerung einzuführen, nicht zu einer principiellen Aenderung der Staatsbesteuerung gekommen, auch nicht unter dem Einfluss der Ereignisse von 1866 und des Eintritts Baierns in das neue Deutsche Reich (1871). Es wurde nur, im Anschluss an die Vorgänge von 1848, nach Wiederaufhebung einer damals eingeführten, an die Stelle der alten Familiensteuer getretenen allgemeinen Einkommensteuer, im Rahmen und in den Formen der Ertragsbesteuerung die directe weiter entwickelt. So für die Einkünfte aus beweglichem Vermögen (Kapital) mittelst der sogen. Kapitalrentensteuer (1856, 1881), für den Erwerb der persönlichen Arbeit (in Dienst-, Beamtenstellungen u. dgl. und liberalen Berufen) mittelst der sogen. (speciellen) Einkommensteuer (1856, 1881) und die Gewerbebesteuerung wurde mittelst einer fein ausgebildeten neuen Gewerbeclassensteuer wesentlich nach der Methode der

Merkmale (1852, 1856, 1881) durchgeführt, während die Grund- und Haussteuer im Ganzen in der Gestalt von 1828 mit geringen Veränderungen verblieben. Auf diese Weise ist es in Baiern zur Entwicklung einer „modernen rationellen Ertragbesteuerung“ (Fin. II, §. 218) gekommen, welche noch am Ersten, nur etwa ähnlich wie in anderen süddeutschen Staaten (Württemberg, früher Baden), als ein wahres System bezeichnet werden kann.

Die Ertragssteigerung des Malzaufschlags (nach neuem Gesetz vom 16. Mai 1868), der endlich (1878) auf die Pfalz ausgedehnt und dessen Steuersatz im Jahre 1879 um 50 % erhöht wurde, hat neben dieser directen Ertragsbesteuerung, welche in ihrer neuen Einrichtung, nur von der Grund- und Arealsteuer abgesehen, nun auch sich allmählig erhöhende Einnahmen gab, in der Hauptsache den Steuerbedarf des Staats decken können. Durch die Veränderung der Gesetze über Taxen, Stempel (1879), die Verselbständigung der Erbschaftsteuer (1879), die Einführung einer eigenen Branntweinsteuer (1880), die dann im Jahre 1887 mit dem Eintritt Baierns in die Reichs-Branntweinsteuer-Gemeinschaft wieder wegfiel, die Einführung einer staatlichen Hundesteuer (1876) sind die eigenen Steuereinnahmen des Staats weiter erhöht worden.

In den Beziehungen zwischen Reichs- und Landesfinanzen war und ist Baiern durch seine Nicht-Theilnahme an der Reichspost und -Telegraphie und an der norddeutschen Biersteuer in einer Hinsicht (wie Württemberg, in letzterer Beziehung auch wie Baden und Elsass-Lothringen) zwar ungünstiger gestellt, als Preussen, Sachsen und die übrigen norddeutschen Staaten. Aber es bezieht dafür aus seiner eigenen Landespost und Telegraphie immerhin einige Reinerträge und hat in seiner eigenen Bierbesteuerung eine besonders reiche Einnahmequelle für sich, die allein so viel und mehr ergiebt, als die gesammte Reichsbiersteuer. Der Malzaufschlag ist so ein Hauptstützpunct der bayerischen Staatsbesteuerung und der ganzen Landesfinanzen geworden: eine indirecte Verbrauchssteuer auf das beliebte, aber wie der ungeheuere Consum und damit in Verbindung stehende Erscheinungen zeigen, fast verhängnisvolle Volksgenussmittel, deren Ertrag den aller directen Staatssteuern um ein Viertel übertrifft. Der Wegfall von früheren Einnahmen, wie dem ominösen Zahlenlotto (1861), konnte so um so leichter verschmerzt werden.

Die nicht-steuerrechtlichen Einnahmen Baierns liefern in ihren Ueberschüssen über die Betriebskosten erhebliche Ergänzungen der Steuereinnahmen, aber im Unterschied zu Preussen sind die Staats-eisenbahnen lange nicht so rentabel, so dass die Landesbesteuerung (— nach Lage der Dinge die directen Steuern, die Verkehrssteuern und besonders die Biersteuer —) mehr als in Preussen im Vordergrund bleiben und zur Bedarfsdeckung beitragen musste und noch fortwährend muss: die allgemeine finanzielle Folge der ablehnenden Haltung der Mittelstaaten, welche eigene Staatsbahnen haben, gegen das Reichseisenbahnproject (s. o. S. 120 über Sachsen).

Nach längerem Stillstand, im Wesentlichen seit 1881, ist auch in Baiern jüngst wieder Bewegung in die legislative Thätigkeit auf dem Gebiete der directen Besteuerung gekommen. Man hat, nach dem negativen Ergebniss der Regierungsinitiative im Jahre 1879 mit der Einkommensteuer, zwar den Versuch, endlich auch in Baiern zu einer genügenden modernen allgemeinen Personal- und insbesondere Einkommensteuer, sei es zur Ergänzung, sei es zum Ersatz der staatlichen Ertragssteuern zu gelangen, regierungsseitig nicht wieder aufgenommen. Aber eine umfassendere eindringendere Steuerreform, bezw. Revision der vorhandenen Ertragssteuern, namentlich der Gewerbe-, Kapitalrenten- und speciellen Einkommensteuer, ist in dem Bestreben, die anerkannten und in Folge der neueren wirthschaftlichen und technischen Entwicklung immer mehr hervorgetretenen und empfundenen Mängel dieser Steuern zu beheben, seit 1897 durch Anträge der Regierung an den Landtag wieder auf die Tagesordnung gesetzt, vom Landtage, bezw. einem Ausschuss desselben auch in Angriff genommen, doch bis jetzt (Ende 1898) noch nicht zum Abschluss gekommen. Die baierische directe Besteuerung des Staats würde dadurch immerhin verbessert werden. Aber gewisse schwere und unter den heutigen Verhältnissen sich immer mehr geltend machende Mängel würden doch bleiben, weil sie im System der Ertragsbesteuerung selbst liegen und nur mit dieser und mit dem Uebergang zur consequenten Personalbesteuerung verschwinden können. Diese Maassregel findet zwar vielfach Befürwortung, scheint sich aber auch jetzt noch nicht in der Gesetzgebung durchführen zu lassen.

§. 50. Einzelnes. Directe Besteuerung.

S. die kürzeren Uebersichten der staatsrechtlichen Werke: Pözl, Seydel, bes. aber für das finanzrechtliche Detail Hock II, 12—299, Seisser's zweibänd. Commentar, kürzere Darstellungen in den betr. Artikeln des H. W. B. d. St. u. Wörterb.

d. Verwaltung über die einzelnen Steuern, auch in meiner Abh. directe Steuern im Schönberg'schen Handbuch, wo mehrfach die baierische Gesetzgebung in ihren Eigenthümlichkeiten characterisirt wird. Zur Kritik die gen. Aufsätze von Helferich und Eheberg, dann F. M. im Jahrb. f. Nat.ök. B. 37 (1881) S. 563, ferner K. Burkart in Hirth's Annalen 1874, S. 1681 und in der Schrift Verfassung und Reform der directen Steuern und der Finanzverwaltung in Baiern, 2. A. 1898, Lotz, Reform der directen Steuern in Baiern, im Archiv für soc. Gesetzgebung 1897, B. 11.

Die vorübergehende Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer, die bleibende einer Kapitalrentensteuer und die spätere eingreifende Reform der Gewerbesteuer verdankten in Baiern der Ungenügendheit der zur Erfassung des betreffenden Erwerbs bisher bestimmten Familiensteuer von 1814 und Gewerbesteuer von 1819, der bereits begonnenen etwas mehr industriestaatlichen Entwicklung der Volkswirtschaft, der Entwicklung des in der bisherigen Steuerverfassung ganz unzulänglich belasteten Ertrags des beweglichen Vermögens und der Creditgeschäfte ihre Entstehung. Aber auf die Einführung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer hatten auch die politisch-socialen Strömungen des Jahres 1848 und neuere allgemeine theoretische und practische Momente in der Besteuerung, in letzterer Hinsicht auch wohl speciell bei der Kapitalrentensteuer Vorgänge in anderen deutschen Staaten, so in Baden, Einfluss ausgeübt. Die allgemeine Einkommensteuer blieb allerdings nur ein Experiment von kurzer Dauer, das, bei der ungenügenden Abfassung des Gesetzes selbst und der völlig unzureichenden Ausführung, nicht recht gelang, finanziell von keinem bedeutenden Erfolge war, manche Unzufriedenheit in den Kreisen der Censiten, auch wegen der Ungleichmässigkeit der Veranlagung und bei den durch die anderen Ertragssteuern mit belasteten Censiten wegen der so bewirkten „Doppelbesteuerung“ fand, dann aber auch als Kind der Revolution in der Reactionszeit der 1850er Jahre noch einer besonderen Abneigung in manchen Kreisen begegnete. Gegen das Princip der allgemeinen Personal- und Einkommensteuer, als ungeeignet für Baiern, beweist dieser misslungene Versuch von 1848 und 1850 nichts¹⁾, vollends nichts in der Gegenwart, wo die Weiterentwicklung der wirthschaftlichen Verhältnisse mittlerweile die Ertragsbesteuerung noch unzulänglicher gemacht und den Boden für die Personalbesteuerung auch in dem wenn auch immer noch stark agrarstaatlichen Baiern noch mehr vorbereitet hat. Die Einbürgerung der Kapitalrentensteuer als festes Glied der Ertragsbesteuerung, zugleich als viertes Glied

¹⁾ S. Burkart, directe Steuern, S. 30, auch Seisser I, 11, 12.

neben Grund-, Gebäude- und zum Theil Gewerbesteuer zur Belastung des fundirten Einkommens, und die Vervollständigung des Ertragssteuersystems durch die Einfügung der speciellen „Einkommensteuer“, vom persönlichen Erwerb, welche ausserdem alle nicht schon durch die vier anderen Steuern getroffenen Erträge erfasst, waren das bleibende Ergebniss der durch die 1848er Reformen angebahnten Entwicklung.

Der erste Versuch mit einer eigenen Kapitalsteuer und Einkommensteuer (Gesetz vom 4. Juni 1848), die nur für 1 Jahr bewilligt wurden, erwies sich ganz unzulänglich, wenn die neue Einkommensteuer auch den Zweck erreichte, die Einbusse, welche die Aufhebung der Familiensteuer im rechtsrheinischen Baiern und der Personalsteuer in der Pfalz verursachte, den Finanzen zu ersetzen. Verbesserungen brachte das neue Gesetz vom 11. Juli 1850 in Betreff dieser beiden Steuern.

Bei der nunmehr sogen. Kapitalrentensteuer auf Erträgniss von gewöhnlichen Darlehen, Hypotheken, Staats- und anderen Werthpapieren, auch Actien u. A. m. bestand Fassions-(Declarations-)Pflicht des Zinsbeziehers. Abweichend von den Verhältnissen bei den sonstigen Ertragssteuern war Abzug der eigens zu zahlenden Schuldzinsen vom steuerpflichtigen Zinsertrag hier gestattet. Steuerfrei waren nur Beträge unter 20 fl., und auch nur dann, wenn der Bezieher weniger als 200 fl. Einkommensteuer im Ganzen hatte. Die Einrichtung der Steuersimplen (1 Kreuzer vom Gulden Jahresertrag als einfaches Simplum), deren Zahl das Finanzgesetz bestimmte, war auch hier getroffen.

Die Einkommensteuer war eine wirklich allgemeine vom sogen. reinen Einkommen, wesentlich nur der physischen Personen, einerlei, ob das Einkommen schon von einer anderen directen Steuer getroffen war oder nicht. Die Veranlagung erfolgte ebenfalls auf Grund der Selbsteinschätzung. Steuerfrei war Einkommen bis 200 fl., der Steuerfuss dann bis zu 2 % progressiv, beginnend mit $\frac{1}{2}$ % von über 200—800 fl., bei den höheren Einkommen immer 200 fl. freilassend und nur den Ueberschuss gewisser gesetzlicher Einkommenstufen mit dem höheren Satz treffend (800—4000 fl. mit 1, die nächsten 5000 fl. mit $1\frac{1}{2}$, die dann folgenden Beträge mit 2 %). Bei beiden, zumal auch bei der Einkommensteuer, soll sich das Fassionsverfahren gar nicht bewährt haben. Neue Missverhältnisse ergaben sich aus der Gewerbesteuerreform von 1852. Es war so nicht gelungen, der Personalsteuer eine richtige Stellung im System der directen Steuern neben den Ertragssteuern zu geben.

Diese und andere oben angedeuteten Schwierigkeiten, namentlich auch die missliebige Doppelbesteuerung suchte man dann im Jahre 1856 dadurch zu beseitigen, dass man die allgemeine Einkommensteuer zu einer speciellen Einkommensteuer nur von denjenigen Erwerbs- bzw. Einkommenarten zusammenschumpfen liess, welche durch keine der anderen directen Steuern bereits getroffen wurden. Dies geschah durch das neue Einkommensteuergesetz vom 31. Mai 1856. Einer solchen Steuer und auch dieser baierischen klebt zwar unvermeidlich immer etwas wirklich Personalsteuerartiges an, noch in höherem Maasse als der Kapitalrenten- und zum Theil der Gewerbesteuer, bei der sich das auch nicht ganz vermeiden lässt. (S. meine Abh. directe Steuern in Schönberg's Handb. 4. A., III, S. 365 ff., 400 ff.). Sie ist daher keine reine Ertragssteuer und auch deswegen kein den anderen Ertragssteuern homogenes Glied. Aber sie stellt sich doch immerhin als eine folgerichtige Entwicklung des Gedankens des Ertragssteuersystems dar, und von der Einrichtung der baierischen Einkommensteuer von 1856 gilt das noch in besonderem Maasse. Diese Steuer bildet bis in die Gegenwart, später mit den die Grundlage nicht berührenden Veränderungen, welche sie 1881 (Gesetz vom 19. Mai) erhielt, das fünfte Glied der baierischen directen Besteuerung.

In demselben Jahre 1856 hat dann auch eine Revision des Kapitalrentensteuergesetzes von 1850 durch das Gesetz vom 31. Mai 1856 stattgefunden. Letzteres hat unter Festhaltung

seiner Grundlagen dann in der Reform von 1881 ebenfalls wieder eine Revision erfahren (Gesetz vom 19. Mai 1881). Auch das Gewerbesteuerergesetz vom 28. Mai 1852 ist durch Gesetz vom 1. Juli 1856 unwesentlich, stärker, aber doch wiederum unter Festhaltung der Hauptpunkte der technischen Construction der Steuer, durch Gesetz vom 19. Mai 1881 revidirt worden. In demselben Jahre 1856 ist ferner noch eine Veränderung des Haussteuergesetzes von 1828 in Bezug auf Vornahme örtlicher Revisionen erfolgt (Gesetz vom 10. Jan. 1856). Im Jahre 1881 hat die Haussteuer wie auch die Grundsteuer dann ebenfalls wieder eine Revision, durchweg ohne Abänderung der steuertechnischen Grundlagen, gefunden (Gesetz vom 19. Mai 1881). So ist die directe Besteuerung Baierns im Wesentlichen im Jahre 1856 zum Abschluss gelangt und im Jahre 1881 nur einer mehr oder minder, am Meisten noch bei der Gewerbesteuer, aber nirgends tiefer principiell und steuertechnisch eingreifenden Revision unterzogen worden. Ergänzend trat nur im Jahre 1879 (Gesetz vom 10. März) eine Gewerbesteuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen hinzu.

Auch hier soll, dem Character dieser „Uebersichten der Besteuerung“ gemäss (o. S. 2) nicht näher in das Einzelne der Construction der Steuern und das Detail der Gesetze, namentlich auch nicht in das an sich für die Durchführung ja besonders wichtige Veranlagungsverfahren und die gesetzlichen Bestimmungen darüber eingegangen werden, wofür auf die oben S. 152 gen. Litteratur, besonders auf Hock und Seisser, für die Gewerbesteuer auch auf Vocke's Commentar (1888) verwiesen wird. Im Folgenden daher nur Einiges zur Orientirung über die Hauptpunkte der technischen Construction der drei neueren baierischen Ertragssteuern, der Einkommen-, Kapitalrenten- und Gewerbesteuer, und zwar nach der einstweilen abschliessenden Revision in den Gesetzen von 1881, ohne näheres Eingehen auf die Verschiedenheiten zwischen diesen und den Gesetzen von 1856. Dafür muss hier auf die Vergleichung der Gesetze selbst und auf die oben genannte Litteratur, besonders Seisser's Buch, verwiesen werden.

Es sei darüber hier nur bemerkt, dass die Gesetzgebung von 1881 nach den mit den Gesetzen vor 1856 in der Praxis gemachten Erfahrungen, namentlich in einigen Punkten des Veranlagungsverfahrens, der Controlen, Strafbestimmungen Verbesserungen gegen die frühere Gesetzgebung gebracht hat. Erfolge, besonders bei der Einkommen- und Kapitalrentensteuer, sind auch nicht ausgeblieben und fehlen auch bei der Gewerbesteuer nicht. Wenn sie nicht noch grösser waren und der heutige Zustand wieder so wenig befriedigend erscheint, besonders auf dem Gebiete der Gewerbebesteuerung, nach dem Gesetz von 1881, dass man gegenwärtig (1897/98) wieder mit einer Revision beschäftigt ist (s. u. §. 51), so liegt die Schuld zwar immer noch mit an Mängeln des Veranlagungsverfahrens. Die ganze Veranlagung ist zu einseitig bureaukratisch, verlegte, besonders bei der Gewerbesteuer, den Schwerpunkt zu sehr in die Thätigkeit des Rentamts, dessen ganze Einrichtung und Function, wie Burkart überzeugend nachweist, diesen Aufgaben bei der Besteuerung nicht entspricht, so wegen der Belastung mit Cassen- und Rechnungsgeschäften, der Haftung der Rentamtsvorsteher für ihr Hilfspersonal, der persönlichen Interessirtheit an den Steuereingängen in Folge des Bezugs von Tantiemen daraus, einem Haupttheil der persönlichen Einnahmen dieser Beamten. Die nebenhergehenden Fassungspflichten der Censiten bei der Einkommen- und Kapitalrentensteuer, die Steuerklärungspflichten der

Censiten bei der Gewerbesteuer, die bei der Veranlagung mit fungirenden Steueraus-
schüsse, besonders bei der Gewerbesteuer, liefern im Rahmen des ganzen Veranlagungs-
verfahrens keine genügende Bürgschaft für richtige Einschätzung. Die Mitwirkung
der Gemeinden bei der Veranlagung fehlt beinahe ganz. Aber alle diese Mängel
wiegen für das Ergebniss, die ungenügende Veranlagung der Einkommen-, Kapital-
renten- und besonders der Gewerbesteuerpflichtigen, nicht so schwer als die falsche
Construction der Steuern selbst, immerhin noch weniger der Einkommen- und Kapital-
renten-, um so mehr der Gewerbesteuer wegen des festgehaltenen Ertragssteuer-
characters dieser Steuern. Dieser Character steht einmal mit den starken personal-
steuerartigen Elementen, welche unvermeidlich in den beiden erst genannten Steuern
mit enthalten sind und auch in der Gewerbesteuer nicht fehlen, in unlösbarem
Widerspruch. Die zwar nicht mehr rein durchgeführte Methode der Besteuerung
„nach äusseren Merkmalen“ gestattet bei so veränderlicher Technik und Oekonomik
im Gewerbewesen, wie heute und in der Aera der Gewerbefreiheit, auch bei der un-
geheueren Bedeutung der leitenden Persönlichkeit für den Erfolg des Gewerbebetriebs
schlechterdings auch bei noch so vervollkommenem und wirklich zweckmässigem
Veranlagungsverfahren eben einmal keine wirklich befriedigende gleichmässige Be-
steuerung der Gewerbe mehr, mag man in den Merkmalen noch so sehr specialisiren
und casuistisch verfahren. Die erfolgte Ergänzung der Methode durch gelegentliches
Zurückgehen auf den Ertrag als Grundlage der Steuer selbst, so richtig im Princip
letzteres ist, bringt aber ein mit der sonstigen Grundlage der Gewerbesteuer nach der
Merkmalmethode eben wieder in Widerspruch stehendes Element hinein, wodurch
vollends die Gleichmässigkeit der Veranlagung gestört, ja zerstört wird. Deswegen ist
es schwer, an einen besonders günstigen Erfolg der Revisionsbestrebungen in den
neuen Gesetzentwürfen von 1897 zu glauben (s. u. §. 51). Auf dem Boden der
Ertragsbesteuerung und zumal mit der, wenn auch in Combination mit einer anderen
Methode angewandten Merkmalmethode bei der Gewerbesteuer lassen sich schwerlich
die Aufgaben lösen, welche heutzutage bei der directen Staatsbesteuerung der durch
die baierischen genannten drei Steuern zu treffenden Einkünfte einmal vorliegen
(s. bes. Burkart's Kritik, auch Lotz a. a. O.).

Die sogen. Einkommensteuer, welche im Sinne der baierischen Verfassung
als Personalsteuer gilt, trifft Jeden, der ein nicht durch eine der anderen grossen
directen Steuern schon getroffenes, einerlei ob ständiges oder unständiges, ob in Geld,
Geldeswerth oder geldwerthem Nutzgenuss bestehendes Einkommen bezieht (Art. 1).
Diese negative Umgrenzung wird dann positiv näher bestimmt, indem die der Steuer
unterworfenen Einkommen angegeben und dabei in drei Abtheilungen gebracht werden,
nemlich 1) aus Lohnarbeit (einfache Tagearbeit aller Art; auch Verdienst von
Schreibern und anderen Personen in einem nicht länger als 1 Monat gesicherten
Dienstverhältniss); 2) Einkommen aus wissenschaftlicher und künstlerischer
Beschäftigung aller Art, also wesentlich aus liberalen, nicht mit festem Gehalt
u. dgl. verbundenen Berufen, ferner Einkommen von Pächtern aus erpachteten
Oekonomiegütern und von Verpächtern aus Verpachtung von Gewerben, endlich
auch Einkommen aus Bergbau; 3) Einkommen aus Besoldungen, Dienst-
emolumenten, Pensionen u. dgl. m. in allen Arten öffentlichen Dienstes, sowie
auch aus dienstvertraglich länger als 1 Monat gesicherten gleichen Bezügen von
Privatbediensteten, ferner auch Einkommen aus Wittumen, Präbenden, Austrägen,
Leibrenten und anderen derartigen Bezügen, mit denen keine Verpflichtung zur Dienst-
leistung verbunden ist (Art. 2). Diese drei Abtheilungen bilden nun auch die Grund-
lage für die Veranlagung und für die Festsetzung der Steuerschuldigkeiten, weshalb
man im Rahmen dieser Steuern allenfalls drei specielle Steuern vereinigt finden könnte.
Im Princip besteht dabei in keiner Abtheilung ein steuerfreies „Existenzminimum“,
was eigentlich innerhalb des Ertragssteuersystems folgerichtig und in Uebereinstimmung
mit den übrigen Ertragssteuern ist. Doch kommen practisch in Folge der Bestimmungen
über Befreiungen von der Steuer (Art. 11) Freilassungen vor, so u. A. für Personen
unter 18 Jahren für ihren Arbeitsverdienst, für die im Brod ihrer Dienstherrn
stehenden, nicht eigene Wohnung habenden Personen mit weniger als 1 M. 80 Pf.
Tagesverdienst (Dienstboten u. dgl.), auch für Wittwen und Hinterlassene von Personen
der 3. Abtheilung mit Pension u. s. w. unter 500 M. und nicht noch weiterem Ein-
kommen von 500 M. und mehr. Auch wird auf Antrag der Betreffenden die Frei-
stellung der Censiten der 1. Abtheilung (Arbeiter u. dgl.) gewährt, wenn ihr Ein-

kommen 400 M. jährlich nicht übersteigt (Art. 13). In der ersten Abtheilung, wesentlich einer directen Lohnsteuer, werden die Censiten nach Maassgabe des eintägigen Arbeitsverdienstes in 4 Stufen zu 60, 90, 140 und 180 Pfennig Steuer veranlagt. Höhere Löhne fallen mit unter Abth. 3. In der 2. Abtheilung, wesentlich einer directen Steuer auf liberale Berufe u. dgl. (nebst Pächtern u. s. w.) werden Einkommenstufen gebildet und mit bestimmten Steuersätzen im Gesetz belegt (bis 350 M. 90 Pf., 350—500 M. 180 Pf. u. s. w., 2000—2400 M. 16 M. 20 Pf., 8500—10.200 M. 100 M., für jede weitere 1800 M. mehr 18 M., also 1 % und etwas degressiver Fuss darunter). In der 3. Abtheilung, wesentlich einer Besoldungs-, daher (öffentliche und Privat-)Beamtensteuer ist dagegen die Steuer in Procenten vom Einkommen ausgedrückt, sie beginnt mit $\frac{1}{3}$ % für die ersten 1020 M., beträgt $\frac{2}{3}$ % für die folgenden 510 M. und für die höheren Einkommen darüber hinaus 1 % (Art. 5). Aus den Bestimmungen über das Veranlagungsverfahren sei hier nur erwähnt, dass Factions- (Declarations-)Pflicht der Censiten besteht, wobei nach amtlichen Formularen über Art, Höhe des Einkommens und über statthafte Abzüge Angaben zu machen sind (Art. 22). Auch haben die Arbeit-, Lohn-, Gehaltgeber die Verpflichtung, über die Empfänger und die diesen von ihnen gezahlten Beträge Angaben zu machen. Die Steuer wird nur alle 4 Jahre neu veranlagt.

Die besondere Schwäche der allgemeinen Einkommensteuer von 1850 und auch noch des Gesetzes von 1856 lag in den ungenügenden Garantien für die Erfüllung der Factionspflicht der Censiten, besonders der Abth. II (s. Eheberg a. a. O. S. 95). Hierin sind Verbesserungen im Gesetz von 1881 eingetreten. Aber nach den statistischen Ergebnissen der Abth. II möchte man auch jetzt noch auf grosse Mangelhaftigkeit der Declarationen, der Controlen und des ganzen Veranlagungsverfahrens schliessen und die finanziellen Ergebnisse der Abth. I sind so geringfügig, dass auch hier Mängel der Veranlagung vorliegen müssen und eine Befreiung der kleinen Zahl der zur Steuer herangezogenen Personen ohne wesentliche finanzielle Opfer erfolgen könnte. Der Schwerpunkt der Steuer liegt durchaus in der Abth. III (Besoldungen u. s. w.). S. die Tabelle im Baierischen statistischen Jahrbuch B. 3 (1897), S. 203. Danach war z. B.

Tab. 31. Baier.	Steuerperiode 1882/85		Steuerperiode 1894/97	
	Zahl der Censiten	Steuerbetr. 1000 M.	Zahl der Censiten	Steuerbetr. 1000 M.
Einkommen- steuer				
Abth. I.	189.400	225	137.930	167
„ II.	21.018	140	23.494	189
„ III.	349.701	1.235	459.538	1.994
Summe	560.179	1.600	620.962	2.351

Der Steuerbetrag bezieht sich auf die einfache Jahressteuer. Der Durchschnittsbetrag an Steuer für den Censiten der 1. Abth. war in der ersten Periode 1.19, in der zweiten 1.21 M., in der 2. Abth. 6.05 und 8.04, in der 3. Abth. 3.53 und 4.34, im Ganzen 2.86 und 3.79 M. Mit über 5100 M. Einkommen waren in der 2. Abth. in der ersten Periode nur 328, in der zweiten nur 749 Censiten eingeschätzt, davon über 10.200 M. nur bezw. 56 und 110, wobei zu beachten ist, dass Bergbau und Pachtungen in dieser Abtheilung mit stehen. In der 3. Abth., wohin die öffentlichen und Privatbeamten mit ganz oder grossentheils genau bekanntem Einkommen gehören, waren die Steuerstufen von über 5100 M. Einkommen in den gen. beiden Perioden dagegen mit 2038 und 3837 Censiten besetzt.

Die Kapitalrentensteuer trifft Leibzinsen und Renten aller Art aus Darlehen, Werthpapieren, Actien, auch die in (nominell) unverzinslichen Forderungen enthaltenen (Art. 1). Steuerfrei sind nur Beträge von unter 40 M. Jahreszins, ferner bis 200 M., wenn die Bezieher zugleich erwerbsunfähig sind und kein anderes steuerbares Einkommen besitzen (Art. 2, 7 Nr. 8). Der Steuerfuss ist ein progressiver (bezw. degressiver), er beträgt $1\frac{1}{2}$ % für 40—100 M. Jahresrente, 2 für 100—400, $2\frac{1}{2}$ für 400—700, 3 für 700—1000 und $3\frac{1}{2}$ % für über 1000 M. Rente (Art. 2). Wittwen und minderjährige Waisen zahlen für Renten bis 500 M. nur den halben Steuersatz, wenn sie nicht ausserdem noch anderweites Einkommen von wenigstens 500 M. haben (Art. 7 Nr. 9). Von der Summe des Rentenbezugs darf der an Passivzinsen zu entrichtende Betrag und ebenso jeder Betrag der Lasten, welche einem steuerbaren Kapitalrentenbezug nachweislich privatrechtlich auferlegt sind, abgezogen

werden (Art. 5): zwar im Widerspruch, wie schon bemerkt, mit der im Ganzen bestehenden Nicht-Abzugfähigkeit von Schuldzinsen bei den anderen Ertragssteuern, aber gerade bei diesem „Zinseinkommen“ doch eine nahe liegende Concession, aus der freilich eigenthümliche Consequenzen sich ergeben können. Steuerpflichtig ist die im thatsächlichen Genuss der Rente stehende Person, vertragsmässige Uebernahme der Steuer durch den Schuldner ist ungiltig (rechtlich unwirksam) (Art. 6). Eine grössere Reihe von Ausnahmen von der Steuer ist gewährt (Art. 4). Das Veranlagungsverfahren beruht auch bei dieser Steuer auf der Fassionspflicht der im Genusse steuerpflichtiger Renten stehenden Personen (Art. 12). Auch hier haben sich Missstände bei ungenügenden Controlen und Strafbestimmungen des Gesetzes von 1856 gezeigt, die man durch neue und verschärfte Normen im Gesetz von 1881 zu beseitigen versucht hat (s. Abschn. vom Verfahren Art. 11 ff., von den Rechtsmitteln Art. 18 ff., von den Strafbestimmungen Art. 28 ff.). Die Veranlagung dieser Steuer erfolgt für zwei Jahre. Nach der Steuerstatistik haben sich die Erträge nicht unbeträchtlich gehoben, ob ausreichend und ob die Fassionspflicht jetzt richtig erfüllt wird und die Controlen und Strafbestimmungen genügen, steht aber wohl immer noch dahin. In der Steuerperiode 1882/83 und 1894/95 sind 196,711 und 220 760 Censiten veranlagt worden, mit einem einfachen Jahressteuerbetrag von 3,160,000 und 4,327,000 M., davon Censiten mit über 9000 M. Rente bezw. 931 und 1582 (Stat. Jahrb. f. 1897, S. 205). Bei der Revision des Gesetzes im Jahre 1881 hat man die Frage erwogen, ob die Steuer nicht in eine Objectsteuer, mit directer Veranlagung auf den Zinscoupon u. s. w. im fiscalischen Interesse verwandelt werden könne (sogen. Couponsteuer), doch ist es nicht dazu gekommen (s. Seisser's Commentar I, 1. A., S. 225).

Das eigenartigste, daher auch finanzwissenschaftlich interessanteste Glied der baierischen directen Besteuerung ist die Gewerbesteuer. Sie stellt sich als eine höchst specialisirende, darin weiter als jede andere Gesetzgebung gehende, der französischen Patentsteuer (Fin. III, §. 198 ff.) in dieser Beziehung sich nähernde Classen-Gewerbesteuer nach der Methode der „äusseren Merkmale“ dar (s. meine Abh. directe Steuern im Schönberg'schen Handbuch 4. A., III, S. 385, 390 ff.). Diese Methode ist aber eigenthümlich ausgestaltet und noch mit anderen Steuermethoden verbunden, so erfolgt in gewissen Fällen doch Einschätzung statt nach äusseren Merkmalen nach Ertrags- und Kapitalwerthsanschlügen, auch bisweilen mit Declarationspflicht der Censiten über Ertrag und Betriebskapital, in anderen Fällen wieder nach freiem Ermessen der Einsteuierungsorgane innerhalb eines Spielraumes von Classensteuersätzen. Ihre besondere technische Eigenthümlichkeit hat die Steuer in der grundsätzlichen und consequent durchgeführten Unterscheidung von Steuer nach der Normalanlage, wo das Gewerbe in festem Ansatz besteuert wird, und nach der Betriebsanlage, wo die Steuer veränderlich ist und sich nach dem auf bestimmte Zeitabschnitte berechneten Betriebsumfange richtet (Gesetz von 1881, Art. 4). Auch darin liegt in einer Hinsicht eine principielle Aehnlichkeit mit den fixen, den proportionalen und den veränderlichen Steuersätzen der französischen Patentsteuer (Fin. III, §. 200), nur dass die Grundlage der Unterscheidung in beiden Fällen verschieden ist. Das Gesetz von 1881 brachte gegenüber dem von 1856, welches sich noch an die Normen des älteren baierischen Gewerberechts von 1825 angeschlossen hatte, die Bestimmungen in Einklang mit dem neueren baierischen und Reichsgewerberecht und veränderte Verschiedenes in dem alten Gesetze (s. Seisser's Commentar II, 2. A., S. VIII ff., über den Verlauf der legislativen Arbeit). Mit der Steuer ist, ihrem Character als Classen-Gewerbesteuer gemäss, ein umfassender Tarif verbunden.

Es ergibt sich so ein Classensystem von Gattungssclassen (6 Haupt- und 141 Unterabtheilungen im Tarif, vielfach mit weiteren Unterabtheilungen) mit festen Steuersätzen, dann von Betriebsumfangssclassen mit veränderlichen Steuersätzen, endlich von Ortsclassen (nach der Bevölkerung, 4, unter 1000, 1000—4000, 4—20.000, über 20 000 Einwohner) und danach abgestuften Steuersätzen. Für den Betriebsumfang (die Betriebsanlage) dienen gesetzlich (Art. 6) eine Reihe äusserlich erkennbarer Merkmale als Anhaltspunkte: Zahl der im Gewerbe verwendeten Gehilfen und Arbeiter, Menge des Verbrauchs oder der Erzeugnisse, Zahl und Art der zum Zwecke des Gewerbebetriebes aufgestellten und in Gebrauch befindlichen Vor- und Einrichtungen, Maschinen u. dgl. Bei welchen Gewerben diese Merkmale und welche speciellen davon dann bei der Besteuerung zu Grunde gelegt werden, giebt der Tarif an und zwar nach dem Stande der der zweijährigen Steueranlage

unmittelbar vorangegangenen beiden Jahre, woraus sich missliche Folgen ergeben können, indem ein Gewerbe 2 Jahre lang nach seinem früheren Umfang besteuert wird. Wo diese Merkmale nun fehlen oder unzureichend sind, wird die Betriebsanlage nach dem jährlichen Ertragsanschlag bemessen (Art. 7) und von letzterem dann $\frac{3}{4}$ — $1\frac{1}{2}$ % in besonders bezeichneten Nummern des Tarifs bis $2\frac{1}{2}$ % als Betriebsanlage angesetzt. Dabei soll innerhalb des gegebenen Spielraums, sofern der Tarif nichts Anderes bestimmt hat, ein höherer oder geringerer Satz gewählt werden, je nachdem die Höhe des veranschlagten Erträgnisses mehr vom Betriebskapital oder vom persönlichen Arbeitsverdienst abhängt, mit einer weiteren Einschränkung, Art. 7, Abs. 3, indem nemlich bei einem Ertragsanschlage von bis 2050 M. als Betriebsanlage die entsprechenden Sätze der Einkommensteuer der Abth. II anzuwenden sind. Durch die völlig unorganische Verbindung der Besteuerung nach Merkmalen in den meisten, nach dem Ertragsanschlag in einer Minderzahl von Fällen und durch die Festsetzung jener Procente bei den Ertragsanschlagen kommt in die Steuer etwas sehr Willkürliches hinein, fehlt eben jede Garantie der gleichmässigen Veranlagung, auch wenn streng gesetzmässig vorgegangen und durch Berufung u. s. w. keine oder wieder nur eine willkürliche Aenderung der Einschätzung herbeigeführt wird. In zahlreichen Fällen enthält der Tarif nicht verschiedene Sätze für verschiedene Orte, die betreffenden Gewerbe gelten dann nicht als nur für den Ortsbedarf arbeitende, hier kommt immer der höchste Ortsclassensatz zur Anwendung (Art. 5). Für Gewerbe, welche nach Vergleichung mit anderen überbürdet erscheinen, kann zur Ausgleichung der Steueranlagen die Normal- und Betriebsanlage bis zur Hälfte ausnahmsweise von der Besteuerungsbehörde (Rentamt in Verbindung mit Steuerausschuss) ermässigt (Art. 19), anderseits bei besonders günstigen Verhältnissen auch die Gewerbesteuer in vom Gesetz angegebener Weise (Art. 20) erhöht werden. Aus den Bestimmungen über die Veranlagung sei nur erwähnt, dass die Gewerbetreibenden Steuererklärungen, u. A. über die Merkmale, nach denen zur Betriebsanlage eingeschätzt wird, abzugeben haben (Art. 24). Ueber den Ertrag selbst und die Höhe des Betriebskapitals ist der Gewerbetreibende Angaben zu machen nicht verpflichtet. Darüber soll das Rentamt sich „durch Einziehung verlässiger Nachrichten Kenntniss verschaffen“ (!) (Art. 26, Nr. 2), doch kann der Gewerbesteuerausschuss unter Androhung einer Ordnungsstrafe (bis 50 M., Art. 63) auf bestimmte Fragen Auskunft vom Steuerpflichtigen verlangen und zwar ausdrücklich auch über die Höhe des jährlichen Ertrags eines Gewerbes und des darin verwendeten Betriebskapitals (Art. 35, Abs. 3). Die Prüfung der Steuererklärungen und die Festsetzung der Einträge in die Steuerliste erfolgt durch einen für jeden Rentamtsbezirk gebildeten Gewerbeausschuss, der aus 6 Mitgliedern besteht, davon einer als Vorsitzender von der Staatsbehörde ernannt, 4 ständige nach bestimmtem Modus für den ganzen Rentamtsbezirk gewählte, 1 wechselndes, welches für die Gemeinde, aus der Steuererklärungen geprüft werden, von der Gemeindeverwaltung bestimmt wird, in Städten eventuell für jede Hauptkategorie der Gewerbe (Abth. A—F) besonders (s. das Einzelne Art. 28 ff., auch die Kritik Burkart's a. a. O. S. 7 ff.).

Die practische Durchführung der Veranlagung besteht also darin, dass auf Grund der für jeden Gewerbebetrieb ermittelten Classifications-Thatsachen dieser Betrieb nun nach dem detaillirten Classenschematismus des Gesetzes mit den betreffenden Steuersätzen des letzteren belegt wird. Die Tarifsätze der Normalanlage sind nach Gewerbebegattungen mannfach verschieden, nach einer progressiven Scala, mit der dann noch die Progressivsätze der Ortsclassen sich combiniren. Diese Progression entspricht wohl dem absolut steigenden Roh- und auch Reinertrag der Gewerbebegattungen, aber ist keineswegs reell progressiv als Quote des Ertrags, ebensowenig sicher reell diesem proportional. Für die Betriebsanlage wird dann noch der im Tarif angegebene Zuschlag zu dem Normalanlagesatz gemacht, z. B. letzterer demgemäss um die angegebene Quote erhöht.

Das Ganze ist, wie in der französischen Patentsteuer, im Princip und in der Richtung des Tarifs wohl alles richtig und ingeniös, aber im Ergebniss doch sehr willkürlich. Das allgemeine Gebrechen der „Merkmalmethode“, dass allenfalls so im Ganzen nach dem Rohertrag, aber nicht nach dem Reinertrag veranlagt wird, tritt auch bei diesem baier. Gewerbesteuergesetz hervor (s. meine Ausführungen im Schönberg'schen Handbuch III, S. 389 ff.). Eine irgend genügende Garantie für gleichmässige Veranlagung der einzelnen Gewerbebegattungen und vollends der einzelnen

Gewerbebetriebe und Gewerbetreibenden darunter an sich, ferner der verschiedenen Grössenkategorien der Betriebe nach deren Umfang und der Ortsgewerbe in den Orten verschiedener Bevölkerungsgrösse ist nicht vorhanden, weder im Sinne einer gleichmässig proportionalen (mit gleicher Steuerquote den Reinertrag belastenden) noch im Sinne einer der und derartig bestimmten, etwa nach dem Betriebsumfang und dem wirklichen Reinertrag progressiven oder degressiven Steuer. Die Grossbetriebe möchten im Ganzen niedrig, die Kleinbetriebe hoch belastet sein, absolut und im Verhältniss zu einander. Der Ertrag war 1894/95 6.603.000 M., 3.990.000 in den grösseren Städten, 2.612.000 M. in den übrigen Gemeinden. Man rechnet etwa $\frac{1}{3}$ davon auf die Normalanlage, $\frac{2}{3}$ auf die Betriebsanlage. Vom Gesamtertrag fielen auf die Tarifabtheilungen Handwerk 20 % (durchschnittlicher Steuerbetrag 5.3, grössere Städte 13.0, andere Gemeinden 3.2 M.), auf Handel 36.7 % (Durchschnitt in den gen. 3 Kategorien bzw. 22.8, 46.7, 10.9 M.), Transportunternehmungen 2.3 %, Gast-, Schankwirthschaft u. dgl. 9.9 % (bzw. durchschnittlicher Steuerbetrag 14.4, 33.7, 9.6 M.), Fabriken und Grossgewerbe 23.6 % (dgl. 82.4, 337.4, 9.6 M.), Bierbrauereien und Branntweinbrennereien 7.5 % (bzw. 66.0, 391.3, 30.5 M.). Durchschnittsbetrag im Ganzen bzw. 15.2, 39.6, 7.8 M. (Baier. statist. Jahrbuch 1897, S. 206 ff.).

Die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen nach Gesetz vom 10. März 1879 umfasst in besonderen Bestimmungen auch die Wanderlager. Auch hier wird in beiden Fällen für den Maassstab der Steuer wieder die Normal- und die Betriebsanlage unterschieden und in einem Steuertarif bei den Gewerben im Umherziehen eine Reihe von Gattungen des Gewerbebetriebs getrennt und mit verschiedenen festen Steuersätzen belegt, welche sich durch veränderliche Zuschläge für die Betriebsanlage nach den Angaben des Tarifs dann erhöhen. Gewerbepolitische Tendenzen spielen in der Tarification etwas mit. Die Steuerbelastung ist zum Theil nicht unerheblich. (S. die eingehende Darstellung bei Hock II, 184—220). Ertrag in Abnahme begriffen, 1880 353.000, 1894 199.000 M.

§. 51. Zur Kritik. Revisionsplan von 1897/98. Die Gesetzgebung über das ganze bisherige baierische System der directen Besteuerung in Form der Ertragsbesteuerung ist gewiss folgerichtig ausgebildet. Aber sie versucht sich bei den beiden Real-, besonders der Grundsteuer, und bei den drei anderen, besonders der Gewerbesteuer, an einem auf diese Weise, vollends in der Gegenwart, nicht lösbaaren Problem. Der Wechsel der agrarischen und gewerblichen Betriebssysteme und Formen, der Wechsel der maassgebenden Einflüsse auf den Reinertrag verändert nothwendig immer wieder rasch alle Grundlagen der Veranlagung. Dies System der Besteuerung behandelt eben beständig im Fluss befindliche Dinge, sich immerfort mehr individualisirende Verhältnisse als feste. Dieser Cardinalfehler lässt sich weder durch Revisionen einzelner Punkte, noch durch weitergreifende „Reformen“ heben, solange man an den Grundlagen des Systems festhält. Auch das Verhältniss der einzelnen fünf Steuern zu einander, die Bestimmung der normalen oder gesetzlichen, dann noch durch Zuschläge im Finanzgesetz sich etwas ändernden Steuerfüsse einer jeden ist willkürlich, und kann auf diesen Grundlagen auch mit bestem Willen nicht so geordnet werden, dass eine wirklich gleichmässige Gestaltung der Steuerfüsse — in gleichem Procent von

dem jeder Steuer unterliegenden Reinertrag — oder eine in der und der Art für richtig angesehene und erstrebte Verschiedenheit der Steuerfüsse bei den fünf Steuern untereinander (und deren einzelnen Bestandtheilen, wie bei den zwei Gliedern der Haussteuer, den drei Abtheilungen der Einkommensteuer, den verschiedenen Classen der Gewerbesteuer) auch selbst bloss annähernd nur mit einiger Gewissheit erreicht wird. Die Grundsteuer erscheint, trotz ihrer Stabilität und der Ertragssteigerung der übrigen Steuern, doch noch immer verhältnissmässig hoch. Dies obgleich ihr Ertrag heute eine viel kleinere Quote des Gesamtertrags der directen Steuern bildet als früher, und trotzdem bei der eigenthümlichen Veranlagung der Grundsteuer derjenige Mehrertrag bei ihr steuerfrei bleibt, welcher den Fortschritten im Betriebe, der Veränderung des Betriebssystems, der Beseitigung der Brache, der die sonstige durchschnittliche Wirthschaftsführung übertreffenden individuellen Leistung des landwirthschaftlichen Selbstbetriebs und anderen Umständen zu verdanken ist.

Dabei wird hier nur an die inhärenten Mängel der Gesetzgebung gedacht und von denjenigen ganz abgesehen, welche die practische Durchführung nach dem Veranlagungsverfahren und nach der ganzen Organisation des dabei betheiligten Behördenwesens (namentlich der Rentämter, der Steuerausschüsse), ausserdem nach dem Urtheil von Kennern der Verhältnisse, wie K. Burkart, mit sich führt. Auch die grössten Verbesserungen in diesen administrativen Puncten möchten aber die Mängel, welche eben im System und in den Principien der Ertragsbesteuerung als solcher einmal liegen, nicht beheben, kaum wesentlich vermindern können.

Dass auch vom Standpuncte allgemeiner deutscher Finanz- und Steuerpolitik aus die völlige Incongruenz der baierischen directen Besteuerung mit der preussischen, sächsischen und mehr und mehr auch der übrigen deutschen, selbst süddeutschen, bedauerlich ist, erscheint unzweifelhaft. Mit der „Verschiedenheit der Verhältnisse“ kann man diese Verschiedenheit der Steuerverfassungen nicht mehr principiell und practisch rechtfertigen, sie ist lediglich die Folge verschiedener, aber zufälliger und sicherlich heute nicht mehr unbedingt maassgebender historischer Entwicklung der Steuerverfassung und — des alten deutschen Particularismus. Eine Steuerverfassung, welche für Preussen passt, das in seinen östlichen, mittleren und westlichen Provinzen gewiss alle auf deutschem

Boden überhaupt vorkommenden Verschiedenheiten der Agrarverfassung, der thatsächlichen wirthschaftlichen, agrarischen, gewerblichen Entwicklung, auch der Dichtigkeit, Vertheilung, Stammesart und geistigen und sittlichen Art der Bevölkerung umfasst, ist jedenfalls für kein anderes deutsches Gebiet ungeeignet. —

Schon aus diesem Grunde ist es bedauerlich, dass man sich in Baiern immer noch nicht zum Verlassen der staatlichen Ertragsbesteuerung nach preussischem und grossentheils auch sächsischem Vorgang und zum Uebergang zur Personalbesteuerung entschliessen kann. Bedenkt man zudem, dass die hohe directe Communalbesteuerung, wie wir unten näher sehen werden (§. 57 ff.), sich genau an die staatliche in Form von Zuschlägen dazu („Umlagen“) anlehnt, daher die Mängel der Staatsteuerverfassung theilt, die nachtheiligen Wirkungen dieser Mängel aber so nothwendig noch sehr gesteigert und empfindlicher werden, so erscheint eine eingreifende Umgestaltung der directen Besteuerung vollends ein dringendes Bedürfniss. Aus diesem Grunde und bei der inneren, nicht zu behebenden Mangelhaftigkeit einer staatlichen Ertragsbesteuerung, zumal in einem immerhin doch grösseren und verschiedenartigen Gebiete, wie demjenigen Baierns, ist der neue Versuch, mit welchem die Regierung in ihrem Revisionsplane für die drei neueren Ertragssteuern im Jahre 1897 an den Landtag herangetreten ist, nicht eben erfreulich. Denn auf diesem Wege kann bei aller aufgewandten Mühe und allen auch in diesem Plane enthaltenen kleinen Verbesserungen der bisherigen Steuern doch nichts wirklich und nichts auf die Dauer Befriedigendes erreicht werden. Die ganze „Revision“ oder „Reform“, wenn man ihr diesen Namen geben will, läuft doch wieder nur auf Flickarbeit hinaus.

Da die Vorlagen der Regierung sich auf eine blosse Revision der bisherigen Gesetze beschränken, also keine principielle Reform in Aussicht nehmen, und da zur Zeit, wo dies gedruckt wird (Anfang 1899), die Sache noch nicht erledigt ist, noch nicht einmal im Steuerausschuss des Landtags, dem sie vorliegt, gehe ich hier nicht genauer auf die Einzelheiten des Inhalts der Vorlage und auf die Verhandlungen darüber im Steuerausschuss ein. Es sei ausser auf die Schrift von K. Burkart, welche sich mit den Vorlagen selbst noch nicht beschäftigt, aber zu den Fragen der baierischen directen Besteuerung werthvolle kritische Beiträge liefert, für diese Einzelheiten des Planes und die dadurch gegen die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen eintretenden Aenderungen, auf den ausführlichen Aufsatz von Lotz im Braun'schen Archiv verwiesen. Der Steuerausschuss hat sich sehr eingehend und langwierig mit den Entwürfen beschäftigt, besonders mit dem der Gewerbesteuer, und manches Einzelne, namentlich im Tarif abgeändert, einige Sätze desselben sehr gesteigert. Ob das im Landtag selbst durchdringt und von der Regierung angenommen wird, lässt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Sollte es vor der Herausgabe dieses Buches zum Abschluss der Steuergesetzgebung kommen, so wird in einem Nachtrag das Erforderliche noch mitgetheilt werden. Im Folgenden daher nur einige Bemerkungen zur Orientirung über den Plan im Ganzen, wesentlich referirend, ohne weitere Detailkritik der Vorschläge.

Die Vorlagen knüpfen an Verhandlungen, Wünsche und Resolutionen im Landtage an. Hier war seit 1893/94 die Frage wieder angeregt und der Antrag gestellt worden, die Regierung möge die Einführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer, verbunden mit einer Vermögenssteuer, prüfen und eventuell baldigst eine bezügliche Vorlage machen. [Sei das nicht bis zur nächsten Landtagssession möglich, so wurden Vorlagen gewünscht, durch welche die drei neueren Ertragssteuern in bestimmter Richtung modificirt würden, und zwar die Kapitalrentensteuer so, dass die höheren Jahresrenten im Steuersatz entsprechend gesteigert, Personen dagegen mit Gesamteinkommen und Renten bis zu einem gewissen Betrage, besonders erwerbsunfähige Personen, Wittwen und Waisen weiter als bisher in der Steuer ermässigt (zugleich auch, dass in Baiern der Kapitalrentensteuer unterliegende Ausländer hier für ihr gesamtes Renteneinkommen besteuert) würden; die Einkommensteuer so, dass die Scala der Steuersätze im Unterschied der jetzigen allmählig ansteigend entsprechend erhöht (und ebenfalls wieder die Steuerbefreiung der Ausländer, soweit zulässig, beseitigt) würde; die Gewerbesteuer so, dass die Besteuerung der Gewerbe nach dem wirklichen Ertrage mit progressiv aufsteigenden Sätzen thunlichst allgemein angewendet würde, nur für minder leistungsfähige Gewerbe eine Steueranlage nach festen Sätzen erfolge, der Betrieb des Bergbaus ferner aus der Einkommensteuer heraus und mit unter die Gewerbesteuer gestellt werde. Principiell waren beide Kammern hierin einig, doch die erste ging auf den Plan eines sofortigen völligen Uebergangs zur Personalbesteuerung aus fiscalischen Bedenken nicht mit ein. Man dachte hier, wie auch sonst, mehr an eine zunächst wenigstens die Ertragssteuern nur ergänzende allgemeine Einkommensteuer. In dem Revisionsbegehren betreffs der genannten Ertragssteuern stimmten die Kammern überein. Der Antrag der Abgeordnetenkommer, alsbald nach Maassgabe der verfügbaren Mittel die Grund- und Haussteuer zu ermässigen, wurde in der 1. Kammer nicht angenommen. (S. den Wortlaut der Anträge u. A. bei Burkart S. 29 und Lotz S. 553). Die Hinneigung zur Personalsteuer, zur höheren, auch progressiven Belastung der grösseren Einkünfte, zur Entlastung der kleineren und des Grundbesitzes ist in diesen Wünschen das besonders Bemerkenswerthe und entspricht einer deutlich ziemlich überall in Deutschland neuerdings hervortretenden Anschauung und Tendenz.

Diesen Resolutionen ganz gemäss hat die Regierung Entwürfe zur Revision der Einkommen-, Kapitalrenten- und Gewerbesteuer im Jahre 1897 dem Landtage vorgelegt und dieser sie durch einen Steuerausschuss berathen lassen.

Bei der Einkommensteuer sollen nach dem Regierungsentwurf die Abtheilungen 2 und 3 zusammengelegt werden. Die Abtheilung 1, die Lohnsteuer, ist aber nicht fallen gelassen worden, trotz ihrer geringen finanziellen Bedeutung. Sie trifft nach wie vor die Arbeiter u. dgl. mit niedrigeren Löhnen im Betrage des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes für 1 Tag in Sätzen von $\frac{1}{2}$, 1 und 2 M. Lohnempfänger von über $2\frac{1}{2}$ M. für den Tag kommen in die andere Abtheilung mit. In dieser beginnt die Steuer bei 500 M. Einkommen, beträgt bei 500—600 M. 1 M., steigt dann allmählig progressiv auf 1 % bei 3000—3400 M. Einkommen und weiter bis auf $2\frac{1}{2}$ % bei 40,000 M. und darüber. Die Abtheilung umfasst ausser dem Bergbau dieselben Einkommenarten bzw. Censiten wie bisher in Abtheilung 2 und 3. Neben der Gewährung eines steuerfreien Existenzminimums von 500 M. sind noch Befreiungen in Aussicht genommen, wenn das Arbeits- und das Gesamteinkommen eines Censiten bei gewissen Kategorien von Censiten, Wittwen und Waisen, bei Personen mit verminderter Erwerbsfähigkeit gewisse Beträge nicht übersteigt (750 M. Arbeits-, 1200 M. Gesamteinkommen) und Ermässigungen der Steuer können auch bei noch höherem Gesamteinkommen (bis 5000 M.) in Fällen verminderter Steuerkraft (in Folge besonderer privater Belastungen) eintreten. Kurz Milderungen gegen das bisherige Gesetz und nach der Weise neuerer Gesetze über allgemeine Einkommensteuern.

Auch bei der Kapitalrentensteuer soll die Steuerpflicht bei gewissen wenig leistungsfähigen Censiten erst mit 400 M. Rente beginnen, wenn diese Personen nicht über 700 M. Einkommen im Ganzen haben, und Ermässigungen wegen besonderer Belastung sind auch hier noch bei höherem Renten- (bis 3000 M.) und Gesamteinkommen (bis 5000 M.) in Aussicht genommen. Auch soll die Steuerprogression, die bisher mit $3\frac{1}{2}$ % bei Rente über 1000 M. endete, unter Beibehaltung dieses Satzes bis zu 100,000 M. Rente dann noch weiter gehen, nemlich für höhere Renten 4 % erreichen.

Bei beiden genannten Steuern ist eine verbessernde Aenderung des Veranlagungsverfahrens und der damit in Verbindung stehenden Punkte geplant.

Am Wichtigsten, wenngleich auch nicht eine principielle Umgestaltung bringend, sind die Aenderungsvorschläge bei der Gewerbesteuer. Diese umfasst nach dem Revisionsplane nach wie vor im Wesentlichen nur das stehende Gewerbe, aber nunmehr einschliesslich Bergbau (nebst Steinbruch-, Kalk-, Cement-, Thongrubenbetrieb). Für die im Umherziehen betriebenen Gewerbe einschliesslich der Wanderlager bleibt die besondere Steuer bestehen, deren gleichzeitige Revision aber in den Vorlagen von 1897 mit berücksichtigt war¹⁾. An den technischen Hauptpunkten der bisherigen Gesetzgebung, der Besteuerung nach äusseren Merkmalen und der Unterscheidung von Normalanlage und Betriebsanlage, hält der neue Entwurf des Gewerbesteuergesetzes aller Einwendungen ungeachtet fest. Für die Normalanlage gelten die nach Gewerbegattungen festgesetzten Steuersätze des neuen Gewerbetarifs; wo diese nach verschiedenen Beträgen abgestuft sind, wird auch die Steuer der Normalanlage nach dem grösseren oder geringeren Geschäftsumfang bemessen. Der Tarif trägt dem Princip der Abstufung der Steuer nach der Bedeutung und Leistungsfähigkeit mehr Rechnung. Das Ortsclassensystem ist fallen gelassen worden. Bei der Bemessung der Betriebsanlage dienen nach wie vor gewisse Merkmale, die nemlichen wie bisher (s. o. S. 158), zum Anhaltspunkt, und zwar ebenfalls noch nach dem Stande der der Veranlagung unmittelbar vorangegangenen zwei Jahre. Aber im Unterschied gegen das bisherige Gesetz ist der Bemessung der Betriebsanlage nach dem Geschäftsertrage eine grössere Ausdehnung gegeben worden. Diesen Ertrag hier, und vollends überhaupt, nemlich unter Fallenlassen der Normalanlage, zur alleinigen Grundlage zu nehmen, hat man sich jedoch nicht entschlossen. Er soll bei den Gewerben, wo der Tarif dies besonders bemerkt, und, wie bisher, bei den Gewerben, wo die gesetzlichen Merkmale keine genügenden Anhaltspunkte bieten, die Basis bilden, ebenfalls nach einem Anschlag aus dem Durchschnitt der der Veranlagung vorangehenden beiden Jahre. Für die Berechnung dieses steuerpflichtigen Ertrags sind aber nun im Gesetzentwurf genaue Bestimmungen, auch über das, was einzurechnen und was als Betriebsausgabe abzuziehen ist, getroffen (Art. 9), unter der Betriebsausgabe stehen auch die Zinsen der behufs des Geschäftsbetriebes geliehenen und in demselben verwendeten Kapitalien, also Gewährung der Schuldenberücksichtigung bei dieser Steuer. — Eine allgemeine Declarationspflicht (Fassionspflicht) besteht dabei nicht, doch kann eine besondere Aufforderung an den Einzelnen erlassen werden, Erklärungen auch über den Ertrag zu geben, was kaum gleichmässig genug wirkt. Wer dem nicht nachkommt, kann gegen seine Veranlagung keine Berufung einlegen. Ferner soll jetzt die Steuer nach der Betriebsanlage nach einem dem Gesetz beigefügten Tarif von Classensätzen erfolgen, in welchen nach Geldbeträgen des Ertrags Steuersätze angegeben sind und zwar in festen Sätzen bis zu 10,000 M. mit allmäliger Progression (bis 600 M. Ertrag 1 M., 600—750 2 M. u. s. w., 9000—10,000 M. 300 M.), dann für höhere Erträge in weiter etwas, bis auf ein Maximum von 40 steigenden Promillesätzen (30 M. für 1000 M. bei 10—20,000 M., 35 bei 20—28,000 M., 40 bei 28—40,000 M.), wonach sich bei 40—41,000 M. Betriebsanlage 1400 M. Steuersatz ergibt. Höhere Erträge sollen mit $3\frac{1}{2}\%$ für jede weitere 1000 M. belastet werden. Auf 4 % wie bei der Kapitalrentensteuer wollte man bei der Gewerbesteuer, weil sie zugleich eine Steuer auf den persönlichen Arbeitsverdienst des Unternehmers mit sei, nicht gehen (Motive). Gegen die bisherige Höchstbesteuerung der Gewerbe mit grossem Ertrage stellt das neue System immerhin beträchtliche Erhöhungen dar. Auch bei der Gewerbesteuer tritt Steuerfreiheit bei Gewerben mit der niedrigsten Normalanlage von 1 M. Steuersatz ein, wenn der Jahresertrag unter 500 M. beträgt und anderes Einkommen fehlt oder nur geringfügig ist. Verminderungen der Steuer, auch nach Berücksichtigung von die persönliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigenden Verhältnissen bei einem Gesamteinkommen bis 5000 M. sind zulässig (Art. 21). Umgekehrt können gewerbliche Unternehmungen

¹⁾ Es ist hier auch eine Novelle zum Gesetz von 1879 zu Stande gekommen (20. Dec. 1897) und seit Anfang 1898 in Kraft getreten. Sie dient wieder mehr gewerbepolitischen als fiscalischen Interessen (s. den neuen Tarif). Im Etat ist der Ertragsanschlag gegen bisher sogar um 31,000 M. ermässigt (163,000 gegen 194,000 M.).

einer ungewöhnlichen Ausdehnung und einer von der üblichen wesentlich abweichenden Art des Geschäftsverfahrens (so Waarenhäuser, Grossmagazine, Grossbazars, Abzahlungs- und Versteigerungsgeschäfte, Versandtgeschäfte für ganz verschiedene Waaren, namentlich alle derartige Geschäfte, wenn sie mehrere Verkaufsstellen oder Niederlagen halten — die im Volksmund sogen. „hassenswerthen“, mit gewissen Interessen der Mittel- und Kleingeschäfte in Widerspruch stehenden Gewerbe —) mit einer Verstärkung der Normalanlage belegt werden (§. 23): Keime des bestehenden Gesetzes, die hier aus gewissen socialpolitischen Rücksichten noch weiter ausgebildet worden sind. Darüber u. A. Lotz a. a. O. mit zu unbedingt ablehnender Haltung derartiger Verbindung socialpolitischer Tendenzen mit fiscalischen, steuerpolitischen. Die Steuer soll wie bisher in zweijährigen Perioden veranlagt werden. Im Veranlagungsverfahren u. s. w. sind wesentliche Verbesserungen in Aussicht genommen.

Im Ganzen würde sich die baierische directe Besteuerung für die den genannten Gesetzen unterliegenden Steuern durch diese Revision in einigen wesentlichen Puncten mehr von der Ertragsbesteuerung entfernen und der Personalbesteuerung nähern, so in der Anknüpfung der Steuer an die jeweiligen (bezw. nach der Veranlagungsperiode doch an die nur wenig zurückliegenden) wirklichen Erträge, in der Progressivität (bezw. nach unten zu betrachtet, richtiger gesagt der Degressivität) der Steuersätze, in der stärkeren Berücksichtigung gesteigerter und vermindelter Steuerkraft der betreffenden Censiten, in der Gewährung eines steuerfreien Existenzminimums, in dem Schuldzinsenabzug, besonders bei Kapitalrenten- und Gewerbesteuer. Das ist in einer Hinsicht ein Fortschritt. Aber es walten dabei auch Bedenken ob.

Die drei Steuern sind doch immer noch zu wenig homogen, um sich gerade in diesen eben erwähnten Puncten formal soweit gleichmässig behandeln zu lassen, wie es nach dem Entwurf geschieht. Formale Gleichheit ist hier materielle Ungleichheit. Je mehr aber jene Puncte zur Geltung kommen, desto mehr Incongruenz wird wieder in das ganze directe Steuersystem gebracht, nemlich zwischen dieser Gruppe der drei genannten Steuern einer- und der anderen Gruppe der beiden Realsteuern anderseits. Bei diesen, bei der Grundsteuer durchaus, bei der Gebäudesteuer wenigstens z. Th. Besteuerung nach fictiven, den wirklichen, vollends denen der jedesmaligen Steuerperiode nicht entsprechenden Erträgen, keine Steuerfreiheit kleiner Erträge, keine Berücksichtigung persönlicher ungünstiger und günstiger Verhältnisse im Steuerausmaass, kein progressiver oder degressiver Steuerfuss, kein Abzug für Schulden u. s. w. Da sich bei der Grundsteuer nach ihrer Veranlagung keine sichere Durchschnittsziffer der wirklichen Belastung durch die Steuer angeben lässt, jedenfalls darin die grössten Verschiedenheiten bestehen, kann man auch nicht angeben, ob die nunmehrigen

Steuerfuss-Maxima der Einkommen-, Kapitalrenten- und der nach dem Ertrage sich richtenden Gewerbesteuer mit dem Steuerfuss der Grundsteuer auch nur einigermaassen, geschweige genau in richtigem Verhältnisse stehen, bezw. die annähernd gleichen sind. Und auch über das Verhältniss dieser Belastungen der drei genannten Steuern zur Haus-, speciell zur Miethsteuer, ist Sicheres festzustellen nicht möglich.

Alles dies zeigt, dass mit einem solchen blossen „Revisionsplane“, auch wenn er aus den langen Verhandlungen des Steuer-ausschusses und des Landtags noch verbessert herauskommen sollte, das Problem einer den Umständen nach befriedigenden directen Staatsbesteuerung nicht gelöst werden kann. Diese Einsicht wird sich, wenn jener Plan Gesetzeskraft erlangt, durch die Erfahrung bestätigen und dies dann doch in die Richtung des Uebergangs zur Personalbesteuerung hinüberdrängen. Die mittlerweile weitergehende „Verindustrialisierung“ der baierischen Volkswirthschaft wird in derselben Richtung vorwärts treiben, aber auch die heutige wirthschaftliche Entwicklung Baierns, wenn dies Land auch immer noch stark agrarstaatlichen Character in vielen Theilen seines Gebiets bewahrt hat, ist doch bereits über die Verhältnisse hinausgewachsen, in welchen eine staatliche Ertragsbesteuerung angezeigt ist oder wenigstens noch leidlich fungiren kann. Fehlt es, wie man vielfach hört, an der Organisation des Finanz- und Steuerdienstes, an der Uebung der Veranlagungsorgane und der Gemeinden in Bezug auf ordentliche Durchführung einer allgemeinen staatlichen Personal-, namentlich Einkommenbesteuerung, so muss man eben hier zu reformiren beginnen, aber das auch nicht immer wieder aufschieben. Ob die Aenderungen, welche der Revisionsplan für die drei besprochenen Steuern auch in der Veranlagung u. s. w. bringt, eine richtige Vorbereitung zum späteren Uebergang zur allgemeinen Einkommensteuer bewirken, steht mindestens dahin. Denn eine Hauptaufgabe im Veranlagungsgeschäft bei einer solchen Steuer, die Einkommenbesteuerung des Grundbesitzes, wird ja noch nicht einmal berührt. Auch die Aufgabe der Veranlagungsorgane bei der Zusammenfassung aller Arten Erträge als „Einkommen“ bei einer solchen Personalbesteuerung ist noch etwas Anderes, als die Aufgabe bei der getrennten Besteuerung, wie sie nach der bisherigen und doch ebenfalls noch nach der jetzt neu revidirten Gesetzgebung über die drei immerhin schon mehr personalen Ertragssteuern vorliegt.

§. 52. Die übrige Besteuerung in der dritten Periode, besonders der Malzaufschlag (Biersteuer). Auch hier waren, wie in den anderen deutschen Staaten, die Veränderungen der Zölle und Steuern im Zollverein, dann seit 1871 im Deutschen Reich von wesentlichem Einfluss auf Baiern. Darauf gehen wir hier ebenfalls noch nicht näher ein. Nur die besondere Stellung, welche Baiern, wie die anderen süddeutschen Staaten, in Bezug auf die indirecte innere Reichsverbrauchsbesteuerung von Bier und Branntwein in der Reichsverfassung behalten hat, ist schon hier besonders hervorzuheben¹⁾. Baiern verdankt dieser Sonderstellung die alleinige Verfügung über und den weiteren alleinigen Bezug des reichen Ertrags seiner Bierbesteuerung und damit einen erheblichen finanziellen Vorthail, welcher in seiner Wirkung auf ein finanzielles Privileg Baierns im Reiche hinauskommt.

Die Biersteuer ist durch die Entwicklung der Gesetzgebung, wenn auch unter Beibehaltung der alten Besteuerungsmethode des Malzaufschlags (Hauptgesetz vom 16. Mai 1868), durch die starke dauernd gewordene Erhöhung des Steuersatzes (1879) um 50 %, und die Ausdehnung auf die Pfalz (1878) Dank der Gestaltung und Entwicklung des Consums im Staatsgebiete eine immer wichtigere Staatseinnahmequelle und Einnahmequelle überhaupt im baierischen Staatshaushalte geworden und spielt auch in den Communalhaushalten eine erhebliche Rolle. Sie giebt dem baierischen Staatshaushalt unter den deutschen sein eigenartiges Gepräge in der Besteuerung. Bisher hat gerade sie es auch durch ihre grossen und immer noch etwas steigenden Erträge, freilich mit Beibehaltung des erhöhten Steuersatzes, mit ermöglicht, auch ohne grosse Ueberschüsse der Staatsbahnen, mit den Erträgen der directen Steuern auszukommen. An der Verzögerung einer tiefer greifenden, auch fiscalisch ergiebigen Reform der letzteren ist sie aber insofern wohl etwas mit schuld. Sie hat übrigens neuerdings kleine, doch principiell beachtenswerthe Abänderungen erfahren, indem der Steuersatz nach der Grösse der Brauereien, nach dem Malzverbrauch bemessen, abgestuft, bezw. für die kleineren ermässigt, für die grösseren erhöht worden ist: die Einführung einer Berück-

¹⁾ Reichsverfassung Art. 35: „In Baiern, Württemberg und Baden bleibt die Besteuerung des inländischen Branntweins und Bieres der Landesgesetzgebung vorbehalten.“ Dieses Recht kann nur mit Zustimmung des betreffenden Einzelstaats abgeändert werden (Art. 78).

sichtigung der Leistungsfähigkeit in dieses Steuergebiet (Gesetz vom 10. Dec. 1889, 24. Mai 1896).

Die Entwicklung der Grossbrauerei, die stärkere Betriebsconcentration, die hohe Leistungsfähigkeit der Brauerei in Bezug auf Qualität, Preiswürdigkeit und Mässighaltung des Preises des Products, die Concurrenzzfähigkeit gegenüber dem Auslande, die Steigerung des Exports und die trotz wachsender Ausfuhrvergütungen verbliebene Zunahme des der Staatscasse zufallenden Steuerertrags sind charakteristische Momente in der neuesten Geschichte der berühmten bayerischen Brauerei. Einige davon hängen mit der Methode und der Höhe der Bierbesteuerung zusammen und zeigen in den Wirkungen beider Punkte deren Schatten- und Lichtseiten. Untersuchungen über die Ueberwälzungsverhältnisse bei dieser Steuer, besonders bei Gelegenheit der Erhöhung des Steuersatzes, namentlich die trefflichen von G. Schanz, haben gezeigt, dass dies Problem thatsächlich verwickelter liegt, als früher vielfach angenommen worden war, speciell, was die Einwirkung der Steuer auf Preis und Qualität des Bieres, zumal im letzten Absatzstadium beim Consumenten, anlangt. Von einer allgemeinen und einfachen Fortwälzung der Steuer im Preise (oder in Form der Qualitätsverminderung) auf den Consumenten kann nicht die Rede sein. Daher lässt sich auch nicht sicher und genau bestimmen, wie weit die Steuer den Consumenten, selbst im Durchschnitt berechnet, wirklich belastet, von allen individuellen Consumverschiedenheiten ganz abgesehen. Nur derjenige Theil der Steuer, welcher vom Consumenten wirklich getragen wird, tritt zu des letzteren übrigen Steuerbelastungen hinzu. In dieser Hinsicht ist aber doch daran zu denken, dass der in Baiern so allgemein verbreitete starke Bierconsum, namentlich auch in den unteren Classen und den Mittelclassen, — der Kopfconsum ist 220—230 l gegen einige 90 in Norddeutschland — eine relativ erhebliche Mitbelastung dieser Classen durch den vom Consumenten wirklich getragenen Theil der Biersteuer mit sich führt. Allerdings fällt dafür wohl nach den Consumverhältnissen in Baiern von einzelnen Zöllen und Steuern auf Colonialwaaren und ähnliche Artikel (Kaffee, Thee, Wein, Tabak, Zucker, Branntwein) weniger auf den bayerischen Consumenten und von den betreffenden Zöllen und Steuern auf den Steuerzahler. Immerhin liesse es die Biersteuer des Staats allein, auch wenn sie nur theilweise von Consumenten getragen wird, richtig erscheinen — ähnlich wie in Sachsen die Fleischsteuer, S. 120 —, dass man in der directen Besteuerung die „kleinen Leute“ in Baiern im weiteren Umfang befreite oder ermässigte und den Steuerfuss progressiv gestaltete, weil die Censiten grösseren Einkommens von einer so wichtigen Verbrauchssteuer wie der Biersteuer relativ schwächer getroffen werden. S. über die Ueberwälzungsfrage überhaupt Fin. III, § 138 ff., in Betreff der bayerischen Biersteuer G. Schanz in dem Jarhb. f. Gesetzgeb. d. D. Reichs 1882, S. 563, mit Fortsetzung in der Allgem. Zeitung 1883, Beil. Nr. 331, 332. Im Allgemeinen über Verhältnisse der Bierproduction, auch in Bezug zum Steuerproblem, Struve, Entwicklung des bayerischen Braugewerbes, 1893 (in Schmoller's Forsch.); Hock II, S. 646 ff., ferner der Commentar von May und dessen Artikel im H. W. B. St. II, 550 ff., über Bier und Bierbesteuerung, das. S. 567 ff. über die ältere bayerische Gesetzgebung. Auch G. v. Mayr im Wörterb. d. Verwalt. II, 71, Art. Malzaufschlag, II, 1022, Suppl. b. III, 50 und Zeller im Schönberg'schen Handbuch III, 4. A., S. 533.

Die Normen von 1807 über den Malzaufschlag sind bis 1868 die Grundlage der bayerischen Biersteuer geblieben, der Steuersatz hatte Erhöhungen erfahren. Das Gesetz über den Malzaufschlag vom 16. Mai 1868 trat dann an die Stelle dieser Normen, veränderte aber die Besteuerungsmethode nicht, sondern brachte nur einige Aenderungen in deren Durchführung und in administrativen Bestimmungen, auch im Strafsystem. Am Wichtigsten war dabei „die Freigabe der Malzmühlen an die Brauer, sowie der Futterschrotmühlen an die Landwirthe unter gleichzeitiger Nutzbarmachung einer im Jahre 1866 erfolgten neuen Erfindung eines an den Mühlen anzubringenden automatischen Malzmessungs- und Controlapparates“ (v. May a. a. O.). Steuerobject ist das Malz, d. h. alles künstlich zum Keimen gebrachte Getreide, welches zur Bier- oder Essigbereitung (bis zu dem eigenen bayerischen Branntweinsteuergesetz vom 25. Februar 1880 auch zur Spiritus-, Branntwein- und Hefebereitung) verwendet wird. Der Steuersatz wird nach dem Volumen (hl) berechnet, nicht nach dem Gewicht, — welche dieser beiden Methoden den Vorzug hat, ist streitig — er war anfangs 4, seit dem Gesetz vom 31. October 1879 6 M. für das Hektoliter, ein nur

auf Zeit bewilligter, später aber als Normalsatz verbliebener Betrag. Die Verwendung von Malzsurrogaten ist, wie seit Alters in Baiern, verboten, für Braunbier darf nur Gerstenmalz verwendet werden. Da die Steuererhöhung auf 6 M. von den kleineren Brauereien schwer getragen wurde, sind durch Gesetz vom 8. December 1889 Ermässigungen und Erhöhungen des Steuersatzes eingeführt worden, jene auf 5 M. für gewisse kleinere Brauereien (für die ersten 2000 hl bei einem Maximum bis 6000, bezw. 7000 hl Jahresverbrauch), diese auf $6\frac{1}{4}$ und $6\frac{1}{2}$ M. bei grossen Brauereien für den Malzverbrauch von über 10,000 und über 40,000 hl im Jahre. Kleine weitere Modification durch Gesetz vom 24. Mai 1896. Steuerpflichtig ist der Eigenthümer des Malzes. Die objective Steuerpflicht beginnt bei der Einbringung des Malzes zum Brechen in die Mühle (Schrotmühle). Zu dem Zweck sind nur öffentliche nicht transportable und bewilligte Privatmalzmühlen zugelassen. Letztere, und, soweit sie Cylinderwalzen haben, auch erstere müssen, andere Mühlen können mit staatsseitig genehmigten automatischen Messapparaten (Zählwerken) versehen werden, mittelst deren jetzt der bei Weitem grösste Theil des Malzes gemessen wird. Der Steuer-rückvergütungssatz bei Ausfuhr von Bier ausser Landes ist für Braunbier 2,60 M. für das Hektoliter, mit Ermässigungen bis 2,10 M. und Erhöhungen bis 2,85 M. für die den niedrigeren oder höheren Steuersatz zahlenden Brauereien. Auf die Pfalz ist der Malzaufschlag seit 1. Juli 1878 ausgedehnt, von wo an der sogen. Steuerbeischlag von 100,000 fl. jährlich, den die Pfalz als Ersatz an die Staatscasse bisher gezahlt hatte, fortfiel. Das Malzaufschlaggesetz ist in neuer Redaction vom 7. Dec. 1889 in Kraft. S. aus der schon gen. Litteratur besonders den Commentar von May zu dem Gesetze und dessen ausführlichen Artikel im H. W. d. St. I, ferner Aufsätze von Verschiedenen und Materialien, besonders über die neuesten Gesetze, im Fin.arch. B. 6, 13, 14, Statistisches im Jahrb. d. stat. Bür., B. 3, S. 209 und unten in §. 55.

Eine eigene selbständige Branntweinsteuer hat Baiern nach dem endgiltigen Uebergang zur blossen Braumalzsteuer (1811) nur kurze Zeit, von 1880—1887, gehabt. Bis 1880 wurde nur die Getreidebrennerei mit vom allgemeinen Malzaufschlag getroffen. Erst durch Gesetz vom 25. Febr. 1880 wurde diese Steuerform beseitigt und eine eigene Branntweinsteuer von mehligen und anderen Stoffen, wesentlich noch nach preussisch-norddeutschem Muster, mit der Hauptform der Maischraumsteuer für mehligte Stoffe und mit anderen Nebenformen eingeführt. Eine Fortbildung der Steuer mit weiteren Erleichterungen für kleinere landwirthschaftliche Brennereien und Einführung der nach dem Gesetz von 1880 nur facultativen Fabrikatsteuer nunmehr als obligatorischer für gewerbliche Brennereien erfolgte durch Gesetz vom 20. Nov. 1885. Bereits 1887 schloss sich aber Baiern, wie das übrige Süddeutschland, unter Verzicht auf seine eigene Steuer, der Reichsbranntweinsteuergemeinschaft an, nachdem im Reiche die grosse Reform dieser Steuer (Gesetz vom 14. Juni 1887) durchgedrungen war.

S. über das baierische Gesetz von 1880, den Commentar von Geiger (1881). Im H. W. d. St. J. Wolf II, 725, im Fin.arch. ders. IV, 352, im W. d. Verw. G. v. Mayr I, 234, Hock II, 652.

Auch auf dem Gebiete der sogen. Gebühren (von Rechtsgeschäften, Amtshandlungen), Taxen und Stempel machte sich in Baiern seit der neuen Reichsperiode der Einfluss der Reichsgesetzgebung über Gerichtskosten und Stempel geltend. Vorher

war die ältere Gesetzgebung (o. S. 145, 149) nur wenig fortgebildet und noch nicht völlig unificirt worden. Einen wesentlichen Fortschritt stellte die neue, sich, soweit erforderlich, an die Reichsgesetzgebung anschliessende baierische Gesetzgebung von 1879 über die genannten Abgaben und über die damals abgetrennte und verselbständigte Erbschaftsteuer dar. Dabei wurden auch die fiscalischen Interessen wenigstens im bisherigen Umfang befriedigt und die Einnahmen erhöhten sich allmählig etwas. Durch einige Novellen ist seitdem die Gesetzgebung fortgebildet, auch das Hauptgesetz über Gebühren von 1879 neu redigirt worden.

Gewisse Eigenthümlichkeiten des baierischen Gebühren- (Tax-, Sportel-)rechts folgen aus der Stellung des Notariats, das daselbst in umfassendem Maasse bei Rechtsgeschäften, namentlich über Immobilien, mitwirkt. Vor der Gesetzgebung von 1879 sind mehrfach Aenderungen des älteren Rechts erfolgt, doch nur in codificirender Richtung und zum Theil nur provisorisch. Eigentliche Gebühren im finanzwissenschaftlichen Sinne und sogen. Gebühren im Sinne und mit den Wirkungen von Verkehrssteuern sind, wie gewöhnlich, theils in derselben, theils in verschiedenen Abgaben auch im baierischen betreffenden Recht vorhanden. Aus der Zeit vor 1870 ist ein Taxregulativ vom 28. Mai 1852 über die Verhandlungen der streitigen Rechtspflege und der inneren, der Polizei- und der Finanzverwaltung hervorzuheben, das mit verschiedenen Novellen, auch provisorischen Tax- und Stempelgesetzen (1870, 1873, 1875, 1878) die Grundlage im rechtsrheinischen Gebiete bis 1879 blieb. Nach Erlass des Reichsgerichtskostengesetzes vom 18. Juni 1878 erfolgte dann, im Anschluss daran und, soweit nothwendig, zu dessen Ergänzung eine umfassende Codification und Unification des ganzen Rechtsgebiets, jetzt für den ganzen Staat, durch das Gebührengesetz vom 18. Aug. 1879. Soweit die Landesgesetzgebung in der streitigen Civilgerichtsbarkeit und Strafgerichtsbarkeit noch competent blieb, wurde das betreffende speciell baierische Gebührenwesen dem des Reichs angepasst. Auch in dem fiscalisch besonders wichtigen Gebiet der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit (sowie der Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege) schloss sich die baierische Gesetzgebung aber den technischen constructiven Grundlagen der Reichsabgaben mehr an, so u. A. im Ersatz der bisherigen sogen. Einzelgebühren durch Bauschgebühren bei Gerichtsverhandlungen, auch durch Zusammenfassung von bisherigen mehrfachen Einzelabgaben in Gesamtgebührensätze im Verwaltungs- und Verwaltungsrechtspflegegebiete, wodurch die Anwendung des Stempels eingeengt wurde. Der Stempel für Eingaben fiel überall fort. (S. Näheres bei Hock II, 334 ff.) Erleichterungen und Ermässigungen erfolgten besonders für den Immobilienverkehr. Eine in Deutschland bisher singuläre, in der französischen (Fin. III, §. 206) und der österreichischen Gesetzgebung vorkommende Steuerart zur Ergänzung der besonders wichtigen Besitzwechselabgaben, namentlich von Liegenschaften, war die Einführung eines Gebührenäquivalents bei Grundvermögen vom Besitz der todten Hand, d. h. juristischer Personen (doch sind ausgenommen Gemeinden, auch Kreis-, Districts-, frommen, milden, gemeinnützigen, Unterrichtszwecken dienende Objecte, auch Klostervermögen, ferner Bergbaurealitäten, ebenfalls die den öffentlichen Verkehrszwecken dienenden Dinge, wie Bahnen, Canäle, Strassen nebst dazu gehörigen Gebäuden u. s. w., dagegen eingeschlossen in die Steuerpflicht sonstige öffentliche Corporationen, Handelsgesellschaften, selbst offene, auch Genossenschaften, Vereine, andere Gesellschaften und Anstalten, ferner Gesamtgeschlechter). Die Abgabe ist alle 20 Jahre fällig und zwar von 1880—88 in von $\frac{1}{10}$ — $\frac{9}{10}$ ‰ steigenden Sätzen, von 1889 an im Satze von 1 ‰, also $\frac{1}{20}$ ‰ p. a. (s. Näheres bei Hock II, §. 281, S. 500). Der Ertrag einzelner Taxen für Würden, Titel u. dgl. fliesst wie bisher mehrfach nicht in die Staatscasse, sondern in Specialcassen (Staatsdiener-Unterstützungs- und Töchtercassen, geistliche Emeriten- und Pfarrwittwencassen, auch Königl. Cabinetcasse, so in letztere $\frac{2}{3}$ der 1894 neu durch Verordnung geregelten Gebühren für Hoftitel, während $\frac{1}{3}$ davon in die Staatscasse kommt). — Novellen zum Gebührengesetz vom 29. Mai

1886, 8. März 1888, 22. Dec. 1889, neue Redaction des Gesetzes von 1879 mit Berücksichtigung der eingetretenen gesetzlichen Aenderungen vom 21. Jan. 1890, Novelle vom 26. Mai 1892. Eingehende Darstellung der ganzen Gesetzgebung, bis 1883, bei Hock, a. a. O. S. 322—588. S. auch die Artikel von G. v. Mayr im Wörterb. d. Verwalt. Gebühren in B. I, Liegenschaftsabgabe in B. II, Nachträge II, 1018, im Ergänzb. II, S. 64, 143, III, S. 106, Art. Stempelsteuer v. Jacob, B. II, S. 546, Schall im Schönberg'schen Handbuch III, 4. A., S. 711, Commentare u. dgl. von v. Stengel und Pfaff.

Wie in anderen deutschen und fremden Staaten, waren auch in Baiern sogen. Erbschaftstaxen in der bisherigen Tax- und Gebührengesetzgebung enthalten gewesen (speciell im Gesetz vom 25. Mai 1852 und in späteren). Auch hier ist dann aber die Erbschaftssteuer, wie mehrfach sonst in Deutschland und dem Ausland, bei der Aenderung des Gebühren-, Tax- und Stempelwesens im Jahre 1879 von letzterem Gebiete ganz abgetrennt und verselbständigt worden (2. Gesetz vom 18. August 1879). Eine principielle Fortbildung hat die Steuer aber dadurch nur in Betreff der Ausdehnung der Steuerpflicht auf die Eltern (für Anfälle von über 1000 M.) erfahren, die Descendenten und Ehegatten sind frei geblieben. Die Technik der Steuer, das Veranlagungs- und Erhebungsverfahren sind verbessert worden.

S. Hock II, 300 ff., Commentare von v. Stengel, Pfaff, Knobling. S. auch den Artikel Erbschaftssteuer von G. v. Mayr im Wörterb. d. Verwalt. I, v. Heckel im Supplb. des H. W. B. d. St. S. 308, Statistik bei Schanz, Archiv II, 876 ff., XV, 622 ff.

Zu den Staatssteuern gehört in Baiern auch die Hundesteuer, abweichend von den meisten anderen, namentlich deutschen Staaten, wo diese Steuer gewöhnlich Communalsteuer ist. Die Steuer ist wesentlich aus sanitätspolizeilichen Gründen durch Gesetz vom 2. Juni 1876 eingeführt, absichtlich in einer Höhe, welche auf Verminderung der Hunde hinwirken sollte, was indessen nicht erreicht worden ist. Die Hälfte des Reinertrags fällt übrigens in jeder Gemeinde dieser zu.

Die Steuer ist in 4 Sätzen mit 15, 9, 6, 3 M. abgestuft nach der Bevölkerungsgrösse der Gemeinden (über 15,000, 1500, 300 Einwohner und darunter). Die Zahl der Hunde hat sich seit dem Gesetze im Ganzen und in jeder Ortskategorie beständig, daher auch der Ertrag vergrössert. S. Hock II, 660 ff. Statist Jahrb. B. 4, S. 214.

Zu erwähnen ist noch, dass in Baiern kurze Zeit eine sogen. Wehrsteuer u. d. N. Wehrgeld nach Gesetz vom 29. April 1868 bestanden hat, welche mit der Einführung der Reichsmilitärgesetzgebung wieder fortfiel, ebenso in Württemberg. (Abstufung nach dem Einkommen, s. Wagner, Schönberg's Handbuch III, 1. Abth., 4. A., S. 460).

§. 53. Rückblick auf die baierische Staatsbesteuerung im 19. Jahrhundert. Bedeutungsvoll und im Ganzen erfolgreich setzte die Steuerpolitik des neuen baierischen Königsstaats in der ersten noch absolutistischen Periode mit Reformen ein und legte ein Fundament, das sich brauchbar erwies. In der

folgenden constitutionellen Aera behielt man dann auch dies Fundament bei, baute auf demselben die directe Besteuerung aus und auf, zog in der Form der Ertragsbesteuerung auch die nicht aus Realitäten fliessenden Einkünfte, freilich erst ein volles Menschenalter nach dem Eintritt in die verfassungsmässige Periode, zur weiteren Besteuerung besser mit heran und trug darin auch den eingetretenen und sich weiter entwickelnden Veränderungen der wirthschaftlichen Verhältnisse einige Rechnung. Aber den nothwendigen Uebergang von der Ertrags- zur Personalbesteuerung wusste man nicht zu bewerkstelligen. Baiern blieb in diesem Gebiete der directen Besteuerung so, trotz manches Tüchtigen in seiner immer wieder verbesserten Ertragsbesteuerung, hinter fast allen grösseren und kleineren deutschen Staaten zurück, namentlich hinter Preussen, dessen directe Besteuerung sogar vor den Reformen von 1891 und 1893 Dank der Ausbildung der personalen Classen- und Einkommensteuer der baierischen directen Steuerverfassung überlegen war, vollends dies aber seit den neuesten grossen Reformen in erheblichem Maasse geworden ist. Es zeigt sich hier eine gewisse Aehnlichkeit Baierns mit Frankreich und vor der 1896er Reform mit Oesterreich, auch mit Elsass-Lothringen, trotz der hier unter deutscher Herrschaft erfolgten allmäligen Umbildung der französischen Besteuerung. Von den anderen süddeutschen Staaten haben Baden, Hessen grössere Fortschritte gemacht, wodurch auch ihre directe Besteuerung mehr der norddeutschen, preussischen, sächsischen angenähert ist und Württemberg war wenigstens jetzt im Begriffe, dies zu thun, als die dortige Reform schliesslich doch noch scheiterte.

Der relative Stillstand der Entwicklung auf dem genannten Steuergebiet erklärt sich in Baiern allerdings wohl etwas mit daraus, dass hier die Fort- und Umbildung der Volkswirthschaft aus agrar- in industrie- und handelsstaatlicher Richtung, aus noch einfacheren geldwirthschaftlichen, selbst Resten naturalwirthschaftlicher Zustände in creditwirthschaftliche, aus ländlichen in mehr städtische Verhältnisse im Ganzen noch nicht so weit gediehen ist, als in manchen anderen deutschen Landen, obwohl es auch unter diesen Gebiete giebt, die darin vielen baierischen gleichen und manche baierische eine ähnliche Umbildung wie in Preussen zeigen. Ausserdem haben aber wohl die günstigen finanziellen Folgen des Zollvereins und des Deutschen Reiches gerade für Baiern und die Verfügung über die eigene ergiebige Bierbesteuerung, letztere freilich in Verbindung mit den eigenartigen Consumver-

hältnissen im Lande, jenen Stillstand der Verfassung der directen Besteuerung mit ermöglicht. Auch zur Bierbesteuerung wurde übrigens schon in der ersten Periode das Fundament gelegt, wobei allerdings überall an ältere bezügliche Steuern und altgewohnten Bierconsum angeknüpft werden konnte. Der richtige, wenn auch fiscalisch nicht von sehr bedeutenden Erfolgen begleitete Ausbau der Verkehrs- und Erbschaftsbesteuerung hat den weiteren Finanz- und Steuerbedarf mit decken helfen. Dieser Bedarf musste sich auch wegen der Theilnahme Baierns an den Reichskosten, und hier noch besonders wegen der Exemption Baierns von der Reichsbiersteuer und Post und Telegraphie, wodurch höhere Matricularbeiträge bedingt sind, steigern, soweit die Reichsausgaben nicht durch die eigenen Reichseinnahmen sich decken, bzw. die Ueberweisungen aus Reichssteuern an Baiern hinter den Matricularbeiträgen zurückbleiben.

Der Finanzbedarf des Staats muss in Baiern, verglichen mit Preussen, mehr durch Steuern gedeckt werden, weil jenem die reichen Staatsbahnüberschüsse Preussens fehlen und die anderen privatwirthschaftlichen Einnahmequellen, unter denen sich namentlich ergiebige Staatsforsten befinden, doch diesen Ausfall nicht decken. Baiern ist aber so noch mehr als Preussen an der Entwicklung der indirecten Reichssteuern interessirt, möglichst in der Richtung, dass daraus Ueberweisungen, welche die Matricularbeiträge übertreffen, erfolgen können. Ebenso bleibt ihm sein Reservatrecht betreffs der eigenen Biersteuer von grosser finanzieller Bedeutung. Ob trotzdem, namentlich wenn die Staatsbahnen nicht bald sehr viel ergiebiger werden sollten, nicht schon aus rein fiscalischen Gründen tiefer greifende Reformen der Landessteuern, besonders der directen, auch der Verkehrs- und Erbschaftssteuern bald nothwendig werden möchten, was sonst schon socialpolitische und allgemeine Erwägungen über bessere Vertheilung der Steuerlast räthlich machen, bleibe dahingestellt. Unwahrscheinlich ist es nicht. Eine weitere Erhöhung der Biersteuer stünde wohl auch noch in Frage, gilt aber unter den eigenartigen baierischen Productions-, Absatz- und Wirthschafts- wie Consumverhältnissen und neben den Communalzuschlägen doch vielfach für bedenklich, besonders auch gegenüber den kleineren Brauereien. Endlich drängt aber auch die directe Communalbesteuerung, welche sich ganz an die Staatsbesteuerung anlehnt, auf Reformen der letzteren hin (§. 57 ff.).

Staatssteuer - Statistik.

§. 54. Das Material. Seit den Territorialregulirungen von 1814/15, die sich zum Theil noch etwas hinzogen, und seit der Einführung der Verfassung hat der bayerische Staat im Wesentlichen seinen damals erreichten Gebietsumfang behalten. Die kleinen Abtretungen von Grenzstrichen an Preussen im Jahre 1866 sind so geringfügig gewesen, nach der Grösse des verlorenen Landes und der darauf wohnenden Bevölkerung, dass sie hier für unsere Zwecke unbeachtet bleiben können¹⁾. Dem Umstande, dass Baiern im Jahre 1818 bereits eine Verfassung erhalten und der Landtag den Etat mit festzustellen hat, ist es zu verdanken, dass hier früher als in Preussen und Sachsen der Grundsatz der Oeffentlichkeit im Finanzwesen Platz griff und so dann auch von dieser Zeit an genügendes brauchbares finanzstatistisches Material vorliegt. Doch stört auch hier, dass die früheren Etats, bis 1867 incl., Netto-, erst die dann folgenden Bruttoetats sind. Es verlangt zu umfängliche, ins Einzelne gehende Umrechnungen der amtlichen Zahlen der Budgets und Rechnungsabschlüsse, auch reicht dazu das vorhandene Material nicht immer aus, um die älteren und neueren Daten ganz genau vergleichbar zu machen. Doch dasjenige Maass von Genauigkeit für Vergleiche, welches für unsere Zwecke noch genügt, lässt sich erreichen.

Durch den Beitritt Baierns zum Zollverein, seit 1834, und mehr noch zum Deutschen Reich, seit 1871, wurden natürlich auch hier die Finanzen überhaupt und die Etats beeinflusst, so dass namentlich die Finanzdaten aus der Zeit vor und nach der Zugehörigkeit Baierns zur Reichsfinanzgemeinschaft sich wieder nicht in Allem genau vergleichen lassen, wenigstens nicht, ohne eingehende Umrechnungen und Vertheilung der Reichseinnahmen und Ausgaben auf Baiern, wobei es nicht ohne Conjecturen abgeht. Um indessen die Vergleichung zwischen Preussen und dem zweitgrössten deutschen Staate in weiterem Maasse zu ermöglichen, sind unten in den Tabellen 32—35 die Antheile an Verbrauchs- und Verkehrssteuern (nicht auch an den übrigen Reichseinnahmen) nach einer dort näher angegebenen Methode der Berechnung mit den bayerischen Einnahmen vereinigt worden. Es ist bei Vergleichen mit Preussen, Sachsen u. s. w. immer daran zu denken, dass Baiern seine eigene Post- und Telegraphenverwaltung und seine eigene Bierbesteuerung hat, bis 1887 auch seine eigene Branntweinbesteuerung hatte, daher an den bezüglichen Reichseinnahmen nicht theilnimmt, ferner auch im Militairwesen eine mit auf die finanzielle Seite etwas rückwirkende aparte Stellung einnimmt. In Folge dieser Verhältnisse wird es von einem kleinen Theil der Reichsschulden, nemlich gewissen Beträgen der für die Reichsmilitärverwaltung und weiteren der für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung aufgenommenen Anleihen, nicht mit belastet. Daher erfolgen auch für Baiern die Berechnungen für die gesetzliche Belastung mit Matricularbeiträgen im Etat unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse, also abweichend von den übrigen Staaten, soweit diese nicht, wie die anderen süddeutschen, in einigen Punkten in gleicher Lage wie Baiern sind. Die bayerische Belastung mit Matricularbeiträgen ist nothwendig relativ etwas stärker in Folge dieser Umstände als besonders in Norddeutschland.

Statistik mehrfach in den oben genannten Aufsätzen von Helferich, Eherberg, Lotz, für die frühere Zeit bei Rudhart B. III, besonders in den Tabellen im Anhang, bei v. Reden, verglich. Fin.stat. I, 1. Abth., §. 20 ff., in der Arbeit von Vocke, Statistik des baier. Staatshaushalts. Zeitschr. d. baier. stat. Bureaus 1870. Für die ganze Periode von 1819—89 der Aufsatz mit Tabellen von Wilh. Burkhard im Fin.arch. ~~VI~~, 1889, S. 222 ff. S. auch Fin.arch. III, S. 672, V, 768 ff., (f. 1876—86). Jetzt bes. die Tabellen im Statist. Jahrb. Baierns, 3. B., S. 192 ff. 4. B., S. 191 ff. Die Hauptdaten, auch in früherer Zeit, im Gothaer Hofkalender. Ergänzungen unmittelbar aus Etats und Rechnungen. Die Materialien der unten folgenden Tabellen sind diesen verschiedenen Quellen entnommen, die vielfach für diesen Zweck genauer verglichen und durch einander ergänzt werden mussten. Völlige Gleichmässigkeit des Materials war nicht zu erreichen, aber die Vergleichbarkeit wird nach unseren

¹⁾ Das abgetretene Gebiet umfasste 10 Quadratmeilen mit 33.000 Einwohnern, von einem Gesamtgebiet von 1390 Quadratmeilen (nach neuerer Berechnung, früherer Anschlag 1388) mit 4.807.000 Einwohnern.

Berechnungen in den Tabellen dadurch nicht wesentlich gestört. Die frühere Guldenwährung ist zum Vergleich auf Mark nach dem Satze von 1 fl. gleich 1.71 M. (rund) umgerechnet worden. Auf welche Sätze (Brutto-, Netto-, Etats, Rechnung bezw. wirkliches Ergebniss) sich die Ziffern beziehen, wird an betreffender Stelle angegeben. Die Tabellen sind soweit als möglich ähnlich construirt wie die früheren über Preussen (S. 50 ff.), um die Vergleichung mit diesem zu erleichtern. Bei dem gleichgebliebenen Staatsgebiet war eine zeitliche Scheidung, wie bei Preussen vor und nach 1866, nicht nothwendig. Die Einbeziehung der Antheile an den Reichssteuern nach den Ziffern dafür im baierischen Etat ist nicht unmittelbar zulässig, weil die direct in der Reichscasse verbleibenden Summen dabei fehlen. Die im baierischen Etat (wie in den anderen Einzelstaatsetats, auch dem preussischen) stehenden Einnahmen aus Vergütungen des Reichs für Erhebung der Zölle und Steuern beziehen sich wieder nicht auf die in Baiern nach den Consumptions- und Ueberwälzungsverhältnissen wirklich getragenen, sondern auf die kleineren Beträge dort erhobener Zölle und Steuern, lassen also auch eine unmittelbare Herübernahme in die Rechnung der baierischen Steuern nicht zu. (S. ähnliche Schwierigkeiten bei Preussen oben S. 55, Note 1.)

§. 55. Ertragsentwicklung der baierischen Staatssteuern und anderer Einnahmen, 1820—98. Die folgenden Tabellen 32—34, welche ähnlich wie die früheren für Preussen (S. 50 ff.) entworfen sind, lassen die charakteristischen Entwicklungsverhältnisse scharf hervortreten. Zum Verständniss ist es aber nothwendig, die diesen Tabellen beigefügten Noten genau zu beachten.

(Tab. 32 auf Seite 176.)

¹⁾ Bemerkungen zu den Einnahmearten der Tab. 32. Kat. 12 enthält bis zur Einführung der gemeinsamen Salzsteuer im Zollverein (1868) den Ertrag der Salzsteuer in Regalform, der aber mit den Einnahmen aus der Salinen- und Bergwerksverwaltung verbunden und in der Tabelle nur schätzungsweise eingesetzt ist, unter der, vollends früher, wohl zutreffenden Annahme, dass der Reinertrag dieser Verwaltung fast ganz vom Salzregal herrührte. Bei 13, Gebühren u. s. w. auch Strafen. — Bei Kat. F, Domänen, Forsten u. s. w. auch der Ertrag der Staats-Oekonomien, Gewerbe, Brauereien u. dgl., dann der Forst- und Jagdgefälle, auch des Rests der Bergwerk- und Salinenverwaltung, ferner der Ertrag der Dampfschiffahrt (Bodensee), des Donau-Maincanals, Frankenthaler Canals, der Münze, Gesetzblatt, Druckerei, Aerarialrente von der K. Bank, verschiedenartige Renten und Zinsen, besonders Grundgefälle, auch feste Rente (100,000 fl.) von Oesterreich, und (später) verschiedene verwandte Einnahmen. — Ganz vollständig sind die Einnahmen, auch die ordentlichen, wohl für 1820 und 1845 nicht, doch fehlen nur kleine Beträge eines nicht ganz deutlichen Finanzcharacters.

²⁾ Bemerkungen zu den Rubriken „um 1820“. S. bes. die Tab. 80 bei Rudhart III in der Beilage, womit die Daten in der Tabelle von W. Burkhard im Fin.arch. VI, 234 fast immer genau übereinstimmen, doch fehlt in letzterer die Ausscheidung des Ertrags der „Brauereien, Oekonomien und Fabriken“. Die zweite eingeklammerte Zahl bei 6, Familiensteuer, bezieht sich auf einen damals erhobenen ausserordentlichen Zuschlag zur Familiensteuer für Staatsschuldentilgung (508 000 fl.). Dieser Betrag ist in der Summe der directen Steuern bei A und aller Steuern bei I nicht mit eingerechnet worden. — Bei der Nr. 12 sind am Reinertrag von 2,080,300 fl. der Salinen- und Bergwerksverwaltung 2 Mill. Gulden rund als Reinertrag des Salzregals (vielleicht etwas zu hoch) eingesetzt, der Rest bei F (Domänen u. s. w.) eingerechnet worden. Kat. E. umfasst hier nur die Post. — Kat. F: Oekonomien, Fabriken, Brauereien rund 714,000 fl., Forst- und Jagdgefälle 2,197,000 fl., Grund-, Zehent-, gerichtsherrliche, Lehengefälle 4,803,000 fl., aus Münze 3300, aus Gesetzblatt 16,300, aus Bergwerks- und Salinenverwaltung (Rest) 80,000, österr. Rente 100,000 fl. — Die Summe aller Einnahmen von 50,060,000 M. (29,24 Mill. Gulden)

Tab. 32. Baierrische Staatssteuern und sonstige ordentliche Staatseinnahmen 1819—97 (absolute Zahlen, 1000 M.).

Einnahmeart ¹⁾	Um 1820 ²⁾		Um 1845 ³⁾		Um 1861/67 ⁴⁾		Um 1876 ⁵⁾		Um 1896/98 ⁶⁾	
	reiner Wirkl. Ertrag	roher Wirklicher Ertrag	reiner Wirklicher Ertrag	roher Voranschlag	reiner Wirklicher Ertrag	roher Voranschlag	reiner Wirklicher Ertrag	roher Voranschlag	reiner Wirklicher Ertrag	roher Voranschlag
1. Grundsteuer	10.186	7.416	7.208	10.952	11.476	—	11.480	—	—	—
2. Haussteuer	788	1.074	1.044	1.411	2.313	—	6.334	—	—	—
3. Domicalsteuer	778	620	602	—	—	—	—	—	—	—
4. Zugviehsteuer	783	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe 1—4	12.535	9.110	8.854	12.363	13.789	—	17.814	—	—	—
5. Gewerbesteuer	1.329	1.385	1.346	2.195	3.303	—	7.826	—	—	—
6. Familiensteuer	{ 1.289 [869] }	639	621	—	—	—	—	—	—	—
7. Kapitalrentensteuer	—	—	—	963	1.805	—	4.900	—	—	—
8. Einkommensteuer	—	—	—	438	1.154	—	2.775	—	—	—
Summe 5—8	2.618	2.024	1.967	3.596	6.262	—	15.501	—	—	—
9. Hundesteuer	—	—	—	—	598	—	1.700	—	—	—
A. Directe Steuern Nr. 1—9	15.153	11.134	40.821	15.959	20.649	20.110	35.015	33.973	33.973	33.973
10. Malzaufschlag	7.923	10.034	9.524	10.602	20.262	c. 19.300	35.309	c. 34.300	34.300	34.300
11. Zölle u. dgl.	3.377	12.379	10.079	10.858	13.856	12.439	51.625	48.970	48.970	48.970
12. Andere indirecte (Salz), (1876 ff. mit Reichssteuern)	c. 3.420	c. 4.500	c. 4.100	c. 5.130	c. 12.083	c. 11.495	c. 33.804	c. 32.218	32.218	32.218
B. Indirecte Strn. 10—12	c. 14.720	c. 26.913	c. 23.703	c. 26.590	c. 46.201	c. 43.234	c. 119.738	c. 115.488	115.488	115.488
13. Taxen, Stempel, Gebühren	4.624	6.782	6.507	9.764	16.872	16.182	{ 21.571 6.758 2.300 }	23.063	23.063	23.063
14. Erbschaftsteuer	—	—	—	—	—	—	30.629	6.561	6.561	6.561
C. Verkehrssteuern Nr. 13, 14	4.624	6.782	6.507	9.764	16.872	16.182	—	29.624	29.624	29.624
D. Lotto	1.459	c. 2.700	2.618	—	—	—	—	—	—	—
I. Steuern A—D	c. 35.956	c. 47.529	c. 43.649	c. 52.313	c. 83.722	c. 79.526	c. 185.382	c. 179.085	179.085	179.085
E. Post, Telegraph	580	4.054	802	1.026	9.627	638	31.023	2.363	2.363	2.363
F. Domänen, Forsten u. s. w.	13.533	33.132	19.354	17.657	51.113	27.004	50.363	23.602	23.602	23.602
G. a. Eisenbahnen	—	—	—	8.555	77.141	28.774	143.695	44.573	44.573	44.573
II a. And. Einn. E—G, a	14.113	37.186	20.126	27.238	137.881	56.416	225.081	70.538	70.538	70.538
Summe I und II a	50.069	84.715	63.775	79.551	221.603	135.992	410.463	249.623	249.623	249.623
G. b. Eisenb. ab Schuldlast	—	—	—	(? c. 0)	—	2.559	—	7.797	7.797	7.797
II b. And. Einn. E—G, b	—	—	—	18.683	—	30.201	—	33.762	33.762	33.762
Summe I und II b	—	—	—	70.996	—	109.727	—	212.847	212.847	212.847

Schon die absoluten Zahlen der Tab. 32 ergeben als besonders charakteristische Thatsachen die Stabilität des Grundsteuer-Ertrags,

in der Tabelle für die Zeit von 1820 (1819/20) stimmt mit einer amtlichen Berechnung im statistischen Jahrbuch (4. B. f. 1898, S. 191) für die Jahre 1825/26 ziemlich überein (hier 48.838,000 M.). Die Gesamteinnahme war einschliesslich einiger ausserordentlicher, in der Tabelle fortgelassener Posten nach Rudhart 32.04 Millionen Gulden, nach W. Burkhard 35.59 Mill. Gulden (?).

³⁾ Bemerkungen zu den Rubriken um 1845. Nach der Abrechnung für 1844/45 aus der Finanzperiode 1843/49 bei v. Reden I, 1. Abth., S. 21. Bei den directen Steuern sind die allgemeinen Erhebungskosten gleichmässig auf die einzelnen dieser Steuern (2.81 % vom Rohertrag) repartirt worden. Die eingeklammerte Zahl bei 12 (Salz) bei Roh- und Reinertrag nur schätzungsweise, bei D (Lotto) die Rohertragsziffer desgleichen, aber nur mit Veranschlagung für den Verwaltungsaufwand (also excl. Gewinn). Die Kat. F umfasst hier: Oekonomieen und Gewerbe roh rund 741,000, rein 200,000 fl., Forst- und Jagdgefälle 7,114,000 und 4,148,000 fl., grundherrliche Gefälle 6,978,000 und 6,083,000 fl., Rest von Salinen und Bergwerken (nach Abzug des Salzregals unter 12) 3,772,000 und 150,000 fl., Gesetzblatt 28,000 und 10,000 fl., sonstige kleinere Regalien 32,000 und 31,000 fl., verschiedene besondere kleinere Abgaben 68,000 und 57,000 fl., Rente von der K. Bank in Nürnberg roh und rein 47,000, österr. Rente desgleichen 100,000, zufällige und andere Einnahmen 15,000 und 8000 fl. — Die Summe des Gesamtreinertrags von 63,775,000 M. bleibt etwas hinter der im stat. Jahrb. B. 4, S. 181 angegebenen Ziffer (64,972,000 M.) zurück, was sich aus formellen Rechnungsverschiedenheiten erklären muss. Ein Betrag von 52,000 fl. Wittwen- und Waisenfonds-Beiträge ist in der Ziffer unserer Tabelle nicht mit aufgenommen.

⁴⁾ Bemerkungen zu den Rubriken um 1861/67. Voranschlagsdaten rein für die Etatsperiode, bei den directen Steuern mit den Steuerbeischlägen zu den einzelnen (etwas abweichende, aber unter einander nicht übereinstimmende, Daten mit Druck- und Rechenfehlern bei W. Burkhard a. a. O. S. 222 und 226). Bei Nr. 12 Salz wieder anschlagsweise. Kat. F umfasst hier: rein in Gulden Gewerbe und Oekonomieen 306,000, Forstgefälle 5 Mill., grundherrliche u. s. w. Gefälle 4,116,000, Rest von Salinen und Bergwerken 380,000, Donaudampfschiffahrt 25,000, Donau-Maincanal 26,000, Nürnberger Bank 150,000, Gesetzblatt 12,000, kleine Regalien 9000, Zinsen 1500, besondere Abgaben 28,000, Sonstiges (incl. österr. Rente) 271,000.

⁵⁾ Bemerkungen zu den Rubriken um 1876. S. die Daten im Fin.arch. V, 768 ff. Nr. 10, Malzaufschlag, rein, Schätzung, in den beiden Ziffern incl. Uebergangssteuer von eingeführtem Bier und Vergütungen der Gemeinden für Erhebung des Localmalzaufschlags, abzüglich Rückvergütung für ausgeführtes Bier. — Bei den Zöllen und anderen indirecten Steuern (Nr. 11 und 12) ist hier (und ebenso in der Rubrik 1896/98) eine besondere Berechnung gemacht, indem der auf den Kopf der Reichsbevölkerung fallende Betrag an Zöllen und inneren Verbrauchssteuern (in 1876, bezw. 1876/77) auch für die bayerische Bevölkerung zu Grunde gelegt und so der hiernach auf diese fallende absolute Brutto- und Nettoertrag ermittelt wurde. Die Daten nach den Tabellen im Statist. Jahrb. des Deutschen Reichs. Man bekommt so wenigstens Annäherungswerthe für Baiern, aber, wie im Texte näher dargelegt wird, zu günstige, denn die betreffenden Daten ergeben wohl, was Baiern aus den genannten Reichseinnahmen zur Berichtigung der ihm zufallenden Antheile an den Reichslasten erhält, aber nicht, was es eigentlich von diesen Zöllen und Steuern wirklich trägt: letztere Last ist nach der muthmaasslichen Consumption kleiner. Das Verhältniss zwischen Brutto- und Nettoeinnahme zum Theil schätzungsweise. Netto für Tabaksteuer c. 136,000, für Rübenzuckersteuer c. 6,776,000, für Salzsteuer c. 4,015,000 M., die betreffenden Zölle unter den Zolleinnahmen. Verwandte eigene Einnahmen Baierns sind zugesetzt, so bei Branntwein (abgesehen vom Malzaufschlag) 330,000 M. (1876) an Uebergangssteuer von eingeführtem Branntwein, Hafengefälle, Lagergelder, Wägegebühren 33,000 M., gemischte Einnahmen 264,000 M., alle diese Posten (brutto) bei Nr. 12 eingesetzt. — Bei 13, Stempel u. s. w., incl. den Antheil

das Wachsthum der Erträge der übrigen directen Steuern, beides die Folge der Steuerverfassung und deren Ausbaues für die nicht durch die Grundsteuer getroffenen Erträge, aber auch der stärkeren Entwicklung der Einkünfte aus beweglichem Vermögen, Gewerbebetrieb, persönlichem Verdienst und der städtischen Verhältnisse, also wirthschaftlicher Factoren, welche in der Richtung der Fortbildung vom Agrar- zum Industriestaat gewirkt haben (s. oben Aehnliches in Preussen S. 57 ff.). Welche finanzielle Bedeutung der Malzaufschlag, die Biersteuer für Baiern hat, tritt ebenfalls deutlich hervor. Aber auch das Wachsthum der Erträge der Stempel und Gebühren fällt finanziell ins Gewicht. Die eigenen Einnahmen Baierns aus nicht steuerrechtlichen Quellen, namentlich die wichtigsten davon (Rubrik F) aus älterem Domanialbesitz u. dgl., die domanialen, Forst- und verwandten Einkünfte, zeigen zwar auch im Reinertrag eine Steigerung, aber eine viel geringere, als die meisten Steuererträge, neuerdings eher eine Einnahmeverringering, eine ähnliche Erscheinung wie in Preussen (Tab. 1, 4, S. 50, 56). Dies, obwohl die vollständigere Aufnahme hierhergehöriger Einnahmen in den Etat die Summe der Erträge eher steigern müsste (soweit es sich nicht um Unternehmungen mit

an Reichswechselstempel. Kat. F, Domänen u. s. w. umfasst hier: Bergwerk-, Hütten- und Salinenverwaltung brutto 7,944,000 netto 1,125,000 M., Münze bezw. 637,000 und 247,000, Bodensee-Dampfschiffahrt 432,000 und 108,000, Donau-Maincanal 164,000 und minus 163,000, Frankenthaler Canal 6700 und minus 700, Nürnberger Bankrente netto 406,000, Gesetzblatt 75,000 und 27,000, Forst- u. s. w. Gefälle 31,372,000 und 16,948,000, Oekonomieen und Gewerbe 1,730,000 und 203,000, Grundgefälle 7,783,000 und 7,773,000, Zinsen, Renten, besondere und zufällige Einnahmen 563,000 und 539,000 M.

6) Bemerkungen zu den Rubriken um 1896/98. Voranschlag (Finanzgesetz). Darnach Stat. Jahrb. B. 4, nur bei Nr. 10, Malzaufschlag das wirkliche Ergebniss für 1897, brutto und netto abzüglich Ausfuhrvergütung. — Bei Nr. 11 und 12, Zölle und andere indirecte Steuern, wieder die nemliche Berechnungsweise für die Antheile an den Reichssteuern wie in den Rubriken für 1876. Darnach ergibt sich ein Antheil Baierns von rein 15,753,000 M. an der Branntweinsteuer, 5,251,000 an der Salzsteuer, von 1,360,000 an der Tabaksteuer, von 9,558,000 an der Zuckersteuer, incl. einiger eigenen Einnahmen Baierns 32,218,000 M. Ebenso hier die gleiche Berechnung für Baierns Antheil am Reichsstempel (rein 6,561,000 M.), bei Nr. 13, Stempel u. s. w. (zweite Zahl in der Tabelle bei Nr. 13). Die betreffenden Reichseinnahmen aus 1896/97 (s. Stat. Jahrb. des Reichs für 1898, S. 170 ff.). Die Kat. F, Domänen u. s. w. umfasst hier: Oekonomieen und Gewerbe 1,655,000 M. roh, 387,000 M. rein, verschiedene Verpachtungen und Nutzungen 551,000 und 198,000, Forstverwaltung u. s. w. 31,571,000 und 15,203,000, Bergwerke, Hüttenwesen, Salinen 7,980,000 und 384,000, Grundgefälle 5,979,000 und 5,915,000, Münze 356 u. 67,000, Bank in Nürnberg rein 700,000, Bodensee-Dampfschiffahrt 463,000 u. 5000, Donau-Maincanal 108,000 u. minus 93,000, Main-Kettenfahrt 30,000 u. minus 13,000, Frankenthaler Canal 7500 und 1500, Gesetzblatt 63,000 und 29,000, verschiedenartige Zinsen, Renten, zufällige und vermischte Einnahmen 899,000 und 889,000 M.

Deficiten wie dem Donau-Maincanal handelt). Die baierischen Staatseisenbahnen geben über die Lasten der in Baiern getrennt von der übrigen Staatsschuld gehaltenen Eisenbahnschuld hinaus, nach manchen Schwankungen, neuerdings auch wieder Ueberschüsse, welche für den Staatshaushalt mit verwendbar sind, aber mit den preussischen (Tab. 4, S. 56) halten diese freilich keinen Vergleich aus.

Der auf Baiern entfallende Antheil an den Reichssteuern, nach der in der Note 5 zu Tab. 32 angegebenen Methode berechnet, ergiebt, welche ungemein grossen finanziellen Vortheile Baiern aus seiner Stellung im Reiche, wie schon vordem im Zollverein, hat. Dies tritt noch mehr hervor, wenn man die hier in Betracht kommenden Verhältnisse richtig würdigt. Während man in Preussen nach seiner Bevölkerungsgrösse, rund 60 % der Reichsbevölkerung, seiner Vertheilung der Berufs- und Erwerbsarten, seinen Consumtions- und Geschäftsverhältnissen, annehmen kann, dass hier die Belastung durch Zölle und innere Reichssteuern dem Reichsdurchschnitt entspricht, wahrscheinlich noch höher ist (o. S. 55, Note 1), wird in Baiern die wirkliche Belastung der dortigen Bevölkerung mit diesen Reichseinnahmen vermuthlich unter dem Reichsdurchschnitt zurückbleiben. Gleichwohl bezieht Baiern nach dem Vertheilungsmaassstab dieser Steuern und nach deren directer Verwendung zur Deckung von Reichsausgaben, von welchen mindestens die seiner Bevölkerung (gegenwärtig 11,1 % der Reichsbevölkerung) entsprechende Quote auf Baiern zu rechnen ist, reell einen ebenso grossen Antheil an jenen Abgaben als Preussen (und überhaupt als Norddeutschland). Seine Minderconsumtion an zoll- und reichssteuerpflichtigen Waaren und seine anzunehmende Minderbetheiligung an reichssteuerpflichtigen Rechtsgeschäften mag finanziell durch den grösser und stärker besteuerten baierischen Bierconsum ausgeglichen werden. Aber da Baiern seine Biersteuer für sich allein hat, bleibt ihm der finanzielle Sondervorteil. Durch die etwas stärkere Belastung mit Matricularbeiträgen wird dieser Vortheil nicht ausgeglichen. Wenn anderseits Preussen und die übrigen Staaten (ausser Württemberg) mehr an Post- und Telegraphenüberschüssen als Baiern und wenn Preussen viel mehr an Eisenbahnüberschüssen bezieht, so beruht ersteres ja auf dem freiwilligen Festhalten Baierns an seiner eigenen Post und Telegraphie, und letzteres wieder, wie in Sachsen und den anderen Staaten mit eigenen Staatsbahnen, auf der ablehnenden

Haltung gegenüber dem Reichseisenbahnproject. Volenti non fit injuria¹⁾.

Die folgenden beiden Tabellen 33 und 34 mit den Relativzahlen lassen die angedeuteten Entwicklungen noch prägnanter hervortreten.

Tab. 33. Entwicklung der Erträge der einzelnen Staatseinnahmeweige in Baiern 1820—98, einschliesslich Antheil an Reichssteuern in Relativzahlen²⁾.

	1820	1845	1861/67	1876	1896/98
I. In Procenten vom Reinertrag	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
1. Directe Steuern	30.3	17.0	22.4	18.3	16.0
2. Alle anderen Steuern . .	41.6	51.3	51.2	54.3	68.2
A. Summe 1 und 2 . . .	71.9	68.5	73.6	72.5	84.2
3. Post u. s. w.	1.1	1.2	1.4	0.6	1.1
4. Domänen u. s. w. ³⁾ . . .	27.0	30.3	25.0	24.6	11.1
5. Eisenbahnen netto ⁴⁾ . .	—	—	0.0	2.3	3.6
B. Summe 3—5	28.1	31.5	26.4	27.5	15.8
II. Progression.					
6. Realsteuern rein	100.0	70.6	98.9	107.0	137.7
7. Gewerbe- u. Personalst. rein	100.0	75.1	137.4	232.7	573.8
C. Directe (mit Hundest.) .	100.0	72.7	105.3	132.7	224.2
D. Alle and. Steuern rein	100.0	157.8	174.8	285.7	697.6
E. Steuern überhaupt rein	100.0	121.4	145.5	221.2	498.1
8. Post u. s. w. rein	100.0	127.7	177.0	110.0	407.0
9. Domänen u. s. w. rein . .	100.0	142.8	130.5	199.5	174.4
10. Eisenbahnen netto	—	—	—	100.0	304.7
F. Summe 8—10	100.0	142.6	132.5	214.0	239.2
G. Reinertrag im Ganzen .	100.0	127.3	141.8	219.1	425.1

¹⁾ Allerdings wird bei der obigen Deduction angenommen, dass die Zölle und Steuern auf den Preis überwältzt und von den Consumenten getragen werden, das immer Problematische in dieser Frage (s. o. S. 168), was aber doch im Ganzen muthmaasslich zutrifft. Die wirkliche Consumption zoll- und steuerpflichtiger Waaren in den Einzelstaaten ist ziffernmässig nicht bekannt und insofern die obige Annahme für Baiern nicht streng bewiesen, aber nach allgemeiner Annahme erfahrener Leute entspricht sie der Wirklichkeit, ist auch gerade bei dem starken bayerischen Bierconsum von vornherein wahrscheinlich. Die Productions-, Verkehrs-, besonders Eisenbahn- und Schifffahrtsstatistik gäbe übrigens die Materialien zu einer annäherungsweise Berechnung. — Solange die directe Steuerverfassung so verschieden, wie zwischen Baiern und Preussen ist, fehlt es natürlich an einigermaassen brauchbaren Daten zur Feststellung und Vergleichung der wirthschaftlichen Leistungs- und Steuerfähigkeit der Bevölkerung dieser beiden wie anderer deutschen Staaten. — Die obige Annahme über die finanziell günstige Stellung Baierns im Reiche beruht auch noch auf der Voraussetzung, dass die Reichsausgaben für einen modernen Staat, wie das Reich und wie jeder deutsche Einzelstaat, durch die Verhältnisse einmal geboten sind, also von jedem Theil gleichmässig mit getragen werden müssten. Ersteres trifft sicherlich zu; Baiern (und zum Theil überhaupt Süddeutschland) tragen aber thatsächlich nicht voll ihren gebührenden Antheil, d. h. Norddeutschland, namentlich Preussen, tragen immer noch verhältnissmässig etwas mehr von der Finanzlast für „des Reiches Wehr und Waffen“ — wie seit Jahrhunderten, so auch heute noch.

²⁾ Nach den Daten der Tab. 32 berechnet.

³⁾ Kategorie F der Tab. 32.

⁴⁾ „Netto“, d. h. nach Abzug der Kosten (Zinsen u. s. w.) der Eisenbahnschuld vom Betriebsüberschuss. Ebenso bei 10 und bei B, F und G.

Tab. 34. Vertheilung der Staatssteuerarten in Baiern 1820—98, einschliesslich Antheil an Reichssteuern, in Relativzahlen¹⁾.

Procente vom reinen Gesamtsteuerertrag.

	1820	1845	1861/67	1870	1896/98
1. Grundsteuer u. s. w. ²⁾	32.7	17.9	20.9	14.0	6.2
2. Haussteuer	2.2	2.4	2.7	2.8	3.4
A. Realsteuern	34.9	20.3	23.6	16.8	9.6
3. Gewerbesteuer	3.7	3.1	4.2	4.0	4.2
4. Familien-, Einkommensteuer	3.6	1.4	0.8	1.4	1.6
5. Kapitalrentensteuer	—	—	1.8	2.2	2.7
B. Personalsteuern u. s. w. 3—5	7.3	4.5	6.8	7.6	8.5
6. Hundesteuer	—	—	—	0.8	1.0
I. Directe Steuern A u. B	42.2	24.8	30.4	25.2	19.1
7. Malzaufschlag	22.0	21.8	20.3	24.3	19.1
8. Zölle u. s. w.	9.4	23.1	20.8	15.6	27.3
9. Andere indirecte Steuern	9.4	9.4	9.8	14.5	18.0
II. Indirecte 7—9	42.8	54.3	50.9	54.4	64.4
III. Stemp., Erbsch., Lotto	17.0	20.9	18.7	20.4	16.5
Summe I—III	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
„ absolut Mill. M.	35.96	43.65	52.31	79.53	179.09
Verhältniss von A : B, wie 100 :	20.9	20.2	28.9	45.2	88.5
„ „ I : II, wie 100 :	101.4	219.0	167.4	215.9	337.2

Auch hier ist wieder die Vergleichung mit den ebenso construirten Tabellen 2 und 6 (S. 54 und 58) für Preussen von besonderem Interesse. Im Ganzen ergibt sich, dass unter dem Einfluss der neuesten Entwicklung der Reichsteuererträge und der Antheile Baierns daran, sowie in Folge des Zurückbleibens der Domanial- und Eisenbahnüberschüsse der baierische Staatshaushalt gerade neuerdings stärker steuerwirthschaftlich gestaltet ist, als früher, während sich in Preussen, trotz sonst gleicher Verhältnisse, lediglich unter dem Einfluss der riesigen Eisenbahnüberschüsse, eine entgegengesetzte Gestaltung, mehr in der domanialwirthschaftlichen Richtung (die Eisenbahnen zu dieser Einnahmeart mit dazu gerechnet) zeigt. Die Daten der Tab. 33 und 34 sind sonst namentlich lehrreich zur Verfolgung der Verschiebungen zwischen den verschiedenen Steuerarten und einzelnen Steuern. Auch hier bietet die Vergleichung mit Preussen (besonders Tab. 3, S. 54 und 7, S. 59) Interesse. Der Umstand, dass in letzteren Tabellen die Proportionen der Roherträge, in den baierischen diejenigen der Reinerträge berechnet sind, stört die Vergleichbarkeit der Daten nicht wesentlich. Das starke Zurückbleiben der directen hinter den indirecten, der Real-, besonders der Grundsteuer hinter den anderen directen Steuern ist symptomatisch. Auch hier wie in Preussen (S. 60) weist dies auf die weiteren Aufgaben der Steuerpolitik und deren wünschenswerthe Richtung hin.

¹⁾ Ebenfalls nach den Daten der Tab. 32 berechnet.²⁾ Bis einschl. 1845 einschl. Dominicalsteuer, in 1820 auch einschl. Zugviehsteuer.

Die obigen Tabellen, welche nur einzelne, im Ganzen die Epochen characterisirende Jahre enthalten, finden in anderen Materialien der bayerischen Staatssteuerstatistik ihre Ergänzung, übrigens wesentlich eine Bestätigung unserer Ergebnisse. S. die Tabelle in W. Burkhard's Aufsatz im Fin.arch. VI, S. 226. Sie macht gut ersichtlich, wie zwischen 1819/25 und 1888/89 die Grund- und Haussteuer, ferner die directen Steuern eine immer kleinere Quote des Budgets, und zwar erstere beiden auch der directen Steuern, ausmachen. Zuerst waren die Grund- und Haussteuer 23, zuletzt 6.2, die directen Steuern 27.5 und 10.3 % des Budgets, jene zwei Steuern bezw. 82.4 und 59.1 % der directen. Die Personalsteuern sind von 17.6 auf 40.9 % der directen gestiegen. Die Quoten der indirecten Steuern (rein-bayerische und der überwiesenen Antheile an Zollvereins- und Reichsabgaben), speciell des Malzaufschlags (anfangs wie am Schluss 13.4 % des Budgets), dann der Stempel, Gebühren u. s. w. vom Budget sind dagegen ziemlich die gleichen geblieben. (Die Quotenberechnungen Burkhard's für die 8. Finanzperiode enthalten Fehler bei den directen Steuern). — Im statist. Jahrb. B. 4, S. 200 findet sich eine Statistik der Bruttoerträge der einzelnen directen Steuern (ohne Hundesteuer) und der Quoten der einzelnen vom Gesamtbetrage von 1837—1895. Der letztere hat sich von 11.28 auf 31.09 Mill. M., auf den Kopf von 2.61 auf 5.36 M. gehoben. Die Quote der Grundsteuer ist in der ganzen Periode von 69.59 auf 36.96 % von allen directen gesunken, der Haussteuer von 8.04 auf 18.84, der Gewerbesteuer von 11.50 auf 21.79, der Kapitalrentensteuer von 1856—95 von 5.91 auf 14.45, der Einkommensteuer in derselben Zeit von 2.77 auf 7.96 % gestiegen und zwar ist die Richtung der Bewegung dieser Quoten fast durchaus eine stetige, von Jahr zu Jahr, in den genannten Zeiträumen.

Zum Schluss bringt die Tabelle 35 Kopfquotenberechnungen für die ganze Periode 1820—1898, ähnlich den früheren für Preussen (Tab. 8, S. 61) und für Sachsen (Tab. 26, S. 121).

Tab. 35. Bayerische Staatseinnahmen, besonders Steuern, einschliesslich Antheile an Reichssteuern, 1820—1898. Kopfquoten in Mark.¹⁾

Einnahmeart (rein)	1820	1845	1861/67	1876	1896/98
1. Grundsteuer	2.70	1.60	2.30	2.21	1.86
2. Dominicalsteuer	0.21	0.14	—	—	—
3. Zugviehsteuer	0.21	—	—	—	—
4. Haussteuer	0.21	0.24	0.30	0.44	1.03
A. Realsteuern u. dgl. 1—4 . .	3.33	1.98	2.60	2.65	2.89
5. Familiensteuer	0.34	0.14	—	—	—
6. Gewerbesteuer	0.36	0.30	0.46	0.64	1.30
7. Kapitalrentensteuer	—	—	0.20	0.35	0.81
8. Einkommensteuer	—	—	0.09	0.22	0.46
B. Andere directe 2—8 . .	0.70	0.44	0.75	1.21	2.57
9. Hundesteuer	—	—	—	0.11	0.27
I. Directe 1—9	4.03	2.43	3.36	3.98	5.73
10. Malzaufschlag	2.10	2.14	2.23	3.83	5.78
11. Zölle u s. w.	0.90	2.26	2.30	2.46	8.26
12. Andere indirecte Steuern . .	0.90	0.91	1.08	2.27	5.43
II. Indirecte 10—12	3.90	5.31	5.60	8.54	19.47
III. Verkehrssteuern	1.22	1.46	2.06	3.20	5.00
IV. Lotterie	0.39	0.58	—	—	—
Summe Steuern	9.51	9.79	11.01	15.72	30.20
V. Post u. s. w.	0.15	0.18	0.21	0.13	0.40
VI. Domänen, Forsten etc. . .	3.58	4.33	3.72	5.34	3.98
VII. Eisenbahnen netto . . .	—	—	—	0.51	1.31
Summe V—VII	3.73	4.51	3.93	5.98	5.69
„ I—VII	13.25	14.30	14.95	21.70	35.90

¹⁾ Ebenfalls nach den Daten der Tab. 32 berechnet, die Kategorien die gleichen wie dort (Verkehrssteuern, Nr. III: Taxen, Stempel, Gebühren, Strafen, Erbschafts-

Die Verschiebungen der Belastungen mit den einzelnen Steuern ergeben sich hier noch deutlicher, so zwischen den einzelnen directen und zwischen den gesammten directen und indirecten Steuern: starke Abnahme der Grundsteuer, starke Zunahme der Haus- und Gewerbesteuer, auch der Kapitalrenten- und Einkommensteuer seit deren Einführung, grosses Wachsthum des Ertrags des Malzaufschlags, aber, unter dem Einfluss der oben dargelegten Beziehungen zum Reiche, noch grösseres der Zölle und indirecten Steuern, auch der Verkehrssteuern (Stempel, Gebühren, mit Erbschaftssteuer). Die grossen Belastungen mit dem Malzaufschlag trägt die baierische Bevölkerung auch wirklich (theils der Consument, theils andere mit der Production und dem Geschäft des Biers beschäftigte Kreise). Die noch stärkere Belastung mit Zöllen und indirecten Steuern wird aber nicht ganz von der baierischen, sondern nach den früheren Ausführungen etwas mit von der übrigen Reichs-, namentlich norddeutschen, Bevölkerung getragen, während die bezüglichen Einnahmen Baiern als einem Theil des Reichs mit zu Gute kommen. Mit daraus erklärt sich, dass die baierische Kopfbelastung mit indirecten und Verkehrssteuern jetzt nach der Tabelle höher erscheint als die preussische (s. o. Tab. 8, S. 62). Gleiches gilt von der Gesamtbesteuerung. Auch die directe Besteuerung belastet den Kopf so ziemlich während des ganzen Jahrhunderts, auch gegenwärtig, höher als in Preussen. Die Daten der Tab. 35, verglichen mit denjenigen der Tab. 6, lassen das ziffernmässig nicht einmal so stark hervortreten, wie es sich in der Wirklichkeit verhält, weil die preussischen Zahlen der Steuern sich auf den Roh-, die baierischen sich auf den Reinertrag beziehen. Dagegen sind in Preussen die übrigen nicht steuerrechtlichen Einnahmen, namentlich in Folge der grossen Eisenbahnüberschüsse, viel höher als in Baiern, obgleich der ältere Domänenbesitz in Baiern mehr als in Preussen ergiebt, besonders Dank der Forsterträge. Es tritt auch hier wieder der grosse finanzielle Vortheil der preussischen Eisenbahnverstaatlichung hervor: sie hat in Preussen es möglich gemacht, mit weniger Steuern auszukommen als in Baiern, obwohl, nach den früheren Erörterungen, reell eigentlich Preussen etwas mehr von den Reichssteuern (daher für Baiern etwas davon mit) trägt, als ihm bei richtiger Vertheilung der Belastungen zukäme. In der Tab. 6 kommt das nicht einmal so zum

steuer; Domänen u. s. w.. Nr. VI, alle betreffenden oben in dieser Kategorie, Tab. 32 unter F, zusammengefasste Einnahmen; Eisenbahnen, Nr. VII, die Ueberschüsse nach Abzug der Schuldlast).

Vorschein, weil die Reichssteuern hier auch nur mit den Durchschnittsbeträgen der Belastung im Reich für Preussen angesetzt sind. Einige der für Preussen abgeleiteten Entwicklungsthatsachen (S. 62, 63) zeigen sich übereinstimmend in Baiern: das relative Zurückbleiben der directen Steuern, der älteren Domanialeinnahmen, das immer stärkere Vorantreten der indirecten und der Verkehrssteuern, wobei sich die baierische Bierbesteuerung noch besonders geltend macht. Der Consum der Bevölkerung trägt daher auch in Baiern in wachsendem Maasse die Steuerlast, aber nicht ebenso wie in Preussen auch der allgemeine Verkehr (in den Eisenbahn- und Posteinnahmen), welcher eben in Preussen entwickelter ist (S. 63). Gerade die Nothwendigkeit, trotz der günstigen Finanzergebnisse der Biersteuer, der Stempel- und Rechtsgebühren, der Forsten, und der so überaus günstigen finanziellen Stellung Baierns im Reiche, die directe Staatsbesteuerung schon jetzt höher zu halten als in Preussen seit der Miquel'schen Reform, und sie wahrscheinlich noch ergiebiger für den Staat machen zu müssen, weist wieder auf das dringende Bedürfniss tiefer greifender Reform der directen Steuern hin. In ihrer gegenwärtigen und auch in ihrer durch die neueste Revision erlangten Gestaltung stellen sie kein geeignetes Tragwerk für die Erträge dar, welche der Staat und neben ihm noch die Gemeinden und Verbände nothwendig aus ihnen ziehen müssen. Indessen zur Würdigung der directen Staatsbesteuerung ist auch noch die Verfassung der directen Communalbesteuerung mit zu beachten, weil deren leitendes Hauptprincip ist, dass sie nur in der Form von Zuschlägen zu den directen Staatssteuern besteht (§. 57).

b. Die baierische Communalbesteuerung.

Das besondere finanzwissenschaftliche Interesse dieser Besteuerung liegt in dem eben erwähnten unmittelbaren Anschluss der directen Steuern (der „Umlagen“) an die betreffenden Staatssteuern; ferner in der ausgedehnten communalen Verbrauchsbesteuerung.

§. 56. Allgemeine Gestaltung des Communalwesens (Gemeinden und Verbände). In Baiern bestehen, wie in Preussen, dreierlei communale Selbstverwaltungskörper, die Gemeinden (politische Ortsgemeinden), die Districte (Districtsgemeinden) und die Kreise (Kreisgemeinden), alle drei Kategorien mit eigenem Haushalt und besonderer Finanz- und Steuerverfassung. Die Ortsgemeinden zerfallen nach der festgehaltenen historischen Verfassung auch noch in deren neuester Gestaltung, wie meist

noch in Deutschland (S. 64), im rechtsrheinischen baierischen Hauptgebiete in die Städte und die Landgemeinden. Die Städte haben aber nur zum kleineren Theil die eigentliche Stadtverfassung, im Ganzen die grösseren, die Mehrzahl der kleineren hat die Landgemeindevorfassung. Die bedeutenderen Städte haben als sogenannte „unmittelbare“ eine etwas gesonderte Stellung, namentlich sind sie districtsexemt, ähnlich wie die preussischen kreisexemten Städte. Die politischen Gemeinden umfassen vielfach selbst wieder mehrere Ortschaften (durchschnittlich über 6), welche zwar nicht besondere selbständige öffentliche Körper sind, aber doch innerhalb der politischen Gemeinde, zu der sie gehören, eine aparte Stellung, in einigen Puncten auch für Finanzangelegenheiten, einnehmen können. In der Regel gehört jedes Grundstück zu einer Gemeinde, doch stehen noch jetzt, wie früher, grössere Waldungen, auch Gebirge und Seen, ausserhalb des Gemeindeverbandes. In der Pfalz besteht, aus der französischen Zeit her, die einheitliche Gemeindeverfassung für Städte und ländliche Ortschaften. Die Districte sind erst durch die neuere Gesetzgebung (1852) förmliche Selbstverwaltungskörper mittlerer Ordnung („Districtsgemeinden“) geworden, wobei an die Verwaltungseintheilung des Landes angeknüpft wurde (die Amtsbezirke, in der Pfalz die Cantone), unter Ausschluss der unmittelbaren Städte. Die „Districte“ entsprechen den preussischen „Kreisen“, aber geniessen dem Staate gegenüber geringere Selbständigkeit. Die baierischen (8) „Kreise“ („Kreisgemeinden“) sind aus blossen Verwaltungsabtheilungen des Staatsgebiets („Kreise“, „Regierungsbezirke“) ebenfalls erst durch die Gesetzgebung im Laufe dieses Jahrhunderts zu eigenen Selbstverwaltungskörpern höchster Ordnung schrittweise entwickelt worden (1828, 1837, 1846, vornemlich und abschliessend 1852). Sie umfassen die Districtsgemeinden und die unmittelbaren Städte als ihre Mitglieder und entsprechen im Ganzen den preussischen „Provinzen“ als Selbstverwaltungskörper. Gerade auf finanziellem Gebiete haben sie eine grössere Bedeutung. Es sind demnach in Baiern neben dem Staatshaushalte und den Staatssteuern Gemeinde-, Districts- (Districtsgemeinde-) und Kreis- (Kreisgemeinde-) Haushalte und betreffende Steuern zu unterscheiden.

In Baiern ist die Selbständigkeit der Gemeinden, auch der Städte, dem Staate gegenüber gerade am Beginn des 19. Jahrhunderts in der letzten Zeit des Kurfürstenthums und der ersten des neuen Königreichs (1802, 1807, Gemeindeedict vom 24. Sept. 1808) wesentlich eingeschränkt, in mancher Beziehung, auch auf finanziellem Gebiete fast beseitigt worden, im Geiste französischer, speciell napoleonischer politischer Anschauungen und Rechtsgrundsätze. Die entgegengesetzte Richtung kam erst nach und

nach in der constitutionellen Aera von 1818 an wieder in der Gesetzgebung zur Geltung, wie das die Verfassung auch ausdrücklich in Aussicht stellte (V. v. 1817, bes. Gemeindeedict für das rechtsrheinische Gebiet vom 17. Mai 1818, nebst dem Gesetz vom 22. Juli 1819 über die Umlagen für die Gemeindebedürfnisse, Revision des ersteren durch Gesetz vom 1. Juli 1834). In der Pfalz blieb im Wesentlichen das französische Gemeinderecht mit kleineren Veränderungen bestehen. Erst durch die Gesetzgebung von 1869 ist das bayerische Gemeinderecht im Sinne umfassenderer kommunaler Selbständigkeit neu geordnet worden (zwei Gemeindeordnungen, für das rechtsrheinische Baiern und die Pfalz, vom 29. April 1869). Novellen dazu sind Gesetze vom 19. Jan. 1872 und speciell für die Pfalz vom 17. Juni 1896. In Betracht kommt ferner noch das Gesetz über Verwaltungsrechtspflege vom 8. Aug. 1878. Auch die hier nicht näher zu verfolgende eigenartige bayerische Gesetzgebung über Heimathrecht und Armenpflege sei noch erwähnt. S. Pözl, baier. Verfass.recht, 5. A. 1877, §. 90 ff., Seydel im Marquardsen'schen Sammelwerk III, 1. Halbb., 1888, S. 43 ff., ders. in seinem selbständigen Werke über baier. Staatsrecht B. III, Art. Gemeinde von Jolly im Wörterb. d. Verw. I, 496. Commentare u. dgl. von Schöller und Mayer, von Weber (rechtsthein.), Medicus, Wand (Pfalz). — Die endgiltige Constituirung der Districtsgemeinden als wahrer besonderer Selbstverwaltungskörper erfolgte erst durch das Gesetz vom 28. Mai 1852 über die Districtsräthe (auch für die Pfalz giltig). Vorher gingen im rechtsrheinischen Baiern Districtsgemeinden, welche aus mehreren Ortsgemeinden für gewisse Gemeinschaftszwecke gebildet waren, aber nicht das Recht der juristischen Persönlichkeit hatten (1812, Bestimmungen im Gesetz über Gemeindeumlagen vom 22. Juli 1819 und im besonderen Gesetz über die Behandlung der Districtsumlagen vom 11. Sept. 1825). Zu dem Gesetz von 1852 tritt auch hier noch das Gesetz über Verwaltungsrechtspflege von 1878. Districtsdotation aus Staatsmitteln durch Finanzgesetz von 1892, zugleich auch für die districtsexemten unmittelbaren Städte, s. u. in §. 58. S. Pözl a. a. O. §. 123 ff., Seydel im Marquardsen §. 43, 54 ff., ders. in s. Staatsr. Baierns, B. III und im Art. Districtsgemeinden im Wörterb. d. Verw. I, 280, eb. v. Stengel Ergänz.b. II, 30, Commentar von K. Brater in Dollmann's Gesetzgebung Baierns II, B. 1. — Die Bildung der Kreisgemeinden als wirklicher öffentlich rechtlicher und privatrechtlich selbständiger (juristische Persönlichkeit besitzender) Körper geschah ebenfalls erst durch ein Gesetz vom 28. Mai 1852 über die „Landräthe“ (so heisst hier das aus theils gesetzlichen, theils gewählten Abgeordneten bestehende berathende Organ der „Kreisgemeinde“, nicht wie in Preussen ein einzelner, den Kreis verwaltender und an dessen Spitze stehender Beamte). Diesem Gesetz gingen, in Anknüpfung an die französische Einrichtung des Generalraths in der Pfalz, gesetzliche Bestimmungen über die Landräthe voraus (15. Aug. 1828), durch welche die Kreise aber noch nicht als eigentliche selbständige Communalverbände constituirt waren. Für finanzielle Punkte ist die Gesetzgebung über Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten und die Bildung sogen. Kreisstände besonders hervorzuheben (1831, 1837, namentlich das noch geltende Gesetz vom 23. Mai 1846). Auch für die Kreise kommt endlich noch das Gesetz von 1878 über Verwaltungsrechtspflege mit in Betracht. S. Pözl a. a. O. §. 131 ff., Seydel in Marquardsen's Werk a. a. O. S. 127 u. §. 57, ders. in s. Staatsrecht III und IV, ders. Art. Kreis in Baiern im Wörterb. d. Verwalt. I, 860, Brater in Dollmann's Werk II, B. 1, Hock, Finanzverwaltung Baierns, I, 72 ff. (Kreisfonds, Kreislasten).

§. 57. Communalsteuerwesen. Politische- oder Ortsgemeindesteuern. Die leitenden Normen für das Steuerrecht, zunächst der Gemeinden (Ortsgemeinden), sind in den genannten Gemeindeordnungen für das rechts- und linksrheinische Baiern enthalten. Dieses Recht ist danach, wie in Preussen und meistens in neuerer Zeit sonst, aber abweichend von Sachsen (o. §. 41) zwar ein staatsgesetzlich genauer geregeltes, welches daher der Gemeindeautonomie entsprechend

Schranken zieht, namentlich in Betreff der Wahl der Steuerarten und der Form der Besteuerung, aber innerhalb dieser Schranken bleibt für die Steuerautonomie der Gemeinden doch noch eine ziemliche Freiheit der Bewegung bestehen, namentlich auch betreffs der Wahl zwischen localen directen und indirecten Steuern. Das allgemeine Princip des communalen Finanzrechts in Betreff der Einnahmen ist, dass die Besteuerung nur subsidiär eintreten soll, aber im Bedarfsfall zur Deckung der erforderlichen Ausgaben auch eintreten muss, wenn und soweit als anderweite Einkünfte der Gemeinde rechtlich und thatsächlich nicht zur Verfügung stehen. Solche sind die privatwirthschaftlichen aus dem Gemeindevermögen und verwandte, diejenigen aus Gebühren, Strafen, etwaige Staats- und sonstige Zuschüsse u. dgl. m., ferner soweit sie für gewisse Zwecke rechtlich zulässig sind und thatsächlich vorkommen, Erträgnisse von Anleihen. Die den Gemeinden nach den Gemeindeordnungen gestatteten Steuern sind „Gemeindeumlagen“, die directen Communalsteuern, locale Verbrauchssteuern (Aufschläge) einschliesslich des Localmalzaufschlags, die indirecten Communalsteuern, auch sonstige Abgaben von nicht ganz gleichmässigem und nicht rechtlich und finanzwissenschaftlich unzweideutigem finanziellen Character. In neuester Zeit sind durch ein besonderes Gesetz (15. Juni 1898) auch Immobilial-Besitzwechselabgaben den Gemeinden gestattet und u. A. in München (von 1899 an) bereits eingeführt worden. Vermischt gebühren- und steuerartiger Natur sind die ziemlich verbreiteten Pflaster-, Brückenzölle und ähnliche Abgaben. Ausserdem ist auch die Anwendung von Naturaldiensten (Hand- und Spanndiensten) den Gemeinden erlaubt.

Auch hier handelt es sich für uns nur um eine Uebersicht der Hauptpunkte des communalen Steuerrechts und der thatsächlichen Entwicklung, worüber die statistischen Daten in §. 59 das Nähere ergeben. Für weitere Einzelheiten ist auf die Gemeindeordnungen und die Gesetze, die Commentare dazu und die Litteratur zu verweisen. S. Pözl, Ver.f.recht §. 100 ff., auch 120, 125, 132, Seydel im Marquardsen'schen Werk §. 81, 84, 87, in seinem Staatsrecht Baierns, B. 3 u. 4. Er ist ausgezeichnet in der scharfen juristischen Behandlung des Gegenstandes, mehrfach folge ich ihm genauer. Zürn in Schr. d. Ver. f. Soc.pol. B. 12, S. 189 (eifriger Vertreter der communalen Verbrauchssteuern). Werner, Darstellg. des (rechtsrhein.) Rechts bezügl. örtlicher Verbrauchssteuern (1885). W. Tröltsch, baier. Gemeindebesteuerung seit Anfang des 19. Jahrhunderts (1891), ders., Beiträge zur Finanzgeschichte Münchens im 19. J.h., Fin.arch. B. 10 (auch von dems. über München im 18. J.h. eb. B. 7). Kaufmann, Gem.beststeuerung u. s. w. im Fin.arch. B. 14. Art. Gemeindesteuern §. 11 von v. Reitzenstein im Wörterb. d. Verw. B. 1 und in B. 3, Abth. 2, S. 90 (4. A.) des Schönberg'schen Handb. Einzelnes sonst in den einschlägigen Artikeln im H.-W.-B. d. St. so im Artikel Gemeindesteuern von Eheberg, B. 3, S. 775.

Das Verhältniss zwischen den directen Gemeindeumlagen und den communalen Verbrauchssteuern ist durch die neuere Gesetzgebung (1869) gegen früher (Gesetzgebung von 1818/19, wie es scheint auch älteres Recht), insofern rechtlich verändert worden, als jetzt diese beiden Hauptarten der Steuern gleichberechtigt neben einander stehen, während vordem die Umlagen erst subsidiär nach den Verbrauchssteuern eintreten sollten. Eine weitere Veränderung im neueren Recht ist die Beseitigung des Characters der Umlagen als stets nur specieller Zwecksteuern, jetzt sind sie allgemeine Communalsteuern ohne specielle Zweckbestimmung, daher für die Bedarfsdeckung der Gemeinden überhaupt verfügbar geworden. Der eigenthümliche formale Character des Rechts der Gemeindeumlagen liegt in der Bestimmung begründet, dass die Communalsteuerpflicht bezüglich der Umlagen unbedingt ein Correlat der Staatssteuerpflicht ist (rechtsrheinisch G.-O. Art. 43 ff.). Im Princip sind danach nur diejenigen Subjecte und Objecte in der Gemeinde umlagepflichtig, welche den directen Staatssteuern (den fünf grossen, dann auch, im Unterschied zu Preussen, der Hausiergewerbe- und der Grubenfeldsteuer der Bergwerke) unterliegen. Der Umfang der Steuerpflicht, die etwaige Steuerfreiheit, richtet sich daher in der Gemeinde nach den Bestimmungen für die directen Staatssteuern. Nur sind gewisse Objecte, so das in der Gemeinde liegende Staatseigenthum, eventuell communalsteuerpflichtig. Ferner bilden die Staatssteuern, bezw. deren (normaler, gesetzlicher) Principalsatz ausschliesslich den Maassstab für die in der Gemeinde zu erhebenden Umlagen, welche so die Form proportionaler Zuschläge zu den Staatssteuern annehmen.

Diese Normen des Rechts der directen Communalbesteuerung führen, finanzwissenschaftlich und finanzpractisch betrachtet, zu misslichen Consequenzen bei dem Ertragssteuercharacter der baierischen directen Staatssteuern, bei deren geringer Homogenität, um nicht zu sagen Heterogenität, der ganz fehlenden oder bei den einzelnen ungleichmässigen Berücksichtigung der Schulden u. s. w. Die inhärenten Mängel der Staatssteuern werden practisch durch den Hinzutritt der Communalsteuern in Zuschlagsform nothwendig noch empfindlicher, bei dem beständigen Wachsthum der Umlagen noch immer mehr. Weder der Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, noch der gerade in der Gemeinde in grösserem Umfang berechnete, nach Leistung und Gegenleistung kommt so

richtig zur Geltung. Man sollte meinen, dass diese Verfassung der directen Communalsteuern vollends auf eine durchgreifende Reform der directen Staatsbesteuerung hindrängen müsste. Vielleicht erklärt sich die übermässig conservative baierische Politik in Bezug auf directe Steuern etwas mit aus der Möglichkeit, wie im Staate auf die ergiebige Biersteuer, so in den Gemeinden, besonders den grösseren Städten, auf die bedeutende Verbrauchsbesteuerung mit zurückzugreifen, ohne welche Hilfe die directe Besteuerung in ihrer gegenwärtigen Gestaltung, weil die directen Umlagen dann noch viel höher sein müssten, vollends unerträglich würde. Das wäre dann eine nicht unbedenkliche Folge der indirecten Besteuerung.

Ausser allgemeinen Umlagen für die ganze politische Gemeinde können auch besondere Umlagen, nach den gleichen Grundsätzen durchgeführt, für die einzelnen Ortschaften vorkommen, welche eine politische Gemeinde bilden. — Beachtenswerth sind für das Steuerrecht noch die besonderen Rechte der sogen. Höchstbesteuerten, persönlich (nach einem nach der Steuerhöhe bestimmten Stimmrechte) an denjenigen Beschlussfassungen der Gemeinden Theil zu nehmen, durch welche die Einführung neuer oder die Erhöhung bisheriger Gemeindeumlagen oder eine Umlage erforderlich machende Unternehmungen und Einrichtungen angeordnet werden (rechtsrhein. G.-O. §. 47).

Oertliche Verbrauchssteuern, obgleich jetzt nicht mehr im Rechte den Umlagen vorgehend, sind in Baiern thatsächlich noch sehr verbreitet, nicht nur in den grösseren Städten (den „unmittelbaren“), sondern auch in kleineren Gemeinden, selbst in ländlichen, und auch gegenwärtig noch in beständiger Ausdehnung auf immer mehr Gemeinden begriffen. Sie decken so, absolut und relativ, einen ziemlich ansehnlichen Theil des Steuerbedarfs, zumal in den unmittelbaren Städten, aber nicht nur in diesen (§. 59). Diese bedeutsame thatsächliche Gestaltung ist dem bestehenden Rechte zu verdanken. Dieses gestattet den Gemeinden in Baiern, natürlich auch hier nur innerhalb der durch die Zollvereinsverträge, die Reichsverfassung und -Gesetze (S. 73) gezogenen Grenzen, die Erhebung von Verbrauchssteuern in einem sonst in Deutschland nur noch selten zulässigen Umfang, welcher übrigens für das rechtsrheinische Baiern und für die Pfalz etwas verschieden bestimmt ist. Die Autonomie der Gemeinden ist indessen durch das Erforderniss der Staatsgenehmigung für die Einführung und Erhöhung der Steuern in gewissen Fällen in einer Gemeinde und durch die Festsetzung von Maximalbeträgen des Steuersatzes für die Hauptnahrungsmittel (Getreide, Mehl, Fleisch), soweit deren Besteuerung gestattet ist — in der Pfalz sind namentlich Getreide und Mehl nicht beststeuerbar — eingeschränkt. Ob wirksam genug, hängt mit von der Verwaltungspraxis ab. Artikel, welche

bisher nicht üblicher Weise schon einer localen Steuer unterliegen, können sogar nur im Wege der Gesetzgebung steuerpflichtig gemacht werden. Grundsätzlich soll auch mit Recht nur die örtliche Verzehrung, nicht Production und Handel überhaupt, durch die locale Verbrauchsbesteuerung eines Artikels belastet werden, weshalb die erforderlichen Cautelen, namentlich für Durchfuhrverkehr und Ausfuhr aus der Gemeinde (eventuell mit Steuer-Rückvergütung) getroffen sind. Einer besonderen Regelung, zum Theil mit durch das allgemeine staatliche Malzaufschlagsgesetz, so hinsichtlich der Rückvergütung bei der Bierausfuhr aus der Gemeinde, unterliegt der Local-Malzaufschlag. Er wird, obligatorisch im rechtsrheinischen Baiern, facultativ in der Pfalz, gegen Vergütung von den Staatsämtern mit erhoben.

S. rechtsrhein. G.-O. Art. 40 ff., Malzaufschlagsgesetz von 1868, Art. 82 ff. Im rechtsrhein. Baiern wie in der Pfalz sind im Princip nur solche localen Verbrauchssteuern zulässig, welche üblicher Weise schon vorgekommen waren, danach etwas verschieden in den beiden Theilen des Staatsgebiets, im rechtsrheinischen nach freier Bestimmung der Gemeinde auf Fleisch, Getreide, Mehl und Producte daraus, doch mit Innehaltung von Maximalsätzen (nach einer Verordn. vom 27. Nov. 1875), ferner mit ministerieller Genehmigung noch auf Wein, Wildpret, Gänse, Obst, Kraut; dazu auf Bier (Malzaufschlag); in der Pfalz sind die gewöhnlichen menschlichen Nahrungsmittel (ausser Getreide und Mehl auch Milch, Butter, Käse, Obst, Gemüse, Küchengewächse) ausgeschlossen, Bier (Malz), Wein, auch Obstwein, Essig, Fleisch, Esswaaren des Marktverkehrs, Brennstoffe, Futter zur localen Verbrauchsbesteuerung zugelassen. Die Erhebung erfolgt bei der Einführung in das Gemeindegebiet, bezw. an den Märkten, eventuell bei der Production im Orte (Bier, Fleisch, Mehl).

Die Ausdehnung dieser Besteuerung auf nothwendige Lebensmittel, wie Getreide, Mehl, auch wohl Fleisch, die local verschiedene, besonders bei Getreide und Mehl öfters nicht unbedeutende Höhe des Steuersatzes, der Hinzutritt des Localaufschlags (im Maximum mit $\frac{1}{6}$) zu dem schon so hohen Staatsaufschlag auf Malz (Bier), die Verkehrsstörungen und Controlen zur Veranlagung und Erhebung sind doch wesentliche Bedenken gegen diese Gestaltung der communalen Verbrauchsbesteuerung. Durch den Hinzutritt von gebührenartigen Abgaben, wie bei Getreide den Schrannengebühren, steigen diese Bedenken noch. Sie werden auch nicht vermindert, die Ueberlastungen der Consumenten nach Unten zu (der kleinen Leute, Arbeiter u. dgl.) durch diese Besteuerung werden nicht anderweit ausgeglichen bei der Beschaffenheit der Staatsbesteuerung, dem hohen Malzaufschlag, dem weiten Herabgehen der directen Steuern auf die schwächeren Censiten, der ungenügenden Besteuerung der stärkeren Steuerpflichtigen durch die Ertragssteuern des baierischen Systems. Dies Ergebniss, die starke Quote des communalen Finanz- und speciell Steuerbedarfs, welche durch diese

Verbrauchsbesteuerung gedeckt wird, ist daher zwar finanziell betrachtet ein erfreuliches, steuerpolitisch ein nicht unbedenkliches Ergebniss. Ist man im übrigen Deutschland meist zu ablehnend gegen diese Besteuerung in den Gemeinden, so in Baiern zu willfährig. Das Urtheil über das ganze Communalsteuersystem kann so nicht eben günstig ausfallen.

S. bes. den gen. Aufsatz von Kaufmann im Fin.arch. B. 14 über Gemeindebesteuerung und Massenconsum in den sieben grössten Städten des rechtsrheinischen Baierns, mit zahlreichen Daten über die einzelnen Verbrauchssteuern, deren Höhe u. A. m., auch mancherlei statistischen Berechnungen.

Die jüngst gesetzlich zugelassene Einführung kommunaler Abgaben vom Grundbesitzwechsel ist an sich wohl eine richtige Maassregel, aber so berechtigt solche Abgaben sind, vermögen sie doch die tiefen Mängel des an das staatliche directe Ertragssteuersystem sich anschliessenden directen Communalsteuersystems und der localen Verbrauchsbesteuerung für sich allein nicht genügend auszugleichen. Ihre Einführung ist daher nur als der Beginn einer zweckmässigen Gemeindesteuerreform zu begrüßen.

Nach dem Gesetz vom 15. Juni 1898 sind die Gemeinden für berechtigt erklärt worden, mit ministerieller Genehmigung Abgaben bei Veränderungen im Besitz oder Eigenthum unbeweglicher Sachen nach näherer Bezeichnung der Fälle im Betrage von $\frac{1}{4}$ derjenigen Höhe zu erheben, welche aus gleichem Anlass an die Staatscasse zu entrichten ist. Die Erhebung erfolgt in Form eines Zuschlags zu letzterem Satze.

Unter den gebührenartigen Abgaben ökonomischen Characters sind die Pflasterzölle und verwandte (Wege-, Brückenzölle), besonders wieder in den unmittelbaren Städten, von grösserer finanzieller Bedeutung, wiederum mehr als in der Regel in der Gegenwart sonst in Deutschland. Auch sie bedürfen, wie überhaupt alle sonstigen örtlichen Abgaben, ministerieller Genehmigung. — Von der staatlichen Hundesteuer bezieht die betreffende Gemeinde die Hälfte des Reinertrags.

Die Verpflichtung zu naturaler Leistung von Gemeindediensten (rechtsrb. G.-O. Art. 49—54) bezieht sich ausdrücklich nur auf gewöhnliche gemeine Arbeitsarten und Hilfeleistungen. Diese Dienste können auch durch Stellvertreter geleistet und durch Geldabgaben der Verpflichteten ersetzt werden.

§. 58. Districts- und Kreissteuern. Auch die Districtsgemeinden haben ein eigenes Besteuerungsrecht. Die Districtssteuern treten ebenfalls nur subsidiär, nach den anderen zur Verfügung stehenden Einkünften (darunter namentlich auch Kreis- und Staatszuschüsse) zur Deckung der Districtslasten, ein. Sie bestehen ausschliesslich in directen Steuern und

zwar in Umlagen („Districtsumlagen“) auf der Grundlage und nach dem Maassstabe der Gesammtheit der directen Staatssteuern im District, mit der Modification, dass dabei die Einkommensteuer nur für Districtslasten für Armenpflege mit belastet werden darf.

Die weiteren Hauptpunkte des Districtssteuerrechts sind die folgenden. Soweit es sich bei den zu deckenden Districtsausgaben um gesetzlich nothwendige handelt, richtet sich die Höhe der Districtsumlage im Ganzen nach dem Betrage der für jene Ausgaben noch erforderlichen Summe. Bei facultativen (freiwillig übernommenen) Ausgaben für Districtszwecke ist die Höhe der Districtsumlagen auf 5 % im Jahre von der Gesammtheit der directen Staatssteuersumme im District (hier einschliesslich Einkommensteuer gerechnet) nach oben zu beschränkt. Diese facultativen Ausgaben sind so knapp gehalten. Sie betragen jetzt (1897) nur etwa $\frac{1}{11}$ der Gesamtausgabe (einschl. der für Districtsarmenpflege) im District im ganzen Staate. Die Repartition der erforderlichen Summen erfolgt zunächst auf die zum District gehörigen Ortsgemeinden (also mit Ausschluss der unmittelbaren Städte) und für die Besitzer der gemeindeexemten Gemarkungen nach dem genannten Maassstabe des Aufkommens an directen Staatssteuern. Doch kann in den Fällen, wo sich die Vortheile einer Districtseinrichtung auf die Gemeinden und exemten Gemarkungen verschieden vertheilen, der Beitrag der einzelnen Gemeinden u. s. w. verschieden hoch bestimmt werden. Die Gemeinden und jene Besitzer sind die eigentlichen Steuer-subjecte der Districtssteuern. Die Gemeinden können die letzteren aus ihren anderweiten Einkünften zahlen, wo die Districtssteuern dann gar nicht als Individualsteuern der einzelnen physischen und juristischen Personen im Ortsgemeindeverband erscheinen. Regelmässig, nach der Statistik zu über 98 %, werden die Districtsumlagen aber als solche von den Ortsgemeinden den auf Grund der Staatssteuerpflicht und sonst zur Tragung von Gemeindeumlagen Verpflichteten auf derselben Grundlage und nach demselben Maassstab wie diese Umlagen als Individual-Steuerschuldigkeiten aufgelegt. Dann erscheinen sie also auch deutlich als eine zweite Reihe von Zuschlägen zu den directen Staatssteuern. Damit müssen die Mängel der letzteren wieder empfindlicher werden. Es gilt das oben über diese Form der directen Gemeindeumlagen Gesagte. Auch Naturaldienste dürfen die Districts- wie die Ortsgemeinden anordnen,

S. Gesetz über die Districtsräthe von 1852, Art. 30 ff., Pözl, Verfr. §. 125, Seydel in Marquardsen's Werk §. 84, ders. Art. Districtsgemeinden im Wörterb. d. Verwalt., Brater's gen. Commentar, Statistik s. u. in §. 59. Vgl. über Preussens bezügliches Recht oben §. 28. Im Jahre 1892 sind aus Ueberschüssen der staatlichen Finanzverwaltung Dotationen der Districtsgemeinden und unmittelbaren Städte im Gesamtbetrag von 8 Mill. M. erfolgt. Die Vertheilung hat nach dem Maassstabe des directen Staatssteueraufkommens, doch mit stärkerer Dotation der kleineren und ärmeren Districte stattgefunden. Die einzelne Dotation ist als fester Kapitalfonds zu behandeln, dessen Zinsen nur für gemeinnützige und wohlthätige Zwecke zu verwenden sind (s. v. Stengel Art. Distr.gen. im Wörterb. d. Verwalt., Erg.b. II, S. 30).

Die Kreisgemeinden haben ebenfalls ein eigenes Besteuerungsrecht. Auch hier sind die Steuern ein subsidiäres Deckungsmittel der Kreisausgaben (Kreislasten) nach Verwendung der sonstigen Einnahmen. Unter letzteren sind die Kreisschuldotation, welche den Kreisen zur Mitbestreitung der Ausgaben für Volksschulen und sogen. isolirte Lateinschulen (nach Gesetz vom 23. Mai 1846 und späteren Bestimmungen) zufliesst, und sonstige Staatszuschüsse für Kreis Zwecke hervorzuheben. Die Kreissteuern sind wiederum nur directe Umlagen auf Grundlage und nach dem Maassstabe der directen Staatssteuern im Kreise, nach deren

vollem budgetmässigen Jahresbetrage in Procenten davon berechnet und festgestellt, und zwar in Form unmittelbarer Individualschuldigkeiten der einzelnen Staatssteuerpflichtigen und der sonst zu diesen Lasten ausnahmslos herangezogenen weiteren Pflichtigen, wie insbesondere des Staatsärars für sein Eigenthum im Kreise. Die Kreissteuern treten daher wie die Ortsgemeinde- und Districtssteuern — letztere soweit sie nicht unmittelbar aus der Gemeindecasse gedeckt werden — in der Form von Zuschlägen, demnach ein drittes Mal, zu den Staatssteuern hinzu. Es gelten deshalb in Betreff ihrer die angedeuteten Bedenken und die Mängel der Verfassung der directen Staatssteuern müssen so abermals empfindlicher werden, zumal auch diese Kreisumlagen, trotz der erheblichen Staatszuschüsse, in wenn auch nur langsamer relativer Steigerung, in Procenten der an sich schon absolut wachsenden Staatssteuern berechnet, begriffen sind. Die Erhebung der Kreisumlagen auf Grund der im Landrathsabschied vom Staatsoberhaupt bestimmten Zuschlaghöhe erfolgt mit derjenigen der Staatssteuern selbst und durch dieselben Organe.

Landrathsgesetz von 1852, Art. 15 ff., Pözl, Verfr. §. 132, Seydel bei Marquardsen §. 86, 87 u. i. s. Staatsrecht B. 3 u. 4, auch Art. Kreisgemeinde in B. 1 des Wörterb. d. Verwalt. und in Blätt. f. admin. Praxis B. 37, Hock, Fin.verw. Baierns I, S. 72 ff., IV, 482 ff.

Man wird nach dem Allen die baierische Communalsteuerverfassung für die dreierlei bezüglichen Steuern der Ortsgemeinden, Districte und Kreise und speciell auch für die Umlagen doch für sehr reformbedürftig halten müssen. Das System gleichmässiger Zuschläge zu den directen Staatssteuern, welche unter sich so verschieden sind, und doch hier wie homogene betrachtet und behandelt werden, ist principiell falsch und practisch schädlich. Auch hier möchte eine Reform in der Richtung der preussischen das Richtige sein. Die Voraussetzung dafür, auch für die dabei zu erstrebende Beschränkung — nicht Beseitigung — der Verbrauchssteuern, ist aber eine eingreifende Reform der directen Staatsbesteuerung, wiederum am Besten in der Richtung der preussischen. Erst mit diesen baierischen Verhältnissen verglichen zeigt sich der hohe Werth der preussischen Miquel'schen Steuerreform in vollem Lichte.

Communalsteuer-Statistik.

§. 59. Allgemeiner Zustand, besonders die Umlagen. Baiern erfreut sich einer vorzüglichen Statistik auf diesem

Gebiete, wenigstens aus neuerer Zeit, den letzten Jahrzehnten (seit 1876, besonders seit Ende der 1880er Jahre), und für die genannten drei Arten der Communalsteuern. Im Folgenden werden daraus einige Tabellen und Daten gebracht, um die neuere Entwicklung und die jetzige thatsächliche Gestaltung ziffernmässig zu veranschaulichen, besonders das Verhältniss der einzelnen Steuerkategorien und zum Theil Einnahmekategorien zu einander, das Verhältniss der Communalsteuern zu den Staatssteuern und die Belastung der Bevölkerung mit jenen. Wir müssen uns indessen unvermeidlich in der Herbeiziehung statistischen Materials auch hier auf das Hauptsächlichste beschränken.

Aus den neueren amtlichen statistischen Publicationen sind besonders zu nennen und für weitere Einzelheiten zu benutzen: Zeitschr. d. baier. stat. Bur., wiederholte Zusammenstellungen in verschiedenen Jahrgängen seit 1878, so 1878, 1880, 1882, 1883, 1893, 1894, dann Beiträge zur Statistik Baierns, Heft 55, 57, in neuester Zeit besonders treffliche Zusammenfassung der Hauptergebnisse in dem statistischen Jahrbuch seit 1895, so J.g. 3 f. 1897, S. 216—232, J.g. 4, f. 1898, S. 222—234. Vornehmlich hiernach die folgenden Tabellen und Daten. S. ferner die Daten im Fin.arch. B. 4, S. 310 und die oben S. 187 genannten Arbeiten von Zürn, Tröltsch und besonders Kaufmann.

Die folgenden 2 Tabellen 36 und 37 auf S. 195 und 196 enthalten die wichtigsten neueren Daten in absoluten und Relativzahlen.

Aus den Ergebnissen und Verhältnissen, welche diese Tabellen in Zahlen darstellen, sollen hier nur einige Punkte besonders hervorgehoben werden. Die directen Staatssteuern haben sich in den 20 Jahren von 1876—96 erheblich im Ertrage gesteigert, bedeutend stärker in den unmittelbaren Städten (die nur im rechtsrheinischen Baiern bestehen) als in den anderen Gemeinden (Tab. 36 unter Nr. 1, 7, 13, Tab. 37 unter Nr. 1, 8, 15). Das deutet auf tiefere wirthschaftliche Umgestaltungen hin, entspricht aber zugleich der Entwicklung der Steuerverfassung und bestätigt die Ergebnisse der früheren Darstellung der Staatsbesteuerung und der Staatssteuerstatistik (S. 172, 178). Erheblich mehr aber sind in diesem Zeitraume die directen Gemeindeumlagen selbst in den kleineren Gemeinden (einschl. alle pfälzer, Tab. 36, Nr. 8 und 9, Tab. 37, Nr. 9), im ganzen Staate (Tab. 36, Nr. 14 u. 15. Tab. 37, Nr. 16), vollends aber in den unmittelbaren Städten (Tab. 36, Nr. 2, 3, Tab. 37, Nr. 2) gestiegen, trotz der starken gerade hier bestehenden Verbrauchsbesteuerung und deren Ertragssteigerung (Tab. 36, Nr. 4, Tab. 37, Nr. 5). Eine Erscheinung, welche auf dem Communalgebiete auch sonst in Deutschland und in anderen Ländern in der neuesten Zeit hervortritt. Nicht ganz so scharf, aber doch ähnlich ergiebt sich in dem kürzeren Zeitraume von

Tab. 36. Baierische Communeinnahmen, besonders Steuern (1876—96).
(Absolute Zahlen)¹⁾.

I. Gemeinden.		1876	1889	1896
A. Unmittelbare Städte.				
1. Staatssteuerbetrag	1000 M.	4.289	9.250	12.292
2. Gemeindeumlagen	„	3.056	8.604	12.613
3. „ in ‰ von 1	„	71	93	103
4. Aus Verbrauchssteuern	„	—	6.072	6.917
5. „ Pflaster-, Brückenzölle u. dgl.	„	—	1.467	1.645
Summe 2, 4 und 5	„	—	16.143	21.175
6. Aus Renten von Vermögen ²⁾	„	—	5.267	10.419
B. Andere Gemeinden.				
7. Staatssteuerbetrag	„	15.661	18.860	19.775
8. Gemeindeumlagen	„	11.110	14.224	17.937
9. „ in ‰ von 7	„	71	75	91
10. Aus Verbrauchssteuern	„	—	2.554	3.762
11. „ Pflasterzölle u. s. w.	„	—	284	309
Summe 8, 10 und 11	„	—	17.062	22.008
12. Aus Renten von Vermögen ²⁾	„	—	10.444	10.960
C. Staat im Ganzen.				
13. Staatssteuerbetrag	„	19.950	28.110	32.067
14. Gemeindeumlagen	„	14.166	22.828	30.551
15. „ in ‰ von 13	„	71	81	95
16. Aus Verbrauchssteuern	„	—	8.626	10.679
17. „ Pflasterzölle u. dgl.	„	—	1.751	1.954
Summe 14, 16 und 17	„	—	33.205	43.134
18. Aus Renten von Vermögen ²⁾	„	—	15.711	21.379
II. Districte.				
19. Umlagen ³⁾	„	—	{ 4.782	5.817
			{ 4.629	5.723
20. Umlagen in ‰ d. dir. Staatsst.-Solls ⁴⁾	„	—	24.5	28.9
21. Staats- und Kreiszuschüsse	„	—	1.438	1.613
22. Andere Einnahmen	„	—	2.193	2.280
Summe 19, 21 und 22 ⁵⁾	„	—	8.413	9.710
III. Kreise.				
23. Umlagen	„	—	7.270	9.387
24. „ in ‰ d. dir. Staatsst.-Solls	„	—	25.6	29.2
25. Staatszuschüsse ⁶⁾	„	—	3.039	3.170
26. Andere Einnahmen	„	—	541	878
Summe 23, 25 und 26	„	—	10.850	13.434
IV. Alle Umlagen (Nr. 14, 19, 23)				
27. „ „ in ‰ d. dir. Staatsst.-Solls	„	—	34.757	45.661
			123.5	142.4

¹⁾ Nach den Daten von verschiedenen Tabellen im baier. statist. Jahrb. B. 4 zusammengestellt.

²⁾ Die Zahlen in Col. für 1896 sind hier die für 1895, bei den unmittelbaren Städten (Nr. 6), hier (nicht in den Steuerreihen) einschl., bei den übrigen Gemeinden (Nr. 12) ausschl. der pfälzischen Gemeinden mit über 2500 Einwohnern.

³⁾ Die erste, grössere, Zahl in der Col. für 1889 und 1896 einschl., die zweite, kleinere, ausschl. derjenigen Beträge an Districtsumlagen, welche unmittelbar aus der Gemeindecasse, ohne gesonderte Erhebung von den Pflichtigen, entrichtet werden.

⁴⁾ Quotenberechnung nach der zweiten, kleineren, Zahl in Nr. 19.

⁵⁾ Einschliesslich Einnahmen für die Districtsarmenpflege.

⁶⁾ Davon in 1889 und 1896 bezw. 2.896.000 und 3.120.000 M. für deutsche Schulen, also der bei Weitem grösste Theil des Zuschusses.

Tab. 37. Baierische Communeinnahmen (1876—1896). (Relativzahlen.)
Progression¹⁾.

I. Gemeinden.	1876	1889	1896
A. Unmittelbare Städte.			
1. Staatssteuerbetrag . . .	100.0	215.6	286.6
2. Gemeindeumlagen . . .	100.0	248.9	412.7
3. Staatssteuerbetrag . . .	—	100.0	132.9
4. Gemeindeumlagen . . .	—	100.0	146.6
5. Verbrauchssteuern . . .	—	100.0	113.9
6. Pflaster- u. s.w. Zölle . .	—	100.0	112.1
Summe 4—6 . . .	—	100.0	131.2
7. Vermögensrenten ²⁾ . .	—	100.0	197.5
B. Andere Gemeinden ³⁾			
8. Staatssteuerbetrag . . .	100.0	120.4	126.3
9. Gemeindeumlagen . . .	100.0	128.0	161.5
10. Staatssteuerbetrag . . .	—	100.0	104.9
11. Gemeindeumlagen . . .	—	100.0	126.1
12. Verbrauchssteuern . . .	—	100.0	147.3
13. Pflaster- u. s. w. Zölle . .	—	100.0	108.1
Summe 11—13 . . .	—	100.0	129.0
14. Vermögensrenten . . .	—	100.0	105.0
C. Ganzer Staat.			
15. Staatssteuerbetrag . . .	100.0	140.9	160.7
16. Gemeindeumlagen . . .	100.0	161.6	215.7
17. Staatssteuerbetrag . . .	—	100.0	114.1
18. Gemeindeumlagen . . .	—	100.0	133.4
19. Verbrauchssteuern . . .	—	100.0	123.8
20. Pflaster- u. s. w. Zölle . .	—	100.0	111.6
Summe 18—20 : . .	—	100.0	130.1
21. Vermögensrenten . . .	—	100.0	136.1
II. Districte, alle Einnahmen	—	100.0	115.4
22. Umlagen	—	100.0	121.8
23. Zuschüsse	—	100.0	112.2
24. Andere Einnahmen . . .	—	100.0	104.0
III. Kreise, alle Einnahmen .	—	100.0	124.0
25. Umlagen	—	100.0	129.2
26. Staatszuschüsse . . .	—	100.0	104.3
27. Andere Einnahmen . . .	—	100.0	162.3
IV. Alle Umlagen . . .	—	100.0	131.5

1889—96 die gleiche Entwicklung in den Gemeinden (Tab. 36, Nr. 1, 2, 3, 7, 8, 9, 13, 14, 15, Tab. 37, Nr. 3, 4, 10, 11, 17, 18). Aus diesen Verhältnissen lässt sich wieder ableiten, wie es die Erörterungen über die Communalsteuern schon oben (S. 193) ergaben, dass die Mängel der Verfassung der baierischen directen Steuern empfindlicher geworden sein müssen.

In den Districten und den Kreisen zeigen die Umlagen in der Zeit von 1889—96 eine analoge, doch etwas schwächere, Entwicklung als die Gemeindeumlagen, aber ebenfalls eine etwas stärkere als die Staatssteuererträge (Tab. 36, Nr. 19, 23 verglichen mit Nr. 12, Tab. 37, Nr. 22, 25 verglichen mit Nr. 17). Die

¹⁾ Ebenfalls nach den Daten der Tab. 36 berechnet.

²⁾ Unmittelbare Städte einschl. pfälzische Gemeinden über 2500 Einwohner.

³⁾ Einschl. alle pfälzischen.

Gesammtheit aller drei Arten Umlagen ist, unter dem besonderen Einfluss der Gemeindeumlagen, erheblich stärker als der Staatssteuerertrag gewachsen (Tab. 36, Nr. IV und 27, Tab. 37, Nr. IV). Die Umlagen in den Districten und Kreisen sind auch stärker als die Zuschüsse gestiegen.

Die Einnahmen aus Umlagen sind in den Districten und Kreisen, auch seit 1896, weiter in Zunahme begriffen, nach den bereits bis für 1898 vorliegenden Daten. Sie stiegen von 1896—98 von 5.817,000 auf 6,004,000 M. in den Districten, von 9,387,000 auf 9.823,000 M. in den Kreisen. Das Procent der Kreisumlagen vom Staatssteuersoll war in den letzten Jahren fast das gleiche (1895—98 29.4, 29.2, 29.7, 29.4), nachdem es in den vorausgehenden 6 Jahren um beinahe 4 % gestiegen war.

Hinsichtlich der Vertheilung der Umlagen auf die einzelnen Gebietstheile, bei den Gemeindeumlagen auf die Gemeindegruppen und einzelne Gemeinden gewährt die amtliche Statistik auch noch werthvolle Einblicke, was indessen hier nicht genauer verfolgt werden kann. Wir beschränken uns auf einige Angaben.

Nach Kreisen (Regierungsbezirken) berechnet zeigen die Gemeindeumlagen für alle Gemeinden in den 20 Jahren von 1876—96 in jedem Kreise im absoluten Betrage eine fast stetige langsame Steigerung und als Quote vom Soll der directen Staatssteuern eine ebenfalls, doch mit gelegentlichen Unterbrechungen, fortgehende Steigerung, aber eine verschieden starke in den einzelnen Kreisen. Darin giebt sich wohl vornemlich die Verschiedenheit der wirthschaftlichen Entwicklung, des stärkeren und schwächeren Fortschreitens der Industrie, des Kapitals, des Städtewesens kund (s. Tab. S. 227 im statist. Jahrb. B. 4). 1876 und 1896 war die Quote der Gemeindeumlagen vom Staatssteuersoll in Oberbaiern 60 und 95, in Niederbaiern 58 und 71, in Oberpfalz 66 und 81, in Schwaben 54 und 81, in Oberfranken 72 und 84, in Mittelfranken 81 und 90, in Unterfranken 59 und 72, in der Pfalz 142 und 177, in letzterer zum Theil deshalb so viel höher als in den anderen Kreisen, weil hier die Verbrauchssteuern weniger hohen Ertrag haben, und Pflaster- u. s. w. Zölle fehlen. Die verschiedene Steigerung der Quote der Gemeindeumlagen vom Staatssteuersoll lässt indessen die wirkliche Entwicklung deshalb nicht genügend hervortreten, weil gleichzeitig in diesem Zeitraum die absoluten Beträge des Staatssteuersolls in den einzelnen Kreisen in sehr ungleichem Maasse, wesentlich unter dem Einfluss der Verschiedenheit der wirthschaftlichen Entwicklung, sich erhöht haben, z. B. in Oberbaiern (München!) und Mittelfranken (Nürnberg!) fast um das Doppelte, dort von 4,615,000 auf 8,862,000 M., hier von 2,465,000 auf 4,683,000 M., in den anderen Kreisen, besonders in Niederbaiern und Oberpfalz, viel weniger (dort nur von 2,447,000 auf 2,934,000, hier von 1,704,000 auf 2,205,000 M.). Ein Procent Gemeindeumlage und ein Wachsthum dieser Procente um 1 bedeutet also in den reicheren Provinzen viel mehr als in den anderen. — Auch zwischen der Entwicklung der Umlagen in den unmittelbaren Städten einer- und den übrigen Gemeinden anderseits ergeben sich in den einzelnen Kreisen manche Verschiedenheiten.

Von besonderem Interesse sind noch die Verschiedenheiten der Umlagen in den einzelnen Gemeinden, die darin im Laufe der Zeit hervortretenden Veränderungen, sowie die Verschiedenheiten dieser Umlagen in den einzelnen Kreisen. Darüber eine lehrreiche kleine Tabelle im statist. Jahrb. B. 4, S. 219. Die Ergebnisse sind folgende. Die Zahl der Gemeinden ohne Umlagen hat von 1887—96 stetig ab-, umgekehrt also die Zahl derjenigen mit Umlagen zugenommen (Gesamtzahl der Gemeinden 1887 8027, 1896 8019, ohne Umlagen bezw. 768 und 524, mit Umlagen 7259 und 7490). Die Zahl der Gemeinden mit relativ niedrigen Umlagen (als Procent des Staatssteuersolls berechnet) hat sich ebenso stetig stark vermindert (1887—96 mit 1—50 % Umlage von 2610 auf 1711 Gemeinden), die Zahl der Gemeinden mit Umlagen mittlerer Höhe etwas zugenommen (mit 51—100 % Umlage von 2819 auf 3206, also um c. $\frac{1}{7}$). Die Zahl der Gemeinden mit hohen und mit sehr hohen Umlagen ist stark gewachsen (mit 101—250 % Umlage von 1578 auf 2233, um ca. $\frac{2}{5}$, mit über 250 % Umlage von 242 auf 340, um gut $\frac{2}{5}$). Von den Kreisen haben Unterfranken und Oberfranken noch die meisten Gemeinden ohne Umlagen (1896 bezw. von 1000—263 und von 1017—105), die Pfalz die meisten

Gemeinden mit sehr hohen Zuschlägen (von 709—256 mit über 250 ‰, alle anderen Kreise zusammen von 7310 nur 84 solcher; ohne Umlagen in der Pfalz nur 8 Gemeinden).

Eine weitere Tabelle im statist. Jahrb. (B. 4, S. 230) giebt eine lehrreiche Uebersicht, wie sich im Staate und in den einzelnen Kreisen die Höhe der Gemeindeumlagen, als Quoten vom directen Staatssteuersoll, in den Gemeinden mit verschiedener Einwohnerzahl herausstellt. Es sind bemerkenswerther Weise vielfach auch ganz kleine Gemeinden (selbst bis nur 500 Einwohner), in denen hohe und sehr hohe Umlagen vorkommen und zwar wächst die Zahl auch dieser Gemeinden fast stetig von Jahr zu Jahr.

Die Districtsumlagen sind in allen Kreisen etwas gestiegen, doch nicht ganz gleichmässig. Maximum 1887 Pfalz (35.1 ‰ vom Staatssteuersoll), ebenso 1896 (36.8 ‰), Minimum beide Male Schwaben (bezw. 13.4 und 18 ‰), wobei indessen der freilich nur kleine, in den einzelnen Kreisen aber relativ nicht ganz gleich hohe Betrag der direct aus der Gemeindecasse gezahlten Summen an Districtsumlagen nicht eingerechnet ist (1896 94,000 M. von 5,817,000 M. im Ganzen). (S. statist. Jahrb. B. 4, S. 225.)

Die Kreisumlagen sind kreisweise noch weniger verschieden als die Districtsumlagen und in den meisten etwas, aber nur wenig, gestiegen (Maximum 1889 und 1898 Pfalz mit 39 und 38.5 ‰, Minimum beide Male Schwaben, 22.7 und 27 ‰).

§. 60. Die Vertheilung der Communalsteuern auf die einzelnen Arten. Verbrauchsbesteuerung insbesondere.

Die Tabellen 36 und 37 und die folgende Tabelle 38 machen auch die Höhe und das Verhältniss der einzelnen Arten der Communalsteuern und der anderen Einnahmen (bei den Gemeinden wenigstens der Renten) zu einander ersichtlich.

Tab. 38. Baierische Communeinnahmen 1896. (Relative Zahlen.)
Verhältnisszahlen der Einnahmearten¹⁾

. Gemeinden ²⁾	1896	¹⁾ Nach den Daten der Tab. 36 berechnet.
A. Unmittelbare Städte ³⁾	100.0	
1. Umlagen	42.1	
2. Verbrauchssteuern	23.1	
3. Pflaster- u. s. w. Zölle	5.5	
Summe 1, 2, 3, Steuern	70.7	
4. Aus Renten	29.3	
B. Andere Gemeinden ⁴⁾	100.0	
1. Umlagen	51.9	
2. Verbrauchssteuern	10.8	
3. Pflaster- u. s. w. Zölle	0.9	
Summe 1, 2, 3	63.6	
4. Aus Renten	36.4	
C. Ganzer Staat	100.0	
1. Umlagen	47.3	
2. Verbrauchssteuern	16.6	
3. Pflaster- u. s. w. Zölle	3.0	
Summe 1, 2, 3	66.9	
4. Aus Renten	33.1	
II. Districte	100.0	
1. Umlagen	59.9	
2. Zuschüsse	16.6	
3. Andere Einnahmen	23.5	
III. Kreise	100.0	
1. Umlagen	69.9	
2. Zuschüsse	23.6	
3. Andere Einnahmen	6.5	

²⁾ Hier nur die Einnahme aus den Steuern und den Renten als Gesamteinnahme der Procentberechnung zu Grunde gelegt, also mit Ausschluss sonstiger Einnahmen (Gebühren, vermischte u. dgl. m.). Die Steuern und Renten sind aber die Hauptsache.

³⁾ Hier (auch bei Nr. 4 Renten) nur die rechtsrheinischen unmittelbaren Städte, nicht auch die grösseren Orte (über 2500 Einwohner) in der Pfalz, die in Tab. 36 hier bei den Renten inbegriffen, gemeint.

⁴⁾ Hier auch die grösseren pfälzischen Gemeinden allgemein, auch bei den Renten (Nr. 4), inbegriffen.

In Gemeinden, Districten und Kreisen waltet hiernach überall die Besteuerung vor den anderen Einnahmen vor. Als besonders charakteristisch erscheint auch hier ziffermässig die bedeutsame Stellung, welche die Verbrauchsbesteuerung neben den directen Steuern in den Gemeinden einnimmt. Die thatsächliche Entwicklung hat sich also dem Steuerrechte angepasst (S. 189). Die directe Steuer (die Umlage in Zuschlagsform zu den directen Staatssteuern) ist zwar überall die wichtigste Steuerart, auch in den unmittelbaren Städten. Aber die Verbrauchssteuer bringt doch auch jetzt noch in diesen mehr als die Hälfte, mit den Pflasterzöllen u. s. w. zwei Drittel des Umlageertrags auf, früher sogar noch eine grössere Quote des letzteren (Tab. 36, Nr. 2, 4 und 5, Tab. 38, A, Nr. 1, 2, 3). Selbst in den übrigen Gemeinden erreicht ihr Ertrag ein Fünftel des Umlageertrags, und im Durchschnitt aller Gemeinden über ein Drittel (Tab. 36, Nr. 8, 10, 14, 16, Tab. 38, B, Nr. 1, 2, C, Nr. 1, 2). Auch die Pflasterzölle u. s. w. allein stellen sich, wenigstens in den unmittelbaren Städten, als eine nicht unwichtige Einnahmequelle heraus.

Natürlich ergeben sich auch hier wieder viele Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Gebietstheilen, Kreisen u. s. w. und vollends zwischen den Gemeindegruppen und einzelnen Gemeinden. Auch das gestattet die amtliche Statistik näher zu verfolgen, auch in den zusammenfassenden Tabellen des statist. Jahrbuchs (s. bes. B. 4, S. 231). Die Einnahme aus Verbrauchssteuern überwiegt stark, absolut und relativ (im Verhältniss zu den Umlagen wie auch nach dem Kopfertrag) in den unmittelbaren Städten gegenüber den anderen Gemeinden. Dasselbe gilt von den Einnahmen von Pflasterzöllen u. s. w., die in der Pfalz fehlen. Die einzelnen Kreise zeigen aber nach der verschiedenen Ausdehnung von Verbrauchssteuern und solchen Zöllen auf mehr oder weniger Gemeinden und nach der Ausbildung der localen Steuerfassungen und nach den localen Consumptions-, daher auch Bevölkerungsverhältnissen mehr Verschiedenheiten. Die Gesamtzahl der unmittelbaren Städte (nur im rechtsrhein. Gebiet) mit Verbrauchssteuern ist von 1887—96 von 38 auf 41, mit Pflasterzöllen u. s. w. von 35 auf 39, die der übrigen Gemeinden (einschl. Pfalz) von 1408 auf 1762, bezw. von 344 auf 375, daher die Gesamtzahl aller solcher Gemeinden im Staate von bezw. 1446 und 379 auf 1803 und 414 von c. 8000 Gemeinden, also von c. 18 auf c. $22\frac{1}{2}\%$ bei den Verbrauchssteuern, von c. $4\frac{3}{4}\%$ auf c. 5% bei den Zöllen gestiegen. Die Verbrauchssteuern sind in den unmittelbaren Städten seit längeren Jahren im Wachsthum des Ertrags im ganzen Staate und in den einzelnen Kreisen hinter dem Ertrag der Umlagen zurückgeblieben, in den anderen Gemeinden war es eher umgekehrt. Auch der Kopfertrag ist in den Städten eher etwas gesunken (1889, Max. 6.61 M., 1896 5.57 M.), in den anderen Gemeinden (einschl. alle pfälzer) etwas gestiegen (1888 0.56, 1896 0.82 M.), ebenso im ganzen Staate (1887 1.48, 1896 1.84 M.). Die Gemeindeumlagen sind fast fortschreitend auch nach dem Kopfbetrag gewachsen: unmittelbare Städte 1887 8.15, 1896 10.16 (? Max. 1895 10.81, statist. Jahrb. B. 4, S. 228, vielleicht Fehler der Ziffer für 1895), andere Gemeinden 2.89 und 3.92, alle 3.74 und 5.15 M. Kreisweise hatten die höchsten und niedrigsten Kopfbeträge in 1896 an Verbrauchssteuern: unmittelbare Städte bezw. Schwaben (7.68 M., gegen 9.26 M. Umlagen) und Mittelfranken (4.62 M. gegen 9.98 M. Umlagen), desgl. an Umlagen Oberbaiern (12.52 M. [München!] gegen 5.48 M. Verbrauchssteuern), Niederbaiern (5.54 M. gegen 5.33 M. Verbrauchssteuern); ferner die anderen Gemeinden Maximum und Minimum der Verbrauchssteuern Oberbaiern (1.48 gegen 3.68 M. Umlagen), Unterfranken (0.54 gegen 2.80 M. Umlagen), desgl. Maximum und Minimum der Umlagen

Pfalz (alle Gemeinden, 8.05 M. gegen 1.01 M. Verbrauchssteuern), Oberfranken (2.60 M. gegen 0.77 M. Verbrauchssteuern). Die Verbrauchssteuern kommen also mitunter selbst kreisweise den Umlagen fast gleich, so in den unmittelbaren Städten in Niederbaiern, und sind auch sonst mehrfach über 50 % der Umlagen (Städte in Schwaben, Oberpfalz, Unterfranken). Aehnlich hoch ist in den „übrigen“ Gemeinden das Verhältniss nur in Oberbaiern. Immerhin eine Gestaltung der Dinge, die wieder zu Reformen mahnt.

Die einzelnen Verbrauchssteuern haben in den verschiedenen Gemeinden und kreisweise eine verschiedene finanzielle Bedeutung. Der Localmalzzuschlag ist im Allgemeinen die einträglichste dieser Steuern. Bei der grossen Verbreitung des Bierconsums in Baiern, auch unter den arbeitenden Classen und der Bevölkerung mit geringerem Einkommen, hat dies aber ähnliche Bedenken wie der Ertrag der Verbrauchssteuern auf wichtige Nahrungsmittel, Getreide, Mehl, Fleisch, wenigstens soweit die Steuer den Preis vertheuert (oder die Qualität verringert), was, wie schon früher bemerkt (S. 168), freilich zumal bei Bier der fragliche Punct ist. S. für die Verhältnisse der einzelnen Verbrauchssteuern bes. den gen. Aufs. von Kaufmann im Fin.arch. B. 14. S. 306 ff. und die Tabellen im statist. Jahrb. deutscher Städte (B. 6, 1897, S. 375 ff.), für München Tröltsch mehrfach Fin.arch. Bd. 10. S. 154 ff., Allg. Ztg. 3. Morgenbl. v. 7. Dec. und 2. Morgenbl. v. 31. Dec. 1898 (1897—1899). Aus den hier gegebenen Daten ist folgende Uebersicht für die drei grössten bayerischen Städte gebildet worden.

Tab. 39. Steuererträge in den drei grössten bayerischen Städten je 1000 M.

	München	Nürnberg	Augsburg
	1894	1894	1894
I. Umlagen, nemlich	5.026	1.874	828
1. Grund- und Gebäudesteuer	1.948	662	254
2. Gewerbesteuer	1.299	599	270
3. Kapitalrentensteuer	1.169	405	212
4. Spec. Einkommensteuer	610	208	92
II. Verbrauchssteuer ¹⁾ , nemlich	2.192	772	509
5. Malzaufschlag	1.580	273	327
6. Getreide-, Mehlaufschlag ²⁾	336	352	127
7. Fleischaufschlag	254	140	55
8. Wildbret- u. s. w. Aufschlag	22	7	—
III. Gebühren u. Steuern v. Verkehr u. s. w., nemlich			
9. Schrannegebühr brutto	244	—	—
10. „ „ netto	168	—	35
11. Hälfte der Bruttoeinnahmen vom Vieh- und Schlachthof ³⁾	480	224	—
12. Pflasterzoll ⁴⁾	795	121	169
Summe 10, 11, 12	1.443	345	204
IV. Sonstige Steuern, nemlich	118	25	24
13. Antheil an Hundesteuer	85	24	16
14. Von Vergnügungen	33	1	8
V. Summe I—IV	8.779	3.016	1.565

Man sieht, welche grosse Bedeutung die Verbrauchssteuern allein und vollends in Verbindung mit den verwandten, wenigstens theilweise ähnlich wie sie wirkenden Abgaben gebühren- und steuerartiger Natur hier haben. Ohne Einführung neuer

¹⁾ Brutto nach Abzug der Rückvergütungen.

²⁾ Ziffer für München nach Kaufmann S. 306, abweichend städt. statist. Jahrb. B. 6, S. 379 (hier nur 233,000 M.).

³⁾ Schrannegebühr und Schlachthofabgabe wirkt wenigstens zum Theil wohl wie Verbrauchssteuer, s. Kaufmann S. 306 ff., 322.

⁴⁾ Wohl auch steuerartig wirkend, nach Höhe und Erhebungsweise, wenn auch sonst mehr Gebühr.

andersartiger Steuern, wie jetzt in München der Besitzwechselabgabe, und ohne Reform der directen Communalsteuern, bezw. soweit diese als Zuschläge zu den directen Staatssteuern erhoben werden, ohne Reform dieser letzteren ist aber bei dem steigenden Finanz- und Steuerbedarf eine Beseitigung oder nur wesentliche Verringerung der localen Verbrauchssteuern kaum möglich. Die weitere Steigerung der Umlagen auf der bisherigen Grundlage hat bei deren Mangelhaftigkeit schwere Bedenken. (In München sind die Umlagen seit 1889 auf 110 % der Staatssteuern gehalten, jetzt mit Mühe. 1885—88 waren sie noch 100, 1884 95 %. In Nürnberg sind sie von 80 % noch in 1885 auf 85 in 1886, 100 in 1888, 110 % in 1890, in Augsburg von 75 % in 1889 auf 90 in 1892 gestiegen, s. Kaufmann a. a. O. S. 341). Es drängt doch so auch das Communalsteuerbedürfniss auf eine tiefere Reform der directen Besteuerung hin. Von der neuen Besitzveränderungsabgabe wird im Etat von München für 1899 eine Einnahme von 1.020.000 M. erwartet, vielleicht zu viel (der Bürgermeister wollte den Ansatz von nur 900.000 M. haben).

Unter den sonstigen Steuern ist bei den Gemeinden die Hälfte des Ertrags der staatlichen Hundesteuer wieder zu erwähnen. Ziemlich ausgebildet sind bei den baierischen Gemeinden Verwaltungsgebühren (Heimathsgebühren u. m. a.), dann vielfach vornemlich die mit dem Markt- und Strassenwesen in Verbindung stehenden, nach Art der Erhebung und Höhe des Satzes öfters mehr oder weniger steuerartig wirkenden „Gebühren“, wie die genannte Schranken-, Schlacht- und Viehhofgebühr und besonders wieder der Pflasterzoll. Die privatwirthschaftlichen und verwandten Einnahmen zeigen, besonders in den unmittelbaren Städten, in den bezüglichlichen Renten vom Vermögen (Tab. 36, 37, 38) neuerdings eine erhebliche Steigerung, in Folge der Uebernahme von mancherlei Unternehmungen des Beleuchtungs- und Verkehrswesens u. dgl. m. auf die Commune oder der Betheiligung der letzteren an Gesellschaftsunternehmungen dieser Art. Freilich entspricht dieser Zunahme der Renten wenigstens einstweilen auch meistens diejenige der Schulden, da die betreffenden Unternehmungen der Gemeinden gewöhnlich mit Hilfe von Schuld Aufnahme ausgeführt worden sind. (S. die Tabellen über Gemeindevermögen, Renten, Schulden im statist. Jahrb. Bd. 4, S. 232 ff.)

In der folgenden Tabelle 40 (s. S. 202) sind nach den Daten im statist. Handbuch und für die Staatssteuern zum Vergleich mit den Communalsteuern nach den Daten oben S. 182 in Tab. 35 noch einige Kopfquotenzahlen zusammengestellt worden.

Bei der Vergleichung der Belastung durch indirecte Staatssteuern mit derjenigen durch indirecte Gemeindesteuern ist an die früheren Ausführungen (S. 177, Note 5) über die Berechnungsweise des ersteren Betrags zu denken. Die wirkliche Belastung der baierischen Bevölkerung durch diese Steuern ist danach nicht so hoch, als nach dieser Ziffer, welche den nach der Vertheilung der Reichssteuern direct oder indirect (nemlich in der Deckung der bezüglichlichen Reichsausgaben) Baiern zu Gute kommenden Betrag mit enthält.

Die Tab. 40 ergibt, dass trotz der starken communalen Verbrauchsbesteuerung die directe gesammte communale Steuer doch hoch ist, absolut und im Verhältniss zur directen Staatssteuer. Auch das weist wieder auf die Nothwendigkeit der Reform der directen Staats- und der gesammten Communalsteuern hin, um die grosse und beständig steigende Last durch bessere Vertheilung erträglicher zu machen.

Zum Vergleich, soweit die Verschiedenartigkeit des statistischen Materials ihn gestattet, sind die Tabellen und Daten oben S. 85 ff. für Preussen und S. 134 ff. für Sachsen heranzuziehen. Eine unmittelbare Vergleichung der Durchschnittsverhältnisse des viel grösseren preussischen Staats mit den baierischen ist nicht wohl thunlich, weil die Durchschnittszahlen Resultanten zu ungleicher Factoren sind. Eher kann Sachsen und Baiern verglichen werden. Die Communalsteuerbelastung mit directen Steuern ist nicht sehr verschieden, die Staatssteuerbelastung in Sachsen höher (S. 134).

Tab. 40. Kopfquoten der baierischen Staats- und Communalsteuern (in Mark).

Körper	Jahr	Directe ¹⁾	Indirecte Verbrauchsst. ²⁾	Verkehrssteuern ³⁾	Summe
1. Staat	um 1896	5.46	19.74	5.00	30.20
2. Gemeinden	1887	3.74	1.48	0.28	5.40
„	1896	5.25	1.84	0.34	7.43
3. davon unmittelbare Städte .	1887	8.15	6.00	1.37	15.52
„	1896	10.16	5.54	1.33	17.06
4. „ andere Gemeinden .	1887	2.89	0.56	0.06	3.51
„	1896	3.92	0.82	0.07	4.81
5. Districte	1887	1.18	—	—	1.18
„	1896	1.56	—	—	1.56
6. Kreise	1888	1.25	—	—	1.25
„	1896	1.62	—	—	1.62
7. Summe Communalsteuern					
Nr. 2, 5, 6	um 1887	6.17	1.48	0.28	7.83
„	1896	8.43	1.84	0.34	10.61
8. Summe Staats- u. Communalsteuern, Nr. 1 und 7 . .	um 1896	13.89	21.58	5.34	40.81
9. Communalsteuern (Nr. 7) in % der Staatssteuer (Nr. 1)	1896	154.4	9.4	6.8	35.1

Ueber die Kopfbelastungen der grösseren baierischen Städte mit Verbrauchssteuern s. Kaufmann a. a. O.

Nachdem im Vorausgehenden die Besteuerung der beiden grössten und wichtigsten deutschen Mittelstaaten, zwar unserem Plane gemäss (S. 2) nur in ihren Hauptmomenten der Entwicklung und Ausgestaltung, aber doch immerhin etwas eingehender dargestellt worden ist, können für die Zwecke dieses Werks noch knappere Uebersichten der Besteuerung weiterer deutscher Staaten, selbst Württembergs und Badens, genügen, eine Beschränkung, zu welcher auch die Rücksicht auf den Raum dringend nöthigt. Die sächsische und baierische Besteuerung stellen neben der preussischen auch finanzwissenschaftlich besonders beachtenswerthe Typen dar. Allerdings würde aber auch die württembergische und badische (wie ebenfalls die hessische) Besteuerung nach ihrer Einrichtung eine genauere Darstellung sehr wohl verdienen, an sich ebenso gut als die sächsische und baierische. Besonders auf dem Gebiete der directen Steuern bieten diese süddeutschen Staaten manches Eigenartige, zwar Verwandtes, aber doch auch wieder im Einzelnen Abweichendes von Baiern. Und auch ihre eigene indirecte Verbrauchsbesteuerung (Biersteuer, Weinsteuer, Wirthschaftsabgaben, badische Fleischsteuer) und Einzelnes in der Communalbesteuerung ist interessant genug. Gleiches gilt von der Weiter- und Umbildung der französischen Besteuerung in Elsass-Lothringen seit dem Rückfall dieser Lande an Deutschland. Indessen soll diese ganze Darstellung der Besteuerung einzelner Länder, auch der deutschen, nicht Selbstzweck werden, sondern sich noch im Rahmen eines, wenn auch sehr ausgedehnten, allgemeinen finanzwissenschaftlichen Werks halten (o. S. 2) und in erster Linie dessen Zwecken dienen. So muss hier wenigstens eine etwas grössere Beschränkung in der Behandlung eintreten. Eine noch stärkere, als sie im Folgenden erreicht ist, wäre mir selbst noch lieber gewesen. Aber der Werth der Darstellung für den Zweck dieses Werks hätte darunter gelitten.

¹⁾ Hier, abweichend von Tab. 35, S. 182, die Hundesteuer beim Staate nicht zu den directen, sondern mit zu den indirecten Steuern gerechnet.

²⁾ Beim Staate einschl. Reichsantheile nach der bei Tab. 35 angegebenen Berechnungsweise, einschl. Hundesteuer, bei den Gemeinden ohne Antheil an letzterer, bei diesen auch ohne die wie Verbrauchssteuern wirkenden Schranken-, Schlachthofgebühren u. s. w. (s. S. 200, Note 3, S. 201).

³⁾ Beim Staate wie in Tab. 35, bei den Gemeinden nur Pflasterzoll.

4. Abschnitt.

3. Württemberg.

Das besondere finanzwissenschaftliche Interesse knüpft sich hier an die eigenthümliche Ausgestaltung der directen Besteuerung, als eines Systems der Ertragsbesteuerung, ähnlich, aber in Einigem auch wieder beachtenswerth abweichend, wie in Baiern (und früher in Baden), ferner an den neuesten, vor Thorschluss leider noch misslungenen Versuch der Ergänzung und theilweisen Ersetzung dieser Besteuerung durch eine allgemeine Einkommensteuer. Sodann ist auch hier die eigene indirecte Verbrauchsbesteuerung (Bier-, Weinststeuer, System der „Wirthschaftsabgaben“) beachtenswerth. Und in der Ausgestaltung der Communkörper (Amtskörperschaften, Gemeinden), in der Mitwirkung derselben bei der Erhebung der directen Staatssteuern, sowie in den Grundsätzen der Communalsteuerverfassung treten auch finanzwissenschaftlich bemerkenswerthe Eigenthümlichkeiten hervor.

a. Staatsbesteuerung.

§. 61. Erste Periode. Zeit der Errichtung des Königreichs und des Absolutismus (1805—1819). Auch für die württembergische staatliche Finanz- und Steuerverfassung ist gleich in der ersten absolutistischen Zeit des aus dem kleinen alten Herzogthum hervorgegangenen, durch die politischen Ereignisse von 1803 ff. auf das Doppelte der bisherigen Grösse (nach Flächenraum und Bevölkerung) angewachsenen Königreichs wenigstens insofern die Grundlage gelegt worden, als es zwar zu einer definitiven unificirenden Neugestaltung der überkommenen Besteuerung, wie in Baiern, noch nicht kam, aber wenigstens die politischen Voraussetzungen dafür durch die Vereinheitlichung des gesamten alten und neuen Staatsgebiets unter einem strengen und strammen absolutistischen Regiment geschaffen wurden. Rücksichtslos wurden die neuerworbenen, aus zahlreichen kleinen vorderösterreichischen, sonstigen fürstlichen, gräflichen, ritterschaftlichen, geistlichen, reichsstädtischen u. s. w. Nachbargebieten bestehenden Landestheile zu einer Einheit als sogen. „neu-württembergisches“ Gebiet, unter Hinwegsetzung über die bisherigen Verfassungsverhältnisse, zusammengefasst und die Verwaltung hier vereinheitlicht. Ebenso wurden aber auch die Consequenzen der erlangten Souveränität und Königswürde (1. Jan. 1806) alsbald in „Alt-Württemberg“ gezogen, die hier noch in stärkerer Bedeutung als meistens sonst in deutschen Landen erhalten gebliebene ständische Verfassung ausser Kraft gesetzt, die ständischen Cassen in Besitz genommen, das evangelische Kirchenvermögen mit dem Kammergut vereinigt, und die drei bisher streng getrennten Cassen, die herzogliche Kammercasse,

die landständische Steuercasse und der evangelische „Kirchenkasten“ mit einander zu einer einheitlichen Finanzverwaltung verbunden. Alsbald ward ferner im neuen Königsstaat das alte und neue Staatsgebiet zu einer staatsrechtlichen und administrativen Einheit zusammengeschweisst (18. März 1806). Es kam dieser Politik zu Gute, dass, nach neuen kleineren Gebietsveränderungen (1809, 1810), das einmal erlangte Staatsgebiet im Ganzen unverändert blieb und auch, im Unterschied zu Baiern, durch die Ereignisse von 1813—15 nicht neue Veränderungen erfahren hat.

S. über die Gebietserwerbungen u. s. w. Riecke, Verfassung, Verwaltung und Staatshaushalt Württembergs, 1882 (2. A. 1887), S. 9. Viebahn, Statist. d. Zölle v. Deutschland u. s. w. I, 13 ff. Württemberg umfasste 1792, fast ganz im schwäbischen Kreise, 166 Quadratmeilen, verlor die linksrheinischen Besitzungen (Mömpelgard u. s. w., 20 Qu.-M.), hatte 1812 354 Qu.-M. nach den verschiedenen Gebietsregulirungen (auch mit Baiern, Baden) erreicht, und trat mit diesem unveränderten Bestand in den Deutschen Bund und 1871 in das Deutsche Reich ein (Daten nach Viebahn).

Ueber die politischen Vorgänge auch Riecke, eb. S. 9, 23 ff., Gaupp, Staatsrecht W.s., in Marquardsen's Handb. (1884), S. 11 ff. In diesen Schriften, (besonders Riecke S. 169 ff.), dann in v. Reden's Fin.statist. I, 1. Abth. (1851), S. 162 ff., auch über die damaligen Finanzverhältnisse, mit Rückblicken bei Riecke auf die frühere Zeit. Weiteres in der werthvollen staatsrechtlichen (R. v. Mohl u. A.) und finanzwirthschaftlichen Litteratur, Herdegen, W.s. Staatshaushalt (1848), Hoffmann, württ. Fin.recht (1. B. 1857), Historisches und Statistik in den württ. Jahrbüchern, u. A. Jg. 1871, 1879). S. auch das amtl. statist. Werk „Das K. W.“, Finanz- und Steuergeschichtliches und besonders Statistisches auch vielfach in den Landtagspapieren, amtlichen Actenstücken u. s. w., auch noch den neuesten, unten zu erwähnenden, mit Rückblicken öfters bis in die Zeit der neuen verfassungsmässigen Regelung des Finanz- und Steuerwesens. Die Hauptpuncte der Entwicklung gut in Riecke's Schrift, auch mit den Angaben der einzelnen Gesetze.

In Alt-Württemberg war der Ertrag des reichen Kammerguts schon vor der Neugestaltung des Staats durch ältere indirecte Steuern, Zölle, Umgeld, Taxen und dann besonders durch ständische Steuerbewilligungen von Schatzungen, deren Ertrag in die Landschaftscasse floss, seit dem 15. Jahrhundert ergänzt worden.

Diese Schatzungen haben in der Form gewechselt, waren vornemlich directe Steuern, hatten sich aber bereits in der ständischen Zeit fest eingebürgert. Im 18. Jahrhundert haben die Haupttheile davon durch eine umfassende, langwierige Katasteroperation (1713—41) eine definitive Ausgestaltung zu einem System der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erhalten, wobei beachtenswerther Weise der Grundsteuer bereits der Character der Reinertragssteuer, der Gebäudesteuer derjenige der Werthsteuer (nach Kapitalwerth des Hauses), der Gewerbesteuer derjenige einer Besteuerung nach Merkmalen, aus denen man auf die Ergiebigkeit schloss, gegeben wurde. Nach diesem sogen. Landessteuerfuss wurde die bewilligte Steuersumme auf die Aemter repartirt, nicht aber auch in diesen auf die Gemeinden, noch in letzteren auf die einzelnen Steuerpflichtigen. Diese Endvertheilung erfolgte vielmehr hier nach Vereinbarungen und Gemeindebeschlüssen (Riecke S. 191). Jene Dreigliederung mit der Ausgestaltung der einzelnen Theile ist eine Einrichtung, an welche die Gesetzgebung von 1821 angeknüpft und welche sich in den Grundzügen so bis in die Gegenwart erhalten hat: der auch bei den jüngsten Reformplänen noch gern betonte „althistorische“ Character der württembergischen Besteuerung. Ausserdem hat auch die Accise zu den Landschaftssteuern gehört.

In der Epoche der Neugestaltung des Staats 1805 ff. kam es noch nicht zu einer allgemeinen Neuordnung des Steuersystems in Alt-Württemberg, und auch für Neu-Württemberg nur zu provisorischen Regelungen (1807). Von principieller Bedeutung war aber die unbedingte entschädigungslose Aufhebung aller Steuerfreiheiten und Privilegien, woran dann später auch in der Verfassung (§. 21) festgehalten wurde.

Zwischen den alten und neuen Landestheilen und den einzelnen Gebieten erfolgte bei der directen Besteuerung eine rohe Ausgleichung mittelst eines Vertheilungsschlüssels für ein Gesamtstaats-Steuerrcontingent (2.5 Mill. Gulden), ein Schlüssel, den man dadurch gewann, dass man sich an gewisse statistische Thatsachen, Zahl der Bevölkerung, Viehzahl, ländliche Flächengrösse, Gebäude, Gewerbebetriebe hielt (sogen. „Landesconcurrentzfuss“). Eine Acciseordnung und eine Stempel- und Taxordnung wurden 1808 erlassen, der Zoll als Grenzzoll eingerichtet, die ältere Form von Umgeld, Wirthschaftsabgaben, überhaupt die Mannigfaltigkeit der indirecten Steuern blieb im Ganzen noch, sie wurden aber ebenfalls 1807 gleichmässiger gestaltet. In der Kriegezeit traten 1808 ff. eine Kapitalsteuer, 1813 ff. eine allgemeine Vermögenssteuer dazu. Die um 1815 vorhandenen gewöhnlichen Steuern u. dgl. und deren Erträge zeigt folgende Uebersicht (nach Riecke S. 170).

Tab. 41. Württembergische Staatssteuern 1815 (in 1000 fl.)

Directe Steuern (Grund-, Gebäude-, Gewerbe-)	2.400	Zoll	440
Strassenbauabgaben	220	Accise	1.120
Zucht- und Waisenhausgefälle	76	Umgeld und Wirthschaftsaccise	750
Stammiethe	152	Tabaksaufgabe	210
Gestütsbeiträge	15	Salzsteuer	400
Pferdeverkaufconcessionsgelder	20	Import von Colonialwaaren	60
Summe directe Steuern und die anderen gen. Abgaben	2.883	Desgl. von ausländischem Wein	33
		Taxen, Sporteln, Stempel	350
		Summe: wesentlich indirecte Ver- brauchs- und Verkehrsabgaben	3.363
		Gesamtbetrag	6.247

Der Absolutismus ist, wie in Baiern und anderen Rheinbundstaaten, mit rauher Hand über die bisherigen Staatsgebilde und Verfassungsverhältnisse hinweggefahren und hat speciell in Alt-Württemberg mit seinen landständischen Traditionen viel böses Blut gemacht und schlimme Erinnerungen hinterlassen. Als, doch auch hier nur kurz dauernde, Uebergangsperiode, in welcher es galt, mit dem chaotischen Territorialgetrümmer des schwäbischen Kreises tabula rasa zu machen und den Boden für einen modernen Staat von doch wenigstens etwas grösseren Dimensionen und etwas besserer geographischer Configuration zu schaffen, erscheint jener Absolutismus indessen einer späteren historischen Betrachtung doch kaum vermeidlich. Durch diese unter der Gunst der politischen Umstände so erfolgreiche Annexionspolitik des neuen schwäbischen Königreichs wurde doch auch ein geographisch, nach vorherrschender Stammesart der Bevölkerung und wirthschaftlich einigermassen zusammengehöriges Gebiet zu Einem Staate vereinigt, dessen

Grenzen freilich gegen die deutschen Nachbarstaaten nach allen Seiten ziemlich willkürlich gezogen waren und geographisch und historisch Zusammengehörendes durchschnitten hatten. Um so weniger konnte ein solcher Staat, was gut war, dauernd eine grössere Selbständigkeit behaupten. Ein Mangel war es, dass der Absolutismus in der Steuerverfassung nicht mindestens schon soweit als in Baiern (§. 45, 46) Ordnung herbeigeführt hat. Hier blieb daher der folgenden constitutionellen Periode noch eine umfassendere Aufgabe übrig.

§. 62. Zweite Periode, vom Erlass der Verfassung 1819 bis zur Steuerreform von 1873. Noch während der lange sich hinziehenden inneren politischen Krisis, welche dann in der zwischen König und Ständen vereinbarten Verfassung von 1819 ihren Abschluss fand, war die Reform der directen Besteuerung durch die Einleitung einer Neukatastrirung der drei grossen Ertragsquellen, der Grundstücke, Häuser und Gewerbe, in ein Vorbereitungsstadium getreten (1818). Die neue Verfassung erwies sich dann, wie für das ganze Finanzwesen, so auch für die Besteuerung von ganz besonderer Bedeutung durch ihre grundsätzlichen Bestimmungen, welche in einigen Puncten mehr als in anderen neueren Verfassungen altlandständischen, gerade in Württemberg bis 1805 in Kraft geblieben gewesenen Principien und Einrichtungen entsprachen.

Die Verfassung hielt an der 1806 in der absolutistischen Zeit eingeführten staatsrechtlichen Einheitlichkeit des Staats, der alten und neuen Landestheile, unter Einer Verfassung fest (§. 1). Die Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, damit ausdrücklich auch die gleiche Theilnahme an den Staatslasten, soweit nicht die Verfassung Ausnahmen enthält, wurde ausgesprochen (§. 21), so auch der wichtige politische und Gerechtigkeitsgrundsatz der Besteuerung, die Allgemeinheit und Gleichmässigkeit, anerkannt (§. 23). Die in der absolutistischen Periode erfolgte Vereinigung des evangelischen Kirchenguts Alt-Württembergs mit dem Kammergute sollte wieder rückgängig gemacht, jenes Gut wieder ausgeschieden werden (§. 78), eine Bestimmung, die indessen, wesentlich mit wegen der practischen Schwierigkeiten nach der langen Verzögerung der Angelegenheit, nicht zur Ausführung gekommen ist. In Folge dessen fliessen die Erträge des ehemaligen Kirchenguts dauernd in die Staatscasse, die dafür aber auch mit der Tragung der betreffenden Ausgaben für die evangelische Kirche belastet geblieben ist (s. Riecke, S. 240 ff.). Unter den besonderen Bestimmungen über das Finanzwesen (Kap. 8 der Verfassung) sind auch für die Besteuerung diejenigen über das Kammergut wichtig. Dies umfasst die zum vormaligen herzoglichen Familienfideicommiss gehörigen und die vom König neu erworbenen Grundstücke, Gefälle und nutzbaren Rechte und wird vom sogen. Hofdomänen-Kammergut, das Privateigenthum der K. Familie ist (§. 108), unterschieden (§. 102). Es hat die Eigenschaft eines vom Königreich unzertrennlichen Staatsguts (§. 103), ist in seinem wesentlichen Bestande zu erhalten, nur mit Einwilligung der Stände mit Schulden und anderen bleibenden Lasten zu beschweren (§. 107), Bestimmungen, die aber auch für das — auch steuerpflichtige — Hofdomänengut trotz dessen abweichenden rechtlichen Characters gelten (§. 108). Der König erhält eine Civilliste (§. 104). Das Kammergut soll zwar für die persönlichen Bedürfnisse des Königs und der Mitglieder des k. Hauses dienen, doch sind die Civilliste und die Apanagen u. s. w. nicht darauf angewiesen. Bemerkens-

werth ist, dass später (1851, Gesetz vom 28. Dec.) ausdrücklich die auf Staatskosten gebauten Eisenbahnen zum Bestandtheil des Kammerguts erklärt worden sind, doch lasten die Zinsen und Tilgungen der Eisenbahnanleihen nicht auf dem Kammergut, sondern auf der Staatscasse überhaupt.

Für die Besteuerung kommen folgende Bestimmungen der Verfassung in Betracht, die zum Theil bemerkenswerthe Eigenthümlichkeiten enthalten. Soweit als möglich soll der Ertrag des Kammerguts auch den Staatsverwaltungsaufwand mit decken (§. 103). Ausdrücklich nur, soweit dieser Ertrag dazu nicht ausreicht, ist der Bedarf durch Steuern zu bestreiten. Diese erhalten damit auch im Staatshaushalt die Stellung eines subsidiären Hilfsmittels (§. 109). Sie können, ob es directe oder indirecte sind, nur mit Verwilligung der Stände ausgeschrieben und erhoben werden, wobei aber auch hier jetzt Bedingungen, welche nicht die Verwendung der Steuern unmittelbar betreffen, unzulässig sind (§. 113). Anerkanntes, wenn auch nicht theoretisch ganz unbestrittenes, Recht ist dabei, dass die Steuergesetze nur die Einrichtung der Steuern regeln, Ausschreibung und Erhebung aber erst durch das Finanzgesetz erfolgt¹⁾. Besonders eigenthümlich ist dann noch die Vorschrift der Verfassung (§. 115), dass „die verwilligten Steuern auf die Amtskörperschaften ausgeschrieben, von diesen sowohl auf die einzelnen Gemeinden, als auch auf die in keinem Gemeindeverbande stehenden Güterbesitzer — letzteres entspricht dem neueren Recht nicht mehr — vertheilt werden“. Die Amtspfleger haben dann die Steuern auf die Gemeinden umzulegen und die Beträge theils an die Staatscasse, theils an die unter ständischer Verwaltung stehende Schuldenzahlungscasse abzuführen (§. 116, 120). Diese Intervention der Amtskörper bei der Erhebung der Staatssteuern, eine alte Einrichtung, kommt bei der einen Hauptgruppe der directen Steuern, der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, zur Anwendung, und zwar heute noch, und hat zu der ferneren Eigenthümlichkeit geführt, dass diese Körper dem Staate und weiter die Gemeinden ihnen für die ihnen zufallenden Contingente der ausgeschriebenen Staatssteuern haften, sie, wie die Gemeinden, auch die Kosten tragen, eine heute seltene Einrichtung (s. Fin. II, §. 321).

Die württembergischen Steuern zerfallen staatsrechtlich in die „directen“ und „indirecten“, zu ersteren gehören nur die

¹⁾ S. Gaupp a. a. O., S. 217 und daselbst die abweichende Auffassung von Sarwey. Nur die Sportelgesetze werden anders behandelt. Ueber die formelle Art der Abgabenbewilligung in den Kammern s. auch Verf. Art. 181.

Ertrags- und sogen. Einkommensteuern, zu letzteren die übrigen, einschliesslich gewisser gebührenartiger und Verkehrssteuern. Bald nach Inkrafttreten der Verfassung kam es zu einer neuen gesetzlichen Ordnung zunächst der directen Steuern.

§. 63. Einzelnes. Die directe Besteuerung bis 1873. Diese hat schon damals im Wesentlichen die Ausgestaltung erhalten, welche sie noch gegenwärtig besitzt und nach dem Scheitern des Einkommensteuerplans (1899) auch noch bis auf Weiteres behalten wird. Später sind nur auf der angenommenen Grundlage Weiterentwicklungen und Abänderungen der einzelnen Steuern erfolgt. Das gilt doch selbst von der Reform von 1873 (§. 65). Die directe Besteuerung stellt danach schon seit 1821 ein ausgebildetes zweigruppiges Ertragssteuersystem, mit einer dreigliedrigen Realsteuergruppe, der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, von denen die letztere aber auch etwas Personalsteuercharacter mit hat, und mit einer zweigliedrigen, mehr personalsteuerartigen, aber doch auch den Ertragssteuercharacter im Wesentlichen bewahrenden Gruppe, einer Kapital- und Renten- und einer Dienst- und Berufseinkommen- (besonders Besoldungs-, Pensions-) Steuer dar, wozu noch eine Steuer auf die Apanagen tritt. Die erste Gruppe knüpfte näher an die bisherige Besteuerung, auch diejenige der alten Zeit (18. Jahrhundert) an und war die ordentliche directe Hauptsteuer, die zweite, die nur theilweise Vorläufer, so in zeitweiligen älteren Besoldungs- und Pensionsteuern, hatte, wurde neu hinzugefügt, in der Rolle einer Ergänzungssteuer, aber in der deutlichen Absicht, auf diese Weise die directe Besteuerung zu einem wirklichen, alle Erträge (bezw. Einkommen) umfassenden System auszubilden. Gerade dies ist das besonders Beachtenswerthe in der Gesetzgebung von 1820 ff., wenn das Ziel auch damals und solange noch nicht ganz erreicht wurde, als nicht alle liberalen und sonstigen Erwerbsarten, welche von den Steuern der ersten Gruppe und der Kapitalsteuer nicht erfasst werden, besteuert waren, was vollständig erst seit 1849 der Fall war. Württemberg hat damit früher als die meisten anderen, auch deutschen Staaten, wenigstens einen Hauptmangel der üblichen, auch noch der neueren „rationellen“ Ertragsbesteuerung, nemlich den, nur gewisse Ertragsarten, nicht alle, zu umfassen, behoben. Freilich ist auch auf diese Weise das völlig überhaupt nicht lösbare Problem einer allgemeinen gleichmässigen Ertragsbesteuerung doch nur ungenügend gelöst worden, die Incongruenz der Bestandtheile des ganzen

Ertragssteuersystems wurde nicht überwunden. Immerhin war aber doch wenigstens die Aufgabe überhaupt richtig erfasst und so nicht von vornherein das mobile Kapital und die rein persönlichen Arbeits- und Berufseinkünfte wie anderswo ganz steuerfrei gelassen oder nur völlig unzureichend mit besteuert.

Ein weiterer als besonders eigenthümlich beachtenswerther Punct war bei der ersten Steuergruppe deren Einrichtung als ein Repartitionssteuersystem, indem eine bestimmte Gesamtsteuer-summe, die im Finanzgesetz festzustellen war, nach festen Quoten, zunächst von 17, 4 und 3 Vierundzwanzigsteln, auf die drei Glieder der Gruppe, die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, vertheilt ward, worauf dann in der angegebenen Weise von den Amtskörperschaften und Gemeinden diese Quoten aufzubringen waren. Freilich war diese Feststellung der Quoten nur nach oberflächlichen Veranschlagungen erfolgt und führte in Folge der langen Unveränderlichkeit der Quoten (bis 1877) zu grossen Unzuträglichkeiten bei der Verschiedenheit der Entwicklung der drei Ertragsarten, was mit der späteren Erhöhung des Contingents (anfangs 2.4, später etwas weniger, in den 1870er Jahren 3.9 Mill. Gulden, zuletzt 6,686,000 M.) um so bedenklicher wurde. Aber ein Gedanke, welcher gerade für ein aus verschiedenen Gliedern bestehendes Ertragssteuersystem richtig und wichtig ist, liegt einer solchen Einrichtung doch zu Grunde¹⁾. Erst 1877 ist nach Maassgabe der neueren Katastrirungsergebnisse eine Veränderung der Quoten (auf $\frac{13}{24}$ und je $\frac{11}{48}$) erfolgt und erst 1887 die Repartitionsbesteuerung auch bei dieser Gruppe verlassen und zur (gleichmässigen) Quotitätsbesteuerung auch bei ihr übergegangen worden (§. 65).

Die Bemessungsgrundlage der ersten Steuergruppe war im Anschluss an die alt-württembergische Steuerverfassung (Kataster von 1713 ff.) bei den drei Gliedern eine verschiedene, bei der Grundsteuer der Reinertrag der Objecte, bei der Gebäudesteuer der Kapitalwerth, bei der Gewerbesteuer der in Kapitalgewinn und Arbeitsverdienst unterschiedene Arbeitsertrag. Anknüpfend an die seit 1818 eingeleiteten Katasterarbeiten sollte für die drei Steuern eine Katastrirung erfolgen, wonach sie auch wohl als „Katastersteuern“ der zweiten Gruppe, den „Fassionssteuern“ gegenübergestellt werden. Bei der Grundsteuer wurde aber zunächst nicht bis auf die einzelnen Besitzungen oder gar die einzelnen Grundstücke, sondern nur bis auf die Ortsgemarkungen zurückgegangen und deren Reinertrag nach Fluren und Gewänden abgeschätzt. Innerhalb der Gemeinden erfolgte die Vertheilung des Gemeindecontingents weiterhin nach den, sehr verschiedenen, örtlichen Normen: ein ferneres wesentliches Bedenken. Der Grundsteuer unterlagen neben den Grundstücken später auch die Grundgefälle (daher „Grund- und Gefällsteuer“). Die Vermessung und Katastrirung zog sich, trotz der Beschränkung der Abschätzung bloss auf die Ortsgemarkungen, bis 1840, ja zum Theil bis 1850 hin. — Die Gebäudesteuer umfasste alle Arten Gebäude in Städten

¹⁾ S. meine Abhandlung directe Steuern im Schönberg'schen Handbuch, 4. A., Bd. 3. S. 329.

und auf dem Lande nach demjenigen Werth, für den ein Haus zur Zeit der Einschätzung einen Käufer anschlagsweise finden würde. Aber die Einschätzung im Jahre 1823 blieb die einzige, alle später hinzukommenden Häuser wurden nach dem Werthe, den sie um jene Zeit gehabt haben würden, veranlagt, daher natürlich vielfach weit unter ihrem wirklichen Werth und wieder local und individuell und nach Zeitverhältnissen in sehr verschiedenem Maasse. Der gesammte Gebäudesteuerkatasterwerth blieb so hinter dem wirklichen ausserordentlich zurück. — Die Gewerbesteuer war eine Classensteuer mit vier Hauptabtheilungen von Gewerbebetrieben. Trotz der Bestimmungen des Gesetzes, Arbeitsverdienst und Kapitalgewinn getrennt zu ermitteln, wurde im Verordnungswege (1834) die Steuer zu einer solchen der Veranlagung nach äusseren Merkmalen auf Grund von Classentafeln hinübergebildet, und soweit Fassionen der Gewerbetreibenden über den Ertrag selbst benutzt wurden, sind diese Angaben notorisch viel zu niedrig gehalten worden. Ferner wurde auch hier schon im Jahre 1835 zum letzten Male allgemein eingeschätzt und neu hinzukommende Gewerbe wurden nach Analogie veranlagt, dabei notorisch grössere und mittlere Geschäfte günstiger als kleine. Schuldabzug fand bei keiner Steuer statt. Es konnte so die erste Hauptgruppe der directen Steuern doch nur als etwas sehr Unvollkommenes und in der Einrichtung und Ausführung der Besteuerung auf den alten Grundlagen immer mehr Veraltendes angesehen werden. Das Contingentirungs- und Repartitionssystem auf solchen Grundlagen musste daher völlig ungenügend ausfallen. (S. zur Kritik vielfach die Ausführungen Riecke's und in amtlichen Actenstücken, so Riecke's Aufs. die neuen württemb. Steuerkataster (von 1873) im Fin.arch. B. 5, bes. S. 321, 322, 326, 331, die minist. Denkschr. über Weiterbildung der directen Steuern (1895), u. A. im Fin.arch. Bd. 12, S. 685 ff.). Das Hauptgesetz ist das über provisorische Steuerkataster vom 15. Juli 1821. Dazu Gesetz über Landesvermessung u. s. w. vom 4. April 1828.

Die zweite Steuergruppe wurde schon durch Gesetz vom 22. Juni 1820 begründet, für die Besteuerung der Leih-, Kapitalzinsen, der Grundgefälle und Renten, der Besoldungen und Pensionen, aber mehrfach verändert (1821, 1836, 1848, 1849). Die Steuersätze haben gewechselt. Die Apanagen wurden 1821 mit für steuerpflichtig erklärt, bis 1830, dann von Neuem 1849 ff. Die Kapitalbesteuerung erfolgte nach dem Kapitalbetrag, auch ohne Schuldabzug, zuerst in dem hohen Satze von 20 Kr. von 100 fl. (bei 5 % Verzinsung $6\frac{2}{3}$ %), später in mässigeren (10, 12, seit 1836 6, d. i. 2 %, 1849 wieder 15 Kr.). Die Besoldungs- und Pensionssteuer liess einen kleinen Betrag steuerfrei (300, 1821 nur 100 fl.), begann dann 1821 mit $1\frac{1}{3}$ % für 100 fl. und hatte einen für den steigenden Einkommenzuwachs sich erhöhenden progressiven Fuss, der 1820 bei Beträgen über 4800 fl. schon 5, 1821 sogar $6\frac{2}{3}$ % betrug. später, 1830 ff., aber ebenfalls ermässigt und wiederholt verändert wurde, von 1836 an auf $\frac{3}{8}$ der Sätze von 1821. 1849 erfolgte auch hier eine Erhöhung der Sätze, von $\frac{1}{6}$ —12 %, bei den wieder besteuerten Apanagen sogar auf 20 %. 1836 wurde auch schriftstellerischer Erwerb steuerpflichtig, 1849 das Einkommen gewisser anderer liberaler Berufe und einzelner, sonst nicht von directen Steuern getroffener, so dass die Besoldungssteuer sich zu einer partiellen Einkommensteuer auf Berufe, bezw. Erwerbe ausser dem Grund-, Gebäude-, Kapitalbesitz und Gewerbebetrieb mehr und mehr erweiterte. Die Besteuerung der Kapitalien und Besoldungen u. s. w. beruhte auf der Fassionspflicht. Hiernach hatte diese Steuergruppe etwas Personalsteuerartiges, das bei den Besoldungssteuern u. s. w. in der Abstufung des Steuerfusses und der Freilassung ganz kleiner Einkommen noch mehr hervortrat. Aber durch ihre übrige Einrichtung stellen die betreffenden Steuern sich doch, wie in Baiern, als Glieder eines Ertragssteuersystems dar. Die tiefgreifende Incongruenz der Steuern der beiden Gruppen ist unverkennbar. (S. v. Reden, Fin.statist. I, 1. Abth., S. 205 ff., Riecke, Verf. u. s. w., S. 196, Denkschr. von 1895, im Fin.arch. B. 12, S. 696).

Eine Reform der Steuern der ganzen zweiten Gruppe, der sogen. „Fassionssteuern“, trat, mit als Rückschlag gegen die Maassregeln von 1849, bereits in dem neuen Gesetz vom 19. Sept. 1852 ein, das dann später wieder mehrfach Veränderungen erfahren hat. Die Steuergruppe ist dadurch systematisch zu einer directen Besteuerung der nicht durch die erste Gruppe getroffenen Erträge,

bezw. Erwerbsarten und Einkommen ausgebildet worden: ein richtiger Fortschritt zum Ausbau des ganzen Systems der directen Besteuerung. Die Fassionspflicht ist geblieben, durch Strafbestimmungen verschärft, aber die Fassion bildet ohne Weiteres die Grundlage der Veranlagung. Bei der jährlichen Erneuerung der letzteren ergibt sich doch wieder eine starke Incongruenz gegen die viel stabilere erste Steuergruppe, was sich bei solcher Verschiedenheit der Einrichtung nicht vermeiden lässt.

Der Steuerfuss wurde in den Finanzgesetzen festgestellt, analog dem ganzen Steuercontingent der ersten Steuergruppe, wonach sich dann bei deren drei Gliedern der Steuerfuss auch änderte. Der hohe Steuerfuss der Kapitalsteuer von zuerst 5 %₀, der Apanagen-, Dienst- und Berufseinkommensteuer von sogar 8 %₀ (1852) ist 1858 auf 4 %₀ für alle ermässigt, doch mehrfach wieder mit Zuschlägen versehen worden; seit 1894 ist er 4.8 %₀. Veränderungen des Gesetzes von 1852 im Jahre 1861, 1872, 1873, 1875 und bis in die neueste Zeit, so 1883, 1887, 1888, 1890. S. Einzelnes, auch statistische Daten bei Riecke a. a. O. auch in der gen. Denkschr. von 1895, Fin.arch. B. 12 S. 696 ff., in dem Aufs. von Schall, Fin.arch. B. 12, S. 9, 18. — Beachtenswerth ist noch, dass während die Apanagen und die Kapitalzinsen und Renten, diese ohne Abzug von Passivzinsen, voll besteuert werden, bei der dritten Abtheilung der Steuer von 1852, derjenigen vom Berufs- und Diensteynkommen, durch die Berechnung des steuerbaren Einkommenbetrags im Effect ein Degressivsteuerfuss angeordnet wird: vom Gesamteinkommen bis 850 M. wird nur $\frac{1}{10}$, vom Plus bis 1700 M. $\frac{2}{10}$, vom weiteren Plus bis 2550 M. $\frac{4}{10}$, vom fernerem Plus bis 3400 M. $\frac{8}{10}$ und erst vom noch höheren der volle Betrag besteuert. Derartiges Einkommen bis 350 M. ist überhaupt steuerfrei, Kapital- und Renteneinkommen wenigstens bei gewissen Kategorien von Personen und unter gewissen Voraussetzungen bis 500 M. ebenfalls (Gesetz vom 31. März 1887).

§. 64. Die übrigen Steuern. Geschichtlich hervorgegangen aus den älteren Zöllen, Umgeld, Accisen, Stempeln und Taxen haben solche Steuern zwar auch in Württemberg Vereinfachungen erfahren, und ein wichtiger Theil davon hat die Wandlungen durchgemacht, welche der Beitritt zum Zollverein (1834) und zum Deutschen Reich (1871) gerade bei diesen Steuern durch die Verwandlung in Zollvereinssteuern und Reichssteuern mit sich gebracht hat, aber Württemberg hat andere betreffende Steuern seit dem Beginn der constitutionellen Periode beibehalten und entwickelt und sich so eine wichtige eigene Steuerquelle erhalten, welche gegenwärtig im Gesamtertrage hinter dem Ertrag der directen Steuern und der im Etat erscheinenden Antheile an den Reichssteuern nicht viel zurücksteht. Die betreffenden Abgaben zerfallen in die sogen. Accise, die sogen. Wirthschaftsabgaben (einschliesslich der Bier- oder Malzsteuer), die Sporteln, Stempel, Gerichtsgebühren, einschliesslich der neuerdings, 1881, auch hier verselbständigten Erbschaftsteuer, endlich die Hundesteuer. Dazu kamen vor der Zollvereinsperiode die Grenzzölle, noch länger dauernd andere Zollgefälle (Wasser-

zölle u. a. m.), anfangs auch noch eine Tabakauflage und eine Strassenbauabgabe, und bis 1868 die eigene Salzsteuer in der Monopolform.

Die sogen. Accise ist nach dem in Württemberg eingebürgerten (seit 1638) und (wie auch noch in Baden) verbliebenen Sprachgebrauch zwar früher auch ein System der Verbrauchsbesteuerung gewesen, doch gehörten zu ihr auch andere Abgaben, namentlich Verkehrssteuern, und unter diesen vor Allem eine Abgabe vom Grundbesitzwechsel unter Lebenden durch Kauf- und Tauschverträge, die sogen. „Liegenschaftsaccise“.

Im Jahre 1808 wurde die Accise als ein System von Abgaben von Geschäften und Handlungen des inneren Verkehrs, in Anknüpfung an den Umsatz, auszubilden gesucht, im Unterschied zum Grenzzollsystem. In dem die Materie regelnden Gesetz vom 18. Juli 1824 war diese Behandlung der Sache noch festgehalten, die Accise nur auf 8 Kategorieen beschränkt worden. Nachdem die anderen, meist Verbrauchssteuern darstellenden Accisen dieses Gesetzes aber fast alle später fortgefallen sind, ist die Liegenschaftsaccise das bei Weitem wichtigste Hauptglied der noch bestehenden Accisen geworden, mit dem Normalsatz von 1 % des Werths, nebst im Finanzgesetz öfters bestimmten Zuschlägen. Ausser ihr bestehen noch staatliche „Accisen“ von Lotterien, ferner von Theatern und ausgestellten Seltenheiten, eine Art der sonst wohl sogen. „Lustbarkeitssteuern“. Die sonstigen Specialaccisen des Gesetzes von 1824 sind beseitigt worden, so die von „Fahrnissversteigerungen“, Wein und anderen Getränken, Schlachtvieh, Fleisch, Holz, vermischten Artikeln (alle 1833 bzw. 1836), von Markt- und Handelswaaren ausländischer Kaufleute (1873). Die Weinbesteuerung erfolgt jetzt ganz im Rahmen der Wirthschaftsabgaben. (S. v. Reden a. a. O. S. 211, Riecke, Verfass., S. 201 ff.).

Die „Wirthschaftsabgaben“ sind aus dem uralten Umgeld in Alt- und Neu-Württemberg hervorgegangen und haben sich im neuen Königreich von der absolutistischen Zeit an durch die Gesetzgebung der constitutionellen Aera der 1820er Jahre und später zu einem eigenthümlichen System der Getränkebesteuerung, beim Wein und Obstwein in Form einer Besteuerung der Consumption in Wirthshäusern, entwickelt.

Regelung schon 1807, nicht recht gelungener Versuch mit einem Repartitionssystem (1821—27), neue Ordnung durch Gesetz vom 9. Juli 1827. Hier bildete die Grundlage eine zugleich gewerbepolizeiliche Tendenzen verfolgende Concessionspflichtigkeit der Wirthschaften und der betreffenden Productionsstätte (von Bier, Branntwein, Essig), mit Anknüpfung von bezüglich gebührenartigen Abgaben (Concessionsgeld, Recognitionsgeld). Dies mit der Gewerbepolitik in Verbindung stehende System wurde indessen später beseitigt (1855), die damit verbundenen Abgaben sind aber als Sporteln in das Sportelgesetz von 1881 übergegangen. Nur der Weinausschank ist jetzt noch concessionspflichtig. Der finanzielle Schwerpunkt lag von Anfang an durchaus in der eigentlichen Getränkesteuer, besonders von Wein (und Obstwein) und Bier. Die Abgabe vom Essig (Ausschank) ist 1849 gefallen.

Die Wein- und Obstweinsteuer, dem alten Wein-Umgeld in dem Wein- und Obstlande entsprechend, ist, wie die französische Einzel-(Detail-)abgabe (Fin. III, §. 257) eine Steuer nur vom Wirthshausconsum (und vom Weinverkauf im Kleinen, bis

20 l.), bemessen nach dem Werth, d. h. dem Ausschankpreise des Weins, in wechselnder Höhe, anfangs 15 ‰, später niedriger, seit 1868 11 ‰, (Max. 11 Pf. vom Liter nach Zollvereinsvertrag), mit der Hauptform der Erhebung mittelst Accorden mit den Wirthen und, in Ermangelung solcher Accorde, mit der Nebenform der unmittelbaren Keller- und Consumcontrole (sogen. Abstichcontrole). Die ungleiche Behandlung des Wirthshaus- und des privaten Hausconsums, daher der betreffenden Consumenten, bleibt neben der auch im Accordsystem doch vorhandenen Belastung und Belästigung der Wirthe ein principiell und practisches Bedenken dieser Besteuerungsweise und, wie in Frankreich, hat es nicht an mancherlei Klagen und Reformplänen gefehlt. Die Beschränkung der Steuer auf den Wirthshausausschank und Kleinabsatz hat aber anderseits wesentliche steuertechnische Vorzüge, welche in einem Lande erheblichen Wein- und Obstweinbaues und Consums in allen Volkskreisen für diese Steuer ins Gewicht fallen und sie namentlich neben der Bier- und Branntweinsteuer und weil sie einmal besteht und durch lange Gewöhnung eingebürgert ist, auch als Staatssteuer rechtfertigen möchten. Reformwünsche der Wirthe, so noch 1891, sind nicht durchgedrungen.

S. v. Reden a. a. O. S. 212 ff., Riecke, Verfass., S. 207 ff., bes. 210, auch Württ. Jahrb. 1871. Ueber die Weinsteuer speciell Schubert, Fin.arch. 1896, B. 13, S. 665 ff., v. Heckel, Art Weinsteuer im H. W. B. d. St. VI, 663, v. Mayr dgl. im Wörterb. d. Verwalt. II, 922, ders. Tüb. Ztschr. B. 47, 1891, über württ. Steuerreformen, S. 274.

Die Bierbesteuerung hat seit dem genannten Gesetz von 1827 in der Form der Malzsteuer eine ähnliche Entwicklung wie in Baiern (S. 167 ff.) genommen und ist dem Ertrage nach jetzt bei Weitem die wichtigste unter den Wirthschaftsabgaben geworden. Auch hier schliesst sich die Besteuerung an den Act des Schrotens in der Mühle an. Surrogate sind zugelassen. Die Steuer wurde früher nach dem Maasse, seit 1872 nach dem reinen Gewicht bemessen. Zur Controle dienen bisher nicht wie in Baiern mechanische Zählwerke. Der Steuersatz wird im Finanzgesetz festgestellt und hat allmählig Erhöhungen erfahren, besonders 1881 um fast 50 ‰ (10 M. für 100 kg. ungeschrotenes Malz). Die frühere Unterscheidung im Steuersatz zwischen eingesprengtem und trockenem Malz hat seit 1852 aufgehört. Jüngst (1893, 1895) hat, wie in Baiern, eine Abstufung des Steuerfusses, eine Ermässigung für die kleinen, eine Erhöhung für die Grossbrauereien stattgefunden. Zur inneren Steuer tritt die Uebergangsabgabe von fremdem Bier.

Was über die privilegierte Stellung, welche Baiern mit seiner eigenen Biersteuer im Deutschen Reiche einnimmt, oben (S. 167) gesagt wurde, gilt ebenso von Württemberg.

Die Gesetze sind: vom 8. April 1852, 12. Dec. 1871, 28. April 1893, 8. Juli 1895. Nach Baiern hat Württemberg die stärksten Kopferträge der Biersteuer, etwa $\frac{3}{4}$ der bayerischen, fünfmal so hohe als Norddeutschland. S. Riecke, Verfass. u. s. w. S. 211, Mayr, Art. Biersteuer im H. W. B. d. St. II, 577 ff., v. Mayr, Art. Brausteuer im Wörterb. d. Verw. I, 243, u. Erg.bd. III, 51, Schubert, Fin.arch. B. 13, S. 648 ff.

Die Branntweinsteuer ist unter den eigenthümlichen Productions- und Consumtionsverhältnissen des Landes unbedeutend geblieben. Im genannten Gesetz von 1827 war das zur Branntweinbereitung verwendete Malz mit durch die allgemeine Malzsteuer getroffen, woneben noch eine eigene Fabrikationssteuer und eine Ausschankabgabe (wie bei Wein) bestand. Durch Gesetz vom 19. Sept. 1852 ging man zur Maischraumsteuer und für nicht-mehlartige Stoffe zur Materialsteuer mit niedrigen Sätzen über, mit Beibehaltung einer abgestuften Schanksteuer (Kleinverkauf). Erstere Steuerart fand aber in der Productionsart und in den Gewohnheiten des Landes vielen Widerstand. Sie wurde durch Gesetz vom 21. Aug. 1865 wieder zu Gunsten der Malzsteuer, in gleicher Weise wie bei Biermalz, verlassen. Die übrige Brennerei blieb frei, nur die Abgabe vom Kleinverkauf blieb bestehen. Später erfolgte, wie in Norddeutschland, Baiern, durch Gesetz vom 28. Mai 1885 die Einführung der Fabrikatsteuer mit Modificationen und 1887 auch in Württemberg der Anschluss an das allgemeine deutsche Steuersystem.

S. Riecke, Verf., S. 212, ders. in Fin.arch. B. 2, 1885, S. 1010 ff., J. Wolf, Branntweinsteuer, 1884, S. 97, ders. in Fin.arch. B. 4, 1887, S. 350 ff., ders. im H. W. B. d. St. II, 725 Art. Branntweinsteuer, v. Mayr, im Wörterb. d. Verw. I, 235.

Die Sporteln, Stempel, Gerichtsgebühren u. dgl. umfassen, wie in anderen Ländern, wirkliche Gebühren- und Verkehrssteuern, zu denen dann noch die schon genannte Liegenschaftsaccise tritt, welche finanziell so wichtig ist, als alle diese anderen Abgaben zusammen genommen.

Die älteren Gesetze (14. Nov. 1808, besonders das verschiedenerlei Abgaben vereinigende allgemeine Sportelgesetz vom 23. Juni 1828) sind erst nach der Reform der directen Steuern von 1873 und unter dem Einfluss der Reichsgesetzgebung durch neuere ersetzt worden, besonders durch das allgemeine Sportelgesetz vom 24. März 1881 und 14. Juni 1887, dazu, an Stelle früherer Gesetze, das Gesetz vom 8. Juni 1883 über Notariatssporteln. S. v. Reden a. a. O., S. 212, Riecke, S. 204 ff., Gaupp, S. 284, Art. Gebühren und Stempel im Wörterb. der Verw. von v. Mayr und Jacob, I, 471, II, 548.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer beruht auf Gesetz vom 24. März 1881, nebst Novelle vom 3. April 1885, dazu eventuell Bestimmungen in den Finanzgesetzen. Vorher bestanden bereits Erbschafts- und Vermächtnissabgaben (1808) für weitere Seitenverwandte (vom 3. Grad an) und Nicht-Verwandte. Das besonders Beachtenswerthe in der neuen Gesetzgebung ist die weitere Ausdehnung der Erbschaftssteuerpflicht auf andere Verwandte, namentlich auf Ascendenten, Eltern und Grosseltern in verschiedenen Steuersätzen, auf Geschwister und die Erhöhung der Sätze auch für die bisher schon steuerpflichtigen Fälle, Minimum 2 ‰, Maximum 6 ‰.

S. Rieke, S. 206, Gaupp, S. 285, Art. Erbschafts- und Schenkungssteuer von v. Mayr im Wörterb. d. Verwalt. I, 362 ff., II, 406, Schanz im Fin.arch. II, 876 ff., XV, 639 ff., Statistisches und Vergleichen.

Die Hundeaufgabe bestand als Staatssteuer 1809—18, dann von Neuem seit 1824.

Sie beruht jetzt auf Gesetzen von 1852, 1874, 1875 und für Zuschläge (1 M.) für den Staat auf Finanzgesetzen. Einheitlicher Normalsatz ist jetzt 7 M. Die Hälfte des Ertrags von letzterem fällt an die Ortsarmencasse der Gemeinde. S. Rieke, S. 504, Gaupp, S. 285.

Das in der absolutistischen Zeit begründete einheitliche Grenzzollsystem des ganzen neuen Staatsgebiets fand eine principiell wichtige Erweiterung durch den Handels- und Zollvertrag mit den hohenzollernschen Fürstenthümern vom 28. Juni 1824, wodurch das durch diese Lande sehr gestörte Zollgebiet erwünscht arrondirt wurde. Als eine Zollvereinigung unter selbständigen Staaten, wobei der kleinere das Zollgesetz des grösseren annahm, diesem die Zollverwaltung überliess, und wobei zur Theilung der Erträge die Bevölkerungsgrösse zu Grunde gelegt wurde, war die Sache auch von allgemeinerer Bedeutung. Nachdem dann die Bestrebungen Baierns und Württembergs, einen wesentlich süddeutschen Handels- und Zollverein unter den betheiligten Staaten zu bilden, gescheitert waren, kam es zu dem schon oben (S. 149) erwähnten baierisch-württembergischen Verein vom 18. Jan. 1828, wesentlich auf der Grundlage des baierischen Zollgesetzes und Tarifs, welcher neben den absichtlich nicht ganz niedrigen Finanzzöllen, auf Colonialwaaren u. s. w., mässige niedrige Schutzzölle enthielt. Aus dem späteren Vertrag vom 21. März 1833 zwischen diesem baierisch-württembergischen und dem preussisch-hessischen Verein ging dann von 1834 an der deutsche Zollverein hervor. Der erstere Verein nahm dabei Zollverfassung und Tarif, diese mit einigen Ermässigungen der Sätze (Woll- und Baumwollwaaren, Gewürze,

Südfrüchte, Schwefel, Kupfer, Blei) an. Seitdem gilt die Zoll- und Steuergesetzgebung des Zollvereins und später des Deutschen Reichs auch für Württemberg.

S. Viebahn, Statistik u. s. w. I, 155 ff., Weber, Zollverein, S. 44, 48 ff., v. Reden, S. 208, Fischer, Wesen u. s. w. eines Zollverein, in Hildebrand's Jahrb. II, 1864, passim S. 355 ff.

Die Tabakbesteuerung hat manchen Wandel durchgemacht.

Im Jahre 1808 wurde, nachdem in Alt-Württemberg ein früheres Tabakmonopol schon 1770 gefallen war, ein Regal des Tabakhandels eingeführt, 1813 weiter ausgebildet, 1821 aber durch eine Auflage vom Tabakhandel ersetzt. Auch diese wurde in Folge des Zollvereins mit Baiern 1827 beseitigt. Ein Salpeterregal entfiel 1821, ein Kalendermonopol 1849 (v. Reden, S. 215).

Die staatlichen Chaussee-, Wege- und Brückengelder waren 1820 aufgehoben worden, ebenso die Beiträge der Gemeinden zur Erhaltung der Staatsstrassen an die Staatscasse. An Stelle der ersteren traten dagegen directe Abgaben der Besitzer von Zugvieh und Schafen, die 1821 neu geregelt wurden (sogen. Strassenbau-Abgaben, bezw. Chausseegeld-Patentabgaben). Auch sie fielen in Folge des Zollvereins mit Baiern fort.

S. v. Reden, S. 217.

Das Salzmonopol, seit 1807 im neuen Staate gleichmässig durchgeführt, sicherte dem Fiscus in der Form des Handelsmonopols den Alleinverkauf aus erster Hand, unter Verbot der Privateinfuhr, wobei die Gemeinden Salzkleinverkäufer aufzustellen hatten, die im ganzen Lande feste gleiche Preise innehalten mussten. Es bestand bis zum Uebergang der Einzelstaatsregale in die gemeinsame Salzsteuer des Zollvereins und Deutschen Reichs (1868).

S. v. Reden, S. 104.

Wie in Baiern und Baden liegt der Schwerpunkt der eigenen indirecten Verbrauchsbesteuerung Württembergs in der starken Bierbesteuerung, die dann hier in der Weinststeuer eine an sich, bei den Consumverhältnissen des Landes, richtige und finanziell nicht unwichtige Ergänzung findet. Bei der gleichmässigen Theilnahme Württembergs an den Reichszöllen und inneren Verbrauchs- und Verkehrssteuern, mit Ausnahme der Biersteuer (und der Reichspost- und Telegraphenüberschüsse), nimmt Württemberg so aber wie Baiern und Baden eine privilegierte finanzielle Stellung im Reiche ein. In Betreff dieser gilt das oben von Baiern Gesagte auch hier und wegen der eigenen inneren Weinststeuer des Landes eigentlich noch mehr.

Die Thurn und Taxis'sche Post war nach der Errichtung des Königreichs einseitig aufgehoben und vom Staat übernommen, 1818 aber restituirt worden. Sie

ging dann 1851 vertragsmässig von Neuem vollständig an den Staat über und ist, wie in Baiern, nebst der Telegraphenverwaltung nach den Versailler Verträgen bekanntlich dem Staate Württemberg verblieben.

§. 65. Dritte Periode, von der Steuerreform von 1873 bis zur Gegenwart. Die Reform von 1873 beschränkt sich auf die directe Besteuerung und zwar auf die erste, die dreigliedrige Realsteuergruppe (S. 208) derselben, oder die sogen. „Katastersteuern“. Aber bei der immerhin hervorragenden Bedeutung dieser Reform, trotzdem an der alten Grundlage festgehalten und die bisherige Besteuerung darauf erst weiter entwickelt wurde, kann man hier doch in gewissem Sinne von einer neuen „Periode“ in der Geschichte der Staatsbesteuerung sprechen. Erst der geplante Umbau der directen Besteuerung durch Hinzufügung einer allgemeinen Einkommensteuer würde allerdings zu einer förmlich neuen „Epoche“ in dieser Geschichte geführt haben. Da er leider schliesslich doch noch gescheitert und so diese tiefer greifende Reform wenigstens bis auf Weiteres vertagt ist, lässt sich vom wirklichen Beginn einer neuen vierten Periode, am Schluss des 19. Jahrhunderts, noch nicht reden, oder eigentlich einer dritten Periode, da es dann richtiger wäre, die ganze Zeit von 1819 bis 1899 als eine einzige, weil keine wirklich Epoche machende Umgestaltung der Besteuerung enthaltende Periode, zusammen zu fassen. Die weniger bedeutsamen Veränderungen der übrigen Steuern auch nach 1873 bis zur Gegenwart sind des Zusammenhanges wegen gleich im vorigen §. 64 mit angegeben worden.

Das Gesetz vom 28. April 1873 hatte sich die Aufgabe gestellt, endlich für die drei Steuern, die Grund- (und Gefäll-), die Gebäude- und Gewerbesteuer definitive und richtige Kataster zu erlangen. Nach diesen sollte sowohl das Verhältniss dieser drei Steuern zu einander, als dasjenige der einzelnen Ertragsobjecte jeder einzelnen Steuer gleichmässig gestaltet werden, möglichst so, dass das Repartitionssystem durch das Quotitätssystem ersetzt und zugleich ein gleicher Steuerfuss für die drei Steuern bestimmt werden könne. Diese Ziele sind zwar nicht sofort und auch später nicht ohne Widerspruch nach Vollendung der Katasterarbeiten erreicht worden. Man hielt zunächst doch noch das Repartitionssystem fest, veränderte aber die Quoten der drei Steuern auf $\frac{13}{24}$ und je $\frac{11}{48}$ (1877, s. o. S. 211) und einigte sich schliesslich nach langen Debatten im Landtage auf einen gleichmässigen Steuerfuss

von 3.9 % für den steuerpflichtigen Ertrag jeder der drei Steuern, nachdem man zu diesem Zweck, um eine vergleichbare Ertragsgrösse auch bei der Gebäudesteuer zu gewinnen, eine gleich hohe steuerbare Rente von 3 % vom Kataster-Kapitalwerth dieser Steuer für das ganze Land gesetzlich festgesetzt hatte (1887).

Die Kataster gelten als besonders vollkommene und wohl mit Recht, nur dass sie eben doch die immanenten Mängel aller solcher Ertragssteuernkataster besitzen, auch der Gebäudesteuer als einer Werthsteuer und der Gewerbesteuer nach ihrer eigenthümlichen principiellen Construction und Durchführung noch spezifische Mängel ankleben. Deswegen konnte auch die Besteuerung nach diesen Katastern, die Annahme eines gleichen Steuerfusses bei der nunmehrigen Quotitätsbesteuerung — wie freilich jedes so und so verschiedenen Fusses nicht minder —, ferner das sich so ergebende Verhältniss dieser zu der zweiten, der Personal- und Fassionsteuergruppe der directen Steuern, wieder nur zu nicht recht befriedigenden Ergebnissen führen. In der Anerkennung der Nothwendigkeit, zur allgemeinen Einkommensteuer überzugehen und die Katastersteuern nebst der Kapitalsteuer nur theilweise daneben beizubehalten, wie in dem Reformplan von 1895 ff. (§. 67 u.), ist das auch zugestanden worden.

Die neue Vertheilung des Gesamt-Ertrags unter die drei Katastersteuern, welche schon 1877 durch Veränderung der Quoten, 1887 durch Annahme des gleichen Steuerfusses herbeigeführt worden ist, hat zu einer wesentlichen absoluten und relativen Verminderung des Betrags der Grundsteuer und Erhöhung desjenigen der Gebäude- und besonders der Gewerbesteuer geführt: gewiss an sich und in dieser Richtung eine richtige, wie den Katasterergebnissen, so der thatsächlichen Entwicklung der betreffenden Erträge entsprechende Veränderung. Aber ob diese das richtige Maass traf, bei der Belastung der drei steuerpflichtigen Ertragsarten unter einander, des zu einer jeden gehörigen Individualertrags insbesondere und auch zwischen der ganzen Kataster- und der Fassionsteuergruppe bleibt eben sehr fraglich und darf wahrscheinlich nicht bejaht werden. Eben deshalb kann doch trotz der relativen Vorzüglichkeit der Kataster das wesentlich darauf aufgebaute, durch die Fassionsteuern an sich richtig ergänzte directe Steuersystem Württembergs auch in der 1877 und 1887 erreichten Einrichtung und Ausgestaltung nicht eben günstig, zumal als Staatsbesteuerung, beurtheilt werden. Die richtige Gleichmässigkeit der Besteuerung

garantirt es nicht. Es ist, wie ich es schon früher beurtheilt habe, „gewiss ein vielfach im Einzelnen ingeniöses, nur sehr complicirtes und in seiner Combination auch noch in seiner neuesten Gestalt doch willkürliches Besteuerungssystem, dem die ausgleichende Function einer allgemeinen Einkommensteuer fehlt“. Die mancherlei, bei einem solchen System im Ganzen, wie in seinen einzelnen Gliedern, hier zumeist wohl bei der Grund- und Gewerbesteuer unterlaufenden, wenn auch unvermeidlichen Fictionen und Conjecturen neben den principiellen Mängeln, wie der Nicht-Berücksichtigung der Schulden u. a. m., lassen m. E. kein anderes Urtheil zu.

§. 66. Einzelnes. Vgl. meine Ausführungen in der Abh. directe Steuern im Schönberg'schen Handb., 4. A., III, 1, Abth., S. 291, 316—322. Ueber die 1873er Gesetzgebung Riecke, Verfass., S. 192, ders. in Fin.arch. B. V, S. 320 ff., über die neuen württemb. Steuerkataster, dazu Schanz in Fin.arch. I, S. 389 ff., Riecke, Bericht (aus der Fin.commiss. der Kammer der Standesherrn) 1891 über die Steuern Fin.arch. VIII, 416 ff. passim, Schall, Beiträge zur Reform der directen Steuern in Württemberg, eb. XII, bes. S. 14 ff., v. Mayr, Tüb. Ztschr. Bd. 47, 1891, S. 257 ff., minist. Denkschr. v. 1895, Fin.arch. XII, bes. S. 687 ff., Neumann, pers. Steuern u. s. w., 1896 passim. Die ständ. Actenstücke und Verhandlungen über die Steuerreform 1895 ff., u. A. besonders die eine gute Uebersicht der ganzen Angelegenheit bietenden grossen Berichte in der Kammer der Standesherrn 1898, so über die Weiterbildung der directen Steuern (v. Zeyer, 2. Mai 1898), über die Abänderung des Gesetzes von 1873 (v. Gaupp, 21. Mai 1898), über die Einkommensteuer (verschiedene Referenten, 2. Mai), über die Kapitalsteuer (v. Hess, 2. Mai), alle mit statistischen Daten und Beiträgen zur Kritik der bestehenden Ertragssteuern. Das Ganze mit das Lehrreichste in neueren parlamentarischen Verhandlungen über die Frage: Ertragssteuern oder Personal- (bes. Einkommen-) Steuern. Für die Reform von 1873 muss auf das Gesetz selbst (vom 28. April 1873) und die obige Litteratur, besonders die Arbeiten von Riecke verwiesen werden, Hier nur noch zur Ergänzung des Textes Einiges über wichtigere Einzelheiten.

Bei der Grundsteuer war das Wichtigste der Uebergang von der bisher nur nach Fluren und Gewänden erfolgten Abschätzung der ganzen Ortsgemarkungen zur Abschätzung des Reinertrags der einzelnen Grundstücke nach Culturarten und Classen in jeder Gemarkung, also vollständiges Parcellar-Reinertrags-Kataster. Nach den eigenthümlichen Bestimmungen des Gesetzes über die Reinertragsberechnung, besonders über die abzuziehenden Bebauungskosten, ergibt sich, dass nur ein Theil des wirklichen Reinertrags des Bodens von der Steuer getroffen wird, u. A. auch der Werth der eigenen Arbeit der selbstwirthschaftenden Besitzer, weil grossentheils zu den „Kosten“ gerechnet, eigentlich steuerfrei bleibt. Ein Punct von Bedeutung für die Fortführung der Steuerreform (s. u. A. Neumann a. a. O. S. 153 ff.). — Bei der Gebäudesteuer wurde an dem fragwürdigen Princip der Einschätzung nach dem Kapitalwerth, d. h. nach dem zur Zeit der Katastrirung schätzungsweise anzunehmenden Verkaufswerthe festgehalten: vollends bei der Ausdehnung der Steuer auf die ländlichen und die Wirthschafts- und gewerblichen Gebäude eine unsichere Methode. Die Annahme eines gleich hohen, mässigen Zinsfusses, 3 $\frac{0}{10}$, als des steuerpflichtigen Ertrags dieser Gebäude, war nur eine weitere Fiction (Gesetz vom 6. Juni 1887), welche, da hiernach auch betreffende Abzüge für Gebäudekosten bei der Einschätzung zur Grundsteuer erfolgten, auch noch auf letztere weiter wirkt. — Bei der Grund- und Gebäudesteuer erfolgt keine Berücksichtigung der Schulden und auch nicht der Höhe der individuellen Gesamterträge der einzelnen Objecte, bezw. Besitzeinheiten und Steuer-subjecte, der Steuerfuss ist für alle der gleiche. Diese Steuern haben den Ertragssteuercharacter so festgehalten.

Anders bei der Gewerbesteuer, die doch mehr in eine Personalsteuer hinübergebildet worden ist, theils im Gesetz selbst, theils in der Praxis der Verwaltung beim Einschätzungsverfahren, freilich immer noch in schematischer Weise

und ebenfalls unter Mitankwendung von Fictionen. An dem älteren Princip, Trennung des persönlichen Arbeitsverdienstes und des Ertrags des Betriebskapitals, wird zwar festgehalten, wobei absichtlich ersterer mehr als ein Dienst- und Berufs-, letzterer als ein Zinseinkommen, bezw. analog der Grundrente aufgefasst werden sollte. Für die Betreiber von stehenden (übrigens auch von Wander-)gewerben besteht Fassionspflicht. Insbesondere ist Zahl und Gattung der Gehilfen, Höhe des mittleren Betriebskapitals ohne Schuldabzug, eventuell hier unter Benutzung amtlicher Classentafeln, anzugeben. Die Angaben sind dann amtlich zu prüfen und von der Schätzungscommission wieder nach Classentafeln der persönliche Arbeitsverdienst und der Ertrag des festgestellten Betriebskapitals, in Procenten der letzteren, anzugeben. Dabei bleiben aber Gewerbe mit einem Betrag bis 700 M. Betriebskapital von dieser gewerblichen Kapitalsteuer frei und für den Arbeitsverdienst besteht eine degressive Steuerscala insofern, als in derselben Weise wie bei der Berufs- und Dienstinkommensteuer (o. S. 211) bis zu 3400 M. nur gewisse Quoten als steuerbar gelten. Hierin liegt die Anerkennung einer principiellen Gleichartigkeit des gewerblichen Arbeitsverdienstes mit anderem persönlichen Arbeitseinkommen und der principiellen Verschiedenheit vom gewerblichen Kapitalertrag. Alles, wie ich es ebenfalls schon a. a. O. sagte (Schönb. Handb., S. 394), „ja principiell richtig, practisch ist aber doch nur auf Grund vielfach willkürlicher Fictionen eine solche Scheidung möglich, eigentlich hier vollends Alles reiner Schematismus und Formalismus und zufälligste Gestaltung im Schlusseffect“. Dass sich das practisch herausstellt und man es einsah und dann demgemäss handelte, ergibt sich auch aus der Thatsache, die die amtliche Denkschrift von 1895 selbst hervorhebt (Fin.arch. B. 12, S. 688): „In der Praxis wird allerdings bei der Einschätzung meist anders verfahren, zuerst auf den Reinertrag im Ganzen geschätzt — und werden dann erst die Antheile festgestellt, welche auf Arbeitsverdienst und Kapitalertrag fallen“ — (s. überhaupt diese Denkschr. eb. S. 687 ff., 739, auch 740, wo mir persönlich gegenüber betont wird, dass die württembergische Gewerbesteuer von 1873 eigentlich wie die preussische von 1891 wesentlich nur nach Einkommenbeträgen die Gewerbe unterscheidet, von meiner Be- und Verurtheilung der Classengewerbsteuer [Schönb. Handb., S. 389 ff.] daher eigentlich nicht mehr getroffen werde, ferner Riecke, Fin.arch. Bd. 5, S. 326 ff.).

Nach Beendigung der Katasterarbeiten bei der Gebäude- und Gewerbesteuer wurden dann bei diesen die neuen Kataster zur Erhebung der Steuern benutzt (1877), doch, gegen den Antrag der Regierung, welche bereits den Steuerfuss für diese beiden Steuern in festen Quoten hatte bestimmen wollen, noch an dem Repartitionssystem festgehalten. Bei der damals gleichzeitig erfolgten Erhöhung des Gesamtcontingents der drei Steuern der ersten directen Steuergruppe, von 6.685 auf 8.723 Millionen M., wälzte man aber diese Mehrbelastung auf Grund der neuen Katasterergebnisse ganz den genannten beiden Steuern zu, so dass die Quote der Grundsteuer entsprechend sank. Es geschah dies, wie oben schon bemerkt, noch in der Form der Neuregelung der Vierundzwanzigstel, indem die Grundsteuer von $\frac{17}{24}$ auf $\frac{13}{24}$ ermässigt wurde. Danach fiel von der erhöhten Summe auf diese Steuer 4.725, auf die Gebäudesteuer 1.999, auf die Gewerbesteuer ebenfalls 1.999 Mill. M. Nach Vollendung des Grundsteuerkatasters wurde dann 1887 diese Form der Repartition verlassen und nach langen Erwägungen und nach Ablehnung mancher anderen Vorschläge für die Vertheilung und die Steuerfüsse wurde die gleich hohe Steuerquote für alle drei Steuern mit 3.9 % angenommen, nachdem man durch die Bestimmung eines gleichen 3 % Ertragsfusses eine Vergleichungsbasis für die Gebäudesteuer mit ihrem Werthkataster gewonnen hatte. Seitdem erscheint auch jede dieser Steuern apart im Finanzgesetz. (Fin.ges. vom 14. Juni 1887. Art. 3). Wie sehr dies zu einer erheblichen absoluten und relativen Ermässigung der Grundsteuer und einer entsprechenden Erhöhung der Gebäude- und besonders der Gewerbesteuer führte, ergibt sich daraus, dass von einem Gesamtbetrag von 8.716 Mill. M. jetzt auf die Grundsteuer nur 3.720, auf die Gebäudesteuer 2.258, auf die Gewerbesteuer 2.738 Mill. M. fiel. In Procenten hatten sich die Quoten der drei Steuern daher von 70.83, 16.67, 12.50 früher (bis 1877), auf 54.2, 22.9, 22.9 in 1877 und 42.7, 25.9, 31.4 in 1888 verschoben¹⁾. Man rühmt,

¹⁾ Von Einzelheiten sei noch erwähnt, dass ein Gesetz vom 29. März 1893 neubestockte Weinberge von der Staats-, Amtskörperschafts- und Gemeindesteuer für 5 Jahre zu befreien gestattet hat.

(Riecke), dass bei den jetzigen Quotitätssteuern nicht erst das zeitraubende Umlageverfahren abgewartet werden muss, bis der einzelne Steuerpflichtige seine Steuerschuld kennt, sondern diese sofort selbst berechnen kann. Uebrigens blieb die Verpflichtung der Gemeinden und Amtskörperschaften zur Erhebung und Ablieferung dieser Steuern bestehen, während die Steuern der zweiten Gruppe von eigenen Staatsbehörden erhoben werden. (S. bes. Riecke, Fin.arch. B. 5, S. 322, 337 ff., 346, min. Denkschr. von 1895, Fin.arch. B. 12, S. 687 ff., 693 ff., 708, mit vielen statistischen Daten).

Die Frage bleibt nur immer berechtigt, ob die Kataster der drei Steuern so beschaffen sind, dass man den jetzigen gleichen Steuerfuss (3.9 % vom Ertrage, vorübergehend 1889—94 3.5 %) wirklich als eine gleich hohe Besteuerung ansehen kann trotz aller zuzugestehenden relativen technischen Vollkommenheit dieser Kataster? Von der noch misslicheren Frage der Gleichmässigkeit der individuellen Belastungen der steuerpflichtigen Objecte jeder Kategorie kann dabei noch ganz abgesehen werden. Schon die Verschiedenheit der Verschuldungsverhältnisse (Grund-, Hausbesitz, Creditbenutzung der Gewerbe) macht vollends hier die Gleichmässigkeit illusorisch. Aber auch die Erneuerung der Veranlagung der Gebäude und besonders der Gewerbe neben der im Ganzen stabilen der Grundstücke muss bald zu Ungleichmässigkeiten zwischen den beiden ersten zu dieser dritten Steuer bei der Gleichheit des Steuerfusses unter dem Einfluss der Verschiedenheit der wirthschaftlichen Entwicklungen führen. Wenn dann im Ganzen diese Gruppe mit einem Steuerfuss von 3.9 (bzw. 3.5) der zweiten Gruppe, derjenigen der Kapital- und Renten- und der Dienst- und Berufseinkommensteuer mit einem Fuss von 4.8 (1889—94 bis 4.4) % gegenübersteht, so kann doch diese Verschiedenheit der Steuerfüsse bei der völlig verschiedenen Veranlagungsmethode der drei Kataster- und der zwei Factionssteuern auch keine Gleichmässigkeit der Besteuerung zwischen den beiden Gruppen verbürgen. Da ferner die Factionssteuern eher den wirklichen, höheren Ertrag zur Grundlage haben, die Katastersteuern einen, wenigstens bei der Grund- und Gewerbesteuer, wahrscheinlich auch bei der Gebäudesteuer fictiven, muthmaasslich gegen den wirklichen zu niedrigen, so läuft der höhere Steuerfuss der Factionssteuern auf eine höhere Belastung ihrer Censiten hinaus. Wenn man berücksichtigt, dass die Verschuldung bei den Censiten der Katastersteuern stärker als bei denen der Factionssteuern sein wird, wo sie auch nicht beachtet wird, und dass Steuerfreiheiten und Degressiv-Steuerfuss bei der Dienst- und Berufssteuer, wie freilich auch bei der Gewerbesteuer, bestehen, so mag jene höhere Belastung der Factionssteuern in individuellen Fällen verschwinden, aber allgemein doch nicht, und

jedenfalls gestaltet sich die Belastung individuell ganz willkürlich. Fragwürdig bleibt es doch auch, wie man bei dem unfundirten Einkommen der Dienst- und Berufssteuer trotz Freiheit des Existenzminimums und Degressivscala einen gleichen Fuss mit dem fundirtesten Einkommen der Kapitalsteuer und einen höheren als bei dem fundirten der drei Katastersteuern rechtfertigen will. Dadurch, dass dieselben Personen öfters von mehreren Ertragssteuern getroffen werden, gleicht sich Einiges in diesen Belastungsdifferenzen aus, aber ob dadurch eine Gleichmässigkeit in der Gesamtbelastung bewirkt wird, steht dahin.

Alle diese Erwägungen und andere mehr führen so doch zu einem nicht günstigen Urtheil auch für die württembergische directe Ertragsbesteuerung, obwohl diese vielleicht mehr als jede andere, selbst als die baierische, auf den Namen eines „Systems“ den Anspruch erheben darf und technisch viel Vorzügliches hat.

§. 67. Der Reformplan von 1895 für die directe Besteuerung. Das vorausgehende Urtheil über die bestehende Ertragsbesteuerung ist zwar nicht ganz in dieser Bestimmtheit, aber im Grunde genommen doch wesentlich ähnlich in der Bevölkerung, im Landtage und in der Regierung Württembergs allmählich zur Geltung gelangt. Die Nothwendigkeit, die Staatsbesteuerung ergiebiger zu machen, den vorübergehend ermässigten Steuerfuss beider Steuergruppen wieder zu erhöhen (1894) hatte die Mängel des Systems empfindlicher gemacht. Der Anschluss der Communalsteuern (für Gemeinden und Amtskörperschaften) an die directen Staatssteuern wirkte in derselben Weise, ebenso wie in Baiern. Die theoretischen und practischen Strömungen für die Einkommensteuer, speciell wohl auch hier das Vorgehen in Baden, Hessen, besonders die preussische Reform von 1891, 1893, liessen die Frage des Ersatzes der Ertragssteuern durch die Personalsteuer, mindestens die Einführung einer ergänzenden Einkommensteuer in das System der directen Besteuerung immer mehr hervortreten und bejahend beantwortet werden, auch im Landtage. Aus diesen Umständen und der eigens gewonnenen Ueberzeugung der Regierung ist der Steuerreformplan von 1895 hervorgegangen, der dann seitdem den Landtag bis Ende 1898 beschäftigt hat, um nach langen, ihn im Wesentlichen annehmenden, nur Einiges abändernden Verhandlungen schliesslich an einem staatsrechtlichen Differenzpuncte zwischen den beiden Kammern leider doch noch zu scheitern.

Der Plan verdient indessen auch vom allgemeinen finanzwissenschaftlichen Standpunkte aus eine besondere Beachtung, er griff viel tiefer und war in jeder Hinsicht vorzüglicher, als der etwa gleichzeitige baierische (§. 51), der sich auf Flickarbeit am Ertragssteuersystem beschränkte. Deshalb soll hier das Hauptsächliche darüber mitgeteilt werden, auch wenn es dahinsteht, ob, wann und wie auf ihn in der späteren Gesetzgebung zurückgegriffen werden wird. Dass das geschehen werde, ist doch wahrscheinlich.

S. besonders die ministerielle Denkschrift vom 14. Mai 1895, Fin.arch. B. 12, und die oben S. 219 genannten Schriften und Aufsätze von Riecke, Schall, Neumann; auch Zeller, zur württemb. Steuerreform, Tüb. Ztschr. B. 52, 1896, S. 147, Fr. Schmid, Uebergang von der Ertrags- zur Einkommenbesteuerung, eb. B. 54, 1898, S. 529, auch die Kammerverhandlungen, besonders die zusammenfassenden Berichte der 1. Kammer. Ueber die frühere Stellung des Landtags zur Einkommensteuerfrage in der gen. Denkschr. (Fin.arch. B. 12, S. 707—718) das Nähere. Die Regierung hatte kurz vor der Einbringung des Plans die Absicht angekündigt, „eine allgemeine progressive Einkommensteuer mit Freilassung der kleineren Einkommen und mit Gestattung des Schuldzinsenabzugs bei den grösseren einzuführen“, was die 2. Kammer in ihrer Antwort gut hiess, noch genauer ausführend, sie sehe das „Ziel der allgemeinen progressiven Einkommenbesteuerung, unter Gestattung des Schuldzinsenabzugs, Entlastung der niedrigen Einkommen wie der kleineren landwirthschaftlichen und gewerblichen Betriebe und mit Freilassung der unteren Einkommen, als ein Gebot der Gerechtigkeit an“ (a. a. O. S. 718). Dass es sich auch hier, wie überall bei den neueren deutschen Steuerreformen, nicht um eine wirkliche, sondern nur um eine sogenannte „progressive“ Einkommensteuer handelt, die im Grunde genommen nur eine degressive, bloss mit Erhöhung des höchsten Steuerfusses, aber Festhaltung eines doch nur mässigen Maximalfusses selbst für grösstes Einkommen, darstellt, sei nur nebenbei bemerkt. Die Bestimmung des Maximalfusses war allerdings im Landtage ein Dissidenzpunkt (s. u.). — Auf die nähere Begründung des ganzen Plans, seiner leitenden Principien und vollends seiner Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Die erwähnte Denkschrift und die Kammerberichte sind für das Alles sehr lehrreich und auch von allgemeinem Interesse, über das kleine Land hinaus, weil sie theoretische und practische Streitfragen gut klären helfen.

Es sollte eine allgemeine Einkommensteuer für die Einkommen von 500 M. aufwärts eingeführt werden. Diese sollte die directe Hauptsteuer des Staats werden, aber nicht so voranstehen wie in Preussen oder wie in Sachsen. Vielmehr sollten neben ihr die bisherigen Ertragssteuern in vermindelter Höhe (nemlich etwa von $\frac{2}{3}$ des neuerlichen Satzes von 3.9 % bei der älteren Realsteuergruppe, also c. 2.6 % und zu dem nunmehr gleich hohen Satze, etwa 2.6 %, statt 4.8 % bei der Kapitalrentensteuer) und die Gewerbesteuer auch nur als Betriebskapitalsteuer bestehen bleiben, bloss die Dienst- und Berufseinkommensteuer ganz in der neuen allgemeinen Einkommensteuer aufgehen. Nach dem Muster anderer neuerer deutscher Gesetzgebungen war ausserdem die Lostrennung der Wandergewerbesteuer von der allgemeinen Gewerbesteuer und ihre Verselbständigung beabsichtigt. Von der Einkommensteuer ward ein Ertrag von etwas mehr als der Hälfte des bisherigen

Gesamtertrags der directen Staatssteuern bei den vorgeschlagenen Steuersätzen erwartet, 8.5 von 16 Mill. M. Die Einkommensteuer in noch stärkerem Maasse oder gar vollständig an die Stelle der bisherigen Ertragssteuern treten zu lassen, galt bei der Neuheit der Sache als finanziell zu unsicher und auch principiell nicht für richtig, weil jene Steuer einer Ergänzung besonders zur als berechtigt angesehenen höheren Besteuerung des fundirten Einkommens bedürfte. Der zu diesem Zweck in Preussen eingeschlagene, auch in Sachsen neuerdings von der Regierung (S. 116) vorgeschlagene Weg, die Einkommensteuer durch eine eigene neue Vermögenssteuer zu ergänzen, ist erwogen (s. die Denkschrift), aber schliesslich doch unter Abwägung des Für und Wider zu Gunsten der Beibehaltung der einmal bestehenden und eingebürgerten, nur umzuändernden Ertragsbesteuerung abgelehnt worden. Man glaubte grade mit den so eigenartig ausgebildeten, relativ guten, die mittleren Erträge der Hauptquellen der wirthschaftlichen Production richtig treffenden württembergischen Ertragssteuern nach deren nicht besonders mühevollen Umgestaltung und in gegen bisher wesentlich ermässigten Sätzen den Zweck der Höherbesteuerung des fundirten Einkommens einfacher, leichter und sicherer zu erreichen, als durch eine eigene Vermögenssteuer. Verschiedene andere Gründe wurden gegen diese und für die Beibehaltung der modificirten Ertragssteuern ausserdem noch geltend gemacht. Und wenn auch nicht ohne Widerspruch geblieben, ist diese Verbindung der geplanten neuen Einkommen- mit den alten Ertragssteuern auch im Landtage angenommen worden.

Die betreffende Frage ist von allgemeiner Bedeutung. S. die Denkschrift von 1895 in ihren Ausführungen darüber (Fin.arch. B. 12, S. 732 ff.), auch Neumann's gen. Schrift persönliche Steuern u. s. w., bes. Abschn. VI u. VII. Auch er ist, wenigstens einstweilen, für den von dem amtlichen Plan eingeschlagenen Weg (S. 122). Ich habe mich in der Frage allgemein ähnlich geäußert in meiner Abh. directe Steuern im Schönberg'schen Handbuch, 3. A., III, S. 323, worauf die Denkschrift Bezug nimmt, und habe geglaubt, auch in der 4. A. (III, 1. Abth., S. 443), noch nach der Einführung und, soweit bisher zu urtheilen war, doch auch nach der practischen Bewährung der preussischen Vermögenssteuer, diese Ansicht festhalten zu dürfen. Ich habe diese Meinung auch seitdem nicht geändert, wenngleich ich die Vorzüge der Vermögenssteuer doch jetzt noch etwas höher anschlage. Der Mangel der Nichtberücksichtigung der Schulden bei den Ertragssteuern fällt eben doch schwer ins Gewicht, und der Subjectsteuercharacter der Vermögenssteuer bleibt ein Vorzug. In der Denkschrift wird allerdings anderseits betont: „die Ertragssteuern und die Einkommensteuer fassen den Steuerpflichtigen gewissermaassen von zwei entgegengesetzten Seiten, sie gehen nicht parallel, wie die Einkommen- und die Vermögenssteuer, sind also aus diesem Grunde eher geeignet, die Einkommensteuer erschöpfend zu ergänzen“ (a. a. O. S. 736), was ich doch nur mit Vorbehalt zugeben möchte. Wichtiger scheint mir die Erwägung für den eingeschlagenen Weg, dass bei der Vermögenssteuer mit einheitlichem Steuersatz [der indessen doch keine unbedingte Nothwendigkeit ist] der freie mühelos erworbene Besitz in gleicher Weise zur Steuer herangezogen wird, wie derjenige,

welcher im Wesentlichen vorwiegend Arbeitsgelegenheit bildet [was übrigens bei Gewährung eines nicht zu niedrigen steuerfreien Minimums bei der Vermögenssteuer weniger ins Gewicht fiel], und dass dies nur bei einem niedrigen Steuersatz erträglich wäre, während man in Württemberg ohne einen höheren der Annahme nach nicht auskommen würde und dadurch dann die kleineren Leute, besonders die kleinen Landwirthe drückender belastete (eb. S. 736). Indessen hinge dies doch auch wieder von der Höhe des Vermögens ab, bei welcher die Steuerpflicht beginnt. Und jetzt werden eben diese Classen durch die Grund-, Gebäude- und Gewerbe-Betriebskapitalsteuer getroffen, die auf Schulden keine Rücksicht nehmen und kein, oder, wie die letztgenannte Steuer, nur ein kleines steuerfreies Minimum haben.

Aus den Einzelheiten der Gesetzentwürfe sollen hier nur einige Punkte noch hervorgehoben werden.

Die Einkommensteuer sollte ausser physische Personen auch juristische Personen und Stiftungen, Actien-, Commanditactien- und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften (nach Wünschen der 1. Kammer auch rechtsfähige Vereine) umfassen, die Steuerpflicht, wie bemerkt, mit 500 M. Einkommen beginnen. Die weiteren Bestimmungen schlossen sich vielfach dem preussischen Gesetz von 1891 an (s. o. S. 73 ff.). Bei den Actiengesellschaften u. s. w. war die Steuerfreiheit eines Ertrags von 3 % des Kapitals gewährt (wie in Baden, Preussen im Princip). An den Steuersätzen des Entwurfs sind in der Kammer Aenderungen vorgenommen worden. Mit hieran ist die Vorlage in Folge eines nicht zu schlichtenden Dissenses zwischen beiden Kammern namentlich in Betreff eines Punktes gescheitert. Nach der Vorlage sollten hier in der in Württemberg üblichen Weise „Steueranschlätze“ für das steuerbare Einkommen gebildet werden, indem für das Einkommen vom kleinsten an langsam wachsende Quoten als steuerpflichtig bestimmt wurden (Art. 16). z. B. bei 500—650 M. Einkommen 50 M., bei 650—800 M. 75 M. u. s. w., erst bei Einkommen von über 15.000 M. der volle Betrag. Daraus ergab sich bis dahin eine Steuerdegression. Der Steuerfuss sollte für den Steueranschlag in Procenten für je 100 M. für jede Etatsperiode durch das Finanzgesetz bestimmt werden. Dieses weitläufige und unübersichtliche Verfahren der Berechnung von solchen Steueranschlätzen ist in den Kammern zu Gunsten des heute sonst meist üblichen einfacheren und verständlicheren Verfahrens aufgegeben worden, feste Steuer-Einheitssätze für Einkommenstufen anzuordnen, beginnend mit 2 M. für 500—650 M. und allmähig progressiv steigend, so bei 9700—10.000 M. Einkommen auf 324 M. Von hier an führten die Beschlüsse der 2. Kammer eine weitere stufenweise Steigerung des Steuersatzes von 3.5 % für je 100 M. bis auf 4 % bei einem Einkommen von 15—18.000 M. und von da langsam ebenfalls noch weiter bis auf 6 % bei Einkommen von 200.000 M. und darüber ein. Die 1. Kammer wollte dagegen den Steuersatz nicht über 4 % steigern und diese Höhe erst mit allmähiger Steigerung des Satzes über 3 % hinaus bei 50.000 M. Einkommen und darüber eintreten lassen, und auch die Regierung stand einer Steigerung des Satzes über 4 % hinaus ablehnend gegenüber. Uebrigens sollten nach den Kammerbeschlüssen diese Einheitssätze nur die Grundlage des Tarifs bilden, Das Finanzgesetz hatte erst zu bestimmen, wie viel Procente dieser Sätze zur Erhebung zu kommen hätten. Die 1. Kammer wollte dabei auch die Bestimmung aufgenommen haben, dass stets der gleiche Procentsatz der Einheitssätze im Finanzgesetz anzuordnen sei und dass die Erhebung der Steuer in höherem Betrage als dem Einheitssatze der ordentlichen Gesetzgebung zu bestimmen vorbehalten bleibe. Ueber diese Punkte ist eine Vereinbarung zwischen den legislativen Factoren nicht gelungen und so das Reformwerk nicht zu Stande gekommen. — Steuererleichterungen bei gewisser Einkommenhöhe wegen verminderter Leistungsfähigkeit sind in der Art neuerer deutscher Gesetze vorgesehen und im Landtage noch genauer bestimmt worden (Art. 17 a, 18). Aus den eingehenden und trefflichen Vorschriften über die Einschätzung (Art. 19 ff.) sei nur erwähnt, dass die Declarationspflicht bei 2100 M. (nach Kammerbeschluss bei 2500 M.) Einkommen beginnen sollte. Bei Unterlassung der Fassion (nach Kammerbeschluss aber erst nach vorheriger Aufforderung zur Abgabe der Erklärung) sollte das Beschwerderecht für das Jahr verloren gehen (Art. 41). Die Beschwerde sollte an das Steuercollegium und von diesem an das Finanzministerium gehen. Erst im Landtage ist dann noch gegen dessen Entscheidung dem Steuerpflichtigen die Rechtsbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gewährt werden (Art. 53 b). Als Strafe bei wissentlich

falschen Angaben und Verschweigungen in der Declaration und bei Fragebeantwortungen war der 10fache (nach Kammerbeschluss der 6-, bzw. 7—10fache) Betrag der gefährdeten Steuer (Art. 59) angedroht. Die Erhebung der Steuer war durch die Staatssteuerbehörden geplant, doch wünschte auch hier die 2. Kammer die Aufrechthaltung der Verfassungsbestimmungen (§. 115, 116, s. o. S. 207), daher die Erhebung durch die Gemeinden. — In allen diesen administrativen Puncten hat die Vorlage in den Kammern viele Veränderungen erfahren.

Von den nach dem Reformplan — nach Ausscheidung, bzw. vollständigem Uebergang der Dienst- und Berufseinkommensteuern in die neue allgemeine Einkommensteuer — bestehen bleibenden vier Ertragssteuern sollte die bisherige Kapital- und Rentensteuer unter dem Namen Kapitalsteuer verbleiben und die Apanagensteuer mit in ihr aufgehen. Sie ganz mit der neuen Einkommensteuer zu vereinigen, etwa in der Form von Zuschlägen zu dem Einkommen aus Kapitalbesitz, erschien trotz des Vortheils, so ein besonderes Veranlagungs- und Erhebungsverfahren für die Kapitalbesteuerung zu vermeiden, doch unzulässig, namentlich weil die subjective und objective Steuerpflicht bei der Kapitalsteuer weiter als bei der Einkommensteuer gezogen werden müsste, um zu grosse Steuerausfälle zu vermeiden, auch weil die Declarationspflicht bei der Kapitalsteuer, wie bisher, eine allgemeine und unbedingte war. Aber die Einrichtung der im Uebrigen wesentlich wie bisher bleibenden Kapitalbesteuerung wurde derjenigen der Einkommenbesteuerung möglichst angepasst. Der Steuerfuss sollte für jede Etatsperiode procentweise im Finanzgesetz bestimmt werden.

Die Grund- (und Gefäll-) und die Gebäudesteuer sollten nur einzelne wenige Abänderungen gegen bisher erfahren. In Betreff der Gewerbesteuer wollte dagegen der Regierungsplan deren Beschränkung auf die Besteuerung des Ertrags aus dem im Gewerbe verwendeten Betriebskapital (Art. 89 ff. des Entwurfs). Der steuerbare Jahresertrag sollte auf 5 % des Betriebskapitals angesetzt, Gewerbe mit weniger als 300 M. Kapital steuerfrei sein. Die Gewerbetreibenden unterliegen für das Betriebskapital der Pflicht der Steuererklärung. Indessen war im Landtage diese Beschränkung der Gewerbesteuer auf die Besteuerung des gewerblichen Betriebskapitals nicht durchgedrungen, sondern im Wesentlichen die bisherige Gewerbesteuer, auch nach Einführung der allgemeinen Einkommensteuer, daher die Mitbesteuerung auch des persönlichen Arbeitsverdienstes der Gewerbetreibenden, beibehalten worden. An sich war das Vorgehen der Vorlage gewiss folgerichtiger, doch liess sich unter den eigenthümlichen Verhältnissen der württembergischen directen Besteuerung der Standpunct des Landtags nicht ohne Weiteres verwerfen. Es muss hier dafür auf die Verhandlungen und Actenstücke im Landtage verwiesen werden. S. auch Neumann, persönliche Steuern passim. Nach den Kammerbeschlüssen sollte dann während der Dauer des neuen Gesetzes (6. bzw. 9 Jahre) ein einheitlicher Steuersatz für die Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Kapitalsteuer im Finanzgesetz bestimmt, dabei aber das Grundkataster mit einem Abzug von 20, das Gewerbekataster mit einem solchen von 50 (bzw. 40) % zu Grunde gelegt werden.

Die verselbständigte Wandergewerbesteuer hat im Wesentlichen nach der Regierungsvorlage im Landtage Annahme gefunden. Sie ersetzte die Stelle der Gewerbe- und Einkommensteuer, unterschied Hausirgewerbe, Detailreisende, die, bisher der Accise von 1824 unterliegenden Schaustellungen und Lustbarkeiten (einschliesslich Musikaufführungen, theatralische Vorstellungen), bei denen kein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft obwaltet, Wanderlager, ausserdeutsche Handlungsreisende und stellte, abgesehen von letzteren, mit einem festen Satz zu steuernden Personen, in einem Steuertarif Grenzsätze auf, zwischen denen die Steuer sich bei den einzelnen Unternehmungen nach gewissen Merkmalen des Betriebsumfangs zu richten hat.

Das Scheitern des im Ganzen vortrefflichen Reformplans, welcher aus den Kammerverhandlungen noch mehrfach zweckmässig verbessert hervorgegangen war, ist sehr zu bedauern, auch vom allgemeinen finanzwissenschaftlichen, vom gesamtdeutschen und vom politischen Standpuncte aus. Es verbleibt so einstweilen ein veraltetes Steuersystem für die directe Staats- und Communalbesteuerung,

Württemberg wie Baiern bleiben so auf diesem Gebiete isolirt vom übrigen Deutschen Reich stehen und der Parlamentarismus hat sich wieder einmal nicht hinlänglich productiv in nothwendigen legislativen Fortschritten erwiesen. —

Staatssteuer - Statistik.

§. 68. Die Ertragsentwicklung der württembergischen Staatssteuern und anderen ordentlichen Staatseinnahmen.

Die folgenden Mittheilungen sind absichtlich knapper gehalten worden, aus den oben S. 202 erwähnten Gründen, als diejenigen für die drei anderen im Vorausgehenden behandelten deutschen Staaten, mit deren Daten die nachstehenden gleichwohl Vergleichen gestatten. Sie sollen nur eine Uebersicht der Entwicklung in den Hauptzügen bieten. Näheres in der oben genannten Litteratur, besonders v. Reden a. a. O. S. 179 ff. (für 1830/33, 1839/42, 1847/48, 1849/50), Riecke, Verfass. u. s. w., S. 178 ff. (f. 1881/82, Brutto- und Nettoetat), ders. im Jahrbuch für Gesetzgebung u. s. w. (Schmoller) 1888, B. 1, S. 205 ff. (dieselben Daten), ders. Fin.arch. B. 2, 1885, S. 810 (1864. 1885), ders. eb. B. 8, 1891, S. 418 ff. (Kopfquoten f. 1891/93), Schall eb. B. 10, 1893, S. 524 (f. 1893/95), ders. eb. B. 12, 1895, S. 9 ff. (Daten für verschiedene Perioden, z. Th. seit 1826/27), minist. Denkschr. von 1895, vielerlei Daten passim; ebenso bei Neumann a. a. O.; dann in den neueren Landtagspapieren. Uebersichten der Erträge der einzelnen Steuerarten für längere Jahresreihen im Statist. Jahrbuch W.'s., einem Bestandtheil des grösseren Werks, der württemb. Jahrbücher, so Jg. 1897, S. 228 ff. Die Hauptposten der Einnahmen im Goth. Hofkalender seit lange. — Das württembergische Budget im Finanzgesetz ist ein Nettobudget, mit den Hauptkategorien der ordentlichen Einnahmen aus dem Kammergut und aus den (directen und indirecten) Steuern, wobei die Hundeabgabe und die Sporteln, Gerichtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer unter den indirecten Steuern stehen. Doch werden jetzt auch im Finanzgesetz die Roherträge und die Erhebungskosten mit ersichtlich gemacht. Die directen Steuern werden aber jetzt wieder nur in die beiden grossen Gruppen (Kataster- und Fassionsteuern) im Finanzgesetz unterschieden.

Die Staatsschuld wird in die allgemeine und die Eisenbahnschuld unterschieden. Die letztere beträgt aber über $\frac{9}{10}$ der ganzen (1898 444.31 Mill. M. von 479.57 Mill. M. Nominalkapital im Ganzen, s. z. B. Riecke's Bericht von 1891, Fin.arch. B. 8, 1891, S. 384 ff.). Soweit die Schuld im Folgenden mit berührt wird, fassen wir die ganze Schuld zusammen.

Die Tab. 42 auf S. 228 giebt nach den obigen Quellen die erforderlichen Daten in absoluten Zahlen, und zwar für Württemberg allein, ohne Antheil an den Reichseinnahmen, nach den Rubriken des amtlichen Etats, die sich mit den finanzwissenschaftlichen Kategorien in der Hauptsache, aber nicht in allen Einzelheiten, so nicht beim Kammergut, decken. Doch kann die amtliche Aufstellung für unsere Zwecke genügen, wobei nur die Bemerkungen in den Noten zu Tab. 42 (S. 228) zu berücksichtigen sind.

Auch die blosse Uebersicht der absoluten Zahlen der Reinerträge der Steuern und Staatseinnahmen, worauf wir uns hier beschränken, ohne, wie bei den früher behandelten Staaten für Alles wieder Kopfquoten zu berechnen, lässt die charakteristischen Momente der Entwicklung genügend deutlich hervortreten. Es ergiebt sich, dass der württembergische Staatshaushalt im Laufe dieses Jahrhunderts immer mehr steuerwirthschaftlich gestaltet worden ist. Die Steuererträge waren anfangs, auch mit Einrechnung der ehe-

Tab. 42. Württembergische Staatssteuern und sonstige ordentliche Staatseinnahmen 1830—1898 (rein, absolute Zahlen in 1000 M.).

Art	Um ¹⁾ 1830 Rechn.	Um ¹⁾ 1847 Rechn.	Um ¹⁾ 1869 Etat	Um ¹⁾ 1875 Etat	Um ¹⁾ 1898 Etat
1. Katastersteuern ²⁾	4.446	3.420	5.643	6.686	9.840
2. Fassionssteuern ³⁾	451	510	1.841	3.310	6.706
A. Directe, 1 und 2	4.997	3.930	7.484	9.996	16.546
3. Zölle u. s. w. ⁴⁾	1.341	3.774	5.797	(an Reich)	(an Reich)
4. Wirthschaftsabgaben	1.688	1.926	4.788	6.850	9.925
5. Accise	1.035	307	1.053	1.804	1.858
6. Sporteln, Gebühren, Erbsch.st.	713	597	1.147	1.152	3.040
7. Hundesteuer	bei Nr. 5	39	116	201	243
B a. Indirecte, 3—7	4.777	6.643	12.901	(10.007)	(15.066)
B b. desgl., ohne Zölle	3.436	2.869	7.104	10.007	15.066
I a. Summe Steuern, A und B a	9.774	10.573	20.385	(20.003)	(31.612)
I b. „ „ A und B b	8.433	6.799	14.588	20.003	31.612
C. Kammergut ohne D u. E ⁵⁾	7.408	9.128	7.054	9.219	9.095
D. Post, Telegraph ⁶⁾	120	120	268	182	2.643
E a. Eisenbahnen	—	—	7.076	12.520	15.246
E b. „ ab Schuldetat ⁷⁾	—	—	{ Minus 6.674	{ Minus 3.373	{ Minus 4.194
II a. Summe ⁸⁾ and. Einn. C—E a	7.528	9.248	14.398	21.921	26.984
II b. „ „ „ C—E b	7.528	7.248	648	6.028	7.544
III a. Summe Ia und II a	17.302	19.821	34.783	41.924	58.596
III b. Summe Ib und II a	15.961	16.047	28.986	41.924	58.596
III c. Summe Ia und II b	17.302	19.821	21.033	26.031	39.156
III d. Summe Ib und II b	15.961	16.047	15.236	26.031	39.156
Bevölkerung 1000 Kopf	1.570	1.730	1.800	1.880	2.100
Directe Steuern auf 1 Kopf M.	3.18	2.27	4.16	5.55	7.88
Indirecte (ohne Zölle) „ „ „	2.19	1.66	3.94	5.56	7.17
Steuern im Ganzen „ „ „	5.37	3.93	8.10	11.11	15.05

¹⁾ Die Jahre sind: 1830/33, 1847/48, 1869/70, 1875/76, 1898/99. Das Finanzjahr läuft jetzt vom 1. April, wie im Reich, das Budget wird gleichzeitig für 2 Jahre, aber für jedes in eventuell verschiedenen Ziffern festgestellt.

²⁾ Die Grund- (und Gefäll-), Gebäude- und Gewerbesteuer.

³⁾ Die Kapital- und Renten-, Dienst- und Berufseinkommen-, nebst Apanagensteuer.

⁴⁾ Die Zölle, seit 1834 die Antheile an den Zollvereinseinnahmen, daher für 1847 und 1861 einschliesslich Rübenzuckersteuer; früher auch kleinere Beträge Flusszölle u. dgl.

⁵⁾ Die Einnahmen früher (1830, 1847) aus den Cammeralämtern, bezw. aus den Staatsgütern, ferner aus Forsten, Jagden, Holzgärten, aus Berg- und Hüttenwerken, aus Salinen, aus der Bodenseedampfschiffahrt (diese in der Tab. von 1869 an), aus Münzregal, aus verschiedenen Einnahmen. Bei den Salinen früher auch der Ertrag der Salzsteuer in Regalform (bis 1868), der also eigentlich zu den Steuern gehörte, sich aber nur schätzungsweise vom Reinertrag der Salinen ausscheiden lässt, etwa mit 1.2 Mill. M. 1830, 1.6 Mill. M. 1869. Die Hauptposten der Kategorie C waren 1875 und 1898 rein: Cammeralämter 698.000 und 606.000, Forsten u. s. w. 6.227.000 und 7.472.000, Berg- und Hüttenwerke 600.000 und 300.000, Salinen 472.000 und 300.000 M.

⁶⁾ Früher, bis 1851, vertragsmässige Einnahmen aus dem Postregal von Thurn und Taxis 70.000 fl. (c. 120.000 M.) jährlich. Die Reinerträge der Post und Telegraphie sind erst in den letzten Jahren erheblich günstiger geworden. Das wirkliche Ergebniss war 1892/93—95/96: 1.319—1.167—1.524—2.248, Voranschlag 1896/97 bis 1898/99: 1.864—2.336—2.643 Tausend M.

⁷⁾ Eisenbahnen nach Reinertrag in der ersten Reihe; abzüglich des ganzen Schulderfordernisses, nicht bloss desjenigen für die Eisenbahnschuld, in der zweiten

mals eigens bezogenen Zollgefälle, nur etwas höher als die anderen ordentlichen Einnahmen, um $\frac{1}{5}$ — $\frac{1}{4}$ (Kat. C, D, IIa verglichen mit Ia in Tab. 42), jetzt sind sie, selbst nach Abzug der an das Reich übergegangenen Zölle u. s. w., fast dreimal so hoch als die Einkünfte

Reihe, doch bildet, wie bemerkt, die letztere Schuld den bei Weitem grössten Theil der ganzen Schuld in neuerer Zeit (o. S. 227). Die Reinerträge der Bahnen haben bisher regelmässig nicht ausgereicht, dies Schulderforderniss für Zins und Tilgung zu decken. S. Näheres darüber in dem Berichte Riecke's von 1891 im Fin.arch. B. 8, 1891, S. 386 ff. und in dem Aufsatz von Schall, eb. B. 10, S. 534 ff., sowie in den Verwaltungsberichten der württembergischen Staatsbahnen. Auszüge aus letzteren im Archiv für Eisenbahnwesen. Die finanziellen Ergebnisse im Statist. Jahrbuch (darnach Tab. 43). Nur gegenüber dem Zinsenbedarf für die Eisenbahnschuld allein ergab sich z. B. von 1879/80—91/92 in 13 Jahren ein Deficit der Eisenbahn von 23.348.000 M. (nur in einem Jahre einmal ein hierbei schon abgerechneter Ueberschuss von 494.000 M.) oder jährlich von c. 1.8 Mill. M. In neuester Zeit einige Besserung, aber z. B. 1894/95—96/97 Verzinsung des Anlagekapitals nur 2.83, 3.23, 3.42, der Eigenthumsstrecken allein 2.72, 3.12 und 3.29 $\frac{1}{100}$, womit selbst nur die Zinsen der betreffenden Schulden, auch nach Reduction auf $3\frac{1}{2}\frac{1}{100}$, noch immer nicht gedeckt sind (Archiv für Eisenbahnwesen 1897, S. 1145, 1898, S. 1295). Von 1892/93—1895/96 im wirklichen Ergebniss, von 1896/97—1898/99 im Voranschlag war der Reinertrag der Staatsbahnen, verglichen mit den Kosten der Zinsen der Staatsschuld und mit den Gesamtausgaben für diese (einschliesslich Tilgung und sonstige Kosten) in 1000 M.

Tab. 43.	Eisenbahnen	Zinsen	Gesamtkosten
	rein	Schuld	Schuld
1892/93	12.706	17.471	19.251
1893/94	14.298	17.742	24.279
1894/95	14.237	18.062	20.452
1895/96	16.077	18.151	19.848
1896/97	14.311	18.334	20.531
1897/98	15.165	17.766	20.300
1898/99	15.216	17.075	19.435

⁸⁾ Die Summirungen der Einnahmen unter IIa und b, IIIa—d sind, wie in der Tabelle angegeben, verschieden berechnet, einmal mit, dann ohne die Zölle (1830, 47, 69), ferner, doch erst 1869, 75, 98, ohne Abzug und dann mit Abzug des nach Abrechnung der Eisenbahnüberschüsse von dem gesammten Schulderforderniss noch verbleibenden Betrags der jährlichen Schuldlast. Da diese Berechnungsweise in der Tab. 42 aber erst für die Eisenbahnära seit 1869 ausgeführt ist, so lassen sich die Zahlen der Jahre 1869, 75, 98 mit den beiden früheren in den Reihen IIb, IIIc und IIId nicht unmittelbar vergleichen. Die drei letzten Jahre der Tabelle erschienen sonst zu ungünstig, es müssten zur genaueren Vergleichung erst die Erfordernisse der alten Schuld auch in 1830 und 1847 ebenfalls von dem Steuerertrag der Kammereinkünfte abgezogen werden. Dies unterblieb hier in der Tabelle, weil zwischen diesen Einkünften und den alten Schulden nicht der Zusammenhang von Wirkung und Ursache wie später zwischen Eisenbahneinkünften und Schulden besteht und es uns hier nur darauf ankam, die Bedeutung des Eisenbahnetats für die württembergischen Finanzen klar zu legen. Ergänzungsweise sei noch bemerkt, dass die nicht-steuerrechtlichen Einkünfte (II) nach Abzug der Schuldlast davon mit bezw. 2.556.000 und 2.876.000 M. in 1830 einen Ueberschuss von 4.972.000, in 1847 von 6.372.000 M. ergaben. Dieser Betrag veränderte sich dann in Folge der Eisenbahn-deficite 1869 ff., wie in den betr. Columnen unter IIb der Tab. 42 ersichtlich ist, also auf 648.000 M. in 1869, auf 6.028.000 in 1875 und 7.544.000 in 1898. Erst durch Abzug dieser Schulderfordernisse für 1830 und 1847 von den Columnen für diese Jahre in Kat. IIIc und d, welche dann für 1830 14.746.000 und 13.405.000 und für 1847 16.945.000 und 13.171.000 M. ergeben, werden die Zahlen denen für 1869—98 in diesen Kategorieen homogen.

des älteren Kammerguts und der Post und Telegraphie, dreieinhalbmal so hoch als die Kammereinkünfte allein (s. dieselben Kategorien). Durch die Entwicklung der Staatseisenbahnen, die ihre Schuldenlasten nicht ausreichend decken, ist dies Verhältniss noch ungünstiger geworden (Kat. Ea und Eb, IIb verglichen mit Ia und Ib). Daraus ergibt sich, wie die Staatsbahnpolitik finanziell in diesem kleinen Mittelstaate ganz andere finanzielle Folgen hatte, als in Preussen: wiederum ein Beleg für die, finanziell wenigstens, unrichtige Ablehnung der Reichsbahnpolitik (S. 120 und 179).

Wenn man das ganze Schulderforderniss, nach der Berechnung in Note 8 zu Tab. 42, auch für 1830 vom Reinertrag des Kammerguts abrechnet, so war damals das Verhältniss der Steuererträge ohne Zölle zu diesem Kammergutsertrag wie c. 1.7 : 1, 1898 dagegen bei Einrechnung des Eisenbahnetats wie c. 4.2 : 1.

Von den Steuererträgen allein haben sich diejenigen der beiden grossen Kategorien, der directen und indirecten, stark entwickelt, beide zusammen, selbst ohne die Zölle, sind fast auf das Vierfache (c. $3\frac{3}{4}$ fache) gestiegen (Kat. Ib), die indirecten allein aber, selbst ohne die Zölle, noch etwas stärker als die directen (c. $4\frac{1}{3}$ fach und $3\frac{1}{3}$ fach, Kat. Bb und A). Würde man die Zölle und die übrigen indirecten Reichssteuern, an denen Württemberg theilnimmt, einrechnen, auch für die Gegenwart, so würde sich eine noch viel stärkere Ertragssteigerung aller dieser indirecten Steuern ergeben, als bei den alleinig-württembergischen indirecten Steuern, etwa um das c. 7.7 fache, auch wenn man den Ertrag des ehemaligen Salzregals aus den Kammergutseinkünften in der früheren Zeit ausschiede und schon damals mit zu den indirecten Steuererträgen rechnete. Der gesammte Steuerertrag hätte sich bei dieser Einrechnung der Reichssteuern in 1898 von 1830—98 etwa um das 5.7 fache gesteigert.

Schätzungsweise würde sich für Württemberg, unter Zugrundelegung der allgemeinen Kopfquoten des Reinertrags der Reichssteuern nach den Daten für 1896/97, ein Antheil an den Zöllen von c. 17.5, an den anderen indirecten Reichsverbrauchssteuern von c. 11.3, an den Verkehrssteuern von c. 2.3, zusammen von 31.1 Mill. M. um 1898 ergeben, also mit den eigenen indirecten Steuern ein Gesamtbetrag von c. 46.2 Mill. M. gegen c. 6 Mill. M. in 1830 (c. 1.2 Mill. M., vielleicht etwas zu hoch, auf Salzsteuer hier mit eingerechnet). Der ganze Steuerertrag war hiernach 1830 c. 11, 1898 c. 62.7 Mill. M.

Auch hier würde aber, wie von Baiern (S. 179) gelten, dass die württembergische Bevölkerung nicht ganz mit diesem Betrage indirecter Steuern wirklich belastet ist, da sie zwar die Kopfquoten der Reichsbevölkerung nach der Vertheilung der Reichssteuern für die Zwecke des eigenen Staats und als Glied des Reichs für dessen Zwecke mit bezieht, oder in den Leistungen von Staat und Reich

gleichmässig mit geniesst, aber nach den Consumverhältnissen u. s. w. nicht gleichmässig mit trägt. Die schon oben (S. 214) hervor- gehobene begünstigte Lage Württembergs, zumal neben dem alleinigen Besitz seiner Bier- und inneren Weinststeuer, ist in dieser Hinsicht ebenso unverkennbar wie bei Baiern.

Sehr characteristisch ist die verschiedene Ertragsentwicklung der drei älteren Katastersteuern und der beiden Fassionssteuern: die Folge der oben dargelegten verschiedenen Entwicklung und Ausgestaltung der betreffenden Gesetzgebung, wie auch der ver- schiedenen wirthschaftlichen Entwicklung der durch beide Arten von Steuern getroffenen Erträge. Eine ähnliche Entwicklung wie überall im neueren Deutschland und sonst, wo das privat- kapitalistische System, das bewegliche Kapital stärker hervortritt, die wirthschaftliche Entwicklung in der Richtung vom Agrarstaat zum Industriestaat hin vor sich geht. Namentlich die Analogie mit der Ertragsentwicklung der baierischen directen Staatssteuern, deren Verfassung derjenigen der württembergischen directen Steuern am Meisten gleicht, ist bemerkenswerth (S. 182).

Für Einzelheiten s. die oben S. 219 genannten Schriften und Actenstücke, namentlich über die Erträge der einzelnen drei Kataster- und zwei Fassionssteuern, worüber auch oben S. 220 schon einige Angaben gemacht sind. Da die Katastersteuern auf Kosten der Amtskörper und Gemeinden erhoben werden, hat der Staat hier nur wenige eigene Erhebungskosten, meist Reinerträge. Es waren z. B. nach dem Ergebniss 1891/92 die Roherträge dieser Steuern 8.325.400 M., die Reinerträge 8.096.700 M., 1895/96 9.783.700 und 9.535.400, nach dem Voranschlag 1898/99 10.011.600 und 9.746.700 M., darnach die Erhebungskosten hier 2.64 %_o. Die Erhebungskosten der Fassionssteuern fallen dem Staat dagegen ganz zu. Sie waren z. B. 1875/76 bei 3.415 000 M. des Rohertrags dieser Steuern 104.600 M. oder 3.06 %_o, 1881/82 bei 4.353.000 M. Rohertrag 158.000 oder 3.51 %_o, 1898/99 (Voranschlag) bei 6.962.000 Rohertrag 256.000 M. oder 3.67 %_o.

Die einzelnen directen Steuern ergaben nach dem Etat, in 1000 M.

Tab. 44.	1875/76	1894/95	1898/99	
	rein	rein	roh	rein
1. Grundsteuer	4.736	3.710	—	—
2. Gebäudesteuer	1.114	2.499	—	—
3. Gewerbesteuer	836	3.112	—	—
A. Katastersteuern . . .	6.686	9.321	10.012	9.747
4. Kapital- und Rentensteuer . .	2.662	4.636	5.050	—
5. Apan.-, Dienst-, Berufssteuern	648	1.659	1.886	—
B. Fassionssteuern . . .	3.310	6.295	6.962	6.706
Summe	9.996	15.616	16.974	16.453

(Bei B in Col. 1898/99 einschliesslich sonstiger betreffender Einnahmen.)

Diese Entwicklung der Katastersteuern im Ganzen und der drei einzelnen ent- spricht der oben dargelegten Veränderung der Steuerverfassung. In diesen Zahlen und mehr noch in denen der beiden Fassionssteuern spiegelt sich zugleich gut die Entwicklung des wirthschaftlichen Lebens ab. Der Ertrag der Apanagensteuer ist ganz unbedeutend, früher 9—13.000 M., in den letzten Jahren nur 6000 M., schwankend nach der Höhe der zu zahlenden Beträge.

Die eigenthümliche Construction der württembergischen directen Steuern, die Bildung der „steuerbaren Beträge“ (Steuerkapitalien) wird durch die Statistik

auch lehrreich illustriert, besonders bei der Gewerbe- und Dienst- und Berufssteuer mit ihren Steuerfreiheiten und Degressivscalen und bei der Gewerbesteuer mit ihrer Trennung der Erträge. (S. darüber besonders die Daten in der ministeriellen Denkschrift von 1895, auch im statistischen Jahrbuch). Die „Fictionen“, die bei diesen Steuern unterlaufen, werden dabei freilich auch deutlich, z. B. bei der Gewerbesteuer waren 1876 und 1894 die steuerpflichtigen Betriebskapitale von 700 M. und mehr der Gewerbe (31.80, bzw. 30.24 % aller Gewerbe) 514.5 und 626.2 Mill. M. mit einer Gewerberente daraus von 33.3 und 40.0 Mill. M. (6.36 und 6.38 %), die persönlichen Arbeitsverdienste 133.5 und 154.8, wovon wegen der Steuerfreiheit, bzw. Degressivscala (o. S. 220) nur 33.6 und 46.2 Mill. M. steuerbar. Vom Gesamtbetrag des gewerblichen Einkommens von 166.8 und 194.7 Mill. waren daher steuerbar bloss 66.9 und 86.0 Mill. M., ausserdem bei Wandergewerben 0.8 und 1.2 Mill. M. (gen. Denkschr. Fin.arch. B. 12, S. 649 mit weiteren Details).

Unter den Wirthschaftsabgaben ist die weitaus einträglichste die Bier- (Malz-)Steuer, mit einem im Ganzen, wenn auch unter Schwankungen absolut und relativ (nach der Kopfquote) steigenden Ertrage, dann, doch sehr zurückstehend, die Weinsteuer, deren Ertrag noch schwankender und nicht in Zunahme begriffen ist. Die übrigen Einnahmen dieser Kategorie sind unbedeutend.

Gesamteinnahme (roh) von Bier 1877/80 c. 5.20 Mill. M., im Durchschnitt auf den Kopf 3.60 M., 1894/97 c. 8.77 Mill. M., im D. auf den Kopf 4.21 M., Anschlag für 1898/99 8.51 Mill. M. Die Weinsteuer (mit Obstwein) ergab Mitte der 1870er Jahre 2.6, Anfang der 90er Jahre 2.2 Mill. M., Etat für 1898/99 2.3 Mill. M. Die Erhebungsverhältnisse bei dieser Steuer sind doch immer schwierig. In 1896/97 wurden 13.893 Schankwirthschaften besteuert, wovon 87 % im Accordverfahren, ausserdem 1072 Stellen für Kleinverkauf über die Strasse, wovon 73 % in Accord (s. auch für weitere Daten stat. Jahrb. f. 1897, S. 240). Die Erhebungsunkosten der Wirthschaftsabgaben sind nicht unbedeutend, 1875/76 z. B. auf 7.747.000 M. roh 897.000 M. oder 11.6 %, 1881/82 auf 10.555.000 M. 1.125.000 M. oder 10.7 %, 1898/99 (Anschlag) auf 10.870.000 M. 1.045.000 M. oder 9.6 % vom Rohertrage.

Der Ertrag der Accise rührt fast ganz von der Liegenschaftsaccise her, so im Anschlag für 1898/99 von 1.943.000 M. brutto (1.858.000 M. netto), 1.900.000 M. von Lotterien, Theatern nur 33.000 M., Sonstiges 10.000 M. Die „Liegenschaftsaccise“ wäre richtiger zu der Kategorie der Sporteln, Gebühren u. s. w. zu stellen, von deren Ertrag in der Tab. 42 (Nr. 6) jetzt nicht ganz $\frac{3}{4}$ auf die betreffenden Abgaben, der Rest auf die Erbschaftssteuer fällt. Anschlag für erstere Posten 1898/99 2.19 Mill. M., noch nicht 300.000 M. mehr als die Liegenschaftsaccise allein bringt. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer schwankt im Jahresertrag, der sich aber langsam etwas hebt, im D. 1894/97 862.000 M., 0.41 M. auf den Kopf, ohne Schenkungssteuer, mit dieser 1894/95 1.053.000 M., Anschlag für 1898/99 850.000 M.

Die Kopfquoten, welche am Schluss der Tab. 42 berechnet worden sind, ergeben bei der verhältnissmässig langsamen Bevölkerungsvermehrung Württembergs ein bedeutendes Wachsthum der Belastung mit Steuern, obwohl hier die Zölle schon vor der Reichsperiode und seitdem, nebst den weiteren indirecten Reichsteuern, nicht einbezogen sind.

Würde man dies auf Grund der oben S. 230 angegebenen Zahlen, mit Einbeziehung der Salzsteuer um 1830 und Benutzung der jetzigen (1897) Kopfquoten der Reichsbevölkerung für die Bemessung der Antheile Württembergs an den Zöllen und Reichsteuern, thun, so bekäme man für die Zeit um 1830 und um 1898 folgende Kopfquoten:

Tab. 45.	1830	1898	Progression 100 :
Directe Steuern . . .	3.18	7.88	248
Indirecte „ . . .	3.82	22.00	576
Summe	7.00	29.88	427

Nach den amtlichen Berechnungen im stat. Jahrb. (Jahrg. 1897, S. 237) war die Kopfbelastung in Mark folgende für die Staatssteuern:

Tab. 46.	1879/80	1896/97
1. Grundsteuer	2.42	1.76
2. Gebäudesteuer	1.03	1.28
3. Gewerbesteuer	1.02	1.72
Katastersteuern 1—3	4.47	4.76
4. Kapitalrentensteuer	1.72	2.38
5. Dienst- u. s. w. Steuer	0.46	0.86
Fassionssteuern 4—5	2.18	3.24
Summe directe 1—5	6.65	8.00
6. Wein-, Obstweinsteuer	1.25	1.10
7. Biersteuer	2.74	4.28
8. Branntweinsteuer	0.22	—
Indirecte Verbrauchssteuern 6—8	4.21	5.38
9. Accise	0.73	1.08
10. Gerichts-, u. s. w. Gebühren	0.73	1.07
11. Erbschafts- u. Schenkungssteuer	0.23	0.38
Verkehrssteuern 9—11	1.69	2.55
12. Hundesteuer	0.21	0.25
Summe indirecte Steuern 6—12	5.89	8.16
Summe Steuern	12.75	16.16

(Die Erbschafts- und Schenkungssteuer in Colonne für 1879/80 mit dem Ertrage für 1881/82 eingerechnet.) Die Belastung mit directen Steuern ist jetzt erheblich höher als in Preussen (S. 62) und Baiern (S. 182) und auch noch ein klein wenig höher als in Sachsen (S. 121), mit indirecten (einschliesslich Verkehrssteuern), nebst Reichsantheilen, ebenfalls höher als in Preussen, doch nicht so hoch als in Baiern, die gesammte Steuerbelastung wesentlich höher als in Preussen: 29.88 in Württemberg gegen nur 23.53 in Preussen und fast gleich hoch als in Baiern mit 30.20 M. auf den Kopf. Doch ist eine unmittelbare Vergleichung in diesen Dingen wegen der verschiedenen Staatsgrösse und Zusammensetzung aus wirtschaftlich sehr verschiedenen Gebieten zwischen Preussen und Württemberg nur bedingt zulässig. Auch kommt dann hier wieder in Betracht, dass die hier angenommene Durchschnittsquote der Belastung mit Zöllen und Reichssteuern im Reiche für die württembergische Bevölkerung sich etwas zu hoch stellt.

Immerhin wird so die Staatsbesteuerung Württembergs in Deutschland als eine relativ hohe anzusehen sein. Sie deutet auf die durch die Staatsbahnpolitik und die gesammten Staatsverhältnisse etwas erschwerte Finanzlage hin. Letztere erklärt auch die Nothwendigkeit der hohen Biersteuer und die Beibehaltung der Weinsteuern. Auf die Reform der directen Besteuerung drängt so Alles hin, um die Last der durch diese Steuergattung einmal aufzubringenden Mittel besser zu vertheilen, aber auch um weitere steigende Einnahmen zu erzielen, wie es wenigstens ohne baldige erhebliche Steigerung der Eisenbahnüberschüsse oder den Einzelstaat entlastende Steigerung der Erträge von Reichssteuern sich nicht vermeiden lassen wird.

S. zum Vergleich noch die Berechnungen und Schlüsse Riecke's (Fin.arch. B. 8, S. 419): für 1891/93 6.23 directe, 6.68 andere, zusammen 12.91 an Staatssteuern auf den Kopf der Bevölkerung; dann minist. Denkschrift von 1895 (Fin.arch, B. 12, S. 719), wo berechnet wird: für 1894/95 7.68 M. directe Steuern auf den Kopf, gegen 6.41 (vor der Reform) in Preussen, 5.43 in Baiern, 7.59 in Sachsen, 6.76 in Baden, 9.76 in Hessen. Nach den Berechnungen in den Landtagspapieren waren diese Beträge um 1897 für Württemberg 8.00, Preussen 4.85, Sachsen 7.59, Baden 6.76, Hessen 10 M. Die preussische Durchschnittsziffer ist aber eben nicht genau vergleichbar, man müsste eine einzelne preussische Provinz vergleichen.

Zu diesen Staatssteuern, besonders den directen, kommen nun aber auch hier die Communalsteuern, welche die Gesamtbelastung noch erheblich steigern und den Steuerdruck bei der Einrichtung und Vertheilung der directen Steuern noch empfindlicher machen. Das muss noch mehr auf Steuerreformen hindrängen und lässt das Scheitern des Reformplans von 1895 wiederum besonders bedauerlich erscheinen. Die hier beabsichtigte Einführung der Einkommensteuer mindestens als Ergänzungssteuer und bei theilweiser Beibehaltung der Ertragssteuern zum Zweck der höheren directen Besteuerung des fundirten Einkommens würde sicherlich eine viel bessere Vertheilung der Gesamtsteuerlast auf die Bevölkerung, mehr nach dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, bewirkt haben.

b. Die württembergische Communalbesteuerung.

§. 69. Die Communkörper. In Württemberg giebt es zwei Arten von Selbstverwaltungskörpern mit eigenem Haushalt und eigenen Steuern, die Gemeinden und die Amtskörperschaften. Die neuere Verfassung der ersteren hat die ehemalige rechtliche Unterscheidung zwischen Städten und Landgemeinden (Dörfern) nicht festgehalten, sondern diese Gemeinden in allem Wesentlichen gleichgestellt, auch eine verbliebene Eintheilung der Gemeinden nach 3 Classen nach der Grösse der Ortsbevölkerung hat nur geringfügige und für die uns hier beschäftigenden Angelegenheiten nur in wenigen nebensächlichen Puncten überhaupt eine Bedeutung. Eine Gemeinde kann aber auch hier, wie in Baiern, mehrere Orte umfassen, so dass Gesamtgemeinden und Theilgemeinden, auch für finanzielle Verhältnisse, unterschieden werden. In den Amtskörpern hat sich eine althistorische Einrichtung, die in Alt-Württemberg in die Zeit vor 1500 zurückgeht, als Organisation von Selbstverwaltungskörpern höherer Ordnung in bemerkenswerther Weise, mit den neueren erforderlichen Modificationen und unter Ausdehnung auf das ganze Staatsgebiet, erhalten

(jetzt 63, ausserdem der Stadtbezirk Stuttgart, zugleich die Oberamtsbezirke der Staatsverwaltung). Eine Einrichtung, der nach ihrer Beiseiteschiebung durch den Absolutismus der Rheinbundzeit auch durch die Verfassung von 1819 ihre eigenthümliche Stellung und Function wiedergegeben wurde und welche zugleich in der oben schon erwähnten Weise nach der Verfassung für die directe Staatsbesteuerung, insbesondere für die Gruppe der sogen. Katastersteuern Aufgaben auszuüben hat. (S. 207). Die 4 Kreise des Landes sind nur Verwaltungsabtheilungen.

Nach der auch hier centralisirenden, nivellirenden und unificirenden Politik der absolutistischen Zeit 1805 ff. war den Gemeinden und Amtskörperschaften in der Verfassung von 1819 (Kap. 5, §. 62—69) wieder eine freiere selbständigere Stellung gegeben worden. Die Gemeinden bilden darnach „die Grundlage des Staatsvereins“ (§. 62) und, von gesetzlichen Ausnahmen abgesehen, soll jeder Staatsbürger einer Gemeinde als Bürger oder Beisitzer angehören. Durch die neuere Gesetzgebung, besonders unter dem Einfluss des eingeführten Reichsrechts seit 1871, sind in letzterer Beziehung Aenderungen erfolgt. Die Hauptgesetze für die Gemeindeverhältnisse sind: Edict über die Verwaltung der Gemeinden, Oberämter u. s. w. vom 1. März 1822, Bürgerrechtsgesetz vom 20. April 1828, revidirt durch Gesetz vom 4. Dec. 1833, Gesetz vom 18. Juni 1849 (Ausdehnung des Gemeinde- und Amtsverbands auf alle Theile des Staatsgebiets), Gesetz vom 6. Juli 1849 (zum Verw.edict von 1822), Gesetz vom 17. Sept. 1853 über die zusammengesetzten Gemeinden, Gesetz vom 24. Jan. 1855 betr. Staatsaufsicht über sogen. verwahrloste Gemeinden, Gesetz vom 16. Aug. 1875 betr. die Waldungen, Gesetz vom 16. Juli 1885 betr. Gemeindeangehörigkeit (an Stelle des Bürgerrechtsgesetzes von 1833), Gesetz vom 21. Mai 1895 über Gemeindeorgane. Specielle Steuergesetze s. u. in §. 70. Die noch bestehende Eintheilung des gesammten Staatsgebiets in 63, bezw. 64 (anfangs 65) Oberamtsbezirke stammt aus 1810. Ein neues Edict über die Oberamtsverfassung wurde noch 1818 erlassen. Nach Einführung der Verfassung bildet dann die Grundlage auch für diese Körper mit das Gesetz von 1822. Aenderungen in einzelnen bezüglichlichen Puncten in den genannten späteren Gesetzen, besonders denen von 1849. S. Einzelnes bei Riecke, Verfassung u. s. w., S. 221 ff., Gaupp a. a. O. S. 171 ff., Jolly, Art. Gemeinde (allgemeine) und Art. Bezirk (Amtskörper) im Wörterb. d. Verwalt. I, S. 496, 204 ff., daselbst Speciallitteratur, G. Meyer, Staatsrecht §. 111 ff., 117 passim, Mayer, Gemeindewirthschaft u. s. w., 1851, Weinheimer, Verwaltung der Gemeinden in Württemberg, 1880.

§. 70. Die Gemeindebesteuerung beruht auf betreffenden einzelnen Bestimmungen der allgemeinen Gemeindegesetze, besonders des Verwaltungsdicts von 1822 und der dieses fortbildenden Gesetze, sowie auf Specialgesetzen. Die Gemeinden sind darnach für die Aufstellung ihrer Etats, für die Deckungsmittel und in der Wahl der Steuern und deren Formen genaueren staatsgesetzlichen Vorschriften unterworfen und unterliegen auch einer allgemeinen Staatsaufsicht, bezw. Genehmigungsrechten für ihre Beschlüsse, insbesondere für die Jahresetats ihres Haushalts. Dadurch ist ihre freie finanzielle Bewegung beschränkt, doch wohl im Ganzen richtig, dem gemeinsamen Interesse von Staat und Gemeinden gemäss und nicht in zu weitgehendem Maasse. Die Ausgaben, soweit nicht ausnahmsweise in besonderen Fällen und mit Staatsgenehmigung

(Kreisregierung) Schulden aufgenommen werden dürfen, sind zunächst aus dem Ertrage des Gemeindevermögens und aus Gebühren, gebührenartigen Einnahmen und Abgaben, auch dem Ertrag von Geldstrafen zu decken, dann aus Steuern. Diese haben aber einen doppelten Character, einmal denjenigen einer allgemeinen Gegenleistung an die Gemeinde, das sind die sog. Personalsteuern (Bürger- und Wohnsteuer), sodann denjenigen eines subsidiären finanziellen Deckungsmittels für den Gemeindebedarf, soweit letzterer nicht durch die anderen Einnahmen bestritten werden kann, dahin gehört der sog. „Gemeindeschaden“ mit seiner Ergänzung und örtliche Verbrauchssteuern.

Die Personalsteuern rührten schon aus dem älteren Recht (Communordnung von 1758, Verwaltungsedict von 1822, Bürgerrechtsgesetz von 1833) her. Sie entsprangen der früheren Auffassung und rechtlichen Ordnung des Heimaths-, Bürgerrechts-, Beisitzer- und Wohnsitz-(Ansässigkeits-)rechts und wurden in Consequenz dieser Rechte und in der That als eine Art Gegenleistung für deren Gewährung und für die daraus hervorgehenden Vortheile erhoben, unabhängig vom Gemeindefinanzbedarf. Sie bestanden in den Gemeinden, wo sie gewohnheitsmässig waren, in einer Abgabe festen Betrags (neuerdings 4 M.) vom activen, selbständig lebenden Bürger (und Beisitzer), der sogen Bürgersteuer, mit dem sich anschliessenden Recognitionsgeld für nicht in der Gemeinde wohnende Bürger (im selben Betrage). Diese Bürgersteuer ist aber in Consequenz des veränderten Niederlassungsrechts aufgehoben worden (Gesetz vom 16. Juli 1885). Die zweite Personalsteuer gleichen Characters war die Wohnsteuer, zur Ergänzung, bezw. zum Ersatz der Bürgersteuer, im gleichen Betrage wie diese, für die in der Gemeinde nicht heimathberechtigten Personen mit selbständigem Wohnsitz in der Gemeinde. Diese Steuer ist auch nach 1885 den Gemeinden gestattet geblieben, aber mit Ausdehnung auf alle in der Gemeinde wohnenden und selbständig auf eigene Rechnung lebenden Personen, unter Festsetzung von niedrigen Maximalsätzen nach den drei Ortsclassen für den Steuerpflichtigen. Beide Personalsteuern haben also den finanziellen Character einer Art Familien- und Kopfsteuer, entsprechen aber der Annahme nach zugleich etwas dem in der Gemeinde passend angebrachten Grundsatz der Besteuerung nach dem Interesse. In dem amtlichen Plan für die Reform der Communalbesteuerung (1896) war das Recht zur Erhebung der Wohnsteuer den Gemeinden bedingt erhalten worden, von anderer Seite wurde aber die Aufhebung nach Einführung der allgemeinen Einkommensteuer gewünscht. (S. Gaupp, S. 191, Riecke, Verfass. S. 227, Art. Gemeindesteuern von v. Reitzenstein im Wörterb. der Verw. I, S. 531.)

Der sog. „Gemeindeschaden“, ein altüblicher, bis zur Gegenwart verbliebener technischer Ausdruck, ist eine Steuer auf die von der ersten, der Katastergruppe der württembergischen directen Staatssteuern, besteuerten Erträge, also auf Grundstücke (und Gefälle), Gebäude und Gewerbe, und zwar in Form von Zuschlägen zu der betreffenden Staatssteuer, früher umgelegt nach dem ortsüblichen Steuerfusse, neuerdings (seit 1877) nach dem Maassstabe der Staatssteuern auf Grund des Gesetzes von 1873. Da so die directe Communalsteuer, abgesehen von der Bürger- und Wohnsteuer, nur die genannten Ertragsquellen und unter diesen besonders die Realitäten traf, also Quellen, denen die Gemeinde-

leistungen der Annahme nach besonders zu Gute kommen, so entsprach diese Besteuerung wiederum zugleich mit dem Grundsatz der Besteuerung nach dem Interesse. Die Bevölkerung mit andersartigen Einkünften blieb dabei, soweit sie nicht Bürger- und Wohnsteuer zahlte und durch Verbrauchssteuern mit getroffen wurde, von der Communalsteuer frei. Darin trat jedoch 1849 eine Modification ein, indem hier bedingt eine mässige Mitbelastung der zweiten Gruppe der staatlichen directen Steuern, der Apanagen-, Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommensteuer für Gemeindezwecke gesetzlich gestattet wurde. Doch ruht bei der gesetzlichen Beschränkung der Inanspruchnahme dieser Steuer für Gemeindezwecke das Schwergewicht der Gemeindebesteuerung nach wie vor durchaus in jener ersten Steuergattung.

S. über den Gemeindeschaden Verwalt.edict von 1822, §. 25 ff., Gesetze vom 28. April 1873 (das allgemeine Gesetz über die staatlichen Katastersteuern), vom 24. Juni 1875, 23. Juli 1877 (2 Gesetze, davon eines über die Besteuerungsrechte der Amtskörperschaften und Gemeinden). Auch Gesetz vom 5. Oct. 1858 über Gemeindesteuerpflicht der Amtswohnungen und Besoldungsgüter öffentlicher Diener. Die drei Katastersteuern sind im Allgemeinen in gleichen Beträgen mit Zuschlägen zur Gemeindebesteuerung zu belasten, doch Ausnahmen für besondere Fälle bei einzelnen Gemeindeausgaben, welche einzelnen Kategorien der Steuerpflichtigen besonders zu Gute kommen, vorbehalten. — Die Heranziehung auch der staatlichen Fassionssteuern zur Belastung mit Communalzuschlägen ist an die Bedingung geknüpft, dass die Gemeinde auch Steuern von den Objecten der Katastersteuern zur Deckung ihres Bedarfs erheben muss. Der Zuschlag zu den Fassionssteuern darf 1 % des steuerbaren Betrags nicht überschreiten und von der Gemeinde in dieser Höhe nur erhoben werden, wenn die Amtskörperschaft keinen Zuschlag braucht, sonst hat diese Anspruch auf $\frac{1}{3}$ dieses Procents. Auch ist noch die weitere Einschränkung getroffen, dass nur, wenn der Zuschlag zu den Katastersteuern $\frac{5}{24}$ des Staatsbetrags ausmacht, derjenige zu den Fassionssteuern das Maximum von 1 % erreichen darf. Die Zuschläge zu letzteren Steuern haben so doch nur den Character einer Ergänzung der communalen directen, besonders der Realbesteuerung. (S. Riecke und bes. Gaupp a. a. O. für diese Bestimmungen und weiteres Einzelne, auch v. Reitzenstein a. a. O.).

Die örtliche Verbrauchsbesteuerung der Gemeinden war auch in Württemberg vor der Neugestaltung des Staats verbreitet, besonders die Getränkesteuer (Umgeld), ist dann aber mit in die Staatsbesteuerung übergegangen und zu deren Gunsten, sowie aus principiellen Gründen eingeschränkt worden. So wurde im Jahre 1849 die Einführung von Gemeinde-Verbrauchssteuern der Staatsgesetzgebung vorbehalten. Zur Erleichterung der Finanzlage und der directen Besteuerung in den Gemeinden ist dann aber wieder durch das Gemeindesteuergesetz von 1877 bestimmt worden, dass die Erhebung örtlicher Abgaben von Bier, Fleisch und Gas bedingt und bis zu gewissen Maximalsätzen durch K. Verordnung den Gemeinden gestattet werden kann. Steuern auf diese Objecte, vornemlich übrigens nur auf Bier, haben sich in einer

Anzahl Gemeinden (bis Anfang 1899 schon in 48) eingebürgert. Spätere Gesetze haben die betreffenden Bestimmungen etwas abgeändert und die Giltigkeitsfrist der Ermächtigungen des Gesetzes von 1877 verlängert. Auch der Steuerreformplan von 1896 wollte die Fortdauer der örtlichen Verbrauchssteuern auf Bier, Gas, Electricität und, soweit darauf eine Steuer schon bisher bestand, auch auf Fleisch unter gewissen Voraussetzungen gestatten. Die einfache Veranlagung der Bier- und der Gassteuer und die nicht allzu schwierige der Fleischsteuer sprechen für die Wahl dieser Objecte und bei Bier und Fleisch wohl auch die Stellung dieser Artikel im Consum. Aber richtig wäre wohl grade in Württemberg die Ueberlassung der Weinsteuern an die Gemeinden und als Beleuchtungssteuer wirkt die Gassteuer zu einseitig.

S. Gesetz vom 23. Juli 1877 Art. 18 ff., Novelle dazu vom 25. März 1887 (giltig bis Ende März 1897). Ein Gesetz vom 12. März 1897 hat diese Verlängerung bis Ende März 1899 gewährt. Nach dem Scheitern der Steuerreform steht eine weitere Verlängerung in Aussicht. Hiernach war die Genehmigung zur Erhebung örtlicher Verbrauchssteuern auf die genannten drei Objecte an die Voraussetzung geknüpft, dass der Gemeindeschaden, d. h. die Gemeindegzuschläge zu den drei Katastersteuern den Betrag der Staatssteuern übersteigen. Auch durften diese Verbrauchssteuern nur solange erhoben werden, als die Gemeindegzuschläge zu den genannten directen Staatssteuern mindestens die Hälfte des Betrags der letzteren erreichten, womit für die hauptsächlich directe Gemeindebesteuerung eine Grenze nach unten festgesetzt wird, die durch die etwaige Ertragsentwicklung der Verbrauchssteuern nicht unterschritten werden darf. Das Maximum der Fleischsteuer ist 6 M. für 100 kg, für Bier 65 Pf. von 100 l, für Gas 4 Pf. für 1 kbm. Die Fleischsteuer wird von lebenden Thieren nach Stücksätzen, die Biersteuer als Zuschlag zur staatlichen Malzsteuer und Uebergangsabgabe erhoben. (S. Riecke, Gaupp, v. Reitzenstein a. a. O., über das Gesetz von 1887 Fin.arch. B. 4, 1887. S. 1112 ff.).

In Betreff von weiteren Gemeindesteuern ist noch zu erwähnen, dass der Ertrag der staatlichen Hundesteuer in deren Normalatz (nicht auch der Ertrag des neueren finanzgesetzlichen Zuschlags von 1 M.) zur Hälfte der betreffenden Gemeinde (Ortsarmencasse) zufällt und seit 1880 auch communale Zuschläge zu dieser Steuer zulässig sind. Im Reformplan von 1896 war die Ueberlassung der ganzen Hundesteuer an die Gemeinde beabsichtigt. Ferner ist jüngst, 1893, einer neueren Strömung in Theorie und Praxis gemäss, den Gemeinden auch die Erhebung eines Zuschlags zur staatlichen Liegenschaftsaccise gestattet worden. Endlich sind die selbständigen steuerpflichtigen Gemeindegewohner auch zu naturalen Gemeindediensten verpflichtet, wobei aber Stellvertretung und Ersatzleistung in Geld statthaft ist und Fuhrdienste nur von Besitzern von Zugvieh verlangt werden können.

S. über Hundesteuer (o. S. 215) Gesetze vom 16. Jan. 1874, 20. Juni 1875, 2. Juli 1889 (Max. des Zuschlags für den Hund 12 M.). — Ueber die örtliche

Liegenschaftsaccise, Gesetz vom 14. April 1893, Maximum des örtlichen Zuschlags 0.80 % vom Kaufpreise u. s. w. (neben 1.2 % Staatssatz, ein Satz, auf den der Normalsatz von 1 % schon seit länger in den Finanzgesetzen erhöht worden ist), ministerielle Genehmigung erforderlich, doch ebenfalls Zulässigkeit nur, wenn der Localzuschlag zu den Katastersteuern den Staatsbetrag übersteigt (s. Schall im Fin.arch. B. 10, 1893, S. 548 ff.). Ueber die Gemeindedienste Bestimmungen mit im Gesetz vom 16. Juni 1885 (Art. 47 ff.). In Verbindung mit der eigenthümlichen gesetzlichen Ordnung des Feuerlöschwesens (Gesetz vom 7. Juni 1885) stehen Verpflichtungen der feuerwehropflichtigen Gemeindeglieder, die keinen Dienst leisten, zu Jahresbeiträgen und Abgaben der von der Theilnahme Dispensirten. S. Gögg, Fin.arch. B. 11, 1894, S. 793 ff.).

Als eine Art Gegenstück zu den Gemeindesteuern, besonders zum „Gemeindeschaden“, kann man in Württemberg die hier noch umfänglich vorkommenden gemeindegliederlichen Nutzungen aus Gemeindevermögen, besonders aus Allmenden, dann aus Holzbezügen, Weide-, Streubezugsrechten u. dgl. mehr in Gegenrechnung bringen. Dadurch vermindert sich die Gemeindesteuerlast für die betreffenden Berechtigten nicht unerheblich, in den 1870er Jahren um $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{3}$; wie weit freilich in den einzelnen Gemeinden und vollends für den Einzelnen, steht dahin, jedenfalls in sehr verschiedenem Maasse.

S. Riecke, S. 219 und besonders Kollmann im Fin.arch. B. 1, 1894, S. 695, nach Mittheilungen in den württ. Jahrb. 1885.

Zu den Gemeindeumlagen treten auch in Württemberg noch eigene Kirchenumlagen, die aber bei der Staatsverpflichtung für die Kirchenbedürfnisse (s. o. S. 206) nicht eben hoch sind. (S. ebenfalls Kollmann a. a. O.).

Im Ganzen liegt trotz der communalen Mitbesteuerung von Kapitalrenten und persönlichen (Dienst- u. s. w.) Einkünften und der in einigen Gemeinden nicht unerheblichen örtlichen Verbrauchssteuererträge der Schwerpunkt der Gemeindebesteuerung vornemlich in den Zuschlägen zu den Katastersteuern, also wesentlich zu der Real- (und der Gewerbe-) Steuer. Der Druck und die Mängel dieser Staatssteuern, welche die Schulden nicht berücksichtigen, müssen daher noch empfindlicher werden, und dieser Umstand sollte wiederum die Reform der directen Steuern in Staat und Gemeinde sehr dringend erscheinen lassen.

§. 71. Gemeindesteuerreform (Plan von 1896). In Verbindung mit dem Plan der Reform der directen Staatssteuern stand denn auch der weitere Plan einer entsprechenden Communalsteuerreform. Zu dieser ist auf Wunsch des Landtags auch im Jahre 1896 ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, dessen Ausgestaltung, bezw. Abänderung im Einzelnen aber von der Durchführung der Staatssteuerreform, namentlich der Einführung der Einkommensteuerreform, mit abhängen musste. Er ist daher auch

im Landtage noch nicht durchberathen worden. Mit dem Scheitern der Staatssteuerreform musste dann auch diejenige der Communalsteuern vertagt werden. Das ist auch wegen der unmittelbaren Zielpuncte und Grundsätze dieses zweiten Plans bedauerlich, da durch ihn eine wesentliche Verbesserung der Communalbesteuerung wohl immerhin schon erreicht worden wäre.

S. Gesetzentwurf vom 27. Juni 1896, betr. die Besteuerungsrechte der Gemeinden und Amtskörperschaften. Hauptpuncte daraus und aus den Motiven in dem Bericht der Finanzcommission der 1. Kammer vom 2. Mai 1898. Mit ähnlicher Begründung wie s. Zt. in Preussen und mit Anlehnung an die Zielpuncte der dortigen Reform wird nach dem socialen und wirthschaftlichen Character der Gemeinden an dem Grundsatz festgehalten, dass „die Ertragssteuern wie bisher so auch künftig das Rückgrat der Gemeindebesteuerung bilden“ müssten, namentlich für kleine Gemeinden seien diese Steuern unentbehrlich, die blosse Einkommenbesteuerung würde die Sicherheit und Stetigkeit des Gemeindehaushalts gefährden. Deshalb wurde auch als richtiges Ziel hingestellt, sobald die Verhältnisse des Staats es gestatteten, die Ertragssteuern den Gemeinden ausschliesslich zu überlassen, wonach dann auch die Gemeinden die Landeskataster dieser Steuern örtlich modificiren und so den Hauptmangel der Ertragsbesteuerung, die Starrheit der Kataster und die mangelnde Accommodationsfähigkeit an die wechselnden Verhältnisse, beheben könnten. Nur weil der Staat finanziell auf die Ertragssteuern noch nicht ganz verzichten könne, auch, wenigstens zunächst, nach Einführung der Einkommensteuer noch nicht, begnügte man sich in dem jetzigen Plane einstweilen mit einer provisorischen Reform der Communalbesteuerung. Die Zielpuncte und Grundzüge dieses Planes waren darnach die folgenden. Nach Ermässigung der Staatssteuersätze bei den Ertragssteuern (s. o. S. 223) sollten die Objecte dieser Steuern bereits jetzt in stärkerem Maasse von der Gemeinde belastet werden können. Den Gemeinden sollte auch die Besteuerung des gesamten Einkommens und damit eine stärkere Heranziehung des Kapital- und Renteneinkommens gestattet und durch Einführung sonstiger Steuern ihnen doch ermöglicht werden, die Ertragssteuern in erträglichem Maasse zu halten. Während dann durch die Reform die Einkommensteuer für den Staat die Hauptsteuer, die verbleibenden Ertragssteuern die Ergänzungssteuern im directen Steuersystem geworden wären, würde sich das Verhältniss bei den Gemeinden in Betreff dieser beiden Arten umgekehrt gestaltet haben. Die drei Ertragssteuern der Katastergruppe blieben der Kern der directen Gemeindebesteuerung, wurden aber ergänzt durch die Kapitalsteuer-Zuschläge (in halbem Satz des Procentzuschlags zu den drei genannten Steuern, wobei die Gewerbesteuer nur nach reducirtem Kataster anzusetzen war, im Maximum aber mit 1 % des steuerbaren Kapitalertrags). Dazu die Wandergewerbe- und die den Gemeinden ganz zu überlassende Hundesteuer. Die Ergänzung dieser Besteuerung sollte dann durch die Einkommensteuer erfolgen, die den Gemeinden zugänglich gemacht wurde, aber unter Bestimmungen und Voraussetzungen, welche in gewisse Beziehung zu der communalen Ertragsbesteuerung gebracht waren. Wenn nemlich die Umlage der drei Katastersteuern 2 % der Katastersumme überschritt, waren die Gemeinden berechtigt, wenn sie 8 % überschritt, waren sie verpflichtet, Zuschläge zur Einkommensteuer aufzulegen. Dabei sollte dieser Zuschlag aber in der Regel 2 % des steuerbaren Einkommens nicht übersteigen. In Betreff der sonstigen Steuern war die Fortdauer der Wohn-, Verbrauchssteuern, Zuschläge zur Liegenschaftsaccise und die Einführung von Lustbarkeitssteuern in Aussicht genommen, wie oben schon bemerkt.

Dieser Reformplan bewegt sich so in seinen Grundzügen in der Richtung der preussischen Communalsteuerreform, und mit Recht, und schmiegt sich doch auch wieder den bestehenden Verhältnissen passend an. Es ist wohl wahrscheinlich, dass auch er bei der zu hoffenden Wiederaufnahme der ganzen Reform so oder

ähnlich später zu Stande kommt und so auch die erwünschte Annäherung nord- und süddeutscher directer Besteuerung im Staate und bei den Gemeinden erfolgt. Wenn man in Württemberg nicht gleich so weit wie in Preussen zu gehen wagt, die ganze staatliche Ertragsbesteuerung den Gemeinden zu überlassen, was für den Staat auch erst die Einführung einer Vermögenssteuer statt der Ertragssteuern zur höheren Belastung des fundirten Einkommens bedingen würde, so hängt das wieder mit der ganzen Finanzlage zusammen, insofern aber auch mit der particularen Staatsbahnpolitik des für eine solche zu kleinen Staats, weil diese Politik die Finanzlage ungünstig beeinflusst. Auch hier zeigt sich wieder die bevorzugte finanzielle Stellung und Lage, die Preussen seiner Staatsbahnpolitik verdankt.

§. 72. Die Besteuerung der Amtskörperschaften. Auch diese Körper sind zunächst auf den Ertrag ihres Vermögens angewiesen, dann fliessen ihnen gewisse Geldstrafen zu. Ihr Besteuerungsrecht umfasst die Betheiligung an der Belastung der beiden staatlichen Fissionssteuern in der Concurrenz mit den Gemeinden, indem ihnen, wie erwähnt (S. 237), von der im Ganzen zulässigen communalen Besteuerung der Kapitalrenten und Dienst- und Berufseinkommen u. s. w. mit 1 % davon $\frac{1}{3}$ für ihre besonderen Zwecke zusteht. Dazu kommt dann das Recht, ihren weiteren ordentlichen Bedarf durch Zuschläge zu den Katastersteuern zu decken: der sogen. „Amtsschaden“. Dies geschieht in der Weise, dass das Erforderniss auf die Gemeinden des Amtsbezirks nach Verhältniss der steuerpflichtigen Objecte der Katastersteuern und in der Gemeinde nunmehr (seit 1827) nach dem Kataster auf die einzelnen Objecte (Grundstücke, Gefälle, Gebäude, Gewerbe) umgelegt wird.

Letzteres Verfahren ist zwar nicht gesetzlich vorgeschrieben, erfolgt indessen thatsächlich, es könnte an sich auch der „Amtsschadenbetreff“, den die Gemeinden decken müssen, einfach als Ganzes zum Gemeindeschaden geschlagen und ungetrennt ebenso wie dieser zur Umlage gebracht werden (s. Motive zum Reformentwurf von 1896). — Für die sonst erwähnten Punkte haben die schon citirten Gesetze, speciell die vom 6. Juli 1849, 15. Juni 1853, 5. Oct. 1858, 28. April 1873, 23. Juli 1877 die Vorschriften getroffen. S. Riecke, S. 271, Gaupp, S. 198. — Die Wanderlager und Hausiergewerbe sind in Württemberg, wie die stehenden Gewerbe, der Communalsteuer der Gemeinden und Amtskörper mit unterworfen. Gewisse Fälle, in denen die Hausierer frei blieben, u. A. auswärtige, sind durch ein Gesetz vom 23. Mai 1890 der Steuerpflicht in den Amtskörpern mit unterworfen worden. (S. Zeller, Fin.arch. B. 9, 1892, S. 312, Schall eb. B. 10, S. 547.)

Die Besteuerung der Amtskörper ist hiernach ausschliesslich eine directe und weit überwiegend wieder eine Ertrags-

besteuerung der Realitäten und Gewerbe. Handelt es sich hierbei auch um viel kleinere Beträge als beim „Gemeindefschaden“, gegenwärtig knapp um ein Viertel des letzteren im Staatsdurchschnitt, so werden doch wieder dieselben Steuerquellen in der nemlichen Form abermals, daher zum dritten Male, nach und neben den Staatssteuern und den Gemeindefzuschlägen, belastet. So müssen sich auch hierdurch wieder Druck und Mängel der Katastersteuern empfindlicher gestalten. Die übrigen Einkünfte, die Kapitalzinsen und die persönlichen aus Arbeits-, Dienst- und Berufseinkommen, werden von der Communalsteuer nur schwach getroffen. Gründe, welche abermals die Reform der directen Staats- und Communalbesteuerung nothwendig erscheinen lassen.

Nach dem Reformplan von 1896 sollten die Amtskörper unmittelbar nur die Einnahmen aus der Wandergewerbsteuer weiter beziehen. Der sonstige Steuerbedarf sollte auf die Gemeinden als Ganzes — ohne Zwang zur Individualvertheilung in der Gemeinde auf die einzelnen Steuerobjecte und Subjecte — vertheilt werden und zwar nach Verhältniss der Katasterbeträge an Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und der steuerbaren Beträge an Kapital- und Einkommensteuer in jeder Gemeinde. Dabei aber sollten, um den Grundsatz der Besteuerung nach dem Interesse festzuhalten, die Katastersteuern voll, die Beträge der Kapital- und Einkommensteuer nur mit ein Viertel zur Bemessung der Zuschläge für den Amtsschaden angerechnet werden. Immer etwas mechanische Bestimmungen, die aber doch wohl mit Recht wie bisher die Amtssteuern vorwiegend auf die Realitäten und Gewerbe legten.

Communalsteuer-Statistik.

§. 73. Aus den mancherlei eingehenden und interessanten Materialien, welche vorliegen, sollen hier nur zur Orientirung über die Gesamtbelastung und über die finanzielle Bedeutung der einzelnen Steuerarten und die Verbreitung der indirecten Verbrauchssteuern in den Gemeinden einige wenige Daten herangezogen werden.

S. Riecke, Verfass., S. 228, ders. im Fin.arch., B. 8, 1891, S. 420 ff., Kollmann eb. B. 1, 1884, S. 626, 695, Motive zum Gesetz über örtl. Verbrauchssteuern im Fin.arch. B. 4, 1887, S. 1114 ff., minist. Denkschr. von 1895, eb. Bd. 12, 1895, S. 729, Daten in dem statist. Handb. über die örtlichen Verbrauchsabgaben, so im Jahrgang 1897, S. 244.

Wie überall in Deutschland und meistens auch sonst in den Culturstaaten hat im Laufe dieses Jahrhunderts der Steuerbedarf der Gemeinden und Verbände (Amtskörper) auch in Württemberg stark zugenommen, vollends in neuerer Zeit, ähnlich, zum Theil noch mehr als der Staatssteuerbedarf. Da er grösstentheils, in der grossen Mehrzahl der Gemeinden allein, durch directe Steuern, in Württemberg, wie gezeigt, weit überwiegend durch Zuschläge zu den die Realitäten und Gewerbe treffenden Katastersteuern

gedeckt wird, zeigt grade diese Kategorie der Besteuerung eine besonders starke Zunahme der Erträge, damit der Belastungen, mindestens absolut, zum Theil auch relativ, und eine grössere als die bezüglichliche directe, ja selbst als die gesammte directe Staatsbesteuerung (Tab. 42, oben S. 218), obwohl hier der Ertrag der Fassionssteuern sich so bedeutend gesteigert hat. Bei der grossen Verschiedenheit der communalen Steuerlast in den einzelnen Gemeinden und Staatskörpern gestaltet sich dies Verhältniss freilich in beiden letzteren wesentlich anders als im ganzen Staatsdurchschnitt. Die folgende Tab. 47 zeigt die Gesamtentwicklung.

Tab. 47. Gemeinde- und Amtsschaden (Zuschläge zu den Katastersteuern (in 1000 M.).

	Gemeinde	Aemter	zusammen
1819/20	1.182	1.294	2.476
1831/32	1.315	708	2.023
1868/69	1.018	4.634	5.652
1875/76	—	—	11.112
1887/88	—	—	14.700
1890/91	c. 13.0	c. 3.0	16.054

Ausserdem betrug der Zuschlag zu den Fassionssteuern 1868/69 Gemeinde 312.000, Amtskörper 72.000, zusammen 384.000, 1877/78 zusammen 787.000, 1890/91 c. 1 Mill. M.

Schon 1875 betrug der Gemeinde- und Amtsschaden (s. o. Tab. 42. S. 228) c. 11 % mehr als die ganze directe Staatssteuer und 166.2 % der staatlichen Katastersteuern, im Jahre 1890 war er 191.8 % der letzteren. Die relative Höhe im Einzelnen ergibt sich aus folgender Tabelle 48.

Tab. 48. Gemeindeschaden (Umlagen auf Realitäten und Gewerbe) in % der Staatssteuer. Zahl der Gemeinden.

	1877/78		1890/91
Ohne Umlagen	204		128
Bis 100 %	743		371
100—150	465	} 733	736
150—200	268		
200—250	130	} 225	627
250—300	63		
300—400	32		
über 400 %	6		49
Summe	1911		1911

Dies trotz der inzwischen auch gesteigerten Staatssteuern dieser Kategorie. Die erschwerte Finanzlage ist ersichtlich. Durch die Zuschläge für die Amtskörper, welche jetzt fast $\frac{1}{4}$ der Gemeindezuschläge ausmachen, ist sie noch weiter erschwert. Der in einer Gemeinde vorkommende höchste Zuschlag war 1890/91 790 %. Der Amtsschaden bewegte sich im Minimum und Maximum in den verschiedenen Amtskörpern zwischen 14.000 und 76.000 M. und zwischen 14.2 und 88 % der Staatssteuer. Die Zuschläge zur Kapitalrenten- und Einkommensteuer kommen vornemlich nur in den grösseren Städten in Betracht, besonders in Stuttgart. Daher, neben anderen Gründen und wegen der Mitbenutzung von Verbrauchssteuern, hier öfters relativ kleinere Zuschläge zu den Katastersteuern als in den kleineren Gemeinden.

Die ältere Bürger- und Wohnsteuer hat 1860/61 durchschnittlich 600.000 M. im ganzen Lande, 1877/78 in den Gemeinden mit über 4000 Einwohner c. 350 000 M., die neuere Wohnsteuer und Recognitionsgebühr um 1891 an 300.000 M. ergeben.

Die örtlichen Verbrauchssteuern nach dem Gesetz von 1877 bestanden 1879/80 in 15, 1885/86 in 22, 1886/87 in 24, 1890/91 in 25, 1896/97 in 35, Anfang 1899

in 48 Gemeinden, der Gesamtertrag war in diesen Gemeinden in 1879/80 1.314.000 M. (abzüglich Rückvergütung), 1885/86 1.65.4000 M. roh, 1,574.000 rein (Erhebungskosten 4.88 %), 1889/90 bezw. 1.900.000 und 1.812.000, 1896/97 bezw. 2.319.000 und 2.208.000 M. (Erhebungskosten 4.81 %). Verglichen mit dem Gemeindeschaden freilich aller Gemeinden im ganzen Staate, c. 13 Mill. M., war um 1890 dieser Ertrag der Verbrauchssteuern also ca. 14.6 % des ersteren. In einzelnen Gemeinden ist die directe Communalsteuerlast durch die Verbrauchssteuer erheblich erleichtert worden. 1879/80 betrugen in Stuttgart die Verbrauchssteuererträge 87 % der staatlichen Katastersteuern, der Gemeindeschaden 184.1 %, 1885/86 auf den Kopf 6 M. 81 Pf. 1894/95 standen in dieser Stadt den Zuschlägen zu den Katastersteuern im Betrage von 2.616.000 M. der Ertrag der Verbrauchssteuern mit 1.032.000 M. gegenüber, also mit 39.4 % jener (städt. stat. Jahrb. B. 6, S. 375), 1896/97 war der Rohertrag 1.147.040, die Erhebungskosten 40.000, der Reinertrag 1.107.000 M. (Württemberg. statistisches Jahrbuch). Auf die Fleischsteuer kam vom Gesamtertrag aller kommunalen Verbrauchssteuern 1889/90 über die Hälfte (938.000 M.), über ein Drittel auf Bier (686.000 M.), der Rest, fast ein Siebentel, auf Gas (281.000 M.). 1886/87 hatten von 24 Gemeinden 4 alle 3 Steuern (Stuttgart, Esslingen, Heilbronn, Gmünd), 9 (darunter Ulm, Cannstatt, Reutlingen) die Bier- und Fleischsteuer, 11 (darunter Tübingen) nur die Biersteuer. Die Biersteuer wurde allgemein im Maximalsatz von 65 Pf. vom Hektoliter erhoben, die Fleischsteuer in 6 (darunter Stuttgart, Ulm) von 13 Städten im Maximalsatz von 6 Pf. vom Kilogramm, in den anderen verschiedentlich niedriger, zu 5, 4, 2 Pf., die Gassteuer zum Maximalsatz von 4 Pf. für das Kubikmeter in 2 (darunter Stuttgart), zu 3 und 2 Pf. in 2 anderen. Im Jahre 1897 bestanden alle 3 Steuern nur noch in 3 (Stuttgart, Esslingen, Heilbronn), die Fleisch- und Biersteuer in 12, die Biersteuer allein in 20 Orten, zusammen 35 (Verordnung vom 27. März 1897). Seitdem bis Ende 1898 ist noch 13 Gemeinden (darunter selbst einer Theilgemeinde) die Einführung der Biersteuer gestattet worden. Vom Ertrag fiel 1896/97 auf Fleisch 1.199.000, Bier 820.000, Gas 301.000 M., in Stuttgart allein bezw. 623.000, 268.000 und 256.000 M. Die Finanzlage der Gemeinden mit Verbrauchssteuern galt bei dem Reformplan von 1896 allgemein als eine solche, welche die Beseitigung dieser Steuern und deren Ersetzung durch directe nicht opportun erscheinen lasse, weshalb diese indirecten Abgaben auch in Zukunft den Gemeinden bedingungsweise gestattet werden sollten (s. o. S. 240).

In der einzigen grösseren Stadt des Landes, in Stuttgart (1895 mit 158.000 Einwohnern, die zweite, das alte Ulm, hat nur 39.000) war in 1894/95 (städt. stat. Jahrb. a. a. O.) der Ertrag der Zuschläge zu den directen Steuern 3.091.000 M., davon zur Grund- und Gebäudesteuer 1.340.000, zur Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe 1.270.000, vom Wandergewerbe 6000, zur Kapitalrentensteuer 357.000, zur Dienst- und Berufseinkommensteuer 118.000. Die Verbrauchssteuern gaben 1.032.000, die Grundbesitzwechselabgabe 206.000, der Pflasterzoll 28.000, der Antheil an der Hundesteuer 55.000, die Wohnsteuer u. s. w. 141.000 M., der gesammte Steuerertrag 4.552.000 M. Rechnet man die Wohnsteuer zu den directen, und fasst alle die anderen als indirecte zusammen, so kommen auf jene 71, auf diese 29 %, auf den Kopf bezw. 21.28 und 8.69, zusammen 29.97 M.

In der **C. F. Winter'schen** Verlagshandlung in Leipzig ist ferner erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Berghoff-Ising, Dr. Fr., Die Entwicklung des landwirthschaftlichen Pachtwesens in Preussen. Eine historisch-ökonomische Studie. gr. 8. geh. Preis 1 Mark 50 Pf.

— **Das staatliche Erbrecht und die Erbschaftssteuer.** 8. geh. Preis 60 Pf.

Heckel, Dr. Max von, Die Einkommensteuer und die Schuldzinsen. Ein Beitrag zur Kritik und Reform der deutschen Einkommensteuern. gr. 8. geh. Preis 1 Mark 50 Pf.

Neumann-Hofer, Dr. Ad., Depositengeschäfte und Depositenbanken. Theorie des Depositenbankwesens. gr. 8. geh. Preis 4 Mark.

Moscher, W., und Jannasch, N., Kolonien, Colonialpolitik und Auswanderung. Dritte vermehrte und verbesserte Auflage. 8. geh. Preis 9 Mark.

Moscher, Wilhelm, Ansichten der Volkswirthschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte. Dritte Auflage. Zwei Bände. 8. geh. Preis 13 Mark.

Schaefer, Dr. W., Der gewerbliche Credit. Vom privatökonomischen Standpunkte für Techniker und angehende Industrielle dargestellt. gr. 8. geh. Preis 80 Pf.

Sattler, Dr. jur. H., Die Effektenbanken. Mit einem Vorworte von Prof. Dr. A. d. Wagner. gr. 8. geh. Preis 1 Mark 20 Pf.

Zoepfl, Dr. Heinrich, Grossherzogl. Badischer Geheimer Hofrath, ö. o. Professor der Rechte zu Heidelberg u. s. w., Grundsätze des gemeinen deutschen Staatsrechts. Mit besonderer Rücksicht auf das allgemeine Staatsrecht und auf die neuesten Zeitverhältnisse. Zwei Theile. Fünfte durchaus vermehrte und verbesserte Auflage. gr. 8. geh. Preis 27 Mark.

Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie.

I. Hauptabtheilung:

Grundlegung der politischen Oekonomie.

Dritte Auflage.

Bearbeitet von **Prof. Dr. A. Wagner.**

Erster Theil.

Grundlagen der Volkswirthschaft.

Zwei Halbbände.

gr. 8. geh. Preis 20 Mark.

Zweiter Theil.

Volkswirthschaft und Recht,
besonders Vermögensrecht.

Buch 1—3.

gr. 8. geh. Preis 13 Mark.

Ferner:

II. Hauptabtheilung:

Theoretische Socialökonomik.

Bearbeitet von **Prof. Dr. H. Dietzel.**

Erster Band.

Einleitung. Allgemeiner Theil, Buch I.

gr. 8. geh. Preis 8 Mark.

(Band II und III noch nicht erschienen.)

III. Hauptabtheilung:

Practische Volkswirtschaftslehre.

Zweiter Theil.

Agrarwesen und Agrarpolitik von **A. Buchenberger.**

Zwei Bände.

gr. 8. geh. Preis à Bd. 15 Mark.

IV. Hauptabtheilung:

Lehrbuch der Finanzwissenschaft.

Bearbeitet von **Prof. Dr. A. Wagner.**

Erster Theil.

Einleitung. Ordnung der Finanzwirthschaft. Finanzbedarf. Privaterwerb.

Dritte Auflage.

gr. 8. geh. Preis 13 Mark.

Zweiter Theil.

Theorie der Besteuerung: Gebührenlehre und allgemeine Steuerlehre.

Zweite Auflage.

gr. 8. geh. Preis 20 Mark.

Dritter Theil.

Specielle Steuerlehre. Geschichte, Gesetzgebung, Statistik der Besteuerung einzelner Länder: Uebersicht der Steuergeschichte wichtigerer Staaten und Zeitalter bis Ende des 18. Jahrhunderts. Die Besteuerung des 19. Jahrhunderts. Einleitung. Britische und französische Besteuerung.

gr. 8. geh. Preis 20 Mark.

Ergänzungsheft dazu.

Die britische und französische Besteuerung in ihrer neuesten Entwicklung und Gestaltung. (1886 — 1896.)

gr. 8. geh. Preis 4 Mark.

Vierter Theil.

Specielle Steuerlehre. Die deutsche Besteuerung des 19. Jahrhunderts. (Staats- und Communalbesteuerung.)

Erster Halbband. **Preussen. Sachsen. Baiern. Württemberg.**

gr. 8. geh. Preis 6 Mark.

Wagner, Adolph, / Wagner, Adolph, / Deite, Hermann

Finanzwissenschaft

Bd.: 4,1

1899

Cam. 178 kg,IV-4,1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb12029106-8